einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.01.2006 1/06

DGB

Dienstleistungsrichtlinie: Demos in Berlin und Straßburg

Europa ja – Sozialdumping nein

Die Auseinandersetzung um die EU-Dienstleistungsrichtlinie kommt in die entscheidende Phase. Am 14. Februar 2006 findet die erste Lesung der umstrittenen Richtlinie im Europa-Parlament (EP) statt. Im Vorfeld ruft der DGB zu einer Demonstration am 11. Februar in Berlin und gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu einer weiteren Kundgebung am 14. Februar in Straßburg auf.

Im Fadenkreuz der Kritik von Gewerkschaften, Handwerkskammern oder Verbraucherschützern steht das Herkunftslandprinzip, das die EU-Kommission mit der Richtlinie einführen will. Danach soll die Erbringung von Dienstleistungen im Wesentlichen den Standards unterliegen, die am Firmensitz des Dienstleisters gelten. Das werde einen gnadenlosen Unterbietungswettbewerb in Europa zur Folge haben, befürchten die Kritiker. „Es kann nicht sein, dass in Europa 25 Rechtssysteme in einen Wettbewerb gestellt werden, und das Billigste setzt sich durch", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Seit zwei Jahren setzen sich die Gewerkschaften für eine grundlegende Korrektur der Richtlinie ein und



„Deine Würde ist unser Maß": Das ist die Botschaft des DGB zum 1. Mai 2006. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Ein Leben in Würde kann es nur geben, wenn die Politik der Ökonomie Grenzen setzt – und beispielsweise verhindert, dass die Liberalisierung des EU-Binnenmarkts ein grenzenlosen Sozialdumping auslöst.

haben mit ihrer politischen Lobbyarbeit auch einige Änderungen am Bolkestein-Entwurf erreicht. Doch obwohl der Widerstand auch von Seiten nationaler Regierungen groß ist, blieb der Kern der Richtlinie, das Herkunftslandprinzip, bis heute unangetastet. Ebenso wenig änderte der Binnenmarktausschuss des EP etwas daran, auch wenn er am 22. November 2005 einige Korrekturen beschlossen hat *(einblick 22/05)*.

Im Vorfeld der ersten Lesung der Richtlinie im Plenum des EP haben die Gewerkschaften deshalb ihre Lobbyarbeit verstärkt. „Keine Dienstleistungsrichtlinie ohne soziale Ausgewogenheit", ermahnte der DGB im Dezember in einer Resolution die EP-Abgeordneten. Die Gewerkschaften lehnen eine weitere Öffnung der Dienstleistungsmärkte nicht ab, sie setzen sich aber für einen Binnenmarkt ein, der auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf transparente, gemeinsame Regeln aufbaut. „Europa ja – Sozialdumping nein" bringen das die Aufrufe des DGB zu den Demos in Berlin und Straßburg auf den Punkt. „Ein europäischer Markt für Dienstleistungen muss einen Beitrag für mehr und bessere Arbeitsplätze leisten, die Richtlinie bewirkt genau das Gegenteil", so Reiner Hoffmann, stellvertretender EGB-Generalsekretär. Europa muss den Menschen dienen: „Services for the People" lautet das Motto der Demonstration des EGB.

Unterstützung für ihre Position erhalten die Gewerkschaften von der Bundesregierung. Bereits im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD gegen „das Herkunftslandprinzip in der bisherigen Ausgestaltung" und für eine Überarbeitung der Richtlinie ausgesprochen. In Briefen an den DGB haben Ende 2005 der Chef des Bundeskanzleramtes Thomas de Mazière (CDU) und Außenminister Frank Steinmeier (SPD) diese Haltung noch einmal bekräftigt. Der DGB erwartet nun, dass Union und SPD ihren Einfluss auf die Abgeordneten ihrer Parteien im EP nutzen, damit diese entsprechend der Position der großen Koalition auch im EP agieren. •

plusminusBERLIN

+ *Volker Beck und Irmingard Schewe-Gerigk (Grüne) haben das vom vergangenen Bundestag verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz erneut eingebracht. Es war wegen der fehlenden Zustimmung des Bundesrats hinfällig geworden.*

– *Heinrich Kolb, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will in Karlsruhe gegen die Pflicht von Abgeordneten klagen, ihre Nebeneinkünfte offen zu legen. Seine Tätigkeit als Unternehmer habe nichts mit seiner Funktion als Abgeordneter zu tun.*

inhalt

Seite 3
Mehr Kaufkraft bringt Aufschwung
Wirtschaftsweiser Peter Bofinger hält Lohnerhöhungen von drei Prozent für angemessen

Seite 5
Alles kommt auf den Prüfstand
Statt vorschnell Kombilöhne einzuführen, will die Bundesregierung alle Instrumente im Niedriglohnsektor auf ihre Wirksamkeit prüfen

Seite 7
Kinderfreundlichkeit ist ein Schlüsselfaktor
Künftige RentnerInnen müssen aus Eigennutz wollen, dass später genügend Erwerbstätige zur Verfügung stehen, meinen Judith Kerschbaumer und Wolfgang Schroeder

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://www.labournet.de/branchen/dienstleistung/tw/schiff/packages.html
Proteste der Hafenarbeiter gegen die EU-Richtlinie Port Package II

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Europa ja – Sozialdumping nein" Aufrufe des DGB sowie weitere Infos zu den Demonstrationen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie in Berlin und Straßburg

POLITIK AKTUELL

Wachstumspaket

IG BCE lobt, ver.di kritisiert

Das 25 Milliarden Euro schwere Wachstumspaket der Bundesregierung stößt bei den Gewerkschaften auf unterschiedliche Resonanz. Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, kritisierte, das Maßnahmenpaket enthalte „kaum Investitionen". Die geplanten Ausgaben verteilten sich über vier Jahre, betrügen „also jährlich sechs Milliarden, eingerechnet das Elterngeld, Steuererleichterungen für die Wirtschaft und anderes", erklärte Bsirske im Deutschlandradio.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) bewertet das Paket der schwarz-roten Koalition hingegen als „positives Signal". Es könne dem Wirtschaftswachstum „spürbare Impulse" verleihen, sagte ihr Vorsitzender Hubertus Schmoldt auf einer Tagung der Gewerkschaft in Bad Münder. Der Handlungsrahmen des Staates sei zudem durch die bereits hohe Staatsverschuldung begrenzt. Es sei „nicht seriös", weitere Ausgaben zu fordern „und die Antwort schuldig zu bleiben, wie dieses zusätzliche Finanzvolumen aufzubringen wäre". •

Städte- und Gemeindebund

Reichensteuer für die Bildung

Die knapp zwei Milliarden Euro Einnahmen, die die Bundesregierung durch die geplante Einführung der so genannten Reichensteuer erzielen will, sollten vollständig in die Bildung investiert werden. Das hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), die Interessenvertretung der bundesweit 14 000 kreisangehörigen Städte und Gemeinden, in seiner „Jahresbilanz 2005" gefordert.

Zur Begründung der Forderung verweist der Städte- und Gemeindebund auf die hohe Zahl von Schul- und Ausbildungsabbrechern in Deutschland. Zehn Prozent der Deutschen und sogar 20 Prozent der AusländerInnen verließen die Schule ohne Abschluss, über 300 000 SchülerInnen schwänzten regelmäßig den Unterricht. „Die Schul- und Ausbildungsabbrecher von heute sind die Hartz IV-Empfänger von morgen", warnt DStGB-Geschäftsführer Gerd Lansberg. „Wir brauchen eine nachhaltige Wende in der Bildung, sonst verspielen wir unsere Zukunft".

Nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes muss die Förderung möglichst früh einsetzen und die Familien mit einbeziehen. Bereits heute würden die Kommunen 13 Milliarden Euro jährlich für die Kinderbetreuung ausgeben. Die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden lasse allerdings ein weiteres Engagement nicht mehr zu, deshalb sei hier der Bund gefordert. •

Kein Grund zur Entwarnung



Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist nach wie vor Besorgnis erregend, 2005 ist deren Defizit sogar erneut gestiegen.

ISA CONSULT
das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

Turn-around-Beratung
Betriebswirtschaftliche Beratung
Organisationsberatung
Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Für den Erfolg ist das Ziel wichtig, es kommt aber auf den Weg an

ISA CONSULT unterstützt Betriebs- und Personalräte bei Umstrukturierungsprozessen.

Wir analysieren die Pläne der Unternehmensleitung und entwickeln Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung der Arbeitsplätze.

Wir entwickeln passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung und führen Trainings für Mitarbeiter und Führungskräfte durch.

Wir bieten Problemlösungen auch in schwierigen Situationen an und agieren als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

Fachliches Knowhow, hohe Branchenkompetenz und Beteiligungsorientierung sind unsere Erfolgsfaktoren.

ISA CONSULT ist bundesweit tätig. Unsere Schwerpunkte sind Turn-around-Beratung, betriebswirtschaftliche Beratung, Organisationsberatung, Gender Mainstreaming.

Interview mit dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger

Mehr Kaufkraft bringt Aufschwung

Lohnerhöhungen von knapp drei Prozent wären 2006 „angemessen", sagt der Volkswirtschaftler und Wirtschaftsweise Peter Bofinger. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bliebe dabei „unverändert gut".

■ Was ist gesamtwirtschaftlich sinnvoller – eine Stärkung der Kaufkraft oder eine weitere Kostenentlastung der Unternehmen?

■ *In den letzten Jahren sind die Unternehmen in erheblichem Umfang entlastet worden. Die Lohnstückkosten in der Industrie sind seit Anfang 2002 um zehn Prozent gesunken. Deshalb wäre es für 2006 durchaus angebracht, wenn Lohnabschlüsse vereinbart würden, die über die Inflationsrate hinausgehen, so dass auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer wieder steigt.*

■ Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sagt, die so genannte Kaufkraftttheorie sei „das falsche Rezept". Bislang seien alle Versuche, mit kräftigen Lohnerhöhungen den Konsum anzukurbeln, gescheitert.

■ *Eindeutig gescheitert ist in den letzten Jahren der Versuch, über eine sehr zurückhaltende Lohnpolitik mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu erreichen. Das Resultat dieser Strategie ist eine Stagnation der Inlandsnachfrage, die so in keinem anderen Land zu beobachten ist. Eine große Volkswirtschaft wie Deutschland wird einen sich selbst tragenden Aufschwung nur dann herbeiführen können, wenn auch der private Verbrauch wieder steigt, und das setzt eine höhere Kaufkraft der Arbeitnehmer voraus.*

■ Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser schließt eine Entgelterhöhung unterhalb der Inflationsrate – also Reallohnverluste – nicht aus. Arbeitsplätze in Deutschland zu halten, sei wichtiger.

■ *Die Unternehmen, die Arbeitsplätze wegen Billiglöhnen nach Polen oder China verlagern, werden damit ohnehin nicht zu halten sein. Dafür gehen aber viele Arbeitsplätze in den inländischen Dienstleistungssektoren verloren, die unter der schlechten Binnenkonjunktur leiden.*

■ Weniger zu verdienen ist aber doch besser, als gar nichts zu verdienen.

■ *Das Beispiel Japans zeigt, dass große Volkswirtschaften bei einer so defensiven Reaktion auf die Globalisierung in eine deflationäre Strömung geraten, aus der sie sich nur schwer wieder befreien können. Wir sollten uns in Deutschland davor hüten, in einen solchen Abwärtssog zu geraten.*



Peter Bofinger, 51, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Würzburg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Fünf Weise")

■ Die Zahl der Mini-Jobs steigt. Belegt das nicht die Arbeitgeber-These, dass neue Arbeitsplätze nur entstehen, wenn die Arbeit billiger wird?

■ *Die steigende Zahl der Mini-Jobs verdeutlicht nur, wie problematisch dieses Konzept ist. Während die Mini-Jobs boomen, gehen jeden Tag 1000 reguläre Arbeitsplätze verloren, weil sie in Teilzeit-Jobs aufgesplittet werden.*

■ Deutschland ist Exportweltmeister, macht also Gewinne im Ausland. Ist deshalb die Industrie nicht besonders an einer Stärkung der Binnennachfrage interessiert?

■ *Für große Teile der Industrie ist es besser, wenn die Kosten noch weiter sinken, da sie im Exportgeschäft mehr Umsätze erzielen als auf dem Inlandsmarkt. Doch die Industrie ist nur noch ein Viertel unserer Wirtschaft. Wenn nur dieser Teil floriert, während der Rest stagniert, hilft das insgesamt wenig.*

■ Löhne sind immer beides – Kaufkraft und Kosten. Was wichtiger ist, daran scheiden sich die Geister. Ist das eine Wissens- oder eine Glaubensfrage?

■ *Wenn die Löhne in dem Maße steigen, in dem die Produktivität zunimmt und zugleich die Inflationsrate ausgeglichen wird, steigt die Kaufkraft der Arbeitnehmer und bleiben die Lohnstückkosten der Unternehmen real unverändert. Es geht also beides: Eine steigende Kaufkraft kann mit konstanten realen Kosten und einer unverändert guten Wettbewerbsfähigkeit kombiniert werden.*

■ Die IG Metall will in der jetzt anstehenden Metalltarifrunde den so genannten verteilungsneutralen Spielraum – Produktivitätssteigerung plus Inflationsrate – ausschöpfen. Halten Sie das für vertretbar?

■ *Eine Lohnerhöhung von knapp drei Prozent wäre angemessen, sofern sie auch bei den einzelnen Arbeitnehmern tatsächlich ankommt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie würde unverändert gut bleiben, da im Ausland ähnliche Lohnsteigerungen zu erwarten sind.*

■ In der Wirtschaft herrschte zum Jahreswechsel Festtagsstimmung. Der ifo-Geschäftsklimaindex, das wichtigste Konjunkturbarometer, ist auf dem höchsten Stand seit fünf Jahren. Ist der Aufschwung da?

■ *Das Jahr 2006 wird sicher besser als 2005. Aber es gibt trotz der guten Stimmung auch Risiken, vor allem durch die stark gestiegenen Energiepreise.*

■ 2007 soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Größere Anschaffungen werden deshalb wohl vorgezogen. Ist die Party 2007 vorbei?

■ *Wenn sich die Konjunktur bis zum Herbst 2006 nicht sehr nachhaltig kräftigt, wäre es sehr riskant, die Mehrwertsteuer um drei Punkte zu erhöhen. Aber die neue Regierung hat ja noch etwas Zeit bis dahin* •

Keine Trendwende am Arbeitsmarkt

Einen Zuwachs an Arbeitsplätzen erwartet der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thumann, erst bei einem Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent. Das für dieses Jahr erwartete Wachstum reiche nur, um die Beschäftigtenzahlen zu stabilisieren, sagte BDI-Chef Thumann der Leipziger Volkszeitung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert für 2006 ein Wachstum von 1,7 Prozent. Schon 2007 werde sich dieser kleine Aufschwung aber wieder abschwächen, mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt sei nicht zu rechnen. DIW-Präsident Klaus Zimmermann erwartet für dieses und nächstes Jahr durchschnittliche Arbeitslosenzahlen von rund 4,5 Millionen.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sieht trotz leichter Konjunkturbelebung keine Trendwende am Arbeitsmarkt voraus. „Der Abbau von Beschäftigung wird 2006 zu Ende gehen", sagte DIHK-Chefvolkswirt Axel Nitschke der Berliner Zeitung. „Aber es wird per saldo noch keinen Aufbau neuer Arbeitsplätze geben". Den könne es wohl erst 2008 geben.

PROJEKTE UND PARTNER

Wegweiser

Sicher arbeiten

Die neue Arbeitsstättenverordnung wirkt sich auch auf den Arbeitsschutz und die betriebliche Arbeitsplatzgestaltung aus. Betriebs- und Personalräte können sich mit Hilfe eines 64-seitigen Wegweisers im Detail über die neuen Regelungen und ihre Konsequenzen informieren. Rechtsanwalt Ulrich Faber hat das Heft im Auftrag des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet. Er beschreibt, wie die Arbeitsstättenverordnung betrieblich umgesetzt werden sollte und wie weit Beteiligung und Mitbestimmung bei der Arbeitsstättengestaltung reichen. 10 bis 99 Hefte sind zum Stückpreis von 1 Euro, ab 100 Hefte zum Stückpreis von 0,80 Euro erhältlich (zzgl. Versand). Das Einzelheft wird für 3,50 Euro frei Haus geliefert. •

bestellservice@toennes-bestellservice.de
www.dgb.de/service/publikationen/
Stichwort: Arbeitsschutz

WSI-Bericht

Frauen in Zahlen

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch deutlich weniger als Männer – obwohl jüngere Frauen ein höheres schulisches Bildungsniveau haben als ihre männlichen Altersgenossen. So konnten 40,6 Prozent der 25- bis unter 30-jährigen Frauen 2004 ein Abitur vorweisen, während es bei den gleichaltrigen Männern 37,8 Prozent waren. Diese und viele andere Daten enthält der aktuelle „FrauenDaten-Report 2005" des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Neben Zahlen und Fakten liefert der Report Analysen zu sieben Themenfeldern: demographische Entwicklung, Bildung, Arbeitsmarkt, Arbeitszeit, Einkommen, soziale Sicherung sowie Politik und Gesellschaft. Dabei werden jeweils europäische Aspekte berücksichtigt. Eine beigefügte CD-Rom enthält umfangreiche Datentabellen. Silke Bothfeld, Ute Klammer, Christina Klenner, Simone Leiber, Anke Thiel, Astrid Ziegler, WSI-FrauenDatenReport 2005, edition sigma, Berlin 2005, 510 S., 29,90 Euro. •

Gleichstellung

Erster Datenreport

Nach dem Grundgesetz sind Männer und Frauen gleichberechtigt. In der Praxis belegt der vor kurzem erstmals vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgelegte Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, dass sich die Lebenssituationen und Teilhabechancen von Frauen zwar verbessert haben, von echter Gleichstellung jedoch noch keine Rede sein kann. Der auf einer CD-Rom zusammengestellte Datenreport umfasst u.a. Informationen zur Gleichstellung in den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, politische Partizipation und Gesundheit. •



publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Broschüre

Älteren eine Chance

Gerade einmal zehn Prozent betrug 2004 der Anteil der über 55-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern. Obwohl seit langem die vorhersehbaren Folgen für den Arbeitsmarkt durch den demographischen Wandel beschrieben werden, fehlt es dem Gros der Firmen an Mut und Interesse, Arbeitsplätze für Ältere umzugestalten. Die IG Metall Bayern hat eine daten- und faktenreiche Broschüre herausgegeben: „Für eine demographische Tarifpolitik – Arbeiten bis 65 – aber wie?" •

www.igmetall-bayern.de
Tel. 089/5329490

Migration und Bildung

Seminare 2006

Ein halbes Jahrhundert Erfahrung mit Arbeitsmigration hat die Bundesrepublik. Grund genug, sich eingehender mit dem Thema zu befassen. Etwa bei der Tagung „50 Jahre Einwanderung", die am 23. Juni im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf stattfindet. Die Veranstaltung ist eines von vielen Angeboten, die der Bereich Migration & Qualifizierung im DGB-Bildungswerk in seinem Jahresprogramm 2006 präsentiert. Thematisch reicht das Spektrum vom Interkulturellen Training über regelmäßige Migrationsgespräche bis zu Seminaren zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union (5.-10.3. im DGB Bildungszentrum Starnberger See). Das vollständige Programm ist beim DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, erhältlich. •

Tel. 0221/4301141
www.migration-online.de

DGB-Projekt

Bildungscoaching

Längst sind Weiterbildung und lebenslanges Lernen zur Voraussetzung für Beschäftigte geworden, auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar zu bleiben. Doch nicht alle ArbeitnehmerInnen wissen, wie sie ihre eigene Qualifizierung planen sollen. Ihnen kann ein „Bildungscoach" helfen. Innerhalb des DGB-Projektes Arbeit und Leben wurde das Tätigkeitsprofil für Bildungscoaches entwickelt: Er/Sie soll ArbeitnehmerInnen helfen, geeignete Bildungsangebote zu finden und wahrzunehmen. Im Mittelpunkt steht dabei der Gedanke, den Gecoachten Hilfe zur Selbsthilfe und nicht fertige Lösungen anzubieten. Im Frühjahr diesen Jahres werden ein Abschlussbericht zum Projekt sowie eine CD-Rom veröffentlicht; beides kann schon jetzt kostenfrei bestellt werden. •

www.dgb-lea.de
steffen.himmel@dgb.de

interregio

••• Auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz des ***DGB Bremen*** haben die TeilnehmerInnen eine ***gemeinsame Demonstration*** gegen Arbeitsplatzabbau in der Hansestadt vereinbart. Die Aktion der rund 80 Betriebs- und Personalräte wird im Februar während der Arbeitszeit stattfinden, um mehr Öffentlichkeit zu erreichen. 6000 Arbeitsplätze seien im vergangenen Jahr in Bremen verschwunden und der Abbau von fast 5000 bei Daimler-Chrysler, KRAFT und den Bremer Krankenhäusern für dieses Jahr angekündigt, so der DGB Bremen. Deshalb sei neben der Demonstration auch eine Kampagne für 2006 geplant. Infos: *www.dgb-bremen.de*

••• Der ***DGB Hessen*** und ***ver.di Hessen*** fordern in einer ***gemeinsamen Erklärung*** die Landesregierung und den Einzelhandel auf, die Kosten für zusätzliche Kinderbetreuung während der Fußball-WM zu übernehmen. Hintergrund: Hessen hat als erstes Bundesland die Ladenöffnungszeiten während der Weltmeisterschaft vollkommen freigegeben. Die zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern der im Einzelhandel arbeitenden Eltern belaufen sich auf mindestens 10,8 Millionen Euro, so Berechnungen des DGB Hessen.
Infos: *www.hessen.dgb.de*

Debatte um die Kombilöhne

Alles kommt auf den Prüfstand

Statt auf die von der Union geforderte flächendeckende Einführung von Kombilöhnen haben sich die Regierungsparteien auf ihrer Klausur in Genshagen auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe verständigt. Sie soll klären, mit welchen Instrumenten die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte tatsächlich erhöht werden können. Und was finanzierbar ist.

In der von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) geleiteten Arbeitsgruppe kommt alles auf den Prüfstand. Nicht nur das Thema Kombilohn, sondern auch die von den Gewerkschaften geforderte Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen, das Entsendegesetz ebenso wie die Auswirkungen der Mini- und Midijobs auf den Arbeitsmarkt. Im Niedriglohnsektor müsse sichergestellt werden, so Müntefering im Anschluss an die Regierungsklausur, dass die Löhne nicht in den Bereich der Sittenwidrigkeit heruntergedrückt werden können. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte bereits im Vorfeld der Klausur erklärt, Ziel der staatlichen Förderung im Niedriglohnbereich müsse es sein, dass die dort Beschäftigten „von ihrem Lohn leben können". „Dumpinglöhne sind mit uns nicht zu machen", so Merkel. Für denkbar hält die Kanzlerin aber einen kombinierten Lohn, „bei dem das privat gezahlte Entgelt staatlich aufgebessert wird".

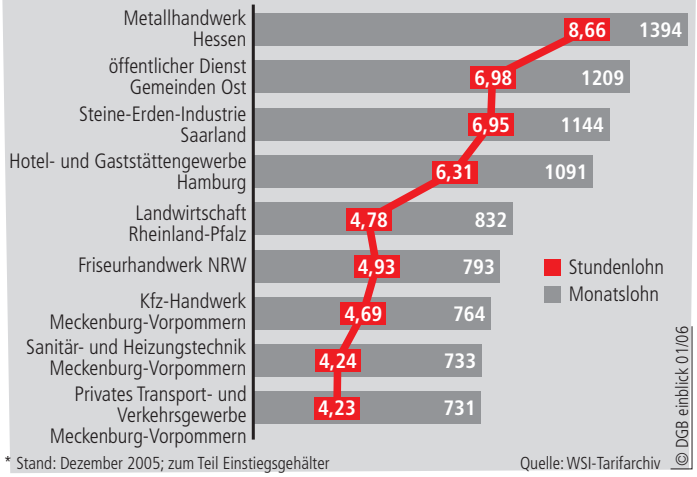
Ob und in welchem Umfang Kombilöhne Sinn machen, hängt aus Sicht der Gewerkschaften vor allem davon ab, ob die eingesetzten Steuermittel tatsächlich den Beschäftigten zugute kommen, oder ob die Kombilöhne lediglich von den Arbeitgebern als willkommenes Instrument zur Senkung der ohnehin bereits niedrigen Löhne missbraucht werden. Kombilöhne, so der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, würden nicht zur Schaffung neuer, sondern vor allem zur milliardenschweren Subventionierung vorhandener Arbeitsplätze führen. Sie „provozierten geradezu Mitnahmeeffekte durch die Unternehmen". Sollte es zu ihrer flächendeckenden Einführung kommen, wären „ausufernden Zuschüssen für die Wirtschaft auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler Tür und Tor geöffnet".

Hinzu kommt, dass es bereits jetzt in Deutschland ein umfangreiches System staatlicher Förderung gering qualifizierter Beschäftigter gibt. Dazu zählen nicht nur die sogenannten Einarbeitungszuschüsse, bei denen die Arbeitgeber bei der Einstellung eines Arbeitslosen zwölf Monate lang 50 Prozent des Lohns ersetzt bekommen können, die Freibetragsregelung für hinzuverdientes Einkommen für ALG II-Bezieher und die Freistellung von 400-Euro-Jobs von der Sozialversicherungspflicht. Allein für die 170 000 im vergangenen Jahr neu hinzu gekommenen Fälle von Einarbeitungszuschüssen wurde eine Milliarde Euro aus den Sozialbeiträgen aufgewendet. Gleichzeitig haben zum Beispiel die Mini- und Midijobs Milliardenlöcher in die Sozialversicherungssysteme gerissen, auch weil sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verdrängt haben.

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer bewertet das Ergebnis der Regierungsklausur dennoch positiv. Dass die Bundesregierung nicht die flächendeckende Einführung von Kombilöhnen beschlossen habe, sondern den gesamten Niedriglohnsektor auf den Prüfstand stellen will, sei ein Fortschritt. „Auch die Gewerkschaften sind der Auffassung, dass die Politik mehr tun muss, um problembehaftete Gruppen von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren", so Engelen-Kefer gegenüber *einblick*. „Aber wir haben heute zu vielfältige, diffuse, intransparente Maßnahmen." Profitieren würden hiervon vor allem größere Unternehmen, die die staatliche Förderung missbrauchen, um ihre Personalkosten zu reduzieren. Für kleinere, wachstumsorientierte Unternehmen seien die Fördermöglichkeiten bei der Einstellung gering qualifizierter Arbeitsloser hingegen schwer zu überschauen. „Das muss neu geordnet und transparent gestaltet werden". •

Zum Leben zu wenig

Einkommen von Vollbeschäftigten in unteren Tarifgruppen* (in Euro)



* Stand: Dezember 2005; zum Teil Einstiegsgehälter

Quelle: WSI-Tarifarchiv

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern keinen gesetzlichen Mindestlohn. In zahlreichen Branchen werden untere Stundenlöhne gezahlt, die den Beschäftigten kein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen.

Nicht finanzierbar

Ob es in Deutschland in absehbarer Zeit im größerem Umfang zur Einführung von Kombilöhnen kommt, ist auch nach der Regierungsklausur nicht entschieden. Im Vorfeld des Treffens hatten nicht nur die Gewerkschaften und etliche Wissenschaftler vor falschen Hoffnungen in das vermeintliche Wundermittel gewarnt, sondern auch die Arbeitgeber.

Im Zentrum der Kritik: die nicht zu finanzierenden zusätzlichen Milliardenlasten für den Staat. Selbst BDI-Präsident Jürgen Thumann rät der Politik beim Kombilohn zu „kleinen, vorsichtigen Schritten". Sie solle erst einmal Pilotprojekte auf den Weg bringen, um das Thema weiter zu entwickeln. Zudem müsse man vorsichtig sein, den öffentlichen Haushalten weitere Belastungen aufzuladen.

Auch Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat offenbar Zweifel, dass sich der Kombilohn, wie von der CDU unterstellt, kostenneutral einführen ließe. Vorsorglich hat er bereits im Anschluss an die Regierungsklausur erklärt, dass ein massiver Einsatz von Steuergeldern für den Kombilohn „im Rahmen des Haushalts für die nächsten Jahre nicht laufen wird".

kurz&bündig

ver.di

Der Bundesverband Regie (BVR) hat seine Zusammenarbeit mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beendet. Laut BVR habe bei ver.di das Verständnis dafür gefehlt, dass Regisseure ebenso wie „Ärzte oder Piloten eine besondere berufliche Verantwortung für ihre Branche tragen". Der BVR hat sich dem Berufsverband der freien Berufe (BfB) angeschlossen.

TRANSNET

TRANSNET will bis Juli 2006 einen Welt-Betriebsrat für die Bahn AG einrichten. Nach dem Zukauf des US-Unternehmens BAX Global sei die Bahn zum weltweit drittgrößten Logistikunternehmen aufgestiegen. Die „globale Expansionsstrategie" der Bahn mache eine globale Arbeitnehmervertretung nötig.

ver.di

ver.di fordert ein gesetzliches Verbot von Personalabbau für Unternehmen, die nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Ein „Personalabbau zur Renditesteigerung" widerspreche der sozialen Marktwirtschaft.

GEW

Die GEW fordert von der Politik einen „professionelleren Umgang" mit der Grundschulstudie VERA. Die Bundesländer hätten die Gesamtergebnisse immer noch nicht veröffentlicht. Trotzdem wolle beispielsweise NRW mit den VERA-Ergebnissen „Schulrankings" erstellen. Diese könnten die SchülerInnen der „Verlierer-Schulen" stigmatisieren.

Organisationsreform

ver.di will schlanker werden

Die Gewerkschaft ver.di will ihre Organisationsstrukturen bis zum Bundeskongress im Herbst 2007 weiter verschlanken. Nach einem Beschluss des Gewerkschaftsrates vom Dezember soll der Bundesvorstand von derzeit 15 auf 11 Mitglieder verkleinert werden. Beim Zusammenschluss der fünf Gründungsgewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV zu ver.di im März 2001 war zunächst ein 19-köpfiger Vorstand gewählt worden. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass während des so genannten Start-Ziel-Prosesses der neuen Gewerkschaft sowohl die Ursprungsgewerkschaften als auch die einzelnen Fachbereiche im Vorstand vertreten sind.

Nach dem Beschluss des Gewerkschaftsrates werden die Landesbezirksleitungen auf eine/n Vorsitzende/n und maximal zwei StellvertreterInnen verkleinert. Zudem werden die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem Landesbezirk zusammengefasst. In den Landesbezirken Hamburg und Nord sowie Rheinland-Pfalz und Saarland sollen die Fachbereiche bezirksübergreifend kooperieren. •

2006: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

21.1.	Bezirkskonferenz DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und Landeskonferenz Niedersachsen, Hannover
21.1.	Landeskonferenz DGB Thüringen, Erfurt
21.1.	Landeskonferenz DGB Saar, Saarbrücken
27.1.	Bezirkskonferenz DGB Berlin – Brandenburg, Berlin
28.1.	Bezirkskonferenz DGB Nord, Lübeck
4.2.	Bezirkskonferenz DGB Sachsen, Zwickau
10./11.2.	Bezirkskonferenz DGB Nordrhein Westfalen, Oberhausen
11.2.	Bezirkskonferenz DGB Baden-Württemberg, Pforzheim
11.2.	DGB, Demonstration zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, Berlin
14.2.	„Services for the People", Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, Straßburg
17./18.2.	Bezirkskonferenz DGB Bayern, München
18.2.	Bezirkskonferenz DGB West, Frankenthal
	Bezirkskonferenz DGB Hessen – Thüringen und Landeskonferenz DGB Hessen, Frankfurt/M.
1.3. – 31.5.	Betriebsratswahlen 2006
8.3.	„Gleich gestellt, doppelt stark!", Internationaler Frauentag
1.5.	DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, Wolfsburg
	DGB Nord, Job Parade, Schwerin
	Eröffnung der Ruhrfestspiele 2006
22. – 26.5.	DBG-Bundeskongress „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab, Berlin
27. – 29.10.	ver.di-Jugend, Antirassismuskonferenz, Gladenbach
13. – 16.11.	GdP-Bundeskongress, Berlin
29./30.11.	Arbeitszeit-Kongress der Gewerkschaft NGG, Berlin

Drei Ereignisse stehen in der ersten Jahreshälfte 2006 bei den Gewerkschaften im Vordergrund: die bundesweiten Betriebsratswahlen vom 1. März bis zum 31. Mai, der DGB-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai in Berlin mit den vorausgehenden Bezirks- und Landeskonferenzen sowie die Auseinandersetzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Wichtigstes Ereignis im zweiten Halbjahr ist der Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei vom 13. bis 16. November in Berlin.

DGB-Bezirks- und Landesvorsitzende

Wahlvorschlag des Bundesvorstands

2006 ist im DGB ein Wahljahr. Vier Monate vor dem DGB-Bundeskongress Ende Mai in Berlin werden zwischen dem 21. Januar und dem 18. Februar auf neun Bezirks- sowie vier Landeskonferenzen die Bezirks- und Landesvorsitzenden des DGB gewählt. In den meisten Bezirken treten die bisherigen AmtsinhaberInnen zur Wiederwahl an. In Nordrhein-Westfalen scheiden der langjährige Bezirksvorsitzende Walter Haas, 64, und seine Stellvertreterin Brigitte Grosse, 64, aus Altersgründen aus, in Berlin-Brandenburg der bisherige Bezirks-Vize Bernd Rissmann, 60, sowie in Hessen-Thüringen der thüringische Landesvorsitzende Frank Spieth, 58.

Für die Wahl des Bezirksvorsitzenden in NRW schlägt der DGB-Bundesvorstand den 1. Bevollmächtigten der IG Metall in Münster, Guntram Schneider, 54, vor; als stellvertretende Bezirksvorsitzende – anders als irrtümlich im *einblick 22/2005* gemeldet – die Leiterin des ver.di-Landesfachbereichs Gemeinden, Martina Peil, 47. Als stellvertretende Bezirksvorsitzende für Berlin-Brandenburg hat der DGB-Bundesvorstand außerdem am 6. Januar Doro Zinke, 51, bislang Generalsekretärin der Europäischen Transportarbeiterföderation in Brüssel, vorgeschlagen, als Landesvorsitzenden für Thüringen und stellvertretenden Bezirksvorsitzenden von Hessen-Thüringen den bisherigen Regionsvorsitzenden von Mittel-Nordthüringen, Steffen Lemme, 40. •

www.einblick.dgb.de
Alle Wahlvorschläge des DGB-Bundesvorstands auf einen Blick

Gestaltung des demographischen Wandels

Kinderfreundlichkeit ist ein Schlüsselfaktor

Wer Rentner oder Rentnerin wird, muss schon aus Eigennutz wollen, dass genügend Erwerbstätige zur Verfügung stehen, die seine/ihre Rente finanzieren. Der Wandel zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft ist ein Schlüsselfaktor bei der Gestaltung des demographischen Wandels, meinen Judith Kerschbaumer und Wolfgang Schroeder.

Obwohl in kaum einer Rede von Politikern der Hinweis auf die demographische Herausforderung fehlt, sind wir von einer konsistenten, sozial gerechten Strategie zur Gestaltung des demographischen Wandels noch weit entfernt: **Häufig dominieren im Umgang mit der demographischen Herausforderung Ignoranz und Missbrauch.** Was ist damit gemeint? Einerseits die gängige Praxis von Parteien und Regierungen, die demographische Herausforderung zu nutzen, um den Abbau von sozialen Rechten und Leistungen zu rechtfertigen. Andererseits Strategien, die sich auf eine Abwehrposition zurückziehen nach dem Motto: „Das ist doch alles nur ideologisches Gerede, um den Abbau des Wohlfahrtsstaates voranzutreiben". Nach dieser Auffassung gibt es gar keine demographisch bedingten Probleme des Sozialstaats, sondern nur solche, die sich auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zurückführen ließen. Das eigentliche Problem seien die geringe Produktivität und die falsche Beschäftigungspolitik.

Richtig daran ist, dass der erwerbsarbeitszentrierte deutsche Sozialstaat derzeit nicht nur durch demographische Verschiebungen herausgefordert wird, sondern vor allem durch **den Wandel der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Lebenslagen.** Die Gewerkschaften engagieren sich deshalb dafür, dass nicht der Ab-, sondern der demographiegerechte Umbau des Sozialstaates möglich wird. Und sie tragen durch eigene Gestaltungsinstrumente auf der betrieblichen und tarifvertraglichen Ebene mit dazu bei, den Herausforderungen zu begegnen: z.B. im Arbeits- und Gesundheitsschutz, in der Arbeitsorganisation, in der Qualifizierungs- und in der Leistungspolitik. Dieses Instrument gilt es in Zukunft stärker zu nutzen: Die Tarifpolitik muss demographiegerecht gestaltet und präventiv ausgerichtet werden. Aber weder eine altersgerechte Tarifpolitik noch eine nachhaltige Beschäftigungspolitik allein reichen, um die demographische Herausforderung zu bewältigen.

Noch nie gab es in der jüngeren deutschen Geschichte eine Situation, in der die Bevölkerung zugleich gealtert und geschrumpft ist – genau das tritt aber jetzt ein. Selbst mittelfristig ist ein **quantitativer Rückgang der Geburtenrate kaum noch zu verhindern.** Es sei denn, dass die Politik eine familien- und kinderorientierte Offensive startet, die auch vor neuen, teuren Anreizen bei der Infrastruktur und einer hohen Kinderprämie nicht zurückschreckt. Diese müsste bei mindestens 10 000 Euro pro Kind liegen, wenn sie zu einer Veränderung der Geburtenrate führen soll. Aber es geht nicht nur ums Geld. Eine **demographieorientierte Offensivstrategie** muss zwei Dinge vorantreiben: Sie muss erstens darauf hinwirken, dass sich gesellschaftliche Dynamik und Solidarität trotz der sich problematisch verändernden Altersstruktur entfalten können. Zweitens müssen bessere Bedingungen für Kinder und Familien geschaffen werden.





Judith Kerschbaumer, 42, ist Leiterin des Bereichs Sozialpolitik/Gesundheitspolitik der Gewerkschaft ver.di.

Dr. Wolfgang Schroeder, 45, ist Leiter des Bereichs Sozialpolitik der IG Metall.

Für die erfolgreiche Bewältigung der demographischen Herausforderungen erweist sich die vermeintliche Sachzwanglogik des Sozialstaatabbaus als Sackgasse. Statt dessen ist eine **gerechtere, ergiebigere und nachhaltigere Einnahmepolitik,** die sich am Modell der Bürgerversicherungen orientiert, ohne eine weitere Belastung des Faktors Arbeit zu fördern, das Gebot der Stunde. Auch die Ausgabenpolitik muss auf den Prüfstand. Zudem brauchen wir eine Infrastruktur- und Präventionspolitik, die vor allem den Familien unterstützend zur Seite steht, damit Deutschland **wieder ein kinderfreundliches Land wird** und sich verjüngen kann. Wer Rentner wird, muss wollen, dass genügend Erwerbstätige zur Verfügung stehen, die seine Rente finanzieren. So einfach ist das. Wer also von der Demographie redet, darf vom Wandel hin zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft nicht schweigen. •

Eine Herausforderung, keine Bedrohung

Neben der Globalisierung ist die demographische Entwicklung das wichtigste politische Schlagwort, wenn Politiker, Journalisten und Arbeitgebervertreter in den vergangenen Jahren Eingriffe in den Sozialstaat begründet haben. Für Judith Kerschbaumer und Wolfgang Schroeder ist der zu erwartende nachhaltige Rückgang der Erwerbsbevölkerung weder ein Mythos, dessen Auswirkungen auf den Wohlstand sich umstandslos durch den Produktivitätsfortschritt eliminieren lassen, noch ein Drama, das weitere Eingriffe in die Sozialsysteme unausweichlich macht, sondern ein politisch gestaltbarer Prozess.

In dem von ihnen herausgegebenen Buch „Sozialstaat und demographischer Wandel" analysieren WissenschaftlerInnen und Gewerkschafter die Folgen des Bevölkerungsrückgangs auf den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme. Eine besondere Verantwortung messen die beiden HerausgeberInnen den Gewerkschaften zu, die mit der Tarif- und der Betriebspolitik ein eigenständiges politisches Handlungsfeld nutzen könnten.

Judith Kerschbaumer, Wolfgang Schroeder (Hrsg.), ***Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung,*** *VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 239 Seiten, 24,90 Euro*

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

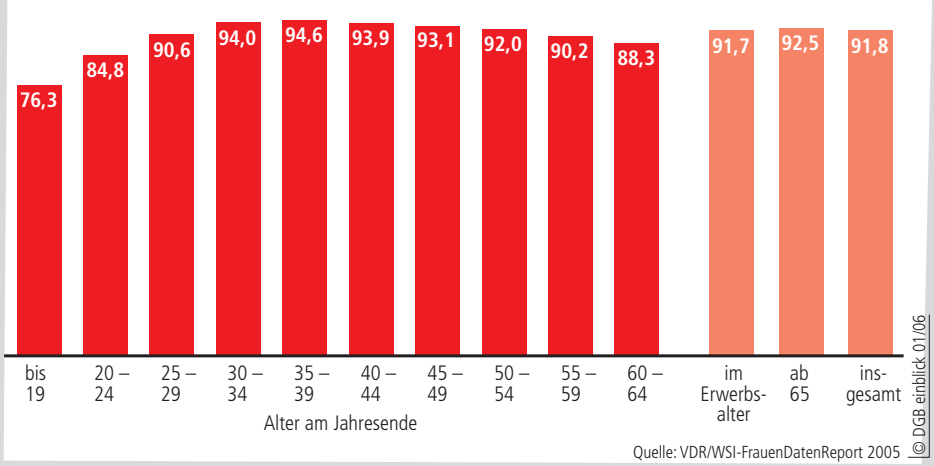
DIES & DAS

die DGB grafik

PFLEGE VON ANGEHÖRIGEN: Eine Domäne der Frauen

Ende 2004 gab es in Deutschland zwei Millionen Pflegebedürftige, bis 2040 werden es rund 3,4 Millionen sein. Das bedeutet auch, dass immer mehr Beschäftigte mit dem Problem konfrontiert werden, Beruf und die Pflege von Angehörigen vereinbaren zu müssen. Und das sind – wie bei der Erziehung – vor allem Frauen. Drei Viertel der Hauptpflegepersonen sind zurzeit Frauen. Unter den Pflegenden, für die die Pflegeversicherung Rentenbeiträge entrichtet, beträgt der Frauenanteil sogar über 90 Prozent.

Frauenanteil bei den Pflegepersonen mit Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung nach Altersklassen (in Prozent)



Quelle: VDR/WSI-FrauenDatenReport 2005

personalien

••• Der IG BAU-Vorsitzende ***Klaus Wiesehügel,*** 52, ist am 9. Dezember zum Präsidenten der neu gegründeten Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) gewählt worden. Die aus dem Zusammenschluss der bislang eigenständigen Internationalen der freien und der christlichen Gewerkschaften entstandene Bau- und Holzarbeiter Internationale vertritt mehr als elf Millionen ArbeitnehmerInnnen in 125 Ländern.

••• ***Welf Schröter,*** 51, Leiter des Forums Soziale Technikgestaltung beim DGB Baden-Württemberg, ist vom Bundeswirtschaftsministerium in die Expertengruppe „Mobile Enterprise" berufen worden. Die im Dezember 2005 konstituierte Expertengruppe soll mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Entwicklung von Softwarelösungen beraten.

••• ***Matthias Platzeck,*** 52, Ministerpräsident des Landes Brandenburg sowie Vorsitzender der SPD, ist am 10. Dezember 2005 am Rande der jedes Jahr stattfindenden Barbarafeier des Bergwerks Ost in Kamen in die IG BCE eingetreten.

14 TAGE

16.1. Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall, Tagung „Strukturwandel und Zukunft der Beschäftigung im Kfz-Gewerbe", Düsseldorf

17.1. DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Wissenschaftszentrum Berlin, Konferenz „Erfolgsmodell Mitbestimmung", Berlin

20.1. DGB Baden-Württemberg, Tagung „Wechseljahre? Sozialpolitik aus Frauensicht", Stuttgart

21.1. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Bezirkskonferenz und Landeskonferenz Niedersachsen, Hannover

21.1. DGB Thüringen, Landeskonferenz, Erfurt

21.1. DGB Saar, Landeskonferenz, Saarbrücken

27.1. DGB Berlin-Brandenburg, Bezirkskonferenz, Berlin

27./28.1. DGB Niedersachsen, Tagung „Frauen wählen! BR-Wahlen 2006", Hustedt

28.1. DGB Nord, Bezirkskonferenz, Lübeck

Tipp

Buch: Hans-Joachim Schabedoth, Unsere Jahre mit Gerhard Schröder. Ein Rückblick, Schüren Verlag, Marburg 2006, 242 Seiten, 27 Euro

Wer erinnert sich noch an Jost Stollmann? An Erich Ribbeck und Reinhard Höppner? Hans-Joachim Schabedoths Aufzeichnungen haben schon „Unsere Jahre mit Helmut Kohl" vor dem Vergessen bewahrt. Jetzt lässt er die sieben Jahre mit Gerhard Schröder Monat für Monat Revue passieren. Was ist aus dem rot-grünen Projekt geworden? An welchen Kreuzungen wurde falsch abgebogen? Wie konnte sich, allen Intrigen zum Trotz, „Kohls Mädchen" ganz nach oben kämpfen?

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Sterbedatei: Preise, die sich rechnen. Leistungen, die sich auszahlen."

Werbeslogan der Deutsche Post AG zur Vermarktung ihrer Verstorbenendatei, in der regelmäßig die Todesanzeigen deutscher Tageszeitungen ausgewertet werden.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.01.2006 2/06

DGB

inhalt

Seite 3
Zukunft der Mitbestimmung
Neuere Studien belegen, das Mitbestimmung sich wirtschaftlich rechnet. Sie werden in den Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission eine Rolle spielen

Seite 5
Mitgliederentwicklung
Gewerkschaften holen auf, auch wenn die Trendwende noch nicht geschafft ist

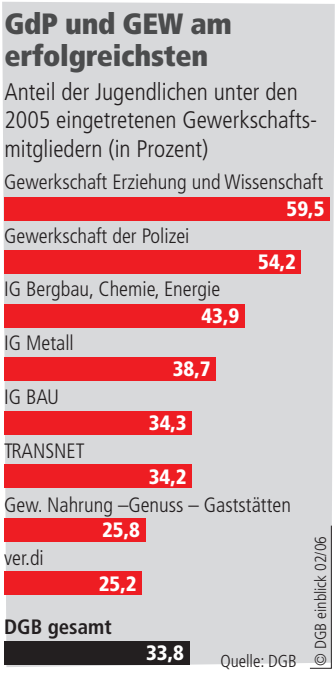
Seite 7
Unternehmensverantwortung
Corporate Social Responsibility (CSR) kann gesetzliche Standards ergänzen, nicht ersetzen, meint Andreas Botsch

DGB-Schwerpunkte 2006

Mehr Service für die Mitglieder

„Die Würde des Menschen ist unser Maßstab", unter diesem Motto stehen nicht nur der 1. Mai 2006 und der DGB-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai in Berlin. Dass das Grundrecht auf ein Leben in Würde nicht der Globalisierung geopfert wird, und dass jeder Mensch ein Recht auf eine Arbeit hat, mit der er seinen Lebensunterhalt finanzieren kann, ist die wichtigste politische Forderung des DGB in diesem Jahr. „Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist es, den Vorrang für Arbeit und soziale Gerechtigkeit wieder in der Gesellschaft durchzusetzen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer während der Neujahrspressekonferenz des DGB am 27. Januar. Die Gewerkschaften würden dafür streiten, „dass Arbeit nicht länger Millionen Menschen arm macht".

Einen zweiten Schwerpunkt wollen DGB und Gewerkschaften auf die Gewinnung neuer Mitglieder legen. Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern und der Politik soll nachhaltig gesteigert werden. Bereits 2005 hatten DGB und Gewerkschaften eine Reihe gemeinsamer Projekte begonnen, mit denen eine Trendwende bei der Mitgliederentwicklung eingeleitet werden soll.



Die Gewinnung junger Menschen ist ein Schwerpunkt der geplanten Trendwende. Am erfolgreichsten waren dabei 2005 die GdP und die GEW. Bei ihnen lag der Anteil der jungen Menschen unter den neuen Mitgliedern bei über 50 Prozent.

Diese würden beginnen zu wirken. „Es finden wieder mehr Menschen den Weg in die Gewerkschaften", so Sommer, auch wenn das Ergebnis der Mitgliederentwicklung noch nicht zufriedenstellend sei. Aber es gebe erste Ansätze für eine echte Trendwende. Sie sollen 2006 verstärkt werden.

Der DGB-Bundesvorstand hat auf seiner Klausur Ende Januar bereits erste flankierende Maßnahmen beschlossen: Im Zukunft will der DGB in regelmäßigen Abständen die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigen in Deutschland analysieren. Dadurch sollen die sozialen Defizite bei der Regulierung des Arbeitsmarktes öffentlich werden. Zudem will der DGB die bereits laufenden regelmäßigen Befragungen von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsmitgliedern intensivieren. Die dadurch gewonnen Erkenntnisse sollen nicht nur in die politischen Forderungen der Gewerkschaften einfließen, sondern auch für eine Weiterentwicklung der eigenen Politik genutzt werden. Einen weiteren Schwerpunkt will der DGB mit der Entwicklung einer neuen Finanzarchitektur für den Sozialstaates setzen.

Der DGB-Bundesvorstand hat zudem eine Vorentscheidung über die Zusammensetzung des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) getroffen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Vorstandsmitglied Dietmar Hexel sollen wiedergewählt werden. Ingrid Sehrbrock soll neue stellvertretende DGB-Vorsitzende werden. Als NachfolgerInnen für die bisherigen Vorstandsmitglieder Ursula Engelen-Kefer und Heinz Putzhammer schlägt der Bundesvorstand Annelie Buntenbach und Claus Matecki vor. Buntenbach, 51, früher Bundestagsabgeordnete der Grünen, ist Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der IG BAU. Matecki, 57, ist Leiter des Bereichs Vorsitzender der IG Metall. •

plusminusBERLIN

+ ***Verteidigungsminister Volker Jung (CDU) will, dass bei Auslandseinsätzen verwundete Bundeswehrsoldaten ein Recht auf Weiterbeschäftigung erhalten. Sie dürften nicht „abseits in die Arbeitslosigkeit rutschen".***

– ***Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), hat eine Senkung der Ausbildungsvergütungen gefordert. „Wo zwei Lehrlinge arbeiten, sollten sich künftig drei das gleiche Geld teilen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.initiatived21.de
Die digitale Arbeitswelt in Deutschland

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Zukunftsperspektiven der Mitbestimmung
Rede von DGB-Vorstand Dietmar Hexel auf den Bitburger Gesprächen

POLITIK AKTUELL

Riester-Rente

EU-Kommission droht mit Klage

Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesregierung eingeleitet. Grund dafür ist die Benachteiligung von Bürgern bei der Riester-Rente, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben. Die von der EU-Kommission veröffentlichte und „mit Gründen versehene Stellungnahme" ist die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens.

Die Kommission bemängelt drei Einschränkungen für die Gewährung der Riester-Zulage, die nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar seien. So ist nur zulageberechtigt, wer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist. Die Tatsache, dass mit dem geförderten Kapital nur eine Wohnung in Deutschland finanziert werden darf, verhindere zudem, dass Grenzgänger das Geld in ihrem Heimatland einsetzen könnten. Die Verpflichtung zur Rückzahlung, falls die unbeschränkte Steuerpflicht endet, diskriminiere Wanderarbeitnehmer, die nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in ihre Heimat zurückkehrten. •

Fußball-WM

Fair Play gefordert

Clean Clothes Campaign (CCC), die Kampagne für Saubere Kleidung, nimmt die Schattenseiten der Fußballweltmeisterschaft unter die Lupe. Die Christliche Initiative Romero (CIR), wie die Gewerkschaften Mitglied der Kampagne, macht auf den Arbeitsalltag der NäherInnen in den Bekleidungsfabriken aufmerksam, die weltweit für adidas, Nike und Co. Sportkleidung fertigen. „Hungerlöhne und extremer Arbeitsdruck", beschreibt die CIR den Arbeitsalltag. Vor dem Mega-Event Fußball-WM würden den ArbeiterInnen Höchstleistungen abverlangt. „Wer murrt oder seine Rechte einfordert, fliegt raus. Während die ArbeiterInnen nicht wissen, wie sie ihre Familien satt bekommen sollen, haben sich die Manager von adidas ihre Gehälter um 89 Prozent erhöht." •

LabourNet

Durchsuchung rechtswidrig

Das Landgericht Bochum hat die Durchsuchung und Beschlagnahmung von Arbeitsmaterialien und Unterlagen der Internetplattform LabourNet als Verstoß gegen das Grundgesetz bezeichnet. Mit dem Beschluss vom 10. Januar hat die 6. Strafkammer den Beschwerden der beschuldigten Redakteurin Mag Wompel stattgegeben. In der Begründung heißt es: „Die Beschuldigte ist durch den Beschluss und dessen Vollzug möglicherweise in ihrem Grundrecht aus Artikel 5 GG, mit Sicherheit aber in ihren Grundrechten aus Art. 2, 13 GG verletzt worden."

Der Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss sei aber auch deshalb rechtswidrig, weil keine bestimmten tatsächlichen Anhaltspunkte für einen konkreten Verdacht bestanden hätten. Der Rechtsanwalt der LabourNet-Redakteurin kündigte an, die Stellung von Dienstaufsichtsbeschwerden und Entschädigungsansprüchen zu prüfen. Redakteurin Wompel fordert, das Verfahren sofort einzustellen sowie alle rechtswidrig erlangten Daten zu vernichten. •

ISA CONSULT
das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

Turn-around-Beratung
Betriebswirtschaftliche Beratung
Organisationsberatung
Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Für den Erfolg ist das Ziel wichtig, es kommt aber auf den Weg an

ISA CONSULT unterstützt Betriebs- und Personalräte bei Umstrukturierungsprozessen.

Wir analysieren die Pläne der Unternehmensleitung und entwickeln Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung der Arbeitsplätze.

Wir entwickeln passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung und führen Trainings für Mitarbeiter und Führungskräfte durch.

Wir bieten Problemlösungen auch in schwierigen Situationen an und agieren als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

Fachliches Knowhow, hohe Branchenkompetenz und Beteiligungsorientierung sind unsere Erfolgsfaktoren.

ISA CONSULT ist bundesweit tätig. Unsere Schwerpunkte sind Turn-around-Beratung, betriebswirtschaftliche Beratung, Organisationsberatung, Gender Mainstreaming.

Zukunft der Mitbestimmung

„Eine sehr verlässliche Basis

Im Herbst will die noch von Rot-Grün berufene Biedenkopf-Kommission ihre Empfehlungen zur Reform der Mitbestimmung vorlegen. Ihre Arbeit bietet die Chance zur Versachlichung der Debatte, denn die Kommission will ihre Ratschläge einstimmig beschließen. Bis dahin hat sie sich eine Sendepause verordnet.

Mitbestimmung gibt es nicht nur in Deutschland. In 18 der 25 EU-Staaten sind ArbeitnehmerInnen in den höchsten Entscheidungsorganen privater oder öffentlicher Unternehmen vertreten. Umfang und Ausgestaltung der Mitbestimmung unterscheiden sich allerdings erheblich. Das deutsche Mitbestimmungsmodell, mit den Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats auf der betrieblichen Ebene und dem Stimmrecht der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten großer Unternehmen, gibt es so in keinem anderen europäischen Land.

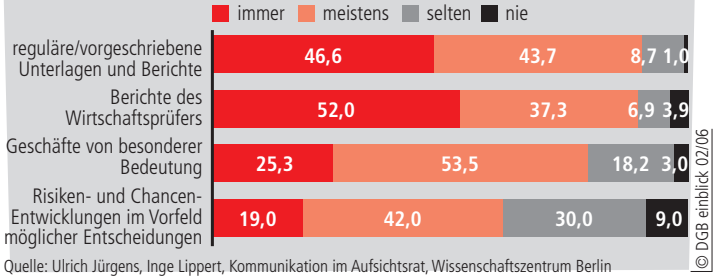
Die deutsche Mitbestimmung sei „ein Solitär, aber kein Edelstein", kritisierte Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und CDU-Bundestagsabgeordneter, Mitte Januar bei den Bitburger Gesprächen zur Rechtspolitik. Der Mannheimer Wirtschaftsweise Wolfgang Franz ging während des Treffens konservativer Juristen noch einen Schritt weiter und forderte die Abschaffung des Rechts auf Mitbestimmung zu Gunsten einer „freiwilligen Lösung". Wenn die Mitbestimmung so segensreich wirke, wie deren Befürworter behaupten, würden die Firmen sie sicher nicht „ersatzlos über Bord werfen". Manfred Gentz, ehemaliger Vorstand der DaimlerBenz AG und als Arbeitgebervertreter Mitglied der Biedenkopf-Kommission, kritisierte die seines Erachtens negativen Effekte, die von einer Verschränkung der Mitbestimmung auf der Betriebs- und der Unternehmensebene ausgehen würden. Diese führe zu einer „schwächer werdenden Konfliktbereitschaft auf der Arbeitgeberseite". Selbst untere Führungskräfte würden in einem „quasi vorweggenommenen Gehorsam zu unangemessenen Zugeständnissen veranlasst".

Doch diese Form von Fundamentalkritik ist in den vergangenen Monaten leiser geworden. Zunehmend melden sich in der Debatte auch aufgeklärte Unternehmer zu Wort, die den ökonomischen Wert der Mitbestimmung schätzen. Entscheidungsprozesse würden in Deutschland zwar etwas länger dauern, als in den USA, aber wenn es zu einer Übereinkunft zwischen Management und Arbeitnehmervertretung komme, sei das eine „sehr verlässliche Basis", hatte bereits 1998 der damalige Daimler-Chrysler-Vorstandschef Jürgen Schrempp erklärt. Die Mitbestimmung in Deutschland sei „sehr segensreich". Auch die neue Bundesregierung hat sich öffentlich zur Mitbestimmung bekannt. Sie sei „ein Erfolgsmodell", erklären Union und SPD im Koalitionsvertrag.

Beigetragen zur Versachlichung der Diskussion hat auch eine Reihe neuerer Studien über die Auswirkungen der Mitbestimmung auf den Unternehmenserfolg. Untersucht wurde zum Beispiel die Entwicklung der Börsenkurse, des Umsatzes und der Innovationsfähigkeit mitbestimmter Unternehmen. Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat habe „einem signifikant positiven, aber niemals negativen Einfluss auf die Unternehmensperformance", so der Wittener Ökonom Bernd Frick während einer gemeinsamen Tagung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB am 17. Januar in Berlin. Dass „selbst prononcierte Kritiker der bundesdeutschen Betriebs- und Unternehmensverfassung keine der wirtschaftlichen Performance abträglichen Effekte der Mitbestimmung finden", sei „ein ausgesprochen wichtiges Ergebnis" der neueren Diskussion. Auch die Forderung der Wirtschaft nach einer Verkleinerung der Aufsichtsräte sehen die Ökonomen kritisch. Eine von den WZB-WissenschaftlerInnen Ulrich Jürgens und Inge Lippert vorgestellte Befragung unter leitenden Angestellten, die Mitglied eines Aufsichtsrats sind, kommt zu dem Ergebnis, dass es in großen Aufsichtsräten besser gelingt, die Interessen von Anteilseignern und ArbeitnehmerInnen in Einklang zu bringen als in kleinen Aufsichtsräten. •

Über Risiken oft zu spät informiert

Werden die Informationen des Vorstands dem Aufsichtsrat so frühzeitig zur Verfügung gestellt, dass er sie vor der Entscheidung genau prüfen kann?



Quelle: Ulrich Jürgens, Inge Lippert, Kommunikation im Aufsichtsrat, Wissenschaftszentrum Berlin

© DGB einblick 02/06

Bei der Reform der Mitbestimmung gehört auch die Informationspflicht der Vorstände auf den Prüfstand, so das Wirtschaftszentrum Berlin. Aufsichtsratsmitglieder würden über Risiken häufig zu spät informiert. Das hat eine Umfrage unter leitenden Angestellten ergeben.

Europatauglich

Das Erfolgsmodell der Mitbestimmung mit Blick auf Europa weiter zu entwickeln, lautet der Prüfauftrag der Biedenkopf-Kommission. Die Gewerkschaften beteiligen sich an der Diskussion mit eigenen Reformvorschlägen:

- ***Weil die Unternehmen seit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 kleiner geworden sind, müsse auch der Schwellenwert für die Unternehmensmitbestimmung unter die 2000-Beschäftigten-Grenze sinken.***
- ***Weil sich die Unternehmen immer mehr internationalisieren, müssten auch ausländische Belegschaften das passive Wahlrecht erhalten.***
- ***Um die Kontrollfunktion der Aufsichtsräte zu stärken, müsse der Gesetzgeber einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte festlegen***
- ***Weil den Aufsichtsräten zum Teil wichtige Entscheidungen entzogen werden, in dem sie an Ausschüsse delegiert werden, müssten auch die Ausschüsse paritätisch besetzt werden.***
- ***Weil die Mitbestimmung durch einen Wechsel der Unternehmensform unterlaufen werden kann, müssten GmbHs mit Aktiengesellschaften gleichgestellt werden.***

PROJEKTE UND PARTNER

Broschüre

Rechtsextreme und Gewerkschaften

Sind das nur „Rechte Gespenster?" fragt die Broschüre der AG „Rechtsextremismus" im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Wie ihre Präsenz bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV zeigt, versuchen die Rechtsextremen zunehmend, Themen wie Sozialabbau zu besetzen. Die Broschüre zeigt im ersten Teil „Sozialproteste und extreme Rechte", wie die Neonazis Demonstrationen instrumentalisieren wollen. Gleichzeitig werden Tipps im Umgang mit den Provokationen gegeben. Im zweiten Teil „Gewerkschaften, Entsolidarisierung und extreme Rechte" geht es in Anlehnung an eine Studie um rechtsextreme Strömungen in den Gewerkschaften.



Die AG „Rechtsextremismus" arbeitet seit der Gründung von ver.di 2001. In ihr finden sich ver.di-Mitglieder aus allen Fachbereichen, die ehrenamtlich verschiedene Aktivitäten zu Rassismus und Rechtsextremismus anbieten. •

info@agrexive.de; www.agrexive.de

Selbstverwaltung

Ein Erfolgsmodell

Sie gehört zum Urbestand der Demokratie und hat sich in der Praxis dauerhaft bewährt: die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen. 1883 erstmals in einer Krankenversicherung eingeführt, ist das Modell der Selbstverwaltung längst ebenso bei Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung etabliert. Der DGB hat jetzt gemeinsam mit den Gewerkschaften ein knapp 220 Seiten starkes „Handbuch für Selbstverwalter" herausgegeben, in dem die AutorInnen detailliert Aufbau und Arbeitsweise der Sozialversicherungen schildern. Eine Einführung in die Entstehung der Selbstverwaltung sowie die wichtigsten rechtlichen Grundlagen runden den Band ab. Ursula Engelen-Kefer (Hg.), Handbuch für Selbstverwalter, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2006. Einzelpreis: 5 Euro. •

Zehra.Demir@dgb.de

Berufsbildung

Neue Aufgaben

Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes im vergangenen Jahr haben sich die Kompetenzen der Berufsbildungsausschüsse verändert. Das wird unter anderem Gegenstand der Arbeitstagung für gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Berufsbildungsausschüssen bei den IHK sowie für Arbeitnehmer-Vizepräsidenten bei den Handwerkskammern sein, zu der der DGB-Bundesvorstand für den 15. Februar nach Berlin einlädt. Bereits eine Woche später veranstaltet der DGB eine weitere Arbeitstagung, in diesem Fall für neu benannte Arbeitnehmerbeauftragte (DGB) in den Berufsbildungsausschüssen bei den IHKen sowie Handwerkskammern. Sie findet vom 22. bis 24. Februar in Cottbus statt. Den TeilnehmerInnen wird das nötige Basiswissen für die aktive Arbeit in den Ausschüssen vermittelt. •

andrea.leuschner@dgb.de
katja.wessel@dgb.de

Tarifarchiv

Auf einen Blick

Wer wissen will, welche Tarifabschlüsse im zurückliegenden Jahr ausgehandelt wurden, wann die Tarifverträge für die beginnende Tarifrunde 2006 gekündigt worden sind oder wie hoch das tarifliche Urlaubsgeld 2005 war, der braucht die Broschüre „Tarifpolitik 2005 auf einen Blick". Sie enthält knapp und kompakt die wichtigsten Arbeitsergebnisse des WSI-Tarifarchivs des zurückliegenden Jahres. •

www.tarifarchiv.de; tarifarchiv@wsi.de
www.tarifvertrag.de

Leitfaden

Schneller schlafen

Schichtarbeit ist weit verbreitet: Ungefähr die Hälfte der deutschen Erwerbstätigen arbeitet mehr oder weniger regelmäßig an Wochenenden, in der Nacht oder im Schichtbetrieb. Wer häufig in der Nacht oder in Wechselschicht tätig ist, kann auf Dauer krank werden. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen hat nun praktische Tipps und Ratschläge in der Broschüre „Besser leben mit Schichtarbeit" zusammengestellt. Dabei geht es um an den veränderten Rhythmus angepasste Schlaf- und Essgewohnheiten oder Strategien gegen den Sekundenschlaf. Außerdem werden die einschlägigen Bestimmungen im Arbeitszeitgesetz vorgestellt und Tipps für die Gestaltung von Schichtplänen gegeben. •



www.bkk.de; praevention@bkk-bv.de

Fachmessen

Lernen ohne Ende

Allein mit dem erlernten Wissen aus Schule, Berufsausbildung oder Studium kann längst niemand mehr erfolgreich durch Leben und Beruf steuern. Der Begriff „lebenslanges" oder „lebensbegleitendes Lernen" macht die Runde. Sowohl bei der Learntec 2006, Kongress und Fachmesse für Bildungs- und Informationstechnologie, wie auch bei der Fachmesse didacta 2006 steht in diesem Jahr das Thema lebenslanges Lernen im Mittelpunkt. Die Learntec findet vom 14. bis zum 16. Februar in Karlsruhe, die didacta vom 20. bis zum 24. Februar in Hannover statt. •

www.jugend-und-bildung.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** fordert eine Geschlechterquote bei der Besetzung von Landesgremien. Anlass ist der aktuelle ***„Gremienbericht"*** der baden-württembergischen Landesfrauenbeauftragten. Demnach seien immer noch rund 75 Prozent aller Landesgremien nur mit Männern besetzt. Insgesamt stieg die Frauenquote auf 17,4 Prozent. „Wenn wir in dem Tempo weitermachen, haben wir 2060 einen Frauenanteil von 50 Prozent", so DGB-Landesvize Leni Breymaier. Selbst Landesfrauenbeauftragte Johanna Lichy bezeichnet die Ergebnisse des Berichts als „nicht befriedigend". Infos: www.dgb-bw.de

••• ***DGB*** und ***GEW Sachsen-Anhalt*** laden für den 25. Februar zu einer ***schulpolitischen Konferenz*** nach Magdeburg ein. Im Vorfeld der Landtagswahl wollen die Gewerkschaften mit VertreterInnen von Schulen, Wissenschaft und Politik Alternativen zur Landesbildungspolitik diskutieren. Die abschließende Podiumsdiskussion mit Landeskultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) beleuchtet Möglichkeiten für mehr Chancengerechtigkeit in der Schule. Anmeldeschluss: 15. Februar, Infos: GEW Sachsen-Anhalt, Tel. 0391/73 55 430, Anmeldung unter Fax 0391/73 13 405

Mitgliederentwicklung

Gewerkschaften holen auf

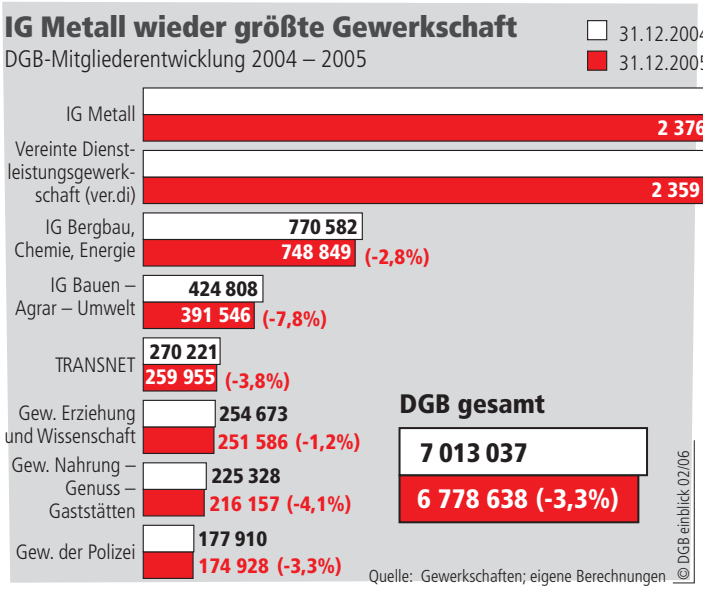
2005 haben die Gewerkschaften erneut Mitglieder verloren. Ihre Zahl sank auf 6 778 638 Mitglieder. Allerdings hat sich der Abwärtstrend im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgeschwächt. In etlichen Bereichen gab es sogar echte Mitgliederzuwächse. Bei der IG Metall Nordrhein-Westfalen (NRW) gilt dies für ein Viertel aller Verwaltungsstellen.

Der Shooting-Star in Sachen Mitgliedergewinnung im IG Metall-Bezirk Nordrhein-Westfalen ist die Verwaltungsstelle Lüdenscheid, mit 7656 Mitgliedern eine der kleineren Ortsverwaltungen. Sie schaffte 2005 ein Plus von 5,5 Prozent. Nachfragen dazu berantwortet der 1. Bevollmächtigte Bernd Schildknecht nüchtern: „Wir machen die Mitglieder nicht." Der Zuwachs sei das Verdienst der ehrenamtlichen Funktionäre im Betrieb. Aber das hat seinen Grund: das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Die IG Metall vermittelt unmissverständlich die Botschaft, dass ihre Unterstützung nicht umsonst zu haben ist, sondern nur durch einen hohen Organisationsgrad im Betrieb zu rechtfertigen ist. Das hätten Betriebsräte und Vertrauensleute mittlerweile verinnerlicht. Mitgliedergewinnung ist nicht nur eine Frage der richtigen Strategie. Bernd Schildknecht sagt freimütig, er habe auch „Glück gehabt", soll heißen, es gab 2005 in Lüdenscheid keine größeren Massenentlassungen oder Betriebsschließungen.

Auf Platz 2 im Mitgliederzuwachs-Ranking steht die IG Metall Detmold. Sie erhöhte ihren Mitgliederstand 2005 um 2,7 Prozent auf 15 529. Der 1. Bevollmächtigte Reinhard Seiler nennt drei Erfolgsfaktoren: Die Verwaltungsstelle trifft mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten klare Zielvereinbarungen: Wie groß ist das Mitgliederpotenzial, wie viele Neuaufnahmen sind realistisch? Zweitens sind die Mitgliederrückholgespräche intensiviert worden; und für bestimmte Zielgruppen – befristet Beschäftigte, LeiharbeitnehmerInnen und Arbeitslose – gibt es spezielles Infomaterial.

Knapp hinter Detmold liegt – mit einem Plus von 2,4 Prozent – die Verwaltungsstelle Arnsberg (10613 Mitglieder). „Das Jahr 2005 war das bisher erfolgreichste", berichtet der 1. Bevollmächtigte Wolfgang Werth. Warum? Weil die IG Metall öfter als zuvor schnell, beteiligungsorientiert und öffentlich agiere. Beispiel: Plant ein Arbeitgeber, tarifuntreu zu werden, lädt die IG Metall sofort zur Mitgliederversammlung ein, diskutiert Möglichkeiten der Gegenwehr und schaltet die Presse ein. „Beim Thema Tarifpolitik steigt der Organisationsgrad im Betrieb", hat Werth erfahren.

19 der 46 IG Metall-Verwaltungsstellen in NRW präsentieren für 2005 ein positives Saldo von Neuaufnahmen und Austritten/Streichungen (ohne Sterbefälle). 2004 waren es nur zwei; für dieses Jahr planen 31 Ortsverwaltungen ein positives Ergebnis. Dahinter steckt ein Konzept. IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel nennt es „1000 Tage Maßarbeit", eine Art Dachkampagne. Darunter verbergen sich z.B. die Modernisierungsoffensive „besser statt billiger", die Aktion „Tarif aktiv" oder das Berufsschulprojekt „YOUnite!" Für Wetzel bemisst sich der Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit in Zahlen – steigende Mitgliederzahlen. Mitgliedergewinnung sei „die politischste Aufgabe überhaupt". Auch in anderen Bezirken hat die IG Metall mehr neue Mitglieder gewonnen. 2004 hatte sie im Saldo einen Verlust von 100 000 Mitgliedern hinnehmen müssen. 2005 waren es nur noch 48 780. „Es ist uns innerhalb eines Jahres gelungen, den Rückgang zu halbieren. Das ist ein ermutigendes Zeichen", so IG Metall-Vize Berthold Huber. •



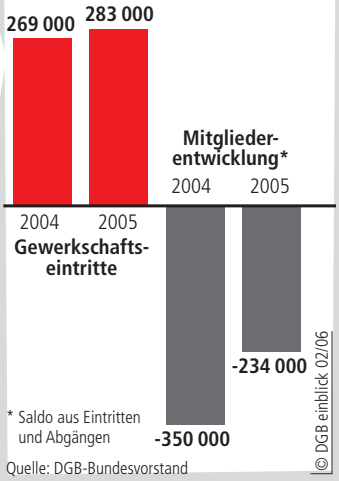
Im vergangenen Jahr hat sich der Mitgliederverlust der Gewerkschaften deutlich abgeschwächt. Den größten Konsolidierungserfolg konnte die GEW mit einem Minus von lediglich 1,2 Prozent erzielen, gefolgt von der GdP (minus 1,7 Prozent). Auch die IG Metall konnte deutliche Fortschritte bei der Mitgliedergewinnung erzielen. Sie ist mit 2,38 Millionen Mitgliedern jetzt wieder größte Gewerkschaft im DGB.

Mehr Eintritte

2005 hat keine der acht DGB-Gewerkschaften per Saldo einen Zuwachs erzielt, aber in allen Gewerkschaften hat sich das Tempo des Mitgliederverlustes verlangsamt. Hoffnung auf eine Trendwende gibt vor allem ein detaillierter Blick auf die

Erster Schritt zur Trendwende

Mitgliederzuwächse und -verluste 2004 und 2005



2005 haben die Gewerkschaften erneut Mitglieder verloren, aber der Trend der Mitgliederentwicklung konnte erstmals umgedreht werden. Gegenüber 2004 stieg die Zahl der Gewerkschaftseintritte um fünf Prozent, auf 283 000. Gleichzeitig ging die Zahl der Mitgliederverluste deutlich zurück, 350 000 auf 234 000.

Zahlen. Das gilt auch für die Gewerkschaft ver.di, die in absoluten Zahlen den größten Verlust hinnehmen musste: Mehr als 110 000 Menschen traten 2005 ver.di bei. Im Jugendbereich gab es 8,5 Prozent mehr Ein- als Austritte. Zudem konnte ver.di den Anteil der erwerbstätigen Mitglieder erhöhen, auf 73,7 Prozent.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU hat erstmals einen Tarifvertrag im Bereich Facility Management abgeschlossen. Sie will den mit der Hochtief FM GmbH ausgehandelten Vertrag mittelfristig auch auf andere Unternehmen der Branche übertragen.

IG Metall und ver.di haben ein gemeinsames alternatives Modell zu den Reformplänen der EU für die Berufsbildung vorgelegt. Das geplante System der Europäischen Kommission sei zu bürokratisch und kompliziert. Statt dessen sollten Gewerkschaften und Arbeitgeber eigene Qualifikationsrahmen für die einzelnen Wirtschaftssektoren entwickeln.

Mehr als 200 NGG-Mitglieder haben ihre Werbeprämien aus der Aktion „Mitglieder werben Mitglieder" der UNICEF gespendet. Insgesamt kamen so mehr als 5000 Euro für das Kinderhilfswerk zusammen.

Ein neuer Tarifvertrag zwischen ver.di und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) gibt öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern die Möglichkeit, Arbeitsentgelte in Mitarbeiterbeteiligungen umzuwandeln. Entsprechende Vereinbarungen können die Tarifparteien auf regionaler Ebene treffen. Bis zu zehn Prozent des Gehaltsvolumens können in Kapitalbeteiligungen umgewandelt werden.

Öffentlicher Dienst

ver.di steht vor Urabstimmung

Die Gewerkschaft ver.di wird Ende Januar beginnen, Urabstimmungen im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einzuleiten. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg wird es auch im Bereich der kommunalen Arbeitgeberverbände (KAV) Urabstimmungen geben. Hintergrund der Tarifauseinandersetzung ist die Kündigung der Tarifverträge zur Arbeitszeit durch die kommunalen Arbeitgeberverbände einzelner Länder. Ihr Ziel ist eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die Bundesländer wollen gegenüber ihren Beschäftigten sogar noch weitergehende Einschnitte durchsetzen. Neben längeren Arbeitszeiten geht es ihnen auch um eine Kürzung des Weihnachtsgelds. Hinzu kommt, dass die TdL sich bislang weigert, den bereits im vergangenen Jahr von ver.di mit dem Bund und den Gemeinden abgeschlossen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu übernehmen. •



Demonstrationen

Contra Bolkestein

Die Mobilisierung des DGB und der Gewerkschaften zu den Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie läuft auf Hochtouren. Parallel zur ersten Lesung der Richtlinie im Europa-Parlament am 14. Februar hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) nach Straßburg aufgerufen. Zu einer weiteren Demonstration am 11. Februar, dem vorhergehenden Wochenende, hat der DGB nach Berlin aufgerufen.

Die Auftaktkundgebung beginnt um 11:30 Uhr am Invalidenpark am Bundesministerium für



Wirtschaft und Arbeit. Von dort geht der Demonstrationszug zum Schlossplatz, wo gegen 13 Uhr die Abschlusskundgebung beginnt. Informationen über feie Plätze in den Bussen für die Demonstration gibt es bei den DGB-Regionen.

Auch die Mobilisierung für Straßburg läuft ausgesprochen erfolgreich, bereits jetzt sind schon mehr TeilnehmerInnen gemeldet, als ursprünglich insgesamt erwartet worden sind. Informationen über Start, Ziel und Route der Demonstration gibt es Anfang Februar. •

www.dgb.de

Betriebsratswahlen

Kirchen werben für Teilnahme

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die katholische Deutsche Bischofskonferenz alle ArbeitnehmerInnen aufgerufen, bei den Betriebsratswahlen 2006 zu kandidieren und ihre Stimme abzugeben.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, und der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, haben gemeinsam zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen aufgerufen. Betriebsrat zu sein, bedeute eine hohe Verantwortung für die Kolleginnen und Kollegen, aber auch für ein Unternehmen und seine wirtschaftliche Zukunft zu übernehmen. „Wir bezeugen deshalb denen, die diese Aufgabe wahrnehmen, unsere Anerkennung und unseren Respekt", heißt es in dem Aufruf. „Wir bitten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte zu unterstützen, auch selbst – aus christlicher Verantwortung heraus – für dieses Amt zu kandidieren und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen."

Es gehöre zu den sozialethischen Grundsätzen beider Kirchen, dass der arbeitende Mensch das Recht haben solle, über die Ausgestaltung seiner Arbeit und deren Bedingungen mitzubestimmen, so Kardinal Lehmann und Bischof Huber. Betriebsräte trügen oft in guter Zusammenarbeit mit den in den Unternehmen Verantwortlichen dazu bei, „dass im Betrieb die Würde der arbeitenden Menschen geachtet wird und nicht nur das Produkt und der Gewinn im Mittelpunkt stehen". Angesichts de gewaltigen Umbruchs der Arbeitswelt seien Betriebsräte als „aufmerksame Zuhörer, kompetente Ratgeber und besonnene Verfechter von Arbeitnehmerrechten gefragt •

Gewerkschaften und Corporate Social Responsibility

Freiwilligkeit ja, Beliebigkeit nein

Die Diskussion über Corporate Social Responsibility (CSR), die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, gewinnt auch in Deutschland an Bedeutung. CSR kann gesetzliche Standards ergänzen, nicht ersetzen, meint Andreas Botsch.

CSR steht für Unternehmensstrategien, die auf nachhaltige Unternehmensentwicklung, d.h. die Verfolgung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele abstellen. Ursprünglich aus dem angelsächsischen Wirtschaftsraum kommend, **widerspricht CSR dem Lehrsatz des Verfechters des reinen Marktkapitalismus** der Chicago-Schule, Milton Friedman, die einzige Verantwortung der Unternehmen liege in der Erzielung von Profiten, die den Anteilseignern zu gute kommen – der berüchtigte Shareholder Value. CSR dagegen bezieht sich auf eine Verantwortung der Unternehmen sowohl für ihre Beschäftigten (interne Dimension) wie gegenüber der äußeren Unternehmensumwelt in der Kommune oder Region (externe Dimension), d.h. einem weiteren Kreis von Stakeholdern. Das Konzept beschäftigt Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Politik in Deutschland – und zunehmend die Gewerkschaften.

Dies gilt umso mehr, als mit der Zunahme grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen und der wachsenden Bedeutung transnationaler Unternehmen und multinationaler Konzerne auch für die Gewerkschaften die Notwendigkeit von transnationalen Regelungen zum Schutz der Belange der ArbeitnehmerInnen wächst. Da Kapital international weitaus mobiler ist als Arbeit, bezieht sich das **Interesse der Gewerkschaften an CSR** in erster Linie auf geeignete internationale Instrumente gegen jedwede Form von zwischenstaatlichem Sozial- und Umweltdumping, das den unfairen Wettbewerb um Standort- und Investitionsentscheidungen auf Kosten der Beschäftigten verschärft. Zu diesen Instrumenten zählen u. a. die völkerrechtlichen Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, der Global Compact und die Global Reporting Initiative der UNO sowie die ständig wachsende Zahl internationaler Rahmenabkommen der globalen Gewerkschaftsbünde mit Unternehmen. Alle Initiativen und Instrumente dienen dem Erhalt und Ausbau von Sozial- und Umweltstandards sowie der Gestaltung der globalen Standortkonkurrenz im Unternehmen.

Schwieriger gestaltet sich die gewerkschaftliche Annäherung an die interne Dimension von CSR. Zugespitzt formuliert: Was kann CSR in einem Land leisten, das über eine gut funktionierende betriebliche wie Unternehmensmitbestimmung sowie einen gesetzlich geregelten Umwelt- und Arbeitsschutz verfügt? Keinesfalls kann es darum gehen, sozialstaatliche Normen in Deutschland durch modisch anmutende Importe aus anderen sozio-ökonomischen Zusammenhängen mit niedriger (Sozial-) Staatsquote zu ersetzen. Aus Gewerkschaftssicht geht es daher immer um **Ergänzungen zum gesetzlich Geregelten, nicht um dessen Ersatz** oder Deregulierung. Wenn Unternehmen Hochglanzbroschüren nach dem Prinzip „tue Gutes und rede darüber" verbreiten, sind ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften als abhängige Beschäftigte wie als Beteiligte und Gestalter betroffen. Durch Beteiligung an den freiwilligen CSR-Maßnahmen sind sie ideale Kronzeugen für deren Transparenz und Überprüfbarkeit. Nur mit letzterem kann CSR wirklich funktionieren: Freiwilligkeit bedeutet keineswegs Beliebigkeit von Unternehmenshandeln – ansonsten wäre CSR **nichts anderes als eine billige PR-Masche.**



Andreas Botsch, 47, ist Vorstandssekretär des DGB-Bundesvorstands. Er ist unter anderem für die Bereiche Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik zuständig.

Deshalb wird sich die Unternehmensverantwortung an Kriterien messen lassen müssen, die gleichermaßen für den Umgang mit den eigenen Beschäftigten wie mit dem Engagement für die äußere Unternehmensumwelt gelten. Die Unternehmen sind durch ihren gestiegenen Einfluss einem zusätzlichen Legitimierungsdruck ausgesetzt, den es zu nutzen gilt. Ein Beispiel: Wenn Daimler-Chrysler sich aktiv für die Aidsprävention in Südafrika engagiert und neben dem eigenen betrieblichen Interesse (die ausgebildeten FacharbeiterInnen sollen nicht wegsterben) auch einem gesellschaftlichen dient, dann passt es schlecht zusammen, wenn dasselbe Unternehmen in Deutschland den Shareholder Value schamlos auf Kosten der älteren Beschäftigten in die Höhe zu treiben sucht. Es kommt also auf eine **Deckungsgleichheit der externen und internen Unternehmensverantwortung** an. Betriebsräte und Gewerkschaften sind hierfür die besten Garanten, wenn sie sich aktiv in die Debatte einmischen. •

After work – better work

Unter diesem Motto hatte das „Forum Zukunftsökonomie" Anfang Dezember zu seiner ersten öffentlichen Veranstaltung über Möglichkeiten und Perspektiven von CSR eingeladen. 2006 will das „Forum Zukunftsökonomie", zu dessen Initiatoren neben der taz, der Verbraucherinitiative, dem BUND-magazin und dem vorwärts auch ver.di-Publik und der einblick gehören, erstmals den „Preis der Arbeit" verleihen. Ausgezeichnet werden sollen Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden.

Ab Frühjahr 2006, so hatte der einblick angekündigt, werden die beteiligten Publikationen Kriterien der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung unternehmerischen Handelns zur Debatte stellen. Beteiligt werden sollen an der Diskussion auch die einblick-LeserInnen. Später sollen sie auch preiswürdige Betrieb vorschlagen können und einen Publikumssieger küren (einblick 20/2005). Als ersten Schritt wird der einblick auf dieser Seite in loser Folge einzelne Beiträge zum Verhältnis von Gewerkschaften und CSR veröffentlichen.

Im Internet

www.preis-der-arbeit.de

Mehr Infos zum „Forum Zukunftsökonomie" und zum „Preis der Arbeit"

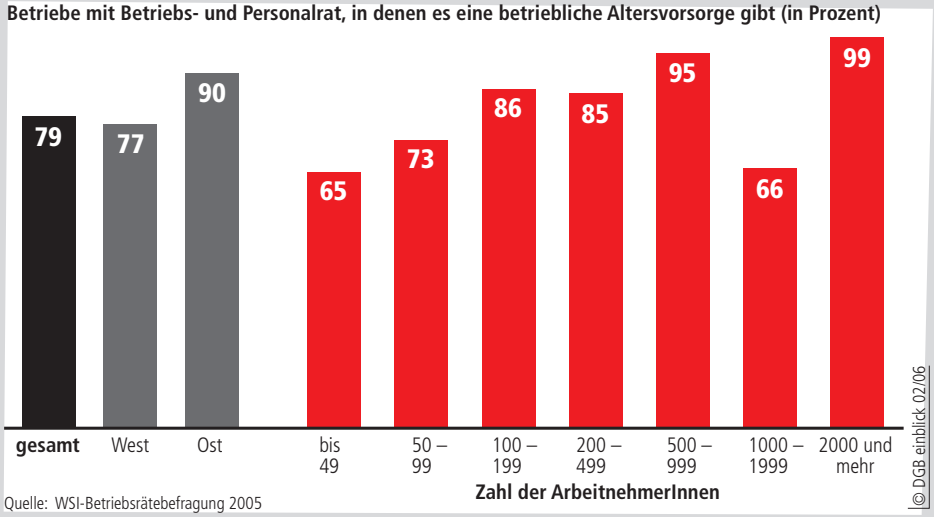
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ALTERSVORSORGE: In Unternehmen mit Betriebsrat fast immer

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Betriebe, in denen es eine betriebliche Altersvorsorge gibt, stark gestiegen. In 79 Prozent aller Betriebe, in denen es einen Betriebs- oder Personalrat gibt, gibt es auch eine betriebliche Altervorsorge. Das zeigen auf der Tagung „Erfolgsmodell Mitbestimmung?" vorgestellte Daten der Betriebsrätebefragung 2005 des WSI. Die Chance der Beschäftigten, eine betriebliche Altersvorsorge zu bekommen, steigt mit der Betriebsgröße. Allerdings ist das Vorsorgeniveau relativ niedrig.



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2005

personalien

••• ***Steffen Lemme,*** 40, DGB-Regionsvorsitzender in Mittel-Nordthüringen, ist am 21. Januar zum Landesvorsitzenden des DGB Thüringen gewählt werden. Er folgt ***Frank Spieth,*** 58, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hat.

••• ***Hartmut Tölle,*** 52, ist am 21. Januar als Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wiedergewählt worden. Als stellvertretenden Bezirksvorsitzenden bestätigten die Delegierten ***Udo Gebhardt,*** 53, der zugleich auch DGB-Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt ist.

••• ***Eugen Roth,*** 48, ist am 21. Januar als Vorsitzender des DGB Saar wiedergewählt worden.

••• ***Kai Senf,*** 33, bis zum Ende der letzten Legislaturperiode Referent des Abgeordneten Fritz Schösser (SPD) im Bundestag, ist seit dem 1. Januar Pressesprecher des DGB Bayern. Er folgt ***Ralf Mattes,*** 38, der seit Dezember vergangenen Jahres Referent für interne und externe Kommunikation des Betriebsrats der Audi AG in Ingolstadt ist.

14 TAGE

30./31.1. IG Metall und ver.di, Konferenz „Mehr und bessere Weiterbildung für alle – Das ist die neue soziale Frage", Berlin

3.2. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung und ACE, Tagung „Verkehr macht Arbeit", Berlin

4.2. DGB Sachsen, Bezirkskonferenz, Zwickau

6.2. GEW Baden-Württemberg, Fachtagung zum Chancengleichheitsgesetz, Stuttgart

7.2. DGB Nord und ver.di-Landesbezirk Hamburg, „Die EU-Dienstleistungsrichtlinie – Was auf dem Spiel steht", Hamburg

9.2. DGB-Fernsehgespräch „Fernsehen ohne Grenzen. Die Zukunft des dualen Rundfunks", Berlin

10./11.2. DGB Nordrhein-Westfalen, Bezirkskonferenz, Oberhausen

11.2. DGB Baden-Württemberg, Bezirkskonferenz, Pforzheim

11.2. DGB, Demonstration zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, Berlin

Tipp

***Buch:* Peter Hennicke, Michael Müller, Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand, S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2005, 279 Seiten, 29 Euro**

Ohne Energie ist wirtschaftlicher Fortschritt unmöglich – und nur wer die Energie hat, hat auch die Macht. Peter Hennicke, Präsident des Wuppertal Institut und der SPD-Abgeordnete Michael Müller plädieren für ein nachhaltiges Umsteuern in der Energiepolitik und für deren Demokratisierung. Die sonst drohenden Konflikte um den knapper werdenden Rohstoff Energie würden sich nicht auf die Länder des Südens beschränken.

Schlusspunkt

„Entlassungsproduktivität"

Der Begriff „Entlassungsproduktivität" ist von Sprachexperten als „Unwort des Jahres" 2005 gewählt worden. Er bezeichnet die bei Betriebswirten beliebte Methode, den Gewinn eines Unternehmens durch Personalabbau zu steigern.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.02.2006 3/06

DGB

Öffentlicher Dienst und Metallindustrie

Tarifkonflikte sprengen Branchengrenzen

Jahrelang haben sich die Gewerkschaften mit ihren Tarifforderungen zurückgehalten. Doch die von den Arbeitgebern in Aussicht gestellte Dividende ist ausgeblieben: Weil die Binnenkonjunktur lahmt, ist das Wachstum der vergangenen Jahre am Arbeitsmarkt vorbeigegangen. 2006 wollen die Gewerkschaften deshalb auch in der Tarifpolitik eine Trendwende durchsetzen.

Den aktuellen Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, auch wenn die Ziele von IG Metall und ver.di unterschiedlicher kaum sein könnten. Denn während die IG Metall erstmals seit Jahren in ihrer wichtigsten Branche wieder eine deutliche Lohnerhöhung durchsetzen will, steht der öffentliche Dienst in einem Erzwingungsstreik. ver.di will verhindern, dass die öffentlichen Arbeitgeber die in der Vergangenheit durch einen Einkommensverzicht der Beschäftigten finanzierte Reduzierung der Arbeitszeit auf 38 Wochenstunden wieder einkassieren.

Die Gemengelage ist allerdings komplizierter. Denn zum einen will ver.di durchsetzen, dass auch die Bundesländer dem bereits 2005 mit Bund und Kommunen ausgehandelten neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) beitreten. Dadurch soll verhindert werden, dass die Bundesländer weiterhin Neueinstellungen und Versetzungen missbrauchen, um die Arbeitszeit der Beschäftigten per Diktat auf bis zu 42 Wochenstunden auszudehnen. Zum anderen haben die Kommunalen Arbeitgeberverbände mehrerer Bundesländer den schwelenden Tarifkonflikt mit den Ländern genutzt, um kurz nach Abschluss des TVöD den Passus zur Arbeitszeit zu kündigen.

In dem Konflikt geht es um weit mehr als eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um 18 Minuten. Würden sich die öffentlichen Arbeitgeber durchsetzen, wären nach ver.di-Berechnung nicht nur mehrere zehntausend Arbeitsplätze akut gefährdet, sondern auch der Versuch, ein modernes, leistungsfähiges Tarifsystem durchzusetzen, das für den gesamten öffentlichen Dienst gilt, stünde auf dem Spiel.

Was ver.di bereits praktiziert, steht der IG Metall womöglich bevor: Sie stellt sich auf einen Arbeitskampf ein, noch bevor die ersten Verhandlungen begonnen haben. Dass die Tarifrunde „hart" wird, gehört zwar zum Repertoire der Tarifparteien, könnte sich jetzt aber bewahrheiten. Und das liegt nicht nur daran, dass die eine Seite fünf Prozent mehr Lohn fordert und die andere Reallohnverluste für zumutbar hält. Die alte Selbstverständlichkeit ist dahin, dass der Pilotabschluss im einen Tarifgebiet von allen anderen Tarifgebieten – und dann von allen Betrieben dort – übernommen wird. Die IG Metall zieht daraus die Konsequenz, in allen Bezirken und allen Betrieben konfliktfähig sein zu müssen. •

Inflationsrate nicht ausgeglichen

Tarifsteigerung 2005 nach Wirtschaftsbereichen (in Prozent)



*z.B. Druck-, Textil- und Bekleidungsindustrie
** z.B. Metall-, Stahl- und Chemie-Industrie
Quelle: WSI-Tarifarchiv

© DGB einblick 03/06

Die Tarifeinkommen sind 2005 um 1,6 Prozent gestiegen. Den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, die Steigerung der Lebenshaltungskosten von 2,0 Prozent auszugleichen.

plusminusBERLIN

+ ***Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hat angesichts der geplanten Schließung des AEG-Werks in Nürnberg gefordert, dass Betriebsverlagerungen nicht länger durch die EU gefördert werden. Die Förderregeln seien den „Arbeitnehmern kaum vermittelbar".***

– ***Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) will durchsetzen, dass für Arbeitslose „für alle Tätigkeiten der niedrigste Tariflohn der Branche als zumutbar gilt". Auch qualifizierte Tätigkeiten müssten dann für Stundenlöhne „zwischen 4,50 und sechs Euro" übernommen werden.***

inhalt

Seite 3

Ausbildungspakt gescheitert

Trotz des Pakts von Bundesregierung und Arbeitgebern – die Lage am Ausbildungsplatzmarkt verschärft sich weiter

Seite 5

Betriebsratsgründung zum Auftakt

Die Begleitkampagne von DGB und Gewerkschaften zur Betriebsratswahl 2006 kommt in Fahrt

Seite 7

Irrweg in eine andere Gesellschaft

Die Hartz-Reformen sind wirkungslos. Eine weitere Ausdehnung des Niedriglohnbereichs würde die Abwärtsspirale nur noch verschärfen, meint Gerhard Bäcker

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gdp.de

Mit Sicherheit am Ball. Die interaktive Internetsite der Gewerkschaft der Polizei zur Fußballweltmeisterschaft

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Moderner Sozialstaat statt Rente mit 67. Beschluss des DGB-Bundesvorstands

POLITIK AKTUELL

?...nachgefragt



Die Catering-Firma Gate Gourmet West am Düsseldorfer Flughafen wird seit dem 7. Oktober 2005 bestreikt. Seit 130 Tagen kämpfen 80 Beschäftigte – allesamt Mitglied der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) – für einen Tarifvertrag. Wie halten sie das aus, fragte *einblick* den Streikleiter und Düsseldorfer NGG-Geschäftsführer Dieter Schormann.

„Der Zusammenhalt der Kolleginnen und Kollegen ist bewundernswert. Die Streikfront steht, da bröckelt nichts. Wir haben den Arbeitskampf ja auch nicht mutwillig vom Zaun gebrochen. Zwei Jahre lang haben die Beschäftigten beispielsweise auf die Hälfte vom Weihnachtsgeld verzichtet, um ihren Betrieb wieder auf wirtschaftlich gesunde Füße zu stellen. Doch Mitte 2005 weigerte sich das Unternehmen nicht nur, wie verabredet zum alten Tarifvertrag zurückzukehren, sondern forderte zusätzlich die Verlängerung der Wochenarbeitszeit um zwei auf 40 Stunden und die Kürzung des Urlaubs um fünf auf 25 Tage. Ende September scheiterten die Verhandlungen, in der Urabstimmung Anfang Oktober stimmten 93 Prozent für Streik.

Im Dezember wurde dann ein Tarifergebnis erzielt: Es sah unter anderem eine Entgelterhöhung von zwei Prozent, Einmalzahlungen zwischen 156 und 350 Euro sowie die Beibehaltung der Wochenarbeitszeit und der Urlaubstage vor. Noch bevor wir das Ergebnis zur Abstimmung stellen konnten, wurde es von Gate Gourmet widerrufen. Wir können nur spekulieren, warum. Denn die wirklichen Entscheider – und das ist unser größtes Problem – sitzen nicht mit am Verhandlungstisch: Gate Gourmet West gehört Gate Gourmet International, die weltweit ihre Personalkosten um zehn Prozent drücken wollen. Und Gate Gourmet International gehört der Investmentgesellschaft Texas Pacific Group. Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat diese Investoren mal ‚Heuschrecken' genannt. Seit Anfang Februar laufen zwar Sondierungsgespräche, aber deren Ergebnis ist völlig offen, ein Ende des Streiks nicht in Sicht."

Mehr Infos (Spendenkonto und Streikzeitungen): www.ngg.net

Fußball-WM

DFB verzichtet auf Ein-Euro-Jobs

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will während der Fußballweltmeisterschaft auf Ein-Euro-Jobber verzichten und Arbeitslose nur in beitragspflichtigen Arbeitsverhältnissen einsetzen. Das geht aus einer Vereinbarung des DFB mit der Bundesagentur für Arbeit hervor. Einen Schatten auf diese Meldung dürfte allerdings die Tatsache werfen, dass damit keineswegs sicher gestellt ist, dass nicht anderswo Ein-Euro-Jobber während der WM beschäftigt werden. So hatte die *Berliner Morgenpost* bereits im vergangenen Jahr berichtet, dass von den rund 15 000 in Berlin zu erwartenden Stellen eine erhebliche Zahl Ein-Euro-Jobs seien. Und mit der Betreuung von Stadionbesuchern sind allein 15 000 Freiwillige beschäftigt. •

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Westring 26a
44787 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit wirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, hohe Branchenkompetenz und Beteiligungsorientierung sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Ausbildung

Gewerkschaften paktieren nicht

Das Jahr 2006 beginnt, wie das vergangene endete. Die Lage am Ausbildungsmarkt wird immer katastrophaler: Entgegen aller Jubelmeldungen aus Politik und Wirtschaft über den Ausbildungspakt geht die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zurück.

Im Januar gab es gleich zweimal Grund, ein Fazit zu ziehen. Zum einen feierten sich Industrie und Politik ob eines angeblich glanzvollen Ausbildungspaktes, dessen Ergebnis die Gewerkschaften allerdings anders beurteilen. Zum anderen war auch Ende Januar die Bilanz des Ausbildungsmonats einmal mehr negativ.

Mit nur noch 263 478 betrieblichen Ausbildungsplätzen ging das Angebot im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,1 Prozent zurück. Innerhalb von nur zwei Jahren wurden rund 45 500 betriebliche Ausbildungsplätze abgebaut. Nur die Tatsache, dass die Zahl der AusbildungsplatzbewerberInnen im gleichen Zeitraum ebenfalls um 1,8 Prozent sank, sorgte für eine leichte Entschärfung. Dennoch ist der Trend zum Lehrstellenminus weiterhin unübersehbar.

Die Lücke zwischen BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsplätzen lag im Januar bei 165 646. Damit ist sie um etwa 11 500 Stellen größer als vor einem Jahr. Da nützt es den Jugendlichen auch nichts, dass sich die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik bei der Jahresbilanz zum Ausbildungspakt gegenseitig dessen Erfolg bescheinigten und die Situation schön redeten. Einmal mehr wird deutlich, dass die versprochenen Impulse auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausbleiben. Eine geplante Verlängerung des Ausbildungspaktes um weitere drei Jahre bei steigenden Schulabgängerzahlen bedeutet ein Aussitzen des Problems.

Beinahe unisono kritisieren die Gewerkschaften das öffentliche Abfeiern des Ausbildungspaktes durch Politik, Industrie und Handwerk als PR-Gag: „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, diesen Pakt, der dem Ausbildungsproblem nichts als Unverbindlichkeit entgegenzusetzen hat, durch unsere Beteiligung aufzuwerten", beschied DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock die Forderung, die Gewerkschaften sollten sich an dem fragwürdigen Pakt beteiligen. „Unsere Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildungssituation gehen weit darüber hinaus. Wir wollen eine nationale Bildungsinitiative, deren Ziel mehr Ausbildungsplätze, eine höhere Ausbildungsreife der Jugendlichen sowie eine deutlich bessere Qualität in Bildung und Ausbildung ist."

Um dieses Ziel zu erreichen, sei die Mitarbeit der Länder, der Bundesregierung und der Sozialpartner erforderlich, so DGB-Vorstandsmitglied Sehrbrock. Placebo-Politik bringe den Jugendlichen nichts. Das, so Sehrbrock weiter, habe offensichtlich auch Bundesbildungsministerin Annette Schavan erkannt. „Anders ist es nicht zu erklären, dass sie ein Job-Starter-Programm vorstellen will."

Die IG Metall stellt in einem Hintergrundbericht für das Jahr 2005 fest: „Der Ausbildungspakt von Wirtschaft und Regierung hat auch im zweiten Jahr nicht das gehalten, was vollmundig versprochen wurde. Auch 2005 ist es nicht gelungen, allen Bewerbern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Da nützen alle statistischen Tricks nichts, mit denen die Paktpartner diese bitteren Wahrheiten zu verschleiern suchen." Die Politik, die auf den Ausbildungspakt gesetzt habe, stehe vor einem Scherbenhaufen. Die Zahlen belegten, dass die Qualifikationsbereitschaft der Unternehmen weiter abgenommen habe. „Mittlerweile schließen nicht einmal mehr ein Viertel der Betriebe Ausbildungsverträge ab – so wenige waren es noch nie."



„Du bist Deutschland … nichts wert" – mit e-cards nimmt die IG Metall-Jugend die Deutschland-Kampagne und den Ausbildungspakt aufs Korn.
www.jugend.ig-metall.de

Immer weniger Ausbildungsplätze

Entwicklung des Ausbildungsstellenangebots von 2001 bis 2005

	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05
betriebliches Gesamtangebot	581 892	530 529	512 105	532 322	517 636
		-51 363	-18 424	+20 217	-14 686
unbesetzte Stellen (jeweils zum 30.9.)	24 535	18 005	14 840	18 394	12 636
neue betriebliche Ausbildungsverträge	557 357	512 524	497 265	518 928	505 000
neue außerbetriebliche Ausbildungsverträge	56 879	59 799	60 369	54 052	45 180
Angebot (neue Verträge und unbesetzte Stellen)	638 771	590 328	572 474	586 374	562 816

Quelle: DGB-Jugend

© DGB einblick 03/06

Die Bilanz der Ausbildungsplatz-Lücken: Lediglich 2004 sorgte der Ausbildungspakt für ein Plus.

Der Pakt für Talente

„Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" hieß das Papier, das am 16. Juni 2004 die Realisierung der Ausbildungsplatzumlage verhinderte. Aus der Einleitung:

„Bildung und Qualifizierung sind die Grundlagen unseres Wohlstands. Talente, Fähigkeiten und Fertigkeiten und das, was wir daraus machen, werden entscheidend sein auf unserem Weg in die Zukunft. Wir können es uns nicht länger leisten, auf Talente und Begabungen zu verzichten. Deshalb muss jeder junge Mensch, der am Anfang des Berufslebens steht, eine Perspektive erhalten. Von der Ausbildung und Qualifizierung unserer Jugend hängt die Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt ab. Der dualen Berufsausbildung kommt für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine herausragende Bedeutung zu.

Seit dem Jahr 2001 ist aus unterschiedlichen Gründen und trotz großer Anstrengungen von Wirtschaft und Politik ein immer stärkeres Auseinanderklaffen zwischen Angebot und Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung zu verzeichnen. Die Ausbildungsmarktsituation ist derzeit noch angespannter als im Vorjahr. Bis jetzt wurden weit weniger betriebliche Ausbildungsplätze gemeldet."

PROJEKTE UND PARTNER

Broschüre

Vorbeugen hilft



Die Lebensarbeitszeit wird – auch wegen des demografischen Wandels – in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Umso wichtiger ist es, Arbeitsplätze so zu gestalten, dass Menschen auch noch mit über 50 und über 60 Jahren möglichst gesund ihre Tätigkeit ausüben können. In der Diskussion um Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie um altersgerechtes Arbeiten kommt bisher die spezielle Situation der weiblichen Beschäftigten zu kurz. Diesem Mangel hilft eine aktuelle Broschüre des DGB ab, die praktische Anregungen für einen besseren Gesundheitsschutz von Frauen am Arbeitsplatz gibt. Die 23-seitige Publikation ist zum Einzelpreis von 1,50 Euro erhältlich. Ab fünf Exemplare kostet das Einzelheft 1,20 Euro, ab 20 Exemplare 1 Euro (zzgl. Versand). •

bestellservice@toennes-bestellservice.de

Tagung

Gleiche Chancen?

Frauen haben immer noch in der Mehrzahl schlechter bezahlte Jobs als Männer, müssen häufiger Familie, Kinder und Beruf unter einen Hut bringen und sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Um den aktuellen Stand der betrieblichen Geschlechterdemokratie geht es bei der Tagung „Gleiche Verhältnisse – Gleiche Chancen?" der Hans-Böckler-Stiftung am 30./31. März in Berlin. Die Veranstaltung wendet sich vor allem an Betriebs- und Personalrätinnen, Gleichstellungsbeauftragte und gewerkschaftliche Multiplikatorinnen, die ihre Erfahrungen mit Geschlechtergerechtigkeit in der Betriebspraxis einbringen. Außerdem soll in den Diskussionen eine Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und betrieblicher Praxis hergestellt werden. Veranstaltungsort ist das Hotel Best Western in Steglitz, die Kosten betragen 30 Euro, ermäßigt 15 Euro, inklusive Essen und Getränke. •

www.boeckler.de

Seminar

Bildungsvergleich

Schweden hat bei den jüngsten Pisa-Studien deutlich besser abgeschnitten als die Bundesrepublik. Dabei leidet auch das Bildungssystem des skandinavischen Landes unter Lehrermangel. Obwohl die Quote an SchülerInnen mit Migrationshintergrund hoch ist, gelingt es schwedischen Schulen weitaus besser als deutschen, die Gruppe der Einwandererkinder zu einem qualifizierten Abschluss zu bringen. Einen persönlichen Eindruck vom schwedischen Bildungssystem können sich die TeilnehmerInnen des Studienseminars „Bildung und Einwanderung in Schweden" verschaffen. Das DGB-Bildungswerk NRW veranstaltet es vom 28. Mai bis 3. Juni in Göteborg. Teilnahmebeitrag: 850 Euro inklusive Anreise und Halbpension im Doppelzimmer. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de
JHoesselbarth@dgb-bildungswerk-nrw.de

Förderung

Bildungsscheck

Weiterbildung ist für alle wichtig. Speziell an die Beschäftigten kleiner und mittlerer Betriebe wendet sich der „Bildungsscheck Weiterbildung". Mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert das Land Nordrhein-Westfalen 50 Prozent der Weiterbildungskosten (maximal 750 Euro). Passende Kursangebote finden sich auf der Internetseite *www.webkolleg.nrw.de* •

Informationen zum Bildungsscheck unter: www.mags.nrw.de/arbeit/qualifikation/bildungsscheck

Info-Brief „Frau geht vor"

Gleichstellung im Streit

„Dem Dreischritt Frauen – Familie – Finanzen fehlt die richtige Schrittfolge", sagt Claudia Menne, die Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB. Gemeint ist die Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition. Der Streit um die steuerliche Begünstigung der Kinderbetreuung hat ein grundlegendes Defizit überlagert. Die Regierung hat – jenseits des Elterngeldes – keine gleichstellungspolitischen Anliegen. In der neuen „Frau geht vor" werden die Vorhaben dargestellt, die für Frauen relevant sind: Streit herrscht beim Antidiskriminierungsgesetz und beim Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Die Juristin Ulrike Spangenberg nimmt das geplante Anteilsmodell als Ersatz für die Steuerklassen III und V auseinander. Bei der Finanzexpertin Heide Härtel-Herrmann fallen die geplanten neuerlichen Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch. Die SPD-Abgeordnete Katja Mast und Nadine Zeibig, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim WSI-Projekt REGAM, debattieren Pro und Kontra einer Lockerung des Kündigungsschutzes. Hannelore Buls, die Arbeitsmarktexpertin unter den ver.di-Frauenpolitikerinnen, analysiert die großkoalitionäre Fortsetzung der Hartz-Gesetze. •

Einzelheft: DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin. Bitte einen mit 0,85 Euro frankierten Rückumschlag beilegen.

Newsletter

„jetzt!" abonnieren

Alles, was im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen interessiert, enthält die achtseitige „jetzt!", die zum zweiten Mal erschienen ist. Die aktuelle Ausgabe befasst sich u.a. mit dem Koalitionsstreit um das Antidiskriminierungsgesetz, mit Gleichstellungsplänen und mit dem Ende April wieder anstehenden Girls' Day. Das Jahresabo (acht Ausgaben) kostet 68,80 Euro, das Einzelheft 9,50 Euro. •

Aboservice: bundverlag@b-d-k.de

interregio

••• Der ***DGB Nord*** will gemeinsam mit den Landespräventionsräten Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins neue Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickeln. Auf der ***Veranstaltung*** „Verantwortung übernehmen im Norden" werden am 2. März an der Universität Lüneburg in fünf Workshops Konzepte gesucht, die den „neuen Strategien" der rechten Szene in Deutschland entgegengesetzt werden können. Im Vordergrund stehen Aktionen gegen das rechtsextreme Engagement in Sportvereinen oder der Musikszene. Anmeldung: *www.lpr.niedersachsen.de*

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat im Vorfeld der Landtagswahl das ***Positionspapier*** „Starkes Land – starke Gewerkschaften" mit Anforderungen an die künftige Landesregierung vorgestellt. Kernpunkte sind die Erleichterung von Bürgerentscheiden, die Beibehaltung der derzeitigen Ladenschlussregelungen und eine Reform des Bildungssystems mit einer gemeinsamen zehnjährigen Schulzeit für alle SchülerInnen. Der neue baden-württembergische Landtag wird am 26. März gewählt. Das Positionspapier zum Download: *www.dgb-bw.de/framesets/themen_frameset.html*

DGB-Kampagne zu den Betriebsratswahlen 2006

Betriebsratsgründung zum Auftakt

Kaum gestartet, da gibt's bereits die erste Gründung eines Betriebsrates im Rahmen der Begleitkampagne von DGB und Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen 2006 zu vermelden.



„Vertrauen ist gut, Betriebsrat ist besser" – das sagten sich auch die Beschäftigten der Großbäckerei Zimmermann Toast in Crailsheim/Baden-Württemberg: Angestoßen durch die DGB-Kampagne *(einblick 18/05)* und unterstützt durch die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wählten die Beschäftigten erstmals eine Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen. Sieben der insgesamt neun Mandate im gerade gewählten Betriebsrat nehmen NGG-Mitglieder ein. **+++** Den Organisationsgrad der Betriebsratsmitglieder zu erhöhen und „weiße Flecken" in Sachen Betriebsrat zu beseitigen, das sind **wichtige Ziele der Begleitkampagne** von DGB und Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen 2006. **+++** Dazu ist die Kampagne gut aufgestellt. Seit Mitte Januar liefert die **Internetsite** *www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de* aktuelle Infos und Hintergrund zum Thema. **+++** Fast eben so lang ist auch die **Telefon-Hotline** zur Kampagne **0180 / 234 00 00** frei geschaltet. Die Hotline hilft allen, die mehr zum Thema Betriebsratswahlen wissen wollen, mit erstem Rat und Unterstützung weiter. Montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr und samstags von 9 bis 18 Uhr. Betreut wird die Hotline von „Facts", dem Call-Center der IG BAU. Ruft dort beispielsweise jemand an, der einen Betriebsrat gründen will, erhält er nicht nur alle erforderlichen Infos. Die MitarbeiterInnen von Facts informieren auch die zuständige Gewerkschaft vor Ort und haken nach fünf bis sieben Tagen nach, ob sich was getan hat. **+++** Seit Anfang Februar werben **Großflächenplakate** mit dem Kampagnenmotiv bundesweit an Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten für die Ziele der Kampagne. Flankiert werden mit der Plakatierung die so genannten **Pendler-Projekte** in großstädtischen Regionen – wie Stuttgart, Leipzig, München oder Köln. Mit gezielten Aktionen und Werbemaßnahmen sollen Berufspendler auf die Betriebsratswahlen 2006 aufmerksam gemacht und zur Gründung eines Betriebsrates ermuntert werden. Die Regionen haben sich dazu eine Menge einfallen lassen. So können am 30. März und am 6. April Pendler in Leipzig und Halle „Gestärkt durch den DGB" in den Zug steigen – mit einem nahrhaften Frühstückspaket und den wichtigsten Argumenten für die Gründung von Betriebsräten. Und wer beispielsweise von Hanau zur Arbeit nach Frankfurt/Main pendelt, kann während der Aktionstage die Zugfahrt nutzen, um das Preisrätsel zur Betriebsratswahl zu lösen, das er bei der Abfahrt bekommen hat, und kann die Lösung dann am Gewerkschaftsstand am Ziel gleich abgeben. **+++** Zentrales Medium insbesondere für die Pendleraktionen ist die achtseitige **Aktionszeitung *punktB,*** die Anfang Februar mit einer Bundesausgabe und elf Regionalausgaben erschienen ist. *punktB* – das B steht für Betriebsratswahl – zeigt auf die Zielgruppe zugeschnitten anhand zahlreicher Beispiele den Nutzen von Betriebsräten und berichtet beispielsweise über den ersten Betriebsrat in einem Profifußballverein, dem FC St. Pauli. Daneben gibt's jede Menge Service rund um Arbeit und Beruf, aber auch Unterhaltendes vom Comic bis zum Preisrätsel. Eine Mischung, so scheint's, die ankommt. Zumindest war die Resonanz bei den ersten Verteilaktionen in Köln recht positiv. Innerhalb von zwei Tagen haben die Kölner bereits über 20 000 Zeitungen verteilt. Eine zweite Ausgabe der Aktionszeitung soll Ende März erscheinen – rechtzeitig zum zweiten Schwerpunkt der Pendleraktionen. **+++** Zum Einsatz kommen bei den Aktionen auch die zahlreichen **Give-aways,** die für die Kampagne produziert wurden, etwa der Vitaminstick, um die „Abwehr zu stärken", der Lippenpflegestift, der wie ein Betriebsrat Schutz bietet „in guten wie in schlechten Tagen" oder das Mousepad, das bei der Arbeit erinnert: „Du hast es in der Hand!" **+++** Über zwanzig Regionen machen mit bei den Pendleraktionen. Insgesamt haben **60 DGB-Regionen** 79 Projekte im Rahmen der Kampagne „Vertrauen ist gut, Betriebsrat ist besser" entwickelt. •





Abwehrkräfte stärken

Die Begleitkampagne von DGB und Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen 2006 kommt in Fahrt – beim Start-Event für die Medien am 16. Februar im Wortsinn. Dietmar Hexel, im geschäftsführenden DGB-Vorstand für Mitbestimmung zuständig, lädt gemeinsam mit Betriebsräten JournalistInnen zu einer Infotour zum Thema Betriebsratswahl in eine Berliner Tram ein. Natürlich ist die Straßenbahn keine gewöhnliche – geschmückt mit dem Kampagnen-Motiv wird sie noch eine Zeitlang länger in Berlin für die Betriebsratswahlen werben. Und auch die JournalistInnen bekommen nicht nur Infos satt, sondern können nach der Tour an einer Vitaminbar ihre „Abwehrkräfte stärken" und sich im Gespräch mit Betriebsräten ein Bild davon machen, was diese für die Immunkräfte der ArbeitnehmerInnen alles leisten.

Mehr Infos zur Kampagne:
Internet:
www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de
Mail:
betriebsrat-ist-besser@dgb.de
Hotline:
0180 / 234 00 00 – bundesweit zum Ortstarif (montags bis freitags: 7 – 20 Uhr, samstags: 9 – 18 Uhr)

Alle Regionalausgaben von punktB zum Download:
www.einblick.dgb.de

kurz&bündig

TRANSNET

TRANSNET und NGG haben sich gegen das von der EU geförderte Großprojekt „Fehmarn-Belt-Querung" ausgesprochen. Die Brücke soll eine Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Kopenhagen und Hamburg ermöglichen. Bei den Fährbetrieben in einer ohnehin strukturschwachen Region würden dadurch hunderte Arbeitsplätze gefährdet.

ver.di

ver.di hat einen Gesetzentwurf der Bundesregierung kritisiert, durch den KünstlerInnen beim Verkauf ihrer Werke durch den Kunsthandel schlechter gestellt werden. Während sie bislang ab einer Wertsteigerung von 50 Euro vom höheren Wert ihrer Werke profitieren, soll die Grenze in Zukunft bei 1000 Euro liegen.

DGB

Mit einem Konzert der fünf Finalteilnehmer endet am 24. Februar in Berlin der Nachwuchsband-Wettbewerb „Gib dir eine Stimme!" der DGB-Jugend. Den Siegern winken professionelle Studio-Aufnahmen und ein Auftritt bei einem großen Musik-Festival.

GEW

Die GEW hat ein Internet-Special zum Thema „Lernmittelfreiheit" gestartet. Hintergrund: Nach der Einführung von Lehrbuch-Gebühren in Bayern, Hamburg und Thüringen gebe es nur noch in fünf Bundesländern „klassische Lernmittelfreiheit", kritisiert die GEW.
www.gew.de/lernmittelfreiheit.html

Aufenthaltsrecht

DGB kritisiert Gesetzentwurf

Der DGB hat in einer Ende Januar abgegebenen Stellungnahme den Entwurf des Bundesinnenministeriums für das „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU" kritisiert. In dem Entwurf würden die Erfahrungen mit der Umsetzung des noch von Rot-Grün beschlossenen Zuwanderungsgesetzes nicht einbezogen. Dabei geht es unter anderem um die Kettenduldung von Flüchtlingen sowie um deren Zugang zum Arbeitsmarkt. Zudem kritisiert der DGB, dass die Neuregelung der Niederlassungserlaubnis von MigrantInnen kompliziert und verwirrend gestaltet sei.

Auch die geplante Anhebung des Nachzugsalters von ausländischen EhepartnerInnen auf das 21. Lebensjahr wird vom DGB abgelehnt. Diese Regelung sei „nicht zielführend", um Zwangsehen zu verhindern. Sie würde zudem in den grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie eingreifen. Auf Kritik des DGB stößt auch die geplante Verpflichtung nachziehender Familienangehöriger zur Teilnahme an einem Integrationskurs. Bei der Überprüfung des Sprachniveaus müsse es die Möglichkeit von Einzelfallbeurteilungen geben, um den besonderen Lebensumstände der MigrantInnen gerecht werden zu können. •

Zuwanderungsgesetz

Evaluation bis Mitte des Jahres

Im Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz sollen auch die Erfahrungen des DGB und der Gewerkschaften einfließen. Im Koalitionsvertrag hatten CDU/CSU und SPD vereinbart, zu überprüfen, ob die mit dem Gesetz verfolgten Ziele erreicht wurden oder Verbesserungen notwendig sind. Beabsichtigt sei, „auf einer breiten Basis von Erfahrungen und Informationen" Mitte 2006 den Bericht vorzulegen, heißt es in dem Brief des Bundesinnenministeriums an den DGB. Bis zum 20. März hat der DGB Zeit für seine Stellungnahme. •

Fragen an ...



Wenn am 9. April das italienische Parlament gewählt wird, können zum ersten Mal die im Ausland lebenden ItalienerInnen ihre eigenen Abgeordneten wählen. Giovanni Pollice, 51, Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer/Migration der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Italiens (DS), tritt im Wahlkreis Europa an.

■ Du kandidierst für das Unionsbündnis des früheren EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi. Warum willst du ins italienische Parlament?

■ *Ich habe mich nicht selbst um die Kandidatur beworben, sondern meine Partei hat mich gefragt. Wir wollen unbedingt die Wahl gegen Berlusconi gewinnen. Für die sechs Sitze im Wahlkreis Europa hat das Bündnis diejenigen aufgestellt, die die größten Chancen haben, gewählt zu werden, weil sie bekannt sind.*

■ Und warum bist du dabei?

■ *Das hat was mit meiner Geschichte zu tun. Mein Vater hat mich mit zwölf Jahren nach Deutschland nachgeholt. Anfangs habe ich nicht einmal die deutsche Sprache gekonnt. In der Lehre bin ich in die Gewerkschaft eingetreten und seitdem setzte ich mich für die Interessen der ausländischen ArbeitnehmerInnen in Deutschland ein. Erst im Italienischen Büro, dann in der Internationalen Abteilung des DGB und schließlich seit 2004 als Abteilungsleiter Ausländische Arbeitnehmer/Migration der IG BCE.*

■ Hast du Chancen, gewählt zu werden?

■ *Meine Chancen sind sogar gar nicht so schlecht, weil von den 1,7 Millionen wahlberechtigten Italienern in Europa 500 000 in Deutschland leben. Allerdings ist das Wahlrecht kompliziert. Jeder Wähler kann nicht nur eine Liste wählen, sondern auch zwei Kandidaten aus der Liste eine Präferenz geben. Ich muss also auch persönlich gewählt werden. Hinzu kommt, dass Berlusconi seine Kandidaten massiv finanziell unterstützen wird. Das kann das Unionsbündnis nicht. Wir haben nur die Unterstützung der Menschen, die uns vertrauen. Deshalb hoffe ich, dass viele ihr Wahlrecht nutzen und bitte die deutschen Kolleginnen und Kollegen alle Italiener, die sie kennen, über das neue Wahlrecht zu informieren.*

■ Wie hat die IG BCE auf deine Kandidatur reagiert?

■ *Das war ganz fantastisch. Ich habe die volle Unterstützung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE, von Hubertus Schmoldt und Ulrich Freese. Selbst Kollegen, mit denen ich sonst weniger zu tun habe, haben mir gratuliert und mir ihre Unterstützung angeboten. Diese Hilfe kann ich gut brauchen, denn dieses Mal können auch Deutsche etwas dafür tun, dass Berlusconi abgewählt wird, schließlich hat er nicht nur in Italien Schaden angerichtet, sondern auch in Europa.*

Niedriglöhne

Irrweg in eine andere Gesellschaft

Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem hohen Niveau. Die mit hohen Erwartungen verbundenen Hartz-Reformen haben keinen Erfolg gezeigt. Der von Wirtschaftswissenschaftlern dennoch geforderte weitere Ausbau des Niedriglohnsektors würde die Abwärtsspirale nur noch verschärfen, meint Gerhard Bäcker.

Radikale Konzepte machen Furore: Der Arbeitsmarkt soll durch den Ausbau eines Niedriglohnsektors belebt werden. Um dennoch das Existenzminimum zu sichern, sollen die niedrigen Löhne durch staatliche Transferleistungen aufgestockt werden. **Wieder einmal sind die Versprechungen groß.** Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut kündigt an, dass durch ein flächendeckendes Kombilohn-Modell bis zu 3,2 Millionen Langzeitarbeitslose in Arbeit gebracht werden könnten.

Ausgangspunkt dieser Modelle ist die These, die Massenarbeitslosigkeit sei **Folge überhöhter Löhne für gering qualifizierte Arbeit** und eines zu großzügigen Niveaus des Arbeitslosengelds II (ALG II). Es fehle der Anreiz zur Aufnahme eigentlich vorhandener, aber niedrig produktiver und entlohnter Arbeit. Aus dieser Argumentation leitet sich die Forderung ab, den Bedarfssatz des ALG II drastisch zu kürzen, um ein Drittel bis zur Hälfte, zugleich aber die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Aufnahme von Arbeit zu verbessern. Das Existenzminimum würde dann durch die Kombination von Arbeitseinkommen und Transferleistung erreicht.

Die Konsequenzen dieser auf den ersten Blick harmlos erscheinenden Regelung wären drastisch. Es wird der Weg zu einer anderen Gesellschaft eingeschlagen, **weg von den Grundsätzen eines Sozialstaates,** wie sie im Grundgesetz normiert sind, hin zum ungehemmten Markt. Arbeitslose wären gezwungen, jeden, aber auch jeden Job zu jeglichen Bedingungen anzunehmen, um überhaupt überleben zu können. Durch den Druck, unter allen Umständen einen Arbeitsplatz zu finden, würden die Löhne am unteren Ende in den Keller sinken. Dies ist durchaus beabsichtigt. Sinn rechnet mit einer Lohnkürzung um ein Drittel, mit Rückwirkung auf das gesamte Lohngefüge. Von Tarifverträgen ist hier nicht mehr die Rede. **Was aber, wenn es dennoch keinen Arbeitsplatz gibt?** Die Kommunen sollen verpflichtet werden, Arbeitsgelegenheiten für alle Arbeitslosen anzubieten. Dies wären dann Ein-Euro-Jobs für Millionen.

Die öffentliche Reaktion auf ein solches Niedrig- und Kombilohnmodell ist gespalten. Zwar sei die Medizin bitter, aber die errechneten Arbeitsmarkteffekte machten Hoffnung. Lieber diesen Weg gehen als eine Politik des „Weiter so" praktizieren? Wer so argumentiert, verkennt, dass der Weg in die Niedriglohnökonomie in Deutschland längst eingeschlagen worden ist. **Die Medizin ist also keineswegs neu,** sondern soll nur in einer noch höheren Dosis verabreicht werden.

Eine sich ausweitende Niedriglohnbeschäftigung zählt in Deutschland zur Realität des Arbeitsmarktes. So hat sich nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Anteil der Geringverdiener von 15,8 Prozent (1997) auf 17,4 Prozent (2001) erhöht. Alle Hinweise deuten darauf hin, dass sich der Abwärtstrend durch den Druck von Hartz IV noch verstärkt hat.



Prof. Dr. Gerhard Bäcker, 59, lehrt Soziologie und praxisorientierte Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg – Essen.

Die tarifvertraglichen Lohnregelungen erodieren. Insbesondere in den neuen Ländern steigt die Zahl der Beschäftigten, die unterhalb von Tarifverträgen bezahlt werden. Aber selbst die Tarife am unteren Ende sind extrem niedrig. Ein Wachmann in Thüringen wird mit 4,15 Euro in der Stunde abgefunden. **Working-poor ist in Deutschland längst an der Tagesordnung.** Mehr Arbeitsplätze gibt es deswegen nicht. Auch im Niedriglohnbereich finden sich nur wenige offene Stellen. Die These, Arbeitslosen fehle wegen überhöhter ALG II-Zahlungen der Anreiz zur Arbeitsaufnahme, verdreht die Verhältnisse. Arbeitslosigkeit ist keine Folge eines Fehlverhaltens der Arbeitslosen, sondern fehlender Arbeitsplätze.

Wer an dieser Schraube weiter dreht, verschärft die Lage. Billige und prekäre Arbeit **wird besser bezahlte und reguläre Arbeit verdrängen.** Einfache Arbeitsplätze werden von Qualifizierten besetzt. Aber Deutschland wird seinen Standard nicht durch eine Niedrigstlohnökonomie halten können. In der Wissens- und nicht in der Dienstbotengesellschaft liegt die Zukunft. Deshalb müssen der Ausbau qualifizierter Arbeitsplätze und die Qualifizierung der Beschäftigten Vorrang haben. Es geht um die **Förderung von Aufwärts- statt Abwärtsmobilität.** •

Keine Chance auf Einfachjobs

Gering qualifizierte Arbeitslose geraten immer mehr unter Druck. Zum einen konkurrieren sie wegen der hohen Arbeitslosigkeit verstärkt mit qualifizierten Arbeitskräften, die der Not gehorchend auch Jobs unterhalb ihres Qualifikationsniveaus annehmen. Zum anderen werden sie zunehmend von SchülerInnen, Studierenden und bereits Beschäftigten verdrängt, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts auf einen Nebenjob angewiesen sind. Das belegt eine aktuelle Studie des Institut Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen.

Statt der oft unterstellten fehlenden Motivation der Arbeitslosen, eine Stelle anzutreten, gebe es im Gegenteil eine Bewerberschwemme. Für die Unternehmen gebe es deshalb auch keine Schwierigkeiten, niedrig bezahlte Arbeitsplätze zu besetzen. Allerdings hätten viele Firmen in den vergangenen Jahren ihre Suchwege deutlich eingeschränkt: Statt offene Stellen der Arbeitsagentur zu melden, nutzten sie bei der Stellenbesetzung vor allem die Kontakte der eigenen Beschäftigten. Wer außerhalb der Netzwerke lebt, gehe deshalb häufig leer aus.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

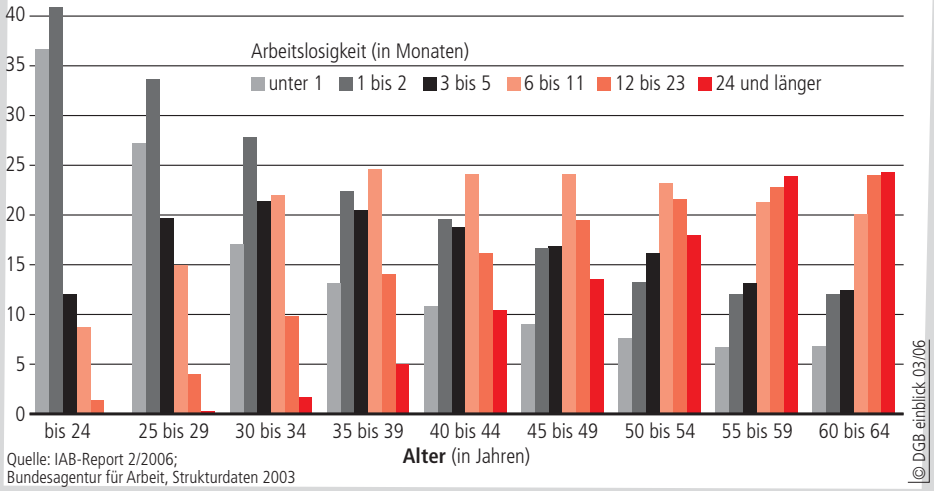
DIES & DAS

die DGB grafik

ÄLTERE ARBEITSLOSE: Kaum Chancen auf Rückkehr in den Job

Einmal arbeitslos, finden ältere ArbeitnehmerInnen kaum in den Arbeitsmarkt zurück. Daran haben nach einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik (IAT) auch die Hartz-Reformen nichts geändert. Der Grund: Das neue Instrument der Entgeltsicherung, nach der ältere Arbeitslose bei Annahme einer schlechter bezahlten Stelle einen Einkommenszuschuss erhalten können, wurde von der Arbeitsämtern in weniger als einem Prozent der Fälle genutzt, die Möglichkeit eines Beitragsbonus nur in 3,3 Prozent der Fälle.

Dauer der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen (in Prozent)



Quelle: IAB-Report 2/2006; Bundesagentur für Arbeit, Strukturdaten 2003

© DGB einblick 03/06

personalien

••• ***Dr. Bianca Kühl,*** 33, bis März 2005 Trainee im Referat Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung, ist seit dem 1. Februar Referentin für die Bereiche Internationale Arbeitsorganisation und Behindertenpolitik in der Abteilung Arbeitsmarkt- und Internationale Sozialpolitik des DGB.

••• ***Dieter Scholz,*** 58, ist am 27. Januar als Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg wiedergewählt worden. Zur neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde ***Doro Zinke,*** 51, gewählt. Sie war von 1999 bis 2005 Generalsekretärin der Europäischen Transportarbeiterföderation in Brüssel. Wiedergewählt wurden zudem am 21. Januar der Vorsitzende des DGB-Bezirks Sachsen, ***Hanjo Lucassen,*** 61, und seine Stellvertreterin ***Iris Kloppich,*** 53, sowie am 28. Januar der DGB-Bezirksvorsitzende Nord, ***Peter Deutschland,*** 61, und sein Stellvertreter ***Ingo Schlüter,*** 46.

14 TAGE

14.2. Demonstration des EGB zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, Straßburg

17./18.2. DGB Bayern, Bezirkskonferenz, München

18.2. DGB West, Bezirkskonferenz, Frankenthal

18.2. DGB Hessen-Thüringen, Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen und Landeskonferenz Hessen, Frankfurt/M.

20.2. IG BAU, Chat mit Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini zum Thema Jugend- und Frauenarbeit in der IG BAU

21.2. DGB Niedersachsen, Vortrag zur Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg, Hannover

22.-24.2. GEW, Stand auf der „didacta 2006", Hannover

25.2. GEW und DGB Sachsen-Anhalt, Schulpolitische Konferenz zu PISA 2003, Magdeburg

26.2. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, „Besser läuft's mit Betriebsrat", Volkslauf um den Maschsee, Hannover

Schlusspunkt

„Nach vier Monaten kündigt man. Das ist kein guter Stil."

Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD) am 7. Februar im Deutschlandradio zur Kündigung des erst vier Monate alten Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch die Kommunalen Arbeitgeberverbände mehrerer Bundesländer

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der *einblick* Verlagsgesellschaft mbH ist die BGAG Info & Know GmbH, Frankfurt am Main, zu hundert Prozent beteiligt. Die BGAG Info & Know GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH, Frankfurt am Main. An der BGAG GmbH sind die Vermögens- und Treuhandgesellschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie der Gewerkschaften beteiligt, insbesondere die Treuhandverwaltung IGEMET GmbH, Frankfurt am Main, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Berlin, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der IG Bergbau und Energie mbH, Hannover, die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Oberursel, die Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di mbH, Berlin, sowie die Treuhandverwaltung der Nachfolge des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands GmbH, Hannover.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.02.2006 4/06

DGB

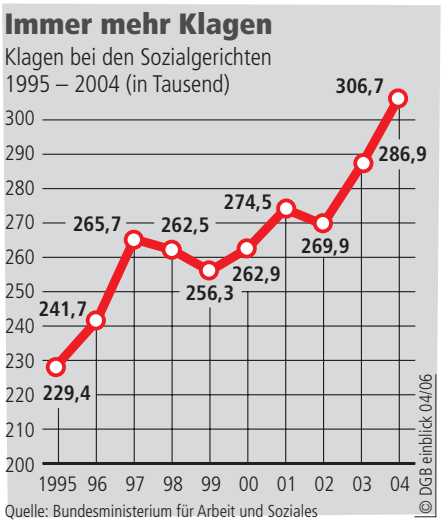
Sozialgerichtsgebühr

Nur wer Geld hat, bekommt Recht

Ärger mit dem Arbeitslosengeld, mit Krankenkasse oder Rentenversicherung? Versicherte, die deshalb vor das Sozialgericht ziehen, sollen dafür künftig zahlen. Der Bundesrat hat am 10. Februar einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes beschlossen *(Drucksache 45/06)*. Die Bundesregierung muss ihn bis Ende März dem Bundestag vorlegen.

Wer Recht bekommen will, soll erst einmal Geld auf den Tisch legen: eine so genannte allgemeine Verfahrensgebühr. Sie beträgt vor den Sozialgerichten 75 Euro, vor den Landessozialgerichten 150 Euro und vor dem Bundessozialgericht 225 Euro. Die Kostenfreiheit in der Sozialgerichtsbarkeit wird aufgehoben, der Rechtsstaat erhebt Eintrittsgeld. Wer vor Gericht obsiegt, erhält es zurück. Die Justizminister der Länder wollen auf diese Weise die Prozessflut eindämmen.

Es ist bereits der fünfte Versuch innerhalb der letzten 15 Jahre, Sozialgerichtsgebühren einzuführen. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer warnt in Schreiben an Arbeitsminister Franz Müntefering und Justizministerin Brigitte Zypries (beide SPD) vor den Folgen: Mit der Sozialgerichtsgebühr werde „eine generelle Zugangsbarriere für die Sozialgerichte" geschaffen, „die sich negativ auf den sozialen Frieden auswirkt".



Fast kontinuierlich ist seit Mitte der 90er Jahre die Zahl der Sozialgerichtsverfahren gestiegen.

Die Sozialgerichtsgebühr konterkariert den Grundgesetz-Artikel 19, in dem es heißt, dass jedem, dessen Recht verletzt wird, der Rechtsweg offen steht. Von Wegezoll ist dort keine Rede. Genau genommen sollen die Versicherten sogar zweifach zur Kasse gebeten werden. Die Sozialversicherungsträger sind eh schon verpflichtet, Gebühren zu zahlen – finanziert aus den Beiträgen der Versicherten.

Die Kostenfreiheit dient besonders den sozial Schwachen, sprich Alten, Behinderten und Kranken. Die Befürworter der Gebühr verweisen gern auf die Möglichkeit der Prozesskostenhilfe – eine zusätzliche Hürde, die nicht leicht zu überwinden ist. 2003 beispielsweise haben 18302 Menschen versucht, sie zu nehmen. 15064 Anträge wurden bearbeitet, 9142 hatten Erfolg. Also nur jeder Zweite, der Prozesskostenhilfe beantragt, kann auch damit rechnen, sie binnen Jahresfrist zu erhalten.

Nicht nur verfassungsrechtliche und sozialpolitische Gründe sprechen gegen Gerichtsgebühren. Auch Kostengründe. Denn ob die angestrebte Entlastung der Gerichte tatsächlich stattfindet, ist höchst fraglich: Die Gebühren müssen erhoben, eingezogen oder angemahnt, verwaltet, mit Begründung zurückgezahlt oder einbehalten werden. Zudem dürfte trotz aller Schwierigkeiten die Zahl der Anträge auf Prozesskostenhilfe steigen. Unterm Strich: viel Aufwand, wenig Ertrag.

Es besteht längst eine Möglichkeit, die Sozialgerichte vor aussichtslosen Klagen zu bewahren: Wird ein Gericht dazu missbraucht, kann es so genannte Mutwillenskosten erheben, eine Gebühr von mindestens 150 Euro. •

plusminusBERLIN

+ ***Renate Künast, Grünen-Fraktionsvorsitzende, fordert, die Akkreditierung von Beschäftigten bei Großveranstaltungen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Sicherheitsüberprüfungen wie bei der Fußball-WM seien ein erheblicher Eingriff in die Grundrechte.***

– ***Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) will die Fördermittel für Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus reduzieren. Die Gelder sollen künftig auch für Projekte gegen den Linksextremismus und den islamischen Extremismus genutzt werden.***

inhalt

Seite 3

Was lange gärt, wird Wut

Dienstleistungsrichtlinie, Massenentlassungen und Lohndrückerei – die Gewerkschaften und die Menschen wehren sich. Und finden wieder Gehör

Seite 5

Neue Kooperationen

Um attraktiver zu werden, entwickeln die Gewerkschaften neue Formen der Kooperation. Der Wille zur Veränderung ist groß

Seite 7

Vermischung gefährdet den Erfolg

Wer den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-Weltmeisterschaft fordert, ist nicht um die innere Sicherheit besorgt, sondern will eine paramilitärische Streitmacht etablieren, meint der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.lidl.verdi.de

Infos zum europaweiten Lidl-Aktionstag am 8. März

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Eckpunkte der GEW zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung

Rente mit 67

SPD sucht Quadratur des Kreises

Ziemlich spät begreift die SPD, worauf sie sich mit ihrer Zustimmung zur Rente mit 67 – schon festgeschrieben im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 – eingelassen hat. Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass die schrittweise Anhebung des Rentenalters ab 2012 um einen, ab 2024 um zwei Monate „eine reine Rentenkürzung (ist), solange Ältere weiter vom Arbeitsmarkt verdrängt werden" (DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer). Deshalb sind prominente SPD-PolitikerInnen jetzt krampfhaft bemüht, die Rente mit 67 ab 2029 sozial gerecht darzustellen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck beispielsweise schlägt vor, besonders belastete Berufsgruppen auszunehmen; und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hat eine Diskussion über die Wiedereinführung der Erwerbsunfähigkeitsrente angestoßen.

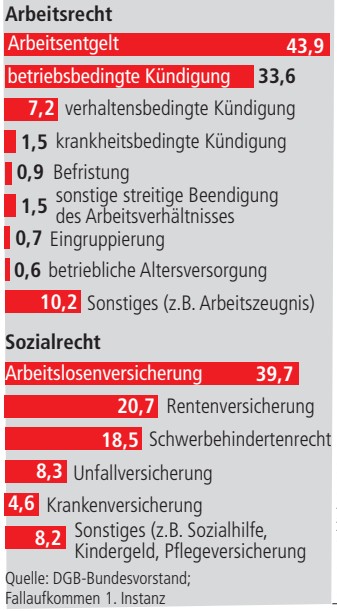
Beides stößt auf Probleme. Physische und psychische Belastungen, die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben rechtfertigen, lassen sich zwar im Einzelfall feststellen, nicht aber auf Berufsgruppen bezogen definieren. Generelle Ausnahmen von der Rente mit 67 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bereits abgelehnt.

Und die Idee von Struck passt Sozialminister Franz Müntefering (SPD) nicht in den Kram. Er braucht die verkappte Rentenkürzung, um den Rentenbeitrag langfristig stabil halten zu können. Eine Wiedereinführung der Erwerbsunfähigkeitsrente käme die Rentenkasse teuer zu stehen. Außerdem hat die Bundesregierung bereits zugesagt, dass Versicherte mit 45 Versicherungsjahren künftig mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Diese Zusage und die Wiedereinführung der Erwerbsunfähigkeitsrente zusammengenommen würden den Einspareffekt der Rente mit 67 „deutlich reduzieren", sagt der DGB-Rentenexperte Ingo Nürnberger.

Die SPD hat noch bis zur Sommerpause Zeit, Wege aus ihrem Dilemma zu finden, die Rente mit 67 zwar durchsetzen zu müssen, aber sozial gerecht gestalten zu wollen. Denn vorher ist nicht mit dem Gesetzentwurf zu rechnen. Die Koalition will das Gesetz erst 2007 verabschieden. Vielleicht gibt die SPD ihre Suche nach Auswegen aber schon früher auf. Am 26. März sind die wichtigsten Landtagswahlen dieses Jahres – in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – gelaufen. •

Schutz auch bei Hartz IV

Bei welchen Auseinandersetzungen haben Gewerkschaftsmitglieder 2005 Rechtsschutz vom DGB erhalten? (in Prozent)



Quelle: DGB-Bundesvorstand; Fallaufkommen 1. Instanz

© DGB einblick 04/06

2005 hat die DGB Rechtsschutz GmbH 145 000 Gewerkschaftsmitglieder bei Verfahren vor Arbeits- und Sozialgerichten vertreten. 85 Prozent der Verfahren wurden von der DGB Rechtsschutz GmbH gewonnen oder endeten mit einem Vergleich. Dabei wurden 444 Millionen Euro erstritten. Differenziert nach dem Klagegrund lagen im Arbeitsrecht 2005 erneut Auseinandersetzungen über Arbeitsentgelt und Kündigungen vorn. Im Sozialrecht entfielen 40 Prozent aller Verfahren auf die Arbeitslosenversicherung.



Foto: DGB

Fast 50 000 europäische GewerkschafterInnen demonstrierten am 14. Februar in Straßburg gegen die Planungen der EU zur Regelung des Binnenmarktes für Dienstleistungen. Mit Erfolg: Das EU-Parlament berücksichtigte in erster Lesung am 16. Februar die Kritik der Gewerkschaften (siehe S. 3).

ALG II

„Stallpflicht" für junge Arbeitslose

Die große Koalition hat sich in den vergangenen Wochen bemüht, die handwerklichen Fehler der alten Hartz-Gesetze aus der Welt zu schaffen. Nach der Gesetzesänderung soll die Regelleistung für ALG-II-EmpfängerInnen unter 25 Jahren künftig auf 276 Euro gesenkt werden. Hatte der Staat mit Hartz IV zunächst pauschal die Erstausstattungen beim Auszug Jüngerer übernommen, so entscheidet künftig allein die Behörde, ob Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz und Arbeit zu Hause ausziehen dürfen. Daneben sind den PolitikerInnen kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes offensichtlich weitere Verschärfungen eingefallen. So sollen EU-Ausländer auf Arbeitssuche vom Bezug des Arbeitslosengeldes II ausgeschlossen werden. Und PartnerInnen von ALG-II-BezieherInnen werden unterhaltspflichtig für deren Kinder – auch wenn es nicht die eigenen sind. •

Ausstellung

25 Jahre Solidarnosc

Es war – aus heutiger Sicht – einer der ersten Vorgriffe auf den Fall der Mauer und das Aus der Warschauer-Pakt-Staaten: die polnische Gewerkschaftsbewegung Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre. Anlässlich des 25. Gründungstages der Gewerkschaft Solidarnosc präsentiert der DGB Berlin-Brandenburg gemeinsam u.a. mit der deutsch-polnischen Gesellschaft im Berliner Abgeordnetenhaus eine Ausstellung über die Anfänge von Solidarnosc. Zu sehen ist sie bis zum 10. März. •

Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

Bahnreform

Notfalls weiter beim Bund

Die seit Jahren geplante Privatisierung der Deutschen Bahn AG soll abgesagt werden und das Unternehmen in der Hand des Bundes verbleiben, falls der Börsengang der Bahn nur bei einer vorherigen Trennung von Netz und Schiene zu haben ist. Das ist der Kern eines „Plan B" (Plan Bund), den die Gewerkschaft TRANSNET am 17. Februar vorgestellt hat. Die Gewerkschaft, die die Überlegungen zum Börsengang der DB AG bisher positiv begleitet hatte, fürchtet für den Fall der Reduzierung der Bahn auf einen reinen Schienencarrier um die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens. Bei einer Trennung von Netz und Schiene bestehe die Gefahr, dass alle Bereiche aus der DB herausgelöst würden, die sich am Markt verkaufen lassen, wie zum Beispiel die Werkstätten und der Bereich Service und Sicherheit. Dadurch seien nicht nur 50 000 Arbeitsplätze bei der Bahn bedroht, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens insgesamt gefährdet. Ob die DB an die Börse gebracht wird, will die Bundesregierung bis zum Sommer entscheiden. •

Widerstand gegen Politik und Wirtschaft

Was lange gärt, wird Wut

Streiks, Proteste, Demonstrationen – es scheint, als ob sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen verschärfen. Dienstleistungsrichtlinie, Massenentlassungen und Lohndrückerei beherrschen die politische Debatte. Die Gewerkschaften und die Menschen wehren sich. Und sie finden – endlich – wieder Gehör.

Pure Notwehr hat die 1700 Beschäftigten des Nürnberger AEG-Hausgerätewerks am 20. Januar in den Streik getrieben. Obwohl das Werk schwarze Zahlen schreibt, sollen die Arbeitsplätze bis Ende 2007 nach Polen verlagert werden. Der Arbeitskampf in Franken sei längst „zum Symbol des Widerstands geworden gegen Konzerne, die Jobs selbst dann verlagern, wenn die Betriebe Gewinne erwirtschaften", schreibt *Der Spiegel.*

Die IG Metall hat Plakate drucken lassen, auf denen steht „AEG ist Deutschland". Soll heißen: Dass unternehmerische Freiheit bar jeder sozialen Verantwortung zur Vernichtung von Arbeitsplätzen missbraucht wird, wird nicht mehr widerstandslos hingenommen. Die IG Metall streikt für einen Sozialtarifvertrag, für möglichst hohe Abfindungen. Früher hieß das „Sozialplan", wurde zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ausgehandelt – und fertig. Betriebsräte dürfen aber nicht zum Streik aufrufen, können also nicht so viel Druck entfalten. Die neue Streiktaktik missfällt zwar den Arbeitgebern, hat aber bislang den Segen der Arbeitsgerichte.

Gate Gourmet. Bereits seit dem 7. Oktober 2005 streiken die 80 Beschäftigten der Catering-Firma Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen *(einblick 3/2006).* Sie fordern einen Tarifvertrag. Zwei Jahre lang haben sie auf Geld verzichtet, um der Firma wieder auf die Beine zu helfen. Doch das Unternehmen wurde vertragsbrüchig, verweigerte die Rückkehr zum Tarifvertrag und sattelte noch drauf, forderte die 40-Stunden-Woche und den Verzicht auf fünf Urlaubstage. Gate Gourmet gehört der „Heuschrecke" Texas Pacific Group. Deren Spezialität: Beschäftigte auspressen.



Foto: DGB

Über 40 000 Menschen – mehr als erwartet – sind am 11. Februar in Berlin gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie auf die Straße gegangen. „Die Leute haben die Nase voll von der unsozialen Marktwirtschaft und sind nicht mehr bereit, alles hinzunehmen", so bewertet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die wachsende Bereitschaft der Menschen, sich zur Wehr zu setzen.

Öffentlicher Dienst. Auch im öffentlichen Dienst hat sich die Stimmung unter den Beschäftigten massiv gewandelt. „Die angeblich sicheren Jobs", mit denen die Arbeitgeber Einkommensverzicht durchsetzen wollen, „sind ein Märchen", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. In Kindergärten und Krankenhäusern sind „mehr als die Hälfte, teilweise bis zu 75 Prozent der Stellen befristet." Kommt es zu der von den Arbeitgebern geforderten Arbeitszeitverlängerung, sind nach ver.di-Berechnungen weitere 250 000 Jobs bedroht.

Für Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) ist die Übertragung der einseitig verlängerten Arbeitszeit der Beamten „eine Frage der Gerechtigkeit". Die Beschäftigten sehen sich hingegen um den Ertrag für die massiven Zugeständnisse betrogen, die sie während der letzten Tarifverhandlungen gemacht haben. Dabei wurde auch die Tür für eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit geöffnet.

Selbst direkte Gehaltskürzungen sind nicht mehr ausgeschlossen. In den von einem rot-roten Senat beherrschten Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) konnten die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nur retten, weil sie zu Einbußen von insgesamt 39 Millionen Euro bereit waren. Auch am Münchener Flughafen konnte die Ausgliederung des Bodenpersonals nur durch massive Zugeständnisse verhindert werden – bei steigender Ertragslage des Gesamtunternehmens.

Immerhin: Für ver.di hat die angespannte Situation auch positive Folgen. In den ersten zwei Wochen des Streiks im öffentlichen Dienst gab es über 12 000 Neueintritte.

Conti. Ohne Streik ist der Konflikt beim hannoverschen Autozulieferer Continental zu Ende gegangen. Die Reifenproduktion mit 320 Beschäftigten soll bis Ende 2007 stillgelegt werden, aber ohne betriebsbedingte Kündigungen. Der Betriebsrat muss allerdings der ausgehandelten Vereinbarung über die „sozialverträgliche Anpassung" von Produktion und Personal noch zustimmen. Kernbestandteil ist ein „Anpassungskonzept", bei dem Altersteilzeit oder innerbetriebliche Versetzungen genutzt werden. Außerdem sollen zusätzliche Arbeitsplätze in der LKW-Reifenproduktion und in Forschung und Entwicklung geschaffen werden. •

Dienstleistungsrichtlinie:

Etappensieg für die Gewerkschaften

In seiner ersten Lesung der umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie am 16. Februar hat das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit dem Herkunftslandprinzip eine Absage erteilt. „Es ist ein politischer Erfolg der europäischen Gewerkschaften, dass dieses Prinzip nicht Kern eines europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen wird", bewertet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer diese Entscheidung.

Für die Akzeptanz eines europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen durch die ArbeitnehmerInnen sei von entscheidender Bedeutung, dass die Regelungen im Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht der Nationalstaaten durch die Richtlinie nicht ausgehebelt würden. Dass die konservativen Abgeordneten allerdings den Nationalstaaten die Möglichkeit genommen haben, ihre Märkte aus verbraucher- und sozialpolitischen Gründen zu regulieren, zeige, „dass die Gewerkschaften den Druck im weiteren Verfahren nicht aufgeben dürfen", betonte Sommer. Auch die Ausnahmen für Dienste von allgemeinem Interesse gingen nicht weit genug.

Die EU-Kommission sei jetzt gefordert, so der stellvertretende EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann, dem EU-Rat zur Richtlinie einen tragfähigen und ausgewogenen Vorschlag zu unterbreiten.

PROJEKTE UND PARTNER

Infoheft

Investitionen wirken

Vorurteile halten sich hartnäckig. Zum Beispiel das über die angebliche Unwirksamkeit staatlicher Investitionsprogramme. Dabei zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass das 16-Milliarden-Mark-Programm der SPD-FDP-Bundesregierung von 1977 für Wachstum und mehr Beschäftigung sorgte. Der Bereich Wirtschaftspolitik in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert seit längerem ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Umfang von 40 Milliarden Euro, um mehr Mittel in Bildung, Gesundheit und Pflege, Verkehrsinfrastruktur, regenerierbare Energien und Kultur zu lenken. Den aktuellen Investitionsbedarf der Kommunen, Beschäftigungseffekte des Programms und die Finanzierung der Investitionen fasst das gut lesbare Infoheft „In unsere Zukunft investieren" zusammen. Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich. •

wirtschaftspolitik@verdi.de

DGB-Broschüre

Europa stärken

Europapolitik startet oft mit hehren Zielen – um am Ende im Klein-Klein der Detailprobleme zu landen. So ist es bisher auch der „Lissabon-Strategie" ergangen: Im März 2000 als umfangreicher Maßnahmenkatalog zu Wachstum, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt beschlossen, ist sechs Jahre danach wenig davon umgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt der DGB in der umfassenden Analyse „Wachstum und Beschäftigung in Europa". Im Mittelpunkt der 84-seitigen Broschüre stehen Anregungen aus gewerkschaftlicher Sicht, den Lissabon-Prozess in den kommenden Jahren zu forcieren. Dazu müssten insbesondere die Felder Innovation, Bildung, Nachhaltigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik intensiver bearbeitet werden. Die Broschüre ist kostenlos. •

bestellservice@toennes-bestellservice.de

interregio

••• ***Die DGB-Jugend NRW*** und der Landesjugendring NRW haben eine ***Volksinitiative*** gegen die geplanten Kürzungen der Landesjugendmittel gestartet. Erst 2004 hatte eine Volksinitiative das „Jugendfördergesetz" auf den Weg gebracht, das die Jugendarbeit mit 96 Millionen Euro pro Jahr unterstützen sollte. Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Mittel nun um 21 Millionen Euro kürzen. Bis Anfang Mai können sich BürgerInnen in den NRW-Gewerkschaftshäusern in die Unterschriftenlisten eintragen. Kommen 66 000 Unterschriften zusammen, muss sich der Landtag mit dem Thema befassen. Infos: *www.volksinitiative-nrw.de*

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** hat eine ***Internet-Plattform*** zur Landtagswahl gestartet. Neben Links zu den sechs im Bundestag vertretenen Parteien informiert die Seite über Veranstaltungen des DGB im Landtagswahlkampf. Dazu gehören rund 20 Podiumsdiskussionen mit LandtagskandidatInnen und Themenforen. Ein Schwerpunkt der Aktion ist das Engagement gegen rechtsextreme Parteien. In Sachsen-Anhalt wird am 26. März ein neuer Landtag gewählt. *www.sachsen-anhalt.dgb.de/themen/landespolitik/ltw_06*

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, hohe Branchenkompetenz und Beteiligungsorientierung sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Pilotprojekte in den Regionen

Neue gewerkschaftliche Kooperationen

Um attraktiver für Mitglieder, auch für potenzielle, zu werden, entwickeln die Gewerkschaften neue Formen der Kooperation. Die Erfahrungen mit den entsprechenden DGB-Pilotprojekten in den Regionen zeigen, dass der Wille zur Veränderung groß ist.

„Im Osten ist es egal, in welcher Gewerkschaft man Mitglied ist. Es gibt hier eher das Bewusstsein, DGB-Mitglied zu sein", meint Olaf Himmel, Vorsitzender des Regionsverbundes Ostbrandenburg. Drei Büros hat der DGB in der dünn besiedelten Region in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Gewerkschaften aufgebaut. In Bernau und in Prenzlau wurden neue Räume angemietet, in Schwedt nutzt der DGB das Büro der IG BCE. Besetzt sind die Büros mit ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern, und auch nicht an allen Tagen. Aber das ist es nicht, worauf es ankommt, meint Himmel. Wichtiger sei, „dass der DGB Präsenz zeigt". Gerade in den Flächenländern hätten die Menschen nicht das Geld, immer hin und her zu fahren. „Sie wollen einen Gewerkschaftskollegen vor Ort sprechen."

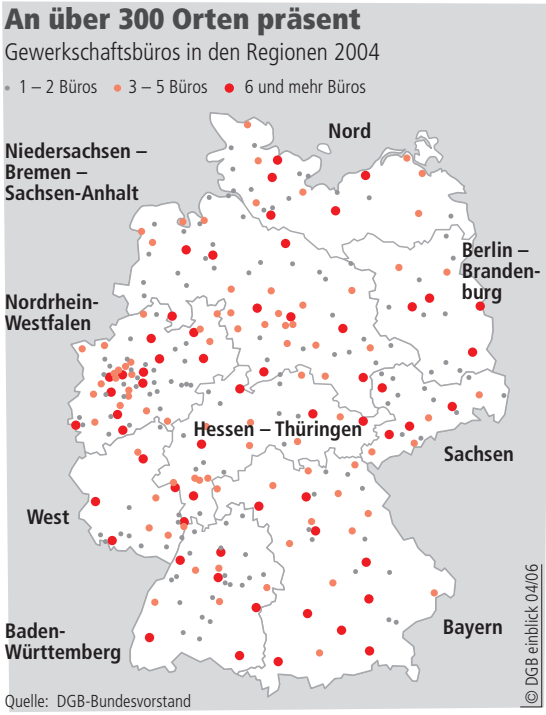
Auch Volker Schulz, DGB-Regionsvorsitzender in Vorpommern, hat die Erfahrung gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften erstaunlich gut funktioniert, wenn erst einmal die ersten Hürden überwunden sind. Der DGB in Vorpommern hat ein Drei-Säulen-Modell entwickelt. Zum einen arbeiten die Gewerkschaften vor Ort sehr eng zusammen. Das reicht von der gemeinsamen Frankiermaschine bis zu abgesprochenen Bürozeiten, damit für alle Mitglieder immer ein Ansprechpartner vor Ort ist. Die zweite Säule: Auch Veranstaltungen werden gemeinsam organisiert. Und schließlich gibt es einen Verbund mit der DGB-Region Ost-Mecklenburg-Vorpommern. Beide Regionen teilen sich nicht nur einen Orga-Sekretär, sondern arbeiten auch politisch eng zusammen. Die Kooperation soll Synergien erschließen, aber auch dazu beitragen, die politische Eigenständigkeit beider Regionen zu erhalten.

Auch in anderen DGB-Regionen haben sich in den vergangenen Jahren neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt. In der Region Kassel sind neue gewerkschaftliche Anlaufstellen in Eschwege und Korbach entstanden, der DGB hat auch in der Stadt selbst sein Gesicht verändert. In einem Ladenlokal mitten in einem sozialen Brennpunkt sitzt nun der vermutlich jüngste Stadtverband des DGB. Die 15 Aktiven, von denen die meisten noch zur Gewerkschaftsjugend gehören, betreiben nicht nur traditionelle Gewerkschaftsarbeit, sondern gelten in der Stadt inzwischen als ExpertInnen, wenn es um das Thema Rechtsextremismus geht. Auch in der regionalen DGB-Zentrale weht ein anderer Wind. Wenn der Umbau des Hauses im Herbst abgeschlossen ist, soll im Erdgeschoss ein Infopunkt entstehen. IG Metall, NGG und DGB-Jugend wollen außerdem eine Art Bürogemeinschaft aufbauen, mit einer gemeinsamen Telefonanlage, Referentenpool und wechselseitiger Terminwahrnehmung.

Selbst in großen Städten wie Hamburg gibt es gewerkschaftliche Brachen. 2005 hat der DGB im Stadtteil Harburg einen Gewerkschaftsladen aufgemacht. 13 ehrenamtliche Mitglieder bieten im Wechsel Serviceleistungen an. Zu Beginn wurde das Angebot nur schleppend angenommen. Inzwischen nutzen rund 100 Mitglieder pro Monat den Anlaufpunkt, Tendenz steigend. „Wichtiger als die reinen Zahlen ist allerdings, dass die Aktiven die Möglichkeit haben, das Angebot selbst Stück für Stück auszubauen", meint Orga-Sekretärin Petra Heese. „Das geht nicht über Vorgaben, sondern der Weg ist das Ziel". •

An über 300 Orten präsent

Gewerkschaftsbüros in den Regionen 2004



Quelle: DGB-Bundesvorstand

In 305 Städten und Gemeinden sind der DGB und die Gewerkschaften mit eigenen Büros präsent, aber nicht jede Gewerkschaft hat an jedem Standort ein eigenes Büro. Eine Nutzung der vorhandenen Standorte als Anlaufstelle für alle Gewerkschaften könnte die Präsenz in der Fläche erhöhen, ohne dass zusätzliche Kosten entstehen.

Mehr Zusammenarbeit

Welche Aufgaben der DGB angesichts knapper Mittel langfristig in den Regionen wahrnehmen soll, wird innerhalb der Gewerkschaften unterschiedlich bewertet. Aber quer durch den DGB und die Gewerkschaften wächst das Bewusstsein, dass die Präsenz in der Fläche ein Schlüsselfaktor ist, um attraktiver zu werden.

Wie die neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und dem DGB, die in den letzten Jahren in den Regionen entstanden sind, weiterentwickelt werden können, kommt im Jahr des DGB-Bundeskongresses besondere Bedeutung zu.

Welche Leistungen der DGB in Zukunft in den Regionen für die Gewerkschaften erbringen soll, haben DGB-Regionsvorsitzende und örtliche Geschäftsführer der Mitgliedsgewerkschaften bereits im vergangen Sommer auf einem Workshop des DGB-Bundesvorstandes diskutiert. Eine der dort vertretenen Thesen lautet: „Es gibt regionale Unterschiede im DGB – aber die Unterscheidung Fläche und Ballungszentrum ist nicht entscheidend." Eine weitere These: „Der DGB muss durch Synergien/Vereinheitlichung der internen Organisation Freiräume für die politische Arbeit schaffen."

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

GEW

Die GEW, der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Bundeselternrat (BER) fordern, dass das Thema Bildung aus der Föderalismusreform „vorerst ausgeklammert" wird. Die Verlagerung der Kompetenz für den Bildungsbereich in die alleinige Zuständigkeit der Länder sei ein „fauler Kompromiss" zu Lasten der Bildung.

ver.di

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert, dass der Bundestag baldmöglichst Maßnahmen zur sozialen Absicherung von KünstlerInnen beschließt. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" müsse das Thema aufgreifen.

TRANSNET

Die Gewerkschaft TRANSNET und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) wollen sich im Kampf für den Erhalt der Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) eng miteinander abstimmen. Auch angesichts knapper öffentlicher Kassen hätten die Bürger ein Recht auf qualitativ hochwertige Verkehrsdienstleistungen.

DGB

Aktuelle Fragen der Gleichstellungspolitik stehen im Mittelpunkt der DGB-Veranstaltung zum Frauentag am 8. März im Berliner Club Oxymoron (Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, ab 16 Uhr). Betriebs- und Personalrätinnen diskutieren mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer und den Bundesministerinnen Brigitte Zypries und Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Rechtsschutz

EurAA startet am 1. März

Unter dem Namen „EurAA – Anwälte für Arbeitnehmer" bieten ab dem 1. März an zunächst neun Standorten Anwälte, die gleichzeitig Rechtssekretäre der DGB Rechtsschutz GmbH sind, Beratung und Vertretung in Rechtsstreitigkeiten an. EurAA versteht sich als Ergänzung des DGB-Rechtsschutzes. Während die DGB Rechtsschutz GmbH Gewerkschaftsmitglieder vor allem bei Auseinandersetzungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts kostenlos vertritt, kann die neue Anwalts-GmbH auch bei Verfahren des Zivil- und Strafrechts, des internationalen und europäischen Rechts sowie bei Revisionsverfahren tätig werden. Ein weiterer Schwerpunkt von EurAA ist die gewerkschaftsnahe Beratung von Betriebs- und Personalräten sowie deren Vertretung in Beschlussverfahren und im Rahmen von Einigungsstellen.

Die Gründung von EurAA geht auf Überlegungen zurück, durch den Aufbau einer zweiten, wirtschaftlich und rechtlich eigenständigen Anwalts-GmbH außerhalb der DGB Rechtsschutz GmbH mehr Qualität für ArbeitnehmerInnen zu bieten und Personalreduzierungen in der Rechtsschutz GmbH zu vermeiden. Eine enge Kooperation zwischen beiden Gesellschaften soll zudem dazu beitragen, durch die Nutzung von Synergieeffekten die Kosten des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes zu senken *(einblick 17/2005)*. EurAA will europaweit tätig werden. Erste Kooperationsvereinbarungen mit der italienischen Gewerkschaft INCA und mit dem Europäischen Verband der Wanderarbeiter (EVW) wurden bereits geschlossen. •

GEW-Frauen

Neuer Online-Newsletter

Der Vorstandsbereich Frauenpolitik der GEW hat einen eigenen Online-Newsletter zu frauen- und gleichstellungspolitischen Fragen entwickelt. Schwerpunkt der Ende Januar erschienenen ersten vierseitigen Ausgabe sind die Anforderungen an eine diskriminierungsfreie Personalpolitik im Schulbereich. Der von der Frankfurter Journalistin Dorothee Beck redaktionell betreute Newsletter soll in Zukunft viermal im Jahr erscheinen. Der Bezug ist kostenlos. •

sekretariat.frauenpolitik@gew.de

?...nachgefragt



Foto: Jürgen Seidel

Am 8. März wird im Brüsseler Haus der schwedischen Gewerkschaften das neue Domizil des DGB-Verbindungsbüros zu den Institutionen der EU offiziell eingeweiht. Grund zum Feiern hat dessen Leiterin Katharina Erdmenger, 34, aber auch wegen der erfolgreichen Lobbyarbeit des DGB in Sachen EU-Dienstleistungsrichtlinie. Was alles zu dieser Lobbyarbeit gehört, das wollte *einblick* von ihr wissen.

Meine Aufgabe ist es, Kontakt zu halten zu den Institutionen der EU, insbesondere zur Kommission und zum Europaparlament. Unser vorrangiges Ziel ist es natürlich, gewerkschaftliche Positionen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Wichtig dafür ist, so frühzeitig wie möglich zu erfahren, was ansteht, Dossiers, Papiere und Richtlinienentwürfe zu kennen und die Infos an die Fachabteilungen des DGB weiterzugeben. Dazu muss ich nicht nur bei den Anhörungen und Debatten im Parlament präsent sein, sondern brauche auch einen guten Draht zu den handelnden Personen. Die Pflege informeller Kontakte ist deshalb das A und O meiner Arbeit.

Da Brüssel von Abendveranstaltungen lebt, muss ich so oft wie möglich dort präsent sein. Als Einzelkämpferin ist diese Lobbyarbeit nur mithilfe von Netzwerken zu bewältigen. Auch sie wollen gepflegt werden – etwa das deutsche Netzwerk in Brüssel, zu dem die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Vertretungen der deutschen Bundesländer, die Sozialreferentin in der deutschen Botschaft oder die deutschen Journalisten ebenso gehören wie die Vertretungen der Wohlfahrtsverbände oder auch die der deutschen Arbeitgeberverbände BDI, BDA und ZDH. Zu allen unterhalten wir gute „diplomatische Beziehungen".

Besonders wichtig für die Gewerkschaften auf der EU-Ebene ist neben der Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) die Runde der VertreterInnen der nationalen Gewerkschaftsbünde, zu der der EGB regelmäßig einlädt. Wir kooperieren gut – und können oft die Arbeit untereinander aufteilen, weil jede und jeder „ihren" oder „seinen" Abgeordneten hat, zu dem sie oder er eine besonders gute Antenne hat. So können wir Synergieeffekte nutzen. Mehr davon verspreche ich mir auch von unserem neuen Sitz – vor allem vom täglichen Umgang mit Sven Svensson, dem Verbindungsmann der schwedischen Gewerkschaften zur EU. Die ersten Tage im gemeinsamen Haus zeigen: Wir ergänzen uns hervorragend und profitieren gegenseitig von den Kontakten und Infos des beziehungsweise der anderen.

DGB-Verbindungsbüro Brüssel, Avenue de Tervuren 15, B-1040 Bruxelles, E-Mail: dgb.brux@skynet.be

Bundeswehr und Polizei

Vermischung gefährdet den Erfolg

Auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Abschuss von Zivilflugzeugen als Mittel zur Terrorabwehr verbietet, liebäugeln Politiker mit dem Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-Weltmeisterschaft. Die WM sei für sie nur ein Vorwand, um eine paramilitärische Streitmacht im Innern zu etablieren, meint Konrad Freiberg.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar ist eindeutig: Das Luftsicherheitsgesetz ist mit dem Grundrecht auf Leben und mit der Menschenwürde-Garantie des Grundgesetzes nicht vereinbar. Ebenso eindeutig ist damit aber auch, dass der Staat seine Bürger nicht vor allen Bedrohungen schützen oder für diesen Schutz in jedem Falle auf dem Boden klarer Rechtsgrundlagen handeln kann. Dabei ging es nicht einmal um das abstrakte Szenario einer Bedrohung, die nach menschlichem Ermessen wohl nie eintreten wird. **Die Bedrohung aus dem Luftraum ist konkret** und verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen. Dafür sind die entführten Maschinen, die in den USA am 11. September 2001 von Terroristen zu Mordwerkzeugen missbraucht wurden, ein dramatisches Beispiel. Ob allerdings der Abschuss einer oder mehrerer solcher Maschinen im engen Luftraum über der dicht besiedelten Bundesrepublik auch mit einer Rechtsgrundlage Realität geworden wäre, steht auf einem anderen Blatt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Diskussion nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei beendet.



Konrad Freiberg, 54, ist Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Es ist schon unerhört, dass in Politikerkreisen eine entsprechende Ablehnung des Gesetzes mit dem vernichtenden Urteil der verfassungsgemäßen Unvereinbarkeit als **willkommener Anlass für eine Verfassungsänderung ganz anderer Art** gesehen wurde und bei ganz Uneinsichtigen auch noch gesehen wird: der Einsatz der Bundeswehr im Innern. Nach dem Motto: Wenn die Verfassung dieses Vorhaben nicht erlaubt, dann ändern wir eben die Verfassung und erfüllen uns einige andere Wünsche gleich mit. Gott sei Dank sind einer Verfassungsänderung hohe Hürden gestellt, nämlich eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Und die zu verhindern, ist Aufgabe aller, die nach wie vor der Auffassung sind, dass **polizeiliche und militärische Aufgaben getrennt bleiben** müssen.

Immer wieder sind Vorstöße unternommen worden, den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu legitimieren. Die Anlässe wechselten. Derzeit muss die Fußballweltmeisterschaft zur Begründung herhalten, da befürchtet wird, dass die Länder aufgrund ihrer selbstverschuldeten Personalknappheit bei der Polizei nicht mit allen Sicherheitslagen fertig werden können.

Für mich ist auch das nur ein Vorwand, auf lange Sicht **eine paramilitärische bundesweite Streitkraft im Innern zu etablieren.** Als preisgünstige, flexible und vielleicht auch robustere Einsatztruppe für alle Lebenslagen – man weiß ja schließlich nicht, was noch auf uns zukommt.

Der ehemalige Bundesgrenzschutz ist durch seine von der Gewerkschaft der Polizei über Jahrzehnte geförderte und beförderte Entwicklung zu einer modernen, zivilen und bürgernahen Bundespolizei geworden und als paramilitärische Einsatztruppe nicht mehr zu gebrauchen. In ihren Träumen von einer deutschen Nationalgarde haben einige Politiker allerdings auch die Entwicklungen bei der Bundeswehr verschlafen.

Die fachliche Qualifikation der Bundeswehr als Institution zur Verteidigung der äußeren Sicherheit und zur Bewältigung von Aufgaben in Krisengebieten ist ebenso hoch entwickelt, wie das staatsbürgerliche Verständnis ihrer Angehörigen. Was übrigens beides Gründe dafür sind, dass die Bundeswehr **in der Abwehr der Pläne zur Vermischung der Aufgaben fest an unserer Seite steht.** Ihr Aufgabengebiet erfordert in der Tat eine militärische Struktur, Bewaffnung, Hierarchie und Philosophie. Die der Polizei ist eine andere: Polizei ist bürgernah, deeskalierend, kommunikativ. Der einzelne Beamte entscheidet in vielen Situationen eigenständig und verantwortet sich notfalls als Einzelner dafür vor Gericht. Sein Gegenüber ist der Bürger – zwar durchaus auch als gefährlicher Straftäter, aber nicht von vornherein als gefährlicher Feind.

Ausstattung, Auftrag und Selbstverständnis beider Institutionen sind so unterschiedlich, wie sie unterschiedlicher nicht sein können. **Wer sie vermischt, setzt auch ihre Effizienz aufs Spiel.** Von den grundlegenden und bewährten Prinzipien unserer Verfassung ganz zu schweigen. •

Soldaten vor den Stadien

Nach der Karlsruher Entscheidung über das Luftabwehrgesetz geht die Diskussion über einen Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-WM weiter. Weil neben der Linkspartei und den Grünen auch SPD und FDP ihren Widerstand gegen eine Verfassungsänderung erklärt haben, favorisieren Innenpolitiker der Union Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern, die vermeintlich unterhalb der Schwelle einer Verfassungsänderung möglich sind.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) liebäugelt mit der Idee, Soldaten während der Fußball-WM kurzerhand der Bundespolizei unterzuordnen, um so das Verfassungsverbot zu umgehen. „Im Einzelfall geht das ganz sicher", erklärte er in den ARD-Tagesthemen. „Wir wollen die Bundeswehr nicht zu einer zweiten Bereitschaftspolizei machen", ergänzte Union-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Aber wenn nur die Bundeswehr die Fähigkeit habe, einen terroristischen Angriff abzuwehren, wäre es „unverantwortlich, sie nicht einzusetzen". Bayerns Innenminister Günter Beckstein (CSU) will die Bundeswehr während der WM sogar zur Sicherung der deutsch-tschechischen Grenze einsetzen, um die so freiwerdenden Kräfte der Bundespolizei im Innern zur Verfügung zu haben.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

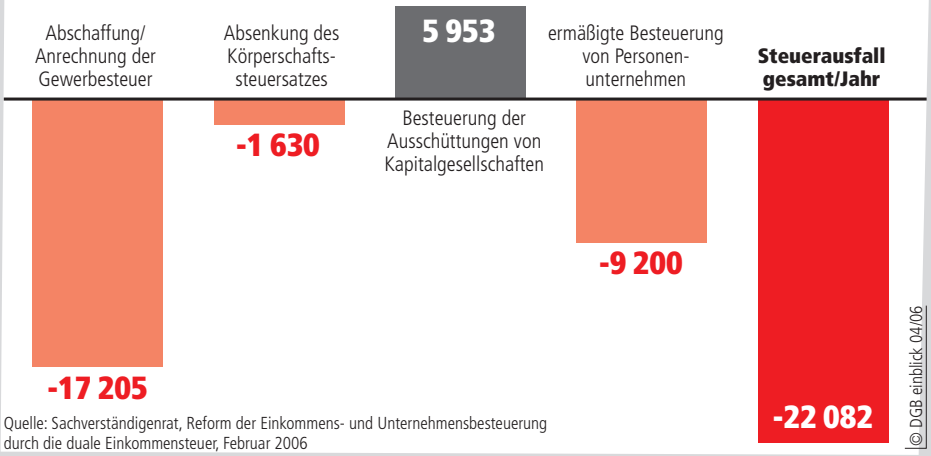
DIES & DAS

die DGB grafik

UNTERNEHMENSSTEUERREFORM: 22 Milliarden Euro weniger

Trotz knapper öffentlicher Kassen sollen die Unternehmen um 22 Milliarden Euro entlastetet werden. Das hat der Sachverständigenrat in einem Gutachten zur Unternehmenssteuerreform vorgeschlagen. Für Kapitaleinkommen, Zinsen und Gewinne aus gewerblicher und selbstständiger Tätigkeit soll ein Steuersatz von 25 Prozent gelten. Der höhere progressive Einkommensteuertarif soll nur auf ausgeschüttete Gewinne angewendet werden, die oberhalb einer unterstellten Normalverzinsung von sechs Prozent liegen.

Aufkommenseffekt der vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen dualen Besteuerung von Unternehmensgewinnen (in Millionen Euro)



Quelle: Sachverständigenrat, Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung durch die duale Einkommensteuer, Februar 2006

personalien

••• ***Guntram Schneider,*** 54, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Münster, ist am 11. Februar zum Vorsitzenden des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Als stellvertretende Vorsitzende haben die Delegierten ***Elke Hannack,*** 44, gewählt. Hannack, Mitglied des CDA-Bundesvorstands und bislang Gewerkschaftssekretärin in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, setzte sich gegen die Leiterin des ver.di-Landesfachbereichs Gemeinden, ***Martina Peil,*** 47, durch. Der langjährige Vorsitzende des DGB-Bezirks NRW ***Walter Haas,*** 64, und seine Stellvertreterin ***Brigitte Grosse,*** 64, sind aus Altersgründen ausgeschieden.

••• Wiedergewählt wurden am 11. Februar der Vorsitzende des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, ***Rainer Bliesener,*** 55, und seine Stellvertreterin ***Leni Breymaier,*** 45. Ebenfalls in ihrer Funktion bestätigt wurden am 17./18. Februar die Vorsitzenden und ihre StellvertreterInnen im DGB-Bezirk Bayern, ***Fritz Schösser,*** 58, und ***Heide Langguth,*** 60, im Bezirk West, ***Dietmar Muscheid,*** 48, und ***Eugen Roth,*** 48, sowie im Bezirk Hessen-Thüringen, ***Stefan Körzell,*** 43, und ***Steffen Lemme,*** 41. Körzell wurde zudem als DGB-Landesvorsitzender in Hessen bestätigt.

••• ***Franz Treml,*** 61, stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Leiter des Fachbereichs Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung, geht am 31. März in den Ruhestand. Zum neuen Fachbereichsleiter und Mitglied des ver.di-Bundesvorstands hat der Gewerkschaftsrat am 15. Februar ***Lothar Schröder,*** 46, gewählt, bislang Referatsleiter für Innovations- und Technologiepolitik. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde ***Rolf Büttner,*** 57, gewählt, der als Leiter des Fachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik bereits dem Bundesvorstand angehört.

••• ***Dr. Gudrun Linne,*** 49, Referatsleiterin in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, ist ab dem 1. Mai verantwortliche Redakteurin der WSI-Mitteilungen. Sie folgt ***Dr. Gudrun Trautwein-Kalms,*** 61, die in den Ruhestand geht.

14 TAGE

4.3. GEW und DGB Sachsen-Anhalt, Tagung „Neue Herausforderungen in der beruflichen Bildung", Halle

8.3. DGB, zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, Kultur und Talkrunden mit den Bundesministerinnen Heidemarie Wieczorek-Zeul und Brigitte Zypries sowie DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, Berlin

9.3. Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Bundesinstitut für Berufsausbildung (BiBB), Workshop „Die Lissabon-Strategie auf dem Prüfstand: Perspektiven für die deutsche Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik", Berlin

9./10.3. DGB Sachsen-Anhalt, Landesarmutskonferenz „Drinnen und Draußen, Oben und Unten", Halle/Saale

Schlusspunkt

„Kommt die Salatölsteuer?"

Das Handelsblatt am 16. Februar zu Überlegungen der großen Koalition, auch auf Salatöl und Frittenfett Mineralölsteuer zu erheben. Wegen der hohen Benzinpreise würden immer mehr Menschen ihr Auto mit Biokraftstoffen betreiben – notfalls auch mit Speiseöl aus dem Supermarkt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.03.2006 5/06

DGB

inhalt

Seite 3
IAO-Übereinkommen Heimarbeit
Deutschland soll Völkerrecht anerkennen

Seite 5
Kein Lohn unter 7,50 Euro
ver.di und NGG werben gemeinsam für einen Mindestlohn, der ein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht

Seite 7
Die große Männer-Koalition
Die zwei Papamonate beim geplanten Elterngeld haben heftige Reaktion ausgelöst. Über die Parteigrenzen hinweg zeigen sich (männliche) Politiker irritiert, hat Thomas Gesterkamp beobachtet

Betriebsratswahlen 2006

Auch die Unternehmen profitieren

Die heiße Phase der Betriebsratswahlen 2006 hat begonnen. Vom 1. März bis 31. Mai werden in mehr als 100 000 Betrieben die Interessenvertretungen neu gewählt.

Die *Hamburger Morgenpost* gehört zu den ersten Unternehmen, die im gesetzlich festgelegten Zeitraum gewählt haben. Fünf der sieben Sitze im neuen Betriebsrat nehmen ver.di-Mitglieder ein, und der Betriebsratsvorsitzende, ebenfalls ver.di, wurde mit über 86 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

Ein Auftakt nach Maß – ganz im Sinne der Begleitkampagne von DGB und Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen. Unter dem Motto „Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser" wollen sie vor allem den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Betriebsratsmitglieder erhöhen sowie „weiße Flecken" auf der Betriebsratslandkarte beseitigen *(einblick 3/06)*.

Das Motto sei hoch aktuell, meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in eine verantwortungsvolle Unternehmensführung werde zunehmend gestört: „Maximales Profitstreben ist das Credo vieler Manager, die sich an spekulativen Finanzdaten orientieren, statt am gesunden Wachstum der Unternehmen und ihrem Rückgrat, den Beschäftigten". Der Druck auf die Beschäftigten sei immens gewachsen, Betriebsräte seien wichtiger denn je.

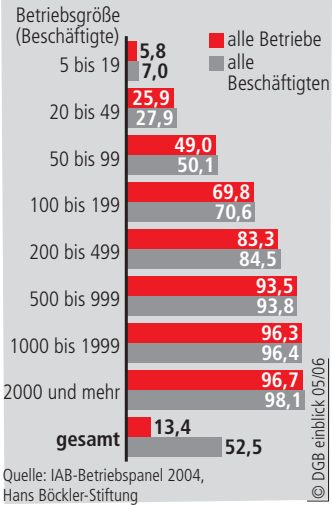
Doch bislang haben nur gut 105 000 der in Frage kommenden rund 1,1 Millionen Betriebe einen Betriebsrat, so das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Zwar ist dank der Novelle der Betriebsverfassung von 2001 die Zahl der Betriebsratsmandate bei den Wahlen 2002 gegenüber 1998 um elf Prozent gestiegen. Jeder zweite Beschäftigte in der Privatwirtschaft steht unter dem Schutz eines Betriebsrats. Doch nach wie vor gibt es zahlreiche weiße Flecken, vor allem in den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Das wollen die Gewerkschaften mit ihrer Kampagne ändern. So hat sich beispielsweise die DGB-Region Leipzig vorgenommen, die Zahl der Betriebsräte in den regionalen KMU um 15 Prozent zu steigern.

Argumente pro Betriebsrat gibt es ausreichend. Schließlich profitieren auch die Unternehmen von der Mitbestimmung. Zu diesem Ergebnis kommt Uwe Jirjahn vom Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Hannover, der für die Hans-Böckler-Stiftung den aktuellen Stand der Mitbestimmungsforschung untersucht hat. Verschiedene Studien zeigten, so Jirjahn, dass Betriebe mit Betriebsrat oft produktiver, flexibler und innovativer seien als Betriebe ohne Arbeitnehmervertretung. Besonders positiv schneiden tarifgebundene Unternehmen ab. Ein Ergebnis, das Hexel nicht überrascht: „Je weniger Verteilungskämpfe im Betrieb auszufechten sind, umso eher können Betriebsräte und Management gemeinsam daran arbeiten, Produkte und Arbeitsabläufe zu verbessern – zum Nutzen von Unternehmen und Belegschaft." •

www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de

Mehr als 50 Prozent mit Betriebsrat

Betriebe mit Arbeitnehmervertretung nach Betriebsgröße bzw. Beschäftigten (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2004, Hans Böckler-Stiftung

98,1 Prozent der Beschäftigten in Großunternehmen werden von einem Betriebsrat vertreten, in kleinen Unternehmen gerade mal sieben Prozent.

plusminusBERLIN

+ ***Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) warnt vor einer Zersplitterung Deutschlands. Das Gesetzespaket zur Föderalismusreform führe zur weiteren Zunahme von Bürokratie und zu „einer Kleinstaaterei, die den Bürgen nicht willkommen ist".***

– ***Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat in einer Anwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei Verständnis für den Personalabbau bei der Telekom gezeigt. Er trage zur Sicherung der Ertragskraft des Unternehmens bei.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.pro-qualifizierung.de
Informationen über die berufliche Qualifizierung von Migrantinnen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB Sachsen-Anhalt: Analyse der Parteiprogramme zur Landtagswahl

Europäische Union

Fonds für Globalisierungsopfer

Ab 2007 will die EU ArbeitnehmerInnen, die ihren Arbeitsplatz wegen des weltweiten Wettbewerbs verlieren, mit insgesamt 500 Millionen Euro unterstützen. Profitieren sollen von dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Europäischen Globalisierungsfonds (EGF) pro Jahr zwischen 35 000 und 50 000 von Massenentlassungen betroffene ArbeitnehmerInnen. Der Fonds soll allerdings nur bei Jobverlagerungen außerhalb der EU greifen. Die Unterstützungsmaßnahmen für entlassene ArbeitnehmerInnen sollen zudem auf maximal 18 Monate begrenzt werden. Der Fonds ist nicht im geltenden EU-Haushalt verankert, sondern soll nach den Vorstellungen der EU-Kommission durch die Unterschreitung der Haushaltsgrenze bei anderen Gemeinschaftsausgaben finanziert werden. •

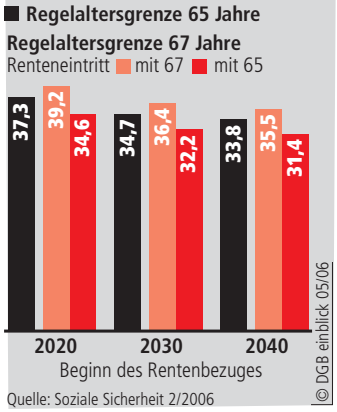
Rentenpolitik

Besser arbeiten bis 65

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat von der Bundesregierung verstärkte Anstrengungen gefordert, damit ältere ArbeitnehmerInnen tatsächlich bis 65 im Berufsleben bleiben können. Das sei „eine bessere Alternative" als die von der großen Koalition geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Neben einer stärkeren Nutzung der bestehenden Eingliederungshilfen für Ältere und einer Ausweitung der Fördermöglichkeiten bei der beruflichen Weiterbildung in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) seien auch Modellprojekte für einen ehrenamtlichen zweiten Arbeitsmarkt für ältere Arbeitslos notwendig. So lange in Deutschland eine Arbeitsplatzlücke von sechs Millionen Stellen bestehe, sei das Ziel einer Rückkehr von Arbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen unrealistisch. Zudem müssten die Unternehmen nach dem Vorbild Österreichs stärker an den Kosten einer Entlassung älterer ArbeitnehmerInnen beteiligt werden. Dort erhalten Unternehmen bei der Einstellung Älterer einen Zuschuss, müssen aber eine Strafzahlung bei der Entlassung langjährig Beschäftigter ohne zwingenden Grund leisten. In Deutschland scheiden hingegen zwei Drittel der Beschäftigten mangels Arbeit früher aus dem Berufsleben aus. •

Kaum mehr als eine Grundsicherung

Rückgang des Rentenniveaus nach 40 Versicherungsjahren durch Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre (in Prozent des Bruttoeinkommens)



Quelle: Soziale Sicherheit 2/2006

Nach Berechnungen des Frankfurter Sozialexperten Diether Döring können ArbeitnehmerInnen, die heute 35 Jahre alt sind, auf Grund der bereits geltenden Einschnitte bei der Rente nach durchschnittlich 40 Versicherungsjahren nur noch mit 34 Prozent ihres Bruttoeinkommens rechnen. Würde das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben, würde die Rente noch weiter sinken, auf 31,4 Prozent.

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Heimarbeit

IAO-Übereinkommen ratifizieren

Die Rechte der ArbeitnehmerInnen fallen in die „Globalisierungsfalle". Statt dem entgegen zu wirken, arbeiten deutsche PolitikerInnen daran mit: Seit zehn Jahren wartet das ILO-Abkommen zur Heimarbeit auf seine Ratifizierung.

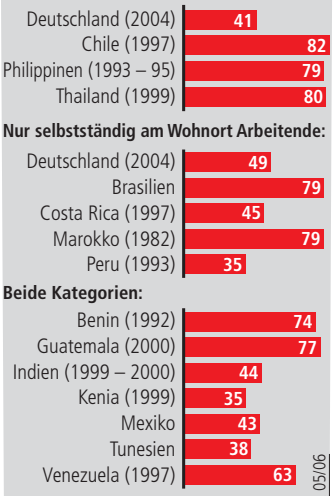
Die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind Völkerrecht. Nach nationaler Ratifizierung müssen sie in nationales Recht umgesetzt werden. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn die Bundesrepublik Deutschland verweigert seit über zehn Jahren die Ratifizierung des Übereinkommens für Heimarbeit, kurz Ü 177. Lediglich vier Staaten haben diese Übereinkunft bislang unterzeichnet: Finnland, Irland, Albanien und die Niederlande. Dabei geraten mehr und mehr die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Deutschland und Europa unter Druck. Menschenwürdige Arbeit wird auch hierzulande seltener.

Weit mehr aber gilt das für die Entwicklungsländer, in die „unsere" Arbeit verlagert wird. Milliarden Menschen leben im Niemandsland der so genannten informellen Ökonomie – ohne ausreichende Verdienstmöglichkeiten, ohne soziale Rechte. Unter dem Druck der Globalisierung verlagern die Unternehmen ihre Aufträge in Niedriglohnländer, dort beauftragen örtliche Firmen wieder Mittelsmänner, die schließlich Scheinselbstständige und HeimarbeiterInnen für sich arbeiten lassen.

So wird beispielsweise in Indien mehr als die Hälfte des Volkseinkommens und ein Drittel des landesweiten Exports von der so genannten informellen Wirtschaft bestritten. Auf den Philippinen stellen HeimarbeiterInnen Babykleidung für Luxusboutiquen in New York her. Und das Schälen von Garnelen ist in vielen asiatischen Ländern ein typischer Heimarbeits-Job. Ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Wirtschaftszweig der weltwirtschaftlichen Just-In-Time-Produktion: Die globale Textilindustrie.

„Unsichtbare" Heimarbeit

Anteil der Frauen an der Heimarbeit* in vierzehn Entwicklungsländern und in Deutschland (in Prozent)



* am Wohnort Arbeitende

Quelle: ILO, Employment Sector (2002): Women and men in the informal economy: A statistical picture / Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, 2004

© DGB einblick 05/06

Oft unterbezahlt und zu unzumutbaren Bedingungen stellen Frauen einen großen Teil der „working poor", trotz häufig „unsichtbarer", nicht mitbezahlter Familienangehöriger.

Die größten Probleme für die ungeschützten ArbeitnehmerInnen liegen in miserablen Entlohnungen, ebensolchen Arbeitsbedingungen – und der Tatsache, dass ihnen in aller Regel selbst minimale soziale Rechte vorenthalten werden. Heimarbeitslöhne beruhen fast überall auf einem Stücklohnsystem mit überlangen Arbeitszeiten und der Beschäftigung unsichtbarer und unbezahlter Assistenten: Kinder, Großeltern, ganze Großfamilien, die mitarbeiten, um die „Produktionsziele" zu erreichen. Dabei werden gesundheitliche Gefahren übersehen oder vernachlässigt. So können Gifte, die in der Schuh- und Lederproduktion entstehen, auf Dauer und ungefiltert in Wohnräumen ernste Krankheiten hervorrufen. In der Textilindustrie werden Insektenschutzmittel eingesetzt, die hierzulande dazu führen, dass vor dem Einsatz von Bettwäsche oder vor dem Tragen neuer Kleidung möglichst eine mehrfach Wäsche erfolgen soll. Lötarbeiten im Elektronikbereich oder der Schmuckfertigung setzen giftige Gase frei.

Kein Zufall also, dass der „informelle Sektor" – Heimarbeit ist ein wesentlicher Teil – in den Mittelpunkt des Interesses von Gewerkschaften und kirchlichen Entwicklungsdiensten gerückt ist. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, der katholischen Justitia et Pax und dem Global Labour Institute haben sich die Gewerkschaften des Themas angenommen.

Unlängst stellten daher Karl Jüsten, Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, und DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer eine gemeinsame Publikation vor. Unter dem Titel: „11 gute Gründe, das IAO-Übereinkommen über Heimarbeit zu ratifizieren" dokumentieren sie die Situation der HeimarbeiterInnen weltweit und fordern die Bundesrepublik Deutschland auf, das Übereinkommen 177 zur Heimarbeit endlich zu ratifizieren. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer: „Wir können keinen Grund erkennen, warum Deutschland dieses Abkommen nicht ratifiziert. Günstigere nationale Regelungen sind mit den Übereinkommen der IAO durchaus vereinbar. Unser nationales Heimarbeitsgesetz geht in vielen Elementen über die Regelungen des Übereinkommens hinaus."

Vielleicht liegt gerade darin das Problem: Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) möchte das Heimarbeitsgesetz gerne schleifen. •

Ü 177

Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über Heimarbeit (Ü 177) definiert z.B. den Begriff der „Heimarbeit", fordert Koalitionsfreiheit und ein Überwachungssystem von den Unterzeichner-Staaten. Darüber hinaus heißt es in Artikel 4:

„Die innerstaatliche Heimarbeitspolitik hat die Gleichbehandlung von Heimarbeitern und anderen Arbeitnehmern soweit wie möglich zu fördern, wobei die besonderen Merkmale der Heimarbeit und gegebenenfalls die für eine gleichartige oder ähnliche Arbeit, die in einem Betrieb durchgeführt wird, geltenden Bedingungen zu berücksichtigen sind.
Die Gleichbehandlung ist zu fördern, insbesondere in Bezug auf:

a) das Recht der Heimarbeiter, Verbände ihrer Wahl zu bilden oder solchen Verbänden beizutreten und sich an den Tätigkeiten solcher Verbände zu beteiligen;
b) den Schutz gegen Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf;
c) den Arbeitsschutz;
d) das Entgelt;
e) den Schutz durch gesetzliche Systeme der Sozialen Sicherheit;
f) den Zugang zur Ausbildung;
g) das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung oder Arbeit und
h) den Mutterschutz."

Mehr Infos: www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di-Wettbewerb

„fair-kaufen"

Die Billigmentalität vieler VerbraucherInnen hat verheerende Folgen – nicht zuletzt für die Beschäftigten im Einzelhandel. Arbeitsplatzabbau, niedrige Löhne, unbezahlte Überstunden gehören zum Standardrepertoire der meisten Discounter, wie die Gewerkschaft ver.di in den letzten zwei Jahren vor allem am Beispiel „Lidl" deutlich gemacht hat. ver.di hat nun einen Gestaltungswettbewerb initiiert, bei dem mit Hilfe des Mediums Einkaufstüte gezeigt werden soll, wie menschenwürdige Produktion und verantwortungsbewusstes Konsumieren aussehen sollten. Unter dem Motto „fair-kaufen" können engagierte Menschen, insbesondere GestalterInnen und Studierende aus den Bereichen Medien und Kommunikation, ihrer Phantasie – fast – freien Raum lassen. Ihre Grenzen finden die Ideen im klassischen Einkaufstüten-Format: 400 Millimeter Breite und 450 Millimeter Höhe. Einsendeschluss ist der 29. April. •

www.fair-kaufen.info

DGB-Bildungswerk

Gesundheit fördern

Wer durch Krankheit oder Behinderung in seiner Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist, hat zumeist schlechte Karten auf dem Arbeitsmarkt. Dabei lohnt sich die betriebliche Gesundheitsförderung für alle, auch für die Unternehmen. Beim 10. Workshop des DGB-Bildungswerks zum Thema steht unter dem Titel „Eingliederung statt Entlassung" der Aufbau eines betrieblichen Eingliederungsmanagements im Mittelpunkt. Zwischen dem 25. und dem 28. Juni werden ExpertInnen aus Theorie und Praxis im DGB-Bildungszentrum Starnberger See vermitteln, wie wichtig vorbeugender Gesundheitsschutz sowie die betriebliche Eingliederung kranker und behinderter MitarbeiterInnen ist. Die Teilnahmekosten betragen 600 Euro plus Verpflegung und Übernachtung. •

marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de; www.dgb-bildungswerk.de

Broschüre

Neue Wege

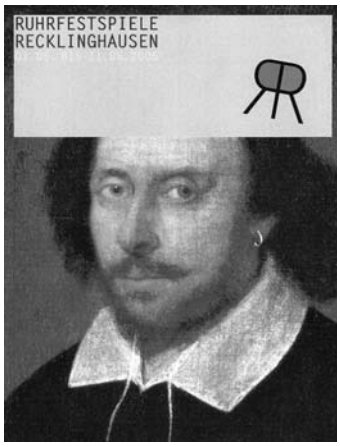
Mit dem Modernisierungsgesetz zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 2004 wurde der Weg zu neuen Versorgungsformen, wie etwa Medizinische Versorgungszentren und Integrierte Versorgung, geebnet. Der DGB hat dazu Ende vergangenen Jahres „Handlungsempfehlungen für die Selbstverwaltung in der GKV zur Umsetzung neuer Versorgungsformen" in einer 32-seitigen Broschüre zusammengefasst. Sie wendet sich insbesondere an die VertreterInnen der Versicherten, denen Argumente für und gegen die diskutierten neuen Versorgungsformen an die Hand gegeben werden. Dazu gehören u.a. eine Hausarzt-zentrierte Versorgung, Bonusmodelle und Prävention. Die Broschüre kann zum Einzelpreis von 3,50 Euro, 1 Euro bei Abnahme zwischen 10 und 99 Exemplaren sowie 0,80 Euro bei Abnahme ab 100 Exemplaren bestellt werden. •

bestellservice@toennes-bestellservice.de

Ruhrfestspiele 2006

Das Festival geht in die Stadt

„Beim zweiten Mal ist es nochmal so schön", mit diesen Worten geht Frank Hoffmann, seit Ende 2004 Leiter der Ruhrfestspiele „seiner" zweiten Spielzeit entgegen. Programmatisches Zentrum wird in diesem Jahr William Shakespeare sein: Richard II., Der Widerspenstigen Zähmung, Das Wintermärchen, Othello und natürlich Romeo und Julia stehen während der 60. Spielzeit in Recklinghausen auf dem Programm. Darüber hinaus werden Samuel Beckett, der in diesem Jahr hundertsten Geburtstag hätte, sowie George Tabori in der Ruhrstadt zu sehen sein. Aber auch Brecht und Weill (Dreigroschenoper), Vivaldi (Vier Jahreszeiten) und die Kölner Rockgruppe BAP sorgen für Höhepunkte. Die neuen Bestandteile der Festspiele werden auch die Stadt erobern. Das Bürgerhaus Süd wird zum Haus der Uraufführungen, während zweier Festival-Wochen sollen mehrere Produktionen im Stadtzentrum stattfinden. •



Kartenvorbestellungen: Tel. 02361/9218 0; www.ruhrfestspiele.de

Neuerscheinung

Tatort Autobahn

Kontrollen bringen es regelmäßig an den Tag: Auf bundesdeutschen Autobahnen rollen mehr und mehr tickende „Zeitbomben" – LKW mit übermüdeten Fahrern, abgefahrenen Reifen und technischen Mängeln. Die Wirtschaftsjournalisten Uli Röhm und Wilfried Voigt haben hinter die Kulissen der Speditionsbranche geschaut und ihre aufschlussreichen Erkenntnisse in dem Buch „Tatort Autobahn" zusammengefasst. Die Autoren zeigen, wie Spediteure mit krimineller Energie jährlich Millionenbeträge am Fiskus vorbeilenken, unter welchen Bedingungen LKW-Fahrer leben und arbeiten müssen, und in welchem Ausmaß LKW zu schweren Unfällen auf den Autobahnen beitragen. Tatort Autobahn ist im Campus Verlag, Frankfurt/M. 2006, erschienen, hat 220 Seiten und kostet 19,90 Euro. •

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** stellt am 15. März auf einer ***Diskussionsveranstaltung*** die Frage: Quo vadis Beamtenrecht? Schwerpunkt der Gespräche ist die geplante Föderalismusreform und die Übertragung der Zuständigkeit für das Besoldungsrecht an die Länder. Landespolitiker aller Parteien aus Regierung und Opposition diskutieren vor diesem Hintergrund mit dem DGB über die künftige Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die geplante Länderhoheit bei der Beamtenbesoldung einen „regionalen Wettlauf in Richtung Bezahlungs- und Versorgungsdumping" in Gang setzt. Infos: Markus Kling, Tel. 0711 / 20 28 228

••• Die ***DGB-Region Unterelbe*** zeigt vom 17. März bis zum 7. April die ***Ausstellung*** „Neofaschismus in Deutschland" im Kreishaus in Heide. Neben Informationen zu den verschiedenen Akteuren der neofaschistischen Szene werden auch Möglichkeiten vorgestellt, sich in der Region für Toleranz und Respekt zu engagieren. Im Rahmen der Ausstellung hält der Rechtshistoriker Klaus Bästlein am 6. April außerdem einen Vortrag über den „Justizterror im Nationalsozialismus". Infos: DGB-Region Unterelbe, Tel. 0 41 21 / 42 60 11

Mindestlohnkampagne von ver.di und NGG

Kein Lohn unter 7,50 Euro

2,5 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland zu Armutslöhnen. ver.di und NGG streiten deshalb gemeinsam für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. „Kein Lohn unter 7,50 Euro" lautet der Slogan, mit dem sie in den kommenden Wochen im Internet und auf Großflächenplakaten für das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen werben.

Ob Mindestlöhne dazu beitragen, auch für gering Qualifizierte ein Einkommen durchzusetzen, von dem sie ohne ergänzende staatliche Transferleistungen leben können, ist in Deutschland umstritten. Die FDP, Teile der CDU und die Wirtschaftsverbände laufen Sturm gegen die Idee. Gesetzliche Mindestlöhne seien „ein Arbeitsplatzkiller" argumentiert Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Ein Mindestlohn oberhalb des Alg-II-Niveaus würde im Niedriglohnbereich massiv Arbeitsplätze vernichten, vor allem in der Gastronomie, im Handel, im Friseurhandwerk und im Wach- und Sicherheitsgewerbe. Dort liegen die untersten Tarifgruppen zum Teil zwischen vier und fünf Euro die Stunde *(einblick 1/2006)* – zu wenig um von der eigenen Arbeit leben zu können.

Trotzdem gibt es auch in den Gewerkschaften Vorbehalte gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. „Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn hebelt die Tarifautonomie aus", warnt vor allem der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. „Diesen Weg wird die IG BCE nicht mitgehen", so Schmoldt gegenüber *einblick*. Für den IG BCE-Vorsitzenden steht aber auch fest, „dass man in den Bereichen, wo es keine Tarifverträge gibt, auch andere Möglichkeiten ausloten muss". Und die IG BAU, setzt als Alternative zum Mindestlohn auf die Ausweitung des Entsendegesetzes als untere Auffanglinie auch außerhalb der Bauwirtschaft.

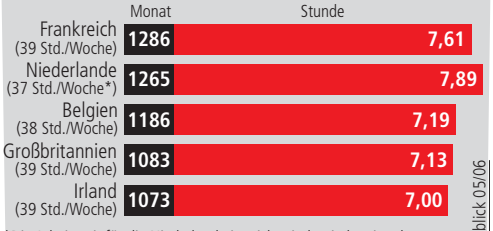
„Im letzten Jahr ist beim Thema Mindestlohn viel in Bewegung geraten", meint Gerd Pohl, Koordinator der Kampagne bei der NGG, „auch in den Gewerkschaften". Inzwischen habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Forderung nach Ausweitung des Entsendegesetzes – die Orientierung am ortsüblichen Lohn – „in manchen Branchen ins Leere läuft". Ein Drittel der Beschäftigten im Westen falle inzwischen nicht mehr unter die Tarifverträge, im Osten gilt das sogar für 45 Prozent, so aktuelle Daten des WSI-Tarifarchivs. Hinzu komme, dass die Arbeitsbedingungen in vielen Branchen inzwischen über Haus- und Firmentarifverträge geregelt sind, die aber nicht flächendeckend greifen.

Um einen gnadenlosen Dumpingwettbewerb im Niedriglohnsektor zu verhindern, muss es nach Meinung von ver.di und NGG auch in Deutschland einen Mindestlohn geben. Vollzeitbeschäftigte verdienen im Schnitt 2884 Euro im Monat. Die Hälfte davon, das ist die international anerkannte Grenze für „Armutslöhne", liegt bei 1442 Euro. ver.di und NGG wollen deshalb einen Mindestlohn von zunächst 7,50 Euro durchsetzen, der schrittweise auf 9,00 Euro/Stunde steigen soll. Das ist für uns „die untere Grenze gegen Arbeit in Armut", so die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Möning-Raane. Mit der Kampagne wollen die beiden Gewerkschaften auch Druck auf die Bundesregierung ausüben.

Im Koalitionsvertrag hatten CDU/CSU und SPD vereinbart, den Niedriglohnsektor insgesamt neu zu ordnen. Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat bereits angekündigt, im Laufe dieses Jahres ein Konzept vorzulegen. Dazu soll auch ein Mindestlohn gehören. Für eine Entscheidung über dessen Höhe sei es aber „noch zu früh", so Müntefering Anfang März. •

Vorbild Westeuropa

Gesetzlicher Mindestlohn in ausgewählten EU-Ländern 2004 (in Euro)



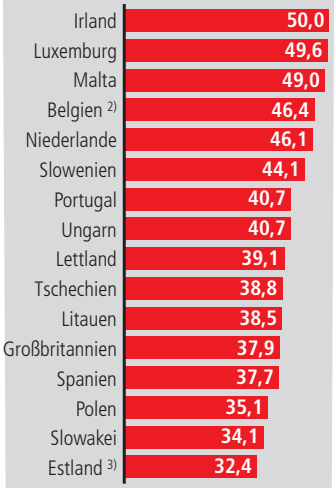
*Die Arbeitszeit für die Niederlande ist nicht eindeutig bestimmbar. Bei einer 38-Stunden-Woche läge der Mindestlohn bei 7,68 Euro/Std., bei einer 36-Stunden-Woche bei 8,11 Euro/Std.
Quelle: Berechnungen des WSI, Ursprungsdaten: Eurostat

© DGB einblick 05/06

ver.di und NGG wollen in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro durchsetzen. Vorbild ist die Höhe des Mindestlohns in anderen westeuropäischen Ländern.

Zur Existenzsicherung oft zu wenig

Gesetzlicher Mindestlohn in den EU-Staaten[1] im Vergleich zum Durchschnittslohn 2004 (in Prozent)



1) der Wert für Frankreich wird in der Ursprungsquelle Eurostat nicht ausgewiesen, liegt aber nach anderen Quellen über 60 Prozent
2) 2002 3) 2003
Quelle: Thorsten Schulten, Reinhard Bispinck, Claus Schäfer, Mindestlöhne in Europa, VSA-Verlag, Hamburg 2006

© DGB einblick 05/06

Nur sieben EU-Staaten haben keinen gesetzlichen Mindestlohn. Allerdings ist das Niveau in den meisten Ländern noch zu niedrig, um ein existenzsicherndes Einkommen zu sichern.

Mindestlohnrat geplant

Ob der Mindestlohn als Instrument gegen „Arbeit in Armut" greift, hängt von seiner Höhe ab. ver.di und NGG schlagen vor, dass der Bundestag die Einführung eines



gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro zum 1. Januar 2007 beschließt. Einkommen, die niedriger liegen, werden entsprechend angehoben. Über die weitere Entwicklung des Mindestlohns soll die Bundesregierung entscheiden. Dabei soll sie ein noch zu gründender unabhängiger nationaler Mindestlohnrat (MIR) beraten.

Ihm sollen acht vom Bundesarbeitsminister berufene Mitglieder angehören, darunter jeweils VertreterInnen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie zwei unabhängige WissenschaftlerInnen. Die Empfehlungen des Mindestlohnrates sollen dafür sorgen, dass sich der Mindestlohn so entwickelt, dass auch die Beschäftigten im Niedriglohnsektor an der gesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung teilhaben. Der Mindestlohn soll zudem so ausgestaltet werden, dass auch Beschäftigte mit einem Kind ein verfügbares Einkommen oberhalb der Alg-II-Grenze haben.

www.mindestlohn.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di

ver.di fordert von den Arbeitgeberverbänden, sich an einer gemeinsamen „Sozialen Vignette" für den Güterkraftverkehr zu beteiligen. Für die Vignette müsse, neben der Einhaltung der gesetzlichen Standards, auch Tariftreue ein Kriterium sein.

GEW

Die GEW fordert Konsequenzen aus der DESI-Studie, durch die besonders bei HauptschülerInnen erhebliche Defizite in den sprachlichen Fächern aufgedeckt worden sind. Das schlechte Abschneiden der Hauptschulen gefährde die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Vor allem im Englischunterricht seien kleinere Lerngruppen notwendig.

ver.di

ver.di und die Seeleute-Gewerkschaften anderer Länder haben sich mit Reedereien und Regierungsvertretern auf ein internationales Abkommen zum Schutz der Beschäftigten in der Seeschifffahrt verständigt. Das Seearbeitsübereinkommen 2006 regelt internationale Mindestanforderungen an Arbeitsschutz, Unterkunft und Verpflegung.

GdP

Anlässlich des Starts der Kampagne „Stoppt Zwangsprostitution" zur Fußball-WM hat die GdP weitere Schwerpunktdezernate gegen Menschenhandel bei der Polizei gefordert. Der DGB Berlin-Brandenburg unterstützt die zeitgleich gestartete regionale Kampagne „Prostitution ohne Zwang und Gewalt".

ITK-Gehaltsanalyse

Höhere Gehälter mit Tarifvertrag

Die Gehälter in der Informations- und Telekommunikation (ITK) haben sich 2005 insgesamt positiv entwickelt, weisen im Einzelnen aber große Unterschiede auf. Das ergibt die achte ITK-Gehaltsanalyse der IG Metall. Ausgewertet wurden 30 870 Daten aus 53 Betrieben. Danach gab es erstmals seit Jahren wieder steigende Entgelte in den Bereichen Rechenzentren und Service-Technik, zum Teil sehr hohe Zuwächse in den Bereichen Beratung/Consulting, Vertrieb und Software Engineering.

Die Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen verdienten mehr als in nicht tarifgebundenen – in Call-Centern durchschnittlich 25 Prozent, in der Fertigung 15 Prozent und im Bereich Hardware Engineering zwischen fünf und 40 Prozent mehr. Für über 200 000 Beschäftigte gelten Tarifverträge der IG Metall. Ende 2005 waren 680 000 Menschen in der ITK-Branche beschäftigt – 20 000 weniger als im Jahr davor. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt mit rund 15 000 auf dem niedrigsten Stand seit 2000. Wesentlich mehr wären nötig, die Branche klagt über Fachkräftemangel. •

www.igmetall-itk.de; www.bund-verlag.de

Chancengleichheit

Unbefriedigend

Die Notwendigkeit von gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung zeigt die Ende Februar von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft vorgelegte zweite Bilanz zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft. Ihr Schwerpunkt: „Frauen in Führungspositionen". Gerade mal um zwei Prozent ist von 2000 bis 2004 der Frauenanteil unter den Führungskräften gestiegen: von 21 auf 23 Prozent. In den oberen Etagen der Unternehmen haben Frauen immer noch Seltenheitswert – besonders die oberste Ebene ist nach wie vor eine Männerdomäne. „Die Bilanz ist unbefriedigend und kein Gradmesser für die tatsächliche betriebliche Gleichstellung", bewertet DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer insgesamt den Bericht. „Wir brauchen hier den gleichen Elan, wie wir ihn derzeit in der Familienpolitik erleben – und das bedeutet: gesetzliche Regelungen." •

FrauenDatenReport

Arbeitszeitschere öffnet sich weiter

Der Unterschied zwischen den Arbeitszeiten von berufstätigen Frauen und Männern ist größer geworden. 2004 arbeiteten Frauen im Durchschnitt 30,8 Wochenstunden, Männer 40,2 Stunden – eine Differenz von gut neun Stunden. 1991 hatte sie nur knapp sieben Stunden betragen. Das belegt der „FrauenDatenReport 2005" des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Der Grund für die sich öffnende Arbeitszeitschere: Von 1991 bis 2004 ist die Zahl der Frauen mit Vollzeitstellen um 1,6 Millionen zurückgegangen, die mit Teilzeitstellen aber um 1,8 Millionen gestiegen. Der Anteil der Frauen, die Teilzeit-Jobs unter 15 Stunden in der Woche haben, hat sich sogar verdoppelt. Eine hohe Hürde für die Berufstätigkeit von Frauen ist die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. •

DGB-Bandwettbewerb

„Verbale Interpretation" gewinnt

Die Gewinner des ersten DGB-Jugend-Bandwettbewerbes „Gib dir eine Stimme" stehen fest: Die Berliner Hip-Hop-Gruppe „Verbale Interpretation" hat das Finale am 24. Februar in Berlin gewonnen. Sie überzeugte mit ihrer Bühnenpräsenz und ihrem internationalen Flair. Der erste Preis umfasst vier Tage im Plattenstudio mit der Möglichkeit zum Aufnehmen von eigenem Musik-Material. Die Jury, die sich aus erfahrenen Musikprofis zusammensetzte, hatte keine leichte Wahl: Die fünf Finalisten hatten sich im Vorfeld gegen 120 Mitbewerber durchgesetzt. Bedingung für die Teilnahme am Bandwettbewerb war, dass die Musiker in ihren Texten gesellschaftliche Belange und Probleme behandeln. Ab Mai



sind die Bewerbungsunterlagen für die nächste Runde von „Gib dir eine Stimme" auf der DGB-Jugend-Internetseite zu finden. •

www.dgb-jugend.de

in eigener Sache

Für Rückfragen an die Redaktion hat ein **Fehler** in der Grafik zur DGB-Mitgliederentwicklung 2005 *(einblick 2/2006)* gesorgt: Ende Dezember 2005 hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) 174 928 Mitglieder, ein Jahr zuvor waren es 2982 Mitglieder mehr. Das entspricht, wie in der Bildunterschrift zur Grafik zu lesen war, einem Mitgliederrückgang von 1,7 Prozent. In der Grafik selbst war der Wert hingegen irrtümlich mit -3,3 Prozent angegeben. Die korrigierte Grafik steht im Internet zum Download. *www.einblick.dgb.de*

Streit um das Elterngeld

Die große Männer-Koalition

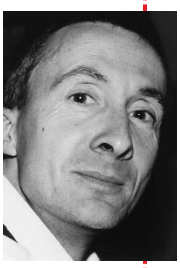
Die große Koalition will bald einen Gesetzentwurf zum „Elterngeld" vorlegen. Vor allem ein Detail – die Reservierung von zwei „Papamonaten" für Väter – löst heftige Reaktionen aus: Über Parteigrenzen hinweg zeigen sich (männliche) Politiker und Kommentatoren irriitiert. Thomas Gesterkamp über eine merkwürdige Debatte.

Männer, die von der „3600-Euro-Peitsche" in die Kinderbetreuung getrieben werden: In dieses für jeden Therapeuten hoch interessante Bild kleidete es ZDF-Moderator Claus Kleber, als er im „Heute Journal" Ursula von der Leyen befragte. Die Familienministerin will ab 2007 ein nettolohnbezogenes Elterngeld von maximal 1800 Euro monatlich einführen – eine Idee, die ihre Vorgängerin Renate Schmidt propagierte, aber nicht realisieren konnte.

Von der Peitsche phantasiert Herr Kleber, weil Frau von der Leyen Ungeheuerliches plant: zwei Monate Mindestbeteiligung der Väter. Nutzen diese das Angebot nicht, verfällt ihr Anspruch. Für „Freiheitsberaubung" hält das die *Rheinische Post,* Nordrhein-Westfalens Familienminister Armin Laschet wittert „Umerziehungsrhetorik aus den 70er Jahren", Ministerpräsident Jürgen Rüttgers spricht gar von Verfassungswidrigkeit: Es sei nicht Aufgabe der Politik, „den Menschen zu sagen, wie sie zu leben und ihre Familie zu organisieren haben".

Dabei tut genau dies das von den konservativen Kritikern stets verteidigte Ehegattensplitting seit Jahrzehnten. Mit umgekehrtem Vorzeichen: Es fördert die traditionelle Arbeitsteilung. Papa spart kräftig Steuern, wenn Mama wenig verdient oder gleich ganz zu Hause bleibt. **Wo die staatliche Alimentierung des eigenen Lebensentwurfes gefährdet scheint, klingeln für Politiker und Chefredakteure die Alarmglocken.** Selbst eine Hausfrau im Rücken, von der sie bei passender Gelegenheit als „Familienmanagerin" schwärmen, beschleicht die Herren das Gefühl, dass ihr persönliches Rollenmodell gesellschaftlich an Boden verliert.

Kann man das als den erwartbaren Reflex des traditionsorientierten deutschen Hausvaters abtun, so erstaunen die Proteste auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Gregor Gysi von der Linkspartei zum Beispiel nennt das Elterngeld eine Subventionierung der Mittelschichten. Auch die Grüne Renate Künast moniert fehlende Verteilungsgerechtigkeit, polemisiert gar gegen eine „Familienpolitik für Kinder mit Chauffeur". Sie will lieber den Ausbau der Kinderbetreuung fördern – und hat damit nicht vollständig Unrecht: Denn hohe private Finanztransfers bei Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur lautet das familienpolitische Credo in Deutschland seit Adenauers Zeiten. Jetzt aber soll Vätern erstmals ein annehmbares Angebot gemacht werden. **Das alte Erziehungsgeld von 300 Euro war eine „Mutti-Prämie" für Geringverdienerinnen,** qualifizierte Frauen und erst recht Männer konnte man damit nicht gewinnen. Bisher sind fünf Prozent der Elternzeitler Väter – die Erfahrungen aus Skandinavien zeigen, dass Lohnersatz und „Papamonate" den Männeranteil deutlich steigern können. Und nur wenn Personalchefs damit rechnen müssen, dass auch Väter zeitweise aussteigen und wie Mütter zu „unsicheren Kantonisten" werden, kann sich an der von Kinderlosen und Familienernährern geprägten Arbeitskultur etwas ändern.



Thomas Gesterkamp, 48, ist Journalist, Autor und Mitbegründer des „Väter-Experten-Netz Deutschland" (VEND). Seit Jahren setzt er sich für eine individuelle und gut dotierte „Väterzeit" ein. Letzte Buchpublikation: „Die Krise der Kerle – Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft", Münster 2004.

Der linke Populismus gegen das Elterngeld wird verstärkt durch den unangenehmen bevölkerungspolitischen Beigeschmack, der die Debatte über die niedrigen Geburtenraten der gebildeten Kreise in Deutschland begleitet. Zu diesem Gebär-Alarmismus gehört eine elitäre Begleitmusik: Die „falschen" Leute, Migrantinnen und gering Qualifizierte, kriegen die meisten Kinder. Nur im „unordentlichen Milieu" gelte Nachwuchs noch als natürlich, moniert die *ZEIT*-Autorin Susanne Gaschke. In der Tat könnte das Elterngeld mehr Akademikerinnen motivieren, sich für Kinder zu entscheiden. **Im Kern geht es aber weder um Demografie noch um Gerechtigkeit – sondern darum, Väter zu ermuntern.**

Wenn Ministerin von der Leyen die „Papamonate" damit begründet, dass Männer „Respekt vor der Erziehungsarbeit" bekommen sollten, erinnert das an überholte Klischees von uneinsichtigen Drückebergern. Und stößt nicht nur altväterlichen Meinungsmachern bitter auf. Doch die Ablehnung durch Teile des linken Spektrums offenbart einen geschlechtsblinden Blick. Umso erfreulicher ist, dass die Gewerkschaften das Elterngeld weitgehend geschlossen befürworten. Es reicht nicht aus, sich als „Ein-Punkt-Bewegung" gegen Sozialkürzungen und für Gerechtigkeit einzusetzen. **Wer angebliche „Nebenwidersprüche" wie die Gleichstellung der Geschlechter ignoriert, landet dort, wo er hingehört: in einer großen Männer-Koalition.** •

Standfest

Trotz nicht nachlassenden Widerstandes in der Union – Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) bleibt dabei: Das geplante Elterngeld soll nur dann ein volles Jahr gezahlt werden, wenn auch Väter mindestens zwei Monate Auszeit nehmen. „Die Väter-Komponente ist nicht verhandelbar", erklärte sie Anfang März gegenüber dem „Mannheimer Morgen". Es gehe darum, die Freuden und Pflichten für Kinder gleichmäßig zu verteilen.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) unterstützt von der Leyen: Die alte Rollenverteilung sei überholt, erklärte er im Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel".

Auch DGB und Gewerkschaften begrüßen das geplante Elterngeld, weisen aber darauf hin, dass es wirkungslos bleibt, wenn nicht gleichzeitig die Ganztageskinderbetreuung weiter ausgebaut wird.

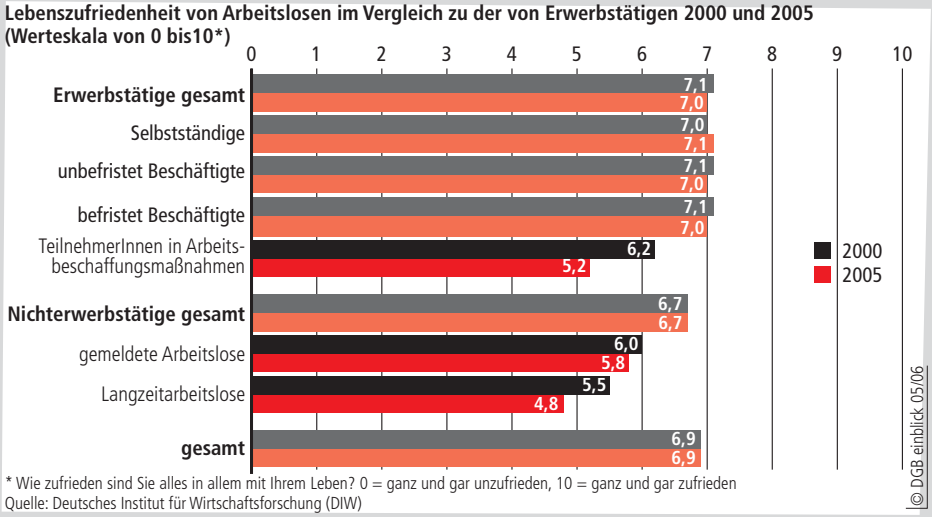
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

LANGZEITARBEITSLOSE: Auch emotional immer mehr abgehängt

Arbeitslose fühlen sich von der Politik immer mehr im Stich gelassen, das belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Lebenszufriedenheit. Während Erwerbstätige auf einer 10 Punkte umfassenden Skala auf den Wert 7,0 kommen, erreichen Arbeitslose lediglich den Wert 4,8. Vor fünf Jahren lag ihre Zufriedenheit noch beim Wert 5,5. Einen deutlichen Rückgang der Lebenszufriedenheit gibt es auch bei den TeilnehmerInnen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.



14 TAGE

15.3. DGB Baden-Württemberg, „Quo vadis Beamtenrecht?", Diskussion mit Finanzminister Gerhard Stratthaus, Stuttgart

15.3. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen „Chancen(un)gleichheit durch Tarifpolitik – Spiegelbild gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und Werte", Berlin

15.3. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Heißes Eisen Ausbildungsreife", Hannover

16.3. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976. Mehr Demokratie in der Wirtschaft", Berlin

17.-19.3. ver.di und DGB Berlin - Brandenburg, „Die Emanzipation des Volkes war die große Aufgabe unseres Lebens", Tagung zum 150. Todestag Heinrich Heines, Berlin

20./21.3. GdP, Bundesfrauenkonferenz „Frauen-Menschen-Handel(n)", Bayreuth

21.3. DGB-Bildungswerk, Düsseldorfer Migrationsgespräche, Tagung „Das Leid mit der Leitkultur", Düsseldorf

23./24.3. Transweb, Fachkonferenz „Auswirkung der Schieneninfrastrukturentwicklung in Europa auf die Arbeitsplätze der Bahnen", Berlin

26.3. Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz

27.3. DGB Sachsen und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Gesundheit.Reform(ierbar)?", Dresden

Tipp

***Buch:* Susan George, *Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam*, Droemer Verlag, München 2006, 288 Seiten, 16,90 Euro**

„Das Versprechen, der freie Welthandel bringe Wohlstand für alle, hat sich als Lüge erwiesen. Während die Reichen immer reichen werden, nimmt die Armut weltweit immer mehr zu." In Ihrer „Anleitung zum politischen Ungehorsam" rechnet Susan George, eine der internationalen Leitfiguren der Globalisierungskritiker, mit den Praktiken multinational agierender Großkonzerne ab. Und sie zeigt, wie sich deren Macht politisch begrenzen lässt.

„Solidarität beginnt zu Hause", lautet eine ihrer Thesen. Der Aufbau einer anderen Welt müsse damit beginnen, dass multinationale Unternehmen wieder besteuert werden. Und es müsse darüber nachgedacht werden, wie die Größe der Konzerne und Finanzinstitute begrenzt werden kann, und wie sie dazu verpflichtet werden können, wieder den Bedürfnissen der Kommunen zu dienen, in denen sie ihren Standort haben. „Früher gab es Konzessionen, die widerrufen werden konnten". Deren Wiedereinführung könne helfen, um auch Großkonzerne zur Einhaltung der für alle Unternehmen gültigen Richtlinien zu zwingen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Fackelzug für Pinkelpause"

dpa-Meldung über die Demonstrationen von mehreren Tausend AutomobilarbeiterInnen am 1. März in Sindelfingen und Stuttgart für den Erhalt der 1973 von der IG Metall erkämpften Erholzeiten für FließbandarbeiterInnen

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.03.2006 6/06

DGB

inhalt

Seite 3
Nicht immer zielführend
Der geplante Neuzuschnitt der Kompetenzen von Bund und Ländern ist zum Teil kontraproduktiv

Seite 5
Erstaunlich viele Gemeinsamkeiten
In der Energiepolitik liegen Bundesregierung und Gewerkschaften nicht weit auseinander

Seite 7
Besser wäre eine rostige Kreditkarte
Im Herbst wird das „Forum Zukunftsökonomie" zum ersten Mal den „Preis der Arbeit" an gesellschaftlich verantwortliche Unternehmen verleihen – ein falsches Signal, meint Wolfgang Weinz

Kündigungsschutzdebatte

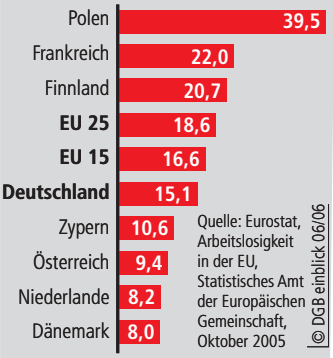
Will die Union französische Verhältnisse?

In der Regierungskoalition kracht es im Gebälk: Trotz anderslautender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wollen Teile von CDU/CSU den Kündigungsschutz einschränken. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat die große Koalition aufgefordert, „den Unsinn mit dem Kündigungsschutz zu lassen".

Erst im vergangenen November hatten sich CDU/CSU und SPD auf einen moderaten Kurs verständigt. Im Koalitionsvertrag einigten sie sich darauf, die Möglichkeit, „Arbeitsverträge in den ersten 24 Monaten sachgrundlos zu befristen", aus dem Gesetz zu streichen. Stattdessen sollte den Arbeitgebern ermöglicht werden, die Probezeit bei Neueinstellungen auf bis zu zwei Jahre auszudehnen.

Arbeitgeber und CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) aber sehen nun Gefahr im Verzuge. Die Neuregelung bringe Nachteile, so MIT-Vorsitzender Josef Schlarmann. Die Union müsse nun Härte zeigen, damit es doch noch zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes komme. Und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) fordert, auf den Koalitionsvertrag „in dem einen oder anderen Punkt noch draufzusatteln".

Früh ausgegrenzt
Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich (Jahresdurchschnitt 2004, Quote in Prozent)



In der Altersgruppe der jungen Arbeitnehmerinnen bis zum 25. Lebensjahr liegt Frankreich mit einer Arbeitslosigkeit von 22 Prozent weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union. Die Angst vor der Zukunft führt zu wachsenden Ausschreitungen.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) schloss dies aus und fordert mit Blick auf die Union, sich zum Koalitionsvertrag zu bekennen. „Da ist nichts aus Versehen passiert. Arbeitnehmerrechte schleifen bringt am Arbeitsmarkt und ökonomisch nichts."

Auch der DGB weist die Forderungen nach einer weiteren Einschränkung des Kündigungsschutzes zurück. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer befürchtet, die Arbeitgeberstrategie beim Kündigungsschutz ziele einzig und allein darauf ab, größere Spielräume für Willkürmaßnahmen durchzusetzen. Die Wirtschaft wolle Beschäftigte schneller und bequemer loswerden. „Dies ist in Zeiten der Massenentlassungen purer Zynismus." Die Gewerkschaften fordern, den Kündigungsschutz nicht weiter zu durchlöchern. Schon die faktische Aushebelung in den ersten zwei Jahren sei für den DGB und die Gewerkschaften inakzeptabel.

Karl-Josef Laumann, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels (CDA) , will am Kündigungsschutz ebenfalls nicht rütteln. Er sehe nicht, dass die Wurzel der Probleme auf dem Arbeitsmarkt im angeblich starren deutschen Arbeitsrecht zu suchen sei.

Mit Blick über die deutsch-französische Grenze warnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vor ähnlichen Auseinandersetzungen wie bei den Nachbarn. Dort sorgt schon die Verlängerung der Probezeit im ersten Job für täglich mehr eskalierende Unruhe. Michael Sommer: „Was im deutschen Koalitionsvertrag steht, lässt die Menschen in Frankreich zu Recht auf die Straße gehen. Die große Koalition sollte die Signale aus Frankreich sehr ernst nehmen. Das Stutzen des Kündigungsschutzes schafft keine neuen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern macht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur rechtloser. Das ist ein arbeitsmarktpolitischer Irrweg, den die große Koalition schleunigst verlassen sollte." •

plusminusBERLIN

+ ***Christine Scheel, grüne Bundestagsabgeordnete, will Steuerschlupflöcher in Form von „Scheinwohnsitzen" im Ausland für bestimmte Berufsgruppen schließen. Derzeit können Piloten oder Flugbegleiter sich der deutschen Steuerlast entziehen.***

– ***Die FDP wird „kreativ": Ihr Sprecher für Katastrophenschutz, Hartfrid Wolff, will das Streikrecht bei Gefährdung der inneren Sicherheit einschränken. Der Streik der Müllentsorger habe die „öffentliche Sicherheit" beeinträchtigt.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.betriebsvereinbarung.de
Die Internet-Site zu aktuellen Betriebs- und Dienstvereinbarungen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum geplanten Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung

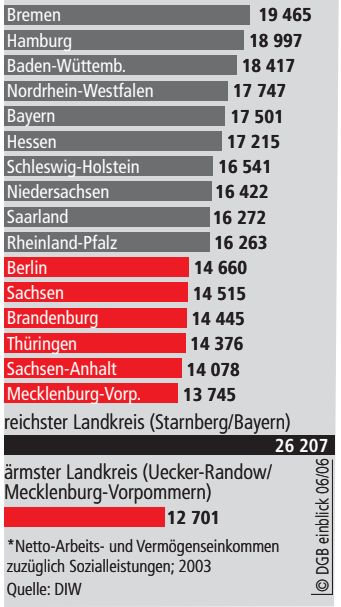
Regionale Einkommensentwicklung

Arm und Reich driften auseinander

In Deutschland gibt es erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Während in Bremen das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen bei 19 465 Euro pro Jahr liegt, müssen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit 13 745 Euro auskommen. Das belegt eine aktuelle Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Noch größer ist der Unterschied auf der Ebene der Kreise (siehe Grafik). Nach Berechnungen des DIW, ist die Einkommensungleichheit zwischen den einzelnen Landkreisen und Städten seit der Mitte der 90er Jahre gewachsen. Ohne die Einkommen der Pendler und die Transferleistungen der Sozialsysteme wären die regionalen Einkommensunterschiede noch größer. •

Der Osten bleibt arm

Verfügbares Einkommen je Einwohner (in Euro/Jahr)*



*Netto-Arbeits- und Vermögenseinkommen zuzüglich Sozialleistungen; 2003
Quelle: DIW

© DGB einblick 06/06

Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Einkommensunterschiede, die nur zum Teil durch die Steuerpolitik und durch staatliche Sozialleistungen ausgeglichen werden.

Betriebsräte

FDP will Wahlrecht einschränken

Die FDP fordert in einem Antrag an den Bundestag, dass die Möglichkeit zur Wahl eines Betriebsrates eingeschränkt wird. Die Arbeitsgerichte sollen einen Wahlvorstand nur noch einsetzen können, wenn das mindestens 25 Prozent der Beschäftigten fordern. In Betrieben, in denen die Geschäftsführung massiv Druck auf die Beschäftigten ausübt, würde dadurch die Wahl eines Betriebsrats erheblich erschwert.

Anlass für den FDP-Antrag waren Auseinandersetzungen bei SAP. Auf einer Betriebsversammlung hatte sich dort zunächst eine Mehrheit gegen die Einsetzung eines Wahlvorstands ausgesprochen. Nachdem mehrere IG Metall-Mitglieder dagegen geklagt hatten, haben die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat inzwischen für den 30. März zu einer Wahlversammlung eingeladen.

DGB-Vorstand Dietmar Hexel begrüßte die „Lockerungsübungen des SAP-Vorstands". Mit dem „Ja" zu Betriebsratswahlen könne sich auch bei einem der führenden deutschen Softwarehersteller „eine neue Betriebskultur entwickeln, wie sie in anderen Unternehmen der Branche längst üblich ist". •

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Föderalismusreform

Nicht immer zielführend

Mitte Mai wollen Bundestag und Bundesrat in einer gemeinsamen Expertenanhörung über die Föderalismusreform beraten. Die Gewerkschaften tragen das grundsätzliche Ziel der Reform mit – die Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern –, üben aber Kritik im Detail. Den geplanten Neuzuschnitt der Kompetenzen halten sie zum Teil für kontraproduktiv.

Ob die Föderalismusreform ihr Ziel erreicht, die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze des Bundes zu reduzieren, ist auch unter Experten umstritten. Zwar wollen Bund und Länder wechselseitig auf Kompetenzbereiche verzichten, für die sie bislang beide zuständig sind, aber gleichzeitig führt die Reform auf etlichen Feldern zu einer neuen, konkurrierenden Gesetzgebung. Bundesgesetze können in Zukunft zum Teil unterlaufen oder durch Regelungen auf Landesebene ersetzt werden. Das gilt zum Beispiel für das Umweltrecht, für den Strafvollzug und das Heimgesetz, in dem unter anderem die Mindeststandards für die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen definiert sind, und für das Beamtenrecht.

Die Länder sollen Besoldung und Versorgung ihrer Staatsdiener in Zukunft auch abweichend vom Bundesrecht regeln können. In Kombination mit dem möglichen Zerfall der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die für die Angestellten zuständig ist, könnte innerhalb kürzester Zeit das über Jahrzehnte gewachsene gemeinsame Tarifsystem für den gesamten öffentlichen Dienst auseinanderfallen. „Die Zuständigkeit der Länder im Beamtenrecht führt dazu, dass der öffentliche Dienst nicht modernisiert wird, sondern dass in den nächsten Jahren kurzfristige Sparmaßnahmen im Vordergrund stehen werden", warnt DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock. Zudem werde ein Wechsel der Beamten zwischen den Bundesländern massiv erschwert, wenn jedes Land seine eigenen Versorgungsrichtlinien entwickeln sollte. „Das ist kontraproduktiv. In der Rentenversicherung käme auch niemand auf die Idee, die Kompetenzen auf die Länder zu übertragen."

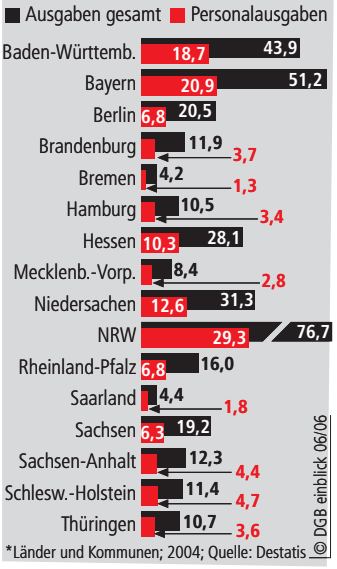
Auch der Verzicht des Bundes auf seine bisherigen Gestaltungsmöglichkeiten im Bildungs- und Hochschulbereich wird von den Gewerkschaften kritisiert. Positiv bewerten sie hingegen, dass der Bund die alleinige Zuständigkeit im Arbeitsrecht, bei der Betriebsverfassung und im Sozialversicherungsrecht erhalten soll. Die geplante neue Haftung der Länder für die von ihnen verursachten Verletzungen der Maastricht-Kriterien sei ebenfalls ein Fortschritt.

Ob die Föderalismusreform in einzelnen Punkten nachgebessert wird, ist noch nicht entschieden. Während vor allem die großen unionsgeführten Bundesländer davor warnen, „das mühsam ausgehandelte Reformpaket wieder aufzuschnüren", gibt es in der SPD-Fraktion und bei den drei Oppositionsparteien im Bundestag, FDP, Linke und Grüne, sowie in den kleineren Bundesländern Widerstand gegen diese Strategie. Die Positionen verlaufen dabei quer durch die Parteien, vor allem beim strittigen Thema Bildung. „Wenn es keine Änderungen gibt, glaube ich nicht an eine Zweidrittelmehrheit", so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Tauss, gegenüber der *Berliner Zeitung*. Auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) hat vor einem Durchmarsch bei der Föderalismusreform gewarnt. „Die Methode ‚friss oder stirb' kann hier nicht gelten", so Müller in der *Saarbrücker Zeitung*. Allerdings will er die Bildung bei den Ländern belassen. Und die kleineren Bundesländer, vor allem Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, befürchten durch die neue Aufgabenverteilung „Nachteile gegenüber den finanzstarken Ländern".

Damit die größte Staatsreform in der Geschichte der Bundesrepublik Wirklichkeit wird, braucht sie eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Entscheidend dafür könnte ein bislang in der öffentlichen Diskussion wenig beachteter Prüfauftrag an den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags sein. Er durchleuchtet zur Zeit sämtliche von Rot-Grün auf den Weg gebrachten 700 Gesetze unter einer einzigen Frage: Hätten sie auch unter einer bereits beschlossenen Föderalismusreform der Zustimmungspflicht der Länder unterlegen? •

Erhebliche Unterschiede

Anteil der Personalausgaben in den Bundesländern* (in Milliarden Euro)



*Länder und Kommunen; 2004; Quelle: Destatis

Bei den Personalausgaben gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Während der Personalkostenanteil in Baden-Württemberg bei 42,6 Prozent liegt, beträgt er in Brandenburg nur 31,1 Prozent. Weil die Länder mit der Föderalismusreform die Zuständigkeit für die Bezahlung der Beamten erhalten sollen, wird in den kommenden Jahren der Druck auf die Einkommen der Beschäftigten massiv zunehmen.

Rückzug aus der Bildungspolitik

Der Rückzug des Bundes aus der Bildungspolitik gehört zu den am stärksten umstrittenen Teilen der Föderalismusreform. Im Dezember 2004 war ein vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber(CSU) und dem damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering bereits weitgehend ausgehandelter Kompromiss noch an der Forderung der Länder gescheitert, dass der Bund sich aus der Hochschulpolitik zurückziehen solle.

Inzwischen ist hinter den Kulissen Bewegung in die Frage gekommen. Auch die Länder haben erkannt, dass ein vollständiger Rückzug des Bundes aus der Forschungspolitik die Innovationsfähigkeit Deutschlands gefährden könnte. Zudem würden von dem Wegfall der Bundesmittel für den Hochschulbau vor allem die reichen Bundesländer profitieren. Das Bildungsgefälle in Deutschland würde weiter wachsen.

Auch bei der Beamtenbesoldung haben die ärmeren Länder andere Interessen. 300 000 Lehrer müssen nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz in den kommenden zehn Jahren neu eingestellt werden. Bei einem föderalen Wettbewerb um die am besten qualifizierten ArbeitnehmerInnen könnten sie das Nachsehen haben. In den siebziger Jahren war aus diesem Grund die Besoldung nach Landesrecht abgeschafft worden.

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di-Broschüre

Männer machen mit

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer noch überwiegend als reines Frauenthema abgehandelt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wollte dieser Sichtweise gegensteuern und hat 2003 eine Studie „Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem – Ansätze zur Unterstützung familienorientierter Männer auf betrieblicher Ebene" initiiert. Jetzt hat die Gewerkschaft Bildungsmaterialien zum Thema zusammengestellt, die sich insbesondere an die betrieblichen Interessenvertretungen wenden. Die Broschüre enthält zehn Module, die einzeln oder kombiniert bei Workshops oder auch mehrtägigen Seminaren eingesetzt werden können. Angefangen bei einer allgemeinen Sensibilisierung für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Männern über die betriebliche Situation bis zu Handlungsempfehlungen reicht das Themenspektrum. In Papierform kann die Broschüre „Zwischen Meeting und Masern – Bildungsmaterialien für betriebliche Interessenvertretungen zur Verbesserung der Vereinbarkeitssituation von Männern" zum Stückpreis von 2 Euro bestellt, im Internet unter www.gender.verdi.de heruntergeladen werden. •



gender-politik@verdi.de

IG Metall-Siemens-Team

Download-Infos

Über das Wirken der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger" (AUB) informiert die IG Metall in einem sechsseitigen Info. Die arbeitgebernahe AUB tritt nicht nur in verschiedenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie auf, sondern auch in der Versicherungsbranche. Besonders während der laufenden Betriebsratswahlen wurden gute Erfahrungen mit dem Einsatz der Informationen in der Auseinandersetzung mit den AUB-Listen gemacht. Das Infoblatt kann in kleiner Auflage bei *inge.poljak@igmetall.de* bestellt werden oder steht zum Download unter: *http://dialog.igmetall.de/fileadmin/images/2-Download/Infomaterial/aub1-3.pdf*

In vielen Unternehmen werden zunehmend WerksstudentInnen und PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte eingesetzt. Eine kleine Broschüre nimmt sich des Themas am Beispiel von bayerischen Unternehmen des Metall- und Elektrobereichs an und zeigt Wege auf, wie tarifliche Bezahlung für die „PraktikantInnen" durchgesetzt werden kann. In einigen Siemens-Niederlassungen seien so auch Werksstudenten gewonnen worden. •

http://dialog.igmetall.de/fileadmin/images/2-Download/Infomaterial/WerkstudentInnen2.pdf

Bildungswerk

Arbeiten bis 67

Im Moment zählen in vielen Betrieben schon über Fünfzigjährige zum „alten Eisen". Doch mit dem demografischen Wandel und der Erhöhung des Renteneintrittsalters werden Belegschaften in Zukunft vermutlich zunehmend auch aus Sechzigjährigen und Älteren bestehen. In der neuen Veranstaltungsreihe „Lernendes Forum" bietet das DGB-Bildungswerk am 30. Mai eine Tagung zum Thema „Arbeitsfähigkeit bis 67? – Innovationen für die Betriebe" an. Dabei wird die betriebliche Gesundheitsförderung ebenso thematisiert wie betriebliche Erfahrungen mit älteren ArbeitnehmerInnen aus Finnland. Die Veranstaltung findet in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Berlin statt; die Teilnahmegebühr beträgt 250 Euro zuzüglich Tagungspauschale. •

www.dgb-bildungswerk.de
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Böckler-Stiftung

Zeit gestalten

Immer weniger Menschen arbeiten im klassischen Vollzeitjob. Stattdessen wächst der Anteil derer, die flexibel arbeiten. Mit den variablen Zeiten wandelt sich auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Leben. Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Broschüre neue Forschungsergebnisse zum Themenbereich „Work-Life-Balance" zusammengestellt, unter dem Titel „In Balance arbeiten und leben" werden u.a. Untersuchungen zur aktiven Gestaltung von Arbeitszeit, zur Verringerung von Gesundheitsbelastungen sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgestellt. Die Broschüre kann unter der Bestellnummer 30288 kostenlos angefordert werden bei *mail@setzkasten.de* oder unter *Tel. 0211/40 80 09 00.* •



www.boeckler.de

DGB-Wettbewerb

Lohnende Lyrik

Von Mitbestimmung sollten sie handeln, aber auch Selbst-, Fremd- oder Eigenbestimmung dürfen gerne Thema der Gedichte sein, die zum Lyrikwettbewerb der DGB-Region Süd-Ost-Niedersachsen eingereicht werden können. Aufgerufen sind alle Menschen der Region, die ihre Dichtkunst einer größeren Öffentlichkeit vorstellen möchten. Fünf von einer Jury ausgewählte Gedichte werden mit einem Buchgutschein in Höhe von jeweils 100 Euro prämiert. Einsendeschluss ist der 15. April. Die TeilnehmerInnen schicken ihre Beiträge in dreifacher Ausfertigung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf an: Thorsten Stelzner, Kirchenwiese 30, 38120 Braunschweig. •

interregio

••• Die ***DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg*** und die VHS Leverkusen laden gemeinsam zu einer ***Lesung*** von Erhard Eppler am 28. März in den Vortragssaal des Leverkusener „Kulturzentrum Forum" ein. Im Anschluss diskutiert Eppler sein neues Buch „Auslaufmodell Staat?" mit dem Leverkusener Oberbürgermeister Ernst Küchler und dem Vorsitzenden der DGB-Region Wolfgang Uellenberg-van Dawen. Beginn der Lesung ist um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. Infos: DGB-Region Köln, Tel. 0221 / 50 00 32 0

••• Der ***DGB Hamburg*** fordert vom Senat der Hansestadt, die durch Hartz IV frei werdenden Haushaltsmittel in ein ***Programm*** für Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu investieren. Statt das „Versprechen der längst überfälligen Förderung" von Arbeitslosen einzulösen, wolle der Senat die Gelder aber mit anderen Sozialausgaben verrechnen, so der DGB. Der Hamburger Haushalt wird durch die Bundesmittel im Rahmen der Einführung von Hartz IV um rund 150 Millionen Euro entlastet. Infos: *www.dgb-hamburg.de*

Berliner Energiegipfel

Erstaunlich viele Gemeinsamkeiten

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will 2007 ein „umfassendes energiepolitisches Gesamtkonzept" vorlegen. Den Startschuss dafür soll der Energiegipfel am 3. April im Bundeskanzleramt geben. Zwischen der schwarz-roten Koalition und den DGB-Gewerkschaften gibt es dabei erstaunlich viele Gemeinsamkeiten.

Das Kabinett hat Mitte März den Statusbericht „Energieversorgung für Deutschland" entgegengenommen, den das Glos-Ministerium und das Umweltministerium von Sigmar Gabriel (SPD) erarbeitet haben. Der Bericht dient der Vorbereitung des Energiegipfels. Vorrangige Gipfelziele sind: Versorgungssicherheit durch einen ausgewogenen Energiemix, tragfähige Strompreise und Klimaschutz. Fehlt eigentlich nur der Aspekt „Beschäftigungssicherung" – schon wären alle gewerkschaftlichen Anforderungen an eine moderne Energiepolitik erfüllt.

Besonders nah sind sich Regierung und DGB in Sachen erneuerbare Energie. Bereits im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 heißt es, der Anteil dieser Energien an der Stromversorgung solle „bis 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis 2020 auf mindestens 20 Prozent" gesteigert werden. Der DGB ermuntert die Regierung, „diese ambitionierten Ziele weiter zu verfolgen", so DGB-Energieexperte Horst Heuter. Denselben Beifall kassieren CDU/CSU und SPD von der Gewerkschaftsseite für ihr Vorhaben, die Energieeffizienz beispielsweise von Gebäuden, Kraftwerken und Energieanlagen bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Auch beim Energiemix und beim Klimaschutz benennt die Koalition aus DGB-Sicht „prinzipiell die richtigen Instrumente".

Dem Thema Atomenergie begegnen ver.di und IG BCE mittlerweile wertfrei. In einem gemeinsamen Papier fordern die beiden Gewerkschaften und die vier Energieversorger EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall Europe „mehr Realismus": Angesichts der international gestiegenen Energiepreise und der zunehmenden Versorgungsrisiken müsse die deutsche Energiepolitik „alle" vorhandenen Optionen offen halten: „Einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden".

Der Atomausstieg wird nicht in Frage gestellt; allerdings betonen die beiden Gewerkschaften und die vier Unternehmen, dass die Kernenergie „erheblich" zum Energiemix beitrage, einen Beitrag zum Klimaschutz leiste und die Zeitachse zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit neuer Energieoptionen „entscheidend" erweitere.

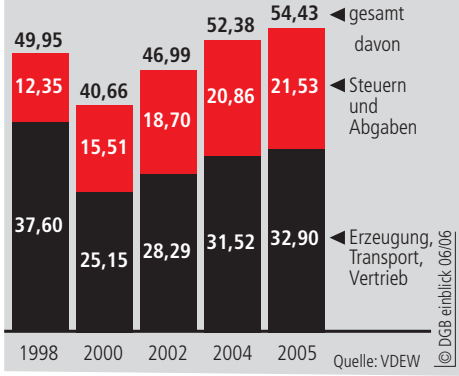
Die Unterscheidung „hier die sauberen, dort die schmutzigen Energien und Arbeitsplätze" sei überholt, sagt Udo Bottländer, Leiter der Bundesfachgruppe Energiewirtschaft von ver.di. Es gebe „keinen idealen Energieträger". Alle hätten Vorteile und alle – bis auf die erneuerbaren Energien – auch Risiken: Kohle ist ausreichend vorhanden und preisstabil, hat aber den höchsten Kohlendioxid-Ausstoß. Erdgas ist flexibel einsetzbar, hat aber geringe Ressourcen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft hat bereits im Mai 2005 – nach zweijähriger Diskussion – ihre „Grundsätze für ein Energiekonzept" verabschiedet. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht", sagt Bottländer. Ver.di pocht besonders darauf, dass die heimischen Energieträger wie Kohle und erneuerbare Energien „Vorrang haben" und alle Energieträger „so effizient wie möglich eingesetzt werden".

Die IG Metall betont ebenfalls die Notwendigkeit steigender Energieeffizienz – und prangert den Investitionsstau im Kraftwerksbau an: Die Energieerzeuger hätten „viel zu lange Investitionsentscheidungen zurückgestellt", kritisiert IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode, sie ließen „längst abgeschriebene Kraftwerke weiterlaufen". In dieselbe Kerbe schlagen die Betriebsräte des Energieanlagenbaus. In einer Erklärung weisen sie darauf hin, dass die Energiewirtschaft Deutschlands „größter Emittent von Treibhausgasen" ist. Der moderne Energieanlagenbau könne dem jedoch abhelfen: Die Kohlekraftwerke hätten einen mittleren Wirkungsgrad von 35 Prozent, Stand der Technik seien aber Wirkungsgrade „von bis zu 45 Prozent". •

Strom wird teurer

Durchschnittliche monatliche Stromkosten eines Drei-Personen-Haushalts mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch (in Euro)



Um mehr als ein Drittel ist der Strompreis seit 2000 gestiegen. Die Stromerzeugung basierte 2005 fast zur Hälfte auf Kohle und zu etwas mehr als einem Viertel auf Kernenergie. Die Erneuerbaren Energien – Sonne, Wind, Wasser, Müll und Biomasse – konnten ihren Anteil auf 10 Prozent (Vorjahr 9,4 Prozent) steigern.

Keine Renaissance

Die Atomkraft wird auf dem Energiegipfel in Berlin keine Rolle spielen. In der Kurzfassung des Statusberichts von Wirtschafts- und Umweltministerium zur Energieversorgung heißt es lapidar: „Nach den Regelungen des Atomgesetzes wird der Beitrag der Kernkraftwerke zur Stromerzeugung bis zum Jahr 2023 auslaufen." Gemeint ist der Energiekonsens von Bundesregierung und Energiekonzernen aus dem Jahr 2000. Danach geht das letzte AKW 2023 vom Netz.

Auch in den Schlussfolgerungen des Statusberichts werden Forderungen nach längeren Laufzeiten nicht aufgegriffen. Es wird lediglich die Frage aufgeworfen, ob es für die auslaufende Stromerzeugung aus Kernenergie „quantitativ ausreichend und wirtschaftlich vertretbar" Ersatz gibt.

Der DGB trägt den Ausstiegsbeschluss nach wie vor mit. Für IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode macht es „keinen Sinn, heute schon wieder über den Ausstieg aus dem Ausstieg zu reden". Längere AKW-Laufzeiten nähmen den Innovationsdruck weg. Sie verhinderten Investitionen in neue Kraftwerke und neue Energieträger. Ver.di mahnt allerdings die vereinbarte Beschäftigungsgarantie an, sie sei „unverzichtbarer Bestandteil" des Atomausstiegs.

kurz&bündig

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters fordert, dass Unternehmen, die ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern, an den gesellschaftlichen Kosten des Arbeitsplatzabbaus beteiligt werden. Die Zusatzprofite müssten besteuert werden.

Die IG BAU schätzt, dass durch das vom Bundestag mit einer breiten Mehrheit beschlossene „Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung" die Arbeitslosigkeit am Bau deutlich reduziert werden kann. Es gebe keinen Grund mehr, wegen des Winters Entlassungen auszusprechen.

TRANSNET hat die von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) geplante Besteuerung von Flugbenzin begrüßt. Dadurch würde der Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern gerechter. Nach Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Partner von TRANSNET in der „Allianz pro Schiene", entgehen dem Staat durch die Bevorzugung des Flugverkehrs jährlich 370 Millionen Euro.

ver.di hat eine Initiative für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags gestartet. Mitte April sollen die Ergebnisse einer breit angelegten Umfrage unter Beschäftigten und WissenschaftlerInnen den Entscheidungsträgern in der Politik präsentiert werden.
www.einzelhandel.verdi.de/ladenschluss

Praktikanten-Aktionstag

Dauerwarteschleife statt Job

Erst Praktikum, dann Job? Die Antwort lautet immer öfter „April, April!". Deshalb ruft die DGB-Jugend am 1. April zum 1. europäischen PraktikantInnen-Aktionstag auf. Zeitgleich wollen an diesem Tag junge Menschen in mehreren europäischen Hauptstädten, darunter Paris, Brüssel und Berlin, gegen ihre schlecht bezahlten Pratikumsstellen protestieren.

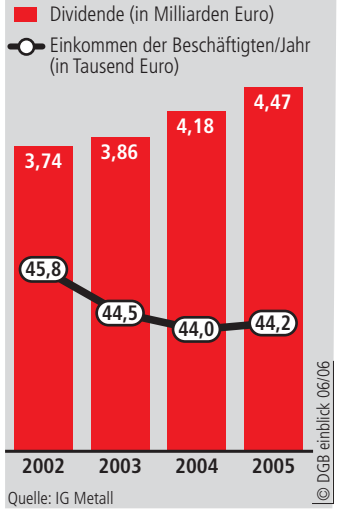
In den letzten Jahren hat die prekäre Beschäftigung von jungen, qualifizierten Menschen stark zugenommen. „Der Einstieg in die Erwerbsarbeit nach dem Studium findet immer mehr über Praktika und nicht über ein reguläres Arbeitsverhältnis statt", kritisiert DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock. Viele Praktikumsplätze würden nur gering vergütet, oft würden keine Sozialbeiträge abgeführt. Das führe dazu, dass die Hochschulabsolventen erst erheblich später eigene Rentenansprüche aufbauen könnten. Zudem hindere die prekäre wirtschaftliche Situation die jungen Menschen, sich für Familie und Kinder zu entscheiden. „Ein Problem, dass die Politik aus ihrem Bewusstsein verdrängt, während sie gleichzeitig die Rente mit 67 propagiert".

Das Symbol der prekär beschäftigten PraktikantInnen sind „weiße Masken". Sie symbolisieren ihren sozial ungesicherten Status und sichern zudem die Anonymität der Betroffenen bei öffentlichen Auftritten. Der Aktionstag beginnt um 12 Uhr am Brandenburger Tor. •

www.dgb-jugend.de

Mehr Geld nur für Aktionäre

Dividende der Aktionäre und Einkommen der Beschäftigten in den DAX-Unternehmen der Metallbranche 2002 – 2005



Der Jahresüberschuss der sieben Metallunternehmen, die an der Börse unter den 30 DAX-Werten gehandelt werden, ist im vergangenen Jahr auf 11,4 Milliarden Euro gestiegen. Darauf hat die IG Metall vor dem Hintergrund der laufenden Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie aufmerksam gemacht. Profitiert haben vom Aufschwung allerdings nur die Aktionäre. Deren Dividende ist in den vergangenen drei Jahren um 19,4 Prozent gestiegen. Das Einkommen der Beschäftigten ist dagegen um 3,5 Prozent gesunken.

Öffentlicher Dienst

Fortbestand der TdL gefährdet

Im Vorfeld der Landtagswahlen am 27. März in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz hat sich der bereits Mitte Februar begonnene Streik im öffentlichen Dienst weiter zugespitzt. Während ver.di in Hamburg und Niedersachen mit den dortigen kommunalen Arbeitgeberverbänden einen Abschluss vereinbaren konnte, bei dem die Arbeitszeit unter 39 Stunden begrenzt bleibt, scheiterten die Verhandlungen in Baden-Württemberg trotz Schlichtung. Und auf der Ebene der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) sind sie festgefahren.

„Die Mehrheit der Arbeitgeber in den Ländern ist an einem Tarifabschluss nicht interessiert", erklärten die Vorsitzenden von ver.di, Frank Bsirske, GdP, Konrad Freiberg, dbb tarifunion, Frank Stöhr, und GEW, Ulrich Thöne, in einer Mitte März bundesweit verteilten Hauswurfzeitung. Vorausgegangen war der Erklärung ein heftiger, öffentlich ausgetragener Streit unter den Arbeitgebern über die Weigerung des niedersächsischen Finanzministers und Verhandlungsführers der Länder, Hartmut Möllring (CDU), mit den Gewerkschaften über die Arbeitszeit der Beschäftigten zu verhandeln. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske schließt zur Lösung des Tarifkonflikts inzwischen einen separaten Abschluss mit den SPD-geführten Bundesländern nicht mehr aus. •

Bildungskampagne

Lehrer für alle

Weltweit wird 100 Millionen Kindern das Recht auf Bildung vorenthalten. Seit sechs Jahren arbeiten NGOs und Gewerkschaften in einer globalen Bildungskampagne zusammen, damit das Milleniumziel der UN, bis 2015 allen Kindern zumindest den Besuch der Grundschule zu ermöglichen, kein leeres Versprechen bleibt. Die diesjährige Aktionswoche der Bildungskampagne vom 24. bis 26. April steht unter dem Motto „Lehrer für alle". Zu den Mitgliedern der Bildungskampagne gehören in Deutschland neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unter anderem die Kindernothilfe, Care International, Oxfam Deutschland sowie World Vision.Schirmherrin der Kampagne ist Gesine Schwan, Präsidentin der Europa Universität Viadrina. •

www.bildungskampagne.org

Preis der Arbeit

Besser wäre eine rostige Kreditkarte

Im Herbst wird das „Forum Zukunftsökonomie" zum ersten Mal Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden, mit dem „Preis der Arbeit" auszeichnen (einblick 20/2005). Besser wäre es, eine „rostige Kreditkarte" für den unsozialsten Manager des Jahres zu verleihen, meint Wolfgang Weinz.

Das hat der Gewerkschaftsbewegung zum Beginn der großen Koalition wirklich gefehlt: der ganz große Wurf, die gewerkschaftliche Lobpreisung verantwortungsvoller Manager! Eine Jury, ein „Preis der Arbeit", eine Trophäe gar – vielleicht das Grundsatzprogramm des DGB auf handgeschöpftem Büttenpapier? Das „Forum Zukunftsökonomie", eine Gründung von *taz, vorwärts,* den Publikationen von Verbraucherinitiative und BUND, sowie von *einblick* und von *ver.di-PUBLIK* wird im Herbst einen Preis für Wirtschaftskapitäne verleihen, „deren unternehmerische Entscheidungen wirtschaftliche, soziale, ökologische, emanzipatorische und demokratische Kriterien in herausragender Weise erfüllen." Da fehlen zumindest noch der Tierschutz und die gleichgeschlechtliche Ehe, möchte man dazwischen rufen, aber sonst eine tolle Sache. Oder handelt es sich doch eher um den **Oscar der Arbeiterbewegung und der kritischen Presse für betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Selbstverständlichkeiten?**

Während mittlerweile erfahrene und kluge Manager um die Legitimation des Kapitalismus besorgt sind und Kenner der Szene wie der Management-Experte Fredmund Malik feststellen: „Eine am Shareholder-Value ausgerichtete Unternehmensführung ist der systematische Weg in den Misserfolg", bemühen sich Teile der Gewerkschaften im Verbund mit NGOs um die **Versöhnung von Stakeholder- und Shareholder-Interessen**.

Wenn Rekordgewinne mit Entlassungen und Kursexplosionen quittiert, Missmanagement mit schamlosen Gehältern honoriert wird, kommt man ja zwangsläufig auf die Idee, verantwortungsvolle Manager zu honorieren – als Minderheitenschutz? Ein fragwürdiger Aufwand für einen modisch und leichtfertig daher gesagten **Rückzug vor dem angelsächsischen Modell, der CSR-Image-Maschine** und dem Verlust von gewerkschaftlicher Gegenmacht und nationalstaatlicher Ordnungskraft.

Wo steht denn geschrieben, dass das europäische Modell, bei allen Schwächen, keine Zukunft hat? Wo ist denn der Beweis geführt, dass das angelsächsische, japanische oder gar chinesische Modell in der Lage ist, existenzielle Bereiche wie das Kranken- und Rentensystem, das Gesundheits- und Bildungswesen auch nur halbwegs zu bedienen?

Sodann wäre nicht zu klagen über den Verlust gewerkschaftlichen Einflusses, sondern nach den Ursachen zu fragen. Dazu gehört ganz sicher die Trägheit und Ignoranz gegenüber den schon länger vorhandenen Problemen außerhalb des rheinischen Kapitalismus und der EU15. Gewiss auch die Arroganz im Angesicht von Unternehmensentwicklungen und -verhalten im Rest der Welt. Und sicherlich auch die Lähmung gewerkschaftlicher Aktivitäten, Mobilisierungskraft, Konflikt- und Kampfbereitschaft durch



Dr. Wolfgang Weinz, 52, ist Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Restaurant-, und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) in Genf.

den in den 80er Jahren von der EU-Kommission eingeführten, sozialen Dialog – die institutionalisierte Schönwetter-Sozialpartnerschaft. **Gegenmacht und Ordungsfaktor sehen anders aus** und sind allemal nicht Sache von administrativen Gremien oder publizistischen Zirkeln.

Wer hat denn gesagt, dass europäische Gewerkschaften nach Jahren der gefährlichen Selbstzufriedenheit und Entpolitisierung nicht in der Lage sind, durch Organisations- und Kampffähigkeit ihre Bedeutung wiederzugewinnen? Die Lage, in der sie sich befinden, ist doch kein Naturereignis. Die Probleme sind von Menschen gemacht, also auch von ihnen lösbar. Das gilt für die WTO-Politik bis zu Hans Eichels Steuerbefreiung für Beteiligungsverkäufe. Hier muss die Gegenwehr ansetzen!

Eines ist sicher, eine Jury, eine Feierstunde für den verantwortungsvollsten Unternehmer geht in die falsche Richtung. Stattdessen sollten Zeit und Energie eingesetzt werden, um deutlich zu machen, was Verantwortungslosigkeit und Inkompetenz von Managern nicht nur in Deutschland und in Europa, sondern in der Welt anrichten. Wie wäre es, statt gewerkschaftlicher Selbstkastration mit einer **„rostigen Kreditkarte" für den unsozialsten und skrupellosesten Manager des Jahres**, ein Ranking der TOP 10 für Deutschland, Europa und die Welt gleich mitgeliefert? •

Preis der Arbeit

Das Thema „gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung" steht auch im Zentrum der zweiten Veranstaltung des „Forum Zukunftsökonomie", die am 27. April ab 19 Uhr in Berlin, in der Vertretung des Landes Bremen, Hiroshimastraße 24 stattfindet.

Auf der Diskussionsveranstaltung werden Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Bettina Schleicher, Präsidentin von Business and Professional Women (BPW) Germany, und Burkhard Remmers, Verantwortlicher für den Bereich Kommunikation + Unternehmensentwicklung des Möbelherstellers Wilkhahn, auf dem Podium vertreten sein. Sie diskutieren über „Unternehmensverantwortung in Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Umweltzerstörung".

forum zukunfts ökonomie

Im „Forum Zukunftsökonomie" kooperieren neben der verdi-Mitgliederzeitung Publik und der taz u.a. die einblick-Redaktion und das BUNDMagazin. Im November wird das Forum zum ersten Mal den „Preis der Arbeit" verleihen. Mehr Infos:

www.preis-der-arbeit.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

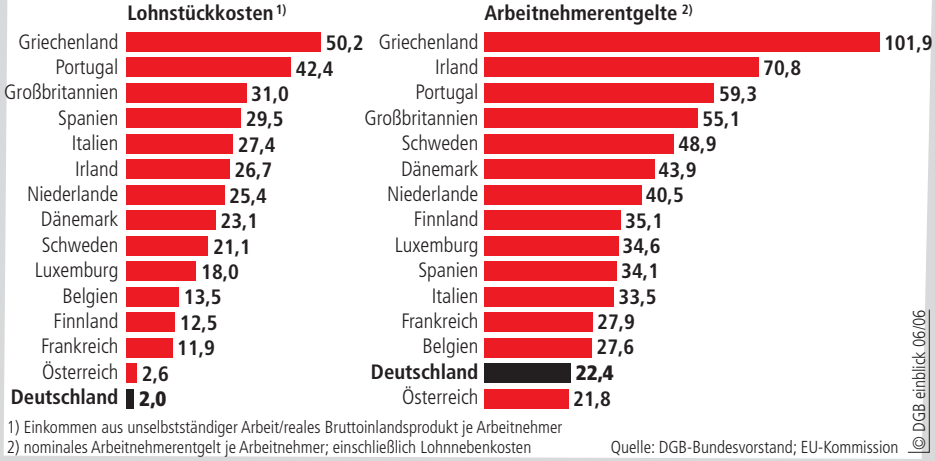
DIES & DAS

die DGB grafik

EINKOMMEN: Arbeitnehmer in Deutschland abgehängt

In Deutschland sind die Lohnstückkosten in den vergangenen zehn Jahren nominal nur um zwei Prozent gestiegen, so wenig wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Bezahlt haben die damit einhergehende nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit die ArbeitnehmerInnen. Deren Einkommen stiegen im gleichen Zeitraum nur um 22,4 Prozent, so wenig wie in fast keinem anderen europäischen Land. Nur in Österreich fiel der Lohnzuwachs mit 21, 8 Prozent noch geringfügig niedriger aus.

Anstieg der nominalen Arbeitnehmerentgelte und der Lohnstückkosten in den westeuropäischen Ländern 1999 bis 2005 (1995 = 100 Prozent)



1) Einkommen aus unselbstständiger Arbeit/reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitnehmer
2) nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer; einschließlich Lohnnebenkosten

Quelle: DGB-Bundesvorstand; EU-Kommission

© DGB einblick 06/06

14 TAGE

30.3. GdP München, Sicherheitsforum „Fußball WM 2006", München

30./31.3. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Geschlechterdemokratie im Betrieb: Gleiche Verhältnisse – gleiche Chancen?", Berlin

30./31.3. Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann-Stiftung, Potsdamer Forum „Die produktive Verwaltung – Konzepte für einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst", Potsdam

31.3. Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Diskussion „Quo vadis europäische Verfassung?", Berlin

8.4. DGB Ostsachsen und Koordinierungskreis Bürgerfest, „Bautzen ist bunt", Bürgerfest gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch, Bautzen

personalien

••• ***Gerd Köhler,*** 61, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für Hochschul- und Forschungspolitik, ist am 11. März aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Er gehörte dem Vorstand seit 1980 an.

••• ***Sandra Temmen***, 35, Frauenbeauftragte des Bereitschaftspolizeipräsidiums Hessen, ist am 20. März zur Bundesfrauenvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewählt worden.

Tipp

Broschüre: Karl Lauschke, Mehr Demokratie wagen. Die Entstehung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2006, 110 Seiten, (ergänzender Dokumentenband 138 Seiten) jeweils 19,90 Euro

Bis zum Herbst will die vom früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) geleitete Mitbestimmungskommission Vorschläge erarbeiten, wie die Mitbestimmung europatauglich weiterentwickelt werden kann. Bereits von 1968 bis 1970 stand Biedenkopf, damals Rektor der Ruhr-Universität Bochum, an der Spitze einer von der ersten großen Koalition berufenen Mitbestimmungskommission. Deren Vorschläge bildeten die Grundlage für das nach mehrjährigen, heftigen innenpolitischen Kontroversen schließlich von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedete Mitbestimmungsgesetz 1976.

In seiner zweibändigen Dokumentation zeichnet der Historiker Karl Lauschke dessen Entstehungsgeschichte nach. Er berichtet detailliert über die innerparteilichen Kontroversen, den Widerstand der Arbeitgeber und die hochgesteckten Erwartungen der Gewerkschaften, die das Gesetz als nicht weitgehend genug ablehnten.

Schlusspunkt

„Weihnachtsfeier bleibt Dienst – bis der Chef geht"

Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 15. März über ein Urteil des Sozialgerichts Frankfurt/M., nach dem auch bei stärkerem Alkoholgenuss der betriebliche Unfallschutz bei Weihnachtsfeiern greift, so lange der Chef anwesend ist.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030 / 81 45 93-11, Fax 030 / 81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.04.2006 7/06

DGB

inhalt

Seite 3
Abstieg in die zweite Liga
Bei der Rente drohen dramatische Einbrüche – ein Konzept, wie sie armutsfest gestaltet werden kann, fehlt der Politik

Seite 5
Tarifverträge ohne Mitglieder
Auch nach dem BAG-Urteil bleibt die Christliche Gewerkschaft Metall eine ohnmächtige Organisation

Seite 7
Die Macht der (mittelmäßigen) Eliten
Der ehemalige Kanzlerberater Albrecht Müller über die verborgenen Netzwerke der Reformprotagonisten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft

Ausbildungsinitiative des DGB

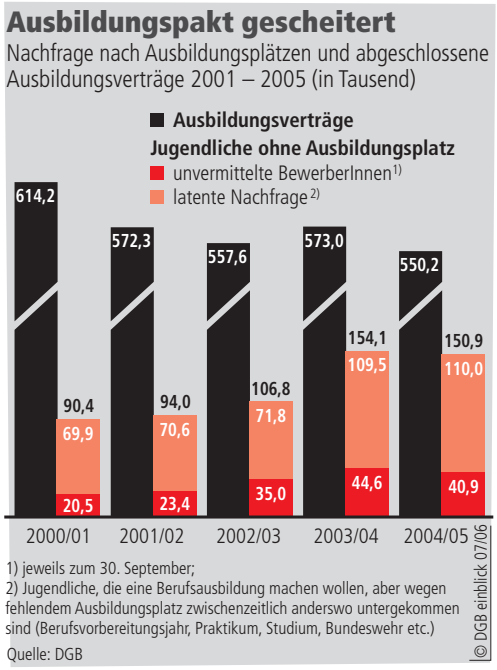
Ausbildung statt Warteschleifen

Allen Versprechungen zum Trotz: Der zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt ist gescheitert. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze erneut um 2,2 Prozent gesunken, das belegen Ende März vom Statistischen Bundesamt präsentierte Zahlen.

Damit setzt sich der seit 2000 vorherrschende Negativtrend fort: Während die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent gesunken ist, stieg die Zahl der Schulabgänger um drei Prozent. Die Konsequenz: Inzwischen findet nicht einmal jeder zweite Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Vielen bleibt als Alternative zur Arbeitslosigkeit nur eine Warteschleife in der Schule, die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme oder der Übergang ins Arbeitsleben ohne Berufsausbildung.

Die Rechnung dafür zahlen nicht nur die Jugendlichen, denen ein Einstieg ins Berufsleben verwehrt wird, sondern die Gesellschaft insgesamt. Nach Berechnungen des DGB müssen die Bundesagentur für Arbeit und die Länder allein für berufsvorbereitende Maßnahmen pro Jahr eine Milliarde Euro aufbringen. „Statt in Warteschleifen zu investieren, und damit die Lebenszeit junger Menschen zu vergeuden, muss die betriebliche Ausbildung gefördert werden, fordert DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock. So könnten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gefördert werden, die im Verbund mit anderen Betrieben ausbilden. Der Vorschlag ist Teil der ebenfalls Ende März präsentierten „Ausbildungsinitiative" des DGB. Darin sind Vorschläge gebündelt, wie die Ausbildungsplatzsituation mittelfristig verbessert werden kann.

Zu den Forderungen des DGB gehört auch die Einführung einer „kleinen Umlage", mit der die von den Kammern erhobenen Prüfungsgebühren von bis zu 600 Euro pro Auszubildendem auf alle Betriebe umgelegt werden. Zudem müssten Betriebe, die ausbilden, besser begleitet werden. „Wer Betriebe besser unterstützt, muss nicht Jahr für Jahr viel Kraft aufwenden, um Ersatz zu finden für die Betriebe, die sich aus der Ausbildung verabschiedet haben", so Sehrbrock. •



Der Ausbildungsplatzmangel nimmt immer dramatischere Formen an: Während die Zahl der Ausbildungsverträge in den vergangenen fünf Jahren um über 60 000 gesunken ist, hat sich die Zahl der unvermittelten BewerberInnen verdoppelt, auf 40 900. Nimmt man die jungen Menschen hinzu, die nach der Schule eine Berufsausbildung beginnen wollen, mangels Ausbildungsplatz aber in Nischen ausgewichen sind, liegt die Zahl der unversorgten Jugendlichen sogar bei über 150 000.

plusminusBERLIN

+ ***Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat die niedrige Geburtenrate als „Dilemma der Männer" charakterisiert. Dass deren Pflichten im Beruf kaum Platz für Kinder lassen, zeige, dass es die Gesellschaft „nicht ernst meint mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie".***

– ***Gerd Andres (SPD), parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, meint, Praktikanten seien selbst schuld, wenn sie der Not gehorchend umsonst arbeiten. „Wenn Sie das machen wollen, machen Sie es doch!" erklärte Andres in der RBB-Sendung Kontraste.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.cnh-berlin.de
Streik-Site der von Schließung bedrohten Fiat-Tochter CNH in Berlin

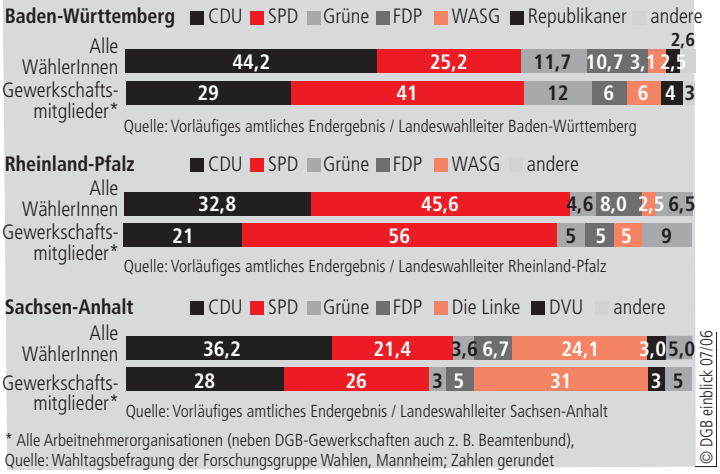
Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Hände weg vom Kündigungsschutz! Resolution des DGB-Bundesvorstandes

Noch nie war die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen so gering. In Rheinland-Pfalz machten nur 58,2 Prozent der Berechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch (ein Minus von 3,9 % gegenüber 2001), in Baden-Württemberg 53,4 Prozent (minus 9,2 %), in Sachsen-Anhalt 44,4 Prozent (minus 12 % gegenüber 2002). Die Veränderungen im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder sind geringfügig. Während 2001 in Baden-Württemberg 44 Prozent von ihnen für die SPD stimmten, waren es diesmal 41 Prozent (CDU: 2001 – 35 %, 2006 – 29 %). In Rheinland-Pfalz hat die SPD mit 56 Prozent ihren Stimmenanteil bei den GewerkschafterInnen gegenüber der letzten Wahl (57 %) gehalten, die CDU hat mit 21 Prozent gegenüber 2001 vier Prozentpunkte eingebüßt. In Sachsen-Anhalt hat die Linke/PDS mit 31 Prozent nun auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern die SPD (26 %) überholt (2002 – PDS: 26 %, SPD: 27 %). Die WASG wählten in Baden-Württemberg 6 Prozent der GewerkschafterInnen, in Rheinland-Pfalz 5 Prozent.

Differenziertes Bild bei GewerkschafterInnen

Stimmenanteile bei den Landtagswahlen vom 26. März 2006 (in Prozent)

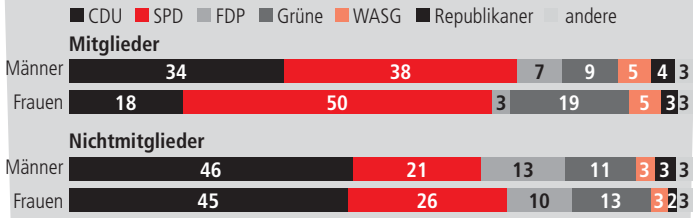


* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund), Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Zahlen gerundet

© DGB einblick 07/06

Frauen wählen anders

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Zahlen gerundet

© DGB einblick 07/06

Selten klafft das Wahlverhalten von Frauen und Männern so auseinander wie bei den Gewerkschaftsmitgliedern in Baden-Württemberg. Gerade mal 38 Prozent der Männer wählten die SPD, dagegen votierten knapp 50 Prozent der Gewerkschafterinnen für die SPD, die im Ländle mit der Spitzenkandidatin Ute Vogt antrat. Auch der Stimmenanteil der Grünen ist bei ihnen mit 19 Prozent deutlich höher als bei ihren Kollegen (9 %). Weniger signifikant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten bei den Nichtmitgliedern. Während 26 Prozent der Frauen für die SPD stimmten, waren es nur 21 Prozent der Männer.

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Rentenversicherung

Abstieg in die zweite Liga

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beginnt die Zeit der Grausamkeiten. Nicht nur in der Gesundheitspolitik müssen sich die BürgerInnen auf zusätzliche Belastungen einstellen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) inzwischen in aller Offenheit angekündigt hat, sondern auch bei der Rente.

Die Menschen seien in Deutschland im Alter „gut versorgt", hatte Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) noch Anfang März bei der Vorstellung des Rentenberichts 2005 der Bundesregierung erklärt, „sie werden es auch in Zukunft sein". Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Bis 2030 wird das durchschnittliche Bruttorentenniveau von 48,2 auf 39 Prozent des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens sinken. Zudem unterliegen die Renten in Zukunft vollständig der Steuerpflicht.

Dass Müntefering dennoch von einer soliden Absicherung für das Alter spricht, liegt an der verschleiernden Darstellung des Rentenberichts der Bundesregierung. Dort werden die Einbrüche beim Niveau der gesetzlichen Rente mit wachsenden Ansprüchen der BürgerInnen aus der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge verrechnet. Ob die ArbeitnehmerInnen aber tatsächlich, wie von der Bundesregierung unterstellt, alle „riestern", also vier Prozent ihres Einkommens für die Altersvorsorge auf die hohe Kante legen, darf bezweifelt werden. Das gilt ebenso für die Vermutung des Arbeitsministers, dass die Einkommenszuwächse, die den BürgerInnen in den kommenden Jahren durch die schrittweise Steuerbefreiung der Rentenbeiträge zufließen, zu hundert Prozent zur privaten Altervorsorge genutzt werden.

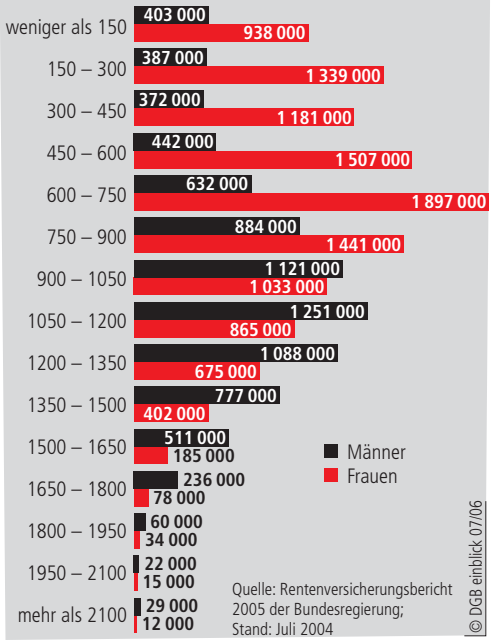
Vor allem für Geringverdiener und für die wachsende Zahl der nur sporadisch beschäftigten Menschen rechnet sich die private Vorsorge kaum. Sie werden sich auf ein Rentenniveau einstellen müssen, das auch nach jahrzehntelanger Arbeit kaum über dem Grundsicherungsniveau liegt. Rentenexperten wie der Frankfurter Sozialökonom Dietmar Döring warnen schon seit langem, Deutschland stehe bei der Altersicherung vor dem „Abstieg in die zweite Liga". Der von der Politik unterstellte Normalrentner, der 45 Jahre lang sozialversicherungspflichtig arbeitet und dabei im Durchschnitt aller ArbeitnehmerInnen verdient, sei wirklichkeitsfremd. Realistisch seien allenfalls 40 Versicherungsjahre. Wer heute 35 Jahre alt ist, könne nur noch von einem Rentenniveau von 34 Prozent des Durchschnittseinkommens ausgehen.

Der DGB warnt deshalb massiv vor weiteren Eingriffen in das Rentensystem. „Die gesetzliche Rente muss auch in Zukunft bei Versicherten, die ihr Leben lang gearbeitet haben, wesentlich zur Sicherung des Lebensstandards beitragen", fordert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Zudem müsse die Rentenversicherung als stärkste Säule der Alterssicherung armutsfest sein. Dazu bedarf es nach Ansicht des DGB eines „stärkeren sozialen Ausgleichs für Geringverdiener und für Arbeitslose". „Nur wenn für Arbeitnehmer mit langen Versicherungsbiografien die gesetzliche Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung liegt, wird die Politik die Menschen dazu motivieren können, zusätzlich privat vorzusorgen."

Bestätigt sieht sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende in ihrer Forderung nach einer armutsfesten Ausgestaltung des Rentensystems durch Untersuchungen zu dessen Akzeptanz. Sie hängt von drei Bedingungen ab: Erstens müssen die Versicherten sicher gehen können, dass die Summe ihrer Rentenzahlungen im Schnitt größer ist als die Summe der eingezahlten Beiträge. Zweitens müssen diejenigen, die mehr in das Rentensystem einzahlen als andere, auch mehr an Leistung erhalten. Und schließlich muss der Rentenanspruch, den der Einzelne durch seine Beitragszahlungen erwirbt, höher sein als die Leistung, die er auch ohne Rentenzahlungen als Grundsicherung erhalten würde. •

Vorsorge lohnt nicht immer

Renteneinkommen der heutigen Rentenbezieher (in Euro)



Quelle: Rentenversicherungsbericht 2005 der Bundesregierung; Stand: Juli 2004

© DGB einblick 07/06

Ein Viertel der heute 20 Millionen RentnerInnen erhält eine Rente, die unterhalb des Grundsicherungsniveaus von 345 Euro/Monat plus Miete liegt. Zwei Drittel davon sind Frauen. Dass sich angesichts der bereits beschlossenen Rentenkürzungen eine private Altersvorsorge für Geringverdiener lohnt, um später trotz Sparleistung nicht unterhalb des Grundsicherungsniveaus zu rutschen, ist nicht sicher gestellt.

Rente armutsfest gestalten

Weil das Niveau der staatlichen Rente in den kommenden Jahren massiv sinken wird, wird der armutsfeste Umbau des Rentensystems immer wichtiger. Auch Beschäftigte mit niedrigen Einkommen müssen die Chance haben, durch ihre Arbeit ein Alterssicherungsniveau zu erwerben, das oberhalb der Armutsschwelle liegt.

Sozialexperten wie Reinhold Thiede, Leiter des Referats für Entwicklungsfragen der Sozialen Sicherheit bei der Deutschen Rentenversicherung, diskutieren deshalb bereits seit längerem über die Einführung von Gewichtungsfaktoren in der Rentenversicherung. Thiede hält es zum Beispiel für denkbar, dass die individuellen Rentenentgelte in den ersten zehn Berufsjahren um 100 Prozent aufgewertet werden.

Die Grenze, ab der der erworbene Rentenanspruch das Sozialhilfeniveau übersteigt, würde dadurch für Durchschnittsverdiener bereits nach 16 statt nach 26 Jahren erreicht. Diskutiert wird auch über die Einführung flexibler Anwartschaften, mit deren Hilfe bestimmte Arbeitsjahre höher bewertet werden, und über die Einführung eines Sockelrentenmodells.

PROJEKTE UND PARTNER

Wettbewerb

Im Netz gegen Rechts



Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" hat einen Wettbewerb für Materialien gegen Rechts ausgeschrieben. Der Trägerverein der „Gelben Hand" sucht Online-Ideen gegen Rechts und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt. Die Gelbe Hand mit dem Aufdruck „Mach meinen Kumpel nicht an!" war 1985 von der Gewerkschaftsjugend und dem DGB-Jugendmagazin *'ran* ins Leben gerufen worden. Die Wettbewerbsbeiträge sollen Berufsschulklassen und Ausbildungsbetriebe ermuntern, gegen Rechts aktiv zu werden. Es winken Sach- und Geldpreise im Wert von bis zu 1000 Euro.

Der Verein hat zwei Broschüren herausgegeben, die gedruckt oder als Internet-Download Hilfestellung für Interessierte geben. Die Broschüre „Hilfestellung bei der Entwicklung von Online-Materialien im Rahmen des Wettbewerbs ‚Im Netz gegen Rechts'" bietet allgemeine Hinweise für Projekte an Berufsschulen und Betrieben und gibt Anregungen für deren mediale Umsetzung.

„Im Netz gegen Rechts – Arbeitswelt aktiv – Beispiele aus der Praxis" stellt die Projekte vor, die beim Wettbewerb 2005 ausgezeichnet wurden. Dokumentiert werden eine Vielzahl unterschiedlicher Materialien wie Broschüren, Plakate und vor allem Webseiten. •

www.gelbehand.de

Gesundheitsförderung

Eingliederung statt Entlassung

Das DGB-Bildungswerk veranstaltet vom 25. bis 28. Juni im DGB-Bildungszentrum Starnberger See seinen 10. Workshop zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Im Zentrum steht das Thema „Eingliederung statt Entlassung – ein betriebliches Eingliederungsmanagement aufbauen". Der Workshop beschäftigt sich mit hohen Belastungen am Arbeitsplatz, gesundheitlichen Problemen und arbeitsbedingten Erkrankungen, die häufig auch zu Behinderungen führen. Es geht vor allem darum, mit Prävention, Rehabilitation und Eingliederung auf diese Faktoren zu reagieren. •



www.dgb-bildungswerk.de

ver.di-Veranstaltung

4. Potsdamer Forum

Die öffentlichen Verwaltungen sollen moderner, effizienter und wirtschaftlicher werden; ein Dauerthema seit vielen Jahren. Beim 4. Potsdamer Forum, das vom 30. bis 31. Mai stattfindet, geht es um „Die produktive Verwaltung – Konzepte für einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst". Die Veranstaltung richtet sich an Leitungskräfte in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen und wird von ver.di gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung sowie der Hans-Böckler-Stiftung angeboten. In den Vorträgen und Workshops des Forums werden u.a. Themen wie betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Mitarbeiterführung und Deregulierung als Chance behandelt. Veranstaltungsort ist das Seminaris Seehotel in Potsdam; die Teilnahmegebühr beträgt für ver.di-Mitglieder 170 Euro, für Nichtmitglieder 220 Euro. •

www.verdi.de/potsdamer-forum

Sommerakademie

Wirtschaft kompakt

Der Begriff Globalisierung ist längst zur Chiffre für die ökonomischen Übel der Welt geworden. Bei der diesjährigen Kasseler Sommerakademie soll genauer untersucht werden, was sich hinter diesem Schlagwort verbirgt. Fünf Tage lang, vom 4. bis 8. September, haben die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, sich mit den bestehenden Bedingungen der Weltwirtschaft wie auch mit Alternativkonzepten zu befassen. Die Sommerakademie wird von der Universität Kassel in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Hans-Böckler-Stiftung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar veranstaltet. Interessenten können sich bis zum 7. Juli unter *sommerakademie@uni-kassel.de* um die Teilnahme bewerben; die Teilnahmegebühren betragen 90 Euro inklusive Unterbringung, Verpflegung und Unterrichtsmaterialien. •

scherrer@uni-kassel.de
gcaglar@uni-kassel.de

Fachkongress

„dieMit"

Erstmals findet im Herbst ein Fachkongress mit Messe zum Thema Mitbestimmung statt. Vom 12. bis zum 14. Oktober werden in Bremen Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Frauenbeauftragte Gelegenheit haben, sich ausgiebig zu informieren: über die europäische Dimension der betrieblichen Mitbestimmung ebenso wie über die aktive Gleichstellungspolitik von Betriebsräten, über die Arbeitsgestaltung in Pflegeberufen und viele weitere Themen. Der Fachkongress unter dem Kurztitel „dieMit" wird von der Arbeitnehmerkammer Bremen und ver.di-innotec veranstaltet sowie vom DGB, von ver.di, der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung aktiv begleitet. Die Tageskarte kostet im Vorverkauf 87 Euro, die Dauerkarte 232 Euro. •

www.dieMit.de

interregio

••• Auf Einladung des Nord-Süd-Netzes des ***DGB Bildungswerks*** machen vier Vertreterinnen der kolumbianischen Blumenarbeitergewerkschaft „Untraflores" vom 25. April bis zum 5. Mai eine ***Informationsreise*** durch acht deutsche Städte. Die Gewerkschafterinnen wollen auf Veranstaltungen von den „ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen" für weibliche Beschäftigte auf Kolumbiens Blumenplantagen berichten und deutsche Verbraucher für das Thema sensibilisieren. Kolumbien ist nach den Niederlanden der zweitgrößte Blumenexporteur weltweit. Veranstaltungstermine und Infos: *www.nord-sued-netz.de*

••• Der ***DGB Bezirk Berlin-Brandenburg*** und die ***DGB-Region Bremen-Bremerhaven*** öffnen ihre Gewerkschaftshäuser im April und Mai für ***Kunstausstellungen.*** Im Berliner DGB-Haus an der Keithstraße sind vom 25. April bis zum 16. Mai Bilder, Skulpturen und Videoinstallationen der drei KünstlerInnen Mira Bergmüller, Gabriel Heimler und Leila Pazooki zu sehen. Der DGB Bremen zeigt vom 1. bis zum 28. April im Gewerkschaftshaus am Bahnhofsplatz „Stadtbilder" des Malers Alexander Brandmeyer aus Havanna, Murmansk, Neapel und Bremen. Der Eintritt ist bei beiden Ausstellungen frei.

BAG-Urteil zur Christlichen Gewerkschaft Metall

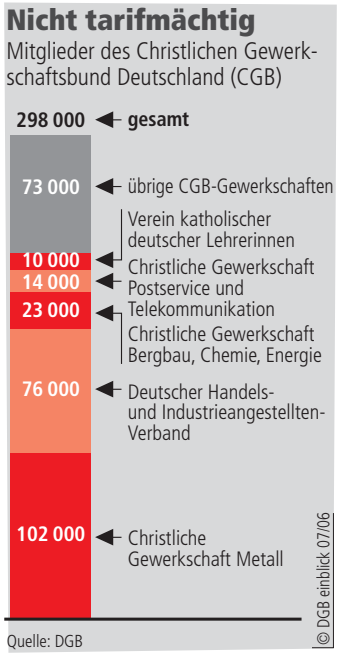
Tarifverträge ohne Mitglieder

Können Gewerkschaften auch Tarifverträge für Bereiche abschließen, in denen sie keine Mitglieder haben? In einem Ende März ergangenen Grundsatzurteil zur Tariffähigkeit der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) diese Möglichkeit zumindest nicht ausgeschlossen.

Ob eine Organisation eine Gewerkschaft ist, hängt nach Ansicht der BAG-Richter nur davon ab, ob sie Tarifverträge abschließt, und nicht von ihrer Tarifmächtigkeit, also der Fähigkeit, die Interessen der Beschäftigten notfalls auch in einem Konflikt mit den Arbeitgebern durchsetzen zu können. Zwar seien höchstens zwei Prozent der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie und im Metallhandwerk in der CGM organisiert, aber die CGM habe durch den Abschluss von 3000 Anschlusstarifverträgen – gemeint sind damit Übernahmen von zuvor von der IG Metall ausgehandelten Tarifverträgen – sowie 500 eigenständigen Tarifverträgen „hinreichend unter Beweis gestellt, dass sie von der Arbeitgeberseite ernst genommen wird".

Dass die CGM in ihren Tarifverträgen häufig lediglich Arbeitgeberforderungen als Tarifstandard festschreibt, ließ das Gericht außen vor. Für die Annahme, es handele sich um Gefälligkeitsvereinbarungen, gebe es „keine Anhaltspunkte". Auch der Umstand, „dass die CGM möglicherweise nicht überall in den von ihr regional und fachlich beanspruchten Zuständigkeitsbereichen durchsetzungsmächtig ist", stehe ihrer Tariffähigkeit nicht entgegen.

Vorausgegangen war der Entscheidung, die die bisherige Rechtsprechung des BAG auf den Kopf stellt, ein mehrjähriger Rechtsstreit. Um die Einführung von Dumpinglöhnen durch Gefälligkeitstarifverträge für die Arbeitgeber zu verhindern, hatte die IG Metall die Tariffähigkeit der CGM mit juristischen Mitteln in Frage gestellt. Anlass waren mehrere von der CGM abgeschlossene Tarifverträge für Betriebe, in denen die CGM zum Teil überhaupt nicht vertreten ist, wie zum Beispiel beim Kabelhersteller Nexans. Dessen Geschäftsführung hatte versucht, die im Vergleich zum IG Metall-Tarif schlechteren Arbeitsbedingungen des CGM-Vertrags auch gegenüber IG Metall-Mitgliedern durchzusetzen, war aber an deren Widerstand gescheitert *(einblick 20/2005)*. In anderen Tarifgebieten, in denen die IG Metall weniger stark aufgestellt ist, wie zum Beispiel im Handwerk in Ostdeutschland, ist es den Arbeitgebern allerdings gelungen, den niedrigeren CGM-Standard über einzelvetragliche Vereinbarungen zum Teil auch auf die IG Metall-Mitglieder zu übertragen.



16 Organisationen sind im arbeitgeberfreundlichen Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschland (CGB) zusammengeschlossen, vom Arbeitnehmerverband deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter bis zum Verband Deutscher Techniker. Der größte Teil von ihnen hat nur wenige Mitglieder und verfügt kaum über eigenes Personal. Ihnen fehlen die Voraussetzungen, um die Interessen der Beschäftigten in Tarifauseinandersetzungen durchzusetzen.

Für die IG Metall ist die CGM keine Gewerkschaft, sondern der verlängerte Arm der Arbeitgeber. Was das für die Beschäftigten heißt, hat die IG Metall bereits im vergangenen Jahr in einer Broschüre unter dem Titel „Sie können nur billig. Christliche Gewerkschaften und wie sie Arbeitnehmerinteressen verkaufen" dokumentiert. Durch das Urteil ändere sich für die IG Metall-Mitglieder nichts, weil die Wirksamkeit der von der IG Metall vereinbarten Tarifverträge nicht eingeschränkt werde, betont die IG Metall in einer ersten Stellungnahme. Die CGM bleibe auch nach dem Urteil „eine ohnmächtige Organisation", die nicht in der Lage ist, „eigene tarifpolitische Vorstellungen ernsthaft mit den Arbeitgebern zu verhandeln und durchzusetzen".

Ableger des CGB gibt es auch im Organisationsbereich anderer DGB-Gewerkschaften, zum Teil sind die Namen sogar unmittelbar der entsprechenden DGB-Gewerkschaft entlehnt, wie bei der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen oder der Christlichen Gewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie. Allerdings ist die Mitgliederzahl des CGB gering, verbunden mit einer noch geringeren Tarifmächtigkeit. Trotzdem hat der CGB in den vergangenen Jahren in Randbereichen zum Teil einzelne Tarifverträge abgeschlossen, zum Beispiel in kleineren Chemiefirmen.

Nach dem BAG-Urteil wollen die DGB-Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit dem CGB auf der politischen Ebene führen. Das wichtigste Argument: ArbeitnehmerInnen, die die christlichen Gewerkschaften unterstützen, schaden sich selbst, weil sie der Einführung niedrigerer Löhne Tür und Tor öffnen. •

Keine Konkurrenz, aber ein Ärgernis

Für den DGB sind die christlichen Gewerkschaften keine Konkurrenz, sondern „ein Ärgernis", weil ihre Abkommen „das wirkliche Tarifgeschäft erschweren", so IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode. Laut DGB-Vorstand Dietmar Hexel haben sie sich in Tarifverhandlungen bislang als „Unterbietungsverein" präsentiert, „nicht als echte Gewerkschaft".

Anders ist das bei den berufsständischen Fachgewerkschaften, die keinem Dachverband angehören und vor allem die Interessen besser bezahlter Arbeitnehmergruppen vertreten, wie zum Beispiel die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Ärzteorganisation Marburger Bund. Sie versuchen zum Teil, ihre Tarifforderungen auch zu Lasten anderer Beschäftigter durchzusetzen und stehen damit in direkter Konkurrenz zum DGB.

Hinzu kommen die Mitgliedsorganisationen der dbb tarifunion. Bei der Mitgliedergewinnung stehen sie ebenfalls in Konkurrenz zu den DGB-Gewerkschaften, vor allem im Bildungssektor, bei der öffentlichen Verwaltung, der Bahn und der Polizei. In der Tarifpolitik haben sich in den vergangenen Jahren allerdings zwischen DGB und Beamtenbund neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt – damit aus der Konkurrenz um Mitglieder kein Wettbewerb um niedrige Löhne wird.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Anlässlich der aktuellen Debatte um Gewalt an Hauptschulen hat die GEW ein Sieben-Punkte-Programm vorgelegt. Darin fordert die Gewerkschaft eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und eine spezielle „interkulturelle Ausbildung" für alle LehrerInnen und PädagogInnen.

Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) fordern von der Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für die tarifliche Altersvorsorge. Erworbene Guthaben müssten bei einem Betriebswechsel problemloser übertragen werden können.

Die GdP fordert, MitarbeiterInnen des Zolls in die Sicherheitsplanungen zur Fußball-WM einzubeziehen. Der Zoll könne vermehrt Grenzkontrollen übernehmen, damit Einsatzkräfte der Bundespolizei während der WM für andere Aufgaben frei würden. Diese Lösung sei im Gegensatz zum diskutierten Bundeswehreinsatz verfassungskonform.

TRANSNET will mit einer Kampagne auf die Gefahren einer Trennung des DB-Konzerns vom Schienennetz aufmerksam machen. Dadurch seien zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr. Unter dem Motto „Schütze deine Bahn" soll deshalb die bislang „technisch geführte Diskussion in die Herzen der Menschen" getragen werden.

Betriebsratswahlen 2006

Erste Erfolge

Vor allem in mittleren und großen Betrieben sei die Wahlbeteiligung hoch, meldete die Arbeitskammer Saarland drei Wochen nach Beginn der regulären Betriebsratswahlen 2006. So beteiligten sich etwa bei Saarstahl in Burbach 98 Prozent der Belegschaft an der Wahl. Anfang April ist es noch zu früh, verlässliche Trendaussagen zu machen. Erste Ergebnisse aus der Metall- oder Chemiebranche zeigen aber, dass die Gewerkschaftslisten in vielen Betrieben Erfolge verbuchen können – ganz im Sinne der Betriebsratswahlkampagne von DGB und Gewerkschaften. Ihr Ziel ist es, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, den Anteil der gewerkschaftlich Aktiven in den Gremien zu steigern und neue Betriebsräte zu gründen.

Auch Letzteres scheint aufzugehen. Bei der Hotline zur Kampagne


punktB
Besser mit Betriebsrat

wie auch bei DGB und Gewerkschaften vor Ort suchen immer mehr Beschäftigte Unterstützung, weil sie einen Betriebsrat gründen wollen. Etwa in Bremen – angeregt durch die Lektüre der ersten Ausgabe von *punktB,* der Aktionszeitung zur Kampagne, wird es dort bald eine Neugründung in einer Bäckerei geben.

Anfang April ist die zweite Ausgabe von *punktB* mit einer Bundesausgabe und neun Regionalausgaben erschienen. In der Zeitung berichten nicht nur zahlreiche Betriebsräte über ihre Arbeit, sondern auch Arbeitgebervertreter erklären, weshalb durch Mitbestimmung auch Unternehmen nur gewinnen können. •

Alle Ausgaben von punktB zum Download: www.einblick.dgb.de

1. Mai

Würde als Maßstab

Die DGB-Kundgebungen zum 1. Mai stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Deine Würde ist unser Maßstab". Im Aufruf des DGB zum „Tag der Arbeit" setzen sich die Gewerkschaften für Chancengleichheit in Gesellschaft und Arbeitswelt ein. Der Sozialstaat dürfe „zunehmende würdelose Arbeits- und Lebensbedingungen" nicht hinnehmen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in Wolfsburg reden, DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer spricht in Essen. Die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften reden in München (Jürgen Peters, IG Metall), Berlin (Frank Bsirske, ver.di), Regensburg (Klaus Wiesehügel, IG BAU), Würzburg (Franz-Josef Möllenberg, NGG), Frankfurt am Main (Norbert Hansen, TRANSNET), Stuttgart (Ulrich Thöne, GEW) sowie in Osnabrück und Ibbenbüren (Hubertus Schmoldt, IG BCE). •

LabourNet

Schaden kaum gut zu machen

Die Bochumer Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungsverfahren gegen das gewerkschaftsnahe Internetportal LabourNet *(einblick 2/06)* offiziell eingestellt. Im Gefolge nächtlicher Durchsuchungen hatte die Staatsanwaltschaft ohne Rücksicht auf Pressefreiheit und Arbeitsmöglichkeiten der Redaktion im Januar technische Geräte und alle verfügbaren Datenträger beschlagnahmt. Die verantwortliche Redakteurin Mag Wompel, die von der Durchsuchung in ihrem Urlaub überrascht wurde, hatte gegen die Hausdurchsuchung und Beschlagnahme Beschwerde eingelegt. Das Landgericht Bochum gab ihr Recht und stellte fest: „Die Beschuldigte ist durch den Beschluss und dessen Vollzug möglicherweise in ihrem Grundrecht aus Artikel 5 GG, mit Sicherheit aber in ihren Grundrechten aus Art. 2, GG verletzt worden."

Die Angriffe der Justiz auf die Arbeitsmöglichkeiten von LabourNet führten zu einer Vielzahl überregionaler und internationaler Proteste. So stellte das Komitee für Grundrechte und Demokratie unter anderem fest: „Aufgrund eines vagen Verdachts gegen Journalisten berufsschädigend vorzugehen, verstößt gegen mehrere Grundrechte: das Grundrecht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (Art. 5 GG) an erster Stelle. Das maßlose Vorgehen (…) ohne einen annähernd geprüften und fundierten Verdacht ist skandalös." LabourNet lässt nun prüfen, in welchem Umfang die Justiz schadensersatzpflichtig ist. •

http://www.labournet.de/ueberuns/beschlagnahme/index.html

in eigener Sache

Am 1. April hat die *einblick*-Redaktion personelle Unterstützung erhalten: **Timm Schneider,** 25, ist der erste Redaktionsvolontär in der Geschichte des *einblick*-Verlags. Den *einblick*-LeserInnen sind die Meldungen von Timm Schneider, der gerade sein Studium in Geschichte, Politologie und Medienwissenschaften an der Universität Düsseldorf abgeschlossen hat, nicht unbekannt: Er gehört bereits seit 1999 als freier Mitarbeiter zum *einblick*-Team.



Reformdebatte

Über die (mittelmäßigen) Eliten

Die Eliten aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Publizistik haben uns unablässig eingeredet, das Land stehe vor dem Ruin. Albrecht Müller, Ex-Berater von Willy Brandt und Helmut Schmidt und Autor des Bestsellers „Reformlüge", nimmt in seinem neuen Buch „Machtwahn" die Führungselite ins Visir.

Das Exposé zu „Machtwahn" habe ich am 15. August letzten Jahres formuliert. Die wichtigste dort formulierte Vermutung ist leider immer noch aktuell. Vielleicht, so denke ich, leiden wir nicht unter Reformstau, Sozialstaat, angeblich zu hohen Löhnen und Gewerkschaften, vielleicht liegt unsere Misere daran, dass wir besonders schlechte Eliten haben, **dass sich bei uns das Mittelmaß durchgesetzt hat,** sich gegenseitig stützt und zur Erhaltung der gewonnenen Macht auf Gleichschaltung der Analysen und Therapien drängt? Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Unsere Eliten sind unfähig zu einer pragmatischen Makropolitik, sie begreifen nicht, dass es jetzt vor allem darauf ankäme, die Binnennachfrage und damit die Konjunktur anzuschieben. **Doch auch diese Bundesregierung hat nichts begriffen.** Für dieses Jahr ist ein reales Wachstum von 1,4 Prozent vorgesehen. Selbst wenn es zwei Prozent oder ein bisschen mehr werden sollten, mit einem solch lächerlichen Wachstum kommt unsere Volkswirtschaft nie aus dem Loch heraus. Und dann wird das zarte Pflänzchen im nächsten Jahr mit einer dreiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung tot getrampelt.

Ich skizziere in „Machtwahn", wie andere Länder, wie Schweden, Großbritannien und die USA in den 90er Jahren mit mehrmaligen Wachstumsraten von um die vier Prozent ihre Stagnation überwunden haben. **Das Wissen um die richtige Makropolitik ist in Deutschland verloren gegangen.** Ich nenne das Regression und beschreibe eine Reihe weiterer Symptome für den Rückfall auf ein früher schon einmal erreichtes Niveau der Erkenntnis. Das fängt damit an, dass die herrschenden Kreise die weit reichenden Folgen ihres Tuns nicht mehr bedenken: zum Beispiel die psychischen Folgen langer Arbeitslosigkeit, zum Beispiel die Folgen der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche für den Bildungsstand und die Gewaltbereitschaft. **Sie haben unsere Gesellschaft gespalten,** sie haben die Verteilung der Einkommen mächtig auseinander gezogen, sie verlangen Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und erhöhen sich gleichzeitig ihre Vorstandsbezüge um zweistellige Prozente. Löhne sind ein Kostenfaktor und zugleich ein wichtiges Element gesamtwirtschaftlicher Nachfrage – selbst solche einfachen Zusammenhänge erkennen unsere ideologisch geprägten Eliten nicht mehr.

Unser Eliten sind Mittelmaß in der Sache aber Spitze in der Kunst der Verführung. **Das Netz ihrer Propaganda ist perfekt.** Unsere Eliten schaffen es, unserem Volk einzureden, die Finanzierungsprobleme unserer sozialen Sicherungssysteme folgten aus der demographischen Entwicklung. Dabei ist klar, dass die miserable wirtschaftliche Entwicklung, die Anlastung versicherungsfremder Leistungen und die Subvention von Minijobs zulasten der sozialversicherungspflichtigen Verträge die eigentlichen Ursachen sind.

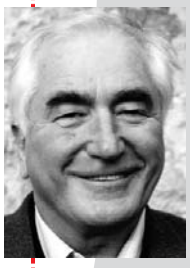
Ich skizziere in meinem Buch das Netzwerk, dem die neoliberalen Eliten ihre Macht zu verdanken haben. Das Netzwerk haben sie gut gestrickt, engmaschig, mit zwei Knotenpunkten: der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Bertelsmann-Stiftung. Das reicht weit hinein in Institutionen, die wir bisher für einigermaßen unabhängig hielten – die Wissenschaft, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die SPD und die Grünen, Union und FDP sowieso. **Über dieses Netzwerk lässt sich quasi alles verbreiten.** Wir haben es im März erlebt, als eine wahrlich einfältige Studie eines so genannten Berlin-Instituts mit der Behauptung, wir hätten die niedrigste Geburtenrate und noch nie eine so niedrige gehabt, in nahezu allen Medien kommuniziert wurde. Das ist die Unwahrheit – aber das stört offenbar keinen Journalisten mehr. Sie fragen nicht einmal, wer eine solche Studie bezahlt. Im konkreten Fall unter anderem das Krankenversicherungsunternehmen DKV.

Ich nenne Korruption Korruption. Sie hat heute neue Dimensionen erreicht: Wir verscherbeln öffentliches Eigentum, damit ein Klüngel von Interessenten daran verdient. Das Ergebnis ist nicht ausschlaggebend. Am Vorgang wird verdient. Die größte Korruption, deren Zeuge wir heute sind, gilt der **Zerstörung unserer sozialen Sicherungssysteme,** vor allem der gesetzlichen Rente. Das ist ein Milliardengeschäft. 15 Milliarden gewinnt die private Versicherungswirtschaft an Umsatz, wenn der gesetzlichen Rentenversicherung zehn Prozent der Beiträge weggenommen werden. Dafür lässt sich locker der einflussreiche Teil der Wirtschaftswissenschaft wegkaufen. •

Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet. Droemer, 365 Seiten, 19,90 Euro

NachDenkSeiten

Die neoliberale Bewegung beherrscht inzwischen weite Teile der Medien, meint Buchautor und Ex-Kanzlerberater Albrecht Müller (SPD). Alternative Argumente, etwa von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, fänden deshalb immer seltener Eingang in die öffentliche Meinung und damit auch in



Albrecht Müller, 68, war von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, 1987 zog er in den Bundestag ein.

den politischen Entscheidungsprozess. Um kritischen Thesen zum neoliberalen Mainstream wieder ein breiteres Forum zu öffnen, betreibt Müller seit zweieinhalb Jahren „NachDenkSeiten – die kritische Homepage". Gemeinsam mit Wolfgang Lieb, von 1979 bis 1982 Mitarbeiter Müllers im Bundeskanzleramt, will er auf der Webseite Informationen und Analysen für Menschen bündeln, die an den üblichen Argumenten „der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln und gegen die gängigen Parolen Einspruch anmelden."

www.NachDenkSeiten.de

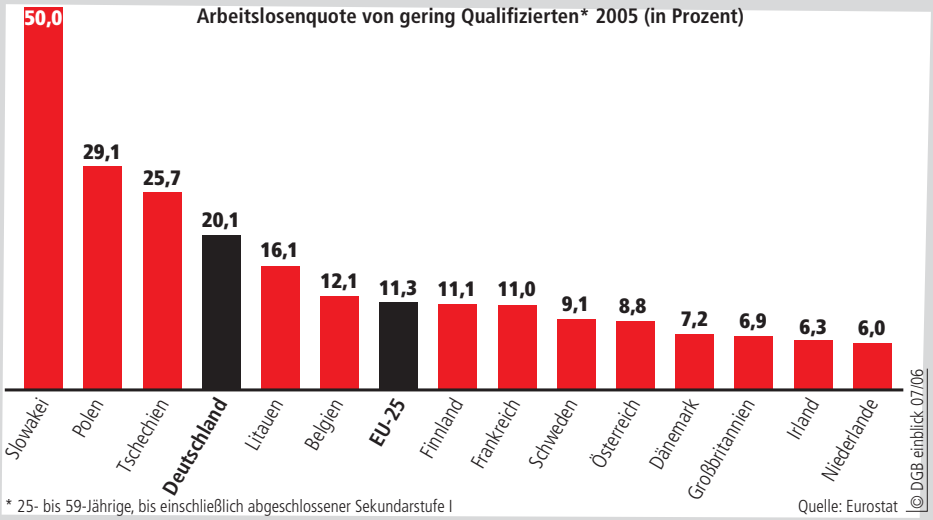
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

GERING QUALIFIZIERTE: In Deutschland oft ohne Job

Nur in den drei ost- und mitteleuropäischen Ländern Slowakei, Polen und Tschechien haben gering Qualifizierte in der EU eine noch geringere Chance auf einen Arbeitsplatz als in Deutschland. Der Vergleich widerlegt das Argument, gesetzliche Mindestlöhne seien ein „Jobkiller" für Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen: Die höchsten Beschäftigungsquoten haben die Niederlande, Irland und Großbritannien – alles Länder mit einem Mindestlohn ab sieben Euro pro Stunde.



14 TAGE

10.4. DGB Goslar, Diskussion „Die Zukunft unserer Kommunen: Rettung durch Verkauf?", Goslar

15.4. DGB Baden-Württemberg, Ostermarsch 2006, Ulm

18.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Anreizregulierung für Beschäftigte und Netzinvestitionen" im Strom- und Gassektor, Bonn

19.4. IG Metall-Senioren Mittelhessen, Diskussion „Große Koalition – Was bringt die Zukunft?", Gießen

21.-23.4. ver.di-Jugend, Jugendbildungsforum, Gladenbach

23.4. UNESCO-Welttag des Urheberrechts

23.-25.4. GdP, Bundesseniorenkonferenz „Lust auf Leben – auch im Alter", Dresden

personalien

••• ***Giovanni Pollice,*** 51, Leiter der Abteilung Arbeitnehmer/Migration der IG Bergbau, Chemie, Energie und bei den italienischen Parlamentswahlen Kandidat des Unionsbündnisses des früheren EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi für den Wahlkreis Europa, ist am 29. März zum stellvertretenden Vorsitzenden des Interkulturellen Rats in Deutschland gewählt worden.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Tipp

***Buch:* Thomas Hanke, *Der neue deutsche Kapitalismus. Republik im Wandel,* Campus Verlag, Frankfurt/M. 2006, 230 Seiten, 19,90 Euro**

Deutschland ist kein Land der Revolutionen. Trotzdem hat sich das Land in den vergangenen zehn Jahren so umfassend gewandelt wie kaum zuvor. Die Deutschland AG mit ihrer wechselseitigen Verflechtung ganzer Industriezweige und der zentralen Machtstellung der Banken als Anteilseigner und Kreditgeber hat sich aufgelöst und mit ihr der deutsche Korporatismus. „Der Konsens", schreibt der Journalist Thomas Hanke, Leiter des Meinungsressorts beim Handelsblatt, „ist nicht mehr das Maß aller Dinge". Auch die ArbeitnehmerInnen bekämen den Wandel zu spüren. Die Gewerkschaften seien in der Defensive, Arbeitszeitverkürzungen würden zurückgedreht, Tarifbestimmungen außer Kraft gesetzt.
Wohin die Reise geht, sei dennoch nicht entschieden. Der These, dass sich auch in Kontinentaleuropa das angelsächsische Modell eines reinen Shareholder-Value-Kapitalismus durchsetzen wird, hält er das Modell eines sich modernisierenden rheinischen Kapitalismus entgegen. Dessen Umrisse freilich müssten sich erst noch entwickeln.

Schlusspunkt

„Atmender Kündigungsschutz"

Der Bonner Rechtswissenschaftler Gregor Thüsing in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. April über seinen Vorschlag, die Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch die Einschränkung des Kündigungsschutzes zu bekämpfen. Nach der Krise könne der Kündigungsschutz wieder ausgebaut werden.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.04.2006 8/06

DGB

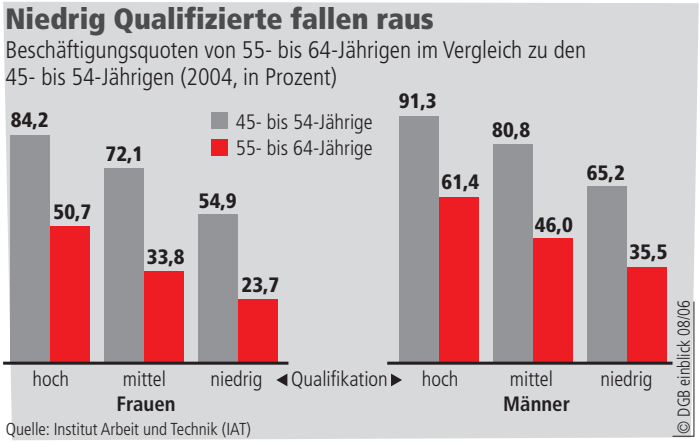
1. Mai 2006

Deine Würde ist unser Maß

„2005 haben die Menschen eine sozial gerechte Reformpolitik gewählt. Die Politik muss aufpassen, sie jetzt nicht zu enttäuschen." Das ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer die zentrale Botschaft am 1. Mai. Vier Themen wollen die Gewerkschaften auf ihren Kundgebungen in den Vordergrund stellen: 1. Die Forderung nach einer Gesundheitsreform, die alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben lässt und gleichzeitig die Kosten des Gesundheitssystems gerecht verteilt. 2. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der jedem ein Erwerbseinkommen ermöglicht, mit dem er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann. 3. Einen Verzicht der großen Koalition auf die bereits angekündigte Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, weil die Rente mit 67 für die meisten Menschen nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung ist. 4. Keine weiteren Einschränkungen des Kündigungsschutzes, weil neue Jobs auf diesem Weg nicht zu schaffen sind.

Vor allem beim Kündigungsschutz und bei der Rente mit 67 haben es die Gewerkschaften bislang schwer, sich bei der großen Koalition Gehör zu verschaffen, auch wenn die Fakten für sie sprechen: Zwar ist in Deutschland in den vergangenen acht Jahren das durchschnittliche Renteneintrittsalter um zwölf Monate gestiegen (auf 63,1 Jahre) – auch auf Grund der Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt –, aber nach wie vor gibt es kaum Jobs für Ältere. Nur 41 Prozent der 55- bis 64-Jährigen haben in Deutschland Arbeit, bei Frauen mit geringer Qualifikation gilt das sogar nur für 24 Prozent. Allein um das EU-Ziel zu erreichen, die Beschäftigungsquote der ab 55-Jährigen bis 2010 auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen, müssten nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in den kommenden vier Jahren in Deutschland 800 000 Ältere mehr beschäftigt werden als heute. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer drängt die Bundesregierung deshalb seit langem, statt willkürlich die Rentengrenze heraufzusetzen, die Beschäftigungschancen Älterer zu verbessern.

Auch beim Kündigungsschutz, den vor allem die Union einschränken will, hat die Koalition wenig Fakten auf ihrer Seite. Den Beweis, dass Eingriffe beim Kündigungsschutz neue Arbeitsplätze schaffen, ist sie bislang schuldig geblieben. Auch in der Bevölkerung gibt es massive Vorbehalte. In Frankreich ist die konservative Regierung wegen vergleichbarer Pläne schwer ins Trudeln geraten (Seite 2). •



Die Gewerkschaften wehren sich massiv gegen die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre: Vor allem für gering Qualifizierte, die ab 55 Jahren kaum noch Chancen haben, einen Job zu finden, würde die Anhebung der Rentengrenze zu einem dramatischen Anstieg der Altersarmut führen.

plusminusBERLIN

+ ***Winfried Hermann, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, fordert, dass die Bundesregierung Treibhausgasemissionen, die durch Dienstflüge verursacht werden, durch die Förderung von Klimaschutzprojekten ausgleicht. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in Großbritannien.***

– ***Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) hat eine EU-Richtlinie zum Verbot von Tabakwerbung in Print- und Online-Medien noch nicht umgesetzt. Die EU-Kommission erwägt jetzt eine Klage: In allen anderen EU-Ländern ist das Verbot längst geltendes Recht.***

inhalt

Seite 3

Kopfpauschale durch die Hintertür

Unterhändler der großen Koalition reden gerne vom „dritten Weg". Der von ihnen angepeilte Komplett-Umbau des Gesundheitswesens zeigt massive Mängel

Seite 5

Preis der Arbeit

Ab sofort können die einblick-LeserInnen Unternehmen nominieren, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden

Seite 7

Ein Quantensprung

Der neue Familienbericht der Bundesregierung empfiehlt einen radikalen Wandel der Familienpolitik

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/brennpunkte

Das neue Internet-Angebot des DGB zu aktuellen Themen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Reife ist eine Frage des Förderns. Eckpunkte des DGB zur Ausbildungsreife

POLITIK AKTUELL

Fragen an ...



Mitte April hat der französische Präsident Jacques Chirac auf Grund des massiven Widerstands von SchülerInnen, StudentInnen und Gewerkschaften das Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE) zurückgezogen. Es hätte ArbeitnehmerInnen unter 26 Jahren in den ersten beiden Beschäftigungsjahren jeglichen Kündigungsschutz verwehrt. *einblick* hat Adelheid Hege, 57, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut de recherches économiques et sociales (IRES) in Paris gefragt, was die Deutschen aus der Entwicklung in Frankreich lernen können.

■ Die Abschaffung des Kündigungsschutzes für Jüngere ist in Frankreich durch massiven Widerstand verhindert worden. War das Gesetz geeignet, das Ziel der Regierung zu erreichen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken?

■ *Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Frankreich sehr hoch: Sie betrifft 22 Prozent der unter 25-Jährigen. Aber die Abschaffung des Kündigungsschutzes geht am eigentlichen Problem vorbei: einem stagnierenden Arbeitsmarkt, der bewirkt, dass unqualifizierte Jüngere arbeitslos und qualifizierte Jugendliche (weit) unterhalb ihres Niveaus und in prekäre Arbeitsverhältnisse eingestellt werden. Zudem haben wir ein Ausbildungssystem, das zu viele Jugendliche ohne Abschluss in die Berufswelt entlässt. Dass die französische Regierung statt der Einschränkung des Kündigungsschutzes jetzt die Förderprogramme für benachteiligte Jugendliche ausweiten will, ist ein Erfolg der Protestbewegung.*

■ Die Gewerkschaften haben bei den Protesten eine wichtige Rolle gespielt. Wie hat sich ihr Gewicht gegenüber der Politik verändert?

■ *Die breite Protestbewegung kam durch das Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE) zustande, das willkürliche Entlassungen legitimiert. Den Gewerkschaften ist es gelungen, sich organisatorisch und politisch an die Spitze der Bewegung zu stellen. Ganz entscheidend für den Rückzug des CPE war die Geschlossenheit der Gewerkschaften – in Frankreich keine Selbstverständlichkeit – sowie die Aktionseinheit mit den Studenten- und Schülerorganisationen. Die Gewerkschaften haben ihre Vertreterrolle glaubwürdig ausgefüllt.*

■ Auch in Deutschland gibt es Pläne zur Einschränkung des Kündigungsschutzes. Was können die Gewerkschaften bei uns aus den Auseinandersetzungen in Frankreich lernen?

■ *Der CPE nahm die Prekarisierung einer ganzen Generation als Voraussetzung für die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt in Kauf. Dies hat weit über die Kreise der Jugendlichen hinaus Empörung ausgelöst. So haben sich zum Beispiel viele Eltern an den Demonstrationen beteiligt. Welche Rolle die Gewerkschaften in Deutschland spielen, hängt davon ab, welche Schlussfolgerungen sie aus der Erfahrung ziehen, dass die anscheinend so individualistischen Jugendlichen sich engagieren und Opfer bringen, um ihre kollektiven Interessen zu verteidigen. Entscheidend sind die Fähigkeit und die Bereitschaft der Gewerkschaften, die nach sozialer und beruflicher Sicherheit strebende jüngere Generation zu integrieren.*

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Gesundheitsreform

Kopfpauschale durch die Hintertür

Sie verkaufen es als „dritten Weg": Politiker der großen Koalition haben ein Konzept für einen Komplett-Umbau des Gesundheitswesens ausgetüftelt – jedenfalls in Grundzügen. Das Modell hat jedoch massive Mängel: viel Kopfpauschale, wenig Bürgerversicherung.

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder plauderte es dem *stern* gegenüber kurz vor Ostern aus: Ja, es gebe da ein Modell, das die gesundheitspolitischen Vorstellungen beider Koalitionspartner in Einklang bringe. Zentraler Punkt: Versicherte und Arbeitgeber sollen den Krankenkassenbeitrag künftig in einen Gesundheitspool einzahlen. Auch Steuergelder sollen dort hinein fließen; mit ihnen will Kauder die kostenlose Mitversicherung von Kindern finanzieren. Der Pool würde als Inkasso-Stelle funktionieren und das Geld an die Krankenkassen verteilen.

Wirklich neu ist der Vorschlag nicht: Schon im vergangenen Herbst legte der wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium ein ähnliches Modell vor. Die gesetzlich Versicherten würden danach weiterhin einen prozentualen Beitrag ihres Einkommens in den großen Pool einzahlen, die Kassen hingegen eine pauschale Kopfprämie aus dem Finanztopf erhalten – zwischen 150 und 170 Euro. Übersteigen die Ausgaben diese Pauschalsumme, muss die Kasse von ihren Versicherten einen zusätzlichen Obolus einfordern. Liegen die Ausgaben der Kasse darunter, kann sie ihren Versicherten Geld zurückzahlen. Das, so Kauders Vorstellung, werde den Wettbewerb der Kassen entfachen und damit für bessere Leistungen und geringere Preise sorgen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) unterstützt Kauder. Sein Vorschlag zeige, dass sich die Vorzüge beider Modelle – Bürgerversicherung und Kopfpauschale – miteinander verbinden ließen.

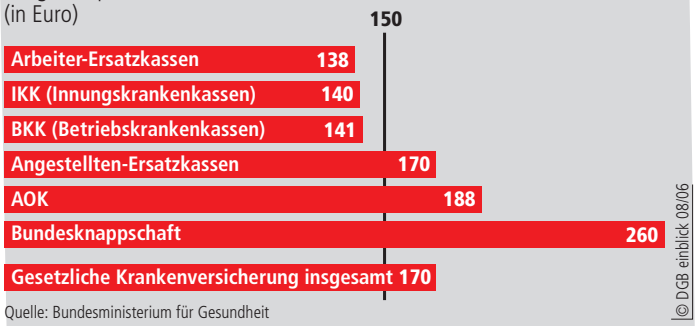
Das sieht nicht jeder so. Denn Kauders Modell hat viele Tücken: Die SPD-Linke Andrea Nahles sprach von einer doppelten Kopfpauschale – eine große, die vom Pool an die Kassen fließt, und eine zusätzliche kleine, die viele Versicherte an ihre Kasse zahlen müssten. Denn klar ist: Die großen Versorgerkassen werden mit dem Pauschalbetrag aus dem Pool nicht auskommen. Sie müssten etwa 30 bis 35 Euro zusätzlich von jedem einzelnen Versicherten eintreiben, hat der DGB in einer ersten Schätzung errechnet. „Die Arbeitnehmer zahlen die Zeche", sagt Heinz Stapf-Finé, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Zudem liebäugelt Kauder damit, den Arbeitgeberanteil einzufrieren – auch wenn er sich da nicht festlegt. Die Gewerkschaften werten das als Alarmsignal. Sie befürchten, das Modell könne ein Einfallstor für neue Finanzierungsexperimente werden. Künftige Kostensteigerungen in der Gesundheitsversorgung würden dann ausschließlich von den ArbeitnehmerInnen getragen. Die Arbeitgeber säßen „nicht mehr im Boot", kritisiert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Ein weiterer Kritikpunkt: Der unmittelbare Kontakt zwischen Kasse und Versicherten ginge verloren. Statt Beiträge an ihre Kassen würden die Versicherten in einen anonymen Pool zahlen.

Die Gewerkschaften befürchten zudem, dass das Modell ein neues bürokratisches Monster gebiert. Schließlich ziehen die Krankenkassen bislang die Beiträge für Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung mit ein. Eine neue Behörde müsste für diese Aufgabe wohl her.

Was die Kasse tragen muss

Ausgaben pro Monat und Versichertem nach Kassenarten 2005 (in Euro)



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Für jeden Versicherten soll der Gesundheitspool einen Pauschalbetrag an die Kasse zahlen, so lautet der Vorschlag von CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder. Läge er bei 150 Euro, würde das bedeuten: Die großen Versorgerkassen müssten ihre Versicherten zusätzlich mit einer kleinen Kopfpauschale zur Kasse bitten. Andere, wie die Betriebskrankenkassen, könnten ihren Versicherten einen Bonus gewähren.

In der Koalition wird das Modell dennoch ernsthaft diskutiert. Entschieden ist allerdings noch nichts. Bis zum 1. Mai will die Arbeitsgruppe der Koalition konkrete Vorschläge erarbeiten. Auf Seiten der Sozialdemokraten wird der designierte Parteichef Kurt Beck die Verhandlungen auf Spitzenebene führen. Er hat Kauders Vorstoß brüsk zurückgewiesen, er halte ihn „eher für störend". Eine Kopfpauschale durch die Hintertür sei für die SPD „kein Weg".

Widerstand formiert sich. Zahlreiche SPD-PolitikerInnen und GewerkschafterInnen haben klargemacht: keine Kopfpauschale, in keiner Form und in keiner Höhe. Kein Einfrieren des Arbeitgeberanteils. Und schließlich: keine massive Mehrbelastung der Patienten. •

Was zu tun ist

Der DGB hält Kauders Pool-Vorschlag nicht für tragfähig. Statt einen faulen Kompromiss zu suchen, sollte die Regierung die drängenden Fragen im Gesundheitswesen beantworten, heißt es in einer Stellungnahme. Darin nennt der DGB vier wichtige Punkte:

1. Immer noch können sich die Gutverdienenden aus der solidarischen Finanzierung verabschieden und eine Privatkasse wählen. Die solidarische Finanzierung muss erweitert werden.

2. Beiträge zur Krankenversicherung dürfen nicht nur auf Löhne und Gehälter erhoben werden, sondern auch auf Zins- und Kapitaleinkünfte.

3. Die Kassen müssen viel zu viele gesamtgesellschaftliche Leistungen tragen. Insofern weist der Vorschlag, die Krankenversicherung von Kindern über Steuern zu finanzieren, in die richtige Richtung. Jedoch: Vorher muss die Versicherungspflichtgrenze abgeschafft werden. Und: Für private wie gesetzliche Kassen müssen gleiche Bedingungen herrschen, ein Solidarausgleich zwischen allen Kassen muss eingeführt werden.

4. Die gesetzlichen Kassen dürfen nicht weiter als Verschiebebahnhof dienen. Ihnen gehen Milliarden verloren, weil zum Beispiel die Beiträge für Arbeitslose gesenkt wurden.

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeit und Leben

Jubiläumsfeier

Seit fünfzig Jahren hat die gemeinsame Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und Gewerkschaften einen Namen: Arbeit und Leben. Am 20. und 21. Juni feiert der Bundesarbeitskreis anlässlich seiner turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Berlin das fünfzigste Jubiläum mit einer Festveranstaltung. Im Mittelpunkt steht dabei eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der Politischen Bildung, an der auch IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner sowie Heinz Bude vom Hamburger Institut für Sozialforschung teilnehmen. Veranstaltungsort ist die Landesvertretung des Saarlandes, In den Ministergärten 4. •

Anmeldung: bildung@arbeitundleben.de

Betriebsverfassungsgesetz

Standardwerk neu aufgelegt

Unverzichtbar für Betriebsräte ist die praxisnahe Kommentierung des Betriebsverfassungsgesetzes durch die Juristen Wolfgang Däubler, Michael Kittner und Thomas Klebe. Das Standardwerk ist gerade rechtzeitig zu den laufenden Betriebsratswahlen in 10. überarbeiteter und aktualisierter Auflage im Bund-Verlag erschienen. Der 2323 Seiten starke Band enthält die Rechtsprechung und weiterführende Literatur bis einschließlich Januar 2006. Ergänzend wurde erstmals ein passendes Formularbuch zum Betriebsverfassungsrecht herausgegeben. Der Band ist in Inhalt und Aufbau auf den Kommentarband abgestimmt. Beide Bücher sind zum Preis von je 98 Euro (Kommentar bis zum 30.6. zum Subskriptionspreis von 89,90 Euro) erhältlich. Der Kommentarband kann zum selben Preis auch als CD-Rom bestellt werden. •

www.bund-verlag.de

TIBAY

Technik nutzen

Betriebs- und Personalräte müssen eine Menge über die Entwicklung von EDV-Systemen wissen, um ihre Arbeit kompetent zu erledigen. Die passenden Seminare zu diesem Themenbereich bietet TIBAY an, die Technologieberatungsstelle des DGB in Bayern. So findet beispielsweise am 13. Juni eine Bildungsveranstaltung zur Betriebsdatenerfassung in Bamberg statt. Im Mittelpunkt stehen dabei elektronische Datenverarbeitungssysteme zur Zugangskontrolle und Zeiterfassung sowie die Rechte und Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen im Umgang damit. Wie die Betriebsratsarbeit selbst durch die Nutzung EDV-gestützter Hilfsmittel erleichtert werden kann, wird ein Seminar am 3. und 4. Juli zeigen, das ebenfalls in Bamberg stattfindet. •

www.tibay-m.de

AiB online

Neuer Service

Zusätzliche Informationen und handfeste Tipps erhalten die AbonnentInnen von „Arbeitsrecht im Betrieb" (AiB) seit kurzem: Unter *www.aib-web.de* können sie alle Fachbeiträge der monatlich erscheinenden Druckausgabe vorab als kompakte Zusammenfassung lesen. Außerdem werden online Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themen eingestellt. So finden die NutzerInnen beispielsweise ergänzend zu dem Artikel „Arbeitszeugnis" Analysehilfen, Aufbauschemata und konkrete Beispiele für die betriebliche Praxis. Darüber hinaus enthält das Webangebot Checklisten und Musterschreiben, Gerichtsentscheidungen im Volltext, Interviews und Literaturtipps. Das AiB-Jahresabo kostet inklusive Beilage, Newsletter und Online-Zugriff 99,60 Euro. •



www.aib-web.de

TBS-Projekt

Kompetenz testen

Beschäftigte und Betriebe können ihre Kompetenzen beziehungsweise ihre betrieblichen Potenziale im Selbsttest unter die Lupe nehmen. Den „SelbstCheck" sowie den „UnternehmensCheck Beschäftigungsfähigkeit" hat die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB Nordrhein-Westfalen entwickelt. Eine kostenlos erhältliche Broschüre sowie eine CD helfen Interessierten, ihre beruflichen Kompetenzen und Potenziale zu erkunden. Der „UnternehmensCheck Beschäftigungsfähigkeit" gibt Geschäftsleitungen, Interessenvertretungen und Beschäftigten ein Instrument an die Hand, betriebliche Entwicklungschancen unter die Lupe zu nehmen. Beide Testinstrumente können online bestellt werden. •

www.tbs-nrw.de

interregio

••• Der ***DGB Sachsen*** hat angesichts der Elbeflut zu ***Spenden*** für die Flutopfer aufgerufen. Der Verein „Gewerkschaften helfen" wird mit den Spendengeldern wie nach der Flut 2002 auch Hilfe im Nachbarland Tschechien leisten. Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen hat die Landesregierung außerdem aufgefordert, einen „dauerhaften Notfall-Fonds" für Katastrophenfälle einzurichten. Spendenkonto von „Gewerkschaften helfen": *SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Konto 1 756 906 400, Stichwort „Elbe"*

••• Die ***DGB-Region Sachsen-Anhalt/Süd*** ist Partner des ***EU-Projekts*** „Personal-Aktiv". Auf der Eröffnungskonferenz am 4. Mai in Halle (Saale) diskutieren Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter und ExpertInnen aus fünf europäischen Ländern Möglichkeiten zur Bewältigung des demografischen Wandels in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ziel ist es, Betriebe auf das „ungenügend genutzte Potenzial ihrer älteren Arbeitskräfte" aufmerksam zu machen. An „Personal-Aktiv" beteiligen sich neben dem DGB die IHK, die Handwerkskammer sowie die AOK. Partnerprojekte gibt es in Frankreich, Litauen, Ungarn und Polen. Infos: Anita Reinicke, Tel. 0345 / 68 26 913

••• Der ***DGB Hamburg*** lädt für den 6. Mai zur ersten ***Veranstaltung*** des neu gegründeten „Kulturvereins im Gewerkschaftshaus" ein. Unter dem Motto „lizz – Literatur und Jazz" gibt es neben musikalischen Beiträgen des Borreck-Kamps-Quartetts eine Lesung der Journalistin und Schriftstellerin Peggy Parnass. Beginn ist um 10.30 Uhr im Besenbinderhof 57a. Eintritt acht Euro, ermäßigt vier Euro.

••• Die ***DGB-Region Östliches Ruhrgebiet*** und das Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn veranstalten am 18. Mai die ***Diskussionsveranstaltung*** „Konturen eines neuen Gesellschaftsvertrags" in Dortmund. Gemeinsam mit dem Sozialethiker Friedhelm Hengsbach suchen die TeilnehmerInnen nach künftigen Konzepten für „gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit". Infos und Anmeldung: Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, Tel. 0231 / 20 60 50

Preis der Arbeit

Vorschläge erwünscht

Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden, zeichnet das „Forum Zukunftsökonomie" ab Herbst 2006 mit dem „Preis der Arbeit" aus. Dabei ist auch die Meinung der einblick-LeserInnen gefragt.

„Gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung" oder neudeutsch „Corporate Social Responsibility" (CSR) ist in aller Munde. Doch nicht jedes Unternehmen, das mit CSR wirbt, berücksichtigt tatsächlich sowohl soziale und ökologische als auch emanzipatorische und demokratische Kriterien in seiner Unternehmensführung. Dabei müssen sozialer Nutzen und unternehmerischer Erfolg kein Gegensatz sein. Beides lässt sich miteinander verknüpfen – wenn Betriebsräte und GewerkschafterInnen darauf drängen, GlobalisierungskritikerInnen, UmweltschützerInnen und VerbraucherInnen Druck machen. Davon sind die Initiatoren des 2005 gegründeten „Forums Zukunftsökonomie" überzeugt und wollen das Thema CSR nicht den Marketingabteilungen der Unternehmen überlassen *(einblick 20/05).*

Zu den Initiatoren gehören die Berliner *tageszeitung (taz),* das *BUNDmagazin* des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, *ver.di publik,* die ver.di-Mitgliederzeitung, das Organ der Verbraucherinitiative *Verbraucher konkret,* die SPD-Mitgliederzeitung *vorwärts* und der *einblick.* Schon in der Auswahl der preiswürdigen Unternehmen unterscheidet sich der „Preis der Arbeit" von anderen CSR-Preisen. Nicht eine Fachjury allein entscheidet, sondern auch die über drei Millionen LeserInnen der beteiligten Medien spielen eine wichtige Rolle. •

Die Kriterien

Verantwortliche Unternehmenspolitik hat viele Facetten. Die Leserinnen und Leser bilden sich ein Urteil als Beschäftigte, KundInnen und BürgerInnen.

Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung, bei international agierenden Konzernen sogar eine globale Verantwortung. Das „Forum Zukunftsökonomie" will diese Verantwortung sichtbar machen. Durch den „Preis der Arbeit" für solche Unternehmen und Betriebe, die dem in hervorragender Weise gerecht werden. Welche Kriterien legen wir an? Es gibt ausgefeilte, seitenlange Kriterienkataloge, erarbeitet von WissenschaftlerInnen und Verbraucherschutzorganisationen. Wir dagegen vertrauen auf Sie, auf unsere LeserInnen, auf Ihre Kompetenz am Arbeitsplatz, als VerbraucherInnen und BürgerInnen. Deshalb haben sich die beteiligten Medien nur auf allgemeine Kriterien zur Beurteilung verständigt:

Umgang mit den Beschäftigten/ Unternehmenskultur. *Demokratische Teilhabe der Beschäftigten, Frauenförderung, hohe Weiterbildungsmöglichkeiten und Sozialstandards, Arbeitsplatzsicherheit, Diskriminierungsfreiheit für alle Beschäftigtengruppen.*

Qualität des Produkts oder der Dienstleistung. *Hoher Gebrauchswert, Vermeidung gesundheitsschädlicher Stoffe, gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, ökologische Optimierung des Produkts und der Produktion.*

Qualität der Arbeitsbedingungen. *Einhaltung tarifvertraglicher Regelungen, Dispositionsspielräume für die Beschäftigen bei Arbeitszeit und Arbeitsprozess, keine Gesundheitsbelastung durch Schadstoffe und gesundheitlich belastende Arbeitsprozesse.*

Verantwortliches Handeln des Unternehmens in der Gesellschaft. *Soziale Verpflichtungen am Standort, keine Schadstoffemissionen, hohe Ausbildungsbereitschaft, keine Aus- oder Verlagerung zum Zweck des Lohn- bzw. Ökodumpings, Transparenz der Unternehmensentscheidungen für die Öffentlichkeit.*

Soziale und ökologische Verantwortung hinsichtlich der Zulieferkette. *Übernahme verpflichtender sozialer und ökologischer Standards bei den vor- und nachgelagerten Geschäftsbeziehungen entsprechend den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.*

Diese Kriterien sollen Ihnen Anhaltspunkte dafür geben, welcher Betrieb nach Ihrer Ansicht würdig ist, den „Preis der Arbeit" zu bekommen. Dabei ist uns klar, dass die LeserInnen der verschiedenen Medien jeweils ihre besonderen Prioritäten haben. Gerade diese Pluralität ist uns wichtig.

Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an:
einblick-Redaktion, Stichwort: „Preis der Arbeit", Wallstr. 60, 10179 Berlin, redaktion@einblick.info
oder: ***Forum Zukunftsökonomie e.V., Grabbeallee 15, 13156 Berlin, info@preis-der-arbeit.de***

Das Procedere

➜ **Erste Stufe:** Nominieren Sie Unternehmen und Betriebe, die Sie für preiswürdig halten. Nominierungsschluss: 16.Juni 2006.

➜ **Zweite Stufe:** Die Redaktionen der beteiligten Medien treffen unter den Nominierten eine Vorauswahl von 20 Betrieben und Unternehmen, die in die engere Auswahl kommen.

➜ **Dritte Stufe:** Eine von den beteiligten Medien benannte, fachkompetente Jury wählt aus den 20 nominierten Betrieben und Unternehmen die sieben preiswürdigsten aus.

➜ **Vierte Stufe:** Diese Betriebe werden den LeserInnen vorgestellt. Durch eine LeserInnen-Abstimmung wird ermittelt, wer den Publikums-„Preis der Arbeit" bekommt. Parallel dazu vergibt die Jury den Fach-„Preis der Arbeit".

➜ **Fünfte Stufe:** Der „Preis der Arbeit" wird am 16.November 2006 in Berlin verliehen.

Gutes Geschäft oder gute Gesellschaft?

Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, zu der das „Forum Zukunftsökonomie" am 27.4., 18.30 Uhr in die Berliner Vertretung des Landes Bremen (Hiroshimastraße 24) einlädt.

„Deutsche Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und stellen sich den ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft." So versprechen es die Arbeitgeberverbände BDA und BDI – und schränken im selben Atemzug ein: Freiwillig muss das Engagement bleiben, und wirtschaftlicher Erfolg ist Voraussetzung.

Gute Gesellschaft ja – aber nur wenn die Geschäfte gut laufen? Was bleibt übrig vom Konzept CSR in Zeiten von Arbeitslosigkeit und eines sich verschärfenden globalen Wettbewerbs? Es diskutieren:* Reiner Hoffmann, *stellvertretender Generalsekretär des EGB;* Jürgen Hogrefe, *Generalbevollmächtigter der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (angefragt);* Burkhard Remmers, *Leiter Marketing, Presse und PR der Wilkhahn, Wilkening + Hahne GmbH & Co. KG;* Bettina Schleicher, *Präsidentin Business and Professional Women Germany e.V.;* Ottmar Schreiner, *SPD MdB, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen;* Anne Graef, *einblick, Forum Zukunftsökonomie.

www.preis-der-arbeit.de

kurz&bündig

TRANSNET beteiligt sich am 5. Mai am Europäischen Aktionstag gegen Lohndumping im Nahverkehr. Hintergrund ist der Entwurf einer EU-Verordnung, nach der die meisten ÖPNV-Dienstleistungen ausgeschrieben werden müssen. TRANSNET fordert, dass dabei Sozialstandards verbindlich vorgeschrieben werden.

Nach sechs Monaten ist der längste Arbeitskampf in der Geschichte der NGG beendet: Die Beschäftigten des Flughafencaterers Gate Gourmet in Düsseldorf haben eine zweistufige Entgelterhöhung um jeweils ein Prozent sowie Einmalzahlungen durchgesetzt. Das Unternehmen wollte die Personalkosten um zehn Prozent senken.

Die DGB-Bezirke West, Baden-Württemberg und Hessen-Thüringen haben eine länderübergreifende Initiative gegen Rechtsextremismus gestartet. Die Bezirksvorsitzenden fordern, dass die Länder stärker gegen rechte Aufmärsche vorgehen. Es sei Zeit für einen „Aufstand der Zuständigen".

Der ver.di-Fernsehpreis geht in diesem Jahr an Holger Carsten Schmidt (Drehbuch zu „In Sachen Kaminski", SWR) und Damir Lukačević (Regie bei „Heimkehr", ZDF). Das Sorgerechts-Drama des SWR und das ZDF-Fernsehspiel über eine kroatische Gastarbeiterfamilie seien „geeignet, die politische Bildung zu vertiefen", so die Jury.

Bundesagentur für Arbeit

Kein Geld für Förderung

Die von der Bundesregierung geplante Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gefährdet die Arbeitsfördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA), so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Ab 2007 will die große Koalition die Beiträge um zwei Prozentpunkte herabsetzen. Die eine Hälfte der Einnahmeausfälle soll durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen werden, die andere muss die Bundesagentur durch Sparmaßnahmen erbringen. Der DGB befürchtet, dass dieser Sparzwang zu Lasten aktiver Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen gehen werde, die in den letzten Jahren ohnehin bereits massiv zusrückgenommen worden seien. Selbst BA-Chef Frank-Jürgen Weise geht davon aus, dass seine Behörde „aus eigener Kraft" nur 0,75 Prozentpunkte der Beitragssenkung ausgleichen kann. Ein volles Prozent sei nur möglich, wenn der Rechtsanspruch auf Überbrückungsgeld und Ich-AG-Förderung abgeschafft würde. •

Speditionsbranche

Gemeinsam gegen Schwarzarbeit

Rund 350 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich mit Schwarzarbeit umgesetzt. Die „Schattenwirtschaft" sorgt für Milliardenverluste in den öffentlichen Kassen und gefährdet sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. ver.di hat deshalb gemeinsam mit den Bundesministerien für Finanzen und für Verkehr sowie drei Arbeitgeberverbänden der Speditions- und Logistikbranche ein „Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung" geschlossen. „Ein längst überfälliger Schritt", meint ver.di-Vize Rolf Büttner. Der ruinöse Wettbewerb der letzten Jahre habe in der Branche dazu geführt, dass Unternehmen, „die sich an Recht und Gesetz halten, Gefahr laufen, auf der Straße der Verlierer zu landen".

Damit sich das ändert, wollen die Bündnispartner die Öffentlichkeit verstärkt über die schädlichen Folgen der Schwarzarbeit aufklären. Außerdem ist ein Arbeitskreis auf Bundesebene geplant, der Maßnahmen zur Durchsetzung bereits geltender Regelungen gegen illegale Beschäftigung entwickeln soll.

Die Speditionsbranche ist der zweite Bereich, in dem das Finanzministerium gemeinsam mit den Sozialpartnern seine Maßnahmen gegen Schwarzarbeit intensiviert: Bereits 2004 hatte sich die IG BAU an einem „Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit in der Bauwirtschaft" beteiligt.

Und bei der NGG ist im Jahr der Fußball-WM die Bekämpfung illegaler Beschäftigung Teil der Kampagne „Wir arbeiten, damit die Welt feiern kann". Die Gewerkschaft berät derzeit mit dem Finanzministerium über entsprechende Pilotprojekte im Hotel- und Gaststättengewerbe. •

Anträge für den DGB-Bundeskongress

Neue Finanzarchitektur des Sozialstaates

Fünf Wochen vor Beginn des DGB-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai in Berlin hat der Versand der Anträge des DGB-Bundesvorstands an die Delegierten begonnen. Gebündelt werden die politischen Kernforderungen des DGB in zwei Leitanträgen, die unter dem Titel „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab" und „Für eine soziale Europäische Union" stehen.

Im Leitantrag Nr. 1, der die Anforderungen an Politik und Gesellschaft benennt, die jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglichen, bekennt sich der DGB zur Notwendigkeit einer neuen Finanzarchitektur des Sozialstaates. Dem Sozialstaat fehlten in zunehmendem Maße die finanziellen Grundlagen, „um seine im Grundgesetz verankerten Schutz- und Gestaltungsverpflichtungen wahrnehmen zu können". Die Lösung der Finanzkrise sei Voraussetzung dafür, „dass der Sozialstaat wieder an Legitimität dazu gewinnt". Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssten über das Steuersystem finanziert werden und nicht mehr über die Sozialversicherung. Zudem fordert der DGB-Bundesvorstand ausdrücklich eine gerechtere Finanzierung der Sozialversicherung. Hohe Einkommen, Erbschaften, Unternehmensgewinne, Vermögen und Spekulationsgewinne müssten „wesentlich höher besteuert" werden.

Im europapolitischen Leitantrag bekennt sich der DGB zum Ziel eines geeinten Europa, fordert aber eine nachhaltige Stärkung der sozialen Dimension. Die EU dürfe „nicht allein auf Marktintegration beruhen". So lange die EU die Forderung nach besseren Arbeitsplätzen und sozialem Zusammenhalt nur als Wettbewerbshindernis sieht, könne sich Europa nicht zum weltweit dynamischsten, wissensbasiertem Wirtschaftsraum entwickeln.

In den Satzungsanträgen schlägt der Bundesvorstand eine veränderte Reihenfolge der DGB-Konferenzen vor. Die Regions- und Bezirkskonferenzen sollen in Zukunft nach dem Bundeskongress stattfinden. •

7. Familienbericht der Bundesregierung

Ein familienpolitischer Quantensprung

Folgt man den Empfehlungen des 7. Familienberichtes der Bundesregierung, dann muss sich die Familienpolitik schleunigst radikal ändern. Aber auch die Gewerkschaften müssen Konsequenzen ziehen. Meint Christina Stockfisch, Leiterin des DGB-Projektes „Vorfahrt für Familien!".

Der 7. Familienbericht ist ein familienpolitischer Quantensprung. Er räumt mit überholten Rollenklischees wie dem Familienernährermodell auf. Er widerlegt auch das sich hierzulande hartnäckig haltende Bild von den so genannten „Rabenmüttern", die selbstsüchtig der Karriere hinterher hechelnd ihre Kinder vernachlässigen. Vor allem aber zieht der Bericht **eine vernichtende Bilanz der Familienpolitik** der letzten Jahrzehnte. Die ExpertInnen sind sich einig: Die staatliche Familienförderung in Deutschland entspricht längst nicht mehr den realen Familien-, Geschlechter-, Generationen- und Arbeitsverhältnissen.

Etwa 150 Milliarden Euro geben Bund, Kommunen und Sozialversicherungen alljährlich für die Förderung von Familien aus. Dieses Geld hat nicht dafür gesorgt, dass junge Erwachsene **Kinder ebenso als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen** wie etwa in Frankreich, Schweden oder Dänemark. Auch bei der Bekämpfung der Kinderarmut schneidet Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab. Seit den 70er Jahren habe man außerdem die Chance verpasst, so der Bericht, „eine beide Geschlechter stärkende Familienpolitik" zu entwickeln.

Während familienpolitisch erfolgreichere Länder vor allem in Dienstleistungen für Familien investieren, fließt hierzulande der Löwenanteil des Geldes vor allem in direkte finanzielle Transferleistungen wie Kindergeld oder Ehegattensplitting. Letzteres fördert die Hausfrauenehe, weniger Familien. In keinem europäischen Land ist der steuer- und sozialpolitische „Hausfrauenbonus" so hoch wie in Deutschland.

Umso weiter sind wir von einem bedarfsgerechten, qualitätsorientierten Kinderbetreuungsangebot entfernt – insbesondere für Kinder unter drei Jahren. In Westdeutschland hat sich der Versorgungsgrad von 1994 bis 2002 gerade mal um 1,5 Prozent verbessert. **Bei diesem Tempo dauert es noch über 300 Jahre,** bis wir die dänische Versorgungsquote von heute erreichen.

Verstärkt wird das Dilemma dadurch, dass beim Spagat zwischen den Anforderungen von Arbeits- und Familienwelt junge Frauen und Männer hierzulande weitgehend auf sich allein gestellt sind. Viel zu klein ist das Zeitfenster, „die Rush-Hour im Leben", in der sie alles auf einmal erledigen müssen: Partnerwahl, Abschluss der Ausbildung, Berufseinstieg und Kinderkriegen. Das führt entweder zum Verzicht auf Kinder oder zu einer erheblichen Doppelbelastung.

Die ExpertInnen empfehlen, die bisherige Fixierung staatlichen Handelns auf Geldleistungen durch **einen umfassenden Strategie-Mix zu ersetzen.** Dazu gehört der Ausbau der Kinderbetreuung ebenso wie eine neue Zeitpolitik, bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern sowie effektivere finanzielle Leistungen wie zum Beispiel ein Elterngeld als Lohnersatzleistung.

Aus all dem folgt der eindeutige Auftrag an die Politik, einen **radikalen Kurswechsel in der Familienpolitik zu vollziehen.** Doch zurzeit scheinen noch große Teile der Politik davon weit entfernt – das zeigen nicht zuletzt die unsäglichen Diskussionen um die „Papa-Monate" beim geplanten Elterngeld.



Dr. Christina Stockfisch, 35, leitet seit Januar 2005 das DGB-Projekt „Vorfahrt für Familien!".

Aber auch auf der betrieblichen Ebene gibt es Handlungsbedarf. Familienpolitik ist immer auch Gleichstellungspolitik. Frauen UND Männer brauchen eine Balance von Leben und Arbeiten. Doch noch zu wenige Betriebe engagieren sich für familiengerechte Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter. **Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.** Gewerkschaften müssen sich noch stärker für eine familienbewusste Betriebs- und Tarifpolitik engagieren. Zwar gibt es eine ganze Reihe Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mit wegweisenden Regelungen zu familienfreundlichen Arbeitszeiten oder zur Gleichstellung der Geschlechter. Trotzdem bleiben erhebliche Defizite. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände schöpfen die Möglichkeiten einer gleichstellungsorientierten Tarifpolitik bei weitem nicht aus.

Auch die Gewerkschaften müssen deshalb aus dem Familienbericht Konsequenzen ziehen. **Es reicht nicht aus, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.** Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik muss auch in den eigenen Reihen mehr thematisiert werden. Die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften hängt mit davon ab, ob es ihnen gelingt, sich diesen Herausforderungen zu stellen. •

Wegweisend

Einen Politikwechsel in der Familienpolitik fordert der 7. Familienbericht der Bundesregierung. Ende April wird er dem Kabinett vorgelegt, erste Ergebnisse wurden bereits im August 2005 vorgestellt. Schwerpunkt der Analyse ist die Balance von Familie und Arbeitswelt im Lebensverlauf. Statt vor allem auf Geldleistungen für Eltern zu setzen, empfiehlt der Bericht einen politischen Strategie-Mix aus Infrastrukturmaßnahmen, familienorientierter Arbeitszeitpolitik und neu ausgesteuerten finanziellen Leistungen für Familien.

Einen solchen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik hatte bereits die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) gefordert und ist sich darin mit ihrer Nachfolgerin Ursula von der Leyen (CDU) einig. Einige Empfehlungen des Berichts sind bereits in den Koalitionsvertrag eingeflossen – beim Elterngeld, dem Tagesbetreuungsausbaugesetz oder den lokalen Bündnissen für Familie.

Die Beteiligung an der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie" ist ein Schwerpunkt der DGB-Aktivitäten auf dem Politikfeld Beruf und Familie. Mittlerweile sind DGB und Gewerkschaften in über 60 lokalen Bündnissen vertreten.

www.familie.dgb.de

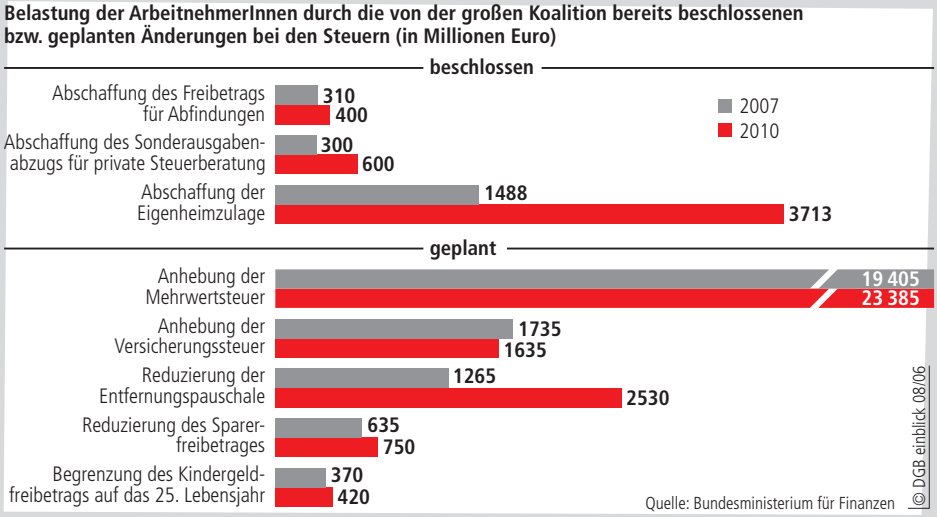
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

STEUERPOLITIK: ArbeitnehmerInnen zahlen die Zeche

ArbeitnehmerInnen und ihre Familien sind die Hauptleidtragenden der von der großen Koalition im vergangenen Jahr vereinbarten Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Darauf hat der DGB auf Grund der vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Zahlen hingewiesen. Auf die ArbeitnehmerInnen entfallen mehr als 30 der bereits beschlossenen bzw. geplanten 36 Milliarden Euro Mehrbelastung. Dem stehen nur geringfügige Entlastungen gegenüber, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung.



14 TAGE

24.-30.4. GEW, Aktionswoche der Globalen Bildungskampagne unter dem Motto „Lehrer für alle"

25.4. ver.di, Kongress „Zukunft der Rente", Berlin

27.4. Girls' Day, Schnuppertag für Schülerinnen in die Praxis technischer und innovativer Berufe

27.4. Forum Zukunftsökonomie, Podiumsdiskussion „Gutes Geschäft oder gute Gesellschaft? Unternehmensverantwortung in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung", Berlin

28.4. DGB-Bildungswerk, „Europäische Migrationsgespräche: Arbeitsmärkte in der Europäischen Union – offen und zugänglich für alle?", Berlin

1.5. DGB, zentrale 1.-Mai-Kundgebung, „Deine Würde ist unser Maß", Wolfsburg

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen

2./3.5. Hans-Böckler-Stiftung und Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Tagung „Minimum Wages in Europe", Brüssel

3.5. DGB Sachsen, Konferenz „Aufbau Ost", Dresden

6.5. DGB Hessen-Thüringen, wirtschafts- und sozialpolitische Tagung „Reformieren und investieren oder privatisieren und kaputtsanieren?", Frankfurt/M.

8.-10.5. GdP, Bundesjugendkonferenz „… wir bleiben am Ball", Potsdam

Tipp

***Buch:* Werner G. Seifert mit Hans-Joachim Voth, Invasion der Heuschrecken. Intrigen – Machtkämpfe – Marktmanipulationen: Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren, Econ Verlag, Berlin 2006, 266 Seiten, 19,95 Euro**

Investmentbanken und Hedge Fonds beschränken sich nicht auf ein Objekt ihrer Begierde, sondern „sind eine Bedrohung für viele Unternehmen und sogar Staaten, an deren üppigen Feldern sie sich so lange schadlos halten, bis nur noch ein paar abgenagte Halme übrig sind". Werner G. Seifert ist kein Aktivist von Attac, sondern er war mehr als zwei Jahrzehnte Vorstandsvorsitzender der Deutschen Börse. Ein Insider der DAX-Welt. Dann kamen die Heuschrecken: International agierende Hedge Fonds zwangen Seifert und den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Börse Rolf-E. Breuer zum Rücktritt. Die geplante Übernahme der Londoner Börse wurde abgeblasen, die Unternehmenskasse der Deutschen Börse durch Aktienrückkäufe ausgeplündert.

„Help me if you can" überschreibt Seifert in Anspielung auf einen Beatles-Song eines der Kapitel, in denen er detailliert über ein erfolgloses Meeting mit den Vertretern der angreifenden Hegde Fonds berichtet. Mit dabei war auf Seite der Fonds auch CDU-Wirtschaftsexperte Friedrich Merz, der heute im Aufsichtsrat der Deutschen Börse sitzt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Wir brauchen keinen dritten Weg in die Sackgasse"

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske in einer Pressemitteilung vom 12. April zu den Vorschlägen des Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder, zur Gesundheitsreform

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.05.2006 9/06

DGB

inhalt

Seite 3
Die Guten ins Töpfchen
Langzeitarbeitslose gehören bei der Bundesagentur für Arbeit nicht zu den bevorzugten Kunden

Seite 5
Vernetzung geplant
Die Gewerkschaften wollen Tarif- und Betriebspolitik neu verknüpfen. Das eröffnet Chancen in einer dezentralisierten Tariflandschaft

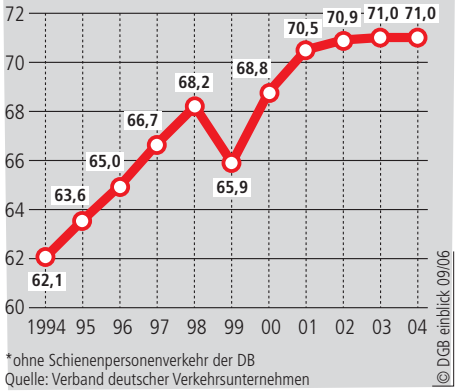
Seite 7
Gähnende Leere
Nachhaltige und soziale Unternehmenspolitik spielt in der betrieblichen Praxis keine Rolle – trotz internationaler Vereinbarungen zu CSR

EU-Verordnung zum öffentlichen Nahverkehr

Wahlfreiheit nur auf dem Papier

Anfang Juni wird es ernst. Dann wollen die EU-Verkehrsminister die Verordnung zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der EU abschließend beraten – mit weitreichenden Folgen: Denn wenn sie ihr Modell auch in der EU-Kommission durchsetzen, gibt es in Zukunft für Städte und Gemeinden keine Wahlfreiheit mehr, ihren Bus- und Bahnverkehr selbst zu organisieren, statt ihn europaweit auszuschreiben. Die Folge: In Zukunft könnten europaweit agierende Konzerne entscheiden, wann welcher Bus fährt.

Steigende Produktivität
Kostendeckungsgrad im öffentlichen Nahverkehr* (in Prozent)



*ohne Schienenpersonenverkehr der DB
Quelle: Verband deutscher Verkehrsunternehmen

Auch ohne den von der EU geplanten Zwang zu Ausschreibungen haben die Verkehrsunternehmen in den vergangenen Jahren ihre Ertragslage erheblich verbessern können, auch auf Grund steigender Fahrgastzahlen.

Der öffentliche Nahverkehr ist ein Zuschussgeschäft. „Viele im allgemeinen Interesse wichtigen Verkehrsdienste können nicht kommerziell betrieben werden", stellt die EU in ihrem Entwurf für die geplante Verordnung fest. Die zuständigen Behörden, das sind in Deutschland die Kommunen und Kreise, müssten deshalb die Möglichkeit haben, in den ÖPNV einzugreifen, zum Beispiel durch die Vergabe von Rechten an einzelne Betreiber und die Zahlung von Ausgleichsleistungen für defizitäre Verbindungen. Ursprünglich sollte die ÖPNV-Verordnung deshalb ein Sonderrecht sein, das den Nahverkehr aus der Pflicht zur Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen herausnimmt.

Von dieser Zielsetzung ist fast nichts übrig geblieben. Zwar räume der Entwurf der Verkehrsminister den Kommunen „formal ein Wahlrecht ein, dessen Bedingungen sind aber so eng gefasst, dass es faktisch entfällt", kritisiert Stefan Heimlich, Leiter der Fachgruppe Straßenpersonenverkehr bei ver.di und Vertreter der European Transport Workers' Federation (ETF). So können zum Beispiel die Kommunen nur dann auf eine Ausschreibung verzichten, wenn ihre Linien an der Stadtgrenze enden. Eine absurde Vorstellung in Zeiten, in denen die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs maßgeblich von der Vernetzung benachbarter Räume abhängt. Zudem kritisiert die ETF, dass sich die Verkehrsminister über das Votum des EU-Parlaments hinweggesetzt haben, auch die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bei der Ausschreibung verbindlich vorzuschreiben. Das führe dazu, dass bei Ausschreibungen nur der Anbieter mit dem niedrigsten Tarifstandard zum Zuge kommt.

Kritik kommt auch von den Verkehrsbetrieben der großen Metropolen und vom Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). „Die Wahlfreiheit sehen wir noch nicht hergestellt", kritisiert Ralf Resch, Vertreter der Berliner BVG im Netz der Metropolenstädte. Auch das zweite Ziel der EU-Verordnung, Rechtssicherheit zu schaffen, welche Gesetzesgrundlage für den ÖPNV in Europa gilt, werde durch den Entwurf „nicht erreicht", meint Rainer Metz, Geschäftsführer Personenverkehr beim VDV. •

plusminusBERLIN

+ *Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat einen Kompromiss für das Antidiskriminierungsgesetz präsentiert, das neben einem Verbot sexueller Diskriminierung auch ein Klagerecht für Betriebsräte enthält. Beides hatte die Union bislang abgelehnt.*

– *Hans-Christian Ströbele (Grüne) hat sich für eine offizielle türkische Version der deutschen Nationalhymne ausgesprochen. Das singen der dritten Strophe auf türkisch sei „ein Symbol für die Vielsprachigkeit Deutschlands".*

Der Surf-Tipp fürs Internet

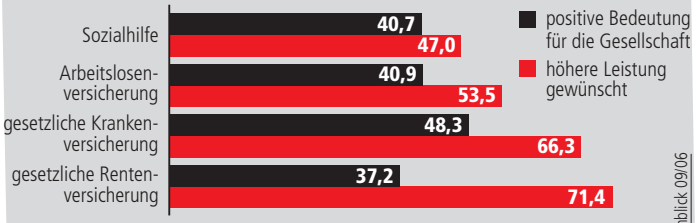
www.atmosfair.de
Emissionsrechner für Flugreisen: Spendenportal zur Kompensation von Umweltschäden

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Resolution des DGB zur Gesundheitsreform

Unterschätzte Sprengkraft Rente

Der gesellschaftliche Wert der sozialen Sicherungssysteme und die Erwartungen an deren Leistung* (in Prozent)



*Fragen: 1. Wie gut oder schlecht sind die folgenden Bereiche der sozialen Sicherung für unsere Gesellschaft? 2. Wie hoch sollten die Leistungen sein? Bitte beachten Sie, dass sich die Höhe der Leistungen auch auf die Höhe der Beiträge auswirkt.

Quelle: WSI-Mitteilungen 4/2006

© DGB einblick 09/06

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach sozialer Sicherheit im Alter ist wesentlich höher, als das von der Politik wahrgenommen wird. Das zeigt eine in den WSI-Mitteilungen veröffentlichte Untersuchung zur Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme: Fast drei Viertel der Befragten plädieren für höhere Renten im Alter, auch wenn damit höhere Rentenzahlungen während der Erwerbsphase verbunden sind. Damit rangiert die Rente deutlich vor allen anderen Sozialsystemen.

Rente mit 67

Netzwerk gegründet

Drei Monate nach dem Beschluss des Bundeskabinetts, das Rentenalter stufenweise auf 67 Jahre anzuheben, haben sich Gewerkschaften und Sozialverbände zu einem „Netzwerk für eine gerechte Rente" zusammengeschlossen. Das Bündnis, dem neben dem DGB alle großen Sozialverbände – der Sozialverband Deutschland, der Sozialverband VdK, der Seniorenverbund/Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen und die Volkssolidarität, der Deutsche Frauenrat, die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen – angehören, will gemeinsam für Alternativen zur Rente mit 67 werben.

Gerade in Zeiten der großen Koalition gelte es deutlich zu machen, „dass die Rentenpläne der Bundesregierung nicht alternativlos sind", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer bei der Vorstellung des Netzwerks am 19. April in Berlin. Das Bündnis tritt für ein Rentensystem ein, das ArbeitnehmerInnen mit einem durchschnittlichen Einkommen eine Rente sichert, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweist. Statt der Heraufsetzung des Rentenalters müsse sich die Politik zunächst darauf konzentrieren, „das tatsächliche Renteneintrittsalter auf 65 Jahre anzuheben und die Chancen der älteren ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern", heißt es in den Eckpunkten des Netzwerks.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) will trotz des wachsenden Widerstands an der Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre festhalten. Auf dem ver.di-Rentenkongress am 19./20. April in Berlin verteidigte er die Rentenpläne der Koalition mit dem Hinweis auf die wachsende Lebenserwartung der künftigen RentnerInnen. Bis 2030 steige die durchschnittliche Rentenbezugsdauer von heute 17 auf 20 Jahre. Gleichzeitig kündigte Müntefering Korrekturen bei der Riesterrente an. Er halte es für vorstellbar, auch den Erwerb eines Dauermietrechts – zum Beispiel bei einer Wohnungsbaugenossenschaft – in die Förderung mit einzubeziehen. Diese Variante der Altersvorsorge sei wesentlich günstiger als der Erwerb von Wohneigentum und deshalb auch für GeringverdienerInnen attraktiv. •

www.einblick.dgb.de
Eckpunkte des „Netzwerks für eine gerechte Rente"

Hartz-Optimierungsgesetz

Arbeitsangebote ohne Arbeit

Weil der Bundesregierung die Kosten für das Arbeitslosengeld II (Alg II) davonlaufen, hat Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) Anfang Mai den Entwurf für ein Hartz-Optimierungsgesetz vorgelegt. Kern des geplanten Gesetzes: Durch die Einführung neuer Hürden bei der Bewilligung des Arbeitslosengeldes und durch die Bereitstellung von so genannten Sofortangeboten für Arbeitslose sollen 1,2 Milliarden Euro beim Alg II eingespart werden. Woher die Arbeitsplätze kommen sollen, damit jeder Arbeitslose bereits bei der Antragstellung ein Arbeitsangebot erhalten kann, hat die Bundesregierung bislang allerdings nicht erklärt. Sozialverbände und Arbeitsloseninitiativen fürchten deshalb, dass es der Koalition nicht um die Vermittlung der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt geht, sondern um Abschreckung. Eine mögliche Ausweitung von Ein-Euro-Jobs wollen sie nicht mittragen.

Das Ziel, allen Alg II-Beziehern bereits bei der Antragstellung ein Arbeitsangebot zu machen, sei „illusorisch", so der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur epd. Es würde voraussetzen, dass die Wohlfahrtsverbände die Ein-Euro-Jobs „aufblasen müssten". Dazu gebe es aber gar keine Anhaltspunkte. Die Wohlfahrtsverbände hätten vereinbart, Langzeitarbeitslose nur auf freiwilliger Basis in Ein-Euro-Jobs zu vermitteln. Wer als Träger entsprechende Stellen einrichten will, habe das längst gemacht. Schneider fürchtet zudem, dass „die Arbeitsangebote auch dazu dienen, die Arbeitswilligkeit zu überprüfen und Sanktionen zu verhängen bzw. das Arbeitslosengeld II drastisch zu senken." Dafür ständen die Wohlfahrtsverbände „nicht zur Verfügung".

Um die Zahl der Alg II-BezieherInnen zu reduzieren, will die Bundesregierung auch Sanktionen nutzen. In einem Beratungspapier des Arbeitsministeriums wird vorgeschlagen, die Leistungen für Alg II-BezieherInnen um bis zu 60 Prozent zu kürzen, wenn sie zweimal innerhalb eines Jahres eine zumutbare Arbeit ablehnen. Zudem will die Bundesregierung die Beweislast bei der Unterstützungspflicht von Lebenspartnern umkehren. Wer in einer Wohnung mit einem Hartz-IV-Empfänger lebt, muss künftig nachweisen, dass er nicht in einer Lebensgemeinschaft mit dem Arbeitslosen lebt. •

IT-Branche

Projektarbeit macht krank

Moderne Arbeitsformen wie Projektarbeit sind ein besonderes Merkmal der IT-Branche. Permanenter Zeitdruck, hohe Flexibilität und fehlende Arbeitspausen sind dabei inzwischen zu einem erheblichen Krankheitsrisiko geworden. Laut einer Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) leiden über 40 Prozent der Beschäftigten im IT-Bereich unter einem Burnout-Syndrom, weitere 30 Prozent zeigen bereits erste Symptome chronischer Erschöpfung. Die vom Bundesforschungsministerium geförderte Untersuchung sieht die Gefahr, dass sich diese Entwicklung auch auf andere Branchen ausweiten könnte. Die IT-Branche sei zu einer „Leitbranche" der Wissensgesellschaft geworden. Die Empfehlung des IAT gegen zu viel Stress: Die Unternehmen sollten vor Projektbeginn mit dem Auftraggeber über die Rahmenbedingungen der Arbeitsorganisation verhandeln. •

www.iatge.de/iat-report

Bundesagentur für Arbeit

Die Guten in Töpfchen

Die Reform der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeitigt erste Erfolge. Doch der Schein trügt: Die BA kümmert sich vor allem um die leicht vermittelbaren Arbeitslosen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt.

Arbeitslose sind für die Bundesagentur für Arbeit, die sich von der viel geschmähten Mammutbehörde in einen modernen Dienstleister verwandeln will, „Kunden". Sie werden in drei Gruppen eingeteilt: in „Marktkunden", d.h. qualifizierte Leute, die ohne große Probleme oder fremde Hilfe einen neuen Job finden; in „Beratungskunden", die gezielte Förderangebote benötigen; und in „Betreuungskunden", sprich wirklich schwierige Fälle.

Die Arbeitsvermittler konzentrieren sich auf die Arbeitslosen, die sie am schnellsten und mit dem geringsten Aufwand in Lohn und Brot bringen können. Wer seinen Job verloren hat, wird also noch einmal gesiebt – wer am dringendsten Hilfe benötigt, muss sich hinten anstellen. Ursula Engelen-Kefer, die stellvertretende DGB-Vorsitzende und alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrats der BA, befürchtet gar, die Agentur könne „zu einem Durchlauferhitzer für leicht vermittelbare ‚Marktkunden' werden".

Sie steht mit ihrer Kritik nicht allein. Die „Ökonomisierung" der BA führe dazu, dass bestimmte Arbeitslosengruppen „quasi systematisch" von ihren Dienstleistungen ausgeschlossen werden, sagte Hugh Mosley vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) kürzlich auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. Helmut Schröder vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas), Bonn, definierte die „Verlierergruppe": Arbeitslose über 50, die gesundheitlich angeschlagen sind und mit Bildung nicht viel am Hut haben.

WZB und infas bzw. Mosley und Schröder zählen zu den rund 20 Instituten bzw. 100 WissenschaftlerInnen, die u.a. Hartz III, den Umbau der BA, unter die Lupe genommen haben. Die Ergebnisse ihres Zwischenberichts sind zwar nur bedingt belastbar, weil die verwendeten Daten im wesentlichen aus den Jahren 2003 und 2004 stammen. Dennoch verteilen die WissenschaftlerInnen Vorschusslorbeeren: „Der Umbau der BA geht in die richtige Richtung. Effektivität und Effizienz ihrer Leistung werden gesteigert."

Bei der Bewerberaktivierung und der frühzeitigen Job-to-Job-Vermittlung konnten die erhofften Effekte aber noch nicht nachgewiesen werden. Von der Verschärfung der Zumutbarkeit wird keine Steigerung der Vermittlung erwartet. Auch der Verschärfung der Sperrzeiten komme insofern nur geringe Bedeutung bei.

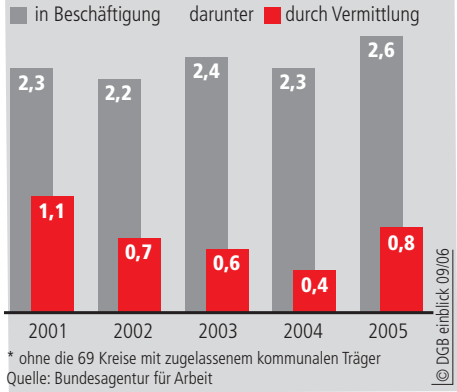
Die neuen Jobcenter, die als Anlaufstellen für Arbeitslose dafür sorgen sollen, den Zuständigkeitsdschungel zwischen Arbeits- und Sozialamt zu lichten, hätten für eine Beschleunigung der Abgänge in reguläre Beschäftigung gesorgt. Die Einteilung der Arbeitslosen in drei Kundengruppen wird aber als zu grob angesehen, zumal eine falsche Einstufung schnell dazu führen kann, dass notwendige Hilfen nicht gewährt werden – und damit ist das Überwechseln in die Langzeitarbeitslosigkeit programmiert.

Diese Tendenz zeichnet sich bereits ab: „Das Arbeitslosigkeitsvolumen verlagert sich stärker in den Rechtskreis SGB II", bilanziert die BA, sprich die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt, die der anderen sinkt.

Unterm Strich ändert sich nicht viel: Die Massenarbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau, und die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ebenfalls unverändert hoch; sie ist sogar noch ein bisschen gestiegen – von durchschnittlich 38,5 Wochen 2001 auf 39,5 Wochen 2005. •

Arbeitslosenvermittlung: Nicht besser geworden

Abgang an Arbeitslosen nach Abgangsgründen 2001 – 2005* (in Millionen)

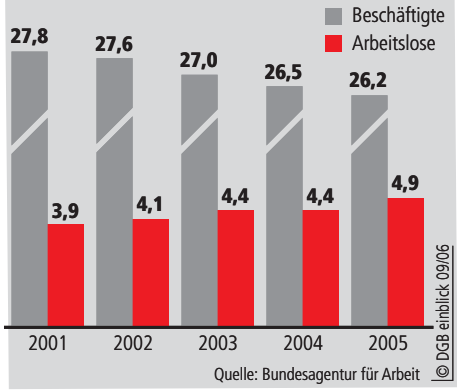


* ohne die 69 Kreise mit zugelassenem kommunalen Träger
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der schöne Schein: Der sprunghafte Anstieg der Vermittlungen im Jahr 2005 um mehr als 400 000 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass seit In-Kraft-Treten von Hartz IV die Vermittlung in Ein-Euro-Jobs mitgezählt wird.

Weniger Beschäftigte, mehr Arbeitslose

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose 2001 – 2005 (in Millionen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Eine gefährliche Zuspitzung: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt seit Jahren, während gleichzeitig die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt.

Ständig bergab

- ***Seit Februar fallen Arbeitslose in der Regel bereits nach zwölf Monaten (bisher 18) unter Hartz IV (Arbeitslosengeld II); ab dem 55. Lebensjahr besteht noch ein Arbeitslosengeld I-Anspruch für 18 Monate (bisher 32).***
- ***Zwei weitere Änderungen sorgen dafür, dass noch weniger Arbeitslose Arbeitslosengeld I erhalten: Erstens: Die Mindestversicherungspflicht von zwölf Monaten muss in den letzten zwei (bisher drei) Jahren vor der Arbeitslosmeldung erfüllt worden sein. Zweitens: Die Vorbeschäftigungszeit für einen über zwölf Monate hinausgehenden Arbeitslosengeldanspruch muss innerhalb der letzten drei (bisher sieben) Jahre erfolgt sein.***
- ***Die einmal erreichte Höhe des Arbeitslosengeldes bleibt bei erneuter Arbeitslosigkeit zwar erhalten, aber nur noch für zwei statt drei Jahre. Arbeitgeber, die langjährig Beschäftigte ab 55 entlassen, müssen der Bundesagentur für Arbeit keinen Cent Arbeitslosengeld mehr erstatten.***
- ***Die Ich-AG wird nur noch bis 30. Juni gefördert. Diese Förderung und das Überbrückungsgeld werden vereinheitlicht.***
- ***Der Regelsatz für Alg II-Empfänger wird zwar am 1. Juli auf 345 Euro für Ost- und Westdeutschland angehoben, ihr Rentenbeitrag aber am 1. Januar 2007 von 78 auf 40 Euro pro Monat abgesenkt.***

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di-Jugend

arena informiert

Welche Informationen brauchen frisch gewählte Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen (JAV)? Wie funktioniert eigentlich die gesetzliche Krankenversicherung? Und was ist beim Einsatz von Azubi-Fragebögen durch Ausbilder zu beachten? Diese und viele andere Fragen beantwortet *arena*, das Infomagazin für ver.di-JAV'n in der ersten Ausgabe dieses Jahres. Da die Redaktion die Publikation weiter verbessern will, sind die LeserInnen gefragt, Vorschläge einzubringen. Wer den Fragebogen im Mittelteil des Magazins ausfüllt und einsendet, gewinnt mit etwas Glück eine Mini-Maglite. *arena* kann kostenlos beim ver.di-Bundesvorstand bestellt werden. •

jugend@verdi.de

Forschungsjournal

Soziale Bewegungen

Ob es um die Einführung von Arbeitnehmerrechten oder das Frauenwahlrecht ging: Ohne soziale Bewegungen hätte es diese Errungenschaften wohl nie gegeben. Heute spricht man von „Neuen sozialen Bewegungen" und denkt dabei an die Umweltbewegung oder den Einsatz für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Einen fundierten Überblick über dieses Themenfeld gibt unter dem Titel „Immer in Bewegung – nie am Ziel" die aktuelle Ausgabe des *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. Ob Frauenbewegung oder Globalisierungskritik: Die AutorInnen hinterfragen kritisch die langfristige Wirkung des jeweiligen Engagements. •

Lucius & Lucius Verlagsges., Stuttgart 2006, 148 S., Jahresabo 39 Euro.

Broschüre

Dienstleistung ausbaufähig

Gut 70 Prozent der bundesdeutschen Wertschöpfung und Beschäftigung finden im „dritten Sektor" statt. Doch es gibt erheblichen Entwicklungsbedarf. Den haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und ver.di in einem gemeinsamen Arbeitskreis Dienstleistungen ausgemacht. Eine Zwischenbilanz ihrer bisherigen Arbeit ziehen sie in der Broschüre „Dienstleistungen in Deutschland – besser als ihr Ruf, dennoch stark verbesserungsbedürftig". Im Mittelpunkt stehen Ansätze für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit und mehr Beschäftigung zugleich ermöglicht.

www.fes.de/wirtschaftspolitik

interregio

••• Am 11. Mai lädt die ***Kooperationsstelle Hochschulen& Gewerkschaften Hannover-Hildesheim*** zur ***Diskussionsveranstaltung*** „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft" ein. Vertreter der Sozialpartner überlegen gemeinsam mit Wissenschaftlern und Politikern, wie künftige Arbeitsverhältnisse gestaltet werden können. Zentrale Frage wird dabei sein, ob eine von Erwerbsarbeit unabhängige Existenzsicherung geschaffen werden muss. Die Diskussion ist Teil einer Veranstaltungsreihe zum 175-jährigen Bestehen der Universität Hannover.

Infos: *www.koop-hg.de*

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Tarifpolitik

Vernetzung geplant

Die Flexibilisierung der Tariflandschaft ist weit vorangeschritten. Durch den Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie dürfte sie sogar noch einen zusätzlichen Schub erhalten. Weil mit der Flexibilisierung aber auch die Bindekraft von Tarifverträgen schwindet, wollen die Gewerkschaften aus der Not eine Tugend machen: Eine neue Verknüpfung von Tarif- und Betriebspolitik soll zur Restabilisierung des Tarifsystems führen.

„Der Gewinner ist – die IG Metall", kommentierte der *Tagesspiegel* überschwänglich den Pilotabschluss der NRW-Metaller vom 22. April. Dabei ist das noch gar nicht ausgemacht, denn die Tarifrunde in Deutschlands wichtigster Industriebranche geht jetzt in die Verlängerung – in die Betriebe.

Erstmals kann die Einmalzahlung von den Betriebsparteien bestimmt werden. Geht's der Firma gut, kann der Betrag von 310 Euro auf 620 Euro verdoppelt werden; ist die Ertragslage schlecht, kann die Einmalzahlung bis auf Null reduziert werden. Sowohl Geschäftsführung als auch Betriebsrat können die jeweils andere Seite zu Verhandlungen auffordern. Einigen sie sich nicht, sind 310 Euro fällig.

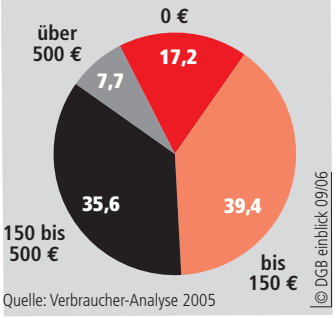
Die IG Metall hätte dabei gern ein Wörtchen mitgeredet, ist aber am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Als Niederlage empfindet sie das jedoch nicht, eher als Chance: null oder 620 Euro? Das wird jetzt die beherrschende Frage in allen tarifgebundenen Metallunternehmen – und die IG Metall will dafür sorgen, dass die Antwort öfter 620 als null lautet. Oder dass der Verzicht auf Geld durch Gegenleistungen des Arbeitsgebers wie zum Beispiel Standort- und Beschäftigungsgarantien honoriert wird.

Die betriebliche Tarifpolitik hat jetzt ein konkretes Thema – und die IG Metall Aussicht auf neue Mitglieder: Gerade wenn Gewerkschaften im Betrieb spürbar sind, treten viele Beschäftigte der Gewerkschaft bei.

Was für die IG Metall tarifpolitisches Neuland ist, ist für die IG BCE vertrautes Terrain: In der Chemie-Industrie senkten von 2000 Betrieben nicht einmal 20 die Einmalzahlung. Ob der Arbeitgeberverband Gesamtmetall die erstmals vereinbarte „echte Öffnungsklausel" auch morgen noch bejubelt, bleibt deshalb abzuwarten. Zumal es kaum ein besseres Argument für die Gründung eines Betriebsrats gibt: Mehr als 310 Euro kann es nur per Betriebsvereinbarung geben – und dafür braucht's eine Arbeitnehmervertretung.

Wenig bis nichts

Frei verfügbares Haushaltseinkommen 2005 (in Prozent)



Quelle: Verbraucher-Analyse 2005

11,2 Millionen Bundesbürger haben kein frei verfügbares Nettoeinkommen, um zu sparen oder sich etwas zu gönnen – das sind 17,2 Prozent aller Haushalte, denen nach Abzug aller Kosten wie Miete, Einkäufe und Versicherungen nichts bleibt. Damit ist die Zahl derjenigen, die sich nichts mehr leisten können, seit 2001 um rund eine Million gestiegen. Das ergibt die Verbraucher-Analyse der Verlage Bauer und Springer.

Ganz neue Dimensionen betrieblicher Tarifpolitik eröffnet der Tarifvertrag zur Qualifizierung (TV Q), gegen den sich die Metallarbeitgeber bis zuletzt gewehrt haben: Er verpflichtet sie, gemeinsam mit dem Betriebsrat den betrieblichen Qualifizierungsbedarf festzustellen – und mindestens einmal im Jahr mit jedem Beschäftigten über dessen Qualifizierungsbedarf zu reden. Besteht ein Bedarf, werden Qualifizierungsmaßnahmen vereinbart. Die Beschäftigten können Vorschläge machen und den Betriebsrat hinzuziehen, der Betriebsrat seinerseits Sachverständige.

Mit Weiterbildung per Tarifvertrag hat die IG Metall bereits Erfahrung – allerdings nur in Baden-Württemberg. Dort gibt es sie seit 2001. Und siehe da: Rund „zwei Drittel der Betriebsräte und die Hälfte der Manager" bestätigten, dass das Thema plötzlich wichtiger genommen wird, hat das Tübinger Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur festgestellt. Knapp die Hälfte der Betriebsräte und fast ein Drittel der Manager gaben an, dass mittlerweile mehr betriebliche Weiterbildung stattfindet.

Die Wirkung des neuen TV Q dürfte folgenreicher sein: Der Düsseldorfer Pilotabschluss sieht vor, dass die Beschäftigten ihren Anspruch auf Weiterbildung im Konfliktfall nicht selbst vor Gericht durchsetzen müssen; das regeln Betriebsrat oder Gewerkschaft.

Positive Erfahrungen mit tariflich vereinbarter Weiterbildung macht auch die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie. Dort existiert seit 1997 ein paritätisch kontrollierter Weiterbildungsfonds. Und 25 Prozent der Betriebe nutzen die Qualifizierungsangebote des Fonds – Tendenz steigend.

Womöglich sind die Metallarbeitgeber eines Tages für den – bis zuletzt bekämpften – TV Q dankbar. Selbst sie bestreiten nicht, dass Unternehmen, die in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter investieren, erfolgreich sind. •

Tarifsystem im Umbruch

Die Tarifbindung geht seit Mitte der 90er Jahre zurück. Differenzierung und Dezentralisierung verändern das Tarifsystem grundlegend. Und beide Trends stellen die Gewerkschaften vor „grundlegende Herausforderungen", sagt Reinhard Bispinck, der Leiter des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung: „Gefordert ist eine neue Verknüpfung von Tarif- und Betriebspolitik."

Das System der Flächentarifverträge, das mit verbindlichen Mindeststandards branchenbezogen die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller Beschäftigten regelt, gehört vielleicht bald schon der Vergangenheit an. Laut WSI-Tarifarchiv gilt die Tarifbindung nur noch für 68 bzw. 53 Prozent der Beschäftigten in West- bzw. Ostdeutschland und nur noch für 43 bzw. 23 Prozent der Betriebe. Rund ein Drittel der Arbeitgeberverbände bietet Mitgliedschaften ohne Tarifbindung (OT) an.

Zur Restabilisierung des Tarifsystems sollte nach Auffassung des WSI-Experten Bispinck auch der Gesetzgeber beitragen: Nützlich wäre eine erleichterte Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, ein gesetzlicher Mindestlohn sowie ein Klagerecht der Gewerkschaften, um eine bessere Durchsetzung vereinbarter Tarifverträge zu gewährleisten.

kurz&bündig

Die GEW hat vorgeschlagen, einen Teil der staatlichen Leistungen für Familien direkt in Bildungseinrichtungen zu investieren, um so Betreuung und Bildung bis zum 14. Lebensjahr gebührenfrei zu halten. „Wer 150 Euro Kindergeld bekommt, aber 300 Euro Kita-Gebühren" bezahlt, habe wenig vom bisherigen System.

Die IG BAU fordert ein deutsches „Urwaldschutzgesetz", das Unternehmen verpflichtet, die legale Herkunft ihres Holzes nachzuweisen. Allein bei Holzimporten aus Brasilien läge der Anteil illegal geschlagener Hölzer bei etwa 80 Prozent. Auch aus Indonesien und Russland werde Holz im Wert von hunderten Millionen Euro unkontrolliert eingeführt.

Mit einer Vereinbarung über „Faire Betriebsratswahlen" und der Einrichtung einer Clearing-Stelle will ver.di die Wahl von Arbeitnehmervertretungen in den 2600 Filialen des Discounters Lidl erleichtern. Die Clearing-Stelle soll mit zwei „Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben" besetzt werden.

Die IG Metall hat den Otto-Brenner-Preis zum zweiten Mal unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" ausgelobt. Bis zum 31. Juli können Medienbeiträge eingereicht werden, die ab August 2005 veröffentlicht wurden.
www.otto-brenner-preis.de

Mindestlohn

DGB beschließt Eckpunkte

Bis zum Herbst will die Bundesregierung ein Konzept vorlegen, wie der Niedriglohnbereich neu geordnet werden kann. Spätestens dann fällt die Entscheidung, ob es auch in Deutschland einen Mindestlohn geben wird, um im Niedriglohnbereich die Spirale nach unten zu beenden, und ob es zur Einführung von Kombilöhnen kommt.

Auch auf dem DGB-Bundeskongress Ende Mai in Berlin wird das Thema eine Rolle spielen. NGG und ver.di werben für einen gesetzlichen Mindestlohn, die IG BCE steht Mindestlöhnen hingegen nach wir vor skeptisch gegenüber.

Wie ein möglicher Kompromiss aussehen kann, geht aus den „Eckpunkten zur Sicherung im unteren Einkommensbereich" hervor, die der DGB-Bundesvorstand am 2. Mai beschlossen hat. Sie sind die Grundlage für einen Initiativantrag, den der DGB-Bundesvorstand dem Kongress vorlegen wird. In den Eckpunkten lehnt der DGB eine flächendeckende Einführung von Kombilöhnen als „beschäftigungspolitisches Instrument zur Ausweitung des Niedriglohnsektors" ausdrücklich ab. „Spezifische Kombinationen von Arbeits- und Transfereinkommen", die Langzeitarbeitslose und Personengruppen mit Problemen in den Arbeitsmarkt integrieren sollen, will der DGB hingegen unterstützen.

Bei der Bekämpfung von Armutslöhnen sind nach Meinung des DGB „tarifvertragliche Lösungen vorzuziehen". Die Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, müsste erleichtert, das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Tarifbereiche ausgedehnt werden. Zudem fordert der DGB einen „einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn", der vor allem in den Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt, oder diese nicht greifen, ein Sinken der Löhne unter die Armutsschwelle verhindern soll.

In einem ersten Schritt soll der Mindestlohn bei 7,50 Euro liegen. In der Folgezeit soll eine unabhängige Kommission im Einvernehmen mit den Tarifparteien Vorschläge machen, wie er weiter erhöht werden kann. Die endgültige Festsetzung erfolgt durch die Bundesregierung. Einen vergleichbaren Vorschlag hatten NGG und ver.di bereits Anfang März bei der Vorstellung ihrer Mindestlohnkampagne gemacht *(einblick 5/2006)*. Sie argumentieren, dass ein gesetzlicher Mindestlohn kein Eingriff in die Tarifautonomie sei, sondern lediglich Löhne und Gehälter nach unten absichern würde. Auch bei anderen gesetzlichen Mindeststandards, wie zum Beispiel beim Urlaubsanspruch und beim Arbeitszeitgesetz, lägen die Tarifstandards höher. •

Verkehrsbranche

Verbandsübergreifend gegen Lohndumping

TRANSNET und fünf weitere Gewerkschaften des Verkehrssektors wollen künftig enger zusammenarbeiten. Ein gemeinsames Positionspapier stellt die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und die sozialverträgliche Ausgestaltung „prekärer Arbeitsverhältnisse" in den Mittelpunkt der Kooperation. Neben TRANSNET zählen die zum Deutschen Beamtenbund gehörende Verkehrsgewerkschaft GDBA, die Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO) sowie drei Mitgliedsgewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) zu den Partnern der Vereinbarung. In einem ständigen Arbeitskreis wollen die Arbeitnehmerorganisationen „ungeachtet bestehender Konkurrenzverhältnisse" und „unterschiedlicher Zugehörigkeit zu Dachverbänden" ihre gemeinsamen Ziele diskutieren. Für dieses Jahr ist außerdem die Auftaktveranstaltung eines „Forums für humane Mobilität" geplant. •

Am 18. Mai startet der vom DGB präsentierte Dokumentarfilm „Workingman´s Death" in den deutschen Kinos. Der Film des Österreichers Michael Glawogger zeigt in fünf Episoden, dass Arbeitsbedingungen wie im 19. Jahrhundert in vielen Ländern immer noch zum Alltag gehören: ob in ukrainischen Minen oder in nigerianischen Schlachthöfen.



Soziale Verantwortung der Unternehmen

Gähnende Leere bei betrieblicher Praxis

Wenn es um Corporate Social Responsibility (CSR) geht, zu deutsch um die soziale Verantwortung von Unternehmen, haben fast alle international agierenden Konzerne Defizite. Auch die EU kommt ihrer Verpflichtung, CSR-Konzepte zu unterstützen, nur unzureichend nach.

Ende März hat die Europäische Kommission ihre lang erwartete Mitteilung zu Corporate Social Responsibility (CSR), der sozialen Verantwortung von Unternehmen, vorgelegt. Ihr Titel „Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Eine europäische Führungsposition im Feld der sozialen Verantwortung der Unternehmen" signalisiert einen hohen Anspruch – doch **der Rhetorik des Titels werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht gerecht.** Sie knüpfen weder an die vorangegangenen Debatten im Rahmen des Grünbuches zum Thema CSR aus dem Jahre 2001 an, noch nehmen sie Bezug auf die noch immer unzureichende Praxis der sozialen Verantwortung global operierender Unternehmen. Existierende Instrumente zur Förderung von CSR und die damit gemachten Erfahrungen, darunter die im Jahre 2000 neu gefassten und von 18 Regierungen der heutigen EU-Länder mitbeschlossenen OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, waren der Kommission nicht einmal eine Fußnote wert.

Mit ihrem CSR-Konzept, das auf Freiwilligkeit und die Unterstützung der Unternehmen für eine „Europäische Allianz für wettbewerbsfähige und nachhaltige Unternehmenspolitik" zielt, setzt sich die Kommission nicht nur in einen Gegensatz zu den Forderungen von Gewerkschaften und NGOs. **Sie missachtet auch die enttäuschenden Erfahrungen,** die mit CSR auf der Grundlage von Freiwilligkeit und unternehmerischer Selbstregulierung gemacht wurden. Diese lassen, wie selbst Untersuchungen wirtschaftsfreundlicher Organisationen wie der OECD belegen, nur einen Schluss zu: Eine wirksame Praxis der sozialen Verantwortung von Unternehmen erfordert einen verbindlichen und detaillierten Rahmen mit Verhaltensempfehlungen unter Einschluss von globalen Zulieferketten und Produktionssystemen. Auch am Anfang des 21. Jahrhunderts ist es keineswegs selbstverständlich, dass Unternehmen Menschen- und Gewerkschaftsrechte respektieren, dem Umwelt- und Verbraucherschutz Rechnung tragen und auf Erlangung von Wettbewerbsvorteilen durch Bestechung oder Korruption verzichten.

Die Politik kann jedoch bei der Vorgabe von Verhaltensempfehlungen und Appellen an die Unternehmen, sich stärker für CSR zu engagieren, nicht stehenbleiben. Notwendig sind, unabhängig vom Grad der Verbindlichkeit der Verhaltensempfehlungen, Mechanismen und Instrumente zu ihrer Umsetzung und zur Kontrolle ihrer Anwendung. Ein Beispiel dafür sind die OECD-Leitsätze, die alle OECD-Länder zur Einhaltung genau definierter Min-



Roland Schneider, 56, ist politischer Sekretär beim gewerkschaftlichen Beratungsgremium (TUAC) der OECD in Paris.

deststandards verpflichten. Allerdings: Fortschritte in der CSR-Praxis hängen trotz der Verpflichtung der Regierungen maßgeblich davon ab, **ob es gelingt, eine gesellschaftliche Erwartungshaltung in politisch-moralischen Druck umzusetzen** und auf das Verhalten der Unternehmen einzuwirken. Dies ist bisher nur unzureichend gelungen.

Trotz der mit der Annahme der OECD-Leitsätze eingegangenen Verpflichtungen haben sich bisher nur wenige Regierungen zugunsten ernsthafter CSR-Förderung engagiert. Passivität und Inaktivität hinsichtlich der Förderung von CSR, mangelnde Transparenz und fehlende Zeitvorgaben, bürokratische Handhabung der Lösung von Konfliktfällen sowie restriktive Interpretation der OECD-Leitsätze charakterisieren das Regierungshandeln. Dieser Sachverhalt **erfordert eine engagierte und zielgerichtete gewerkschaftliche Antwort:** Sie müssen das Instrument CSR mehr als bislang für die Stärkung von Gewerkschaftsrechten nutzen. Ausbaubedürftig sind vor allem das gewerkschaftliche Engagement zugunsten von CSR-Konzepten und deren Umsetzung in der betrieblichen Praxis, u. a. durch Seminare mit Gewerkschaftsvertretern aus Entwicklungsländern und Europäischen Betriebsräten. Und nicht zuletzt ist ein anhaltender Druck auf die Regierungen wie auf die Europäische Kommission erforderlich, um Fortschritte im Feld der CSR-Praxis zu erzielen. Und um dem Anliegen der Kommission gerecht zu werden, nämlich bei der Umsetzung von CSR eine Führungsposition für Europa zu erzielen. •

Verpflichtung der Konzerne

Die zwischen 1998 und 2000 aktualisierten Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen sind die wichtigste Vereinbarung auf internationaler Ebene, wenn es um die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards im weltweiten Handel geht. Die Leitsätze verpflichten die Unternehmen und die Regierungen der OECD-Länder nicht nur zur Einhaltung der Menschenrechte, zur Bekämpfung der Kinderarbeit und zur Beseitigung von Zwangsarbeit, sondern auch zum Schutz der Arbeitnehmerrechte. Dazu zählt auch das Recht zur Gründung von Gewerkschaften und zum Abschluss von Tarifvereinbarungen. Bei der Umsetzung der OECD-Leitsätze in die Praxis gibt es jedoch zum Teil erhebliche Defizite.

Vorbilder gesucht

Noch gibt es keine verbindlichen Richtlinien, die Unternehmen auch auf der nationalen Ebene zur Einhaltung von CSR-Grundsätzen verpflichten. Im Herbst wird das „Forum Zukunftsökonomie" zu deren Initiatoren auch der einblick gehört, deshalb erstmals Unternehmen auszeichnen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in besonderer Weise gerecht werden (einblick 8/2006). Dazu können auch die einblick-LeserInnen Vorschläge machen. Infos:
www.preis-der-arbeit.de

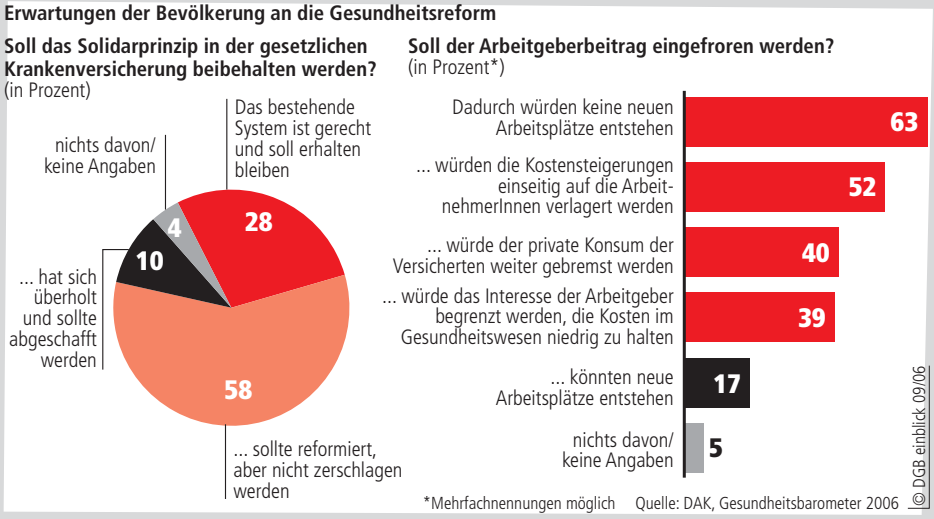
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

KRANKENVERSICHERUNG: Deutliche Mehrheit gegen Privatisierung

87 Prozent der Bundesbürger lehnen einen Systemwechsel in der Krankenversicherung ab: 28 Prozent wollen das Modell der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung unverändert beibehalten, 59 Prozent lediglich behutsam reformieren. Das hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) ermittelt. Auch Überlegungen, den Beitrag der Arbeitgeber einzufrieren, beurteilt die Mehrheit kritisch. Dadurch würden keine neuen Arbeitsplätze entstehen.



14 TAGE

9.5. DGB, Tagung „Zwischen Beruf und Familie ist kein Platz für ein ‚oder'", Berlin

10.5. DGB und Gewerkschaften „Politik spaltet – Brücken verbinden", Demonstrationszug über die Rheinbrücke von Wiesbaden (Hessen) nach Mainz (Rheinland-Pfalz)

11.5. Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Hannover – Hildesheim, Vortrag „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft", Hannover

12.5. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Workshop „Betriebsverlagerungen in die EU-Erweiterungsländer – ein Dilemma?", Osnabrück

16.5. Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Workshop „Kapital in Mitarbeiterhand: Hemmschuh oder Motor für die Mitbestimmung?", Berlin

16./17.5. IG Metall, Fachkonferenz „Automobilindustrie am Scheideweg – Haben Taylorismus und Miniberufe Zukunft?", Leipzig

17.5. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen „Föderalismusreform und Bildung: Von der Kooperation zum (ruinösen) Wettbewerb", Berlin

17.5. DGB Bremen, Arbeitsschutzkonferenz „Eingliederungsmanagement in Betrieben und Dienststellen", Bremen

22.-26.5. DBG-Bundeskongress „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab", Berlin

Tipp

***Buch:* Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2006. Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung, Papy Rossa Verlag, Köln 2006, 300 S., 17,50 Euro**

Das seit 1977 jährlich erscheinende „Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik" ist keine wissenschaftliche Expertise über die Wirtschaftsentwicklung der kommenden zwölf Monate, sondern eine Gegenposition zum Gutachten der fünf Weisen. Eine gut lesbare, fachlich fundierte Kritik an den Grundannahmen der in Wirtschaftswissenschaft, Öffentlichkeit und Politik dominierenden Thesen einer angebotsorientierten Ökonomie.

Gegliedert ist das Memorandum 2006 in zehn Kapitel, vom Ziel gute Bildung für alle über das Konzept einer auf Steuergerechtigkeit basierenden nachhaltigen Finanzpolitik bis zur Forderung nach einem neuen Solidarpakt III für Ostdeutschland. Viele der im Memorandum vertretenen Positionen sind ein Spiegelbild der auch in Gewerkschaftskreisen vertretenen Grundüberzeugungen, etwa wenn es um die Kritik an den Hartz-Reformen oder um den Kombilohn geht. Ihn halten die AutorInnen des Memorandums nur zeitlich und auf einzelne Zielgruppen begrenzt für tauglich. Zu den Empfehlungen des Memorandums gehört auch ein Grundeinkommen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Cappuccino-Luder"

Die Süddeutsche Zeitung vom 27. April über die Feststellung des aktuellen Familienberichts der Bundesregierung, deutsche Mütter würden ihre „gewonnene Zeit nicht in Hausarbeit investieren, sondern in persönliche Freizeit."

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.05.2006 10/06

DGB

inhalt

Seite 3
Ganz oben auf der Agenda
Die Initiative Trendwende nimmt Fahrt auf

Seite 4
Sieben Millionen sind eine magische Grenze
Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zieht eine persönliche Bilanz der vergangenen vier Jahre

Seite 10
Unschlagbar: Die Menschen dahinter
Das Service-Angebot von DGB und Gewerkschaften zur Fußball-WM

Seite 11
Nur für Kinder sinnvoll
Ein Grundeinkommen für alle ist nicht finanzierbar, meint Armutsforscher Richard Hauser

DGB-Bundeskongress

Neuer Blick auf Europa

„Die Würde des Menschen ist unser Maßstab", unter diesem programmatischen Titel werden vom 22. bis 26. Mai 400 Delegierte des DGB-Bundeskongresses in Berlin nicht nur den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) neu wählen, sondern auch über die politischen Ziele des DGB für die kommenden vier Jahre entscheiden. Eine zentrale Rolle spielt neben den Themen Mindestlohn, neue Finanzarchitektur des Sozialstaates sowie der Trendwende bei der Mitgliederentwicklung auch das Thema Europa. Ihm ist auf dem Kongress eigens ein zweiter Leitantrag vorbehalten.

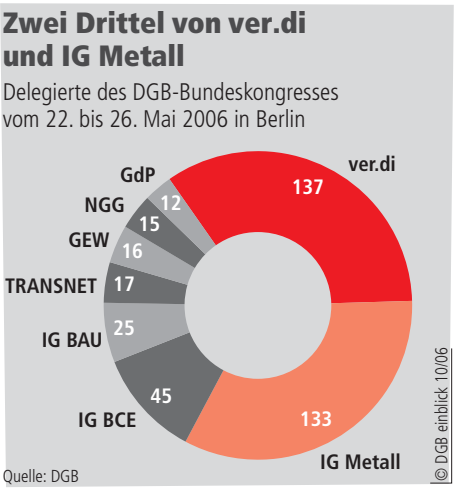
In dem Antrag bekennt sich der DGB ausdrücklich zum Ziel der europäischen Integration. Die Erweiterung der EU um die osteuropäischen Staaten diene nicht nur der Sicherung von Frieden, Demokratie und Bürgerrechten in ganz Europa, sondern sie eröffne den neuen wie den alten EU-Ländern auch neue Perspektiven.

Gleichzeitig mahnt der DGB die fehlende soziale Dimension Europas an. Die europäische Wirtschaftspolitik sei einseitig auf angebotsorientierte Maßnahmen ausgerichtet. Unter Strukturreformen verstehe die EU nur Deregulierung und Abbau sozialer Sicherheit. Viele BürgerInnen, insbesondere in den alten EU-Ländern, fühlten sich durch diese Form der europäischen Integration verunsichert, warnt der DGB. Er fordert deshalb eine Ausrichtung der europäischen Politik auf ein qualitatives Wachstum, das eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung Europas ermögliche. Um dieses Ziel zu erreichen, sei auch eine Neuorientierung des europäischen Sozialdialogs notwendig, die Rolle der Sozialpartner auf europäischer Ebene müsse gestärkt werden.

Zudem fordert der Leitantrag eine stärkere Europäisierung der Gewerkschaften selbst. Die Wahrnehmbarkeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) auf der Brüsseler Bühne müsse „erhöht werden". Der EGB müsse in die Lage versetzt werden, die Interessen der europäischen ArbeitnehmerInnen „effektiv zu benennen und stärker präsent zu sein", heißt es in dem vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Antrag. Weitere Schwerpunkte der Beratung unter den mehr als 130 vorliegenden Anträgen sind die Themen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, soziale Sicherungssysteme und die Bildungspolitik.

Für den DGB-Kongress haben sich zahlreiche SpitzenpolitikerInnen angesagt, darunter Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Vizekanzler Franz Müntefering (SPD), Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und die Fraktionsvorsitzenden Renate Künast (Grüne) und Oskar Lafontaine (Linkspartei). •

www.bundeskongress2006.dgb.de



400 Delegierte sind beim DGB-Bundeskongress stimmberechtigt. ver.di stellt 137 Delegierte, knapp gefolgt von der IG Metall mit 133 Delegierten. Das entspricht zusammen 67,5 Prozent. An dritter Stelle liegt mit 45 Delegierten (11,25 Prozent) die IG BCE, gefolgt von der IG BAU mit 25 Delegierten (6,25 Prozent). Auf die übrigen vier DGB-Gewerkschaften, TRANSNET, GEW, NGG und GdP, entfallen zusammen 60 Delegierte (15 Prozent).

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Horst Köhler hat sich in der Debatte um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für flexible tarifrechtliche Lösungen ausgesprochen. Er wünsche sich in dieser Frage „möglichst viel Freiheit für jeden Einzelnen und für die Tarifpartner".***

– ***FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle hat die Länder aufgefordert, das schwarz-rote Gleichbehandlungsgesetz im Bundesrat abzulehnen. Es entspreche dem rot-grünen Antidiskriminierungsgesetz, sei „Unfug" und führe zu mehr Bürokratie.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.demokratie24.de
Plattform für „interaktive Demokratie": online politisch engagieren

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
GEW-Kommentar zur PISA-Sonderauswertung Migration



Organisationspolitik

Baustelle DGB

Für eine erfolgreiche Trendwende bei der Mitgliederentwicklung muss auch die Organisationsstruktur des DGB weiterentwickelt werden. Auf dem DGB-Bundeskongress beraten die Delegierten über einen entsprechenden organisationspolitischen Antrag des DGB-Bundesvorstandes.

Eine enge Orientierung an den Interessen der Mitglieder soll die Leitlinie für die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des DGB sein. Der Antrag will einen Orientierungsrahmen dafür bieten, schlägt aber noch keine konkreten Maßnahmen vor. Vielmehr ist geplant, in den nächsten Monaten neue Formen der Zusammenarbeit von DGB und Gewerkschaften zu entwickeln und sie anhand von Pilotprojekten in zehn bis fünfzehn DGB-Regionen zu erproben. Überprüft werden soll auch, wie sich Synergien zwischen DGB und Gewerkschaften stärker nutzen lassen. Die Erkenntnisse, die auf der „Baustelle DGB" in den nächsten Monaten gewonnen werden, sollen in ein „Konzept der Weiterentwicklung des DGB" einfließen, das bis Ende 2007 vorliegen soll. Flankiert wird der organisationspolitische Antrag auf dem Kongress von verschiedenen Satzungsanträgen.

Ziel ist, dass auch in Zeiten knapper finanzieller und personeller Möglichkeiten die Gewerkschaften vor Ort erreichbar bleiben. So sind bundesweit DGB und Gewerkschaften zwar in über 300 Orten präsent, aber nicht jede Gewerkschaft ist für ihre Mitglieder in ausreichender Nähe erreichbar. Mithilfe von **gemeinsamen Anlaufstellen** könnte die Erreichbarkeit gesichert werden – vor allem in ländlichen Regionen. Die Aufgaben in den DGB-Regionen sind vielfältig und häufig kaum noch von den wenigen Beschäftigten dort zu leisten. Eine Entlastung könnten neue Formen der **Kooperationen** zwischen Regionen bieten. Andere Projekte beschäftigen sich mit der gewerkschaftlichen **Vorfeldarbeit** in Schulen und Hochschulen. Erprobt werden auch ortsunabhängige **Kompetenzcenter** etwa zur Bildungsarbeit, zur Verkehrspolitik oder zur Koordination der frauenpolitischen Gleichstellungsarbeit. Sie sollen helfen, Synergien zu nutzen und die Qualität der DGB-Angebote trotz knapper personeller Ressourcen zu verbessern. Einen hohen Stellenwert



In einer Reihe von DGB-Regionen werden bereits neue Formen der Kooperation erprobt.

räumt der Antrag deshalb auch der Personalentwicklung und der Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen ein.

„Baustelle DGB" ist der Titel einer Ausstellung, die erstmals auf dem DGB-Kongress präsentiert wird. Sie zeigt anhand von Beispielen guter Praxis aus DGB-Regionen und -Bezirken, dass es für viele der geplanten Pilotvorhaben schon jetzt Vorbilder gibt – von Kooperationsprojekten in der Region Emscher-Lippe und DGB-Informationsbüros in der südhessischen Region Starkenburg über Campus Offices als gewerkschaftliche Anlaufstellen für Studierende in etlichen Hochschulorten bis zur Unterstützung der Gewerkschaften durch den DGB bei der grenzüberschreitenden Gewerkschaftsarbeit, etwa in Bayern. Weitere Beispiele werden auf der Intranet-Seite *www.initiative-trendwende.de* vorgestellt, auf die alle Beschäftigten von DGB und Gewerkschaften Zugriff haben. •

Initiative Trendwende

Initiative Trendwende

Näher ran an die Menschen

Mit der „Initiative Trendwende" wollen DGB und Gewerkschaften mit dafür sorgen, den Negativtrend bei den Mitgliederzahlen umzukehren. Auf dem DGB-Bundeskongress werden die im Rahmen der Initiative entwickelten Projekte erstmals öffentlich vorgestellt.

Die Lage ist ernst: „Abnehmende Mitgliederzahlen stellen Gewerkschaften und DGB vor große Herausforderungen. Mit der Initiative Trendwende stellen wir uns gemeinsam den Ursachen dieser Entwicklung, um sie umzukehren", sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Mit rund 6,8 Millionen Mitgliedern hat der Mitgliederstand der DGB-Gewerkschaften Ende 2005 einen Tiefstand erreicht. Zwar hat sich im letzten Jahr der Mitgliederschwund mit einem Minus von 3,3 Prozent gegenüber 2004 (Minus 4,8 Prozent) deutlich abgeschwächt. Auch konnten die Gewerkschaften mit über 280 000 Neueintritten insgesamt mehr Mitglieder gewinnen als jeweils in 2003 und 2004. Erfreulich: Ein Drittel der neu Eingetretenen sind junge Menschen.

Attraktiver werden

Doch die Trendwende ist noch lange nicht erreicht. Deshalb haben der DGB-Vorsitzende und die acht Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften die im letzten Jahr gestartete „Initiative Trendwende" zur Chefsache erklärt. Dabei geht es nicht einfach darum, die Mitgliederwerbeaktivitäten zu verstärken. Vielmehr sollen gewerkschaftliche Angebote und Organisationsstrukturen so weiter entwickelt und ergänzt werden, dass sie mit dafür sorgen, die Gewerkschaften wieder für mehr Menschen attraktiv zu machen.

Dafür suchen die Gewerkschaften nach neuen Wegen, ihre Angebote stärker als bisher an den Interessen der Mitglieder, auch der potenziellen, auszurichten. Auch sollen Kooperationen zwischen DGB und Gewerkschaften ausgebaut und das Profil der Gewerkschaften geschärft werden.

Im Rahmen der Initiative werden entsprechend Projekte gefördert, die die Leistungsfähigkeit und die Attraktivität von DGB und Gewerkschaften stärken. Zurzeit gibt es sechs Pilotprojekte, weitere, etwa zur Europapolitik, sollen folgen. Die Bandbreite der Projekte ist groß:

- ***Mit einem eigenen Modell für eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaates will sich der DGB in die Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates einmischen.***
  Infos: hans-joachim.schabedoth@dgb.de
- ***Mithilfe einer Potenzialanalyse sollen die Erwartungen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern an die Gewerkschaften stärker ins Blickfeld rücken. Dafür werden im Rahmen des Projektes zum Beispiel Umfragen entwickelt und eingesetzt.***
  Infos: christiane.zerfass@dgb.de
- ***Mit der Etablierung eines DGB-Index „Gute Arbeit", der ähnlich dem Geschäftsklima-Index zur konjunkturellen Entwicklung regelmäßig über die Qualität der Arbeitsplätze in deutschen Unternehmen informiert, soll dieser Aspekt von Arbeit stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden und gleichzeitig die gewerkschaftliche Kompetenz auf diesem Feld gezeigt werden.***
  Infos: hans-joachim.schulz@verdi.de
- ***Eine gemeinsame IT-Kommunikationsplattform aller Gewerkschaften soll dafür sorgen, dass künftig gemeinsame IT-Projekte und Kampagnen kostengünstiger, schneller und besser organisiert werden können.***
  Infos: wolfgang.kienle@igmetall.de
- ***Damit angesichts knapper werdender Ressourcen die Gewerkschaften auch künftig als Ansprechpartner vor Ort präsent sind, sollen bei der Weiterentwicklung der DGB-Organisationsstruktur neue Kooperationen erprobt und Synergien besser genutzt werden.***
  Infos: jupp.bergmann@dgb.de
- ***Mitbestimmung und Teilhabe als gewerkschaftliche Zukunftsprojekte auszubauen und weiterzuentwickeln, das ist das Ziel des sechsten Projektes. In einer ersten Phase wurden im Rahmen der Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2006 mit Erfolg neue Formen der Ansprache der Beschäftigten und der Kooperation zwischen DGB und Gewerkschaften erprobt.***
  Infos: gunter.barnbeck@dgb.de

Lang angelegter Prozess

„Den Trend in der Mitgliederentwicklung umzukehren, ist ein lang angelegter Prozess. Und er ist keinesfalls allein mit den bisher im Rahmen der „Initiative Trendwende" beschlossenen Projekten zu erreichen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Vielmehr müsse der „Geist der Trendwende" überall in DGB und Gewerkschaften bei der Bewältigung der alltäglichen Aufgaben Einzug halten. Das dauerhafte, gemeinsame Engagement der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sei für den Erfolg notwendig.

Michael Sommer ist überzeugt: „Wir brauchen einen langen Atem, aber wir können die Trendwende schaffen: Wir sind eine starke Gemeinschaft. Unsere Idee hat Zukunft." •

Gemeinsames Vorhaben

Die Initiative Trendwende ist ein gemeinsames Vorhaben von DGB und Gewerkschaften. Eine Steuerungsgruppe unter der Leitung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, der alle Gewerkschaftsvorsitzenden angehören, gibt den Takt an. Ein Kernteam, das von Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands geleitet wird, koordiniert die Arbeit im Rahmen der Initiative.

Nach der Bewilligung der Projektmittel im März 2006 durch den DGB-Bundesvorstand und den DGB-Bundesausschuss nimmt die Trendwende nun Fahrt auf.

So können sich seit Mitte April alle Beschäftigten von DGB und Gewerkschaften auf der Intranet-Seite www.initiative-trendwende.de über die Initiative und die einzelnen Projekte informieren und Stellung beziehen. Eine Internetseite ist in Vorbereitung. Künftig wird auch der einblick regelmäßig über die Trendwende-Projekte berichten.

Als Anlaufstelle für alle Fragen zur Trendwende wurde beim DGB-Bundesvorstand ein Projektbüro eingerichtet.
Trendwende.bvv@dgb.de
030 / 240 60 680

Michael Sommer im Interview

Sieben Millionen sind eine magische Grenze

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zieht eine persönliche Bilanz der vergangenen vier Jahre.



Foto: DGB/Berliner Botschaft

Bei deiner Wahl 2002 bist du mit dem Anspruch angetreten, das Gewicht des DGB gegenüber der Politik zu stärken. Wie sieht deine persönliche Bilanz aus?

Einer der wichtigsten Erfolge ist für mich, dass der DGB in der Fläche wieder erfahrbar ist und auch mehr Außenwirkung entfaltet. Die organisationspolitische Kraft des DGB in den Regionen und in den Bezirken ist heute deutlich stärker als vor vier Jahren – auch dank der vielen offenen Diskussionen, die wir miteinander zum Beispiel auf den Regionaltagungen geführt haben.

Und auf der politischen Ebene?

Bei meiner Wahl hatte ich die Hoffnung, gemeinsam mit einer rot-grünen Bundesregierung Impulse für eine Modernisierung dieses Landes geben zu können, die nicht auf Kosten der Beschäftigten und sozial Schwachen geht. Dieses Ziel habe ich nicht erreicht. Die Agenda 2010, die Arbeitsmarkt- und die Sozialreformen sind gegen die Gewerkschaften gemacht worden. Für diese Politik ist Rot-Grün abgewählt worden, ohne dass Schwarz-Gelb eine Mehrheit bekommen hat. Die Menschen wollen, dass die Krise des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme bewältigt wird, aber sie wollen auch sozial gerechte Reformen.

2002 wolltest du für die Gewerkschaften wieder die Meinungsführerschaft zurückgewinnen.

Die Gewerkschaften haben die gesellschaftspolitische Stimmung noch nicht vollständig drehen können. Das war angesichts der schwierigen Ausgangslage auch nicht zu erwarten. Dennoch ist der DGB heute wieder ein Akteur auf der politischen Bühne, an dem keiner vorbeikommt. Bei zwei Themen haben wir sogar richtige Erfolge hingelegt: beim Niedriglohn und bei der Dienstleistungsrichtlinie. Noch vor zwei oder drei Jahren waren sich viele Wirtschaftswissenschaftler mit Politikern einig, dass wir mindestens zwei Millionen mehr Niedriglohnjobs brauchen. Diese Vorstellung ist heute passé – dank unserer erfolgreichen Überzeugungsarbeit. Niemand sollte außerdem unterschätzen, was wir bei der Dienstleistungsrichtlinie erreicht haben. Es ist uns gelungen, das zentrale Projekt des Kapitals in Europa in sein Gegenteil zu verkehren. Darauf bin ich auch persönlich stolz.

Was steht noch auf der Habenseite?

Wir haben mit Tarifverträgen die Zeitarbeit aus der Schmuddelecke geholt. Und wir haben die Tarifautonomie und die Mitbestimmung gegen härteste Angriffe des Kapitals, von Union und FDP unbeschadet über die Zeit gebracht.

Welche Rolle spielt im Rückblick die Agenda 2010?

Dass sich die Gewerkschaften nach heftigen Auseinandersetzungen über die Agenda 2010 wieder zusammengerauft haben, hat unsere politische Gestaltungskraft gestärkt. Und im Wahlkampf hat der DGB seine parteipolitische Unabhängigkeit bewiesen. Deshalb haben wir heute wesentlich bessere Kommunikationsmöglichkeiten mit Politikern aus beiden Lagern. Das heißt natürlich nicht, dass wir sie auch inhaltlich durchweg auf unserer Seite haben. Aber wir haben eine andere Basis als vorher.

War der Regierungswechsel ein Segen für den DGB?

Ich habe den Regierungswechsel nicht gewollt. Ich habe immer gedacht, dass das rot-grüne Projekt eine Chance haben muss. Allerdings eine Chance, die mit den Gewerkschaften zusammen gestaltet wird. Als sich Rot-Grün entschlos-

Die KandidatInnen für den GBV

DGB-Bundeskongresse sind auch Wahlkongresse: Alle vier Jahre muss der fünfköpfige Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) neu gewählt werden. Nach dem Wahlvorschlag, den der DGB-Bundesvorstand Ende Januar gemacht hat, sollen dem neuen Vorstand mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sowie mit Ingrid Sehrbrock und Dietmar Hexel drei Mitglieder angehören, die bereits Mitglied des GBV sind. Die beiden übrigen Vorstandsfunktionen sollen neu besetzt werden. Der Vorschlag im Einzelnen:

Der bisherige DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer,*** *54, soll auch der neue Vorsitzende sein. Sommer war vor seiner Wahl an die Spitze des DGB im Mai 2002 als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) maßgeblich an der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt, bei deren Gründung im März 2001 wurde er zu einem der vier stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden gewählt. Neue stellvertretende DGB-Vorsitzende soll* ***Ingrid Sehrbrock,*** *57, werden. Sehrbrock gehört dem GBV seit Dezember 1999 an und ist dort bislang für die Bereiche Bildung und Qualifizierung, Jugend sowie Öffentlicher Dienst/Beamte zuständig. Seit 1987 ist Sehrbrock zudem stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Wiedergewählt werden in den GBV soll außerdem* ***Dietmar Hexel,*** *56, der vor seiner Wahl im Mai 2002 in den DGB-Vorstand Leiter der Abteilung Organisation/Organisationsentwicklung der IG Metall war. Im DGB-Vorstand ist Hexel für die Bereiche Organisation und Kommunikationssysteme,*





sen hat, den Weg eher gemeinsam mit der anderen Seite zu gehen statt mit uns, war klar, dass wir in ganz schweres Fahrwasser kommen. Ob wir heute wirklich besser dastehen als am Ende von Rot-Grün, ist eine andere Frage. Vom Klima her ist das so. Aber unsere Mitglieder wollen von uns nicht wissen, wie wir klimatisch mit der Regierung klarkommen, sondern welche Politik am Ende herauskommt. Was Schwarz-Rot zum Beispiel im Bereich aktiver Wirtschaftspolitik anstrebt, ist ohne Frage noch etwas zögerlich, aber richtig, doch in vielen anderen Bereichen macht die Koalition eine gegen uns gerichtete Politik – ob in der Steuerpolitik oder bei der Rente mit 67.

Die Bundesregierung will in den kommenden Monaten eine Reihe von Reformen auf den Weg bringen. Was sind für dich dabei die zentralen Themen?

Das ist zum einen die Frage, wie wir mit der älter werdenden Gesellschaft umgehen. Und zweitens: Wie können wir Armut verhindern, und zwar sowohl Alters- als auch Arbeitsarmut? Wenn immer mehr Beschäftigte in den Niedriglohnsektor gedrängt werden, wirkt sich das auf alle aus. Deshalb ist eine Kampagne für einen Mindestlohn auch eine Kampagne für gute Löhne. Für alle, die ihn gerne behalten wollen.

Über das Thema Mindestlohn gibt es im Moment einen Streit unter den Gewerkschaften.

Ich würde das nicht überinterpretieren, ohne den Konflikt damit unter den Teppich kehren zu wollen. Alle Gewerkschaften sind sich einig, dass es bei den Löhnen eine Grenze nach unten geben muss. Uneinigkeit gibt es über die Methode. Sieben Gewerkschaften plädieren für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die IG BCE lehnt ihn ab, weil sie Zweifel hat, ob Tarifautonomie und Mindestlohn miteinander vereinbar sind.

Siehst du Chancen, den Konflikt auf dem Kongress zu lösen?

Ich hoffe, dass wir zusammenkommen. Aber selbst wenn das nicht gelingt, werde ich auf dem Kongress deutlich machen, dass wir eine Grenze nach unten einziehen müssen. Wir können über den Weg streiten, aber nicht über das Ziel. Beide Seiten haben gute Argumente, die es wert sind, dass die Delegierten sie noch einmal diskutieren. Und dann müssen wir entscheiden.

Der DGB fordert eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaates – was beinhaltet das?

Unser Konzept geht von der Überzeugung aus, dass der Sozialstaat die zentrale Errungenschaft des 19. und des 20. Jahrhunderts war und er auch die Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts sein wird, wenn es uns gelingt, ihn zu modernisieren. Im Kern geht es darum, dass der Staat vorsorgende Sozial- und Bildungspolitik macht, damit Menschen erst gar nicht in Not geraten. Das darf nicht als Ersatz für ein stabiles soziales Netz missverstanden werden – wir brauchen beides. Das geht aber nur, wenn der Staat besser finanziert wird. Mit den jetzigen Mitteln, mit einer Politik der immer stärkeren Steuersenkung, werden wir die Probleme nicht lösen können. Deswegen sagen wir, dieser Staat braucht eine neue Finanzarchitektur, damit der Staat mehr Geld bekommt, und zwar von denjenigen, die sich das leisten können.

Was heißt das konkret?

Wir müssen darüber nachdenken, welche Konsequenzen wir in der Steuerpolitik daraus ziehen, dass die Wertschöpfung in vielen Sektoren immer kapitalintensiver wird. Konkret heißt die Frage, wie wir diejenigen, die durch Geld an Geld kommen, wieder stärker an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen. Dabei geht es dann auch um klassische Fragen wie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, eine deutliche Ausweitung der Erbschaftssteuer, aber auch um neue Ansätze wie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Geht es dabei vorrangig um die Erschließung neuer Finanzquellen oder auch um Gerechtigkeit?

Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist nicht einzusehen, dass ich, wenn ich ein Pfund Butter kaufe, Mehrwertsteuer bezahle, aber wenn ich eine Aktie kaufe, nicht. Dabei geht es übrigens um riesige Summen: Für die Londoner Börse gibt es eine Börsenumsatzsteuer. Sie hat im vergangenen Jahr 27 Milliarden Pfund erlöst.

Wie willst du verhindern, dass es dadurch zu einer Kapital- und Unternehmensflucht kommt?

Wenn wir nicht vor den Verwerfungen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert kapitulieren wollen, brauchen wir bei all diesen Fragen eine europäische Perspektive. Das zeigt sich übrigens auch bei der Debatte über die Senkung der Unternehmenssteuer, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir können den Steuerwettbewerb mit Litauen nicht gewinnen. Sonst landen wir nämlich bei Null, und dann gibt es auch keinen Sozialstaat mehr. Folgerichtig müssen wir alles tun, damit wir in Europa zu vergleichbaren Verhältnissen kommen. Außerdem brauchen wir eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte und Kapitalverkehrskontrollen. Und wir müssen darüber nachdenken, ob wir von den Käufern von Aktien bestimmte Haltefristen und ein längerfristiges Engagement verlangen, damit die Unternehmen nicht von Heuschrecken ausgeplündert werden.

Die Gewerkschaften reden immer davon, dass Europa eine soziale Dimension haben muss. Aber im Moment ist die Kommission kaum bereit, die Beschlüsse des EU-Parlaments in Sachen Dienstleistungsrichtlinie zu akzeptieren. Und es sieht auch nicht so aus, dass es in Europa zu einer Steuerharmonisierung kommt.

Ja. Aber wenn mich vor einem halben Jahr jemand gefragt hätte, ob wir uns bei der Dienstleistungsrichtlinie durchsetzen, hätte ich pflichtschuldigst ja gesagt und doch meine Zweifel gehabt. Der Erfolg bei der Dienstleistungsrichtlinie zeigt, dass wir etwas bewegen können. Positiv ist auch, dass das EU-Parlament sich bislang ganz anders verhält, als wir das nach den Europawahlen befürchten mussten. Das Parlament befindet sich offenbar mitten in seiner politischen Emanzipation, und das sollten die Gewerkschaften fördern.

Zurück zum DGB: 2005 haben die Gewerkschaften den Mitgliederrückgang nicht stoppen können.

Aber wir haben den Rückgang deutlich abgeschwächt. Die Gewerkschaften finden wieder viel mehr Zuspruch bei jungen Menschen. Wir haben gute Organisati-

Personal sowie Mitbestimmung und Rechtspolitik zuständig.

Für die beiden übrigen Positionen hat der DGB-Bundesvorstand ***Annelie Buntenbach,*** *51, und Claus Matecki, 57, vorgeschlagen. Buntenbach war von 1994 bis 2002 Bundestagsabgeordnete in der Fraktion von Bündnis 90/Grüne, seit 2002 ist sie Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der IG Bauen – Agrar – Umwelt (IG BAU).* ***Claus Matecki,*** *57, ist seit Dezember 2003 Leiter des Funktionsbereichs Koordination der Vorstandsaufgaben/Büro 1. Vorsitzender der IG Metall. Zuvor war Matecki von 2002 bis 2003 Leiter des Funktionsbereichs Organisation sowie von 1991 bis 2002 1. Bevollmächtiger der IG Metall-Verwaltungsstelle Magdeburg.*





onserfolge in Industriebereichen. Und wir haben in einigen Regionen und Branchen auch im Saldo mehr Mitglieder. Dass uns das gelungen ist, liegt daran, dass die Gewerkschaften die Bedeutung von Mitgliederwerbung wieder erkannt haben. Und es hat etwas damit zu tun, dass wir wieder stärker die Gemeinsamkeit zwischen den Gewerkschaften suchen. Für die Mitglieder gibt es keinen gedanklichen Bruch zwischen der Gewerkschaft X und der Gewerkschaft Y, sondern sie sehen ihre Gewerkschaft als Teil einer gemeinsamen Bewegung. Um diese Entwicklung zu verstärken, haben wir im Rahmen der Initiative Trendwende eine Reihe von Projekten aufgelegt. Das wird uns neuen Schub bringen.

Haben die Gewerkschaften eine Chance, in absehbarer Zeit wieder sieben Millionen Mitglieder zu organisieren?

Für mich sind die sieben Millionen eine magische Grenze. Eine Grenze, die wir so schnell wie möglich wieder erreichen müssen. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass wir jährlich so und so viele Mitglieder verlieren, und wir tun das auch nicht. Wir haben organisationsintern viele Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es wieder aufwärts geht. Und wenn wir außerdem im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit den einen oder anderen Erfolg erringen können, zum Beispiel zu Gunsten der Niedriglöhnerinnen, das sind ja zum größten Teil Frauen, wenn wir mit dazu beitragen, Beruf und Familie in Balance zu bringen, und wenn die Menschen erleben, dass sie in den Gewerkschaften einen guten Anwalt haben, dann dürfte es keine Schwierigkeit sein, die Trendwende bei der Mitgliederentwicklung zu schaffen.

Reicht das Tempo?

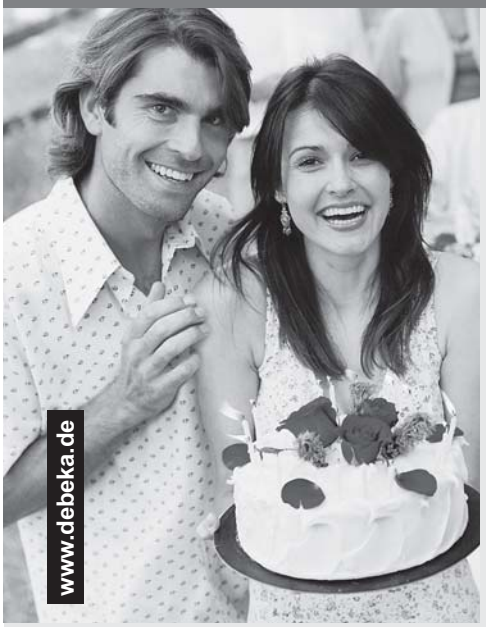
Ich wünschte mir manchmal mehr Veränderung, aber man darf auch nicht voluntaristisch Politik machen. Wir müssen zum Beispiel den Mut haben, die Frage von Frauenbeschäftigung zu einem Schwerpunkt in den Gewerkschaften zu machen. Und wir müssen mit dazu beitragen, dass wir wieder zu mehr sozialversicherter Arbeit kommen, damit unsere Kinder wieder eine Chance haben, einen Beruf zu ergreifen. Das ist auch ein moralischer Anspruch: Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Ausbildung, das Recht, auch als Langzeitarbeitsloser nicht in Armut zu fallen. All das sind Punkte, für die wir als Gewerkschafter stehen. Wir müssen hier klare Positionen beziehen, und dann haben wir auch eine Chance.

Trendwende heißt also mehr, als nur die sechs Projekte voranzubringen, die der DGB bisher auf den Weg gebracht hat?

Um mit Helmut Kohl zu antworten, das meint auch eine „geistig-moralische Wende". Wir müssen zum Teil auch unser Denken ändern, wenn wir den Trend umkehren wollen. Wir müssen deutlich machen, dass wir nicht zu den Verlierern der Geschichte zählen, sondern zu den Gewinnern. Die Projekte sind dafür eher ein Vehikel, entscheidend ist die Einstellungsänderung. •

www.einblick.dgb.de
Langfassung des Interviews: Michael Sommer über die Rente mit 67, die Chancen einer europäischen Verfassung, die Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Präsenz des DGB in der Fläche, organisationspolitische Konsequenzen, den hohen Stellenwert der Gleichstellungspolitik und die Alleinstellungsmerkmale von Gewerkschaften

25 JAHRE ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG



Ihr kompetenter und leistungsstarker Partner für den Rundum-Schutz der privaten Haushalte.

Wir sichern Ihre Sach- und Vermögenswerte.

Vertrauen Sie auf unsere Erfahrung.

Sie möchten mehr wissen? Wir informieren Sie gerne!



Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-1399, Telefax (0261) 41402

Debeka
erfahren · sicher · günstig

POLITIK AKTUELL

Gesundheitsreform

Integrierte Versorgung

Der DGB setzt in der Debatte um die Reform des Gesundheitssystems auf eine stärkere Vernetzung von ambulanten und stationären Einrichtungen. Die Patienten müssten sich zu oft „durch ein Gewirr von Diensten quälen, deren Leistungen nicht aufeinander abgestimmt sind", so DGB-Vize Ursula Engeln-Kefer Mitte Mai bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Reformperspektiven für das Gesundheitssystem. Statt des bestehenden Nebeneinanders der einzelnen Gesundheitseinrichtungen müsse eine integrierte Versorgung die Regel werden. Zudem fordert der DGB von der Bundesregierung ein Ende der Verschiebebahnhöfe zu Lasten der BeitragszahlerInnen. Durch die Absenkung der Beiträge für Arbeitslose zur Gesetzlichen Krankenversicherung sowie durch Änderungen bei der Beitragsbemessungsgrundlage würden die Krankenkassen jährlich mit 7,7 Milliarden Euro belastet. •

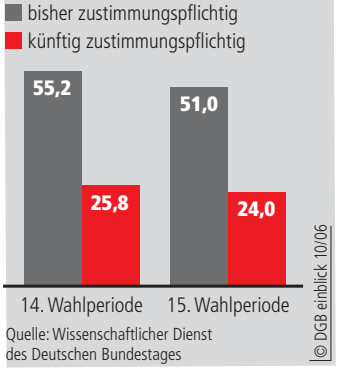
Föderalismusreform

Experten fordern Korrekturen

Bei der Mitte März begonnenen Anhörung von Bundestag und Bundesrat haben Experten die geplante Föderalismusreform grundsätzlich positiv bewertet, die Verlagerung einzelner Kompetenzbereiche auf die Länder allerdings scharf kritisiert. Die Reform dürfe „auf keinen Fall ohne Korrekturen durchgehen", so der Berliner Staatsrechtler Hans Meyer. Die Experten kritisieren zudem, dass vom Bundestag verabschiedete Gesetze künftig erst mit einem halben Jahr Zeitverzug

Glatt halbiert

Wie hoch wäre der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze des Bundes in der Vergangenheit gewesen, wenn die Föderalismusreform bereits gegolten hätte? (in Prozent)



Quelle: Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages

Durch die Föderalismusreform sinkt die Zahl der zustimmungspflichten Gesetze des Bundes um die Hälfte, von über 50 auf 25 Prozent.

Rechtskraft erlangen sollen, wenn die Länder in dem entsprechenden Bereich im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung abweichende Regelungen beschließen können. Das gilt zum Beispiel für das Umweltrecht.

Der DGB ist wie alle anderen Verbände zu den Anhörungen nicht geladen, hat aber im Vorfeld seine Position noch einmal im Detail untermauert. Dass die Bereiche Bildung und Dienstrecht in die alleinige Kompetenz der Länder übergehen, führe zu erheblichen Nachteilen für die BürgerInnen. Der DGB befürchtet ein weiteres Auseinanderdriften reicher und armer Bundesländer bei den Bildungschancen. Beim Dienstrecht gehe es den Ländern nicht darum, eigene Kompetenzbereiche zu bekommen, sondern „um die Möglichkeit, die Landeshaushalte über abgesenkte Besoldungs- und Versorgungsansprüche ihrer Beamten zu sanieren", so DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock. •

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zur Föderalismusreform

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Neuerscheinung

Medien und Migration

Die Massenmedien in der Bundesrepublik berichten am liebsten über MigrantInnen, wenn es Negatives zu vermelden gibt. Zu diesem Ergebnis kommen die AutorInnen des Bandes „Massenmedien, Migration und Integration", den die Politologieprofessoren Christoph Butterwegge (Köln) und Gudrun Hentges (Fulda) herausgegeben haben. Das Themenspektrum ist weit: Die Sozialwissenschaftlerin Schahrzad Farrokhzad etwa zeichnet Konstruktionen der „fremden Frau" in den deutschen Medien nach, der Medienwissenschaftler Bernd Scheffer befasst sich mit offener Fremdenfeindlichkeit in Medien und der Erziehungswissenschaftler Seref Ates zeichnet nach, wie sich das Islambild seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verändert hat. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 260 S., 19,90 Euro. •

einblickMAGAZIN

Die Würde des Menschen

Das *einblickMAGAZIN* 15 „Die Würde des Menschen" greift das Motto des DGB-Bundeskongresses vom 22. bis 26. Mai in Berlin auf. Im Mittelpunkt des Heftes stehen Prominente, GewerkschafterInnen, Beschäftigte und Unternehmer, die sich für Menschenwürde und für



entsprechende Arbeits- und Lebensverhältnisse einsetzen. So fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Interview: „Die Würde des Einzelnen muss wieder Maßstab der Politik werden". Personen- und Firmenporträts, Themen wie „Gute Arbeit", soziales Europa und aktuelle Gesetzgebungsverfahren bieten reichlich Lesestoff.

Das *einblickMAGAZIN* 15 ist kostenlos bei den DGB-Regionen erhältlich. •

Broschürenreihe

Fair statt prekär

Immer mehr Menschen können von ihrem Arbeitslohn nicht leben – seien es MinijobberInnen oder DauerpraktikantInnen. Die Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt (Kowa) in Dortmund hat deshalb eine neue Broschürenreihe unter dem Titel „fair statt prekär" initiiert.

Als erste Ausgabe ist das Heft „Praktikum als prekäre Beschäftigung – Ausbeutung oder Chance zur Integration?" der Hans-Böckler-Stipendiatin Melanie Mörchen erschienen. Sie räumt dabei mit dem in den Medien transportierten einseitigen Bild der „Generation Praktikum" auf. Gleichwohl kommt auch Mörchen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass viele Praktika sich zu prekären Beschäftigungsverhältnissen entwickeln. Die Broschüre kann unter Tel. 0231/ 85 96 140 bestellt oder unter *www.werkstadt-dortmund.de* heruntergeladen werden. •

Hans-Böckler-Stiftung

Europa sozial

Erstmals aufgetaucht ist der Begriff „europäisches Sozialmodell" Ende der achtziger Jahre. Doch eine exakte Definition dieses Modells gibt es nicht. Joachim Schuster, Geschäftsführer des Institutes für angewandte Sozial- und Politikwissenschaften in Bremen, hat für die Hans-Böckler-Stiftung eine Literaturstudie „Die deutsche Diskussion über ein Europäisches Sozialmodell" (Arbeitspapier 116) angefertigt, die die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme in Europa benennt. Die 64-seitige Broschüre gibt es zum Preis von 10 Euro (Bestellnummer 11116). •

www.boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat der Landesregierung sechs ***Vorschläge*** zur Verbesserung der Ausbildungssituation gemacht. Neben einer gesetzlichen Meldepflicht von Ausbildungsplätzen fordert der DGB auch finanzielle Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben zur Förderung von Verbundausbildungen und eine „integrierte duale berufliche Grundbildung" im letzten Jahr der Sekundarstufe I an weiterführenden Schulen. Außerdem sollen Handwerkskammern sowie Industrie- und Handelskammern Betriebe in einem „Netzwerk der Neuen" speziell betreuen, wenn sie erstmals ausbilden. Infos: Thomas Giessler, Tel. 0711 / 20 28 206.

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** präsentiert in der ***Ausstellung*** „Plätze im Westen/Plätze im Osten" vom 7. bis 30. Juni im Gewerkschaftshaus am Berliner Wittenbergplatz Werke verschiedener KünstlerInnen und deren Eindrücke urbaner Landschaften in West- und Osteuropa: Ein bunter Mix unterschiedlicher Kunstformen, von Installationen bis zu Dokumentarfilmen, führt die BesucherInnen von Berlin bis nach Moskau. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** will mit einer ***Ringvorlesung*** ihr Engagement an den Frankfurter Hochschulen intensivieren. Die Vorlesungsreihe zur Rolle der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert wird von Angehörigen der Frankfurter Universität, der Frankfurter Fachhochschule und dem DGB gemeinsam gestaltet. Der DGB Frankfurt-Rhein-Main hatte Anfang des Jahres gemeinsam mit ver.di und der GEW bereits einen „Beirat Hochschule/Gewerkschaften" ins Leben gerufen. E-Mail: *Jan.Schlemmermeyer@dgb.de*

••• Die ***DGB-Regionen Landshut*** und ***Donau-Wald*** laden am 23. Mai zum ***Vortrag*** „Das Märchen vom Hochsteuerland Deutschland" in die Fachhochschule Landshut ein. Der Ökonom Lorenz Jarass will dabei Möglichkeiten einer „fairen und sachgerechten" Besteuerung aufzeigen. Der Vortrag ist Teil der Veranstaltungsreihe „Bayern gestalten", mit der der DGB Bayern „Fachleute, Betroffene, Organisationen und Verbände aus allen gesellschaftlichen Bereichen" in Diskussionen um zukunftsweisende Konzepte für den Freistaat einbinden will.
Infos: *www.bayern-gestalten.de*

DGB-Ratgeber

Steuer verstehen

Keine Lohn- und Einkommensteuererklärung ist wie die andere. Der DGB hat in seiner Reihe Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik ein benutzerfreundliches „ABC von 43 Lohnsteuer-Grundbegriffen 2006" veröffentlicht. In der Broschüre werden vor allem Neuregelungen, u.a. zur Steuerpflicht für Abfindungen, zur Rentenbesteuerung, zu Minijobs sowie zu Aus- und Fortbildungskosten ausführlich beschrieben. •

carina.ortmann@dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GEW hat sich gegen öffentliche Schulrankings ausgesprochen: Statt individueller Förderung würden die SchülerInnen sonst nur noch auf die Vergleichstests „gedrillt", so die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die Bundesregierung aufgefordert, den größten Teil der Einnahmen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung in die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu investieren. Der Beitrag könne so ab 2007 um drei, statt wie geplant um zwei Prozentpunkte sinken. Der positive Effekt der Beitragssenkung würde sonst durch voraussichtliche Mehrbelastungen in Folge der Gesundheitsreform „verpuffen".

ver.di hat auf einem Treffen mit dem Bundesverkehrsministerium einen Masterplan vorgestellt, um Deutschland zum Logistik-Zentrum Europas zu machen. Das Konzept fordert stärkere Investitionen in die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger und in die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

Die IG BAU bietet im „Spargelmonat Mai" auf elf Seiten Hintergrundinfos zum Thema „Saisonarbeit": von der aktuellen Entwicklung der Beschäftigtenzahlen bis zu historischen Hintergründen. *www.igbau.de*

DGB als WM-Helfer

Unschlagbar: Die Menschen dahinter



Damit die Fußball-WM in Deutschland ein großes Fußballfest wird, müssen zehntausende Menschen arbeiten: ob als „Volunteer" der FIFA, als PolizistIn, BusfahrerIn oder VerkäuferIn. Der DGB hat deshalb am 15. Mai unter dem Motto „Unschlagbar: Die Menschen dahinter" seine Service- und Informationsangebote im Rahmen der Kampagne „WM-Helfer 2006" gestartet. Eine Hotline (01801 / 44 22 88) berät Beschäftigte werktags von 7 bis 22 Uhr bundesweit zum Ortstarif rund um das Thema Fußball-Weltmeisterschaft. Schließlich wirft die WM für viele HelferInnen und ArbeitnehmerInnen ganz spezielle Fragen auf: Sind die ehrenamtlichen Freiwilligen bei ihrer Tätigkeit versichert? Müssen während der WM Überstunden geleistet werden? Und wie lassen sich Arbeitszeiten so regeln, dass möglichst viele KollegInnen bei den Spielen mitfiebern können?

Informationen, die auch die WM-Homepage des DGB bereithält. Unter *www.wm.dgb.de* bietet der DGB neben Beratungsangeboten für Beschäftigte viele bunte Informationen für Fußball-Interessierte: 32 Porträts der teilnehmenden Länder informieren über Arbeitnehmer- und Menschenrechte, die Rubrik „WM laola" präsentiert alternative Fußball-Projekte. Beiträge über die Gewerkschaft sports-union in ver.di oder den Betriebsrat bei Borussia Dortmund zeigen außerdem, dass die Gewerkschaften nicht nur während der WM „sportlich aktiv" sind. Für Bezirke und Regionen, die für die Zeit des Turniers Aktionen vor Ort planen, bietet der DGB zur WM-Helfer-Kampagne verschiedene Infomaterialien: vom WM-Planer bis zur WM-Broschüre.

Die Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands beteiligt sich anlässlich der Weltmeisterschaft an der Kampagne „Abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution" des Deutschen Frauenrats. Neben Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit hat auch der Präsident des Deutschen Fußballbunds (DFB) Theo Zwanziger die Schirmherrschaft übernommen. Der Hintergrund: Frauen- und Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution während der WM enorm ansteigen werden. „Abpfiff" will deshalb eine breite Öffentlichkeit im In- und Ausland auf die Problematik aufmerksam machen.

Auch verschiedene Gewerkschaften haben Projekte zur Fußball-WM gestartet. Unter dem Motto „Wir arbeiten, damit die ganze Welt feiern kann" will die NGG auf Ausbeutung und Schwarzarbeit im Hotel- und Gaststättengewerbe aufmerksam machen. Die GdP hat ein Betreuungskonzept für PolizistInnen im WM-Einsatz entwickelt, auf ihrer Homepage *(www.gdp.de)* gibt es das WM-Special „Mit Sicherheit am Ball". •

Bahnreform

ver.di stellt Börsengang in Frage

ver.di hat im Vorfeld der Bundestags-Anhörung Bedenken gegen einen Börsengang der Bahn AG angemeldet. Sie stützt ihre Kritik auf ein Gutachten des Bundesverkehrsministeriums, nach dem durch die Privatisierung der Bahn lediglich ein Erlös zwischen acht und 23 Milliarden Euro zu erwarten sei. Das entspricht vier bis elf Prozent des Betrages, der in den letzten zehn Jahren in das Bahnsystem geflossen sei. Zudem sei die Bahn AG unterfinanziert. Weil der Bund bei einem integrierten Börsengang der DB, bei dem mit der Bahn auch das Schienennetz privatisiert wird, wegen seiner in der Verfassung festgeschriebenen Verantwortung für die Infrastruktur Mitgesellschafter der Bahn bleibt, müsse er den Verkaufserlös zudem in das Unternehmen reinvestieren.

Die Gewerkschaft TRANSNET, die die Bahnbeschäftigten organisiert, warnt hingegen vor einer Trennung von Netz und Schiene. Bei einer Zerschlagung des Unternehmens könnten Investoren die lukrativen Bereiche herauslösen. Dadurch seien bis zu 50 000 Arbeitsplätze bedroht *(einblick 4/2006)*. •

Bundeswehr-Einsatz

Terror kein Verteidigungsfall

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat Überlegungen von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) zurückgewiesen, bei einem Terroranschlag den Verteidigungsfall auszurufen. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg verweist auf das Bundesverfassungsgericht, das eindeutig verboten habe, „von Terroristen gekaperte Passagiermaschinen abschießen zu lassen". Außer bei Katastrophenfällen lasse das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr im Innern nicht zu. Jungs Pläne gehen aus dem Entwurf für ein neues Bundeswehr-Weißbuch hervor, das von der Bundesregierung noch nicht beschlossen ist. •

Grundeinkommen für alle

Nur für Kinder sinnvoll

Weil es kaum Jobs für Geringqualifizierte gibt und die Renten in den kommenden Jahren dramatisch sinken, wächst die Zahl der Befürworter eines Grundeinkommens für alle. Der Armutsforscher Richard Hauser hält dagegen: Ein Grundeinkommen für alle sei weder finanzierbar noch ökonomisch sinnvoll.

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist das Fundament unseres Sozialsystems. Es verpflichtet den Staat zur **Gewährleistung eines Existenzminimums für jeden Bürger.** Wie kann ein solches Existenzminimum aussehen?

Die geringsten Anspruchsvoraussetzungen sind beim unbedingten Grundeinkommen für alle zu erfüllen. Geburtsschein und Wohnsitz in Deutschland genügen, um – gewissermaßen von der Wiege bis zur Bahre – eine Sozialleistung zu erhalten, die das Existenzminimum abdeckt. Drei Hauptprobleme gibt es dabei: Der enorme Finanzaufwand, der die Steuerzahler extrem belasten würde, die **Auswirkungen auf die Arbeitsbereitschaft** der Erwerbsfähigen und die **Sogwirkung auf Bürger der EU** und anderer Länder, die sich durch Einwanderung nach Deutschland ein Existenzminimum ohne Gegenleistung beschaffen könnten.

Bei einer unterstellten durchschnittlichen Leistung von 500 Euro pro Monat kommt ein Betrag von ca. 495 Milliarden Euro zusammen. Das entspricht der Summe aller im Sozialbudget erfassten Einkommensleistungen. Würden diese Beträge hinzukommen, so stiege die Sozialleistungsquote von 33 Prozent auf 56 Prozent. Selbst wenn man alle monetären steuerfinanzierten Sozialleistungen abschaffen und die Rentenzahlungen halbieren würde, verbliebe noch eine Steigerung der Sozialleistungsquote von acht bis zehn Prozent. Die Reduzierung der beitragsfinanzierten Rentenansprüche, die eigentumsähnlichen Schutz genießen, würde überdies mindestens 50 Jahre dauern. Innerhalb der Europäischen Union hätte Deutschland die höchste Belastung mit Sozialausgaben, **mit schweren negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum.**

Eine Möglichkeit, die drei Hauptprobleme wesentlich zu reduzieren, bestünde in einer **Beschränkung des Grundeinkommens auf Kinder und Alte** mit einer betragsmäßigen Differenzierung (z. B. für Kinder auf 300 Euro pro Monat, für Alte über 65 Jahre auf 700 Euro pro Monat). Dies wäre einerseits ein das Existenzminimum sicherndes Kindergeld und andererseits eine Volksrente, die überdies entsprechend der Dauer des Wohnsitzes in Deutschland gestaffelt werden könnte. Das Niveau der bisherigen Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung müsste bei diesem altersmäßig beschränkten Grundeinkommen ebenfalls wesentlich gesenkt werden. Die finanzielle Größenordnung der zusätzlichen Belastung wäre zwar wesentlich geringer; aber es könnten auch nicht alle sonstigen Sozialleistungen abgeschafft werden, da sie auf bestimmte Bedarfssituationen, z. B. Arbeitslosigkeit, zugeschnitten sind.



Prof. Dr. Richard Hauser, 69, ist Armutsforscher und ehemaliger Hochschullehrer für Sozialpolitik an der Universität Frankfurt/M.

Die drei Hauptprobleme eines Grundeinkommens können weiter verringert werden, wenn man **eine Anrechnung des sonstigen Einkommens der Begünstigten** einführt. Diese Anrechnung kann auf das individuelle Einkommen und Vermögen beschränkt sein oder die gesamte Bedarfsgemeinschaft, in der Regel die Kleinfamilie, einbeziehen. Bei einer Beschränkung auf die individuellen Einkommen werden die familienrechtlichen Unterhaltsverpflichtungen ignoriert.

Viele nicht erwerbstätige Personen, die mit gut verdienenden Partnern verheiratet sind, würden ein Zusatzeinkommen erhalten, das sie weit über das Existenzminimum hinaus begünstigen würde. Damit bleibt lediglich die Form eines Mindesteinkommens, das zwar den existenzminimalen Bedarf der Kernfamilie deckt, aber das gesamte übrige Einkommen und Vermögen aller Mitglieder anrechnet. Eine derartige Regelung besteht in Deutschland durch die flächendeckenden Regelungen des Arbeitslosengeldes II mit dem zusätzlichen Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Familienmitglieder, der bedarfsorientierten Grundsicherung für dauerhaft Erwerbsunfähige und Alte sowie der Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe. Zwar sind auch hier Verbesserungen denkbar, aber ein völliger Systemwechsel hin zu einem Grundeinkommen für jeden ist aus den genannten Gründen abzulehnen.

Anstreben könnte man aber ein **Grundeinkommen für alle Kinder** in Form eines das Existenzminimum deckenden Kindergeldes. •

Kritik von links

Wer das Rentenalter erreicht hat oder erwerbsgemindert ist, hat einen Rechtsanspruch auf eine soziale Grundsicherung. Seit den Hartz-Reformen gilt das auch für Arbeitssuchende. Das Niveau ist allerdings niedrig: Der Regelsatz liegt bei 345 Euro im Monat (ab 1. Juli in West- und Ostdeutschland). Zu wenig, damit Arbeitslose und RentnerInnen mit ehemals niedrigem Einkommen nicht unter die Armutsschwelle rutschen. In der politischen Debatte hat deshalb die Forderung, die bedarfsabhängige Grundsicherung durch ein voraussetzungsloses Grundeinkommen abzulösen, an Bedeutung gewonnen. Deren Befürworter argumentieren, dass mit dem Ende der Vollbeschäftigung auch der „Zwang zur Erwerbsarbeit" aufgehoben werden müsse.

Ob ein Grundeinkommen für alle finanzierbar wäre, ist allerdings selbst unter linken Ökonomen umstritten. Dessen Kosten betrügen – je nach Höhe des Grundeinkommens – bis zu 1000 Milliarden Euro jährlich. Zudem würde ein voraussetzungsloses Grundeinkommen von der Verpflichtung der Unternehmen und des Staates ablenken, dafür zu sorgen, dass für alle Menschen eine existenzsichernde Beschäftigung entsteht, kritisiert zum Beispiel die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

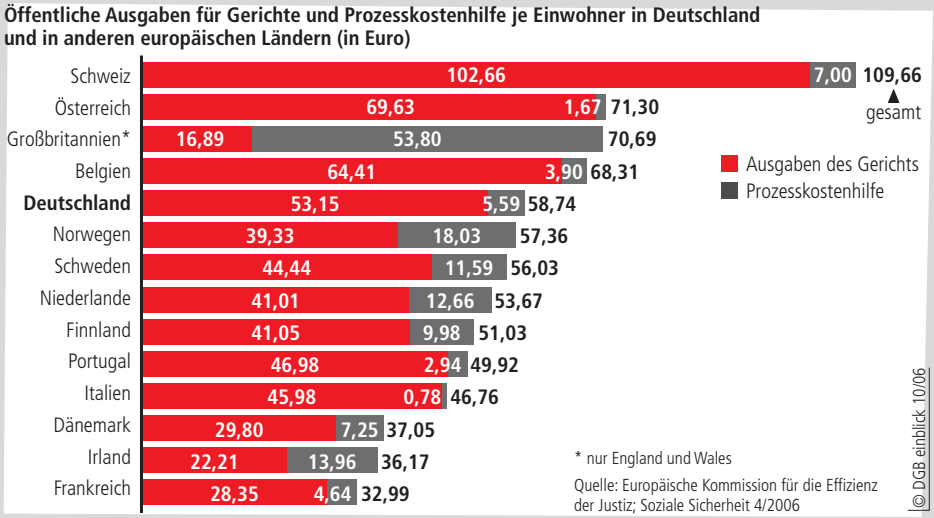
DIES & DAS

die DGB grafik

JUSTIZAUSGABEN: Nicht höher als anderswo

Das deutsche Justizsystem ist nicht teurer als das anderer europäischer Länder. Das zeigt eine in der Zeitschrift Soziale Sicherheit veröffentlichte Analyse des DGB über eine vom Europarat in Auftrag gegebene Untersuchung zur Effizienz der Justizsysteme in Europa. Die Studie steht im Widerspruch zur Argumentation des Bundesrats, der den Bundesländern aus Kostengründen die Möglichkeit einräumen will, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte zusammenzulegen.

Öffentliche Ausgaben für Gerichte und Prozesskostenhilfe je Einwohner in Deutschland und in anderen europäischen Ländern (in Euro)



14 TAGE

22.-26.5. DGB-Bundeskongress „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab", Berlin

25.-28.5. GEW, Mai-Meeting 2006, Bad Herrenalb

26.-28.5. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Bildungskontext. Zur politischen Verfasstheit des Medialen", Mülheim/Ruhr

29.5. Arbeit und Leben Niedersachsen-Nord und DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „ Arbeit und Wohlstand im erweiterten Europa – ein Projekt mit Folgen!", Hannover

29.5. DGB Hessen-Thüringen, Tagung „Chancen zur Integration von Menschen mit Behinderungen und Handicaps", Hessisch Lichtenau

29./30.5. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Tagung „Mitarbeiterorientierte Unternehmenskultur – Vision oder Erfolgsstory?", Dortmund

30.5. DGB Hessen – Thüringen, Tagung „Wandel arbeitsbedingter Belastungen und neues Gefahrstoffrecht – Herausforderungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz", Hessisch Lichtenau

30.5. DGB Bildungswerk und Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin „Arbeitsfähigkeit bis 67? – Innovationen für die Betriebe", Berlin

30./31.5. ver.di, Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann-Stiftung, Potsdamer Forum „Die produktive Verwaltung – Konzepte für einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst", Potsdam

31.5./1.6. Hans-Böckler-Stiftung, internationale Konferenz „Mitbestimmung in einem modernen Europa", Bratislava/Slowakei

2.-5.6. DGB Baden-Württemberg, Action-Camp der DGB-Jugend, Markelfingen/Bodensee

personalien

••• ***Horst Mund,*** 47, bis April 2003 Referatsleiter in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des DGB, seitdem Koordinator für Gewerkschaftsprojekte bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, ist seit dem 1. Mai Leiter des Funktionsbereichs Internationales/Europa der IG Metall.

Tipp

***Buch:** Jürgen Roth, **Der Deutschland-Clan, Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz,** Eichborn Verlag, 256 S., 19,90 Euro*

Mit dem Einzug neoliberaler Ideen hat sich in Deutschlands Elite ein neuer Egoismus breit gemacht, in dem Moral durch das Anhäufen von möglichst viel Kapital ersetzt wird und gesellschaftliche Verantwortung keine Rolle spielt. Jürgen Roth stellt die Akteure des Deutschland-Clans vor, in dem mafiose Strukturen in Teilen von Politik, Wirtschaft und Justiz keine Einzelfälle sind, und ein Bundeskanzler nach seiner Abwahl bruchlos zu einem schillernden Gasproduzenten wechselt.

Schlusspunkt

„Ich fürchte, ich muss nach Karlsruhe, denn ich bin von der Reichensteuer nicht betroffen."

Der Fernsehentertainer Harald Schmidt am 14. Mai in der ARD-Sendung Sabine Christiansen. Schmidt soll nach den Plänen der SPD als Selbstständiger von der Reichensteuer nicht erfasst werden.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.06.2006 11/06

DGB

inhalt

Seite 3
Mammutprogramm bewältigt
Die wichtigsten Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses: vom Mindestlohn bis zu Reformalternativen für die Sozialversicherungen

Seite 6
Das neue Team
Die Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands und ihre Aufgabengebiete

Seite 7
Außenansichten
Beobachtungen und Eindrücke der Kongressgäste

Grundsatzrede des DGB-Vorsitzenden

Neue Verfassungsdebatte angestoßen

Für die *Frankfurter Allgemeine (FAZ)* war's „die alte Leier", für die Delegierten hingegen immer wieder Anlass zu Beifall: Der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat in seiner Grundsatzrede auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin Gesetze „gegen das ungehemmte Treiben der internationalen Finanzmärkte" gefordert. Über „Heuschrecken" dürfe nicht nur lamentiert werden, sagte Sommer. „Wir müssen auch etwas gegen sie tun." Selbst in den USA genieße das Kapital „bei weitem nicht solche Freiheiten wie in Deutschland und Europa".

Sommer präsentierte dazu neun Vorschläge: Notwendig sei unter anderem eine Börsenumsatzsteuer. Sie würde kurzfristige Kapitalbewegungen verteuern und so die Investoren zu einem langfristigen Engagement mit realistischen Renditevorstellungen ermutigen. Das Stimmrecht von Aktionären, die sich in Unternehmen nur einkaufen, um schnellen Profit zu machen, solle beschränkt werden. Zudem müsse der Gesetzgeber verhindern, dass der Kaufpreis einer Firma als Schulden auf die übernommene Firma übertrage werden kann, was ausschließlich zu Lasten der Belegschaft gehe.


Foto: Jürgen Seidel

Der neue Geschäftsführende DGB-Vorstand (v.l.): Annelie Buntenbach, Dietmar Hexel, Ingrid Sehrbrock (stellvertretende Vorsitzende), Michael Sommer (Vorsitzender), Claus Matecki

In seiner Grundsatzrede bekräftigte Sommer zudem die tags zuvor vom Kongress beschlossene Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Auf die Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), 7,50 Euro seien zu viel, reagierte Sommer so: „Dann reden wir doch mal über 7,55 Euro." Ein Mindestlohn unterhalb von 7,50 Euro mache keinen Sinn, „denn wir wollen Armutslöhne in Deutschland abschaffen". Sommer griff auch einen Vorschlag von Bundespräsident Horst Köhler auf, der während der Kongresseröffnung „eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit" gefordert hatte: „Alles, was die Zerstörung sozial versicherter Arbeit bewirkt, muss fallen", sagte der DGB-Vorsitzende – und nannte als Beispiele Ein-Euro- und Minijobs.

Um die Idee eines sozialen Europas zu beleben, schlug Sommer erstmals vor, die Europawahl 2009 „zugleich als Wahl zu einer Verfassung gebenden Versammlung (zu) organisieren". Dann wüssten die Menschen auch, warum sie zur Europa-Wahl gehen sollen. Wahlbeteiligungen von unter 50 Prozent seien auf Dauer keine Legitimationsbasis für eine europäische Volksvertretung.

Der DGB-Vorsitzende sprach sich außerdem erneut für eine „vernünftige Finanzarchitektur" des Sozialstaats aus: „Wir brauchen mehr, nicht weniger Sozialstaat, und an dessen Finanzierung müssen sich die Reichen und Besitzenden wesentlich stärker beteiligen als heute."

Vor den Delegierten machte Sommer auch „einige Bemerkungen zu uns selbst": Dass es in den Gewerkschaften unterschiedliche Auffassung gebe, beispielsweise zur Agenda 2010 oder zum Mindestlohn, ehre sie. Denn die Gewerkschaften seien diskussionsfreudige Organisationen, kein monolithischer Block. Am Ende gelte jedoch der alte demokratische Grundsatz, „dass Minderheiten geachtet, Mehrheiten aber respektiert werden müssen". •

plusminusBERLIN

+ *Rainder Steenblock (Grüne) meint, dass Schiffe umweltfreundlicher werden müssen, um eine Alternative zum Straßenverkehr zu bleiben. In Hafenstädten kämen bis zu 90 Prozent der Stick- und Schwefeloxidemissionen vom Schiffsverkehr.*

– *FDP-Fraktionsvize Rainer Brüderle hat die Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrats zum Übertritt in die FDP aufgefordert. Wer den „Kampf gegen die Staatsgläubigen" gewinnen wolle, müsse „die marktwirtschaftlichen Kräfte bündeln".*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bundeskongress2006.dgb.de
Reden, Beschlüsse und Tagesprotokolle im Wortlaut

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Die „extrablicke" der einblick-Redaktion zum DGB-Bundeskongress

Uns ist wichtig, dass Zukunftsplanung auf den P u n k t genau sitzt.

Als gewerkschaftliche Informations- und Beratungseinrichtung unterstützen wir:

- ✓ die **Einführung** der betrieblichen Altersvorsorge
- ✓ ihre Anpassung an neue gesetzliche Regelungen
- ✓ Die Einrichtung von Langzeitarbeitskonten
- ✓ die Vorbereitung von **Info-Veranstaltungen und Betriebsversammlungen**
- ✓ Verhandlungen über **Betriebsvereinbarungen**
- ✓ Wir bieten entsprechende **Seminare** und **Qualifizierungsmaßnahmen** an und stehen als Sachverständige gem. BetrVG zur Verfügung.

Weitere Zukunftsthemen sind:
- Arbeitszeitorganisation
- Betriebsklima und Anti-Mobbing-Strategien
- Organisationsentwicklung

Betriebsräte: Achtung!
Einige Arbeitgeber versuchen die betriebliche Altersversorgung zu verschlechtern.
Informiert euch! Ruft uns an!

Bei uns sind eure Belange sofort:

in.Arbeit

in.Arbeit GmbH
Ulf Imiela
Roßstr. 94
40476 Düsseldorf
Telefon 0211.43 83 79 0
Telefax 0211.43 83 79 22

www.in-arbeit.com

Nachdenken. Vorsorgen. Zukunft sichern.

Organisationspolitik

Orientierungsrahmen beschlossen

Mit der Annahme des organisationspolitischen Antrages des DGB-Bundesvorstandes *(einblick 10/06)* hat der Bundeskongress den Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des DGB gesteckt. Eine enge Orientierung an den Interessen der Mitglieder soll danach die Leitlinie sein. Geplant ist, in den nächsten Monaten neue Formen der Zusammenarbeit von DGB und Gewerkschaften zu entwickeln und sie anhand von Pilotprojekten in zehn bis fünfzehn DGB-Regionen zu erproben. Überprüft werden soll auch, wie sich Synergien zwischen DGB und Gewerkschaften stärker nutzen lassen. Die Erkenntnisse, die in den Pilotprojekten gewonnen werden, sollen in ein Konzept der Weiterentwicklung des DGB einfließen, das bis Ende 2007 vorliegen soll.

Flankiert wurde der organisationspolitische Antrag auf dem Kongress von verschiedenen Satzungsanträgen, die mit Ausnahme des Antrags S 007 alle die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erhielten. Deshalb werden auch weiterhin die DGB-Bezirks- und Regionalkonferenzen vor dem Bundeskongress stattfinden. Der Bundesvorstand hatte im S 007 vorgeschlagen, diese Reihenfolge zu ändern. Ansonsten akzeptierten die Delegierten alle Empfehlungen der Antragsberatungskommission: Der DGB-Bundesvorstand kann künftig Regionen einrichten. Er – nicht mehr der DGB-Bundesausschuss – bestätigt die Gehalts- und Anstellungsbedingungen seiner Angestellten. Und die Organisationsbereiche der Gewerkschaften können nur mit seiner Zustimmung geändert werden – erst wenn im DGB-Bundesvorstand keine Einstimmigkeit erzielt wird, ist die Zustimmung des Bundesausschusses einzuholen. Außerdem sollen unter den Delegierten zu den Kongressen des DGB wie auch in den Gremien auf allen Ebenen Frauen und Jugendliche „entsprechend ihres Mitgliederanteils in der jeweiligen Gewerkschaft" vertreten sein. •



Foto: Timm Schneider

Erstmals wurde auf dem Kongress die Ausstellung „Baustelle DGB" präsentiert. Sie zeigt anhand von Beispielen guter Praxis aus DGB-Regionen und -Bezirken, dass es für viele der geplanten Pilotvorhaben schon jetzt Vorbilder gibt.


Foto: Jürgen Seidel

Die Initiative Trendwende *(einblick 10/06)*, mit der DGB und Gewerkschaften den Negativtrend bei den Mitgliederzahlen umkehren wollen, kommt in Fahrt. Einen Tag vor Eröffnung des Bundeskongresses unterstrich der DGB-Bundesvorstand in einer Erklärung, dass er die Arbeit auf diesem Feld intensivieren und über die bereits gestarteten Projekte hinaus verbreitern wolle. Zahlreiche Redebeiträge während des Kongresses beschäftigten sich mit der Initiative. So stellte DGB-Vorstand Dietmar Hexel noch einmal die wichtigsten „drei Hebel" heraus, mit denen die Gewerkschaften an Attraktivität gewinnen wollen: erstens Gemeinsinn, Gemeinschaft und attraktive Kampfziele neu erfinden, zweitens den politischen Nutzen der Gewerkschaften erhöhen, drittens den Mitglieder-Service verbessern. Trendwende geht alle etwas an: Deshalb konnte jede/r während des Kongresses an einer Litfaßsäule ihr/sein persönliches Statement zur Initiative abgeben (Foto). Michael Sommers Kommentar: „Werben, werben, werben und immer an den DGB denken."

KONGRESS-IMPULSE

Leitantrag zur Würde des Menschen

Erneuerung des sozialen Konsenses

Gewerkschaftskongresse dienen der Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen Politik und Programmatik. Wie kaum ein anderer Antrag hat diese Funktion auf dem DGB-Kongress der Leitantrag 1 „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab" übernommen, der das Motto des Kongresses aufgreift und inhaltlich unterfüttert. Er beschreibt, wie der Staat auch unter den Bedingungen der Globalisierung und des beschleunigten ökonomischen Wandels die Würde des Menschen in das Zentrum der Politik stellen kann. „Würde ist untrennbar verknüpft mit der Möglichkeit des Einzelnen, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben", heißt es im einstimmig beschlossenen Leitantrag. Das schließt nach Überzeugung des DGB das Recht auf Teilhabe an Arbeit ein. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen oder Bezahlungen unter dem Existenzminimum seien „Angriffe auf die Würde des Menschen".

In seinem Beschluss warnt der DGB zudem vor weiteren Einschnitten in die Sozialsysteme. „Die fortdauernden Versuche, die Finanzkrise des Sozialstaates durch Mittelkürzungen zu beheben", hätten „die sozialen Probleme nur verschoben oder verschärft". Notwendig sei eine vorausschauende Politik, „die das Entstehen sozialer Notlagen verhindert". Zudem fordert der DGB eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaates. Hohe Einkommen, Erbschaften, Unternehmensgewinne und Vermögen müssten „wesentlich höher besteuert werden".

In Berlin wurde über den Leitantrag nicht ausführlich inhaltlich diskutiert. Dennoch enthält er eine der Kernbotschaften des Kongresses: Er stelle die Forderung, „den sozialen Grundkonsens in unserer Gesellschaft zu erneuern", in das Zentrum der Politik, so Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission, zu Beginn der Debatte über die politischen Kongressanträge. •

Soziale Sicherungssysteme

Konzepte für eine solidarische Finanzierung

Für die ArbeitnehmerInnen und die Arbeitslosen steht in den kommenden Monaten viel auf dem Spiel, nicht nur wegen der von Teilen der CDU/CSU geforderten weiteren Einschnitte bei Hartz IV, sondern vor allem wegen der bereits vom Kabinett beschlossenen Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre und der angekündigten Gesundheitsreform. Welche Alternativen es zu weiteren Einschnitten zu Lasten der Versicherten gibt, hat der DGB-Kongress in einem eigenen Antragsblock diskutiert.

Die gesetzliche Rentenversicherung müsse „stärkste Säule der Altersversicherung bleiben". Die Versicherten brauchten ein „definiertes Sicherungsniveau, auf das sie sich verlassen können". Zudem fordert der DGB, dass der soziale Ausgleich innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung „steuerfinanziert zu Gunsten von sozial Schutzbedürftigen ausgebaut wird".

Bei der Krankenversicherung setzt der DGB auf eine Reduzierung der Kosten durch mehr Transparenz bei den Leistungen und eine Verzahnung der Anbieter zu einem integrierten Gesundheitssystem. Zudem fordert er eine Stärkung der Einnahmeseite. Die gesetzliche Krankenversicherung müsse zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickelt werden. •



Foto: Jürgen Seidel

Mindestlohn

Nur wenige Gegenstimmen

Jahrelang haben die Gewerkschaften intern um ihre Position zum gesetzlichen Mindestlohn gerungen. Noch kurz vor dem Kongressbeginn hatte die IG BCE gewarnt, er könne die Tarifautonomie unterlaufen. Aber auf dem Kongress selbst hat das Thema, anders als erwartet, keine große Debatte ausgelöst: Mit nur wenigen Gegenstimmen haben die Delegierten einen Initiativantrag des Bundesvorstands angenommen, in dem ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro gefordert wird. Er soll in Branchen greifen, in denen die tarifvertraglichen Löhne niedriger sind oder Tarifverträge nicht greifen. Zudem müsse die Möglichkeit erleichtert werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, und das Entsendegesetz müsse auf alle Branchen ausgedehnt werden. •

Mammutprogramm bewältigt

419 Seiten stark ist das Antragspaket, über das die Delegierten des DGB-Bundeskongresses zu entscheiden hatten. 120 der 137 Anträge beziehen sich auf zentrale politische Themenfelder der Gewerkschaften, die übrigen 17 auf Satzungsfragen. Zudem mussten die Delegierten über 15 Initiativanträge entscheiden.

Um das Mammutprogramm bewältigen zu können, hat der Kongress über einen Großteil der Anträge im Block abgestimmt. Möglich war dieses Abstimmungsverfahren, weil die Antragsberatungskommission bereits im Vorfeld die eingegangenen Anträge in 15 Themenblöcke gegliedert hatte. Jedem Block war ein Antrag des DGB-Bundesvorstands vorangestellt, der die Ziele der vorliegenden Anträge gebündelt hat. Kampfabstimmungen waren beim Berliner DGB-Kongress die Ausnahme.

einblick stellt auf den Seiten 2, 3 und 6 einen Teil der in Berlin beschlossenen Anträge vor. Alle Anträge im Wortlaut und das Tagungsprotokoll mit den Redebeiträgen und den Abstimmungsergebnissen: ***www.bundeskongress2006.dgb.de***

Engelen-Kefer und Putzhammer verabschiedet

„Nie ein Blatt vor den Mund genommen"

„Ich wünsche euch eine gute Zukunft." Mit diesem Satz verabschiedete sich Ursula Engelen-Kefer am dritten Kongresstag vom DGB. Die Delegierten applaudierten stehend – länger als drei Minuten. 16 Jahre war Engelen-Kefer stellvertretende Vorsitzende gewesen. Sie war „die Stimme des DGB in der Arbeitsmarktpolitik", hatte DGB-Vorsitzender Michael Sommer zuvor gesagt. Er hatte sie eine „streitbare Kämpferin" für den Sozialstaat genannt. Und ihr – kaum bekanntes – Engagement für die Gewerkschaftsrechte in Weißrussland und Kolumbien gelobt. „Ursula, du hast dich um die deutschen Gewerkschaften, ja um Deutschland, verdient gemacht."

Engelen-Kefer war von Sommers Worten „ganz gerührt". Sie selbst bezeichnete es als ihr Markenzeichen, nie ein Blatt vor den Mund genommen zu haben, wenn es um Arbeitnehmerinteressen gegangen sei. Sie dankte den Gewerkschaften, dass es ihr vergönnt gewesen sei, „als Frau einen ungewöhnlichen Weg zu gehen". Dafür, dass sie tags zuvor – bei der Wahl der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden – mit ihrer Kandidatur gegen Ingrid Sehrbrock Irritationen ausgelöst hatte, bat sie um Verständnis.

Vor der Presse hatte sie nach ihrer Wahlniederlage erklärt, sie sei von der Unterstützung vieler Delegierter überwältigt gewesen; und um diese Delegierten nicht bitter zu enttäuschen, habe sie – entgegen eigener Ankündigungen – doch kandidiert. Sie sei aber mit sich im Reinen, ihr Abgang sei selbst gewählt. Die 62-Jährige war aus Altersgründen nicht mehr für den DGB-Vorstand nominiert worden.



Foto: Ulla Spiekermann

Die Vorsitzenden Frank Bsirske (ver.di), Konrad Freiberg (GdP) und Franz-Josef Möllenberg (NGG) bei der Verabschiedung von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer

Ebenso wie Heinz Putzhammer, der – schwer erkrankt – in Abwesenheit von Michael Sommer verabschiedet wurde. Putzhammer, seit 1998 im DGB-Vorstand für die Wirtschaftspolitik verantwortlich, sei anfangs als Volksschullehrer belächelt worden. Doch er habe „allen bewiesen, was er drauf hat", sagte Sommer. Putzhammer habe sich „gegen den Mainstream des Neoliberalen" gestellt, sei für eine vernünftige, nachhaltige Wirtschaftspolitik eingetreten. Und er sei der „Mann für besondere Fälle" gewesen, habe den DGB beispielsweise im Ethikrat „würdig und einflussreich vertreten". •

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT
…analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

…agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

…erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

KONGRESS-SPLITTER

18. Ordentlicher DGB-Bundeskongress

■■■ Schon am Sonnabend vor Kongressbeginn „brummt" es im Hotel Estrel im Berliner Bezirk Neukölln. Die Vorbereitungen für den



Foto: Ulla Spiekermann

Kongress sind in vollem Gange. ■■■ In seinem mündlichen Geschäftsbericht kritisiert der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** die Habgier der Unternehmer. Während es ihnen in den letzten vier Jahren so gut wie selten gegangen sei, hätten die ArbeitnehmerInnen davon nichts gemerkt. „Dabei wartet dieses Land darauf, dass es endlich spürbar besser wird." ■■■ „Nach der jahrelangen Hetze gegen die Gewerkschaften haben wir die Stimmung gedreht. Der Durchmarsch der Neoliberalen zum Abriss des Sozialstaates ist gestoppt", ist sich die scheidende DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sicher und fordert, dass sich zukünftig alle – Unternehmer, Vermögende und Besitzer großer Kapitaleinkommen – nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. ■■■ Die mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht des schwer erkrankten Heinz Putzhammer tragen an seiner Stelle die vier anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands vor. So sei die Umstrukturierung der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) „weitgehend umgesetzt" und größtenteils „zu einem guten Ende gebracht", berichtet Michael Sommer. Und Dietmar Hexel fügt zur Wirtschaftspolitik hinzu, dass weder die Deregulierung des Arbeitsmarktes noch die vielen Steuergeschenke an die Unternehmer mehr Arbeitsplatzsicherheit oder neue Arbeitsplätze gebracht hätten. Wie man es besser machen könne, zeigten die skandinavischen Länder. ■■■ Anja Penßler-Beyer (Foto), mit 21 Jahren jüngste Delegierte des Kongresses, stellt mit Erschrecken fest, dass es „nur wenige junge Delegierte" gibt. „Dabei war gerade die Eröffnungsveranstaltung eher was für Jugendliche." ■■■ 170 internationale Gäste verfolgen den Bundeskongress. Die meisten von ihnen sind gespannt auf die Weichenstellungen für die europäische und die globale Arbeit des DGB. ■■■ „Arm trotz Arbeit" hieß das Motto der Aktion, mit dem



Foto: Udo Böhlefeld



Foto: Ulla Spiekermann

ver.di- und NGG-Mitglieder während der Mittagspause des ersten Tages den Kongress überraschen. Überlebensgroße Puppen, die Berufsgruppen mit häufig extrem niedrigen Löhnen darstellen, ziehen durch den Restaurantbereich des Hotels und machen auf die Mindestlohnkampagne der beiden Gewerkschaften aufmerksam. ■■■ Ganz im Zeichen des Fußballs steht das DGB-Fest am Eröffnungstag in der Arena Berlin. Begrüßt werden die Gäste von FußballerInnen auf Stelzen. Im lebensgroßen Kickerspiel treten Frauen gegen Männer an – und zu später Stunde geht es in die Verlängerung. Es wird getanzt bis spät in die Nacht. ■■■ Ein Saftladen ist das: Am Stand der AOK werden kostenlos vier Sorten Saft ausgeschenkt. Geheimtipp der AOK-MitarbeiterInnen: Tomatensaft mit Pfeffer und Tobasco. Die Delegierten greifen trotzdem lieber zu Erdbeer-Joghurt. Allein 45 Liter gehen bereits am ersten Kongresstag über die Theke. ■■■ Als einen internationalen „Weichensteller" bezeichnet Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, den DGB. Menschenwürdige Arbeit müsse zum internationalen Standard werden. Ein erster Schritt dazu sei die „Vereinigung des IBFG mit dem Christlichen Weltverband für Arbeit, die für November 2006 geplant ist". ■■■ John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sieht Europa am Scheideweg. Der europäische Gewerkschafter spricht sich für eine europäische Verfassung mit „menschlichem Antlitz" aus, die die wirtschaftliche Dimension mit sozialem Fortschritt verbinde. ■■■ Vom Hobbyfotografen bis zur Künstlerin haben sich über 200 TeilnehmerInnen am Fotowettbewerb des DGB zu der Frage beteiligt, wie Würde aussieht. Über 600 Aufnahmen wurden ausgewertet, die Jury nahm schließlich 27 in die engere Wahl. Am Ende gewinnen zwei: Helmut Ölschlegel mit einem Porträt des Jazzposaunisten Albert Mangelsdorf und Inge Besgen mit ihrem Foto eines älteren Paares in Krankenhaushemden teilen sich den ersten Preis. •



Fotos: Jürgen Seidel



Konstruktiver Dialog

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte auf dem DGB-Bundeskongress vor der Spaltung der Gesellschaft und erntete dafür Applaus. „Sie alle", betonte Merkel, „tragen eine große Verantwortung für unser Land". Die soziale Marktwirtschaft sei ohne vernünftige Alternative, die Probleme des Landes dürften aber nicht einfach hingenommen werden. Die Massenarbeitslosigkeit spalte die Gesellschaft. „Damit dürfen wir uns nicht abfinden!"

Merkel betonte, dass für den Veränderungsprozess starke Gewerkschaften erforderlich seien. „Ich will starke Gewerkschaften. Ich will einen starken DGB." Aber die Position des DGB zum Mindestlohn und zu den Kombilohnmodellen mochte Merkel so nicht teilen. Zwar räumte sie ein: „Einer Diskussion über den Mindestlohn stehe ich offen gegenüber." Flächendeckend aber will sie den Mindestlohn nicht. Merkel ergänzte: „Und nicht in Höhe von 7,50 Euro."

Dem DGB bot Merkel einen konstruktiven Dialog an. „Aber wir müssen aufpassen, ob die Antworten, die wir in der Vergangenheit gegeben haben, heute noch gültig sind."

Die Rede im Wortlaut:
www.bundeskongress2006.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

In der Diskussion um die Bahnreform hat sich nach der Gewerkschaft TRANSNET auch die IG Metall gegen eine Trennung von Netz und Schiene ausgesprochen. In einer Ende Mai veröffentlichten gemeinsamen Erklärung fordern beide Gewerkschaften, die Bahn „als Gesamtsystem" zu erhalten.

Die GEW fordert, die geplante Föderalismusreform im Bildungsbereich an fünf Punkten noch einmal „aufzuschnüren". So solle der Hochschulbau als Gemeinschaftsaufgabe erhalten bleiben. Außerdem müsse der Bund auch künftig den Ländern Geld für Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen dürfen.

Die GdP hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kritisiert, die polizeiliche Rasterfahndung nur noch bei „konkreter Gefahr" zuzulassen. Angesichts der „akuten weltweiten" Bedrohungslage sei es fahrlässig, der Polizei dieses Instrument zur Terrorismusbekämpfung aus der Hand zu schlagen.

Die mit drei Monaten längste Tarifauseinandersetzung der vergangenen Jahre im öffentlichen Dienst ist beigelegt. 83 Prozent der ver.di-Mitglieder billigten in einer Urabstimmung das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den Ländern. Bei der GdP und der GEW liegt die Zustimmung bei 90 bzw. 95 Prozent.

Nach der Wahl

Aufgaben neu verteilt

Unmittelbar nach dem DGB-Bundeskongress hat der neu gewählte Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) in einer zweitägigen Klausurtagung die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder neu geordnet. So wird künftig die politische Lobbyarbeit beim Vorsitzenden koordiniert, außerdem wird ein neuer Bereich Europa gebildet, um das europapolitische Profil des DGB zu stärken.

Die Verteilung der Zuständigkeiten im Einzelnen:

- Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** ist zuständig für die Bereiche Grundsatz und Gesellschaftspolitik, Europa, Internationales, Öffentlichkeitsarbeit sowie das Verbindungsbüro zu Regierung, Bundestag, Bundesrat und Parteien.
- DGB-Vize **Ingrid Sehrbrock** ist zuständig für die Bereiche Jugend, Bildung, Beamte und Öffentlicher Dienst, Frauenpolitik, Arbeits- und Sozialrecht sowie die Ruhrfestspiele.
- GBV-Mitglied **Dietmar Hexel** ist zuständig für die Bereiche Organisation, Personal, DGB-Rechtsschutz, Revision, Gewerkschaftliche Bildung, Mitbestimmung, Innenservice, IT, Energie und Umwelt sowie Unternehmenspolitik, Corporate Governance und Managementsysteme.
- GBV-Mitglied **Annelie Buntenbach** ist zuständig für die Bereiche Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Arbeitsschutz, Gesundheit, Pflege, Antirassismus, Schwerbehinderte sowie Senioren.
- GBV-Mitglied **Claus Matecki** ist zuständig für die Bereiche Struktur- und Regionalpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Koordination der Tarifpolitik sowie Finanzen und Vermögen des DGB. •

Steuerpolitik

Gerechte Lastenverteilung

Das Steueraufkommen ist nach Berechnungen des Finanzministeriums durch die in den vergangenen Jahren beschlossenen Reformen im Vergleich zu 1998 um 60 Milliarden Euro gesunken. Folge davon ist nicht nur ein wachsendes staatliches Defizit, sondern auch eine zunehmende soziale Schieflage bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Denn profitiert haben von den Steuersenkungen vor allem die Unternehmen und die BezieherInnen höherer Einkommen. Um das zu ändern, hat der DGB-Kongress zehn „Eckpunkte für eine gerechte, ergiebige und wettbewerbsfähige Steuerpolitik" verabschiedet. Gefordert werden neben einer leistungsgerechten Besteuerung aller Steuerpflichtigen auch eine stärkere Heranziehung der Unternehmen. Alle in Deutschland erwirtschafteten Gewinne müssten grundsätzlich auch in Deutschland versteuert werden.

Zudem fordert der DGB eine konsequente Förderung von Familien mit Kindern. Auch das Ehegattensplitting gehöre auf den Prüfstand. Es begünstige Alleinverdienende unabhängig vom Vorhandensein von Kindern und bevorteile Bezieher höherer Einkommen. •

Neuer DGB-Vorstand

Wahlergebnisse

Drei bisherige und zwei neue Mitglieder wählten die Delegierten in den GBV: Michael Sommer wurde mit 298 Stimmen oder 78,4 Prozent als DGB-Vorsitzender bestätigt (2002: 94,1 Prozent). Ingrid Sehrbrock setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen die bisherige DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer durch. Sehrbrock wurde mit 212 oder 56,8 Prozent der abgegebenen Stimmen zur neuen stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gewählt (ihr Wahlergebnis 2002: 64,1 Prozent). Ebenfalls in den GBV wieder gewählt wurde Dietmar Hexel mit 273 bzw. 69,6 Prozent der Stimmen (2002: 93,6 Prozent). Neu zur Wahl stellten sich Annelie Buntenbach (IG BAU) und Claus Matecki (IG Metall). Buntenbach erzielte mit 309 bzw. 78,8 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis. Für Claus Matecki stimmten im zweiten Wahlgang 218 der Delegierten (62,6 Prozent). •

Bildungspolitik

Debatten über die Detailfragen

Das deutsche Bildungssystem ist reformbedürftig. In dieser Analyse sind sich die Gewerkschaften einig. Statt Chancengleichheit herzustellen, führe Bildung in Deutschland zu sozialer Selektion wie in keinem anderen Industrieland. Die Bildungspolitik gehörte zu den Themen, über die auf dem DGB-Bundeskongress intensiv diskutiert wurde. Umstritten unter den 16 Anträgen zur Bildungspolitik war vor allem ein Antrag der DGB-Jugend, ein individuelles Grundrecht auf eine Berufsausbildung in die Verfassung aufzunehmen, sowie ein von den Studierenden von ver.di und GEW eingebrachter Änderungsantrag, allen Studierenden eine Studienförderung (BAföG) zur Verfügung zu stellen, und nicht nur denen, die aus einem finanzschwachen Elternhaus kommen. Beide Anträge fanden entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission bei den Delegierten eine Mehrheit. •

Außenansichten

Tagesaktuell berichtete die einblick-Redaktion während des Kongresses in drei Ausgaben des „extrablick". Unverzichtbarer Bestandteil: die Sicht eines/einer der vielen KongressbeobachterInnen auf das Geschehen.

Ana Bell Jaras, 52, Vizepräsidentin der chilenischen Gewerkschaft Central Unitaria de Trabajadores (CUT), beobachtete den Kongressauftakt am 22. Mai.

Die deutschen Gewerkschaften haben eine große Bedeutung über Deutschland hinaus. Sie sind gut darin, Herausforderungen zu bewältigen. Die Diskussion und Beschlussfassung auf diesem Bundeskongress bieten uns in Südamerika Anregungen, denn wir stehen vor ähnlichen Aufgaben. Dieser Bundeskongress greift die größte Herausforderung für die Gewerkschaften mit seinem Motto „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab" auf: Die Globalisierung braucht notwendigerweise eine soziale Dimension.



Foto: Ulla Spiekermann

Menschenwürdige Arbeit für alle muss nicht nur erhalten, sondern auch neu geschaffen werden. In Chile ist die Integration in die Weltwirtschaft oft auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gegangen. Dies hat dazu geführt, dass menschenwürdige Beschäftigung verschwindet zugunsten von prekärer. Die chilenischen Gewerkschaften befinden sich nach der Pinochet-Diktatur immer noch in einer Phase des Aufbaus und des Übergangs; die neue Regierung macht uns aber Mut, sie baut auf die Gewerkschaften.

Detlef Esslinger, 42, seit dem 1. Mai zuständig für „Arbeitsmarkt und Tarifparteien" bei der „Süddeutschen Zeitung", kommentierte den zweiten Kongresstag, an dem die Wahlen zum neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand stattfanden.

Ich denke, fast alle haben erst während des Kongresses den Eindruck gewonnen, dass eine Kampfkandidatur bevorsteht. Alle, bis auf zwei: Klaus Engelen und Ursula Engelen-Kefer. Er sei gekommen in der Erwartung, dass sie nicht antritt, hat er am Dienstagmorgen noch erklärt. Sie erklärte zunächst dem Präsidium ihren Verzicht. Ich nehme ihr die innere Zerrissenheit sogar ab.

Insgesamt ist auf diesem Kongress das Bemühen des DGB offensichtlich, in die politische Debatte zurückzukehren, wieder ein politischer Player zu werden. Und möglicherweise ist das in der schwarz-roten Koalition sogar einfacher als in der Regierung unter Schröder: Das Verhältnis ist wieder rationaler.

Was die Erhöhung der Mitgliederzahlen betrifft: Der DGB muss den Spagat meistern, die interne Öffentlichkeit ebenso anzusprechen wie die externe. Die aktiven Gewerkschafter haben Jahre ihres Lebens für die Arbeitszeitverkürzung hergegeben – sie wollen dafür gerühmt werden. Vielen Menschen hingegen, die als Mitglieder gewonnen werden sollen, ist das Thema möglicherweise gar nicht so wichtig.



Foto: Udo Böhlefeld

Harald Voigt, 39, der als externer Berater die „Initiative Trendwende" von DGB und Gewerkschaften unterstützt, schilderte am dritten Tag seine Eindrücke vom Kongress.

Ich nehme den Kongress als eine Art Multifunktionsveranstaltung wahr, die gleichzeitig ganz unterschiedlichen Zwecken dienen muss. Und ich bin gespannt, ob er tatsächlich allen Funktionen gerecht werden kann. So müssen natürlich zum einen von den Wahlen bis zu Satzungsänderungen zahlreiche Dinge geregelt werden. Zum anderen sollte ein solcher Kongress aber auch die Gelegenheit für die gesamte Organisation sein, Erfahrungen auszutauschen, sich selbst zu bestärken und aus den Erfolgen der vergangenen Jahre Kraft zu schöpfen. Ich befürchte, dass das ein wenig zu kurz kommt. Das ist schade – schließlich hat jede Organisation ja auch so eine Art Seele, und die muss gepflegt werden. Was mich sehr gefreut hat, ist, wie oft in den Reden die Initiative Trendwende erwähnt wurde. Ich hoffe, dass dem Kongress nun eine breite inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen der Trendwende im gewerkschaftlichen Alltag folgt.



Foto: Timm Schneider

Vorrang für Arbeit

In seiner Rede bei der Eröffnungsveranstaltung des DGB-Kongresses kritisierte* Bundespräsident Horst Köhler *die Steuerpolitik der großen Koalition und mahnte größere Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an. Er sprach sich dafür aus, die Erhöhung der Mehrwertsteuer „hauptsächlich zur Senkung der Lohnnebenkosten" zu nutzen.

Köhler beklagte, dass die Arbeitslosigkeit unsere Gesellschaft „mehr und mehr" spalte. Was Arbeitsplätze schaffe, solle deshalb „Vorrang vor allem anderen" haben. Der Bundespräsident hält einen „geordneten Niedriglohnsektor" für erforderlich, ebenso „mehr Respekt vor den Menschen, die einfache Arbeit leisten".

Köhler stellte die Verdienste der Gewerkschaften für den sozialen Frieden heraus. Tarifautonomie, Flächentarife und Einheitsgewerkschaften seien „konstitutive Teile der sozialen Marktwirtschaft". Köhler lobte die „verantwortungsvolle Lohnpolitik" der Gewerkschaften, während er die Maßlosigkeit einiger Unternehmensvorstände verurteilte. „Ganz verquer wird es, wenn immense Vorstandsgehälter mit einem gestiegenen Shareholder Value begründet werden, der auf Lohnzurückhaltung und Entlassungen beruht."

Die Rede im Wortlaut:
www.bundeskongress2006.dgb.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

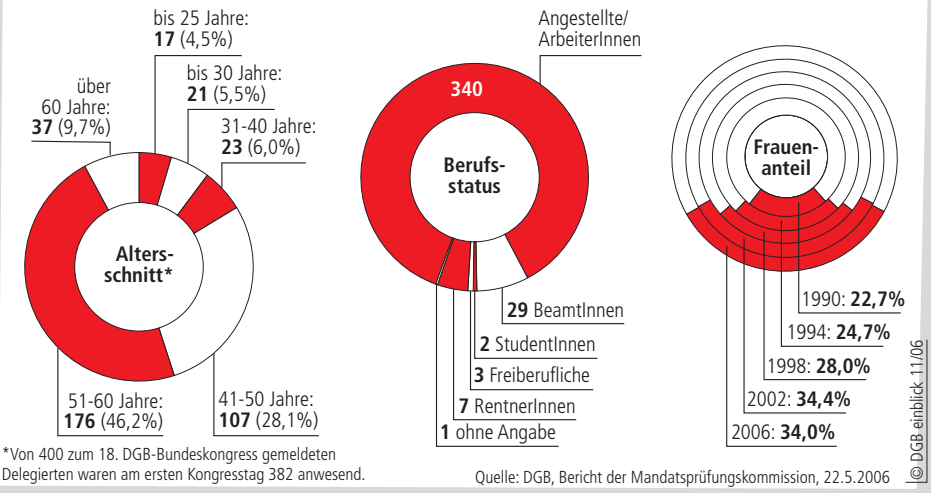
DIES & DAS

die DGB grafik

DGB-KONGRESS: Ein Drittel der Delegierten weiblich

Im Vergleich zum letzten DGB-Bundeskongress 2002 ist das Durchschnittsalter der Delegierten 2006 um ein Jahr gestiegen: von 50 auf 51 Jahre. Dennoch hat sich der Anteil der Delegierten, die 30 Jahre oder jünger sind, erhöht – von 7,3 Prozent 2002 auf zehn Prozent 2006. Der Frauenanteil ist mit 34,0 Prozent fast gleich geblieben (2002: 34,4 %). Am besten waren die Frauen unter den ver.di-Delegierten mit 57,9 Prozent vertreten, gefolgt von der Gewerkschaft NGG mit 46,6 Prozent.

Zusammensetzung der Delegierten nach Alter, Berufsstatus und Geschlecht*



*Von 400 zum 18. DGB-Bundeskongress gemeldeten Delegierten waren am ersten Kongresstag 382 anwesend.

Quelle: DGB, Bericht der Mandatsprüfungskommission, 22.5.2006

14 TAGE

7.-30.6. DGB Berlin-Brandenburg, Ausstellung „Machen Sie sich Ihr eigenes Bild", Berlin

7.6. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Konferenz „Metropolregion Bremen/Oldenburg – Motor für Beschäftigung oder leere Hülle?", Bremen

8.6. Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung (BTQ) im ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, Datenschutztagung 2006, Hannover

10.-17.6. „In Würde leben und arbeiten", bundesweite Aktionswoche des DGB zur Zukunft der sozialen Sicherung

11.6. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Vergabe des DGB-Filmpreises, Emden

13.6. DGB-Region Schleswig-Holstein Nord, Konferenz „Rente erst mit 67 – was soll das?", Flensburg

14.6. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Diskussionsveranstaltung „Stoppt Zwangsprostitution", Frankfurt/M.

19.6. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Schiffbau in Europa – Zwischen Kooperation und Wettbewerb", Papenburg

19.6. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Ursachen für rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern", Berlin

22.6. DGB, Workshop „Wir wollen, dass ihr bleibt. Ein starker Osten braucht junge Familien", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Dr. Wolfgang Schroeder,*** 45, Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik der IG Metall sowie Privatdozent an der Universität Frankfurt/M., ist seit dem 1. Mai Professor für Politische Systeme der Bundesrepublik Deutschland/Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel.

••• ***Inge Michel,*** 57, Referentin in der Abteilung Organisation und Kommunikationssysteme des DGB-Bundesvorstands, geht am 15. Juni in Altersteilzeit.

Tipp

***Buch:* Hans Mundorf, Nur noch Markt, das ist zu wenig, OBS-Schriftenreihe, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 214, Seiten, 14,80 Euro**

Sind die anderen wirklich besser? Hans Mundorf, ehemaliger Chefredakteur des Handelsblatts, stellt dem Dauerlamento in Zeitungen und TV-Talkrunden die ökonomische Realität entgegen. Er erinnert an den deutschen Exportboom – trotz angeblich zu hoher Löhne. Und an die Erfolgsgeschichte des Euro, die ohne ein wirtschaftlich starkes EU-Kernland Deutschland gar nicht möglich gewesen wäre. Seine Botschaft: Auch in Zeiten der Globalisierung darf die Politik ihre Verantwortung für den Staat nicht an die Märkte delegieren.

Schlusspunkt

„Wie der DGB 007 stoppte"

Das Neue Deutschland am 26. Mai über die Ablehnung des vom DGB-Bundesvorstand eingebrachten Satzungsantrags S 007

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.06.2006 12/06

DGB

inhalt

Seite 3
Viel Propaganda, wenig Missbrauch
Dass die Hartz-Kosten steigen, hat viele Gründe. Sie liegen kaum bei den Langzeitarbeitslosen

Seite 5
Mehr Raum für Diskussionen
Annelie Buntenbach, die neue Sozialpolitikerin im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, im Interview

Seite 7
Mühsam, doch ohne Alternative
Die chinesischen Gewerkschaften sollten weiter unterstützt werden, meint Sozialattaché Claus Eilrich

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Elterngeld allein reicht nicht

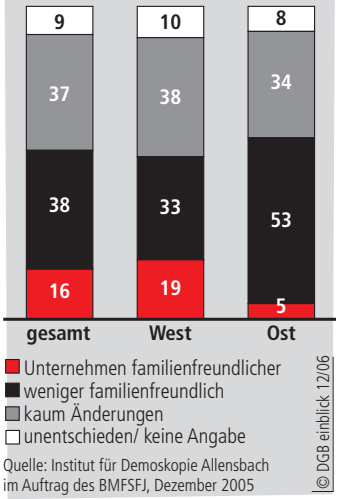
Mit der Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung will die große Koalition einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik einläuten. Leitbild soll künftig die Berufstätigkeit beider Eltern sein. Mitte Mai hat die Bundesregierung einen Referentenentwurf vorgelegt, für den 3. Juli ist eine Anhörung im Bundestag geplant. Der Entwurf sieht vor, dass ab 2007 nach der Geburt eines Kindes für 12 Monate ein Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des letzten Nettogehaltes, maximal 1800 Euro, gezahlt wird. Zwei Monate gibt es als Bonus obendrauf, wenn sich beide Elternteile die Erziehungsarbeit teilen.

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat in seiner Stellungnahme den Entwurf begrüßt. „Die zentralen Punkte des Entwurfes decken sich weitgehend mit unseren langjährigen Forderungen", wertet DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Problematisch bleibe aber aus Sicht des DGB, dass vor allem die Situation von gut verdienenden Elternpaaren verbessert würde, sich jedoch die finanzielle Unterstützung von BezieherInnen von Arbeitslosengeld verschlechtere. „Wir begrüßen, dass die zunächst geplante Anrechnung des Elterngelds auf das Arbeitslosengeld (Alg) II zurückgenommen wurde. Kritisch sehen wir aber, dass Alg II-BezieherInnen anders als berufstätige Eltern das Elterngeld maximal 12 statt 14 Monate erhalten sollen", so Sehrbrock. Das sei auch gegenüber der geltenden Regelung eine Verschlechterung, nach der Arbeitslose bis zum 24. Lebensmonat des Kindes Leistungen in Höhe von 300 Euro erhalten. Änderungsbedarf bestehe außerdem bei den Regelungen für Alleinerziehende. Sie haben nur dann Anspruch auf 14 Monate Elterngeld, wenn sie das alleinige Sorgerecht haben. „Das läuft einer partnerschaftlichen Erziehung trotz Trennung zuwider", meint Sehrbrock. „Mit dem Elterngeld allein lässt sich im Übrigen der Paradigmenwechsel in der Familienpolitik nicht erreichen. Ebenso notwendig sind der flächendeckende Ausbau der Ganztagsbetreuung auch für unter Dreijährige sowie eine familiengerechte Arbeitswelt."

Um die Arbeitswelt familiengerecht zu gestalten, sind die Sozialpartner gefordert. In einer Sozialpartnervereinbarung für die chemische Industrie haben die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) die Förderung einer „chancengleichen und familienbewussten Personalpolitik" zum gemeinsamen Anliegen erklärt. „Nun kommt es darauf an, die formulierten Grundsätze in der betrieblichen Wirklichkeit mit Leben zu erfüllen", so IG BCE-Vorstandsmitglied Edeltraud Glänzer. In der Umsetzung wollen IG BCE und BAVC die Betriebsparteien mit Beratung, Handlungshilfen, Checklisten, Beispielen erfolgreicher Praxis und Erfahrungsaustausch unterstützen. Kleinen und mittelständischen Unternehmen steht der DGB mit einem Beratungsprojekt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Seite. Erfahrene BeraterInnen helfen den Betriebsparteien, passgenaue Lösungen zu entwickeln. •

Familienfreundlichkeit nimmt ab

Ist die Familienfreundlichkeit der Unternehmen in den letzten Jahren gestiegen, gesunken oder gleich geblieben? Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 16- bis 44-Jährigen (in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des BMFSFJ, Dezember 2005

plusminusBERLIN

+ *Reinhard Schulz, Steuerexperte der SPD-Fraktion, hat sich gegen eine dauerhafte Entlastung der Unternehmen in Milliardenhöhe ausgesprochen. Allenfalls könnten „Anlaufverluste" bei der Unternehmenssteuerreform in Kauf genommen werden.*

– *Michael Kauch, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will die Tagesgrenzwerte bei der Feinstaubbelastung kippen. Die Politik müsse sich auf die ultra-feinen Stäube konzentrieren. Es sei aber zu früh, „verbindliche Grenzwerte festzulegen".*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.rechtsweg-ausgeschlossen.de
Kampagne der DGB-Jugend Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl im September

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum Referentenentwurf zur Einführung des Elterngeldes

„Für eine chancengleiche und familienbewusste Personalpolitik" Sozialpartnervereinbarung für die chemische Industrie

Existenzgründung

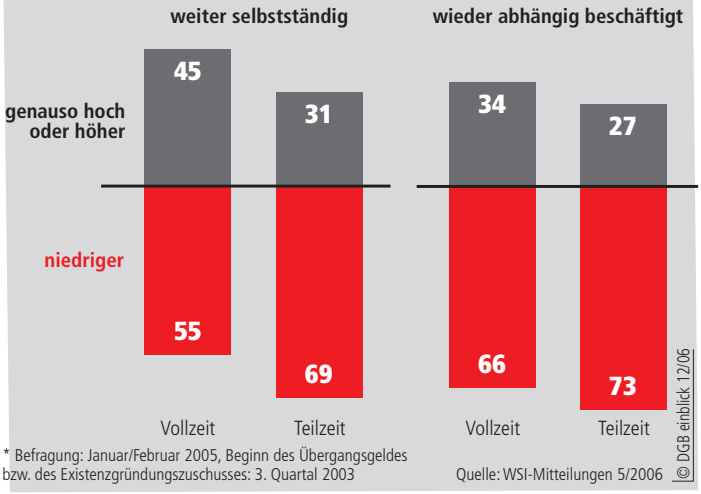
Zwiespältige Bilanz

Wer sich mit Hilfe der Arbeitsagentur selbstständig macht, macht das oft der Not gehorchend: um Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder um sie zu beenden. Eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter 3000 von den Arbeitsagenturen geförderten ExistenzgründerInnen zeigt, dass nur für einen Teil von ihnen der Schritt in die Selbstständigkeit erfolgreich war.

Zwar sind rund eineinhalb Jahre nach dem Start in die Selbstständigkeit noch drei von vier ExistenzgründerInnen am Markt, aber mehr als die Hälfte verdient weniger als im letzten Arbeitsverhältnis. Besonders hart trifft es diejenigen, die ihren Schritt in die Selbstständigkeit abgebrochen haben. Für ein Drittel der ehemaligen BezieherInnen von Überbrückungsgeld und zwei Fünftel der GründerInnen einer Ich-AG endete der Ausflug in die Selbstständigkeit mit Schulden.

Träume nur zum Teil in Erfüllung gegangen

Einkommen von den Arbeitsagenturen geförderter ExistenzgründerInnen im Vergleich zur vorangegangenen abhängigen Beschäftigung (in Prozent)*



* Befragung: Januar/Februar 2005, Beginn des Übergangsgeldes bzw. des Existenzgründungszuschusses: 3. Quartal 2003

Quelle: WSI-Mitteilungen 5/2006

Für die meisten der von den Arbeitsagenturen geförderten ExistenzgründerInnen ist die Selbstständigkeit mit Einkommensverlust verbunden.

Als wichtigste Gründe für die Aufgabe der Selbstständigkeit werden in der in den WSI-Mitteilungen veröffentlichten Studie „Auftragsmangel", „Finanzierungsengpässe" sowie „unterschätzte Kosten der sozialen Absicherung" genannt. •

Kündigungsschutz

Bildungsanreiz

Ein hoher Kündigungsschutz stärkt das Interesse junger Menschen, mehr Zeit in die eigene Bildung zu investieren. Das belegt eine Studie der Universität Mainz. In Ländern mit einem hohem Kündigungsschutz sei der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulstudium überproportional hoch. Der Grund: SchulabgängerInnen würden sich eher für ein Studium entscheiden, wenn sich die Bildungsinvestition später auszahlt – durch ein höheres Einkommen und durch die Senkung des individuellen Entlassungsrisikos. Für Industrieländer könne es deshalb interessant sein, den „Kündigungsschutz als ein Instrument zu betrachten, um das Ausbildungsniveau zu erhöhen". Ob ein höherer Kündigungsschutz insgesamt zu mehr Beschäftigung führt, lässt die Studie offen. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Hartz IV-Reform

Viel Propaganda, wenig Missbrauch

Die Hartz IV-Kosten steigen, doch von einer Kostenexplosion kann keine Rede sein. Dass sie steigen, hat viele Gründe. Und die sind vielerorts zu finden – nur nicht bei den Langzeitarbeitslosen.

„Bei keinem Thema wird so viel Unsinn geredet wie hier", sagte Städtetagspräsident Christian Ude (SPD) der *Frankfurter Rundschau*. Ude meint die Hartz IV-Kosten. Ob in der *FAZ* oder der *ARD* – fast überall ist zu lesen oder zu hören, dass die Ausgaben für Langzeitarbeitslose „aus dem Ruder laufen". Selbst die *Deutsche Presse-Agentur (dpa)* schreibt von „Kostenexplosion" – ohne Gänsefüße.

Die Propaganda prominenter Unionspolitiker trägt jetzt Früchte. Für NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) ist Hartz IV „Pfusch"; für seinen baden-württembergischen Amtsbruder Günther Oettinger „ein zusammengeschustertes Flickwerk", und für CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer schlicht der „größte sozialpolitische Flop der Nachkriegsgeschichte". Dabei haben CDU/CSU die rot-grünen Hartz-Gesetze Ende 2003 im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat mit beschlossen. Trotzdem fordern Rüttgers & Co eine „Generalrevision" – und meinen Leistungskürzungen. Da ist es nur nützlich, wenn von ausufernden Kosten und Leistungsmissbrauch die Rede ist. Und alle Arbeitslosen „unter einen generellen Missbrauchsverdacht gestellt werden", so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Das so genannte Gesetz zur Fortentwicklung von Hartz IV, das der Bundestag Anfang Juni verabschiedet hat, sieht zwar ab Anfang August schärfere Sanktionen gegen Langzeitarbeitslose vor, die Jobangebote ablehnen, und es erschwert auch den Bezug von Arbeitslosengeld (Alg) II. Doch direkte Leistungskürzungen gibt es nicht. Noch nicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat aber bereits eine „grundlegende Überholung" von Hartz IV für den Herbst angekündigt. Der Streit geht also weiter. Zu spät, erst Anfang Juni, hatte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) die angebliche Kostenexplosion dementiert: „Die Ausgaben sind unter Kontrolle." Tatsächlich sind sie nicht explodiert (Grafik). Dass sie gestiegen sind, hat im Wesentlichen drei Gründe:

Erstens hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen dramatisch erhöht. Sie betrug Ende 2005 weit über 1,8 Millionen – 5,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das hat auch damit zu tun, dass die Betroffenen im Schnitt drei Monate auf ein Vermittlungsgespräch warten müssen, wie der Bundesrechnungshof rügte. Zudem endeten 70 Prozent der Gespräche ohne Vermittlungsergebnis.

Zweitens ist mit Hartz IV, der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, aus verdeckter Arbeitslosigkeit offene Arbeitslosigkeit geworden. Mitte 2005 waren bereits 906 000 Erwerbstätige, doppelt so viele wie vor der Reform, arm trotz Arbeit – und stockten ihr Einkommen mit Alg II auf.

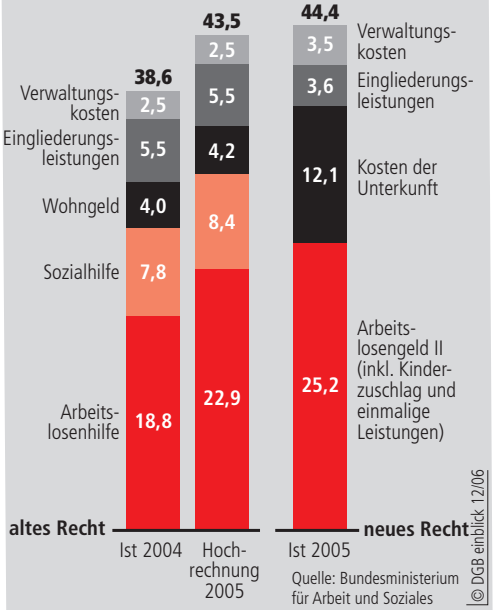
Drittens kommt die politisch gewollte Ausweitung des Niedriglohnsektors den Steuerzahler teuer zu stehen. Unter den Erwerbstätigen mit Alg II-Anspruch sind allein 395 000 Mini-Jobber. Der Niedriglohnsektor hat zudem eine Sogwirkung auf die – noch – besser bezahlte Arbeit. Outsourcing und Leiharbeit nehmen zu.

Der Missbrauch von Alg II hingegen ist ein „Mythos" *(taz)*. Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) sind im ersten Quartal 26 Millionen Euro oder 0,4 Prozent der Gesamtsumme zu viel gezahlt worden. Aber das heißt „nicht automatisch, dass Missbrauch dahinter steht", erklärte ein BA-Sprecher. Gründe seien verspätete Meldungen über neue Arbeit oder zusätzliche Einkünfte. Es seien sogar Fälle bekannt, wo die Empfänger selbst darauf hingewiesen haben, nicht mehr anspruchsberechtigt zu sein.

Kritikwürdig ist ein ganz anderer Missstand: Den Sozialgerichten liegen bereits mehr als 50 000 Klagen gegen Alg II-Bescheide vor. Nicht zu Unrecht: Jede dritte Klage gegen Hartz IV ist erfolgreich. •

Keine Kostenexplosion

Ausgaben für erwerbsfähige Hilfsbedürftige nach altem und neuem Recht (in Milliarden Euro)



Ohne Hartz IV hätten die Kosten für Arbeitslosen- und Sozialhilfe 2005 43,5 Milliarden Euro betragen, die tatsächlichen Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II betrugen 44,4 Milliarden Euro. Das sind 900 Millionen Euro oder zwei Prozent mehr – viel Geld, aber keine „Kostenexplosion".

DGB fordert Kurskorrektur

Das Grundproblem von Hartz IV ist, „dass nicht ausreichend Arbeitsplätze da sind", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Dafür dürften die Arbeitslosen „nicht auch noch bestraft werden".

Der DGB fordert, dass die von Union und SPD gemeinsam beschlossenen „Geburtsfehler" von Hartz IV auch von beiden gemeinsam behoben werden. So müsse das „Kompetenzchaos" zwischen den Arbeitsagenturen und den Kommunen, die mal für Kurzzeitarbeitslose, mal für Langzeitarbeitslose zuständig sind, schnellstens beendet werden. Die Vermittlung aller Arbeitslosen solle den Arbeitsagenturen übertragen werden.

Die 500 000 allein erziehenden Alg II-EmpfängerInnen bräuchten dringend bessere Kinderbetreuungsangebote, um überhaupt vermittelt werden zu können.

Außerdem hat der DGB grundsätzliche Bedenken gegen den so genannten Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur für Arbeit nach zwölf Monaten für nicht vermittelte Arbeitslose zahlen muss. Er sollte beispielsweise nicht mehr für ältere Arbeitslose gezahlt werden, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mehr Infos: www.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Aktionen

Mit Witz

Tarifauseinandersetzungen sind ein ernstes Geschäft – doch etwas Auflockerung tut auch in Zeiten des Streits um Prozente und Zuschläge gut. Dachte man sich beim DGB Berlin-Brandenburg und gab die Gestaltung einer Postkarte in Auftrag, die während unterschiedlicher Tarifrunden verteilt werden kann. Der Berliner Karikaturist Tom (u.a. bekannt aus der *taz*) stellte einen Cartoon für die Karte zur Verfügung, die kostenlos in Kneipen und Restaurants ausliegt. •

www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Hans-Böckler-Stiftung

Ältere beschäftigen

Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik einen unteren Rang ein, wenn es um die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen geht. Doch angesichts des demografischen Wandels und der Not leidenden Sozialversicherungen wird deutlich, dass die Arbeitswelt in naher Zukunft von Älteren geprägt sein wird. Über die „Chancen des Paradigmenwechsels bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen" werden die Mitglieder des Arbeitskreises „Zukunft des Sozialstaates" der Hans-Böckler-Stiftung am 21. Juni in Frankfurt/M. diskutieren. •

Anmeldungen: Tel. 0211/77 78 109
Fax 0211/77 78 283

Veranstaltung

Gefahr von Rechts

Rechtsextremismus ist eine Gefahr für Menschen, aber auch für die Demokratie an sich. Über mögliche „Ursachen für rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern" werden die TeilnehmerInnen einer Konferenz diskutieren, die der Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem DGB gemeinsam am 19. Juni im Hotel Aquino in Berlin veranstalten. Im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen in Arbeitsgruppen werden neben der Zustandsbeschreibung konkrete Handlungsanleitungen im Umgang mit Rechts stehen. Zu den ReferentInnen zählen der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy, der Berliner Politologieprofessor Richard Stöss sowie das neu gewählte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. •

Tel. 0228/88 32 72
claudia.unkelbach@fes.de

Dokumentation

Wandel gestalten

Den demografischen Wandel der Gesellschaft haben WissenschaftlerInnen und vorausschauende PolitikerInnen schon vor mehr als zehn Jahren beschrieben. Doch bisher ist wenig geschehen, um den sich verändernden Altersaufbau als Chance zu nutzen. Um Lösungsansätze auf betrieblicher und tarifpolitischer Ebene ging es im vergangenen November bei einer Tagung der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Führungsdialog – die Konsequenzen des demografischen Wandels vorausschauend gestalten". Jetzt ist die Dokumentation dieser zweitägigen Veranstaltung erschienen, die die Referate, Forumsdiskussionen und Unternehmenspräsentationen in gedruckter Form und auf CD-Rom enthält. •

Bestellungen: hans.herzer@igmetall.de



Lernen und Arbeiten

Auf einen Blick

Das Beratungs- und Qualifizierungsprojekt LeA des DGB-Bundesvorstands hat ein neues Coachingkonzept im Bereich der beruflichen Weiterbildung entwickelt. Im Mittelpunkt stand dabei die Früherkennung von Qualifikationserfordernissen, der damit einhergehende Wandel der Arbeit und die Entwicklung und Erprobung neuer Qualifizierungsansätze im Bereich Beratung und Coaching. Der DGB hat dieses Projekt initiiert, um damit einen aktiven Beitrag zur Modernisierung des Berufsbildungssystems zu leisten. Inzwischen hat der DGB den Abschlussbericht des Beratungs- und Qualifizierungsprojektes vorgelegt, zusammen mit einer begleitenden CD-ROM mit dem idealtypischen Bildungscoachingprozess. Dieser Prozess zeigt den empfohlenen Ablauf des Bildungscoachings auf. Materialien aus der Projektlaufzeit, Zwischen- und Abschlussbericht sind ebenfalls auf der CD-ROM zu finden. •

http://www.dgb-lea.de

interregio

••• Der ***DGB NRW*** hat von der Landesregierung einen ***Notfonds*** zur Reaktivierung geschlossener überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten gefordert. Mindestens 75 Millionen Euro müsse das Land dafür zur Verfügung stellen, so der DGB-Bezirksvorsitzende Guntram Schneider. Von den öffentlichen Geldern könnten dann auch die AusbilderInnen in den Werkstätten bezahlt werden. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Ausbildungsmarkt dürfe NRW-Finanzminister Helmut Linssen (CDU) mit den Mehreinnahmen des Landes in Höhe von 300 Millionen Euro nicht ausschließlich die Neuverschuldung senken.

••• Ein von der ***DGB-Technologieberatung Berlin-Brandenburg*** entwickeltes ***Internetportal*** bietet ab sofort Informationen zur „Deutsch-Polnischen Kooperation am Bau". Die Website will vor allem kleinen und mittleren Betrieben beiderseits der Grenze Kontakte vermitteln und über Entwicklungs- und Beschäftigungschancen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Baubranche in der Grenzregion informieren. Auf polnischer Seite arbeitet die Gewerkschaft Solidarność am Projekt mit, in Deutschland unterstützen IG BAU und IG Metall die Pflege des Online-Angebots. Infos: *www.bbl-baunet.de*

Bildungsbefragung

Länger gemeinsam

Nach dem Pisa-Schock ist die Bereitschaft, Strukturveränderungen im Bildungssystem durchzusetzen unter den direkt Beteiligten größer als in der Politik. Das zeigt eine Befragung des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) unter LehrerInnen. Mit 56 Prozent spricht sich zum ersten Mal eine Mehrheit dafür aus, dass Kinder nach der Grundschule weiter gemeinsam lernen. In den beiden vorangegangen Befragungen, 1995 und 1998, war das noch anders. In den östlichen Bundesländern befürworten sogar drei Viertel der LehrerInnen eine gemeinsame Schule für alle. Selbst unter den Real- und GymnasiallehrerInnen sei die Quote der entschiedenen Gegner einer gemeinsamen Schule auf ein Drittel geschrumpft. •

Interview

Mehr Raum für Diskussionen

Annelie Buntenbach, die neue Sozialpolitikerin im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, im einblick-Interview.

■ Du bist mit dem besten Wahlergebnis aller Kandidaten in den GBV gewählt worden. Was sind deine Erwartungen für die nächsten Jahre?

■ *Ich habe mich über die breite Unterstützung sehr gefreut. Denn was in nächster Zeit auf uns zukommt, wird nicht einfach werden. Dafür brauchen wir Kraft und Geschlossenheit. Beim Umbau des Sozialstaates wird entscheidend sein, dass ein ausreichender sozialer Schutz für alle gewährleistet wird. Dazu brauchen wir vor allem eine energische Beschäftigungspolitik und eine gerechtere Verteilung der Lasten. In den nächsten Jahren wird es unsere Aufgabe sein, den Blick der Politik stärker auf die Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner zu lenken.*

■ Bei deiner Vorstellung auf dem DGB-Kongress hast du an einen Ausspruch von Margaret Thatcher erinnert: „There is no alternative."

■ *Stimmt, der Ärger darüber hat mich nachhaltig geprägt. Es ist wichtig, dass wir unsere Alternativen zur Politik der großen Koalition noch deutlicher machen. In den letzten Jahren sind wir immer mehr in die Defensive geraten. Dabei ist eine Stimmung gemacht worden, der Sozialstaat sei nur eine riesige Geldverbrennungsmaschine. Wir müssen deutlicher machen, dass der Sozialstaat das zentrale, unverzichtbare Integrationselement unserer Gesellschaft ist. Was passiert, wenn er wegbricht, sehen wir in anderen Ländern: Die sozialen Konflikte nehmen zu, immer mehr Menschen, vor allem Teile der Jugend, fühlen sich von vornherein ausgegrenzt. Die Sozialpolitik muss deshalb mehr sein als ein Reparaturbetrieb. Deshalb werben wir beispielsweise für die Bürgerversicherung als Zukunftsmodell für eine Reform der Krankenversicherung.*

■ Was kann der DGB tun, um seine Alternativen nicht nur deutlich, sondern auch durchsetzungsfähig zu machen?

■ *Zunächst gilt es, wieder mehr Menschen für die Gewerkschaften zu begeistern. Dazu gehören zum Beispiel auch diejenigen, die zurzeit aus der Sozialversicherung heraus und in Scheinselbstständigkeit oder Minijobs gedrängt werden, weil die Arbeitgeber Kosten sparen wollen. Zweitens müssen wir in der politischen Öffentlichkeit deutlicher machen, dass eine gerechtere Verteilung der Lasten wie auch des gesellschaftlichen Reichtums nötig und auch möglich ist. Wir brauchen dafür ein breites gesellschaftliches Bündnis, mit dem wir gemeinsam die Fragen der sozialen Gerechtigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen.*

■ Als Vertreterin der IG BAU konntest du in vielen Fragen deutlicher Position beziehen, als du das jetzt im DGB-Vorstand kannst.

■ *Das ist klar. Im DGB ist es meine Aufgabe, mit den Gewerkschaften gemeinsam Positionen zu entwickeln, die wir dann zusammen nach außen vertreten. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, auf die ich mich freue – auch wenn sie nicht immer einfach sein wird. Aber ich bin mir sicher, dass es uns auch in Zukunft gelingen wird, uns auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. Im Übrigen ist es kein Schaden, wenn es innerhalb der Gewerkschaften auch mal unterschiedliche Auffassungen gibt. Ich glaube, dass es uns im Gegenteil gut tut, den DGB als einen Ort der gesellschaftlichen Diskussion über zentrale Fragen zu profilieren. Damit meine ich nicht eine Beliebigkeit in den Antworten, sondern eine Diskussion über unterschiedliche Ansätze für mehr soziale Gerechtigkeit, um daraus dann gemeinsame Perspektiven zu entwickeln.*

■ Der GBV wird keine 100 Tage Schonfrist bekommen. In der Politik stehen wichtige Grundsatzentscheidungen an – von der Gesundheitsreform bis zur Rente mit 67. Wo willst du die Schwerpunkte setzen?

■ *In den nächsten Monaten setzen sich die Schwerpunkte praktisch von selbst. Die Pläne der großen Koalition für einen Gesundheitsfonds, die bislang durchgesickert sind, geben Anlass zu großer Sorge. Das sieht bislang nach einem großen Umverteilungsprogramm zu Lasten der Versicherten und Kranken aus. Das ist völlig inakzeptabel. Wir brauchen eine Gesundheitsreform, die auf Qualität und Effizienz im System setzt und auf eine gerechte, solidarische Finanzierungsgrundlage baut. Zweitens werden wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass insbesondere CDU-regierte Länder für den Herbst eine erneute Debatte über Hartz IV angekündigt haben. Ich habe nichts gegen eine grundlegende Reform von Hartz IV, wenn sie in die richtige Richtung geht. Dabei geht es uns vor allem um Mindestlöhne und darum, den Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu stoppen. Es ist aber absehbar, dass es Teilen der Union darum geht, die Standards, die bei Hartz IV jetzt schon schlecht genug sind, weiter zu verschlechtern. Der dritte Punkt ist die Rente. Die Koalition hat ja bereits angekündigt, dass sie das Renteneintrittsalter auf 67 anheben will. Zudem soll das Rentenniveau mit Hilfe des so genannten Nachholfaktors noch weiter abgesenkt werden. Das ist die Fortsetzung der phantasielosen Kürzungspolitik der letzten Jahre, die nur dazu führt, dass für Millionen von Menschen die Weichen in Richtung Altersarmut gestellt werden. Damit wird das Vertrauen in das Rentensystem unnötig zerstört.*

■ Du bist die erste Grüne, die in den GBV des DGB gewählt worden ist. Welche Rolle spielt das für dich?

■ *Ich habe mich darüber sehr gefreut und erhoffe mir fruchtbare Diskussionen. Dabei geht es aber nicht um die Farbe des Parteibuchs, sondern darum, dass unterschiedliche politische Biographien und Vernetzungen im Vorstand vertreten sind. Denn eines ist klar: Wir sind alle als GewerkschafterInnen in den Vorstand gewählt und nicht als Vertreter von Parteitagsbeschlüssen. Dennoch spielt der politische, kulturelle und biographische Hintergrund natürlich eine Rolle, bei Themen wie Rentenpolitik, Hartz IV oder Migration. Ich denke, es kann nur gut sein, wenn sich die Breite der Sichtweisen unter den Mitgliedern auch im DGB-Bundesvorstand widerspiegelt.* •



Annelie Buntenbach, *51, ist im neu gewählten Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) für die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Alterssicherung, Arbeitsschutz, Gesundheitspolitik, Schwerbehindertenrecht, Seniorenpolitik sowie Migration/Antirassismus zuständig. Nach dem Studium der Geschichte und Philosophie und einer Ausbildung als Lehrerin hat Buntenbach mehrere Jahre als Setzerin gearbeitet.*

Politisch bei den Grünen engagiert, war sie von 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestags. In der Fraktion von Bündnis 90/Grüne hat sie die Fachkommission Gewerkschaften geleitet, war für den Bereich Rechtsextremismus zuständig sowie Obfrau in der Enquetekommission zum Thema Globalisierung.
Von 2002 bis zur Wahl in den GBV leitete Buntenbach die Abteilung Sozialpolitik der IG BAU. Seit 2002 ist sie Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des globalisierungskritischen Netzwerks attac.

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Langfassung des Interviews

kurz&bündig

Die IG BAU bezeichnet die neue Fassung der EU-Dienstleistungsrichtlinie als „Mogelpackung". Die Anwendung inländischer Arbeitsbedingungen auf im Ausland registrierte Unternehmen sei stark eingeschränkt. Klagen gegen in Deutschland geltende Urlaubs- und Mindestlohnvorschriften seien bereits absehbar.

Die IG BCE informiert mit der Broschüre „Auf der Suche nach dem Traumjob" auf 83 Seiten angehende Ingenieure, Natur- und WirtschaftswissenschaftlerInnen über alles Wissenswerte zum Berufsstart: von Bewerbungstipps über aktuelle Berufsbilder bis zur Existenzgründung. Download: www.igbce.de

Die GEW will das „sitzen bleiben" abschaffen. Es führe nicht zu Leistungsverbesserungen, sondern stemple Kinder und Jugendliche „zu Versagern". Durch die Abschaffung der Ehrenrunden würde zudem Geld eingespart, das den Schulen für Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Unter www.hungerloehner.de haben NGG und ver.di ein neues Online-Projekt ihrer gemeinsamen Mindestlohnkampagne gestartet: Drei Mitglieder einer „realen Hungerlohn-Familie" schildern ihre alltäglichen Erlebnisse in Gesellschaft und Arbeitswelt. Das Online-Tagebuch kann als Weblog von anderen Internet-Usern kommentiert werden.

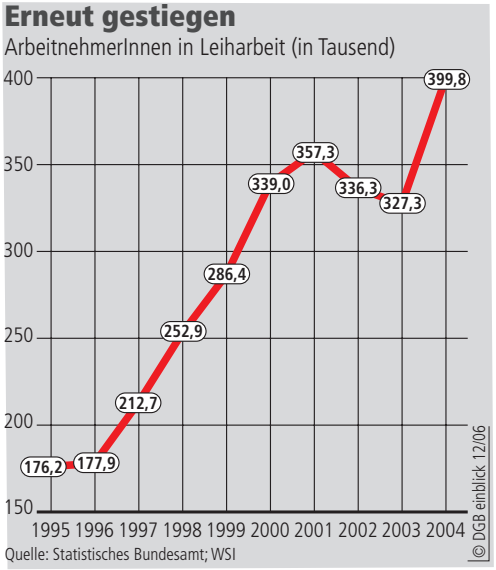
Zeitarbeitsbranche

Mindestlohn per Tarifvertrag

Der DGB hat mit den Arbeitgeberverbänden Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen (BZA) und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) einen Tarifvertrag zur Regelung von Mindestentgelten und -arbeitsbedingungen in der Zeitarbeitsbranche abgeschlossen. Er sieht vor, die bereits bestehenden Entgelttarifverträge um eine unterste Entgeltgruppe mit einem Mindeststundenlohn von sieben Euro (Ostdeutschland und Berlin: 6,10 Euro) zu ergänzen. Bis 2008 soll der Mindestsatz in zwei Stufen auf 7,31 Euro steigen (Ost: 6,36 Euro). Außerdem umfasst der Tarifvertrag Regelungen zum Mindestjahresurlaub und zum Urlaubsgeld.

Die Sozialpartner hätten damit für Tarif- und Sozialstandards in der Branche „eine untere Haltelinie eingezogen", so DGB-Verhandlungsführer Reinhard Dombre. Wirksam werden die neuen Mindeststandards aber erst, wenn das Arbeitnehmerentsendegesetz auch auf die Zeitarbeitsbranche ausgedehnt und der neue Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Mit einer entsprechenden gesetzlichen Regelung rechnen die Tarifpartner noch in diesem Jahr. Vertreter der Regierungsparteien äußerten sich bereits positiv zu dem Tarifabschluss. Die „Mindeststandards für große Teile der Zeitarbeitsbranche" seien „ein positives Signal im Interesse eines fairen Wettbewerbs", so Klaus Brandner, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Mit einer Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes würden einheitliche Rahmenbedingungen für die Zeitarbeit geschaffen. Die entsprechenden Vorschläge der Tarifpartner müssten „diskutiert und aufgegriffen werden".

Da für LeiharbeiterInnen das Branchenprinzip nicht greift, tritt bei Verhandlungen der DGB als Tarifpartner auf. Vertragspartner des aktuellen Abschlusses ist die Tarifgemeinschaft von IG BAU, IG BCE, NGG, IG Metall, GEW, ver.di und GdP. Die Tarifdeckung in der Zeitarbeitsbranche liegt inzwischen weit über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. 2004 galten nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereits für rund 90 Prozent der LeiharbeiterInnen „einschlägige Tarifabkommen". •



Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der ZeitarbeiternehmerInnen mehr als verdoppelt. Weit über 50 000 Unternehmen stocken ihr Personal mit entliehenen ArbeitnehmerInnen auf.

Druckerei gerettet

apm soll verkauft werden

IG Metall, ver.di, TRANSNET und IG BAU investieren acht Millionen Euro in die Darmstädter Alpha Print Medien AG (apm), die frühere gewerkschaftseigene Union Druckerei. Damit ist der Konkurs des Unternehmens abgewendet worden. Nach der Sanierung soll apm verkauft werden, sagte die Betriebsratsvorsitzende Petra Werkmann. Die 183 Beschäftigten verzichten auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und müssen mit Abgruppierungen rechnen. Bis Anfang 2007 sollen zudem fünf betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden, „obwohl wir jetzt schon am Limit arbeiten". Insgesamt werden 1,7 Millionen Euro Personalkosten eingespart. Der Betriebsrat wirft apm-Vorstandschef Dietmar Wrobel vor, kein Sanierungskonzept zu haben. Verhandlungen darüber fänden nicht statt. Petra Werkmann: „Der Vorstand redet nicht mit uns." •

ver.di-Perspektiven

Orientierung im Debattendschungel

Wo gibt es bei ver.di spannende politische Debatten? Was sind die wichtigsten Positionen bei der Weiterentwicklung der Politik und Programmatik der Dienstleistungsgewerkschaft? Die neue Internetsite *www.perspektiven.verdi.de* fasst programmatische Diskussionsbeiträge, Analysen und Kontroversen zusammen. Sie will bei der Orientierung im Debattendschungel helfen und Diskussionen anstoßen. Auch Nichtmitglieder, WissenschaftlerInnen und politisch Interessierte sollen sich an der Diskussion beteiligen können. Beiträge gibt es auf der Site bislang zu den Themen Mindestsicherung, Weichenstellung für die Wirtschaftspolitik, Chancengerechtigkeit für Kinder, Demographie und Altersicherung sowie zur Programmdebatte. •

Zusammenarbeit mit chinesischen Gewerkschaften

Mühsam, doch ohne Alternative

An den Protestaktionen in China sind die Gewerkschaften nicht beteiligt. Und das nagt an ihrer Glaubwürdigkeit, berichtet Claus Eilrich aus Peking. Gleichwohl sollten die deutschen Gewerkschaften den Aufbau starker Gewerkschaften im Reich der Mitte weiterhin unterstützen.

China fasziniert die Welt. Nachdem Deng Xiaoping Ende der 70er Jahre eine Reform- und Öffnungspolitik eingeleitet hat, gibt es im Reich der Mitte Jahr für Jahr Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent. China ist nicht nur eines der erfolgreichsten Länder in Sachen Armutsbekämpfung. Es ist heute auch die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Wichtige Eckpfeiler dieser Erfolgsstory sind das Engagement ausländischer Investoren und die Rahmenbedingungen, die Partei und Regierung internationalen Unternehmen bieten. China hat nicht nur an der boomenden Ostküste Milliarden in die Verbesserung der Infrastruktur investiert. Es hat vor allem **dem wirtschaftlichen Aufschwung alles andere untergeordnet:** Umweltschutz, Energieeffizienz, Arbeitsschutz und soziale Sicherheit blieben dabei auf der Strecke.

Zwar geht es heute allen Chinesen besser als zu Maos Zeiten. Doch die Erfolge des wirtschaftlichen Aufschwungs sind sehr ungleich verteilt. China ist mit einem Gini-Koeffizient von 0,447 eines der Länder mit den **größten Einkommensunterschieden auf der Welt.** Die Bauern und die Landbevölkerung in Zentral- und Westchina müssen mit einem Jahreseinkommen von durchschnittlich 3255 RMB (etwa 325 Euro) auskommen. Deutlich besser stehen die in den wirtschaftlichen Zentren an der Ostküste lebenden Chinesen da. In Peking, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen kommen die Berufstätigen auf Jahreseinkommen von durchschnittlich 25 000 bis 30 000 RMB (etwa 2500 bis 3000 Euro).

Die tief greifenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in China stellen die chinesischen Gewerkschaften vor große Herausforderungen. In den früher dominierenden Staatsbetrieben war die Gewerkschaftsmitgliedschaft selbstverständlich. Die Gewerkschaft fungierte als „Sozialstation": Zusammen mit der Arbeitseinheit sorgte sie lebenslang für einen Arbeitsplatz, soziale und medizinische Versorgung, die Wohnung, einen Ferienplatz und die Versorgung im Alter. **Dieses alte Modell funktioniert in der neuen „sozialistischen Marktwirtschaft" nicht mehr.** Ein Beleg dafür sind die über 80 000 Protestaktionen und Unruhen in China, an denen sich im vergangenen Jahr mehrere Millionen Menschen beteiligten. Auslöser dieser Proteste sind in der Regel lokale Missstände, nicht gezahlte Entschädigungen bei der Umwidmung von Ackerland in Bauland, Unregelmäßigkeiten und Korruption bei der Umwandlung von Staatsbetrieben und dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit sowie zu niedrige oder gar nicht ausgezahlte Löhne und Gehälter.



Claus Eilrich, 57, ist seit September 2004 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Peking. Davor war er Pressesprecher der IG Metall.

An diesen Auseinandersetzungen sind die in der All-China Federation of Trade Unions (ACFTU) vereinten Gewerkschaften mit ihren 137 Millionen Mitgliedern und 465 000 hauptamtlich Beschäftigten meist nicht beteiligt. **Sie haben kein Streikrecht** und folgen ebenso wie alle anderen chinesischen Massenorganisationen den Vorgaben der Partei- und Staatsführung. Dass das an ihrer Glaubwürdigkeit nagt, wissen auch die Gewerkschaften. Sie müssen die Interessen der ArbeitnehmerInnen wirksamer als bisher vertreten. „Trade unions should not only act as welfare giver when celebrations come; they should stand out when our labor rights have been violated", zitierte sogar die Zeitschrift des chinesischen Gewerkschaftsbundes einen 34-jährigen Arbeiter.

Die deutschen Gewerkschaften sollten im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit auch künftig den Aufbau starker und durchsetzungsfähiger Gewerkschaften unterstützen. Dazu gehört neben dem regelmäßigen Austausch mit der Führungsspitze der All-China Federation of Trade Unions natürlich auch die Zusammenarbeit mit den mehr als 900 000 örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsvereinigungen. Betriebsräte und Gewerkschafter aus der deutschen Automobilindustrie und anderen Branchen arbeiten auf betrieblicher Ebene seit Jahren mit ihren in Gemeinschaftsunternehmen tätigen chinesischen Kolleginnen und Kollegen zusammen. Das ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strukturen ein manchmal mühsames Geschäft. Doch es ist ohne Alternative. Denn verbesserte Arbeits- und Einkommensbedingungen im Reich der Mitte sind nicht nur für die 758 Millionen chinesischen ArbeitnehmerInnen notwendig. Sie liegen **im Interesse aller ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften.** •

Wirtschaftsmacht China

In der Volksrepublik China leben 1,3 Milliarden Menschen. Von den 758 Millionen Erwerbstätigen sind fast die Hälfte in der Landwirtschaft tätig, knapp ein Drittel im Dienstleistungssektor und nur ein Fünftel in der Industrie. Offiziell sind nur 4,2 Prozent oder 8,4 Millionen arbeitslos. Die Statistik erfasst aber nur die Arbeitslosen in den Städten. Das Forschungsbüro des Staatsrats geht von 12 Prozent oder 89 Millionen Arbeitslosen aus.

Gleichzeitig gibt es einen Mangel an Fachkräften. Ihr Anteil an den Beschäftigten beträgt 3,5 Prozent; in entwickelten Ländern beträgt er 40 Prozent.

Die Schätzungen zur Zahl der WanderarbeiterInnen reichen von 120 bis 200 Millionen. Diese „Sklaven des Booms" (Süddeutsche Zeitung) verdienen monatlich nur 300 bis 800 Ren Min Bi (RMB), etwa 30 bis 80 Euro. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Landbevölkerung liegt bei 3255 RMB, das der Stadtbevölkerung bei 10 500 RMB.

Soziale Sicherung ist den meisten Chinesen unbekannt. Durchschnittlich 18 Prozent der Erwerbstätigen sind arbeitslosen-, kranken- und rentenversichert. Der Arbeitsschutz ist unterentwickelt, allein im Bergbau sterben täglich 16 Arbeiter. Das Gesundheitswesen ist katastrophal, dort gilt der Grundsatz „kein Geld – keine Behandlung".

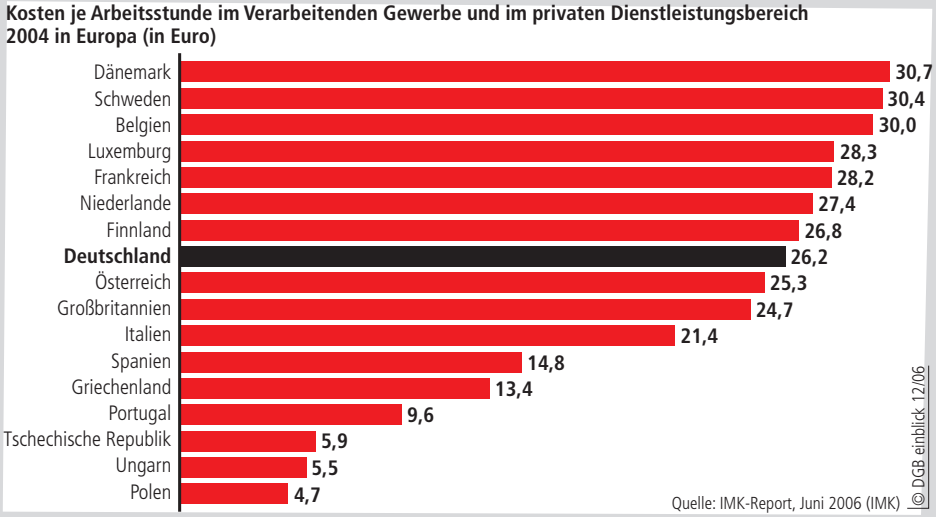
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSKOSTEN: In Deutschland niedriger als oft behauptet

Deutschland liegt nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei den Arbeitskosten in der Privatwirtschaft im Mittelfeld der EU 15-Staaten. 2004 mussten die Arbeitgeber im verarbeitenden Gewerbe und im privaten Dienstleistungsbereich 26,22 Euro je Stunde aufwenden. In sieben der fünfzehn alten EU-Länder lagen die Arbeitskosten höher. Deutlich niedriger waren sie nur in den drei südeuropäischen Altländern der EU sowie in den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten.



14 TAGE

19.6. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Unsichere Arbeit, Abstiegsängste und kulturelle Vielfalt – Ursachen für rechte Orientierungen bei ArbeitnehmerInnen?", Berlin

20.6. IG Metall Niedersachsen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Studierendenarbeit – gewerkschaftliches Handlungsfeld in Betrieb und Hochschule", Braunschweig

20./21.6. DGB und Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, „Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe – zur Zukunft der politischen Bildung", Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen von Arbeit und Leben, Berlin

21.6. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen, „Unternehmenssteuerreform im Spannungsfeld von internationalem Wettbewerb, Haushaltslöchern, Steuervereinfachung und Verteilungsgerechtigkeit", Berlin

22.6. DGB, Expertenworkshop „Wir wollen, dass ihr bleibt! Ein starker Osten braucht die jungen Familien", Berlin

25.-28.6. DGB-Bildungswerk, Workshop „Eingliederung statt Entlassung – ein betriebliches Eingliederungsmanagement aufbauen", Niederpöcking

30.6./1.7. DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, JAV-Konferenz „Das reformierte Berufsbildungsgesetz in der JAV-Arbeit", Hustedt

personalien

••• ***Rainer Gröbel,*** 52, Leiter des Funktionsbereichs Personal/Personalentwicklung der IG Metall, ist seit dem 12. Juni Leiter des Funktionsbereichs Koordination der Vorstandsaufgaben/Büro 1. Vorsitzender. Er folgt Claus Matecki, 57, der am 23. Mai in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gewählt worden ist.

••• ***Martin Allenspach,*** 44, Sekretär der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg, ist seit dem 1. Juni Leiter des Funktionsbereichs Gewerkschaftliche Bildungsarbeit/-politik der IG Metall.

Tipp

Buch: ***Dieter Scholz u. a. (Hrsg.), Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 341 Seiten, 29,90 Euro***

Die institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft befindet sich zunehmend in Auflösung. Neoliberale Politikkonzepte zielen auf Deregulierung und Flexibilisierung. Vor diesem Hintergrund haben 2002 WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen ein Dialogforum *(www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)* begründet und 2005 in den zehn „Spandauer Thesen" Eckpunkte für eine neue Politik der Arbeit formuliert. Im Sammelband „Turnaround?" setzen die AutorInnen dem Neoliberalismus ein differenziertes Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entgegen.

Schlusspunkt

„Kein Fan kauft um Mitternacht Einbauküchen"

Ulrich Dalibor, Leiter der Bundesfachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft ver.di, am 7. Juni in der Tageszeitung „junge Welt"

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.07.2006 13/06

DGB

Gesundheitsreform

Kompromiss mit Sprengkraft

Die Regierungspläne zur Gesundheitsreform stoßen auf Widerstand. Von einer langfristigen Sicherung der solidarischen Krankenversicherung kann aus Sicht der Gewerkschaften keine Rede sein.

Die von SPD und CDU verabredeten Maßnahmen versprechen strukturell zunächst viel. Aber sie belasten vor allem die Versicherten erneut mit steigenden Beiträgen. Sie werden wegen des im nächsten Jahr drohenden Finanzlochs um 0,5 Prozentpunkte steigen. Wie schon bei der Gesundheitsreform 2004 heißt es: Später sollen die Beiträge wieder sinken.

Nach den Plänen der Koalition werden bis zu fünf Prozent der künftigen Ausgabensteigerungen nicht aus dem Gesundheitsfonds finanziert und müssen einseitig von den Versicherten aufgebracht werden. Zudem soll ein Zusatzbeitrag der Versicherten eingeführt werden, wenn die Mittel aus dem Fonds nicht reichen.

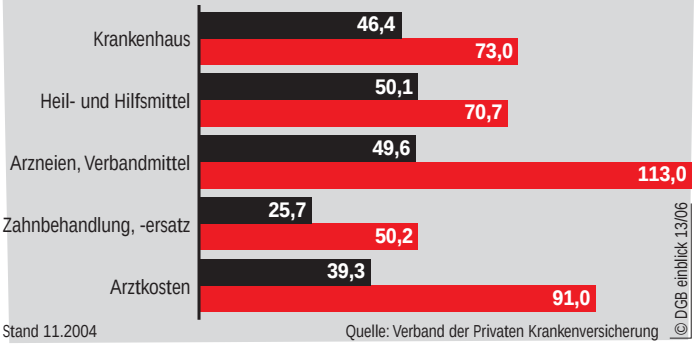
Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, bezeichnete die Beschlüsse der Bundesregierung als „große Allianz gegen Arbeitnehmer". Die infolge der steuerlichen Entlastung der Unternehmen fehlenden Milliarden würden bei den kleinen Leuten eingesammelt, um sie großen Unternehmen zu schenken.

Die Strukturreformen seien zu zögerlich, die Politik wolle an kostentreibenden Strukturen nichts ändern, meint auch ver.di. Die solidarische Krankenversicherung werde erheblich gefährdet, so ver.di-Gesundheitsexpertin Ellen Paschke. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach erklärte, das Grundproblem sei die schwindende Finanzierungsbasis. „Der GKV brechen immer mehr Einnahmen weg, weil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit Jahren zurückgeht." Die Grundanforderung des DGB sei deshalb, dass die solidarische Finanzierung von Gesundheit stabilisiert und ausgeweitet wird. „Die große Koalition macht genau das Gegenteil, kürzt de facto den Steueranteil und verlagert die Belastungen durch die faktische Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags auf die Versicherten und Patienten."

Buntenbach drängt auf grundlegende Änderungen und forderte die Koalition dazu auf, dass die Arbeitgeber in Zukunft gleichwertig an den Kostensteigerungen beteiligt werden. Das gelte auch für die private Krankenversicherungswirtschaft. „Es muss endlich Schluss damit sein, dass die PKV ihre Geschäfte auf Kosten der Solidargemeinschaft macht", so Buntenbach. •

Stetiger Anstieg

Kostenzuwachs bei Krankenversicherungen (in Prozent je Versicherten nach Leistungsart, Deutschland 1991 bis 2003)



Der Anteil der ArbeitnehmerInnen an den Krankenversicherungskosten ist von 8,2 (1970) auf 14,0 Prozent (2004) gestiegen (2003: 14,3 %). Der Kostenzuwachs ist inzwischen bei den privaten Kassen sogar höher als bei den gesetzlichen.

plusminusBERLIN

+ ***Der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann hat ein Konzept für eine Gewinn- und Kapitalbeteiligung von ArbeitnehmerInnen präsentiert. Sie müssten „einen fairen Anteil an den in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen" Gewinnen haben.***

– ***Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will MigrantInnen zur Ausweitung des Niedriglohnsektors missbrauchen. Damit sie legal hier bleiben können, müsse der Arbeitsmarkt „stärker dereguliert werden, als wir uns das heute vorstellen können".***

inhalt

Seite 3

Ausbildungspakt gescheitert

DGB und IG Metall bringen Ausbildungsplatzumlage wieder ins Gespräch

Seite 5

Arbeitnehmer sollen Zeche zahlen

Schwarz-Rot will die Unternehmenssteuern senken – und gleichzeitig ArbeitnehmerInnen stärker belasten

Seite 7

Solidarität ist mehr als ein Wort

Der Sozialpakt bei General Motors könnte Vorbild für andere Unternehmen sein, meint Klaus Franz, Vorsitzender des Eurobetriebsrats bei GM

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.hier.geblieben.net

„Jugendliche ohne Grenzen": Netzwerk gegen Abschiebung junger Menschen ohne Bleiberecht in Deutschland

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Abschlussbericht des Hartz IV-Ombudsrats

NACHRUF

DGB trauert um Heinz Putzhammer

Mit tiefer Trauer hat der DGB Abschied von Heinz Putzhammer genommen. Putzhammer gehörte von Juni 1998 bis zum DGB-Kongress im Mai 2006 dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB an. Im Vorstand war er für Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik, Tarifpolitik und Handwerkspolitik sowie den Bereich Finanzen zuständig. Heinz Putzhammer ist am 27. Juni im Alter von 65 Jahren einer langen, schweren Krankheit erlegen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer würdigte ihn mit den Worten „Es tut weh, Heinz Putzhammer so früh zu verlieren. Er war ein bemerkenswert feiner Mensch. In seiner unaufdringlichen Art hat er die leisen Töne gepflegt und war dabei doch sehr durchsetzungsfähig. Mit seinem enormen Fachwissen, das weit über das übliche Maß hinausging, hat er stets beeindruckt. Heinz Putzhammer war außerordentlich verlässlich und hat sich nie geschont. Er hat sich weit über Gewerkschaftskreise hinaus hohe Anerkennung verdient. Wir haben ihm viel zu verdanken."

Putzhammer, von Beruf Lehrer, trat 1968 in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein. 1977 wurde er Vorsitzender des Landesverbandes Bayern, 1980 Mitglied im Geschäftsführenden GEW-Vorstand. Er war Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU sowie in vielen hochrangigen Kommissionen der Bundesregierung, darunter dem Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Als Wirtschaftsexperte stemmte sich Putzhammer gegen den angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Mainstream in Politik und Wissenschaft, der Lohnsenkungen



und den Abbau von Arbeitnehmerrechten propagiert. Stattdessen warb er vehement für eine Renaissance der Makroökonomie. Er setzte sich für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordinierung der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik ein, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Für Putzhammer stand stets der Mensch im Vordergrund. Sein Fundament für ökonomische Urteile waren soziale und demokratische Wertmaßstäbe. Ein besonderes Anliegen waren für ihn Innovation und Nachhaltigkeit.

„Wenn wir alle sagen, wir brauchen eine andere Politik, dann ist damit vorrangig die Wirtschafts- und die Finanzpolitik gemeint", hatte Heinz Putzhammer im Juni 1998 bei seiner ersten Kandidatur für den DGB-Bundesvorstand erklärt. Auf seine Kandidatur bezogen hat er damals gesagt: „Der wichtigste Grund ist ganz einfach: Mir gefällt der DGB mit seiner wieder spürbaren Offensivkraft, mit seiner wieder wachsenden Bedeutung für Politik und Gesellschaft. Der DGB befindet sich in einer der spannendsten Phasen seiner Geschichte, und da will ich dabei sein und mit Hand anlegen." Dass die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren an Offensivkraft gewonnen haben und zu einer wichtigen politischen Stimme geworden sind, daran hat Heinz Putzhammer einen maßgeblichen Anteil. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  …analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  …agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  …erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Ausbildungspakt

Misserfolg auf ganzer Linie

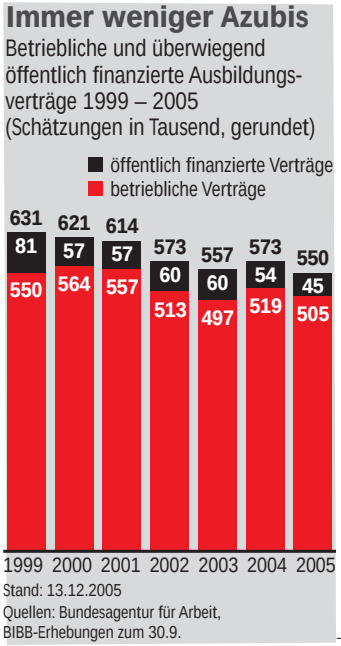
Als deutlichen Misserfolg haben die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock und IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner den Ausbildungspakt zwischen Politik und Wirtschaft kritisiert. Die neue alte Forderung der Gewerkschaften nach einer Umlagefinanzierung der Ausbildung ist wieder auf dem Tisch.

Einen neuerlichen Rückgang der Ausbildungszahlen gab es im Mai. Während die Zahl der angebotenen Lehrstellen um 3,5 Prozent zurückgegangen ist, stieg gleichzeitig die Zahl der BewerberInnen um 3,4 Prozent. Die rechnerische Lücke zwischen Angebot und Nachfrage beträgt derzeit 275 000 Ausbildungsplätze. Und nur noch 23 Prozent der Unternehmen bilden aus. 1980 waren es noch 35 Prozent. Damit bedienen sich drei Viertel der Unternehmen des ausgebildeten Fachpersonals anderer.

DGB-Vize Ingrid Sehrbrock: „Die Lage spitzt sich weiter zu. Die Zahl derjenigen, die in Warteschleifen landen, wird in diesem Jahr vermutlich höher sein als die Zahl derer, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. Das ist das Ergebnis des so genannten Ausbildungspakts."

Zwar gibt es sogar 30 000 neue Ausbildungsplätze, weitere 25 000 Plätze für Einstiegsqualifikationen sollen zudem das Schlimmste abwenden. Die Ausbildungsverweigerung vieler Unternehmen ist jedoch deutlich größer. Auf einen Ausbildungsplatz bewerben sich statistisch gesehen sechs BewerberInnen.

Keine Frage, dass die nicht ausbildenden Unternehmen die Schuld für die Misere nicht bei sich suchen. Für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) besteht die Misere vor allem in der mangelnden Ausbildungsreife der jungen SchulabgängerInnen. „Jeder zweite Unternehmer kritisierte", so hat der DIHK in einer Studie ermittelt, dass die Qualität der BewerberInnen zu wünschen übrig lasse. Zwölf Prozent der Unternehmen hätten ihre Ausbildungsplätze wegen der schlechten Vorbildung der BewerberInnen nicht besetzen können. Negativ auf die schlechte Ausbildungsplatzbilanz wirkt sich überdies aus, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor weiter sinkt. Absurd ist, dass die öffentliche Hand so Übergangsmaßnahmen und Warteschleifen statt Ausbildung finanziert.



Die Hälfte aller arbeitslosen Jugendlichen hat keine Berufsausbildung. Und die Zahl der Ausbildungsverträge nimmt immer weiter ab – sowohl die überwiegend öffentlich finanzierten wie auch die betrieblichen.

Die Gewerkschaften im DGB haben schon im März Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildungssituation vorgelegt (siehe „Initiative für Ausbildung"). Darunter auch die erneute Forderung nach Realisierung der Umlagefinanzierung. Ingrid Sehrbrock: „Die Bereitschaft der Betriebe, auszubilden – und erst recht über Bedarf auszubilden – wird erst dann zunehmen, wenn die Kosten dafür gerecht verteilt werden. Dafür brauchen wir Umlagesysteme." Zwar könne nur eine gesetzliche Umlage das Problem bei der Wurzel packen, „aber auch jede Branchenumlage ist ein deutlicher Fortschritt", fügte Regina Görner, IG Metall-Vorstandsmitglied und ehemalige saarländische Arbeitsministerin, hinzu. DGB und IG Metall fordern eine solche „kleine Umlage" bereits seit langem, ein Funktionsbeispiel liefert die Baubranche trotz sinkender Beschäftigtenzahlen mit nach wie vor hohem Ausbildungsniveau.

Die von den Unternehmen beklagten Defizite der SchulabgängerInnen könnten nach den Vorstellungen der Gewerkschaften künftig unter Einbeziehung von Ausbildungsbegleitenden Hilfen – kurz ABH – in die Ausbildung in Angriff genommen werden. Demnach sollen, ähnlich wie schon heute in der Schweiz, nach definierten Zeiträumen Berufsschulen, außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen oder -werkstätten Defizite feststellen und mit entsprechenden Maßnahmen dagegen vorgehen. Sozialpädagogische Betreuung und Begleitung soll für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf Normalität werden. Zurzeit können ABH nur vom ausbildenden Betrieb beantragt werden, ihr Ansprechpartner ist die Agentur für Arbeit. IG Metall-Vorstand Görner: „Die duale Berufsausbildung hat gerade für junge Menschen, die sich mit dem Lernen schwer tun, einen hohen pädagogischen Wert: Viele, die in der Schule scheitern, entfalten in der Berufsausbildung erstaunliches Potenzial. Statt über Defizite zu klagen, sollten die Betriebe diesen jungen Menschen eine echte Chance bieten." •

Initiative für Ausbildung

Der DGB-Bundesvorstand fordert für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung. Wartezeiten sollen verhindert, Ausbildungszeiten nicht verlängert werden. Am Ausbildungspakt, einer „Veranstaltung mit Appellcharakter ohne Verbindlichkeit", beteiligen sich die Gewerkschaften nicht.

Die Gewerkschaften waren und sind bereit, das Instrumentarium der Tarifpolitik zur Verbesserung des Angebots betrieblicher Ausbildungsplätze zu nutzen.

DGB und Gewerkschaften wenden sich an Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten mit dem Ziel, die Unternehmensleitungen aufzufordern, die Ausbildungsaktivitäten und die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.

Kammern sollten erstmals ausbildende Betriebe besser begleiten, auf besondere Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbildung sollte verzichtet werden. Diese Kosten sollten von allen Betrieben mit den Kammerbeiträgen übernommen werden.

Im Internet

www.einblick.dgb.de
Gewerkschaftliche Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation

PROJEKTE UND PARTNER

Schwarz-Buch Europa

Lidl grenzenlos billig

In Ungarn werden VerkäuferInnen genötigt, vor ihrem Arbeitsantritt beim Discounter Lidl aus der Gewerkschaft auszutreten. In Polen erleben MitarbeiterInnen des expandierenden deutschen Handelsunternehmens massives Mobbing und Bespitzelung. Diese und viele andere Beispiele aus mehr als zehn europäischen Ländern enthält das jetzt erschienene „Schwarz-Buch Lidl Europa“, das Andreas Hamann mit einer AutorInnengruppe im Auftrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geschrieben hat. Fazit der Recherche: In die meisten Länder exportiert Lidl sein System „Billig auf Kosten der Beschäftigten“. Allerdings enthält das 120 Seiten starke Buch auch einige Mut machende Fälle, in denen sich Beschäftigte gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft und anderen Gruppen erfolgreich gegen die Lidl-Arbeitsbedingungen gewehrt haben.

Wenige Tage vor Erscheinen des zweiten Schwarz-Buches stellte ver.di die Preisträger des Gestaltungswettbewerbs „Voll auf die Tüte – fair kaufen“ vor. Gefragt waren originelle und aussagekräftige Kreationen rund um das Medium „Einkaufstüte“. Mehr als 350 TeilnehmerInnen reichten insgesamt 650 Arbeiten ein. Prämiert wurden davon sechs; den ersten Preis teilten sich Ralph Burkhardt für „bye buy“ und Nils Grube für „You are what you eat“. •

http://lidl.verdi.de/schwarz-buch/schwarz-buch_europa

Preis der Arbeit

Frist verlängert

Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden, zeichnet das „Forum Zukunftsökonomie“ mit dem „Preis der Arbeit“ aus *(einblick 8/06).* Erstmals soll der Preis in diesem Herbst verliehen werden. Zu den Initiatoren gehören die *Berliner tageszeitung* (taz), das *BUNDmagazin* des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, *ver.di publik,* die ver.di-Mitgliederzeitung, das Organ der Verbraucherinitiative *Verbraucher konkret,* die SPD-Mitgliederzeitung *vorwärts* und der *einblick.* Das Besondere: Nicht eine Fachjury allein entscheidet über die Auswahl der preiswürdigen Unternehmen, sondern die über drei Millionen LeserInnen der beteiligten Medien können zum einen vorbildliche Unternehmen vorschlagen und zum anderen auch einen Publikums-„Preis der Arbeit“ vergeben. Der Einsendeschluss für Vorschläge wurde bis zum 31. Juli verlängert. Die Preisverleihung findet am 30. November in Berlin statt. •

Vorschläge an: forum@einblick.info
Infos: info@preis-der-arbeit.de
www.preis-der-arbeit.de

Kunstaktion

Pyramiden in Erfurt

Bis Ende Juni hat eine Kunstaktion des DGB Thüringen PassantInnen in der Erfurter Fußgängerzone mit dem diesjährigen DGB-Motto „Deine Würde ist unser Maßstab“ konfrontiert: An sieben Standorten zeigten vom Künstler Gunther Lerz gestaltete Pyramiden Zitate, die auf würdige oder unwürdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse aufmerksam machen. Ausgewählt wurden die Zitate auf den „Pyramidenwächtern“ von den Sponsoren der Kunstobjekte – neben dem DGB die Deutsche Bank, zwei Krankenkassen, die Sparkasse sowie die SPD und die Linkspartei/PDS in Erfurt. „Die breite Unterstützung für unser Projekt hat uns beeindruckt“, so der DGB-Landesvorsitzende Steffen Lemme. Die Reaktionen aus der Erfurter Bevölkerung seien durchweg positiv gewesen. Ursprünglich war die Kunstaktion anlässlich des Tags der Arbeit am 1. Mai gestartet worden, wurde aber aufgrund der großen Resonanz verlängert. •



Foto: DGB Thüringen

www.pyramidenwaechter.de

Lernendes Forum

Gute Arbeit

Dem Shareholder Value zum Trotz: Es gibt sie – die Unternehmen, die Wert auf gute Arbeitsbedingungen und die Pflege der Ressource Arbeitskraft legen. Beim 2. Lernenden Forum des DGB-Bildungswerks, das am 7. September im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Bonn stattfindet, geht es um „Gute produktive Unternehmen – gute gesunde Arbeit“. Bei der Veranstaltung werden u.a. Firmen wie die „SMA Technologie“ aus Niestetal oder „Endress + Hauser Wetzer“ aus Nesselwang als nachahmenswerte Beispiele für „Gute Arbeit“ vorgestellt. In drei Workshops soll zudem zusammengetragen werden, welche Kriterien Betriebe erfüllen sollten, die ihre Beschäftigten optimal fördern und einbeziehen wollen. Die Teilnahmegebühr beträgt 250 Euro plus 20 Euro Tagungspauschale. •

Tel. 0211/43 01 372
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** reagiert mit vier ***Forderungen*** zur Einbürgerungspraxis auf den Rückgang der Einbürgerungszahlen in der Hansestadt. Man müsse den Einbürgerungswilligen signalisieren, dass sie gewollt sind, so Migrationsexperte Hüseyin Yilmaz vom DGB Hamburg. Dazu fordert der DGB unter anderem die Rücknahme der verschärften Sprachnachweise insbesondere für die „erste Generation“ der MigrantInnen, die Möglichkeit zur Mehrfachstaatsangehörigkeit sowie bundeseinheitliche Einbürgerungsregeln. Außerdem sollen freiwillige Einbürgerungskurse zur „aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben anregen“. Infos: Hüseyin Yilmaz, Tel. 040/28 58 687

••• Der ***DGB Nord*** hat in diesem Jahr zum zehnten Mal den ***Medienpreis*** Mecklenburg-Vorpommern verliehen – gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung. Ausgezeichnet wurden zwei NDR-Fernsehproduktionen, der Printpreis ging an die Berliner *tageszeitung (taz):* Die NDR-Reportage „Bitte anschreiben“ von Monika Schäfer begleitet einen „fahrenden Tante-Emma-Bus“ durch Dörfer Ostvorpommerns. Till Lehmanns auf ARTE ausgestrahlte fünfteilige TV-Dokumentation „Hoffen zwischen Leben und Tod“ erzählt die Geschichten von Patienten, die auf ein Spenderorgan warten. Astrid Geislers *taz*-Artikel „Das vergessene Land“ thematisiert das Engagement der rechtsextremen Szene in Ostdeutschland. Als Preisträger hätten sich die drei Beiträge qualifiziert, weil sie „beispielhaft die gesellschaftlichen und politischen Probleme in Mecklenburg-Vorpommern aufgreifen“, so die Begründung.

Unternehmenssteuerreform

Arbeitnehmer sollen Zeche zahlen

Der Haushalt 2006, den der Bundestag Mitte Juni verabschiedet hat, ist verfassungswidrig. Erneut liegen die Investitionen unter der Neuverschuldung. Trotzdem will die Koalition die Unternehmenssteuern weiter senken. Der DGB erwartet Steuerausfälle von zehn Milliarden Euro. Bezahlen werden die Steuergeschenke die ArbeitnehmerInnen und die kleinen Unternehmen, die ihre Gewinne nicht ins Ausland transferieren können, warnt der DGB.

Der Druck, die Unternehmenssteuern zu senken, ist enorm. Deutschland sei ein Hochsteuerland, klagen seit Jahren nicht nur Unternehmensvertreter, sondern auch viele Steuerexperten. Die Steuersätze von bis zu 39 Prozent für Kapitalgesellschaften seien international nicht wettbewerbsfähig. Eine effektive Steuerbelastung der Unternehmen von im Schnitt 36,7 Prozent sei zu hoch, argumentiert das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Schwarz-Rot würde „die entscheidenden Weichenstellungen verzögern und Reformkonzepte nur halbherzig angehen“, klagte Ende Juni BDI-Präsident Jürgen Thumann. „Worauf warten Sie eigentlich?“ warf er der Koalition vor. „Keine wichtige Landtagswahl in Sicht, keine große Opposition im Bundestag, keine Blockaden im Bundesrat. Jetzt ist doch das Zeitfenster für die Bundesregierung, kraftvoll anzupacken“, klagte Thumann und meinte damit, Schwarz-Rot solle endlich weitere Entlastungen zu Gunsten der Unternehmen auf den Weg bringen. Eckpunkte dafür liegen jetzt vor und sollen am 12. Juli vom Kabinett beschlossen werden.

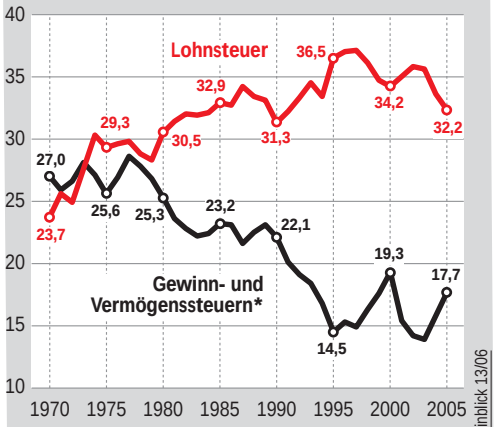
Mit der Realität hat das Horrorszenario von den angeblich zu hohen Steuersätzen, die massenhaft Arbeitsplätze ins Ausland vertreiben, wenig zu tun. Nicht nur, weil der Anteil der Unternehmenssteuern an der Finanzierung staatlicher Aufgaben seit Jahrzehnten rückläufig ist. Auch die effektive Steuerlast von Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist kontinuierlich gesunken, auf 18 Prozent 2004.

„Das zentrale Problem der deutschen Unternehmensbesteuerung liegt nicht in den Steuersätzen, sondern darin, dass es trotz nominal hoher Sätze nicht gelingt, ein hohes Aufkommen zu erzielen“, so DGB-Vorstand Claus Matecki. Zudem würden international tätige Konzerne zu Lasten kleiner und mittlerer inländischer Unternehmen privilegiert. Statt einer weiteren Senkung der Steuersätze das Wort zu reden, müsse sich die Politik vor allem auf das Schließen von Schlupflöchern bei der Gewinnermittlung konzentrieren, fordert der DGB. Die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen müsse abgeschafft, die Möglichkeit zur gegenseitigen Verrechnung von Gewinnen und Verlusten zwischen rechtlich selbstständigen Unternehmen eingeschränkt werden. Zudem fordert der DGB eine Verschärfung der Mindestbesteuerung. Verlustvorträge sollten nur eingeschränkt und zeitlich begrenzt geltend gemacht werden können. Auch die steuerliche Förderung der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland müsse beendet werden. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kosten für Auslandsinvestitionen abgesetzt werden können, die im Ausland erzielten Erträge jedoch nicht besteuert werden.“

Die in den Eckpunkten der Koalitionsspitzen ab 2008 geplanten Entlastungen für Unternehmen könnten dem Staat – und damit den BürgerInnen – teuer zu stehen kommen. Allein die Halbierung des Körperschaftssteuersatzes von 25 auf 12,5 Prozent wird zu Steuerausfällen von bis zu acht Milliarden Euro führen. Insgesamt soll die Steuerlast für Kapitalgesellschaften von 38,7 Prozent auf unter 30 Prozent sinken. Für den DGB sei eine Unternehmenssteuerreform nur dann akzeptabel, wenn sie „vollständig von den begünstigten Unternehmen selbst gegenfinanziert wird“, so DGB-Vorstand Claus Matecki. Steuergeschenke an die Wirtschaft bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer seien den ArbeitnehmerInnen nicht zuzumuten. •

Marsch in den Lohnsteuerstaat

Anteil der Lohnsteuer und der Gewinn- und Vermögenssteuer* am Steueraufkommen (in Prozent)



* Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragssteuer, Zinssteuer und Vermögenssteuer

Quelle: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschaftspolitik

© DGB einblick 13/06

Der Staat finanziert einen immer größeren Teil seiner Ausgaben zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Während der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen seit 1970 von 23,7 Prozent auf 32,3 Prozent gestiegen ist, sank der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern von 27,0 auf 17,7 Prozent.

Mythos Hochsteuerland

Weil Kapital flüchtig ist, müssten die Steuersätze für die Unternehmen gesenkt werden, sonst würden die Arbeitsplätze abwandern. So lautet seit Jahren das Credo von Unternehmensverbänden und konservativen Ökonomen. Die Realität zeigt ein anderes Bild. Nach Berechnung der EU-Kommission liegt die effektive Steuerlast von Kapitalgesellschaften in Deutschland bei 20,9 Prozent, im EU-Durchschnitt sind es 27,9 Prozent.

Auch den Beweis, dass niedrige Unternehmenssteuern zu mehr Investitionen und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen, sind deren Befürworter bislang schuldig geblieben. Bei der letzten umfassenden Steuerreform sank der Körperschaftssteuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf 25 Prozent. Steuerausfälle von zwölf Milliarden Euro waren die Folge. Zudem wurden die Unternehmer durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes um elf Prozent massiv entlastet. Trotzdem gingen die Bruttoanlageninvestitionen in den vergangenen vier Jahren um elf Prozent zurück. Das Wachstum sank im Fünf-Jahres-Schnitt auf 0,7 Prozent.

kurz&bündig

ver.di kritisiert die Auflagen der Bundesnetzagentur für den Stromversorger Vattenfall. Die Regulierungsbehörde zwinge das Unternehmen, die Personalzusatzkosten auf 25 Prozent der Lohnkosten zu begrenzen. Damit seien neben der Sozialversicherung keine zusätzlichen betrieblichen Sozialleistungen mehr möglich.

Die NGG lehnt Vorschläge des Arbeitgeberverbandes DEHOGA und der CDU/CSU ab, den Jugendarbeitsschutz zu liberalisieren. Die Argumentation, so ließen sich im Gastgewerbe mehr Lehrstellen schaffen, zeuge von „völliger Unkenntnis" der Branche: Bereits jetzt werde über Bedarf ausgebildet, immer mehr versicherungspflichtige Stellen würden durch Azubis ersetzt.

Die GEW unterstützt den vom Grundschulverband geforderten Verzicht auf Noten. Besonders junge Kinder würden äußerst sensibel auf „Notenschocks" reagieren. Eine sinnvollere Beurteilungsmethode sei es, die individuellen Lernfortschritte zu dokumentieren.

TRANSNET hat in einem Almanach Zeitzeugendokumente zur Gewerkschaftsgeschichte veröffentlicht. Schwerpunkt ist die Zusammenführung der Eisenbahngewerkschaften von Ost (GdE) und West (GdED).

www.transnet.org/.Kampagnen-Texte/Zeitzeugen_neu

Hartz IV-Ombudsrat

Öffentlicher Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose

Der DGB sieht sich durch den Ende Juni präsentierten Abschlussbericht des Hartz IV-Ombudsrats in seiner Kritik an der unzureichenden Vermittlung von Langzeitarbeitslosen bestätigt. In seinem Bericht hatte der Ombudsrat zwar die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe verteidigt. Sie habe Sozialhilfeempfänger „aus der dunkeln Ecke geholt", so der frühere IG BCE-Vorsitzende und Mitglied des Ombudsrats Hermann Rappe. Zugleich hatte der Rat aber massive Kritik am Kompetenzwirrwarr bei der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen geübt. Die 2003 von der Union im Vermittlungsausschuss durchgesetzte Regelung, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen den Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Arbeitsagenturen zu übertragen, habe sich als untauglich erwiesen. „Es gibt unendliche Abstimmungsprozesse, die Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften haben zu geringe Kompetenzen", so Ombudsrat-Mitglied Christine Bergmann.

Zudem fordert der Rat einen Ausbau „öffentlich geförderter Beschäftigung". Für einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen sei auch bei einer besseren Beschäftigungslage eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht realistisch. •

www.einblick.dgb.de
Schlussbericht des Hartz IV-Ombudsrats

HBS-Studie

Alternative zum Splitting

Das von CDU-PolitikerInnen ins Gespräch gebrachte Familiensplitting löst nach Meinung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) nur einen kleinen Teil der Probleme des Ehegattensplittings. Auch bei der neuen Splitting-Variante hätten hohe Einkommen größere Steuervorteile als niedrige, unverheiratete Eltern seien vom System weiterhin ausgeschlossen. Auch gleichstellungspolitisch seien beide Systeme nachteilig. „Die Steuerentlastung fließt direkt nur der erwerbstätigen Person zu, in der Regel dem Ehemann", so HBS-Geschäftsführerin Heide Pfarr.

Die Stiftung schlägt deshalb die Abkehr von Splitting-Systemen zugunsten einer Individualbesteuerung beider Ehepartner vor: Beide Eheleute erhalten einen Grundfreibetrag, bei dem das Existenzminimum steuerlich freigestellt wird. Wird einer der beiden Freibeträge nicht ausgeschöpft, kann er auf die Partnerin oder den Partner übertragen werden.

Diese Regelung sei mit der bisherigen Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung in der Ehe und zur Familienförderung vereinbar, so die Hans-Böckler-Stiftung. •

Mitgliederbindung

Rolle des Betriebsrats entscheidend

Das Image der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit und das Vorhandensein eines Betriebsrats sind die beiden entscheidenden Motive, warum ArbeitnehmerInnen ihrer Gewerkschaft die Treue halten. Andere Faktoren, wie die Größe des Betriebs, der Organisationsgrad im Unternehmen, Streikerfahrung, die frühere Zugehörigkeit des Vaters zur Gewerkschaft sowie eine parteipolitische Präferenz für die SPD, spielen hingegen nur eine marginale Rolle. Das belegt eine in den WSI-Mitteilungen veröffentlichte Studie des Hamburger Instituts für Sozialforschung unter Mitgliedern der IG Metall. Ausgangspunkt der Studie war die Frage, warum ArbeitnehmerInnen bereit sind, ein Prozent ihres Bruttolohns an die Gewerkschaft zu zahlen, obwohl auch Nichtmitglieder von der wichtigsten Leistung der Gewerkschaft, den Tarifabschlüssen, profitieren. Die Studie widerspricht der häufig in der sozialwissenschaftlichen Literatur vertretenen These, dass vor allem die familiäre Sozialisation, Streikerfahrung und Arbeiterstatus entscheidend für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft seien. •

Bundessozialgericht

Rentenabschlag rechtswidrig

Das Bundessozialgericht (BSG) hat die Praxis der Rentenversicherungen für rechtswidrig erklärt, bei Erwerbsminderungsrenten, die vor dem 60. Lebensjahr geleistet werden, Rentenabschläge vorzunehmen. Seit 2001 müssen Versicherte, die eine Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr beziehen, einen Abschlag von 0,3 Prozent pro Monat in Kauf nehmen. Das sind 10,8 Prozent, wenn die Rente mit dem 60. Lebensjahr beginnt. Für die Abschläge bei einem Rentenbezug vor dem 60. Lebensjahr gebe es keine Rechtsgrundlage, erklärte das BSG (Aktenzeichen: B 4 RA 22/05 R).

Der DGB empfiehlt, gegen entsprechende Rentenbescheide innerhalb der Monatsfrist Widerspruch einzulegen. Für bereits rechtskräftige Bescheide solle beim Rentenversicherungsträger eine Überprüfung beantragt werden. Für beide Fälle gibt es Musterschreiben beim DGB •

GM-Betriebsräte schmieden Pakt

Solidarität ist mehr als ein Wort

Die Arbeitnehmervertreter von General Motors Europe haben einen einzigartigen Pakt geschlossen: Sie wollen sich vom Management nicht gegeneinander ausspielen lassen. Das sei „leichter gesagt als getan, aber zwingend notwendig", erklärt Klaus Franz.

Die Konzernspitze von General Motors (GM) schickt alle Werke in einen so genannten Schönheitswettbewerb – jedes Mal, wenn entschieden werden muss, wo ein neues Modell gebaut werden soll. Dieser Wettbewerb hat mit Schönheit natürlich herzlich wenig zu tun; es geht darum, den Wettbewerbsdruck nach unten weiterzugeben, den Konkurrenzkampf



Klaus Franz, 54, ist Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG, Betriebsratsvorsitzender im Stammwerk Rüsselsheim und Vorsitzender des Europäischen Arbeitnehmerforums von General Motors

zwischen den Belegschaften stattfinden zu lassen. Die Standorte sollen sich gegenseitig unterbieten – zu Lasten der Löhne und Arbeitsbedingungen. Drastischer ausgedrückt: **Die Belegschaften sollen sich kannibalisieren.** Die Manager verschränken die Arme, schauen zu – und geben dem Standort den Zuschlag, der die kostengünstigste Produktion anbietet. Das mag empörend sein, ist aber gängige Praxis multinationaler Unternehmen in Zeiten der Globalisierung.

Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. **Das Zauberwort heißt Solidarität** – das, was so leicht über die Lippen geht, aber so schwer zu organisieren ist.

Anfang 2007 will GM entscheiden, wo ab 2010 der neue Astra gebaut wird. Fünf Werke müssen sich um die Nachfolgeproduktion bewerben: Bochum, Ellesmere Port (England), Antwerpen (Belgien), Trollhättan (Schweden) und Gliwice (Polen). Die Vorgabe ist für alle gleich: Die Produktionszeit für ein Auto soll von 27 auf 15 Stunden reduziert werden. Gebraucht werden dann laut GM nur noch drei dieser fünf Werke.

Vor diesem Hintergrund haben sich das Europäische Arbeitnehmerforum von GM und die GM-Koordinierungsgruppe des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes im Dezember 2005 ein **„Europäisches Solidaritätsversprechen"** gegeben. Diesen 10 Punkte-Pakt haben die Arbeitnehmervertreter von Bochum, Ellesmere Port, Antwerpen, Trollhättan und Gliwice unterschrieben. Sie haben sich verpflichtet, bestimmte Grundsätze und Spielregeln einzuhalten, vertrauensvoll und verbindlich miteinander zu kooperieren.

Punkt 1 des Solidaritätsversprechens lautet, dass die Tarifverträge nicht unterlaufen werden dürfen. Die einzelnen Standorte sprechen zudem ihr Angebot an die Konzernleitung ab. Die gegenseitige Information und Konsultation läuft uneingeschränkt und direkt. Es herrscht Transparenz. Und es muss ein Konsens erzielt werden.

Damit nicht genug: Die Produktionsentwicklung in den einzelnen Werken steht unter Dauerbeobachtung, wir haben ein Monitoring installiert. Wir kontrollieren, ob die Zusagen des Managements eingehalten werden. Wir wollen dauerhaft eine faire und gleiche Kapazitätsauslastung sicherstellen. An oberster Stelle steht dieses Ziel: **keine Werksschließung, keine betriebsbedingten Kündigungen!**

Wird ein Werk durch Schließung bedroht, fühlen sich alle Standorte angegriffen – und leisten so lange Widerstand, bis die Gefahr abgewendet ist.

Das Versprechen, das wir uns gegeben haben, ist schon mehr als blasse Theorie – die Solidaritätskundgebungen im Zusammenhang mit der geplanten Schließung von Azambuja bei Lissabon zeigen es. **Die große Bewährungsprobe steht aber noch aus.** Ich verhehle auch nicht, dass „Solidarität" leichter gesagt als getan ist. Niemand sollte sich Illusionen hingeben. Betriebsräte fühlen sich oftmals eher ihrer Belegschaft verpflichtet, nicht anderen.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Sich darauf zu verständigen, dabei vielleicht sogar auf einen kurzfristigen Vorteil zu verzichten, erfordert viele Diskussionen. Wir haben dafür zehn Jahre gebraucht. Denn es genügt ja nicht, wenn sich die Betriebsräte und Gewerkschafter etwas in die Hand versprechen. Die Beschäftigten aller 18 Werke in allen zehn Ländern müssen überzeugt werden. Sonst funktioniert's nicht. Aber diese **europaweite Solidarität zu organisieren ist zwingend notwendig.** Die Alternative wäre: Wir liefern uns dem Management aus – und würden garantiert alle verlieren.

Ich weiß nicht, ob Arbeitnehmervertreter in anderen international tätigen Unternehmen einen Solidaritätspakt wie bei GM geschlossen haben. Übertragbar ist er aber auf jeden Fall. •

Dramatische Aussichten

Die Politik von General Motors – weltgrößter Autobauer mit Sitz in Detroit – gewinnt in Europa eine neue Qualität: die eines Bulldozers. Komplette Standorte stehen vor dem Aus. Diese Politik praktizierte der US-Konzern bislang nur in Nordamerika. Dort werden in den nächsten Monaten zwölf Werke geschlossen, 30 000 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. So viele stehen auch bei GM und seinen Zulieferern in Westeuropa bis 2014 auf der Kippe, befürchtet der Eurobetriebsrat.

Akut bedroht ist der Standort Azambuja in Portugal. Dort bauen 1150 Beschäftigte den Opel-Kleintransporter Combo. GM will das Werk schließen. Das hat eine beispiellose Protestwelle ausgelöst – nicht nur in Azambuja: In Rüsselsheim, Kaiserslautern, Bochum und Eisenach legten Tausende Opelaner die Arbeit nieder, Betriebsräte verweigerten Zusatzschichten. Proteste liefen auch in Spanien, Österreich und Ungarn.

Die Schließung von Azambuja hat Symbolwert – sie wäre der Einstieg in den Ausstieg aus der Autoproduktion in Westeuropa, warnen Gesamtbetriebsrat und IG Metall. In Russland hat GM bereits den Grundstein für ein neues Werk gelegt. Und plant den Kauf eines Werks in Polen. GM goes East.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

GLOBALISIERUNG: Vorbehalte massiv gewachsen

In den vergangenen Jahren hat sich die Einstellung in der Bevölkerung gegenüber der Globalisierung grundlegend gewandelt: Während 1998 eine Mehrheit in der Globalisierung noch eine Chance zur Verbesserung der weltweiten Verständigung und der eigenen beruflichen Entwicklung gesehen hat, überwiegen heute die kritischen Stimmen. Fast 80 Prozent machen die Globalisierung für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verantwortlich, 54 Prozent sehen durch sie das soziale Netz in Deutschland gefährdet.



42 TAGE

11.7. DGB Baden-Württemberg, „Große Reformen gegen kleine Leute", Fachtagung für Mitglieder in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger, Stuttgart

12.7. DGB Baden-Württemberg, Jubiläumsveranstaltung „10 Jahre Frauen Stärken – Alte Ziele, neue Wege", Stuttgart

14.-16.7. attac Hamburg, Kongress „Du bist Bertelsmann – Wie ein globaler Drahtzieher Medien, Bildung und Politik steuert", Hamburg

17.7. ver.di und GEW, Workshop „Rentenangleichung Ost", Berlin

20.-23.7. GEW Thüringen, Sommertreffen, Tabarz

Tipp

***Buch:* Petra Kodré u.a., Territoriale Beschäftigungspakte, Erfolge und Erfolgsbedingungen regionaler Beschäftigungspakte im internationalen Vergleich, Schüren Verlag, Hamburg 2006, 367 Seiten 29,90 Euro**

Welchen Beitrag können vor dem Hintergrund der weltweit wachsenden Standortkonkurrenz regionale Beschäftigungspakte beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit leisten? Diese Frage hat ein Forscherteam der Universitäten Bremen und Linz am Beispiel regionaler Entwicklungspakte in Deutschland, den Niederlanden und Österreich untersucht. Das Fazit: Es gibt nicht nur eine einzige, sondern verschiedene Kombinationsmöglichkeiten für eine erfolgreiche Partnerschaft in der Region.

***Buch:* Joachim Jahnke, Falsch globalisiert, 30 Schlaglichter auf die neoliberale Wirtschaftskonzeption, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 229 Seiten, 14,80 Euro**

Unter den WirtschaftswissenschaftlerInnen sind Kritiker der neoliberalen Theorie noch immer die Ausnahme. Aber auf dem Buchmarkt mehren sich die mahnenden Stimmen unter denen, die selbst lange Zeit als Manager in Banken und Industrieunternehmen einen tiefen Einblick in die Folgen der Globalisierung gewonnen haben. Joachim Jahnke, Jahrgang 1938, langjähriger Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, ist kein Gegner der Globalisierung. Aber er ist ein entschiedener Kritiker ihrer dominierenden neoliberalen Ausprägung. Sie erzeuge mehr Verlierer, als „nötig und zu verantworten ist". Was das für die Menschen heißt, schildert Jahnke in 30 Schlaglichtern, vom Kapitel „Arbeitslosigkeit ohne Ende?" bis zum „Wirtschaftskrieg in Europa".

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.
Der nächste *einblick* erscheint am 21. August.

Schlusspunkt

„Betriebe wählen für ihre Strukturen auch die steuerrechtlich günstigste Form."

Kurt Biedenkopf, Vorsitzender des Hartz IV-Ombudsrats, am 19. Juni in der Süddeutschen Zeitung zum Vorwurf, Hartz IV-Empfänger würden sich durch die Gründung einer eigenen Wohnung Leistungen erschleichen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.08.2006 14/06

DGB

inhalt

Seite 3
Kaum teurer, aber wesentlich effektiver
DGB fordert staatlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose statt Ein-Euro-Jobs

Seite 5
Von der Wirklichkeit überholt
Die Novellierung der Richtlinie für die Europäischen Betriebsräte ist überfällig. Andere EU-Standards sind längst weitreichender

Seite 7
Nicht von selbst diskriminierungsfrei
Die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist nur der erste Schritt. Jetzt sind die betrieblichen Akteure gefordert, meint DGB-Vize Ingrid Sehrbrock

Sommer-Aufschwung

Trügerische Hoffnung

Die Freude ist berechtigt – der Aufschwung ist endlich am Arbeitsmarkt angekommen. Doch eine echte Trendwende ist nicht in Sicht: Kaum war das Medienecho auf das „Beschäftigungswunder im Nanoformat" *(Der Spiegel)* Anfang August verhallt, zogen wieder Wolken am Konjunkturhimmel auf. Der Jubel darüber, dass erstmals in einem Juli die Zahlen der Arbeitslosen gesunken (-12000) und im Mai die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen ist (+54000 gegenüber dem Vorjahr), hat nicht lange angehalten.

Die Nachrichtenlage wechselte wie das Wetter – auf Sonne folgte Regen: Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist im Juni überraschend um 0,4 Prozent gesunken, berichtete das Bundeswirtschaftsministerium in der zweiten August-Woche – gerechnet worden war mit einem Produktionszuwachs. Zeitgleich hat der Export-Boom nachgelassen; der Außenhandelsüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,4 auf 13,3 Milliarden Euro, teilte das Statistische Bundesamt mit. Und die Industrie werde in den nächsten fünf bis zehn Jahren über 100000 Arbeitsplätze streichen, heißt es in einer Studie der Managementberatung A.T. Kearney.

Der Lichtblick am Arbeitsmarkt sei keine Trendwende, erklärte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einem Flugblatt, sondern „das Ergebnis eines ganz normalen Konjunkturzyklus – nach fünf Jahren Stagnation!"

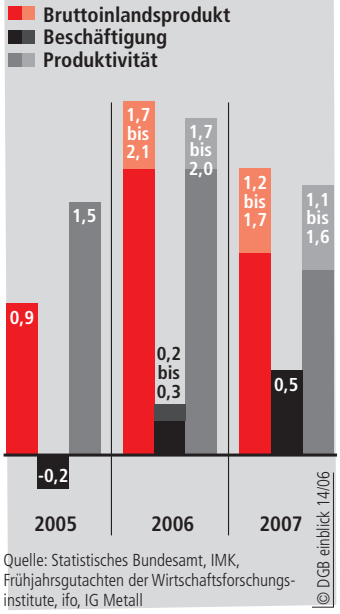
In der Tat: Skepsis ist angebracht. Denn Beschäftigung aufgebaut haben vielfach Zeitarbeitsfirmen. Von 55500 angekündigten Neueinstellungen im ersten Halbjahr 2006 entfielen 22600 auf diese Unternehmen. Besonders sichere Job-Perspektiven bieten sie nicht.

Nach Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist der Sommer-Aufschwung „nur von kurzer Dauer". Für 2006 prognostiziert das Institut zwar ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent, für 2007 aber nur noch ein Wachstum von 1,1 Prozent – dank Gesundheitsreform und Mehrwertsteuererhöhung. Beides bremse den privaten Konsum: „Ein Ende der hartnäckigen Konsumschwäche ist unter diesen Umständen nicht in Sicht."

Zumal eine Kürzung der Pendlerpauschale und weiter Eingriffe bei den Hartz IV-Leistungen drohen sowie Benzin, Gas und Strom teuer bleiben – wenn nicht sogar teurer werden. Außerdem hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins von 2,75 auf 3 Prozent angehoben, was DGB-Vorstand Claus Matecki schlicht für „unverantwortlich" hält.

Die EZB will den Preisanstieg bremsen, denn die Inflationsrate in Euroland lag im Juli bei 2,5 Prozent. Sie nimmt aber mit ihrer Zinserhöhung in Kauf, dass Investitionen teurer werden, was sich wiederum negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirke, sagte Matecki. Doch die Zeit des billigen Geldes geht weltweit zu Ende. In den USA beträgt der Zinssatz schon 5,25 Prozent. •

Zaghaftes Wachstum
Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, IMK, Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, ifo, IG Metall

Die Unternehmen bauen wieder Beschäftigung auf – doch viel zu zaghaft, um die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen.

plusminusBERLIN

+ ***CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder hat die Union vor noch tieferen Einschnitten beim Kündigungsschutz gewarnt. Zunächst müssten die Erfahrungen mit der geplanten zweijährigen Probezeit bei Neueinstellungen abgewartet werden.***

– ***IHK-Präsident Ludwig Georg Braun weiß, warum ausländische Unternehmen in Deutschland zu wenig ausbilden: Sie würden sich darüber wundern, „dass sie eine Lehrlingsvergütung zahlen sollen, die sie noch nicht einmal selbst festlegen können".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.haendeweg.net.ms
Kampagne der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg zum Erhalt des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Widersprüchlich und unzureichend" Analyse von IMK und WSI zu den Eckpunkten der Gesundheitsreform

POLITIK AKTUELL

?...nachgefragt



Foto: Timm Schneider

Die aktuelle Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) ist Ende Juli ergebnislos gescheitert. Ein Verhandlungsziel der westlichen Staaten war die drastische Senkung der Einfuhrzölle auf Industriegüter in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dadurch hätten Unternehmen aus den entwickelten Ländern einen besseren Zugang zu den Märkten in den Schwellenländern erhalten. *einblick* hat die südafrikanische Gewerkschafterin Neo Chabane gefragt, welche Folgen die Zollsenkung für Schwellenländer wie Südafrika gehabt hätte.

Schon heute hat Südafrikas Industrie mit zunehmenden Importen aus anderen Ländern, vor allem aus China, zu kämpfen – trotz hoher Zölle. Allein in der Textilbranche sind in den letzten zwei Jahren bereits 60000 Stellen abgebaut worden. Wenn die Zölle auf Industriegüter aus entwickelten Ländern gesenkt worden wären, wären die Beschäftigtenzahlen weiter dramatisch gesunken. Die Branchen, die das am stärksten getroffen hätte, wie die Kleidungs- und Textilbranche, sind außerdem die Bereiche, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten. Die Zollsenkung hätte damit auch einen negativen Gender-Effekt auf Südafrika gehabt.

Die westlichen Staaten haben in den WTO-Verhandlungen argumentiert, dass die negativen Auswirkungen, die die Zollsenkung für Schwellenländer wie Südafrika gehabt hätte, durch Vergünstigungen im Agrarbereich ausgeglichen werden könnten. Die Forderung der Schwellenländer war in diesem Punkt ganz klar: Auf Zollsenkungen für Industriegüter in den Schwellenländern müsste eine Öffnung der Agrarmärkte in den westlichen Staaten, zum Beispiel der EU, folgen. Die westlichen Staaten schienen aber nicht wirklich bereit zu sein, ihren Teil dieser Abmachung einzuhalten.

Ein positiver Effekt der WTO-Verhandlungsrunde: Auch die Gewerkschaften der entwickelten Länder bringen sich jetzt in die Diskussion um die Zollsenkungen für Industriegüter ein. Lange Zeit galten diese Verhandlungen als Problem der südlichen Staaten. Viele westliche Gewerkschaften haben jetzt erkannt, dass die Zollsenkungen in den Schwellenländern zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen würden. Wir müssen verhindern, dass die ArbeitnehmerInnen aus den entwickelten Ländern gegen ArbeitnehmerInnen aus den südlichen Ländern ausgespielt werden. An einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten, ist schließlich auch ein Ausdruck von Solidarität.

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Jobs für Langzeitarbeitslose

DGB fordert zweiten Arbeitsmarkt

Weil die Zahl der Arbeitslosen im Juli auf 4,4 Millionen gesunken ist, ist für die Bundesregierung die Trendwende am Arbeitsmarkt in Sicht. Für die Langzeitarbeitslosen hat der Aufschwung aber nichts gebracht. Ihre Zahl wird nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sogar weiter steigen, auf 2,9 Millionen im Jahresschnitt. Von der Politik fordert der DGB deshalb den Einstieg in einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt".

Auf den ersten Blick sind die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit beeindruckend: Statt des üblichen Sommeranstiegs ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli diesen Jahres erstmals leicht gesunken, um 12000. Saisonbereinigt ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 84000 zurück, im Vergleich zum Juli 2005 sogar um 451000. „Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich deutlich verbessert", erklärte daraufhin Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Auch Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) sieht einen „positiven Trend". Es gebe zwar „noch nichts zu feiern, aber einen Grund zur Freude". Die anziehende Konjunktur und die intensive Vermittlungspolitik begännen zu wirken.

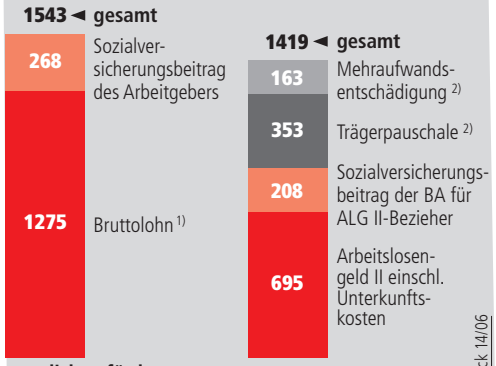
Die meisten Wirtschaftswissenschaftler sehen die Entwicklung kritischer. Zwar gebe es auch bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen einen leichten Aufwärtstrend, aber „ich sehe die Trendwende noch nicht", sagte zum Beispiel Udo Ludwig, Konjunkturchef des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IHW). Wegen der Fußball-WM im Juli seien zahlreiche Aushilfsjobs entstanden, diese würden den Arbeitsmarkt aber nur kurzfristig entlasten. Und selbst der sonst eher unternehmensnahe FDP-Wirtschaftsexperte Rainer Brüderle äußerte sich kritisch. „Noch immer sind weit über vier Millionen Menschen ohne Job". Mit Aushilfstätigkeiten in der Gastronomie und in der Tourismusbranche lasse sich die Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft senken.

Auch der DGB sieht die Regierung in der Pflicht. Weil die Politik sich bislang kaum um die Langzeitarbeitslosen gekümmert hat, bestehe „die Gefahr einer Spaltung des Arbeitsmarktes in Arbeitslose erster und zweiter Klasse", so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Aus finanziellen Gründen setze die Bundesagentur den Schwerpunkt ihrer Vermittlungstätigkeit zu stark auf Arbeitslose, die leicht zu vermitteln seien. Bereits Mitte Juli hat Buntenbach ein Positionspapier für einen öffentlich geförderten „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt" vorgelegt. Er soll Arbeitslosen, die in den kommenden Jahren selbst bei einem Anspringen der Konjunktur keine Beschäftigungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, eine Zukunftsperspektive bieten. Um einen Verdrängungswettbewerb mit nicht geförderten Arbeitsplätzen zu verhindern, sollen die staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse auf bestimmte Tätigkeiten konzentriert werden, zum Beispiel auf die Beaufsichtigung von Kleinkindern, auf Einkaufshilfen für Ältere und auf stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte. Ein öffentlich geförderter zweiter Arbeitsmarkt würde Langzeitarbeitslosen nicht nur eine neue Perspektive geben, „sondern er wäre auch kaum teurer als die meist kurzfristig angelegten, perspektivlosen Ein-Euro-Jobs", so Buntenbach.

Bestätigt sieht sich der DGB in seiner Forderung nach einem zweiten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose durch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Danach haben von den rund 2,6 Millionen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (ALG II) 750000 in den vergangenen sechs Jahren kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gehabt. 300000 davon waren noch nie berufstätig, 320000 in den letzten sechs Jahren nicht, weitere 140000 waren lediglich geringfügig beschäftigt. •

Kaum teuerer, aber wesentlich effektiver

Kosten von staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen im Vergleich zu Ein-Euro-Jobs (in Euro)



1) 170 Stunden/Monat, 7,50 Euro/Stunde
2) Durchschnittswert der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: DGB-Bundesvorstand

Die Kosten für einen Arbeitsplatz in einem öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarkt sind kaum höher als die von Ein-Euro-Jobs. Rechnet man die Einkommenssteuer und die Sozialabgaben der bislang Arbeitslosen heraus, sind staatlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse sogar günstiger.

Radikale Reduzierung der Instrumente

2006 braucht die Bundesagentur für Arbeit (BA) keinen Zuschuss vom Bund, sondern erwirtschaftet zum ersten Mal seit 21 Jahren wieder einen Überschuss – trotz hoher Arbeitslosigkeit. Ermöglicht wird der Gewinn, weil die Ansprüche auf Arbeitslosengeld radikal reduziert worden sind. Und weil sich viele Arbeitslose wegen der rigiden Anrechnungsregeln beim ALG II-Bezug auch ohne Job abmelden.

Gespart hat die BA aber auch bei der Weiterbildung. Sie gibt es fast nur noch für Arbeitslose, die vom Arbeitsamt als „Beratungskunden" eingestuft werden. Langzeitarbeitslose bleiben außen vor.

Für den Herbst plant die BA auch eine Neustrukturierung ihrer arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Sie sollen zu einem „wesentlich schlankeren, transparenteren System" zusammengefasst werden, so BA-Vorstand Heinrich Alt Ende Juli in der Berliner Zeitung. Dort hatte sich Alt auch für die Schaffung eines „dritten Arbeitsmarktes" für Arbeitslose ausgesprochen, die nicht vermittelbar sind.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Positionspapier von DGB-Vorstand Annelie Buntenbach über „Öffentlich geförderte Beschäftigung"

PROJEKTE UND PARTNER

Pro Qualifizierung

Kompaktes Programm



Welche Konsequenzen haben die Hartz-Gesetze auf MigrantInnen? Wie lassen sich die besonderen Potenziale erkennen, die es in multiethnischen Gesellschaften gibt? Nur zwei von vielen Fragen, die in Veranstaltungen des DGB-Bildungswerks, Bereich Migration und Qualifizierung, in diesem Herbst beantwortet werden. Gemeinsam mit IQ Consult hat das Bildungswerk im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft „Pro Qualifizierung" ein Doppelprogramm herausgegeben, das sich zum einen an MultiplikatorInnen in der Weiterbildung von MigrantInnen, zum anderen an alle Interessierten wendet, die ihre interkulturelle Kompetenz in speziellen Trainings ausbauen wollen. •

www.pro-qualifizierung.de
www.equal.de

HBS-Tagung

Familie fördern

Nicht erst der jüngste Familienbericht belegt, dass in der Bundesrepublik – trotz aller Lippenbekenntnisse – immer noch zu wenig getan wird, um Familien gezielt zu fördern. Wer Kinder bekommt oder hat, verliert nach wie vor massiv an Realeinkommen. Die Hans-Böckler-Stiftung lädt gemeinsam mit DGB, IG Metall, IG BCE und weiteren Kooperationspartnern am 26. September zur Tagung „Familienpolitik konkret: Beruf und Familie vereinbar machen!" nach Berlin. In Foren wird über den Bedarf an Infrastruktur, Zeit und Geld für Familien diskutiert; die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein weiteres wichtiges Thema der Veranstaltung. Eröffnet wird die Tagung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Anmeldeschluss ist der 15. September. •

martina.schulz@dgb.de
Tel. 030/24060578

Schwerbehinderte

Wahlen leicht gemacht

Nach den turnusmäßigen Betriebsratswahlen im Frühjahr diesen Jahres stehen zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November nun die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen an. Gewählt wird alle vier Jahre in Betrieben, die mindestens fünf schwerbehinderte ArbeitnehmerInnen beschäftigen. Zur Vorbereitung und korrekten Abwicklung der Wahl hat der ran-Verlag eine Arbeitshilfe herausgegeben: Das Material besteht aus einer Broschüre mit Hintergrundinformationen zur Wahl, einer CD-ROM, die den individuellen Wahlkalender unter Wahrung aller Fristen berechnet, sowie Formularen für das förmliche und das vereinfachte Wahlverfahren. Die Mappe kann zum Preis von 32,50 Euro (zzgl. Versandkosten) im Internet bestellt werden. •

www.ranversand.de

Zukunftstagung

Arbeit und Lernen

Ohne berufsbegleitende Weiterbildung haben ArbeitnehmerInnen mittlerweile kaum noch Perspektiven. Umso wichtiger, dass die Beschäftigten selbst Einfluss auf Qualifizierungsangebote nehmen. Diesen Ansatz fördert das Projekt „Kompetenzentwicklung in vernetzten Lernstrukturen – Gestaltung arbeitnehmerorientierter Arbeits-, Beratungs- und Weiterbildungskonzepte" (KomNetz) der Gewerkschaften IG BCE, IG Metall und ver.di. Wissenschaftlich begleitet wird das Vorhaben von der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg. Auf dem dortigen Campus werden am 12. und 13. September die Ergebnisse der Entwicklungs- und Forschungsarbeit des Projektes vorgestellt und Perspektiven für den „Kompetenzerwerb in der Arbeit" präsentiert. Anmeldungen bis zum 1. September 2006. •

petra.pippow@hsu-hh.de
Fax 040/65413748

Neuerscheinung

Rechte Szene global

Zu den entschiedenen Gegnern der Globalisierung gehören Rechtsextremisten. Doch allem völkischen Streben zum Trotz, vernetzt sich die rechte Szene selbst zunehmend weltweit. Das belegen die AutorInnen des von Thomas Greven und Thomas Grumke herausgegebenen Bandes „Globalisierter Rechtsextremismus?" (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 228 Seiten, 26,90 Euro). Eine besondere Rolle spielt bei der Vernetzung das Internet. Längst werden in Deutschland verbotene Nazi-Inhalte via US-Provider ins World Wide Web gestellt. Die AutorInnen befassen sich mit den internationalen Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und Islamismus sowie der transnationalen Infrastruktur der extremistischen Rechten. •

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk West*** unterstützt grundsätzlich die ***Betriebserlaubnis*** für die erste Filiale der niederländischen Apotheken-Kette Doc Morris in Saarbrücken. Sofern Versorgungsqualität und Beratung durch qualifizierte Fachkräfte garantiert würden, sei es nicht plausibel, „warum ein Apotheker nur dann gut beraten kann, wenn er Eigentümer der Apotheke ist", so der Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. Zudem hielten die konventionellen Apotheken ihr „Anbieterkartell zu Lasten der Versicherten" aufrecht: Die seit der letzten Gesundheitsreform gegebene Möglichkeit, Rabatte auf verschreibungsfreie Medikamente zu gewähren, hätte nicht zu einer Senkung der Arzneimittelpreise geführt. Bisher konnten in Deutschland nur natürliche Personen, nicht aber Gesellschaften eine Apotheke betreiben. Die Klage einer saarländischen Apothekerin gegen die Doc Morris-Filiale war Anfang August vom Landgericht Saarbrücken zurückgewiesen worden. Doc Morris hatte sich auf die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU berufen.

••• Die ***DGB-Region Emscher-Lippe*** hat in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk NRW einen ***Ratgeber*** herausgegeben, der Eltern und Lehrer dabei unterstützt, Jugendliche beim Übergang ins Berufsleben zu beraten. Das Buch zeigt Praxisbeispiele aus der Region, stellt örtliche Institutionen vor und macht aktuelle Ergebnisse aus der Berufswahlforschung anschaulich. „Übergang Schule und Beruf. Aus der Praxis für die Praxis" ist in begrenzter Stückzahl erschienen und bei der DGB-Region erhältlich: *DGB-Region Emscher-Lippe, Tel. 02361/106240*

••• Die ***DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen*** sucht historische Dokumente, Unterlagen und Fotos zur Geschichte des 1. Mai in Essen. Für eine ***Dokumentation*** zu den Maikundgebungen am „Tag der Arbeit" fehlen vor allem Materialien aus den 40er und 50er Jahren.

Infos: Christian Witt, Tel. 0201/632470

Europäische Betriebsräte

Von der Wirklichkeit überholt

Seit 1994 existiert die EU-Richtlinie zur Einsetzung Europäischer Betriebsräte (EBR). Die für 1999 vorgesehene Überarbeitung wird von der EU-Kommission seit Jahren verzögert. Dabei ist eine Anpassung an weitergehende europäische Regelungen wie die Richtlinie zur Europäischen Aktiengesellschaft längst überfällig.

Eigentlich sind die Europäischen Betriebsräte eine Erfolgsgeschichte: 784 EBR sind nach aktuellen Zahlen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts in Brüssel europaweit aktiv – in jedem dritten Unternehmen, das unter die Bestimmungen der Richtlinie fällt. Die Gewerkschaften wollen künftig das Instrument der Europäischen Betriebsräte noch stärker nutzen, hatte im Mai der DGB-Bundeskongress beschlossen. Dafür müssten aber ihre Arbeitsmöglichkeiten verbessert und ihre „Mitwirkungsrechte ausgebaut werden", heißt es im europapolitischen Beschluss.

Der DGB fordert deshalb von der EU-Kommission, die seit 1999 überfällige Revision der Richtlinie endlich anzugehen. Denn in einigen Punkten bieten deren Regelungen den Betriebsräten inzwischen weit weniger Rechte, als in anderen, neueren Richtlinien: Seit Ende 2004 ermöglicht die EU die Gründung Europäischer Aktiengesellschaften, so genannter Societas Europaea (SE). Die Allianz hat als erstes DAX-Unternehmen die Umwandlung zur neuen Rechtsform bereits vollzogen. Bei den Beratungen zur SE-Richtlinie war es den Gewerkschaften gelungen, weitgehende Rechte für SE-Betriebsräte durchzusetzen. Garantiert wird etwa das Recht auf Qualifizierung für BR-Mitglieder. Auch der Schutz der Betriebsräte ist in der SE-Richtlinie eindeutig geregelt, ebenso wie das Recht, ein zweites Mal mit der Unternehmensleitung zusammenzukommen, wenn deren Beschlüsse einer ersten Stellungnahme des Betriebsrats widersprechen. Regelungen, die in der EBR-Richtlinie bisher fehlen.

Es sei nicht einleuchtend, warum Betriebsräte in einer Europäischen Aktiengesellschaft Rechte hätten, die den Europäischen Betriebsräten bei anderen Unternehmensformen bis heute verwehrt würden, so DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

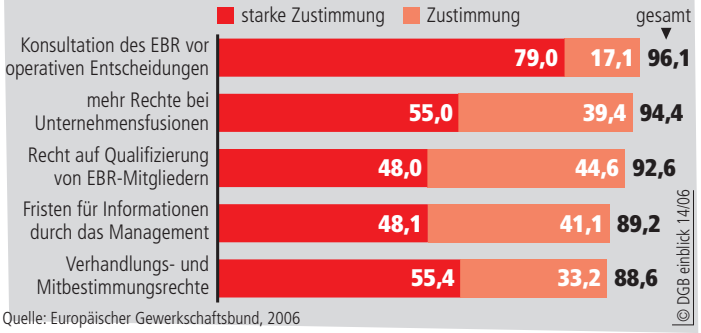
In einem Positionspapier zur Revision der EBR-Richtlinie hat der DGB-Bundesvorstand eine Reihe von Punkten benannt, bei denen die Erfahrungen aus inzwischen über zehn Jahren praktischer EBR-Tätigkeit Verbesserungsbedarf gezeigt hätten. Die Unterrichtungs- und Anhörungsrechte seien zu schwach und müssten ausgebaut werden. Auch die Sitzungsfrequenz müsse erhöht werden. Bisher ist nur ein jährliches Treffen üblich.

Außerdem müssten GewerkschaftsvertreterInnen an Verhandlungen mit der Unternehmensleitung teilnehmen dürfen, um die EBR-Mitglieder zu beraten. „Strategische Unternehmensentscheidungen werden längst nicht mehr im nationalen Rahmen getroffen, sondern mit einer europa- und weltweiten Perspektive", so Hexel. Deshalb sei eine kompetente Unterstützung der EBR seitens der Gewerkschaften unabdingbar, um Informationen des Managements eingehend beurteilen zu können. Zudem hätten die Europäischen Betriebsräte bislang lediglich Informations- und Konsultationsrechte.

Echte Verhandlungs- und Mitbestimmungsrechte sind für die Europäischen Betriebsräte nicht vorgesehen – auch wenn fast 90 Prozent der aktiven EBR-Mitglieder diese Kompetenzen bei einer Revision der Richtlinie einfordern (siehe Grafik). Der DGB setzt zur Stärkung der Europäischen Betriebsräte auf eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen – und auf eine Ausweitung des Geltungsbereichs der EBR-Richtlinie: EBR-Gründungen sollen schon in Unternehmen mit mindestens 500 statt bisher 1000 Beschäftigten möglich sein, die in mindestens zwei EU-Staaten je 100 Beschäftigte haben (bisher 150 Beschäftigte). Außerdem müsse die Richtlinie auf Unternehmen in öffentlicher Hand ausgeweitet werden. •

Europäische Betriebsräte: Deutschland als Vorbild

Was erwarten Europäische Betriebsräte (EBR) von einer Revision der EBR-Richtlinie der EU? (in Prozent)



Quelle: Europäischer Gewerkschaftsbund, 2006

Mitglieder von Europäischen Betriebsräten (EBR) wünschen sich laut einer Umfrage des Europäischen Gewerkschaftsbundes eine Weiterentwicklung der europäischen Mitbestimmung nach deutschem Vorbild: Unter den fünf häufigsten Forderungen für die längst überfällige Überarbeitung der EBR-Richtlinie finden sich ausnahmslos Regelungen, die das deutsche Recht für Betriebsräte bereits vorsieht. Bisher haben EBR lediglich Informations- und Konsultationsrechte.

Kommission verzögert

Mit der Entschließung „Mitbestimmung und Teilhabe – Mitbestimmung für die Zukunft" haben sich die Delegierten des DGB-Bundeskongresses im Mai diesen Jahres für eine Weiterentwicklung der EBR-Richtlinie ausgesprochen: Bessere Qualifizierung der EBR-Mitglieder, Erweiterung des Geltungsbereichs der EBR-Richtlinie und ein Ausbau der Informations- und Konsultationsrechte.

Der Beschluss kritisiert außerdem die EU-Kommission. Die von ihr im März 2005 erneut angekündigte zweite Phase der Sozialpartnerkonsultationen zur Revision der Richtlinie würde „mangels konkreter Zeitvorgaben und Vorschläge für die Inhalte einer neuen EBR-Richtlinie" abermals verzögert.

Die Bundesregierung forderte der Bundeskongress auf, „ihre Einflussmöglichkeiten auf die EU-Kommission zu verstärken, um diesen Stillstand bei der dringend erforderlichen Überarbeitung der für die Arbeit von Europäischen Betriebsräten unzulänglichen Richtlinie zu beseitigen." Deutschland übernimmt im Frühjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di protestiert gegen die von der Evangelischen Kirche (EKD) geplanten Verschlechterungen für Kirchenbeschäftigte in Ostdeutschland. Vorgesehen sind eine Absenkung des Gehalts von 92,5 auf 90 Prozent des Westniveaus und eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 43 Stunden ohne Lohnausgleich. Gerade von den Kirchen erwarte man „bundesweite Solidarität", so ver.di-Kirchenexpertin Renate Richter.

BeamtInnen würden durch die Föderalismusreform zunehmend immobil, so der DGB. Grund dafür seien unterschiedliche Ausbildungs- und Einstellungsvoraussetzungen in den Bundesländern. Durch uneinheitliche Regelungen zur Altersversorgung liefen die BeamtInnen bei einem Wechsel in ein anderes Land zudem Gefahr, Versorgungsansprüche zu verlieren.

Die IG BCE Hamburg wirbt seit Beginn der aktuellen Fußballsaison als Sponsor im Stadion des FC St. Pauli. „Erfolg durch Fairplay in Sport- und Arbeitswelt" ist der Slogan der Werbefläche am Hamburger Millerntor.

Die Initiative Mindestlohn von NGG und ver.di bietet auf ihrer Homepage einen „MdB-Check". Die User können unter www.mindestlohn.de prüfen, wie die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises zu einem gesetzlichen Mindestlohn stehen.

Aktionstag

Zukunft der Sozialen Sicherung

Die Planungen für einen Aktionstag des DGB und der Gewerkschaften gegen die schwarz-roten Reformen werden konkret. Nicht nur das Datum steht (21. Oktober), auch die fünf zentralen Aktionsorte sind jetzt klar: In Berlin, München, Dortmund, Stuttgart und Wiesbaden wird der DGB für die „Zukunft der sozialen Sicherung" mobilisieren.

Bestimmende Themen des Aktionstages werden unter anderem die Zukunft des Gesundheitssystems und die Rente mit 67 sein. Gleichzeitig wollen die Gewerkschaften aber auch die prekäre Situation auf dem Ausbildungsmarkt aufgreifen. Es sei wichtig, die Ausbildungssituation und Arbeitsmarktlage der Jungen mit den Erwerbschancen der Älteren zu verknüpfen, so der DGB. Die Generationen dürften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.
Beim Aktionstag gehe es nicht um eine „Fundamental-Opposition", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Gewerkschaften müssten aber die Interessen der ArbeitnehmerInnen auf die politische Agenda setzen und ihnen bei den anstehenden Gesetzgebungsverfahren den nötigen Nachdruck verleihen. •

Mitbestimmungsgesetz

Bilanz zum 30. Geburtstag

Mehr Demokratie in der Wirtschaft lautet das Motto der Jubiläumsveranstaltung von Hans-Böckler-Stiftung und DGB zum 30-jährigen Bestehen des Mitbestimmungsgesetzes am 30. August in Berlin. Im Zentrum der Veranstaltung wird die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung stehen. Dazu werden, ausgehend von Unternehmensbeispielen, die unterschiedlichsten Facetten dieser Zukunftsaufgabe zur Diskussion stehen.

Als gewerkschaftliche Redner werden der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters sowie EGB-Generalsekretär John Monks erwartet. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird sich in einer Festrede zur Zukunft der Mitbestimmung äußern. Eine noch von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Kommission unter der Leitung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) soll bis Ende des Jahres ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung präsentieren. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Ergebnisse der Kommission aufzugreifen und „sofern geboten, Anpassungen der nationalen Unternehmensmitbestimmung" vorzunehmen. •

Gewerkschaften helfen

Über eine Million gespendet

Auf das Spendenkonto von „Gewerkschaften helfen" sind bis Anfang August mehr als eine Million Euro eingegangen. Der Verein ist von den DGB-Gewerkschaften nach der Elbeflut 2002 gegründet worden. Mit 750000 Euro wurden betroffene GewerkschafterInnen unterstützt. Seit der Tsunami-Katastrophe 2004 finanziert der Verein zudem gewerkschaftliche Hilfsprojekte in Thailand, Sri Lanka und Indonesien. •

www.gewerkschaften-helfen.de

EU-Osterweiterung

Starkes Gefälle bei Arbeitsstandards

Die Verankerung von Sozial- und Arbeitsstandards hat in den neuen ost- und mitteleuropäischen EU-Staaten mit der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes nicht Schritt gehalten. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (IAT).
In den meisten neuen Mitgliedsstaaten seien die industriellen Beziehungen der Arbeitnehmervertretungen deutlich weniger gefestigt als etwa in den west- und nordeuropäischen Ländern der EU-15. Als Beispiele hierfür nennt die Studie eine stark fragmentierte Gewerkschaftslandschaft, eine geringe Tarifbindung sowie eine starke Zentrierung der Tarifverhandlungen auf die betriebliche Ebene.

Eine positive Entwicklung sehen die ForscherInnen darin, dass das „deutsche Modell" inzwischen bei Arbeitsstandards und im Bereich der Mitbestimmung auf etliche neue EU-Staaten eine „erhebliche Ausstrahlungskraft" habe.

Die Gewerkschaften der ost- und mitteleuropäischen Staaten benötigten aber „mehr politische Flankierung auf EU-Ebene", damit sie ihre Position in den industriellen Beziehungen ihrer Länder stärken und höhere Arbeitsstandards durchsetzen könnten. •

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Ein Schritt in die richtige Richtung

Das Gesetz ist der erste Schritt. Damit eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt tatsächlich Realität wird, sind jetzt vor allem die Betriebsparteien gefordert. Meint Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende.

Nicht nur, weil ein Vertragsverletzungsverfahren mit erheblichen Strafzahlungen drohte, ist es notwendig und richtig, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Deutschland nun endlich in Kraft ist. Denn **Benachteiligungen aufgrund von Vorurteilen sind Realität.** Auch wenn es schwer fällt, dies einzugestehen: Menschen wird der Aufenthalt in einem Hotel verwehrt, weil sie behindert sind oder weil sie eine „falsche" Hautfarbe haben. Frauen werden schlechter bezahlt als Männer und bei einer Beförderung übergangen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden als Bewerber um einen Arbeitsplatz abgelehnt, nur weil sie über 50 sind. Dies sind **Missstände, die sich eine moderne, weltoffene Gesellschaft nicht leisten kann.** Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist es zwingend geboten, Strukturen, die Menschen aufgrund von Vorurteilen benachteiligen, zu verhindern und ihre Folgen zu beseitigen.

Dazu kann das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz einen wichtigen Beitrag leisten, und zwar sowohl für das Arbeitsleben als auch für den allgemeinen Geschäftsverkehr.

Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der Definition, was Benachteiligung überhaupt ist, mit klaren Pflichten des Arbeitgebers und vor allem mit konkreten Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereitet es den Weg, Benachteiligungen wirksam zu verhindern und ihre Folgen beseitigen zu können. **Über die Regelungen des Grundgesetzes hinaus** wird mit dem Gleichbehandlungsgesetz ein Rechtsrahmen geschaffen, der dazu beitragen kann, Vorurteile im Arbeitsleben und in der gesamten Gesellschaft abzubauen.

Vor allem den präventiven Ansatz des Gesetzes, Diskriminierungen erst gar nicht entstehen zu lassen, begrüßen wir sehr. Die Pflicht des Arbeitgebers, vorbeugende Maßnahmen zu treffen, über das Gesetz zu informieren und Schulungen zum Abbau von Vorurteilen durchzuführen, **wird die Sensibilisierung für das Problem deutlich erhöhen.** Ebenso kann der einklagbare Anspruch auf Schadensersatz und Entschädigung das Selbstbewusstsein von Betroffenen stärken und dazu führen, dass sie sich gegen ihre Benachteiligung offensiv zu Wehr setzen.

Der in der Koalition gefundene Kompromiss ist der richtige Ansatz, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass von dem grundsätzlichen Verbot der Benachteiligung nicht eine ganze Reihe von Ausnahmen zugelassen worden wären. Genauso hätten wir begrüßt, **wenn die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch wirksamer ausgestaltet wären,** insbesondere was den Anspruch auf Abschluss eines Arbeitsvertrags oder auf eine Beförderung bei Benachteiligung betrifft.

Insbesondere das Klagerecht von Betriebsräten und Gewerkschaften wird aber dazu beitragen, dass in einer Vielzahl von gleich gelagerten Fällen nicht jeder Einzelne gegen die Benachteiligung vorgehen muss. **Ohne Angst der Betroffenen vor Nachteilen,** wenn sie ihre Rechte einfordern, können so benachteiligende Strukturen, die sich negativ auf Motivation und Kreativität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auswirken, beseitigt werden.



Ingrid Sehrbrock, 57, seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), ist seit Mai 2006 auch DGB-Vize.

Das Gesetz allein reicht allerdings nicht aus, um einen Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt herbeizuführen. **Vor allem die betrieblichen Akteure sind gefordert,** dafür zu sorgen, dass die Regelungen in die Praxis umgesetzt werden. Ohne ihre Aktivitäten wird die Wirkung der neuen Bestimmungen weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Mit ihrer Unterstützung kann aber erreicht werden, dass in Zukunft im Arbeitsverhältnis bei der Beurteilung und Behandlung von Beschäftigten deren Kenntnisse und Fähigkeiten und nicht ihre Hautfarbe, ihr Alter oder das Geschlecht ausschlaggebend sind. •

Heftige Auseinandersetzung

Was lange währte, ist seit Mitte August endlich Gesetz: Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden vier europäische Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht umgesetzt. Die Umsetzung ist seit langem überfällig – bei zwei der Richtlinien ist Deutschland so sehr in Verzug, dass die EU bereits 2003 ein Vertragsverletzungsverfahren einleitete und hohe Strafen drohten.

Seitdem Rot-Grün 2004 einen ersten Entwurf für ein Gesetz präsentierte, schlug die Auseinandersetzung um die Umsetzung der Richtlinien hohe Wellen (einblick 1/05). Zu bürokratisch, zu teuer kritisierten Arbeitgeber und Teile der Union auch den Entwurf für ein AGG, den Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) im April 2006 vorlegte. Am 29. Juni verabschiedete der Bundestag schließlich das Gesetz, am 7. Juli stimmte auch der Bundesrat zu.

Mehr Infos:
Eine gerade erschienene Broschüre des DGB erläutert die gesetzlichen Regelungen und gibt mit Checklisten Hilfestellung bei der Anwendung. Sie kostet 1 Euro plus Versand.

Bestellungen: *bestellservice@toennes-bestellservice.de*

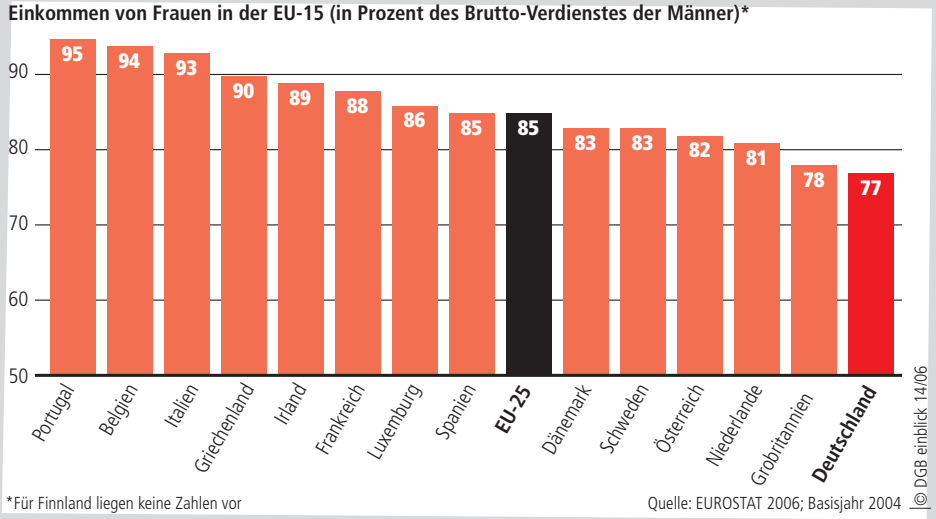
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

FRAUENEINKOMMEN: Ungleichheit in Deutschland am größten

In keinem anderen Land der alten EU werden Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen schlechter entlohnt, als in Deutschland. Selbst in den zehn neuen EU-Staaten sind weibliche Beschäftigte nur in Estland, der Slowakei und Zypern mit 75 bis 76 Prozent der Männerlöhne noch stärker benachteiligt. Auch in den für ihr Engagement in der Gleichstellungspolitik bekannten skandinavischen Ländern liegt der Verdienst der Frauen mit 83 Prozent unter dem Durchschnitt aller 25 EU-Staaten (85 Prozent).



*Für Finnland liegen keine Zahlen vor

Quelle: EUROSTAT 2006; Basisjahr 2004

14 TAGE

25.8. DGB Hessen-Thüringen, Festakt „60 Jahre DGB Hessen", Frankfurt/M.

28.8.-1.9 Hans-Böckler-Stiftung und GEW, Tagung „Die Zukunft der Hochschulen in einer föderalisierten Bildungslandschaft", Tabarz/Thüringen

30.8. Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976 – Mehr Demokratie in der Wirtschaft", Berlin

31.8. IG Metall und Bundesumweltministerium, Konferenz „Ressourceneffizienz – Innovation für Umwelt und Arbeitsplätze", Berlin

31.8. Hans-Böckler-Stiftung und DGB Nordrhein-Westfalen, „Heinrich Heine und die Arbeitswelt", Düsseldorf

31.8.-2.9. Institut Arbeit und Technik, Tagung „Altes und Neues Europa: Strukturwandel der Arbeit zwischen EU-Erweiterung und demographischem Wandel", Duisburg

1.9. Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Zwischen Bürgerversicherung und Kopfpauschale: Wie sieht ein sinnvoller Kompromiss aus?", Berlin

1.9. DGB Frankfurt-Rhein-Main, „Brandherd Nahost. Frieden – eine Fata Morgana?, Frankfurt/M.

4.-8.9. DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Stephanie Laux,*** 30, Ausbildung als Krankenschwester, Studium der Politikwissenschaften, vom November 2004 bis Juni 2006 freiberufliche Mitarbeiterin des DGB-Bundesvorstands im Projekt students at work, in der Grundsatzabteilung sowie im Vorstandsbereich Hexel, ist seit dem 15. August persönliche Referentin von DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

••• ***Dr. Hans Pauli,*** Studium der Rechtswissenschaft, Tätigkeit als Rechtsanwalt, vom Mai 2005 bis Mai 2006 politischer Referent in der Abteilung Arbeits- und Sozialpolitik des DGB, ist seit dem 1. August politischer Referent für Arbeitsschutz des DGB, mit dem Schwerpunkt staatliche Arbeitsschutzausschüsse.

••• ***Matthias Jena,*** 45, Leiter der Abteilung Personal und Organisation beim DGB Bayern, ist seit dem 1. August Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Osteuropa der IG Metall Bayern.

••• ***Jupp Legrand,*** 47, Referent für Sozialpolitik beim IG Metall-Vorstand, ist seit dem 11. Juli Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik der IG Metall.

••• DGB-Vorstandsmitglied ***Annelie Buntenbach,*** 51, ist am 30. Juni zur stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit (BA) gewählt worden. Sie folgt der früheren stellvertretenden DGB-Vorsitzenden ***Ursula Engelen-Kefer,*** die 22 Jahre als Vertreterin der ArbeitnehmerInnen Mitglied der Selbstverwaltung der BA gewesen ist.

Schlusspunkt

„Frechdachs nach Schröders Vorbild"

Die Süddeutsche Zeitung am 10. August über den Vorschlag von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD), den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck zum Kanzlerkandidaten auszurufen. Scheitert Beck, würden die Chancen von Gabriel steigen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.09.2006 15/06

DGB

inhalt

Seite 3
Betriebe müssen umdenken
Statt der Rente mit 67 fordert der DGB alternsgerechte Arbeitsplätze. Den meisten Betrieben fehlt dazu eine Strategie

Seite 5
Heuschrecken an der Wohnungstür
Mit der Einführung von Real Estate Investment Trusts (REITs) droht der flächendeckende Ausverkauf des öffentlichen Wohnungsbaus

Seite 7
Solidarität neu organisieren
Gestern die Piloten. Heute die Ärzte. Die DGB-Gewerkschaften sollten offensiv auf die neue Konkurrenz reagieren, meint Wolfgang Schroeder

Mindestlohn in Deutschland

Entscheidung erst nach den Wahlen

„Für die 850000 Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk war es ein guter Tag." So kommentiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Ende August getroffene Entscheidung des Bundeskabinetts, das bislang nur in der Bauwirtschaft geltende Arbeitnehmerentsendegesetz auf ihre Branche auszuweiten. Seitdem gilt für Fensterputzer ein Mindestlohn von 7,87 Euro im Westen und von 6,36 Euro pro Stunde im Osten.

Die Entscheidung, ob auch für die Zeitarbeitsbranche ein Mindestlohn eingeführt werden soll, haben die Koalitionsparteien hingegen auf die Zeit nach den Landtagswahlen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern verschoben. Denn hinter den Kulissen gibt es eine heftige Kontroverse über die Arbeitsbedingungen für die 450000 Beschäftigten der Branche.



„Das geht besser! Aber nicht von allein. DGB": So lautet das Motto der Herbstaktivitäten von DGB und Gewerkschaften zur Zukunft der sozialen Sicherung. Höhepunkt ist der Aktionstag am 21. Oktober mit Demonstrationen in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Wiesbaden. (Seite 6)

Während der Bundesverband Zeitarbeit, die Interessensgemeinschaft Zeitarbeit und der DGB sich in Tarifverhandlungen auf einen Mindestlohn von 7,00 Euro im Westen und von 6,10 Euro je Stunde im Osten verständigt haben, und diesen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären lassen wollen, läuft der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Sturm dagegen. Er will in der Branche die niedrigeren Löhne durchsetzen, auf die sich der Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister und der Christliche Gewerkschaftsbund verständigt haben. Unterstützung erhält der BDA dabei von Teilen der Union. In der Zeitarbeit gebe es „nicht die Notwendigkeit, sich vor Dumpinglöhnen aus dem Ausland zu schützen", so der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der Union, Josef Schlarmann.

Auch Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) lehnt die Überlegungen von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) ab, den Mindestlohn auf andere Branchen auszudehnen. „Schon jetzt haben wir das Problem, dass Lohnersatzleistungen de facto eine Art Mindestlohn darstellen", so Glos in der *Süddeutschen Zeitung*. Ein Mindestlohn oberhalb dieses Niveaus würde nur „die Chancen für Arbeitslose weiter verschlechtern". Müntefering hat hingegen mehrfach erklärt, dass er mit Hilfe des Entsendegesetzes auch in anderen Branchen einen Mindestlohn einführen will. Man müsse versuchen, „das Feld Zug um Zug aufzurollen". Einen einheitlichen Mindestlohn hingegen lehnt auch Müntefering bislang ab.

Um das Koalitionshickhack aufzulösen, hat der Arbeitsminister inzwischen eine hochrangig besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt. Ihr gehören auch Vertreter des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums, des Kanzleramts, der Koalitionsfraktionen und der Länder an. Ende Oktober soll die Arbeitsgruppe erste Eckpunkte präsentieren, wie der Niedriglohnsektor insgesamt neu geordnet werden kann. •

plusminusBERLIN

+ ***Alois Glück,** Leiter der Grundsatzkommission der CSU, ist gegen die Privatisierung staatlicher Leistungen um jeden Preis. Private Dienstleistungen seien „keinesfalls immer besser" und „für den Bürger nicht automatisch billiger".*

– ***Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee** (SPD) hält an seinen Plänen fest, Hartz IV-Empfänger im Nahverkehr einzusetzen. Als Ersatz für fest angestellte MitarbeiterInnen sollen sie Auskünfte geben und Vandalismus verhindern.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/pdf/p_ta_elemente_ausbildungsfoerderung_2005.pdf
Tarifliche Regelungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Positionspapier von DGB und BDA zur geplanten Gesundheitsreform

Energiepolitik

Versorgung sicherstellen

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat die Bundesregierung aufgefordert, bei der geplanten Regulierung der Netzentgelte für die Durchleitung von Strom und Gas der Versorgungssicherheit „ein mindestens ebenso großes Gewicht" einzuräumen wie dem Ziel der Kostensenkung. ver.di stützt sich bei seiner Forderung auf ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Saarbrücker E&R Consult. Nach Ansicht der Gutachter könnten mit einer Liberalisierung und Regulierung der Energiemärkte die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden. Im Energiesektor gehen die Forscher hingegen von einem Beschäftigungsrückgang aus. Dieser könne aber durch Anreize zur Erhöhung der Versorgungssicherheit gemindert werden.

Mitte August hatten sich bereits der DGB und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einer gemeinsamen Erklärung zur Zukunft der Energieversorgung geäußert. „Versorgungssicherheit zu akzeptablen Kosten, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit" müssten in Einklang gebracht werden, heißt es dort. •

Studentenboom

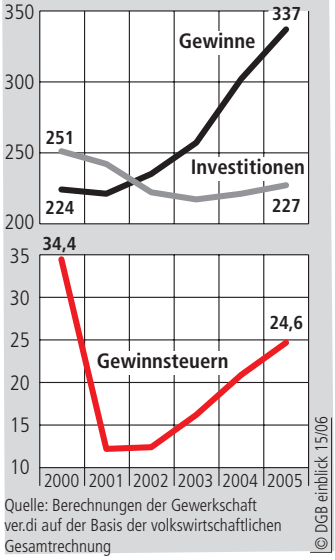
Rektoren sehen Milliarden-Loch

Die Zahl der Schulabgänger, die studieren wollen, wird in den kommenden fünf Jahren rasant steigen, von heute 350000 auf 440000 im Jahr 2010. Nach Berechungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) kommen auf die Universitäten und Fachhochschulen deshalb Mehrausgaben von 3,4 Milliarden Euro jährlich zu. Diese Belastung könnten die Hochschulen nicht tragen. Sie hätten bereits in den vergangenen Jahren „jede freie Ressource aktiviert", sagte HRK-Präsidentin Margret Wintermantel. Zudem seien die Hochschulen durch die Umstellung der Studienabschlüsse auf das Bachelor/Master-System belastet.

Parallel zur HRK-Studie hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erneut davor gewarnt, die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen durch die Einführung von Studiengebühren zu lösen. Auch ohne die Studiengebühren müssten heute bereits 70 Prozent der Studierenden nebenher jobben. Den Vollzeitstudenten, auf den das Hochschulsystem abgestellt sei, gebe es bald nicht mehr. •

Staat geht leer aus

Gewinne, Investitionen und Einkommenssteuer der Unternehmen 2000 – 2005 (in Milliarden Euro)



Quelle: Berechnungen der Gewerkschaft ver.di auf der Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Höhere Unternehmensgewinne führen von selbst weder zu mehr Investitionen noch zu höheren Einnahmen des Staates. Darauf hat die Gewerkschaft ver.di vor dem Hintergrund der geplanten Unternehmenssteuerreform aufmerksam gemacht.

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Beschäftigungschancen älterer ArbeitnehmerInnen

Betriebe müssen umdenken

Wenn die Rente mit 67 kommt, bedeutet das für viele ArbeitnehmerInnen schlicht die Rückkehr der Altersarmut – weil Jobs für Ältere fehlen. Statt das Rentenalter heraufzusetzen, fordert der DGB von Politik und Wirtschaft alternsgerechte Arbeitsplätze.

Wer heute aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis in die Altersrente wechselt, gehört zu einer Minderheit. Nur auf ein Fünftel aller Zugänge trifft das noch zu, stellt das Institut Arbeit und Technik (IAT) in seinem aktuellen Altersübergangs-Report fest. Fast genauso viele, rund 20 Prozent, wechseln aus dem Bezug von Leistungen wegen Arbeitslosigkeit in die Rente. 24 Prozent aller NeurentnerInnen nehmen dabei sogar Rentenabschläge in Kauf (2004). Der Grund: Wer heute ab 50 seinen Job verliert, hat in vielen Branchen keine Chance, noch einmal ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu finden. Die Folge: Anders als zum Beispiel in Dänemark oder in Schweden, wo über 60 bzw. fast 70 Prozent der über 55-Jährigen berufstätig sind, liegt deren Erwerbsbeteiligung in Deutschland gerade einmal bei 45 Prozent.

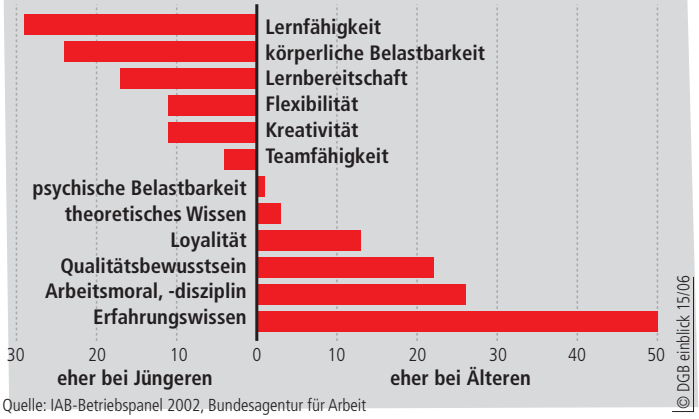
Abhängig ist die Chance, im Alter noch einen Job zu finden, vor allem von der beruflichen Qualifikation und vom Geschlecht. Während 61,4 Prozent der über 55-jährigen Männer mit hoher Qualifikation berufstätig sind, gilt das nur für ein Drittel (35,5 Prozent) der gering qualifizierten Männer. Bei den Frauen liegt die Beschäftigungsquote Älterer noch niedriger, zwischen 50,7 (hohe) und 23,7 Prozent (geringe Qualifikation).

„Die Rente mit 67 ist deshalb der falsche Ansatz", stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. „Sie führt nicht zu mehr Beschäftigung, sondern nur zu niedrigeren Renten und wachsender Altersarmut." Anstatt das gesetzliche Renteneintrittsalter weiter heraufzusetzen, müsse die Politik dazu beitragen, „dass Ältere nicht weiter ausgegrenzt werden und bis 65, dem derzeit geltenden Renteneintrittsalter, arbeiten können". Erforderlich ist aus Sicht der Gewerkschaften ein Perspektivwechsel in der betrieblichen Personalpolitik – hin zu alternsgerechten Arbeitsbedingungen. Das reicht von der betrieblichen Gesundheitsvorsorge über die Förderung des lebenslangen Lernens bis zu einer arbeitnehmergerechten Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Vorschläge, wie die Arbeitsbedingungen alternsgerecht gestaltet werden können, hat der DGB in einem bereits 2004 gestarteten Projekt entwickelt. Dessen Ergebnisse liegen auch in gedruckter Form vor (siehe Randspalte). Sie zeigen, dass auch die Unternehmen vom verbesserten Gesundheitsschutz und alternsgerechten Arbeitsbedingungen profitieren. Die Alterung der Erwerbsbevölkerung hat auch einen positiven Effekt: „Sie bietet die Chance, den Faktor Arbeit aufzuwerten und die Bereitschaft in den Unternehmen zu erhöhen, mehr in die Qualifizierung der Beschäftigten und in deren Gesundheitsförderung zu investieren", sagt Wilhelm Adamy, Bereichsleiter Arbeitsmarktpolitik des DGB. Entscheidend sei, ob die Rahmenbedingungen so verändert werden, „dass mehr Menschen den Altersruhestand in qualifizierter Erwerbstätigkeit und bei guter Gesundheit erreichen".

Ältere haben Erfahrungswissen

Anforderungen der Betriebe an ArbeitnehmerInnen/Erwartungen an ältere und jüngere Beschäftigte (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2002, Bundesagentur für Arbeit

Qualitätsbewusstsein, Arbeitsmoral und Erfahrungswissen zählen zu den Fähigkeiten, die die Unternehmen eher bei älteren ArbeitnehmerInnen sehen als bei den Jüngeren.

Bislang läuft die Entwicklung in eine andere Richtung. Zwar ist in den vergangenen Jahren nicht nur das Renteneintrittsalter deutlich gestiegen, von 62,1 (1996) auf 63,1 Jahre (2004), sondern auch die Erwerbstätigenquote Älterer. Aber gleichzeitig stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten unter den Älteren. Wer wegen Arbeitslosigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente geht, muss zudem hohe Abschläge in Kauf nehmen. Damit sich das ändert, müssen von den Betrieben auch Ältere wieder eingestellt werden. Schließlich, so das IAT, würden auch viele ältere Beschäftige nicht „über stabile Betriebsbedingungen verfügen, die man einfach nur verlängern bräuchte". •

Altensgerechte Gestaltung der Arbeitswelt

Wie sieht ein alternsgerechter Arbeitsplatz aus? Wie muss ein das Leben begleitendes Weiterbildungskonzept angelegt sein? Was können Arbeitsschutz und Gesundheitsprävention leisten, damit Beschäftigte ihre Aufgabe auch im Alter noch wahrnehmen können? Das sind einige der Fragen, denen der DGB im Projekt „Demografischer Wandel und alternsgerechte Gestaltung der Arbeitswelt" nachgeht.

In bislang sieben Broschüren werden die wichtigsten Ergebnisse vorgestellt:

- ***50plus – was nun? Wege in den Job***
- ***Demografischer Wandel. Schritte zu einer alternsgerechten Arbeitswelt***
- ***Umdenken erforderlich! Vorbeugen sichert Beschäftigung bis zum Rentenalter***
- ***Alternsgerechtes Arbeiten für Frauen – Anregungen für die Praxis***
- ***Arbeitsbedingte Gesundheitsrisiken und demografischer Wandel***
- ***Arbeitsmarkt und Gesundheitsrisiken in ausgewählten Berufsgruppen***
- ***Demografischer Wandel und Erwerbstätigkeit von Frauen***

Einzelexemplare 3,50 Euro (einschl. Versand)
ab 20 Exemplare 1 Euro/Exempl. (plus Versand)
bestellservice@toennes-bestellservice.de

DGB-Reisen

Reisetreff der Gewerkschaften

Mit speziellen Angeboten will der Reiseveranstalter DGB-Reisen künftig die Kommunikation zwischen Mitgliedern der verschiedenen DGB-Gewerkschaften fördern. Angelehnt an das Trendwende-Projekt sollen sowohl Tagesveranstaltungen als auch mehrtägige Bus- und Flugreisen Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch bieten.

An fünf Tagen im November macht DGB-Reisen mit dem „Reisetreff der Gewerkschaften" in Dresden (13.11.), Kassel (14.11.), Ludwigshafen (15.11.), Bottrop (16.11) und Celle (17.11.) Halt. Vor dem jeweils mehrstündigen Showprogramm mit Musik und Comedy gibt ein „Infomarkt" den BesucherInnen die Möglichkeit, mehr über Projekte und Angebote der Gewerkschaften vor Ort zu erfahren.

Intensivere Möglichkeiten zum Gedankenaustausch unter KollegInnen der einzelnen Gewerkschaften bieten die „Frühjahrs- und Herbsttreffen". Mehrtägige Reisen an attraktive Ferienorte verbinden Erholungs- und Kulturprogramme mit gewerkschaftlichen Themenworkshops auf freiwilliger Basis. Reiseziel des ersten Herbsttreffens im September dieses Jahres sind die Kitzbüheler Alpen. Das Frühjahrstreffen 2007 führt die TeilnehmerInnen nach Ägypten und für das Herbsttreffen 2007 steht das Allgäu im Reiseplan. •

Infos zu allen Angeboten von DGB-Reisen unter der Hotline 01805/ 29 36 62 (12 ct./Minute).

Gesundheitsbilanz

„Frau geht vor"

Vor fünf Jahren förderte der Frauengesundheitsbericht Beunruhigendes zur gesundheitlichen Situation von Frauen zu Tage. Es folgten vielerlei Modellvorhaben – ohne erkennbare Konsequenzen. Jetzt zieht der neue Info-Brief „Frau geht vor" Bilanz, spricht mit Gesundheitsbericht-Autorin Ulrike Maschewsky-Schneider und fragt nach Konsequenzen der nächsten Gesundheitsreform. •

Einzelheft (frankierter Rückumschlag DIN C4, 77 Cent) bei: DGB, Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Postfach 110372, 10833 Berlin.

Aktionstage

Arm trotz Arbeit?

Mit zwei landesweiten Aktionstagen wollen der DGB Thüringen, die Gewerkschaften NGG, ver.di, IG BAU und weitere Organisationen der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn Nachdruck verleihen. Am 28. und 29. September werden in verschiedenen Städten Thüringens Veranstaltungen unter dem Motto „Arm trotz Arbeit?" stattfinden, etwa eine Diskussionsrunde am 27.9. um 18.30 Uhr in Erfurt, eine Ballonfahrt am 28.9. um 6 Uhr in Gotha und eine Abschlussdemonstration am 28.9. um 17 Uhr in Erfurt. •

www.dgb-thueringen.de

Sachbuch

Schuldenfalle

Was dem Einzelnen der Dispositionskredit, das ist Bund, Ländern und Gemeinden der Kassenkredit. Eigentlich für Notsituationen gedacht, ist es in den meisten Gebietskörperschaften längst üblich, auf diese Weise den Haushalt aufzustocken. Der Berliner Finanz- und Haushaltsexperte Hans Willi Weinzen hat in dem kürzlich erschienenen Band „Vom Notgroschen zum Dispositionskredit" die Entwicklung des Kassenkredits seit dem Kaiserreich nachgezeichnet. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006, 80 Seiten, 12,80 Euro. •

Tagung

Umstrittene Reform

Die Pläne zur Gesundheitsreform finden bei der Mehrzahl der BürgerInnen keine Gegenliebe. Bei einer Fachtagung „Sackgasse Gesundheitsfonds: Höhere Beiträge – schlechtere Versorgung?" am 16. September wollen ExpertInnen aus Wissenschaft, Krankenkassen und Gewerkschaften mögliche Alternativen zu dem geplanten Modell diskutieren. Die vom DGB Nordrhein-Westfalen organisierte Veranstaltung findet im Sparkassen-Forum Düsseldorf statt. •

www.dgb.nrw.de, Tel. 0211/3683122

Fachtagung

Schattenwirtschaft

Die Umsätze sind gewaltig, eine Menge Menschen leben davon, und doch werden ihre Erträge nicht auf der Habenseite des Bruttoinlandsproduktes gebucht: Schwarzarbeit, Drogenhandel oder Schutzgelderpressung sind zwar illegal, sie zählen aber auch zur „informellen Ökonomie". Ebenso wie Ehrenamt, Selbsthilfe oder bürgerschaftliches Engagement. Mit diesem für die Gesamtwirtschaft nicht unwichtigen Thema werden sich die TeilnehmerInnen einer Fachtagung befassen, zu der die Hans-Böckler-Stiftung für den 28. und 29. September nach Berlin einlädt. Dabei sollen schwerpunktmäßig Bereiche der informellen Ökonomie beleuchtet werden, die der formellen Wirtschaft nahe stehen, wie etwa Schwarzarbeit. Die Tagungsgebühr beträgt 50 Euro (für StudentInnen 25 Euro). Anmeldeschluss ist der 8. September. •

www.boeckler.de
Fax: 0211/77784123

interregio

••• Der ***DGB Thüringen*** veranstaltet in Kooperation mit dem Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen am 13. Oktober die ***Fachtagung*** „Alternde Belegschaft – Handlungsmöglichkeiten für Betriebs- und Personalräte" in Erfurt. Die Veranstaltung soll auf das Problem des demografischen Wandels in Betrieben aufmerksam machen und Maßnahmen zur Erhaltung von Qualifikation, Motivation und Gesundheit der gesamten Belegschaft erarbeiten. Betriebs- und Personalräte erhalten außerdem Infos, wie sie ihre Mitbestimmungsrechte einsetzen können, um alternsgerechte Arbeits- und Organisationsgestaltung zu entwickeln. Teilnehmerbeitrag 15 Euro.
www.thueringen.dgb.de/qualifizierungsberater/Aktuelles

••• Der ***DGB Sachsen*** lädt gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zur ***Konferenz*** „Die Reformen – Baustellen oder Bauruinen?" am 11. September nach Dresden ein. Rund um Themen wie Altersarmut oder die Einstellung der Krankenkassen zur geplanten Gesundheitsreform diskutieren ReferentInnen aus Politik und Gewerkschaften soziale Alternativen für die Gestaltung von Gesundheit und Rente. Die Teilnahme ist kostenlos. Infos: Werner Schuh
Tel. 0351/8633110
Werner.Schuh@dgb.de

Private Immobilienfonds

Heuschrecken an der Wohnungstür

Die Einführung von Real Estate Investment Trusts (REITs) soll nach dem Willen der Bundesregierung den deutschen Wohnungsmarkt für internationale Finanzspekulanten noch attraktiver machen. Kommunen und Länder veräußern schon jetzt öffentlichen Wohnungsbesitz an private Fondsunternehmen.

Der Koalitionsvertrag hatte es bereits in Aussicht gestellt, jetzt macht Schwarz-Rot Ernst in Sachen REITs: Im beschleunigten Gesetzgebungsverfahren will Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) bis zum Jahreswechsel den Weg für die börsennotierten Immobilienfonds freimachen. Das Konzept: REITs firmieren als Aktiengesellschaften, sind von der Gewerbe- und Körperschaftssteuer befreit, müssen dafür aber 90 Prozent ihrer Gewinne an die Aktionäre ausschütten. Die wiederum versteuern die Gewinne – mit einem doppelt so hohen Steuersatz wie bei regulären Aktiengesellschaften. Die Befürworter von REITs hoffen auf zusätzliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe.

In den letzten Jahren haben mehrere internationale „Private-Equity-Fonds" bereits fast 750000 Wohnungen am deutschen Immobilienmarkt aufgekauft – allen voran die Deutsche Annington/Terra (Großbritannien), Fortress und Cerberus (beide USA). Werden die Pläne des Finanzministeriums realisiert, können diese Investoren umgehend mit ersten REITs-Fonds am deutschen Markt präsent sein – und werden ihren Wohnungsbestand weiter ausbauen. Auch wenn die Pläne des Finanzministeriums darauf abzielen, dass vor allem deutsche Konzerne ihren Immobilienbestand an die neuen Fonds veräußern, werden auch viele Kommunen und einige Bundesländer mit weiteren Privatisierungen öffentlichen Wohnungsbesitzes – darunter auch Sozialwohnungen – versuchen, ihre Haushalte zu sanieren.

Rund zwei Drittel des Wohnungsbestandes der großen Fondsunternehmen stammen bereits jetzt aus ursprünglich öffentlicher Hand. „Der Sozialstaat gibt durch die Privatisierung von Wohnbeständen zunehmend die Möglichkeit aus der Hand, den sozialen und gesellschaftlichen Frieden zu steuern", meint Franz-Georg Rips, Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB). Nach Schätzungen seines Verbandes befindet sich bereits ein Viertel aller deutschen Wohnungen mit „sozialer Funktion" im Besitz von internationalen Großinvestoren, bis 2010 könne es die Hälfte sein.

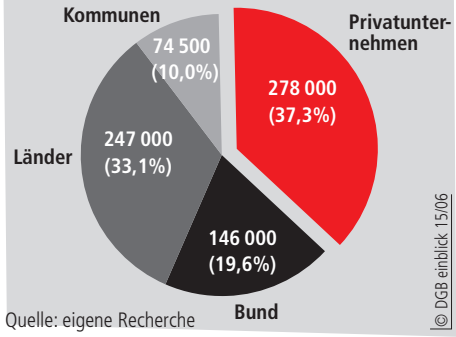
Das Management von börsennotierten REITs-Unternehmen unterliege einem „überdurchschnittlichen Renditedruck", heißt es in einem Positionspapier des DMB, das im Falle der Einführung von REITs etliche Negativeffekte auf den deutschen Wohnungsmarkt voraussagt: Vernachlässigung des Sozialcharakters von Wohnungen, eine höhere Belastung der MieterInnen durch steigende Wohnkosten und eine noch stärkere Diskriminierung zahlungsschwächerer Bevölkerungsgruppen beim Abschluss neuer Mietverträge.

Eine Sorge, die auch DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki teilt. Der soziale Wohnungsbau habe in Deutschland stets bezahlbare Mieten und Zugang zu Wohnraum für alle garantiert – auch für Alleinerziehende, Arbeitssuchende, Ältere oder Schwerbehinderte. „Eine gemischte Wohnbevölkerung ist die Grundlage für sichere und friedliche Städte. Bisher hat die soziale Wohnungspolitik bei uns diese Aufgabe erfüllt. Diese Errungenschaft sollte nicht in Frage gestellt und aufgegeben werden", so Matecki.

Auch aus den eigenen Reihen erfahren Steinbrücks Pläne Gegenwind. In einem Diskussionspapier mit dem Titel „Heuschrecken vor der Wohnungstür?" warnen die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Ortwin Runde und Florian Pronold vor der Einführung von REITs in Deutschland. Die Erfahrungen mit den Immobilienfonds in anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien hätten dort „von der ursprünglichen Euphorie" bezüglich der Einführung von REITs „nicht mehr viel übrig" gelassen. Auch die erhofften Steuermehreinnahmen seien ein Trugschluss. Unter dem Strich hätten REITs sogar negative Effekte für die öffentlichen Haushalte, so die beiden Abgeordneten. •

Zwei Drittel vom Staat

Vollzogene und unmittelbar bevorstehende Wohnungsverkäufe an Private-Equity-Unternehmen



Quelle: eigene Recherche

Fast 750000 Mietwohnungen haben private Großinvestoren seit 2000 in Deutschland bereits aufgekauft oder deren Erwerb noch für dieses Jahr geplant. Rund zwei Drittel der Bestände stammen aus Verkäufen der öffentlichen Hand.

Weitere Privatisierungen geplant

Noch in diesem Jahr könnten weitere Privatisierungen öffentlichen Wohnungsbesitzes anstehen. Die Stadt Freiburg hält trotz Protesten von MieterInnen und Verbänden am geplanten Verkauf ihrer Beteiligung an der Freiburger Stadtbau GmbH sowie von rund 1000 städtischen Wohnungen fest.

Auch in Nordrhein-Westfalen steht die Privatisierung von über 100000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an. Mit der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze" versuchen der Mieterbund NRW und die Landesarbeitsgemeinschaft der LEG-Mieterbeiräte den Verkauf an private Investoren zu verhindern. Die „öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik" müsse erhalten bleiben, so die Initiatoren.

Auch der DGB-Bezirk NRW sowie die Fachgruppe „Besondere Dienstleistungen" von ver.di NRW gehören zu den Unterstützern.

www.volksinitiative-leg.de

kurz&bündig

Die GdP befürwortet eine intensivere Kontrolle des Internets, um Extremisten aufzuspüren. Dem Internet käme eine wachsende Bedeutung in der Kommunikation terroristischer Vereinigungen zu. Deshalb müsse die Zahl von Internet-Experten mit Arabischkenntnissen bei der Polizei erhöht werden.

Die Gewerkschaft NGG beteiligt sich am Projekt CAFE des internationalen Gewerkschaftsverbandes für den Gastronomiebereich IUL. Ziel ist, den gewerkschaftlichen Einfluss bei den drei weltgrößten Catering-Unternehmen Aramark, Sodexho und Compass zu stärken. CAFE koordiniert die gewerkschaftliche Arbeit in sechs Staaten auf drei Kontinenten.

Die IG BAU hat den Fotowettbewerb „Lass dich nicht verbrennen!" ausgeschrieben. Bis zum 3. November können Motive zu Positiv- und Negativbeispielen aus dem Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz eingesendet werden.
E-Mail: foto@igbau.de

Die GEW unterstützt als Mitglied der Bildungsinternationale (BI) deren Solidaritäts- und Spendenaufruf für LehrerInnen im Libanon, die vom aktuellen Konflikt mit Israel betroffen sind.
Spendenkonto:
ING Bank Brüssel
Konto 310-100 6170-75 B
SWIFT-Code: BB RUBE BB 100
„Contributions to the EI Solidarity Fund for Lebanese Teachers"

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Faire Reformen braucht das Land

Gesundheitsreform, Rente mit 67, Unternehmenssteuerreform, Mindest- oder Kombilöhne und die Novellierung von Hartz IV: Von Herbst 2006 bis Frühjahr 2007 plant die schwarz-rote Koalition weitreichende gesetzliche Änderungen mit Auswirkungen für alle ArbeitnehmerInnen. Um deren Interessen im Gesetzgebungsverfahren deutlich mehr Gewicht zu verleihen, mobilisieren DGB und Gewerkschaften ab September mit zahlreichen Aktivitäten für die Zukunft der sozialen Sicherung. Höhepunkt soll ein Aktionstag am 21. Oktober mit Demonstrationen in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Wiesbaden sein.

Auftakt der Herbstaktivitäten ist eine Betriebs- und Personalrätekonferenz am 20. September im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz. Ihr Motto: „Das geht besser! DGB. Faire Reformen braucht das Land." Von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr diskutieren Betriebs- und Personalräte in verschiedenen Gesprächsrunden mit Gewerkschafterlnnen, VerbandsvertreterInnen, ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen. Im Mittelpunkt der ersten Runde am Vormittag steht die Generationensolidarität. Während künftig alle bis 67 arbeiten sollen, bietet der Ausbildungsmarkt immer weniger Chancen für Jugendliche: „Malochen bis zum Umfallen – und keine Arbeit für die Jugend".



Auch die zweite Diskussion beschäftigt sich mit Widersprüchlichem: Einerseits können die Unternehmen Rekordgewinne verbuchen, andererseits reißen die Meldungen über Massenentlassungen nicht ab. „Wer zahlt die Zeche?" – das ist die zentrale Frage auf dem Podium.

Am Nachmittag diskutiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mit PolitikerInnen über die Auswirkungen der geplanten Gesundheitsreform. An der Gesprächsrunde unter dem Titel „Gesundheit nur noch für die, die sich's leisten können?" nehmen teil: der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, Fritz Kuhn, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Bundestag, sowie Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP. •

Anmeldungen zur Konferenz: DGB-Bundesvorstand, Bereich Veranstaltungs- und Innenservice, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Fax: 030 / 240 60 286, karl.ehmke@dgb.de

Neue Gewerkschaftsinternationale

Stärkeres Gewicht in einer globalisierten Arbeitswelt

Mehr als fünfzig Jahre nach dem Zerfall der gemeinsamen Gewerkschaftsinternationalen in den inzwischen in die Bedeutungslosigkeit versunkenen kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbund (WGB; World Federation of Trade Unions/WFTU) und den 1949 von den westlichen Gewerkschaften gegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG; International Confederation of Free Trade Unions/ICFTU) wollen die Gewerkschaften international enger zusammenrücken.

Zwischen dem 30. Oktober und dem 3. November wollen sich die beiden nach dem Ende der Systemkonkurrenz noch verbliebenen bedeutenden internationalen Gewerkschaftsbünde, der IBFG und der 1968 von den christlichen Gewerkschaften gegründete Weltverband der Arbeit (WVA; World Confederation of Labour/WCL) auflösen und einen gemeinsamen Dachverband gründen: die International Trade Union Confederation (ITUC).

Die ITUC soll die Kräfte aller Gewerkschaften weltweit bündeln. Beitreten wollen ihr nicht nur die 236 Mitgliedsgewerkschaften des IBFG mit ihren mehr als 156 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern und die Gewerkschaften des 20 Millionen Mitglieder umfassenden christlichen Gewerkschaftsdachverbands WVA, sondern auch Gewerkschaften wie zum Beispiel die französische CGT, die weder dem ICFTU noch dem WVA angehören.

Mit dem Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Dachverband wollen die Gewerkschaften ihre Position als weltweit agierende politische Akteure nachhaltig stärken, um mehr Einfluss auf die Gestaltung der Globalisierung zu nehmen. Als Vertreter der deutschen Gewerkschaften soll der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Vorsitzender des Lenkungsausschusses der ITUC werden. Generalsekretär soll der Brite Guy Ryder werden, bislang Generalsekretär des IBFG. •

MEINUNG

DGB-Gewerkschaften erhalten Konkurrenz

Solidarität neu organisieren

Gestern die Piloten. Heute die Ärzte. Morgen die Lokführer? Kleine, gut organisierte Gruppen ziehen erfolgreich in den Kampf mit den Arbeitgebern – und das sogar in Konkurrenz zu den etablierten DGB-Gewerkschaften. Auf diese Herausforderung sollten die DGB-Gewerkschaften offensiv reagieren, meint der Politologe Wolfgang Schroeder.



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, 46, ist Politikwissenschaftler an der Uni Kassel. Von 2003 bis 2006 leitete er die Abteilung Sozialpolitik beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M.

Die neuen Kampftruppen führen lange Streiks und setzten Lohnsteigerungen durch, von denen die DGB-Gewerkschaften nur träumen können. Dass dies gegenwärtig in Deutschland mit Beifall bedacht wird, wo doch die Forderung nach Lohnzurückhaltung zum Mantra der offiziellen Politik zählt, ist nur eine von vielen Besonderheiten. Und bestätigt den Spruch: Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Die Faszination für diese neue kämpferische Beweglichkeit reicht bis in die DGB-Gewerkschaften hinein; es dominieren dort aber Skepsis, Zurückhaltung und Ablehnung. Nur zu verständlich, **schließlich steht viel auf dem Spiel:** Es geht um die Einheitsgewerkschaft und um die Zukunft solidarischer Politik; nicht zuletzt stellt sich die Frage, wer die Kosten exklusiver Tarifverträge zahlt.

Der Grundsatz „ein Betrieb, eine Gewerkschaft" war 50 Jahre lang ein zentrales Prinzip der deutschen Gewerkschaften. Tatsächlich vertreten sie alle Berufsgruppen einer Branche. Sicher, es gab die DAG, und es gibt die Christlichen Gewerkschaften und den Beamtenbund. Aber auch sie waren und sind keine Berufsgewerkschaften, auch sie organisieren alle Beschäftigten. Jetzt aber haben sich verhandlungs- und durchsetzungsstarke Gruppen als Tarifakteure etabliert, indem sie bestehende Berufsorganisationen veränderten. Ist dies die Wiederkehr des berufsständischen Prinzips in der Tarifpolitik? **Oder gar das Ende der solidarischen Gewerkschaftspolitik?** Und sind wir damit der Gruppenkonkurrenz angelsächsischen Musters ein Stück näher gekommen?

Viele in den Gewerkschaften haben gehofft, dass mit der Bewegung gegen die Hartz-Gesetze die organisationspolitische Stunde der Unterprivilegierten schlage. Tatsächlich erleben wir etwas anderes: entweder den Vormarsch der Privilegierten oder lediglich eine nachholende – mithin vorübergehende – Anpassung, mit der diese Gruppen drastische Verteilungsverluste der Vergangenheit kompensieren.

Bislang spielen sich Etablierung, Aktivierung und Organisierung durchsetzungsstarker Gruppen im öffentlichen Dienst ab. Im verarbeitenden Gewerbe herrscht Funkstille, jedenfalls noch. Eingebunden ist die Transformation bestehender Berufsverbände in eigenständig verhandelnde Tariforganisationen in zwei miteinander verwobene Prozesse: einerseits in den Umbau des öffentlichen Sektors, der dem Prinzip der Wettbewerbsorientierung folgt, andererseits in den der Fusionen von Gewerkschaften. Beides befördert **die Chancen kleiner, durchsetzungsstarker Gruppen,** die dabei ihre Interessen vernachlässigt sehen. Diese Art der allein auf Lohnmaximierung orientierten Gruppenpolitik wird in der Soziologie als „business unionism" bezeichnet. Man kann eine solch rein ökonomisch orientierte Politik aber auch als Antwort der starken Arbeitnehmergruppen auf den wettbewerbsorientierten Umbau der öffentlichen und privaten Unternehmen deuten.

Wie reagieren Politik und DGB darauf? Der Politik dämmert langsam, was sie an den Einheitsgewerkschaften hat, und was es bedeutet, sich mit einer Vielzahl kleiner Gruppen, die hohen Druck ausüben, herumschlagen zu müssen. Einige haben jetzt vielleicht sogar eine Ahnung davon, **was Einheitsgewerkschaft für den sozialen Frieden bedeutet.** Die DGB-Gewerkschaften sollten nicht darauf hoffen, dass sie es mit einem vorübergehenden Phänomen zu tun haben, das auf den öffentlichen Dienst beschränkt ist. Vielmehr sollten sie darauf setzen, ihr „Management der Vielfalt" weiterzuentwickeln, den stärkeren Beschäftigtengruppen zielgruppenspezifische, differenzierte Angebote zu machen. In der Tarifpolitik besitzen sie dafür alle Instrumente, sie müssen sie nur offensiver anwenden. **Die „Starken" müssen wieder ihren Platz in den Einheitsgewerkschaften finden.** Denn eine solidarische Politik für die „schwachen" Interessen lässt sich ohne sie nicht machen. Den Schlüssel für eine neue Politik der Solidarität besitzen nicht die Beschäftigten im Niedriglohnsektor, sondern die „Privilegierten". •

Von den Ärzten lernen

Die Pilotenvereinigung Cockpit machte 2001 den Anfang und setzte per Streik eine Gehaltserhöhung von 30 Prozent durch. Mitte August folgten die Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern mit Einkommenssteigerungen zwischen 10 und 13 Prozent. 2007 will die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) erstmals getrennt von TRANSNET Tarifverhandlungen führen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnt vor den Konsequenzen: „Diese Zersplitterung wird zu einer Radikalisierung und Entsolidarisierung der Belegschaft führen", sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske befürchtet, dass letztlich alle Beschäftigten verlieren, wenn sich der Egoismus einzelner Berufsgruppen durchsetze: „Wenn die einen aufhören zu streiken, fangen die anderen an", sagte er der „Berliner Zeitung". Das werde diejenigen auf den Plan rufen, die das Streikrecht einschränken wollen.

„Aber eines können wir aus dem Ärztestreik lernen", schreibt ver.di in seiner „infopost" für die Krankenhausbeschäftigten: „Ein hoher Organisationsgrad und entschlossenes Handeln können zum Erfolg führen."

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

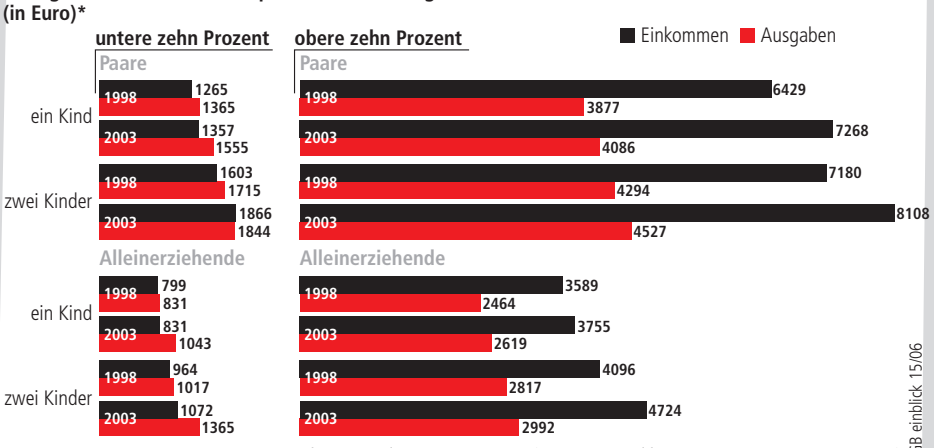
DIES & DAS

die DGB grafik

FAMILIEN: Ausgaben rennen dem Einkommen davon

In den vergangenen Jahren sind die Kosten von Familien erheblich stärker gestiegen als deren Einkommen. Die Folge: In den alten Bundesländern gibt es bereits mehr als eine halbe Millionen Haushalte mit Kindern, in denen die Kosten des täglichen Bedarfs nicht durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. In den neuen Bundesländern gilt das für 130000 Familien. Betroffen sind vor allem die unteren Einkommensgruppen. Als Ausweg bleibt vielen Familien oft nur die Aufnahme von Schulden.

Verfügbares Einkommen und private Konsumausgaben von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern (in Euro)*



* Nettoeinkommen je Haushalt; Ausgaben ohne Aufwendungen für Nichtkonsumzwecke (Kreditkosten, Kraftfahrzeugsteuer, Hausratsversicherung etc.)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/2006

© DGB einblick 15/06

14 TAGE

7.9. DGB Berlin-Brandenburg, Ausstellungseröffnung „Permanent Moving", Berlin

9.9. Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB Hamburg, Konferenz „Zukunft Demokratie – Wie direkt darf es sein?", Hamburg

11.9. DGB Sachsen und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Die Reformen – Baustellen oder Bauruinen?", Dresden

11.9. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Gleich am Ziel? Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durch die freiwillige Vereinbarung und das AGG", Berlin

12./13.9. IG BCE, IG Metall und ver.di, Tagung „Kompetenzerwerb in der Arbeit – Konzepte und Perspektiven", Ergebnisse des Projektes KomNetz, Hamburg

13.9. DGB Sachsen, Tagung „Gesetzlicher Mindestlohn", Dresden

13./14.9. IG Metall, Konferenz „Mittelstandspolitik – arbeitsorientiert und innovativ. Für ein soziales Europa", Berlin

14.9. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Dienstleistungen im Netzwerk – Flughafen Frankfurt", Frankfurt/M.

16.9. DGB Nordrhein-Westfalen, Tagung „Sackgasse Gesundheitsfonds: Höhere Beiträge – schlechtere Versorgung?", Düsseldorf

20.9. DGB-Bundesvorstand, Betriebs- und Personalräte-konferenz „Das geht besser! Faire Reformen braucht das Land", Berlin

personalien

••• ***Dr. Eva-Maria Stange,*** 49, bis zum April 2005 Vorsitzende der GEW, ist als Ministerin für Wissenschaft und Kunst des Landes Sachsen nominiert worden. Sie soll ihr Amt Mitte September antreten, sobald die bisherige Wissenschaftsministerin ***Barbara Ludwig,*** 44, vom Rat der Stadt Chemnitz als Amtsverweserin für die Aufgaben des Stadtoberhauptes gewählt worden ist. Ludwig war Ende Juni als Oberbürgermeisterin gewählt worden, kann ihr Amt aber wegen einer laufenden Wahlanfechtungsklage bislang nicht antreten.

••• ***André Plüschke,*** 32, Studium der Sozialwissenschaften, bis Dezember 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter des DGB-Bildungswerks Berlin – Brandenburg, ist seit dem 1. September Projektkoordinator beim DGB-Bundesvorstand für den Aufbau einer gewerkschaftsübergreifenden Internetplattform für Aktionen und Termine.

••• ***Jörg Heinel,*** 37, Jugendbildungsreferent der IG BAU in Hessen, ist seit dem 1. September Leiter der Abteilung Sozialpolitik der IG BAU. Er folgt ***Annelie Buntenbach,*** 51, die im Mai in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gewählt worden ist.

••• ***Armin Lauer,*** 39, Bereichsleiter Personenverkehr, seit Oktober 2005 Prokurist der Vermögensverwaltung GmbH von TRANSNET, ist seit dem 1. August deren Geschäftsführer. Er folgt ***Anton Hoffmann,*** 56, der am 31. August nach langjähriger Tätigkeit als Abteilungsleiter Finanzen und Mitgliederverwaltung, dann als Geschäftsführer der TRANSNET-Vermögensverwaltung in den Ruhestand gegangen ist.

Schlusspunkt

„Kuranwendung nach Autourlaub sinnvoll"

Überschrift einer Pressemitteilung des gewerkschaftlichen Auto Club Europa (ACE) vom 24. August

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.09.2006 16/06

DGB

inhalt

Seite 3
Ausstieg aus dem Solidarprinzip
Trotz massiver Kritik will die Koalition an den Eckpunkten zur Gesundheitsreform festhalten. Im Oktober soll der Gesetzentwurf vorliegen

Seite 5
Politik muss die Kontrolle zurückgewinnen
Finanzinvestoren sind ein Hemmnis für Wachstum und Innovation. Der DGB fordert, dass der Gesetzgeber ihre wirtschaftliche Macht begrenzt

Seite 7
Die Eva in uns
GewerkschafterInnen werden das Buch von Ex-Tagesschausprecherin Eva Herman wohl kaum kaufen. Die IG Metallerin Christiane Wilke weiß wieso

Reformpolitik

Bessere Reformen sind möglich

Unter dem Motto „Das geht besser. Aber nicht von allein!" begleiten DGB und Gewerkschaften die Reformpolitik der großen Koalition in den nächsten Monaten. Erster Höhepunkt der vielfältigen Aktivitäten ist ein Aktionstag am 21.Oktober mit Kundgebungen in Berlin, Dortmund, Frankfurt/Main, München und Stuttgart. Ziel des DGB sei es, die große Koalition zu einer „sozial gerechten Politik" zu bewegen, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

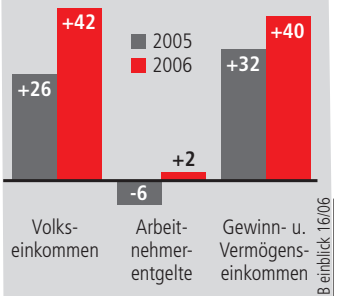
Viele der bereits beschlossenen oder in Eckpunkten bekannten Reformvorhaben würden einer sozialen Politik nicht gerecht. So bedeuteten die beschlossenen Steuer- und Abgabenerhöhungen für die ArbeitnehmerInnen und die VerbraucherInnen eine Mehrbelastung von rund 30 Milliarden Euro. Gleichzeitig sollen durch die Unternehmenssteuerreform die Konzerne um mindestens fünf Millarden Euro entlastet werden. Auch die geplante Gesundheitsreform belaste einseitig die Versicherten, und die Rente mit 67 sei „faktisch ein Programm zur schleichenden, aber drastischen Rentenkürzung".

„Bessere Reformen sind möglich", das ist die wichtigste Botschaft der Herbstaktivitäten an die große Koalition. Es gehe nicht darum, der Regierung zu schaden oder eine andere Koalition herbeizuführen, stellt Sommer klar. Ziel der Gewerkschaften ist vielmehr, im Sinne der ArbeitnehmerInnen auf die Ausgestaltung der Reformpolitik Einfluss zu nehmen, sowohl auf der Straße wie auch im Dialog mit der Politik. An Vorschlägen der Gewerkschaften, wie das Sozialsystem und die Steuerpolitik gerecht gestaltet werden können, fehle es nicht, so der DGB-Vorsitzende. So fordern die Gewerkschaften beispielsweise aktuell, aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit ein Sonderprogramm für 50 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren.

Mit Anhörungen und zahlreichen Veranstaltungen wollen die Gewerkschaften im Herbst Einfluss auf die politische Agenda nehmen und für ihre Alternativkonzepte werben. Für das Frühjahr 2007 ist außerdem eine internationale Konferenz in Berlin zur Zukunft des Sozialstaates geplant.

Derweil laufen die Vorbereitungen für die Kundgebungen am 21. Oktober auf Hochtouren. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird in Stuttgart sprechen, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in Berlin und der Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, in Dortmund. Hauptredner sind in München der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg sowie in Frankfurt/Main die Vorsitzenden von GEW, Ulrich Thöne, und IG BAU, Klaus Wiesehügel. Zur Mobilisierung erscheint Anfang Oktober eine Aktionszeitung. Erstmals bei einer Kampagne wurde außerdem eine gewerkschaftsübergreifende Online-Plattform für Beschäftigte von DGB und Gewerkschaften eingerichtet. Ziel ist es, die Akteure schnell und umfassend zu informieren und die gewerkschaftsübergreifende „Kampagnenlogistik" noch besser zu vernetzen. Ehrenamtlich Aktive erhalten bei DGB und Gewerkschaften vor Ort Auskunft über die Zugriffsmöglichkeiten auf dieses passwortgeschützte Extra-Net. •
www.das-geht-besser.dgb.de

Löhne sinken, Profite steigen
Umverteilung 2005 und 2006 (in Milliarden Euro)



Quelle: 2005: Statistisches Bundesamt; Prognose für 2006: Jahreswirtschaftsbericht 2006
© DGB einblick 16/06

Verteilungsgerechtigkeit ist einer der thematischen Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktivitäten für eine soziale Reformpolitik im Herbst.

plusminusBERLIN

+ *Julia Klöckner, Sprecherin der Verbraucher in der CDU/CSU-Fraktion, fordert, dass Bahnkunden bei Verspätungen einen Rechtsanspruch auf Entschädigung erhalten. Bei einer Stunde Verspätung sollen sie den halben Fahrpreis erstattet bekommen.*

− *Hans-Dieter Petram, Brief-Vorstand der Deutschen Post AG, will die Postämter in den Dörfern schließen. Die gesetzliche Vorschrift, auch auf dem Land Postfilialen zu betreiben, sei ein „Anachronismus aus vergangenen Zeiten".*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.frauenlohnspiegel.de
Der schnelle Internetzugriff auf die Daten des WSI-Tarifarchivs zum Thema „Frau und Beruf"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Anforderungen des DGB an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007

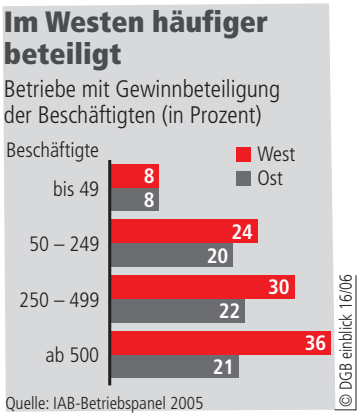
Gewinn- und Kapitalbeteiligung

Deutschland hat Nachholbedarf

Deutsche Unternehmen landen bei der Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an Ertrag und Kapital im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB).

Während in Deutschland jeder zehnte Betrieb ein Modell zur Gewinnbeteiligung der Belegschaft hat, gilt das im Durchschnitt der EU-15-Staaten für rund ein Viertel aller Unternehmen. Gesetzliche Verpflichtungen und steuerliche Anreize hätten in anderen Staaten zu einer größeren Verbreitung von Beteiligungsmodellen geführt, so die Analyse des IAB.

Auch die große Koalition hat das Thema inzwischen aufgegriffen: In den vergangenen Wochen hatte es wiederholt Vorschläge aus SPD und CDU zur Gewinnbeteiligung von Beschäftigten gegeben. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hatte angekündigt, die Forderung nach Gewinnbeteiligungen zum Bestandteil des neuen Grundsatzprogramms seiner Partei zu machen. Beck sieht die Einkünfte der Beschäftigten aus Ertragsbeteiligungen allerdings als Alternative zu tariflichen Lohnerhöhungen. Diese seien „im globalen Wettbewerb immer schwieriger durchzusetzen", so Beck gegenüber dem *stern*. Dem widersprach der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Mit Gewinnbeteiligungen Lohnerhöhungen zu ersetzen, sei für den DGB nicht akzeptabel und werde „hoffentlich auch nicht die Politik der SPD", so Sommer. •



In Westdeutschland wächst der Anteil der Betriebe, die ihre Beschäftigten am Gewinn beteiligen, mit der Betriebsgröße. Im Osten steigt die Quote ebenfalls mit der Zahl der Beschäftigten. In Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten liegt sie bei 20 Prozent, bleibt dann aber nahezu konstant.

Speditionsgewerbe

Defizite beim Arbeitsschutz

Gesundheit und Sicherheit der rund 700 000 FahrerInnen im Speditionsgewerbe sind „entscheidende Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit" von Fuhrunternehmen. So ein Ergebnis einer Studie der Hamburger Sozialforschungsstelle im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Allerdings spielten betrieblicher Arbeitsschutz und Prävention in der Branche bis heute praktisch keine Rolle. Das Fazit der AutorInnen: Die Arbeitssituation der FahrerInnen müsse dringend verbessert werden, der Arbeitsschutz im Speditionsgewerbe stärker in den Fokus der Politik rücken. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH
Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Gesundheitsreform

Ausstieg aus dem Solidarprinzip

Drei Monate Bedenkzeit wollen sich Union und SPD geben, um aus den bereits vor der Sommerpause vereinbarten Eckpunkten zur Gesundheitsreform ein Gesetzespaket zu schnüren. Grundsätzliche Korrekturen am Reformkonzept will die Koalition dennoch vermeiden. Trotz massiver Kritik, auch aus den eigenen Reihen.

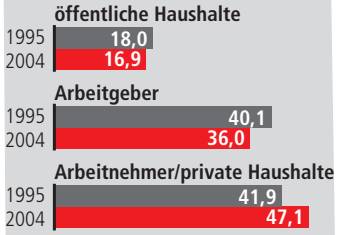
Dass der Gesundheitsfonds, das Herzstück der Reformpläne der Bundesregierung, nicht zu Kosteneinsparungen im Gesundheitssystem führt, sondern „nur ein neues bürokratisches Monster hervorbringt" (DGB-Vorsitzender Michael Sommer), wird auch von den Unterhändlern der Regierungsparteien nicht bestritten. Auch dem zweiten Vorwurf der Gewerkschaften, dass die Gesundheitsreform „zu einer einseitigen Belastung der Versicherten führt", hat die Koalition nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Die BürgerInnen müssten sich darauf einstellen, „dass es für sie teurer wird", hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bereits frühzeitig erklärt. Für die Versicherten dürfte der Beitragssatz von jetzt im Schnitt 14,3 Prozent bis 2008 „auf mindestens 15,5 Prozent" steigen, ergänzte der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Hinzu komme, dass auch das Versprechen der Bundesregierung, dass mindestens 95 Prozent der Ausgaben der Krankenversicherungen durch den Fonds gedeckt würden, nicht zu halten sei. Der Teil der Ausgaben, den die Versicherten als Pauschale oder Zusatzbeitrag bezahlen müssen, werde auf Dauer deutlich steigen. „Das ist ungerecht und trifft die Schwachen", kritisiert Lauterbach. „Schon eine monatliche Pauschale von 30 Euro bedeutet für Rentner eine Beitragserhöhung um drei Prozent."

Kritik am geplanten Gesundheitsfonds kommt auch von den Krankenkassen und den Wirtschaftsforschungsinstituten. „Der Fonds wäre interessant, wenn die Beitragsbemessungsgrundlage verändert und die Privatversicherten einbezogen würden." Aber genau daran fehle es im Koalitionskonzept, kritisiert Gerd Wagner, Gesundheitsexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ein Vorwurf, der auch von den Gewerkschaften geteilt wird. Bereits Anfang Juni hat DGB-Vorstand Annelie Buntenbach in einem Brief an Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) darauf aufmerksam gemacht, dass der Fonds nicht geeignet sei, die strukturellen Probleme im Gesundheitssystem zu lösen. Er setze nur das Solidarprinzip außer Kraft und wälze künftige Belastungen einseitig auf die Versicherten ab.

Aber um eine Stabilisierung des gesetzlichen Krankenversicherungssystems geht es der Koalition eher nicht. Die Reform müsse gelingen, „damit die Koalition bis 2009 hält", hat Mitte September SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck in der *Süddeutschen Zeitung* unmissverständlich erklärt. Eine nochmalige Verschiebung „könne und dürfe" sich die Koalition nicht leisten. Auch Bundeskanzlerin Merkel denkt bei der Gesundheitsreform eher an die Zeit nach 2009, wenn der Bundestag neu gewählt wird. Die Einführung der Gesundheitsprämie verschaffe der Union den strategischen Vorteil, alle organisatorischen und praktischen Hemmnisse für die spätere Einführung einer Kopfpauschale schon jetzt aus dem Weg zu räumen, analysierte der DAK-Vorstandsvorsitzende Herbert Rebscher in der *Frankfurter Rundschau*. Der dafür notwendige Umstellungsaufwand des Beitragseinzugs für die Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sei enorm und brauche viel Zeit. „Dazu braucht sie den Fonds – und zwar jetzt". •

Kostenverlagerung hat längst begonnen

Anteil des Staats, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Finanzierung des Gesundheitssystems (in Prozent)



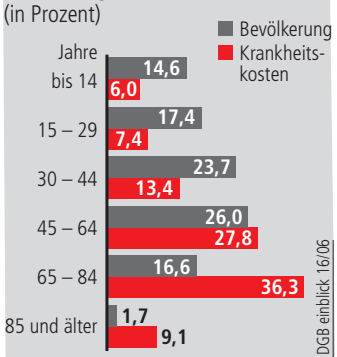
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006

© DGB einblick 16/06

Auch ohne die zusätzliche Belastung der Versicherten durch die geplante Gesundheitsreform hat sich die Finanzierung des Gesundheitssystems in den letzten zehn Jahren massiv zu ihren Lasten verändert. Während Arbeitgeber und Arbeitnehmer 1995 mit 40 bzw. 42 Prozent noch einen in etwa gleich großen Teil aufgebracht haben, müssen die Versicherten heute bereits 47 Prozent der Ausgaben finanzieren, die Arbeitgeber nur noch 36 Prozent.

Ältere kosten mehr

Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung und den Krankheitskosten (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006

© DGB einblick 16/06

Mit dem Alter steigen die Krankheitskosten. Die Gewerkschaften fordern von der Bundesregierung, auf den geplanten Gesundheitsfonds zu verzichten und mehr in die Prävention zu investieren. Dadurch könnte der Kostenanstieg im Gesundheitswesen trotz der Alterung der Gesellschaft nachhaltig begrenzt werden.

Arme haben das Nachsehen

Mit der Einführung des Gesundheitsfonds will die Koalition auch den Risikostrukturausgleich abschaffen, der bislang dafür sorgt, dass Krankenkassen mit einem höheren Anteil chronisch Kranker, einen Ausgleich erhalten. Künftig bekommen die Kassen für jeden Versicherten den gleichen Betrag. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Versichertenstruktur ist zwar die Einführung eines risikoabhängigen Zuschlags geplant; ob er reicht, die höheren Kosten zu decken, ist aber zweifelhaft.

Krankenkassen, die ihre Ausgaben nicht mit den Pauschalbeiträgen finanzieren können, müssen von ihren Versicherten Zusatzbeiträge erheben. Gesundheitsexperten rechnen damit, dass vor allem die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), die traditionell mehr Menschen mit Gesundheitsrisiken versichern, in Schwierigkeiten kommen können. Sie müssen entweder Zusatzbeiträge erheben – wodurch sie einen Teil ihrer besser verdienenden, gesünderen Mitglieder an andere Kassen verlieren – oder ihre Leistungen einschränken. Oder sie entscheiden sich für einen Mix aus beidem. Die Folge: Krankenkassen mit vielen RentnerInnen, Geringverdienenden und Arbeitslosen sind in Zukunft teurer als andere – bei schlechterer Leistung.

PROJEKTE UND PARTNER

Info-Faltblatt

Tipps für Arbeitslose

Treffen kann es jede und jeden: Der Verlust des Arbeitsplatzes ist zur täglichen Realität geworden – sei es durch Stellenabbau oder durch Insolvenz des Betriebes. So groß der Schock über die Arbeitslosigkeit ist, so wichtig sind die richtigen ersten Schritte. Der „Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit" hat einen Flyer unter dem Titel „Arbeitslos – was nun? Rechte kennen, Rechte nutzen" herausgegeben. Darin wird über den Anspruch auf Arbeitslosengeld I ebenso informiert wie über die „richtige" Arbeitslosenmeldung. Außerdem enthält das Infoblatt Hinweise, wo es weiterführende Infos und Beratung gibt. •

Förderverein gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit, Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin, www.erwerbslos.de

Kinofilm

The Take – Die Übernahme

Argentinien 2004 – ein Land ächzt unter den Folgen der Globalisierung. Eine ganze Volkswirtschaft bricht zusammen, die Menschen stürzen in Armut.

„Besetzen, Widerstand leisten, produzieren" lautet das Motto einer alternativen, immer stärker werdenden Arbeiterbewegung in Buenos Aires. Die Arbeiter kämpfen für die Zwangsenteignung ihrer stillgelegten Fabrik und müssen dabei Tag für Tag erleben, was es heißt, sich mit den „Großen" dieses Landes anzulegen.

„The Take – Die Übernahme" von den Regisseuren Naomi Klein und Avi Lewis ist eine bewegende Dokumentation über den Überlebenskampf kleiner Leute. Und über die Folgen der Globalisierung. Kinostart: 28. September. •

Wettbewerb

Aktiv für Demokratie und Toleranz

Das bundesweite Bündnis für Demokratie und Toleranz führt 2006 zum sechsten Mal seinen Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz" durch. Es sammelt damit vorbildliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die sich gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit sowie für den gegenseitigen Respekt verschiedener Kulturen einsetzen. Dabei werden Preise zwischen 1000 und 5000 Euro (Gesamtbetrag 100 000 Euro) vergeben. Einsendeschluss des diesjährigen Wettbewerbs ist der 10. Oktober 2006, nähere Informationen enthält der Ausschreibungsflyer. •

www.buendnis-toleranz.de

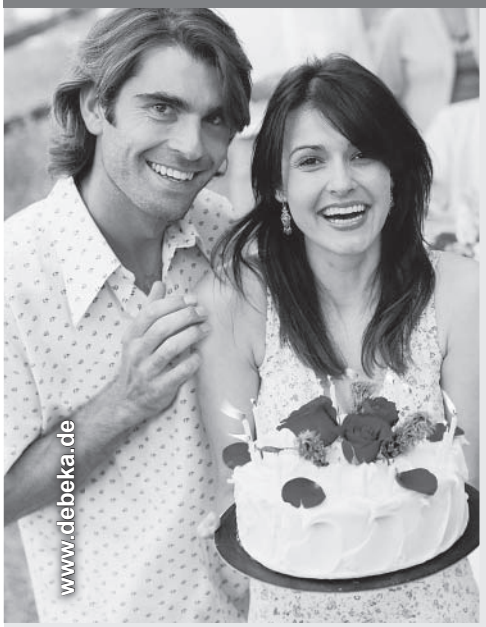
interregio

••• Die ***DGB-Region Köln*** hat einen ***Ratgeber für ExistenzgründerInnen*** herausgegeben. Der Ratgeber soll der erste Schritt zum Aufbau eines Netzwerks sein. Download: *www.region-koeln.dgb.de/netzwerk_selbststaendige/Checkliste/pdf_datei*

••• Die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** und die ***DGB-Jugend Nord*** haben eine gemeinsame ***„Rückruf-Aktion"*** für rechtsextremes Propagandamaterial gestartet: Wer Neonazi-CDs einschickt, nimmt an der Verlosung einer Sony Playstation II teil. Einsendeschluss ist der 30. September.

DGB Jugend Berlin-Brandenburg Keithstraße 1/3, 10787 Berlin Stichwort „Hau weg den Scheiß"

25 JAHRE ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG



Ihr kompetenter und leistungsstarker Partner für den Rundum-Schutz der privaten Haushalte.

Wir sichern Ihre Sach- und Vermögenswerte.

Vertrauen Sie auf unsere Erfahrung.

Sie möchten mehr wissen? Wir informieren Sie gerne!

map-report
Juli 2005
Bestnote „langjährig hervorragende Leistungen"
Vergleich von Hausrat- und Wohngebäudeversicherung

Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-1399, Telefax (0261) 41402

Debeka
erfahren · sicher · günstig

Finanzkapitalismus

„Politik muss Kontrolle zurückgewinnen“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kritisiert die Finanzinvestoren massiv: Sie behinderten Wachstum und Innovation. Die Politik müsse die Kontrolle über die Kapitalmärkte zurückgewinnen.

In der öffentlichen Debatte ist die Kritik an Finanzinvestoren wie Hedge- und Private-Equity-Fonds verhallt. Dass sie im Frühjahr 2005 der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering als Heuschrecken attackierte, ist nur noch eine Fußnote. Passiert ist nichts. Und „Münte“ schweigt. Dafür reden andere. Und ganz anders: Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) lobt die Finanzinvestoren und nennt ihr Engagement „segensreich“. Auch das Bundesfinanzministerium (BMF) bricht eine Lanze für sie. „Wir sehen mehr Chancen als Risiken“, sagte der Ministerialdirektor für Finanzmarkt- und Währungspolitik im BMF, Jörg Asmussen, Anfang September auf einer Konferenz der *Financial Times Deutschland* im hessischen Königstein. Das Land brauche mehr Private-Equity-Investionen.

Finanzinvestoren beschäftigen mittlerweile bundesweit 800 000 Menschen und erwirtschaften sieben Prozent des Bruttosozialprodukts. Sie erhöhten ihre Investitionen im ersten Halbjahr 2006 um 24 Prozent, auf 846 Millionen Euro. Ihren Schrecken haben sie inzwischen verloren, stellte *Die Zeit* Mitte Mai fest: „Finanzinvestoren werden zunehmend als das erkannt, was sie sind: legitime Akteure des Kapitalmarkts.“

Sehr viel kritischer sieht das der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Finanzmarktakteure behinderten nicht selten Wachstum und Innovation. Denn an langfristigen Investitionen seien sie nicht interessiert. Der Anteil der Bruttoinvestitionen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung läge bereits auf historisch niedrigem Niveau. Was zähle, sei der kurzfristige Profit. Beispielsweise durch Aktienrückkäufe, die den Aktienkurs in die Höhe treiben. Sommer: „An der Substanz der Unternehmen ändert sich dadurch natürlich nichts.“ Die Finanzinvestoren hätten die alte Oligarchie der Deutschland AG nicht beseitigt, sondern lediglich ersetzt.

Kurzfristige, spekulative Investitionen müssten „mit Nachteilen für die Investoren einhergehen“, forderte Sommer deshalb auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbands Baustoffe und Zement Ende August in Beckum bei Münster.

Kurzfristige Kapitalbewegungen müssten weniger attraktiv gemacht werden. Beispielsweise durch eine Börsenumsatzsteuer, die auf Europas größtem Finanzplatz, in London, längst obligatorisch ist. Diskutiert werden solle, die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne wieder zurückzunehmen. Sinnvoll sei es, das Stimmrecht von Aktionären mit der Haltedauer von Aktien zu verknüpfen; das halte die Investoren außen vor, die sich nur einkaufen, um schnellen Profit zu machen. „Ich kann mir auch gut ein Verbot der Übertragung des Kaufpreises als Schulden auf das übernommene Unternehmen vorstellen“, sagte der DGB-Vorsitzende.

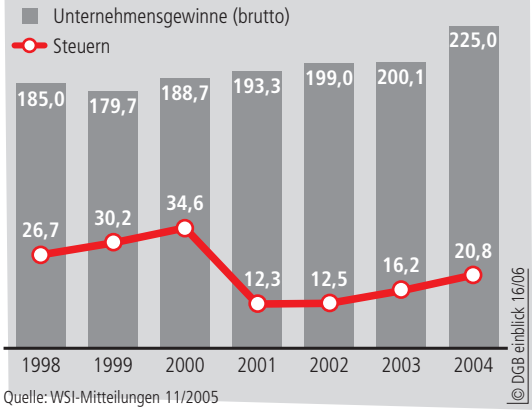
Die Bundesregierung plant ein Private-Equity-Gesetz. Das hat sie bereits im Koalitionsvertrag vom November 2005 angekündigt. Die bisherigen Vorarbeiten lassen allerdings nichts Gutes ahnen. Grundlage der Gesetzesinitiative soll ein Gutachten des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sein. Dessen Quintessenz: Die Rahmenbedingungen fürs Private-Equity-Geschäft in Deutschland sind zwar gut, könnten aber besser sein.

„Hindernisse für eine stärkere Verbreitung der Private-Equity-Finanzierung“ sollten deshalb aus dem Weg geräumt werden.

Wie Schwarz-Rot die Rahmenbedingungen für die Beteiligungsbranche verbessern will, hat die Regierung noch nicht verraten. Nur, dass es im Rahmen der Unternehmenssteuerreform geschehen soll. Und dass es steuerliche Verbesserungen nur für Wagniskapital-Gesellschaften geben könne, die in junge Unternehmen investieren. Nur hier sei „ein potenzielles Marktversagen“ erkennbar. •

Außerordentlich niedrig

Gewinne und Steuern von Kapitalgesellschaften in Deutschland 1998 – 2004 (in Milliarden Euro)



Quelle: WSI-Mitteilungen 11/2005

Die effektive Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften in Deutschland liegt seit 2001 trotz des inzwischen erfolgten leichten Wiederanstiegs konstant unter zehn Prozent – und damit auf einem historisch niedrigen Niveau.

Ungerechte Steuerpolitik

Der DGB lehnt die von Schwarz-Rot Mitte Juli beschlossenen Eckpunkte zur Unternehmenssteuerreform als ungerecht ab. Wesentlicher Bestandteil der Reform, die zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, ist die Halbierung der Körperschaftssteuer von Kapitalgesellschaften (AGs und GmbHs) von 25 auf 12,5 Prozent. Die Steuerausfälle betragen – je nach Berechnung – 5 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) bis 16 Milliarden Euro pro Jahr (Finanzministerium NRW).

Während die Unternehmen mit Steuergeschenken überhäuft werden, bittet die Bundesregierung Beschäftigte, SozialleistungsempfängerInnen und VerbraucherInnen kräftig zur Kasse: Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer am 1. Januar 2007 kostet sie 21,1 Milliarden Euro. Hinzu kommen höhere Krankenversicherungsbeiträge sowie Einschränkungen bei der Pendlerpauschale, beim Kindergeld und beim Sparerfreibetrag.

Der Gesetzentwurf zur Unternehmenssteuerreform soll im Dezember vorliegen und Mitte 2007 beschlossen werden.

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zu den Eckpunkten der Unternehmenssteuerreform

kurz&bündig

Die GdP fordert von der Bundesregierung eine breit angelegte mehrsprachige Informationskampagne über Ziele, Strukturen und Hintergründe des Djihad-Terrorismus. Wie im Kampf gegen den Rechtsextremismus müsse außerdem auch an Schulen über islamistischen Terrorismus aufgeklärt werden, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die Einrichtung einer Expertenkommission durch die Bundesregierung vorgeschlagen, die sich mit den rechtlichen Grundlagen einer möglichen Gewinnbeteiligung von ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen ihrer Unternehmen beschäftigt. Entsprechenden Konzepten werde man aber nur zustimmen, wenn die Gewinn- oder Kapitalbeteiligung nicht mit Einschnitten bei tariflichen Regelungen einhergeht.

ver.di hat 120 000 Unterschriften für den Erhalt des Namensschutzes der Sparkasse an Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) übergeben. Hintergrund ist eine Forderung der EU-Kommission, auch privaten Banken die Bezeichnung „Sparkasse" zu erlauben. ver.di vermutet dahinter den Versuch, das deutsche Drei-Säulen-Modell mit privaten Geldinstituten, Genossenschaftsbanken und Sparkassen als öffentlichem Bankensektor zu zerschlagen.

IG Metall

Rohstoffe besser nutzen

Die IG Metall und das Bundesumweltministerium wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass Energie und Rohstoffe künftig wirkungsvoller genutzt werden. Dazu seien regelmäßige Beratungen zwischen der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat über die betriebliche Materialbilanz notwendig, erklärte der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters auf einer Konferenz seiner Gewerkschaft Ende August in Berlin. Bislang werde die Steigerung der Ressourceneffizienz in den Unternehmen zu wenig beachtet, kritisierte Peters. Dabei biete sie ein enormes Einsparpotenzial.

So könnten beispielsweise in der Metallbranche bei einem Materialeinsatz im Wert von 18,6 Milliarden Euro (2002) Kosten zwischen 0,8 und 1,5 Milliarden Euro eingespart werden. Voraussetzung seien entsprechende Produkt- und Prozessinnovationen. Die Arbeitsproduktivität hat sich laut IG Metall seit 1960 mehr als verdreifacht. Material- und Energieproduktivität seien hingegen nur um 50 Prozent gestiegen. •

Stiftung Solidarität

Ausgezeichnet

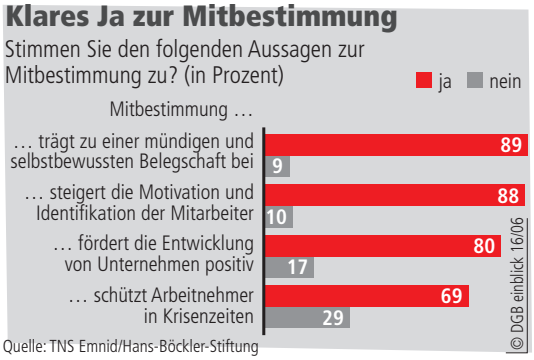
Den mit 20 000 Euro dotierten „Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut" teilen sich in diesem Jahr zwei Projekte: der „Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit" in Berlin und die „Neue Arbeit Chemnitz e.V.". Beide Vereine haben einen gewerkschaftlichen Hintergrund. Der Berliner Förderverein wurde 1986 von arbeitslosen GewerkschafterInnen gegründet, die „Neue Arbeit" geht auf eine IG Metall-Initiative Anfang der 90er Jahre zurück. Verliehen wird der Preis seit 1997 von der Stiftung Solidarität, um herausragendes soziales Engagement von Einzelpersonen sowie beispielhafte Projekte gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu fördern. Die öffentliche Preisverleihung findet am 6. Oktober im Großen Sitzungssaal des Neuen Bielefelder Rathauses statt. •

www.stiftung-solidaritaet.de

NGG-Hauptstadtbüro

Direkter Zugang zur Politik

Seit dem 1. September unterhält die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) in Berlin ein eigenes, mit zwei politischen ReferentInnen und einer Sekretariatsmitarbeiterin besetztes Hauptstadtbüro. Leiter der Berliner Außenstelle des NGG-Vorstands ist Micha Heilmann, der parallel zu seiner neuen Funktion die Rechtsabteilung der NGG leitet. Zudem hat Pressesprecherin Karin Vladimirov ihr Büro von Hamburg nach Berlin verlegt. Untergebracht ist das neue Hauptstadtbüro der NGG im Gebäude der IG BAU in der Luisenstraße in Berlin-Mitte. Die unmittelbare Nähe des Büros zu Regierung und Parlament soll dazu beitragen, auch bei der Abstimmung in politischen Sachfragen kurze Wege herzustellen.
Neben der NGG und der IG BAU unterhalten auch die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, TRANSNET und GEW eigene Vorstandsbüros in Berlin. Der DGB, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben hier ihren Sitz. •



Die große Mehrheit der Deutschen plädiert für den Erhalt der Mitbestimmung. Das belegt eine von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in Auftrag gegebene Umfrage. 88 Prozent sehen in der Mitbestimmung sogar einen eindeutigen Standortvorteil. Aktuelle Studien geben ihnen Recht: Im europäischen Vergleich liegen Länder mit starker Arbeitnehmerbeteiligung in puncto Leistungsbilanz und Produktivität vorne.



Der DGB Bayern hat den zweiten Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. genutzt, um gemeinsam mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und der Katholischen Betriebsseelsorge in Bayern für Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung zu werben. Auf Plakaten, die in Betrieben und Kirchengemeinden ausgehängt sind, erinnern die drei Organisationen mit Hilfe von Papst-Zitaten an die Aktualität sozialethischer Positionen der katholischen Kirche.

Gleichstellungspolitik

Die Eva in uns

GewerkschafterInnen werden das Buch der Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman über das „Eva-Prinzip" wohl kaum kaufen. IG Metallerin Christiane Wilke über eine völlig überflüssige Diskussion.

Liegt es an der Namensgleichheit? Vertrieb uns die erste Eva aus dem Paradies, will „uns Frauen" jetzt eine Eva des 21. Jahrhunderts wieder an diesen Ort der Glückseligkeit zurückführen. Dankbar sollen die Geschlechtsgenossinnen Eva Herman für ihren Mut sein, endlich das auszusprechen (und geschickt zu vermarkten), wovon die Frauen in Deutschland heimlich geträumt, aber nie gewagt haben, öffentlich zu diskutieren. Als hätten wir es nicht schon längst gewusst: Wir haben geirrt bei unserem Einsatz für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für ein gleichberechtigtes Leben von Männern und Frauen. Es war der falsche Weg, sich gegen traditionelle Rollenbilder und für ein anderes Lebensmodell jenseits der antiquierten drei K's – Kinder, Küche, Kirche – einzusetzen. Unabhängigkeit von einem Ehemann, Eigenständigkeit – das ist es nicht, wonach Frauen streben. Dank Eva Herman können wir uns beruhigt zurücklehnen und unserem Urtrieb folgen: hegen, pflegen und der weiblichen Sammelleidenschaft frönen.

Frauen als vielfache Mütter zurück an den Herd zu schicken, ist die einfache Lösung aller Probleme. Gleiches Recht auf Bildung für Frauen und Männer? Eine Fehlinvestition. Junge Frauen brauchen keine qualifizierte Berufsausbildung mit Zukunftsperspektiven. Warum sollen sie studieren, wenn sie sich anschließend ausschließlich um das Wohl ihres Ehemannes bemühen? Und künftig müssen sich die jungen Männer so nicht mehr mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass das andere Geschlecht viel bessere Leistungen in der Bildung bringt. Überfüllte Hörsäle an den Unis und die vielfältigen Ablenkungen durch das weibliche Geschlecht sind dann Vergangenheit. Männer können sich wieder auf ihre Aufgaben konzentrieren und schnellstmöglich ihr Studium beenden.

Die Diskussion um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat ein Ende. Der Staat braucht nicht mehr in Kindertagesstätten zu investieren. Und wenn dann in den Schulen die Schülerinnen neben dem Fach „Wie mache ich es meinem Mann heimelig" auf ihre Aufgabe als Nachhilfelehrerin für ihre Kinder vorbereitet werden, steht Deutschland bei PISA bald auf dem wohlverdienten Platz eins.

Hohe Arbeitslosenquoten ade, Frauen unter vierzig räumen ihren Platz im Erwerbsleben und geben den unzähligen Familienvätern wieder eine Chance, sich als Ernährer zu behaupten. Keine Diskussionen in den Betrieben um gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, die Einkommensfrage wird unter den Männern gelöst. Und die männlichen Beschäftigten sind rund um die Uhr verfügbar. Anforderungen im privaten Bereich, zu denen Männer, so unsere Eva, sowieso keine besondere Veranlagung haben, schmälern ihre berufliche Einsatzfähigkeit nicht mehr.

Kommen Frauen künftig wieder ihrer Gebärfähigkeit nach, sind endlich die Probleme unserer Sozialversicherungssysteme gelöst. Da die Herren der Schöpfung nach dem „Eva-Prinzip" lebenslang frei von allen privaten Verpflichtungen sein sollen, wird die Erhöhung des Rentenalters auf keinen wesentlichen Widerstand mehr stoßen.



Christiane Wilke, 53, leitet den Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim IG Metall-Vorstand.

Stimme der „schweigenden Mehrheit" der Frauen will Herman mit ihrem Plädoyer „zurück an Heim und Herd" sein. Doch **drei Viertel der Deutschen lehnen ihr Rollenverständnis schlicht als „überholt" ab.** Auch GewerkschafterInnen werden das Buch „Das Eva-Prinzip" sicher nicht kaufen. Es verstellt den Blick für die gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft. Prophetinnen des Rollbacks wie Eva Herman treten immer dann auf, wenn die Frauenbewegung Fortschritte macht.

Wir brauchen keine Stimmungsmache gegen berufstätige Frauen, **sondern eine neue gesellschaftliche Diskussion** um den Stellenwert der Gleichberechtigung und Initiativen zur Durchsetzung mit einem breiten frauenpolitischen Bündnis.

Die gewerkschaftliche Frauenbewegung hat viele Erfolge zu verzeichnen, aber auch noch unbewältigte Aufgaben vor sich: zukunftsfähige Berufe mit existenzsicherndem Einkommen für Frauen, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter, eine eigenständige soziale Sicherung von Frauen und die Beseitigung von Hemmnissen für die Frauenerwerbstätigkeit wie dem Ehegattensplitting. Und die gilt es anzupacken: für ein solidarisches Miteinander der Geschlechter, für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung. Damit alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, **ihr Leben selbstverantwortlich nach den eigenen Vorstellungen leben können.** •

Mund halten

In ihrem Buch „Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit" vertritt Eva Herman die These, dass sich Mütter lieber um ihre Kinder kümmern sollen, statt Karriere zu machen. Jüngste Empfehlung der Karrierefrau, Mutter eines Sohnes und zum vierten Mal verheiratet: „Wir Frauen sollten öfter einfach mal den Mund halten."

Stimmen zum Buch:

„Suada zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule."

Alice Schwarzer, Herausgeberin der Zeitschrift „Emma", „Spiegel" 22/2006

„Das Gute: Eva Herman hat eine eigene Meinung. Das Schlimme: Sie äußert sie auch noch ÖFFENTLICH!"

Barbara Dickmann, Chefin der ZDF-Sendung „Mona Lisa", „Bunte" 35/2006

„Wir brauchen keine Rücknahme der Emanzipation, keine Stimmungsmache gegen berufstätige Frauen, sondern einen Schritt vorwärts."

Claudia Roth, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, „Cicero" 6/2006

„Frau Herman hat sich dopen lassen, von ihrem Erfolg, quasi mit Eigenblut."

Katharina Rutschky, Publizistin, „Welt", 29.8.2006

Wenn Eva Hermans Rat, dass Frauen den Mund halten sollen, was taugen würde, hätte sie ihn längst selbst befolgt."

Désirée Nick, Kabarettistin, „BamS", 10.9.2006

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

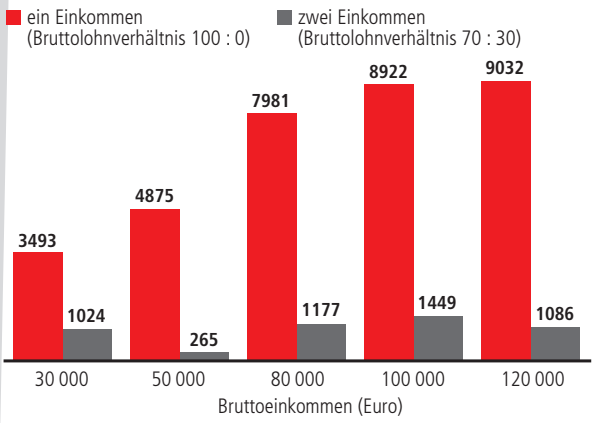
DIES & DAS

die DGB grafik

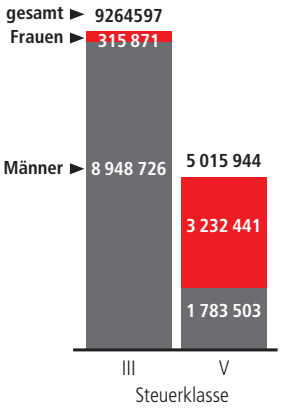
EHEGATTENSPLITTING: Steuerklassen diskriminieren Frauen

19 Milliarden Euro gibt der Staat pro Jahr für das Ehegattensplitting aus. Davon profitieren vor allem Paare, bei denen nur ein Ehepartner berufstätig ist. Auch Familien, in denen beide Ehepartner berufstätig sind, können bei Verdienstunterschieden durch die Wahl der Steuerklasse bis zu 1000 Euro sparen. Diskriminiert werden von dieser Regelung die Frauen. Sie können leichter in schlechter bezahlte Jobs abgedrängt werden, eine eigenständige Existenzsicherung rückt in weite Ferne.

Splittingvorteil von Familien mit einem und mit zwei berufstätigen Ehepartnern im Vergleich zur Individualbesteuerung (in Euro)



Nutzung der Steuerklassen nach Geschlecht



Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Steuersplitting (BT 16/2231)

© DGB einblick 16/06

personalien

••• ***Dr. Christiane Zerfaß,*** 41, seit Juni 2002 Leiterin des Bereichs Strategische Planung des DGB-Bundesvorstands, davor Büroleiterin für Kommunikationsmanagement der Gewerkschaft ver.di, verlässt am 30. September den DGB. Sie baut in München eine Beratungsagentur auf, die innovative Ansätze zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt entwickelt und umsetzt.

••• ***Gottfried Geisel,*** 46, bislang Abteilungsleiter Beamtenpolitik und Behörden der Gewerkschaft TRANSNET, ist seit dem 1. September Bereichsleiter Betriebsverfassung. Neuer Abteilungsleiter Beamtenpolitik ist ***Willi Becker,*** 51, bislang Gewerkschaftssekretär der Abteilung.

14 TAGE

18.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens – Folgewirkungen auf die Region", Frankfurt/M.

20.9. DGB, Betriebs- und Personalrätekonferenz „Faire Reformen braucht das Land", Berlin

22./23.9. Forum Eltern und Schule und GEW, Konferenz „Vielfalt in der Schule: Heterogenität nutzen – individuell fördern", Dortmund

25.9. AK Saarland, DGB Saar, Diskussion „Jugendliche im Spannungsfeld von Arbeitsförderung, Jugendhilfe und Hartz IV", Kirken

26.9. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Familienpolitik konkret: Beruf und Familie vereinbar machen!", Berlin

26.9. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, „Europäische Reformkonzepte für die Alterssicherung im öffentlichen Dienst", Berlin

27.9. Soziales Bündnis Bremen, Diskussion „Niedriglohn – Kombilohn – Mindestlohn. Lösung der Arbeitsmarktprobleme oder Scheindiskussion?", Bremen

28./29.9. Hans-Böckler-Stiftung, TU Berlin und Bergische Universität Wuppertal, Tagung „Informelle Ökonomie in der Stadt", Berlin

28./29.9. DGB, NGG, ver.di und IG BAU Thüringen, Aktionstage „Arm trotz Arbeit?", Erfurt

30.9. DGB-Frauenausschuss Hessen-Thüringen, Tagung „Wo bleibt die Zeit? Arbeitszeiten = Frauenzeiten", Frankfurt/M.

Tipp

Buch: ***Pierre-Michel Menger, Kunst und Brot. Die Metamorphose des Arbeitnehmers, UVK-Verlag, Konstanz 2006, 97 Seiten, 15,40 Euro***

Im 20. Jahrhundert galt der Lebensstil von KünstlerInnen als Gegenmodell zur bürgerlichen Existenz. Inzwischen haben sich die Lebensentwürfe der Bohemien aber zur „modellhaften Figur des neuen Arbeitnehmers" entwickelt, meint der französische Soziologe Pierre-Michel Menger, zur Avantgarde atypischer Beschäftigungsformen. Allerdings: Kreative Freiheit und Selbstbestimmung in der Arbeitswelt würden nur selten wirtschaftliche Sicherheit bieten.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Dann weint der Finanzminister"

Klaus Rauscher, Vorstandsvorsitzender von Vattenfall Europe, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die Chancen seines Vorschlags, den Strompreis von der Mehrwertsteuererhöhung auszunehmen. Die Gewinne der vier großen Stromkonzerne sind in den vergangenen drei Jahren von 4,6 auf 13,5 Milliarden Euro gestiegen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.10.2006 17/06

DGB

inhalt

Seite 3
Klare Botschaft
Die Aktivitäten der Gewerkschaften für eine soziale Erneuerung Deutschlands sind erfolgreich gestartet. Jetzt gilt es, den Schwung mitzunehmen

Seite 5
Gemeinsam für Mindestlohn
Auch in der Koalition wächst die Zustimmung zum Mindestlohn: Ein gemeinsames Konzept von SPD und Gewerkschaften steht

Seite 7
Mehr Staat – weniger Solidarität
Statt nachhaltiger Vorsorge zwingt die geplante Gesundheitsreform die Kassen, Leistungen zu streichen, meint der DAK-Vorstandsvorsitzende Herbert Rebscher

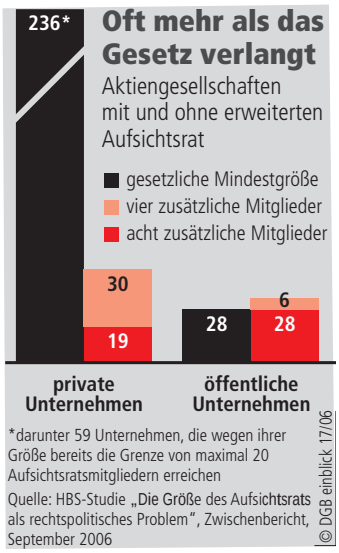
Zukunft der Mitbestimmung

Auch ökonomisch interessant

Bis Ende des Jahres will die Biedenkopf-Kommission ihre Empfehlungen zur Reform der Mitbestimmung vorlegen. Erst dann entscheidet sich, ob sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter doch noch auf einen gemeinsamen Reformvorschlag einigen können.

Gelingt das nicht, sei die Kommission aber „nicht gescheitert", sagte ihr Vorsitzender, der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in der *Frankfurter Rundschau*. Notfalls würden die neutralen Kommissionsmitglieder einen eigenen Vorschlag vorlegen. Und der könnte spannend sein. Denn die Mitbestimmung habe nicht nur „eine große Vergangenheit", sondern „auch eine Zukunft". Heute würden die Finanzmärkte unser Denken dominieren. Aber diese Dominanz des Kapitals werde sich relativieren, „wenn man feststellt, dass die Arbeits- und Wissensleistungen der Mitarbeiter und ihre Motivation für den Erfolg des Unternehmens ebenso wichtig sind wie die Bereitstellung von Kapital durch die Finanzmärkte".

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich zum Erhalt der Mitbestimmung bekannt. Sie sei „eine große Errungenschaft", deren Vorteile sich auch die Kritiker gelegentlich vor Augen führen sollten, so Merkel Ende August beim Festakt zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976.



Die Größe deutscher Aufsichtsräte ist kein Hindernis für den ökonomischen Erfolg. In jeder vierten Aktiengesellschaft, die dem 76er-Mitbestimmungsgesetz unterliegt, sind die Aufsichtsräte sogar größer, als vom Gesetzgeber verlangt.

Dass die Forderung der Arbeitgeber, die paritätische Mitbestimmung auf eine Drittelparität zurückzuschrauben, keine Chancen hat, ist auch der Strategie der Gewerkschaften zu verdanken. Sie haben die Biedenkopf-Kommission genutzt, um die ständig wiederholte Behauptung der Arbeitgeber, die Mitbestimmung schade der Wirtschaftskraft der Unternehmen, mit Hilfe empirischer Studien zu widerlegen. Erst Mitte September hat DGB-Vorstand Dietmar Hexel auf dem Deutschen Juristentag eine Studie des Marburger Wirtschaftswissenschaftlers Sigurt Vitols präsentiert. Vitols hat die ökonomische Effizienz aller 504 Unternehmen untersucht, die zwischen 2000 und 2004 an der Frankfurter Börse gelistet waren. Sein Fazit: Eine negative Auswirkung der paritätischen Mitbestimmung ist nicht belegbar.

Hexel plädierte deshalb dafür, sich bei der Reform auf die zentralen Probleme zu konzentrieren. Vorrangiges Ziel müsse eine Stärkung der Kompetenz der Aufsichträte sein. „Dazu gehört ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte und der Wegfall der Zweitstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden in Fragen der Arbeitsweise des Aufsichtsrats."

Die Arbeitgeber haben dagegen auf dem Juristentag für eine Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung zu Gunsten vertraglicher Vereinbarungen auf Unternehmensebene plädiert. Eine geplante Abstimmung über diesen Vorschlag wurde aber von der Tagesordnung gestrichen. Ein einmaliger Vorgang. Die Mitbestimmungsgegner fürchteten eine Abstimmungsniederlage. •

plusminusBERLIN

+ ***Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) fordert eine „Zukunft ohne Kernenergie". Die Politik müsse sich auf eine Effizienzrevolution beim Energieverbrauch konzentrieren, statt über Laufzeiten von Kernkraftwerken zu diskutieren.***

– ***Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, will verhindern, dass mit dem Überschuss der Bundesagentur für Arbeit Ausbildungsplätze finanziert werden. Es gebe „bereits genügend Betriebe, die über Bedarf ausbilden".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.diemit.de
Programm und Infos zur Mitbestimmungs-Messe „dieMit" (12. bis 14. Oktober)

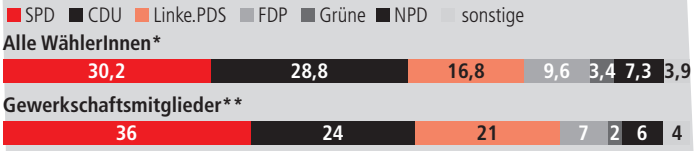
Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Ökonomische Auswirkungen der paritätischen Mitbestimmung" Gutachten im Auftrag des DGB

POLITIK AKTUELL

NPD: Weniger Erfolg bei GewerkschafterInnen

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in **Mecklenburg-Vorpommern** am 17.09.2006 (in Prozent)



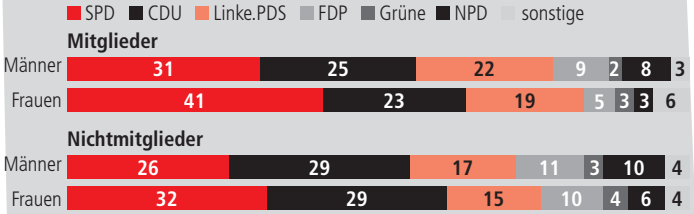
* vorläufiges amtliches Endergebnis / Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern

** alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund) / Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 17/06

Männer wählen eher rechts

Zweitstimmen nach Gewerkschaftsmitgliedschaft und Geschlecht bei der Landtagswahl 2006 in **Mecklenburg-Vorpommern** (in Prozent)



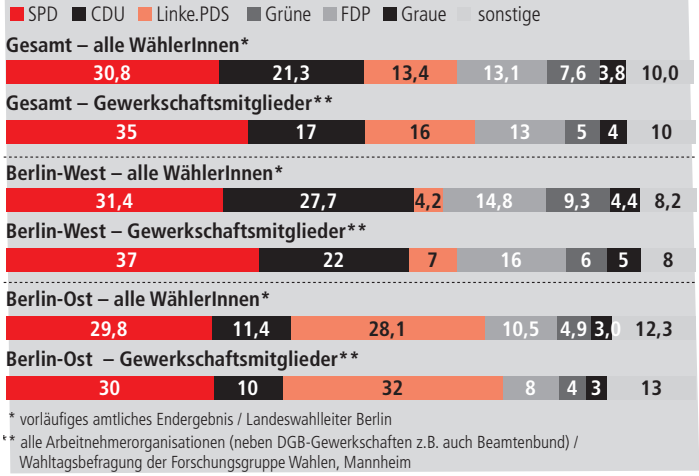
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Zahlen gerundet

© DGB einblick 17/06

Beherrschendes Thema der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war das gute Abschneiden der NPD. Während 7,3 Prozent aller WählerInnen für die rechtsextreme Partei stimmten, wählten lediglich sechs Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die NPD, so die Forschungsgruppe Wahlen. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest sieht noch größere Unterschiede: Es beziffert den Anteil der NPD-Wähler unter den GewerkschafterInnen mit vier, unter den Nichtmitgliedern mit acht Prozent. Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB Nord, sieht sich bestätigt: „Wir haben uns in den vergangenen Monaten stark engagiert und immer wieder darauf hingewiesen: Mit Fremdenhass und Intoleranz löst man die Probleme dieses Landes nicht. Das hat offenbar der größte Teil unserer Mitglieder verstanden."

Berlin: Unterschiede zwischen Ost und West noch groß

Zweitstimmen bei der Wahl zum **Berliner Abgeordnetenhaus** am 17.09.2006 (in Prozent)



* vorläufiges amtliches Endergebnis / Landeswahlleiter Berlin

** alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z.B. auch Beamtenbund) / Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 17/06

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  …analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  …agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  …erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Herbstaktionen

Klare Botschaft: Das geht besser

Bis ins nächste Jahr hinein wollen DGB und Gewerkschaften mit zahlreichen Aktivitäten die Interessen der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Auszubildenden und RentnerInnen ganz oben auf die politische Agenda setzen. Erfolgreicher Auftakt war eine Betriebs- und Personalrätekonferenz am 20. September in Berlin. Ihr Motto: „Faire Reformen braucht das Land". Mit dem Aktionstag am 21. Oktober steht jetzt der nächste Höhepunkt an.

„Von dieser Auftaktkonferenz geht eine klare Botschaft aus. Wir wollen, dass die Politik umsteuert", so Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. „Dazu brauchen wir eure Unterstützung", motivierte sie die rund 600 anwesenden Betriebs- und Personalräte, die Reformalternativen der Gewerkschaften in die Betriebe und Verwaltungen zu tragen. Es gelte jetzt, den Schwung der Auftaktveranstaltung mitzunehmen – denn der nächste Höhepunkt der Aktivitäten für soziale Reformen steht mit dem Aktionstag am 21. Oktober bereits an. „Vieles ist anders geworden in diesem Land", sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock zur Eröffnung der Veranstaltung, „aber kaum etwas besser".

Im Mittelpunkt der Diskussionen mit VerbandsvertreterInnen, ExpertInnen und Politikern aller Parteien standen deshalb die Schwerpunktthemen der Herbstaktionen und die Alternativen der Gewerkschaften. Generationengerechtigkeit war das Thema der Diskussionsrunde „Malochen bis zum Umfallen – und keine Arbeit für die Jugend?" „Die Rente mit 67 trifft zwei Gruppen ganz besonders", erklärte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel in der Debatte. „Diejenigen, die aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht bis 65 durchhalten, und diejenigen, die keine Chance zum Arbeiten bekommen." DGB-Bundesjugendsekretär Christian Kühbauch betonte, dass sich junge Beschäftigte und Arbeitslose sowie ältere Erwerbstätige und RentnerInnen nicht gegeneinander ausspielen lassen: „Die Prekarisierung des ‚jungen Arbeitsmarktes' durch Praktika, Scheinselbstständigkeit und Mini-Jobs entzieht nicht zuletzt auch der gesetzlichen Rente die Beitragszahler."



Mit einer Auflage von über einer halben Million soll die Aktionszeitung punkt21 bundesweit Menschen für den Aktionstag am 21. Oktober mobilisieren.

„Wir sind ein Lohnsteuerstaat geworden", bemängelte der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters in der zweiten Diskussion. Ihr Thema: „Rekordgewinne, Massenentlassungen – Wer zahlt die Zeche?" Er forderte einen „verteilungspolitischen Kurswechsel". Der DGB hat dazu ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, um Unternehmensgewinne wieder realistisch zu besteuern. Statt in der Steuerpolitik weiter einseitig die BürgerInnen zu belasten, müssten viele der legalen Steuerschlupflöcher für Unternehmen geschlossen und die Verlagerung von Unternehmensgewinnen ins Ausland gestoppt werden.

Im abschließenden Forum zur geplanten Gesundheitsreform traf der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf Spitzenpolitiker der fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen. „Wir haben es hier mit einem Entsolidarisierungsgesetz zu tun", so Sommers Mahnung an die Politik. Neben höheren finanziellen Belastungen der Versicherten werde die Finanzierung des Gesundheitssystems nach den bisherigen Eckpunkten der Reform „auch über Leistungskürzungen gehen".

Wie es besser geht, wollen DGB und Gewerkschaften der Politik in den nächsten Monaten zeigen. Nur wenn es gelingt, ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften zu schmieden, könnten die Gewerkschaften ihren Reformalternativen erfolgreich Gehör verschaffen, stellte der Hochschulprofessor und Sozialarbeiter Thomas Münch auf der Konferenz fest.

Deshalb läuft die Mobilisierung für den Aktionstag am 21. Oktober auf Hochtouren. Mit der Aktionszeitung *punkt21* bietet der DGB Haupt- und Ehrenamtlichen die Möglichkeit, Menschen vor Ort über die Schwerpunkte der Herbstaktionen zu informieren. Unter dem Motto „Das geht besser" lautet der Tenor der Zeitung: Jetzt gegensteuern – es ist noch nichts entschieden, Alternativen zu den Reformplänen der großen Koalition sind da.

Reformalternativen wollen die Gewerkschaften aber nicht nur auf den Kundgebungen am 21. Oktober zeigen. Auf zahlreichen Veranstaltungen, etwa einer internationalen Sozialstaatskonferenz voraussichtlich im März 2007 in Berlin, werden die Gewerkschaften immer wieder mit anderen Verbänden, Experten und nicht zuletzt den politisch Verantwortlichen in Dialog treten, um für ihre Reformalternativen zu werben. •

21. Oktober 2006

In Dortmund, Frankfurt/Main, München und Stuttgart starten um 11 Uhr (München 12 Uhr) Auftaktkundgebungen an den Aufstellungsorten der Demonstrationszüge, ebenfalls um 11 Uhr beginnt in Berlin ein Vorprogramm direkt am Kundgebungsort vorm Brandenburger Tor.

Die fünf Kundgebungen laufen von 13 bis 14.30 Uhr. In Berlin sprechen der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, Antje Steinke von Dau Wat e.V., dem Arbeitslosenhilfeverein aus Stralsund, und Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand.

✱ Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters wird in Dortmund sprechen, ebenso Regine Weiß-Balschun, ver.di-Streikleiterin an der Uni-Klinik Köln, und DGB-Vorstand Dietmar Hexel.

✱ Die Reden in Frankfurt halten die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden Ulrich Thöne (GEW) und Klaus Wiesehügel (IG BAU) sowie DGB-Vorstand Claus Matecki.

✱ In München sprechen der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, Andrea Fiehel von der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

✱ In Stuttgart spricht neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer die evangelische Sozialpfarrerin Esther Kuhn-Luz vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt.

Detailliertes Programm und aktuelle Infos: www.das-geht-besser.dgb.

PROJEKTE UND PARTNER

Tagung

Sozialer Wandel

In den zurückliegenden 16 Jahren haben sich Politik und Gesellschaftsordnung in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten in rasantem Tempo verändert. Welche Richtung nimmt die Sozialpolitik in diesen Ländern? Und wie wirkt sich dieser Wandel auf die Geschlechterverhältnisse aus? Diesen Fragen gehen die TeilnehmerInnen der Internationalen Tagung „Wohlfahrtsstaaten in Mittelosteuropa: Sozialpolitik und Geschlechterverhältnisse im Transformationsprozess" nach, die vom 4. bis zum 6. Oktober in Hattingen stattfindet. Veranstaltet wird die Tagung vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk Hattingen. Die Tagungsgebühr inkl. Übernachtung und Verpflegung beträgt 80, für SchülerInnen, StudentInnen und Arbeitslose 30 Euro. •

Tel. 02324/50 84 44

www.forum-politische-bildung.de/MOE

Praxisforum

Gesundheit fördern

Obwohl es wegweisende Betriebsvereinbarungen zum Arbeitsschutz gibt und auch Firmen, in denen viel für die Gesunderhaltung der Beschäftigten getan wird, ist die betriebliche Gesundheitsförderung dennoch keine Selbstverständlichkeit. So ergab etwa die Betriebsrätebefragung des WSI 2004, dass oftmals psychischen Belastungen eine zu geringe Bedeutung beigemessen wird und dass weibliche Beschäftigte seltener von Gesundheitsförderung profitieren als männliche. Der DGB Berlin-Brandenburg lädt deshalb für den 11. Oktober von 12 bis 17 Uhr zum Praxisforum „Gleichstellung in der betrieblichen Gesundheitsförderung" ins Umweltforum Berlin – Neue Mälzerei. Aus der Praxis werden u.a. Betriebsrätinnen von DaimlerChrysler und den Berliner Wasserbetrieben referieren. •

Anmeldungen: petra.meyer@dgb.de

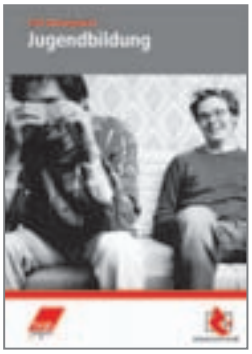
Fax 030/21240102

Bildungswerk

Das Lernen lernen

Angesichts des hohen Entwicklungstempos in Forschung und Produktion wird Weiterbildung für Beschäftigte aber auch für Betriebe immer wichtiger. Nicht immer ist jedoch klar, welche Schritte nötig sind, um die MitarbeiterInnen zu kontinuierlicher Qualifizierung zu motivieren. Das DGB-Bildungsforum will mit seiner Reihe „Lernendes Forum: Gute Arbeit – gute Unternehmen" Ideen dafür liefern. Am 30. Oktober findet das dritte Forum in Düsseldorf statt, unter dem Titel „Impulse für eine lernförderliche Arbeitsgestaltung". Dabei werden die rechtlichen Möglichkeiten für eine regelmäßige Weiterbildung im Betrieb ebenso vorgestellt wie die Bedeutung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen für dieses Thema. Die Kosten betragen 250 Euro plus Tagungspauschale. •

www.dgb-bildungswerk.de



DGB-Jugend

Neues Programm

Wie gewohnt vielseitig und interessant ist das Bildungsprogramm der DGB-Jugend für 2007. Das Seminarangebot, das gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk erarbeitet wurde, wendet sich vor allem an Haupt- und Ehrenamtliche der gewerkschaftlichen Jugend- und Jugendbildungsarbeit. Das Programm umfasst u.a. Kurse aus den Bereichen Politik, Qualifizierung und Internationales. Quasi als Auftakt zur neuen Bildungssaison findet vom 13. bis zum 15. Oktober im DGB-Jugendbildungszentrum in Hattingen die Konferenz „Mitgliederwerbung, Organizing und mehr – Neue Wege der Gewerkschaftsjugend" statt. Eröffnet wird die Veranstaltung von der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock. •

www.dgb-jugendbildung.de

TBS und ver.di

Call-Center-Tagung

Die noch relativ junge Call-Center-Branche galt lange als eine Art Labor für betriebswirtschaftliche Steuerung und Arbeitszeitflexibilisierung. Kein gutes Feld für klassische Gewerkschafts- und Tarifarbeit. Neue Strategien sind nötig und werden inzwischen auch entwickelt. Sie werden unter anderem Thema der diesjährigen Call-Center-Tagung sein, die das Netz der gewerkschaftlichen Technologieberatungsstellen (TBS) in Kooperation mit ver.di vom 25. bis zum 27. Oktober in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin veranstaltet. Im Mittelpunkt stehen wichtige Themen künftiger Betriebsratsarbeit, etwa Stress, neue Formen der Leistungs- und Verhaltenskontrolle, flexible Arbeitszeit. Die Teilnahmekosten betragen 650 Euro. Anmeldungen an TBS beim DGB Nordrhein-Westfalen, Tel. 0231/24 96 98 0. •

ver.di, Tel. 030/69 56 28 55

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** veranstaltet am 7. Oktober in Marburg als Mitglied des Bündnisses „Soziale Gerechtigkeit in Hessen" das ***2. Hessische Sozialforum.*** Die Forderung nach mehr sozialpolitischer Initiative mit dem Leitbild eines demokratischen, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialstaates sei seit dem ersten Sozialforum 2004 aktuell geblieben, so die Bündnispartner. Es gehe darum, die Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern und ihre Würde zu wahren: Das 2. Hessische Sozialforum will unter dem Titel „Ein anderes Hessen ist möglich" einen Raum für den demokratischen Dialog über Organisationsgrenzen hinweg bieten. Dazu werden Workshops zu Themen wie Neoliberalismus, Globalisierung, Bildung und Migration angeboten.

Infos: www.hessen.dgb.de

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** beschäftigt sich in ihrer ***Veranstaltungsreihe*** „Zukunft der Arbeit" in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk, der Akademie der Arbeit an der Uni Frankfurt sowie der *Frankfurter Rundschau* mit dem Phänomen der Globalisierung: Bedeutet sie grenzenlose Konkurrenz oder ist eine internationale Kooperation möglich? Auf einer Veranstaltung am 7. November im Frankfurter Gewerkschaftshaus soll die Globalisierung vom indischen Standpunkt aus beleuchtet werden. Die internationale Solidarität im weltweiten IT-Geschäft steht dabei im Vordergrund. Erfahrungsberichte aus Indien sollen zu Schlussfolgerungen für die internationale Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit führen. Der Eintritt ist frei.

Infos: Frankfurt-Main@dgb.de

SPD-Gewerkschaftsrat

Gemeinsam für Mindestlohn

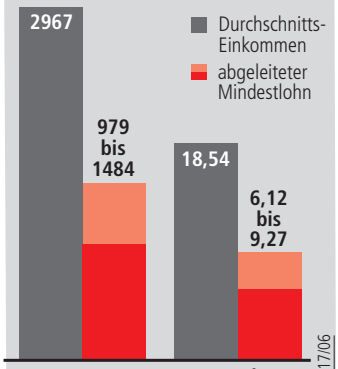
In Westdeutschland arbeiten fast 30 Prozent der Beschäftigten ohne Tarifvertrag, in Ostdeutschland sind es sogar fast 50 Prozent. Gewerkschaften und SPD wollen den freien Fall der Löhne gemeinsam stoppen: Mit Mindestlöhnen, die überall dort greifen, wo die Tariflandschaft löchrig ist.

Dass Gewerkschaften und SPD nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten auch in Deutschland Mindestlöhne einführen wollen, war lange Zeit nicht selbstverständlich. Auch innerhalb des DGB war die Frage umstritten, ob ein Mindestlohn nicht die Tarifautonomie untergräbt (*einblick 5/2006*). Aber überall dort, wo die Gewerkschaften auf Grund kleinteiliger Betriebsstrukturen, häufig wechselnder Belegschaften und eines hohen Anteils geringfügig Beschäftigter faktisch keine Chance haben, einen Tarifvertrag durchzusetzen, gibt es diese Alternative nur in der Theorie. Mit diesem Argument haben sich Befürworter des Mindestlohns wie der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg gegenüber den Skeptikern in den Gewerkschaften durchgesetzt, Mitte September dann auch im SPD-Gewerkschaftsrat.

Bei der Bekämpfung von Armutslöhnen „sind tarifliche Lösungen vorzuziehen", stellt der Gewerkschaftsrat in seinem Beschluss fest. Ihm gehören sowohl die SPD-Mitglieder im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand als auch Sozialdemokraten aus der Spitze der acht Mitgliedsgewerkschaften und die Mitglieder des SPD-Präsidiums an. Deshalb müsse das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden, um nach dem Vorbild des Baugewerbes in allen Wirtschaftsbereichen branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen. Für die Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder sie nicht greifen, sowie in Branchen, in denen die Tarifentgelte ein Mindestniveau unterschreiten, soll „ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn" eingeführt werden. Bei der Höhe des Mindestlohns wollen sich SPD und Gewerkschaften am Niveau des Mindestlohns der wichtigsten europäischen Nachbarländer orientieren. In Frankreich sind das 7,61 Euro, in England 7,96 Euro. Dadurch soll erreicht werden, dass der Mindestlohn Vollzeitbeschäftigten „eine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet". Zudem wollen SPD und Gewerkschaften das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen stärken. Weil die Arbeitgeberverbände zunehmend ihre Zustimmung dazu verweigern, gilt die Allgemeinverbindlichkeit inzwischen nur noch für 1,8 Prozent aller Tarifverträge. Hier sind gesetzliche Korrekturen angepeilt.

Deutlich über sechs Euro

Möglicher Mindestlohn in Deutschland auf der Basis des Mindestlohns in anderen Ländern (in Euro)



Quelle: Peter Bofinger u.a., Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, August 2006

© DGB einblick 17/06

In vielen Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Dessen Höhe schwankt zwischen einem Drittel (Polen, Spanien, Japan und USA) und der Hälfte des Durchschnittslohns aller ArbeitnehmerInnen (Frankreich, Niederlande, Irland). Bezogen auf Deutschland läge ein entsprechender Mindestlohn zwischen 6,12 Euro und 9,27 Euro brutto.

Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ist der Beschluss des Gewerkschaftsrates ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung von Mindestlöhnen in Deutschland. „Davor lagen zwei Jahre harte Arbeit", so Sommer. Einen Mindestlohn werde es aber nur dort geben, wo tarifliche Regelungen nicht für eine angemessene Entlohnung sorgen.

Auch der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt zeigte sich zufrieden. Die gefundene Lösung sei „branchenbezogen". Klar sei, „dass zunächst der Tarifvertrag gilt". Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane hält es für entscheidender, wie die SPD den Beschluss des Gewerkschaftsrates in ihre Politik einfließen lässt. „Ich erwarte, dass sich die SPD jetzt für alle drei Instrumente – Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit, Ausdehnung des Entsendegesetzes und gesetzlicher Mindestlohn als absolute Untergrenze – gleichermaßen engagiert. Es darf nicht passieren, dass nun der Ball an die Gewerkschaften zurückgespielt wird und sich die SPD zurücklehnt nach dem Motto 'Seht erst einmal zu, wo ihr tarifliche Mindestlöhne hinkriegt, und dann sehen wir weiter'."

Ein erster Test, wie ernst es der SPD mit der Absicherung gering Verdienender ist, könnte das Konzept zur Neuordnung des Niedriglohnsektors sein, dessen Eckpunkte Arbeitsminister Franz Müntefering noch im Herbst vorlegen will. Dabei wird es auch um die von der Union favorisierte Einführung von Kombilöhnen gehen. Einen Mindestlohn in der Koalition durchzusetzen dürfte schwierig sein, schätzt die SPD-Linke Andrea Nahles. •

Bofingers Alternative

Geht es nach dem Sachverständigenrat, soll das Arbeitslosengeld II (Alg II) drastisch gekürzt werden, um 30 Prozent. Gleichzeitig sollen die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose verbessert werden, um so einen Anreiz zur Aufnahme von Arbeit zu schaffen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger, selbst Mitglied des Sachverständigenrates, hält diesen Ansatz für falsch. Im Auftrag des sächsischen Arbeitsministeriums hat er ein Alternativkonzept entwickelt, wie der Staat Existenz sichernde Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich fördern kann.

Der Kern seines zwölf Elemente umfassenden Konzepts: Der Alg II-Satz soll unverändert bleiben, schon weil verfassungsrechtliche Gründe gegen eine Senkung des Existenzsicherungsniveaus sprächen. Damit es auch für Alg II-Empfänger attraktiv wird, eine gering bezahlte Arbeit anzunehmen, schlägt Bofinger niedrigere Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener vor. Zudem will Bofinger die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken, indem Subventionen für atypische Beschäftigungsverhältnisse abgeschafft werden.

www.smwa.de
Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich

kurz&bündig

GEW

Anlässlich des Weltlehrertages am 5. Oktober stellt die GEW in der Broschüre „Proud to be a teacher" fünf LehrerInnen aus verschiedenen Ländern und ihre Berufserfahrungen vor. Jede demokratische Gesellschaft müsse LehrerInnen und ihre Arbeit unterstützen, so der Tenor. Download: www.gew.de

ver.di

ver.di will Frauen verstärkt thematisch erreichen, als Mitglieder gewinnen und halten. Am 26. Oktober findet deshalb in Berlin die Programmdiskussion „Zukunft der Frauenpolitik" statt. Auf ihr sollen frauenpolitische Aspekte für den zweiten Entwurf des neuen ver.di-Programms erarbeitet werden.

IG BCE

Die IG BCE hat gefordert, langfristige finanzielle Anschlussregelungen für den Steinkohlebergbau in einem Steinkohlegesetz festzulegen. Die im Sommer 2003 mit der Bundesregierung und den „Kohleländern" geschlossene Vereinbarung mit Regelungen für den Bergbau bis 2012 sei „einseitig durch die Politik aufgekündigt" worden.

TRANSNET

Mit der Streichung von vier Bahnstrecken durch das Land Brandenburg sieht TRANSNET seine Kritik an den Kürzungen der „Regionalisierungsmittel" durch den Bund um 1,8 Milliarden Euro bestätigt. Die Mittel fließen zum Erhalt von ÖPNV-Strecken an die Bundesländer.

Betriebsratswahlen 2006

Erfreuliche Trends

Eine höhere Wahlbeteiligung, mehr Frauen in den Betriebsräten und eine stabile Dreiviertel-Mehrheit von gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmervertreterInnen in den Gremien – das sind die wichtigsten Ergebnisse der ersten Wahlanalyse im Rahmen des „Trendreports Betriebsratswahlen 2006", den das Kasseler Büro für Sozialforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet hat. Dem Report liegen die Wahlergebnisse aus rund 20 000 Betrieben aus dem Organisationsbereich der vier größten DGB-Gewerkschaften zugrunde.

Während die Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen kontinuierlich sinkt, ist die Wahlbeteiligung in den Betrieben erneut gewachsen. Schon von 1998 auf 2002 stieg sie von knapp 75 auf 80 Prozent, 2006 legte die Wahlbeteiligung noch einmal auf 81 Prozent zu. Bei neu gegründeten Betriebsräten betrug die Wahlbeteiligung sogar 86,1 Prozent. Auch der Anteil der Frauen in den Gremien ist erneut gestiegen, von 25,4 Prozent 2002 auf 25,9 Prozent.

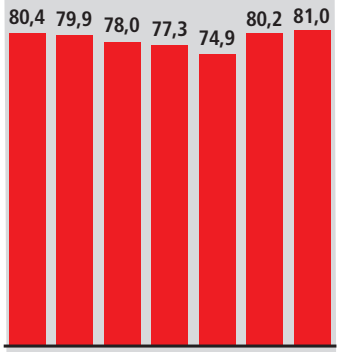
73 Prozent der 2006 neu gewählten Betriebsräte sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Zwar ist ihr Organisationsgrad gegenüber 2002 um gut zwei Prozent gefallen; die Trendreports der vergangenen Jahre zeigen aber, dass zwischen vier und fünf Prozent der nicht organisierten Mandatsträger im Laufe der Wahlperiode in die Gewerkschaft eintreten.

Zugenommen hat das Bedürfnis nach Kontinuität. Erfahrene BetriebsrätInnen wurden stärker als bei den vergangenen Wahlen wieder gewählt. Dennoch ist der Generationenwechsel gesichert: Fast ein Drittel der Betriebsräte wurde erstmals gewählt.

www.einblick.dgb.de

Wahlbeteiligung leicht gestiegen

Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen 1984 bis 2006 (in Prozent)

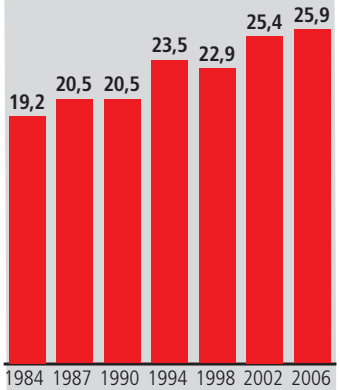


Quelle: Trendreport Betriebsratswahlen 2006, Erste Wahlanalyse September 2006, Büro für Sozialforschung Kassel

© DGB einblick 17/06

Immer mehr Frauen in den Betriebsräten

Frauenanteil in den Betriebsratsgremien 1984 bis 2006 (in Prozent)



Quelle: Trendreport Betriebsratswahlen 2006, Erste Wahlanalyse September 2006, Büro für Sozialforschung Kassel

© DGB einblick 17/06

Keine Wahlverdrossenheit in den Betrieben: Nach einem Tief 1998 steigt die Beteiligung an den Betriebsratswahlen wieder stetig an.

?...nachgefragt



Foto: Udo Böhlefeld

Ende September lud der DGB-Bundesvorstand im Rahmen des Berliner Bündnisses für Familie die Kinder der Beschäftigten zu einem Kindertag ins DGB-Haus am Hackeschen Markt ein. Fabian Slanina, 11, hat seine Mutter in der Pressestelle besucht und dem *einblick* erzählt, wie er den Tag erlebt hat.

Beim Kindertag war ich einer der Ältesten. Die anderen Kinder waren, glaube ich, zwischen zwei und dreizehn Jahren. Ich war zwar schon einige Male bei meiner Mutter im Büro, aber am Kindertag habe ich viel beim DGB gesehen, was ich vorher noch nicht kannte: In der Poststelle haben wir erfahren, wie der Versand funktioniert, und konnten unsere Hände kopieren. In dem Raum, in dem sonst die Pressekonferenzen abgehalten werden, wurden wir vor dem DGB-Logo fotografiert und durften das Foto mit nach Hause nehmen.

Toll war auch die Rallye mit Spielen, die wir im Innenhof des DGB-Hauses gemacht haben: Ringwerfen, Dosenwerfen und Eierlaufen. Anschließend wurde gegrillt, und wir haben eine Urkunde von Michael Sommer überreicht bekommen.

Den Job meiner Mutter und ihrer Kollegen finde ich toll, und ich bin stolz auf das, was sie macht.

Bundesarbeitsgericht

VGB keine Gewerkschaft

Der Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB), in dem MitarbeiterInnen des DGB, von Gewerkschaften und der DGB-Rechtsschutz GmbH organisiert sind, ist keine Gewerkschaft im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Ihm fehle die dazu erforderliche soziale Mächtigkeit, Tarifverträge durchsetzen zu können. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden. Anlass der BAG-Entscheidung war eine Klage des VGB, der sich per Gerichtsentscheid das Zugangsrecht zu Betriebsversammlungen beim ver.di-Landesbezirk Bayern erstreiten wollte. •

MEINUNG

Thesen zur Gesundheitsreform der Bundesregierung

Mehr Staat – weniger Solidarität

Die Kritik an der geplanten Gesundheitsreform ist massiv. Und sie kommt von allen Seiten. Das Reformkonzept der großen Koalition folge einem „naiven Effizienzbegriff". Es führe zu „mehr Staat und weniger Solidarität", meint der DAK-Vorstandsvorsitzende Herbert Rebscher.

Das Wettbewerbs-Stärkungs-Gesetz (WSG) ist **von einem fahrlässigen und naiven Effizienzbegriff geprägt.** Es beinhaltet ein kontraproduktives Anreizmodell. Risikoselektion wird gefördert, da sich der Wettbewerb auf die Vermeidung der Zusatzprämie reduzieren wird. Es gibt keinen Anreiz mehr, für einen Wettbewerb um effizientere, an den Versorgungsnotwendigkeiten orientierte Abläufe. Kurzfristig attraktive Angebote werden auf betriebswirtschaftlich attraktive Zielgruppen ausgerichtet (Junge und Gesunde) statt auf langfristige und sinnvolle Versorgungsstrategien (Kranke, Chroniker).

Die Verantwortung für die Finanzprobleme trägt die Politik. Viele Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung sind **durch ordnungspolitische Fehlentscheidungen verursacht**. Weitere Beitragssatzerhöhungen sowie zusätzliche Kopfprämien ließen sich durch eine Korrektur vermeiden. Drei Beispiele:

1. eine Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen (5 Mrd. Euro);

2. die Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der Krankenversicherung, z.B. der Ausgleich für die abgesenkten Beiträge der Arbeitslosen (7,1 Mrd. Euro);

3. eine stufenweise Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Arznei- und Hilfsmittel auf den ermäßigten Satz für lebensnotwendige Güter (2,5 Mrd. Euro).

Der soziale Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung steht auf dem Spiel. Wie real diese Gefahr ist, zeigt ein nüchterner Blick auf das Reformkonzept der Koalition:

1. Die Kopfpauschale wird sich in wenigen Jahren von einer kleinen zu einer großen entwickeln. Damit geht die schrittweise Privatisierung des gesundheitlichen Risikos einher.

2. „Wirtschaftliche Kassen brauchen keine Prämie, unwirtschaftliche Kassen brauchen eine Prämie" – so lautet die gefährlich falsche politische Botschaft. Das Gegenteil ist richtig: Leistungsstarke und patientennahe Kassen brauchen Prämien, leistungsschwache und -verweigernde keine.

3. Kommt die Kopfpauschale, werden alle Kassen diese Prämie als alleinigen Wettbewerbsparameter begreifen müssen – gegen jede gesundheitsökonomische Logik. Sie müssten Satzungsleistungen (Rehabilitation, häusliche Krankenpflege) streichen, sinnvolle Versorgungsoptionen aufgeben und Serviceangebote vor Ort kürzen.

Mehr Staat – ein ordnungspolitischer Rückschritt. Der Wettbewerb zwischen den Kassen wird eingeschränkt und **in eine völlig falsche Richtung geleitet.** Als Folge würde die Gesundheitsversorgung für die Versicherten teurer, schlechter und unsicherer werden.



Herbert Rebscher, 52, Vorstandsvorsitzender der Krankenkasse DAK, war einer der Teilnehmer der Betriebs- und Personalrätekonferenz des DGB am 20. September in Berlin, auf der über Alternativen zum Reformkonzept der Bundesregierung diskutiert worden ist.

Ein Beispiel: Heute können die Kassen auf die Kollektivverträge ihrer Verbände Einfluss nehmen. Durch die geplante Errichtung eines Dachverbandes entfällt diese Steuerungsmöglichkeit für die großen Ausgabenblöcke stationäre Versorgung, ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung sowie Arzneimittel. Bei 70 Prozent ihrer Ausgaben hätten die Kassen also keine unternehmerische Entscheidungskompetenz mehr.

Überflüssige Bürokratie wird aufgebaut. Der **Gesundheitsfonds löst kein Problem,** er produziert nur Bürokratie:

1. Der Fonds wird den Beitragseinzug nicht vereinfachen, sondern verkomplizieren. Heute, drei Jahre nach den Hartz-Gesetzen, kann die Bundesagentur für Arbeit den Krankenkassen immer noch nicht sagen, wie viele Kassenmitglieder bei ihnen versichert sind. Davon sind rund drei Millionen Bürger betroffen. Der Fonds müsste dagegen alle Daten von 72 Millionen Versicherten verarbeiten.

2. Zu den bestehenden Meldeverfahren zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Arbeitgebern, derzeit koordiniert über die Krankenversicherung, kommen zusätzliche, aufwändige Meldeverfahren zwischen dem Fonds und der Krankenversicherung hinzu, beispielsweise beim Bezug von Lohnersatzleistungen.

3. Für den Einzug der kleinen Kopfpauschale muss bei den Krankenkassen eine neue Struktur aufgebaut werden. Es entsteht ein zusätzlicher Aufwand für die Führung von Selbstzahlerkonten. •

Protest zeigt erste Wirkung

Auch drei Monate nach der Vorstellung der Eckpunkte hat die Bundesregierung noch keinen Gesetzesentwurf zur Gesundheitsreform vorgelegt. Erst in der zweiten Oktoberhälfte, so der neue Zeitplan, will die Koalition ihren Entwurf präsentieren. Bis dahin müsse noch eine Einigung über einige Punkte erreicht werden, „die sehr kontrovers sind", hatte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm Ende September die erneute Terminverschiebung begründet. Zentrale Streitpunkte sollen bis dahin auch mit Hilfe externer Experten gelöst werden. Zum Beispiel die Begrenzung der Zusatzprämie, die Krankenversicherte in Zukunft zahlen müssen, wenn ihre Versicherung mit dem Geld nicht auskommt.

Ursache des regierungsinternen Streits sind zum einen die unterschiedlichen Reformkonzepte von Union und SPD. Die Union hängt noch immer ihrem Kopfpauschalmodell an, während die SPD Elemente der Bürgerversicherung in das Krankenversicherungssystem einführen will, um die Kosten auf mehr Schultern zu verteilen. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass die massive Kritik von allen Seiten, von Gewerkschaften und Wirtschaftswissenschaftlern, von Gesundheitsexperten und Krankenkassen, selbst von den Arbeitgebern, nicht wirkungslos ist.

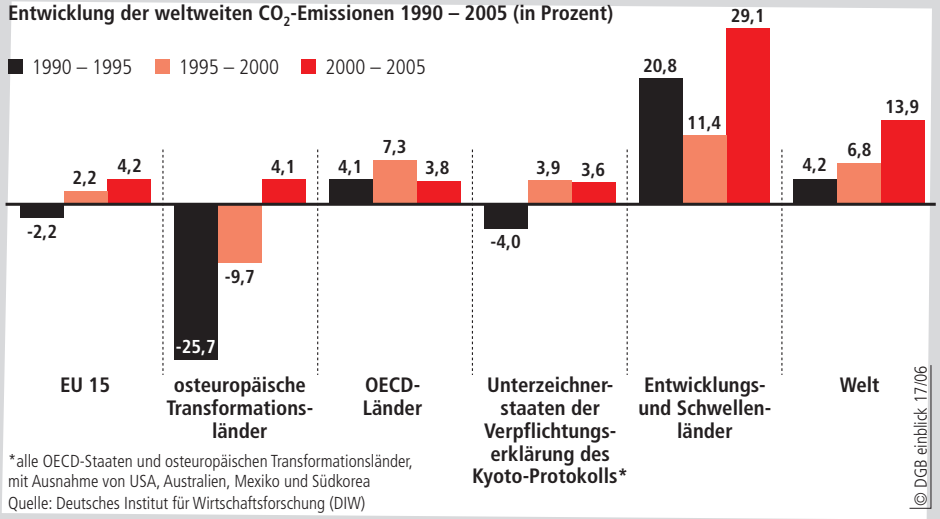
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

KLIMAWANDEL: Dramatischer Emissionsanstieg

In den vergangenen 15 Jahren ist der Ausstoß von CO_2-Gasen weltweit dramatisch gestiegen, trotz der Verpflichtung der Staaten aus dem Kyoto-Protokoll. Selbst in den osteuropäischen Transformationsländern steigt der Ausstoß der klimaschädlichen Gase wieder. Das belegen neuere Daten des DIW. Die Folge: Klimaexperten der UNO gehen von einem Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts um drei Grad aus. Die Klimakatastrophe sei nicht mehr aufzuhalten, sondern könne nur noch verlangsamt werden.



14 TAGE

4.-6.10. Hans-Böckler-Stiftung, WSI und DGB-Bildungswerk, Tagung „Wohlfahrtsstaaten in Mittelosteuropa: Sozialpolitik und Geschlechterverhältnisse im Transformationsprozess", Hattingen

5.10. DGB-Region Oldenburg-Wilhelmshaven, Fachtagung „Arbeitsmarktpolitische Instrumente des SGB III", Oldenburg

6.10. Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut, Regine Hildebrandt-Preisverleihung „Solidarität heute: Voller Einsatz – nicht leeres Wort", Bielefeld

12.-14.10. ver.di-innotec und Arbeiterkammer Bremen, Messe und Fachkongress zur Mitbestimmung „dieMit", Bremen

13.10. DGB Thüringen und Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen, Fachtagung „Alternde Belegschaft – Herausforderung für Betriebe", Erfurt

13.10. DGB-Region Kern, Vortrag von DGB-Vorstand Annelie Buntenbach „Deutschland sozial gestalten", Kiel

16./17.10. DGB-Bildungswerk, Workshop „OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen", Berlin

20.10. DGB-Bildungswerk und Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachkonferenz „Benachteiligung abbauen – Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund", Berlin

21.10. DGB, Aktionstag „Das geht besser. Aber nicht von allein!", Berlin, Dortmund, München, Stuttgart, Frankfurt/M.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Michael Knoche,*** 39, Pressesprecher der IG BAU und seit November 2005 in Elternzeit, ist ab dem 1. Oktober Redakteur der IG BAU-Zeitschrift „Der Grundstein/Der Säemann". Neue Leiterin der Pressestelle ist die Journalistin ***Sigrun Heil,*** 42, die diese Funktion bereits seit November 2005 vertretungsweise wahrgenommen hat.

Tipp

***Buch:* Peter Döge, Männer – Paschas und Nestflüchter? Verlag Barbara Budrich, Opladen 2006, 19,90 Euro**

„Männer sind ihr Beruf, und zuhause sind sie fremd" – lautet das vorherrschende Stereotyp, das Männern entgegengebracht wird. Der Blick auf aktuelle Studien der Männerforschung sowie umfassende Analysen der Zeitverwendung von Männern zeigen, dass die Vorurteile auf eine große Zahl von Männern nicht mehr zutreffen: Das Männerleben ist im Wandel. Der Autor greift bei seiner Analyse auf Daten der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes zurück. Dabei führten 12 600 Personen ab dem 10. Lebensjahr an drei Wochentagen akribisch Buch über jede Tätigkeit. Das Ergebnis: Neue Männer hat das Land.

Schlusspunkt

„Das ist nicht richtig. Man muss den Gesetzestext wenigstens lesen – wenn er dann vorliegt."

Wolfgang Zöller, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, während der Betriebs- und Personalrätekonferenz des DGB am 20. September in Berlin zu dem Vorwurf, die große Koalition würde bei der Gesundheitsreform die Pharmaindustrie schonen

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.10.2006 18/06

DGB

Aktionstag 21. Oktober

Signal für soziale Verantwortung

„Deutschland sozial gestalten" – das ist das Ziel des Aktionstags der Gewerkschaften am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt/M. Bei den Kundgebungen unter dem Motto „Das geht besser. Aber nicht von allein!" geht es nicht nur um Alternativen zur Reformpolitik der großen Koalition. Die Gewerkschaften wollen auch ein deutliches Signal „gegen die zunehmend unverfrorene Politik mancher Manager" setzen, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in *Bild am Sonntag*.

Durch die Pleite der von Siemens an den taiwanesischen BenQ-Konzern abgetretenen Handysparte, von der 3000 Arbeitsplätze bedroht sind, gewinnen die gewerkschaftlichen Forderungen eine zusätzliche Brisanz. Die harschen Reaktionen aus Gewerkschaften, Medien und Politik auf den unrühmlichen BenQ-Deal zeigen, dass sich eine gesellschaftliche Mehrheit gegen sozial verantwortungslose Unternehmensentscheidungen formiert: Für das *Handelsblatt* ist die aktuelle Entwicklung eine „herbe Schlappe" für das Management, die *Süddeutsche Zeitung* titelte: „So vergeht der Ruhm von Siemens". NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) empfindet die BenQ-Insolvenz als „Riesensauerei". Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte in ihrer Rede zum Tag der Deutschen Einheit, Siemens habe auch für seine früheren Mitarbeiter eine besondere Verantwortung. „Diese Verantwortung muss wahrgenommen werden", forderte die Kanzlerin.



Foto: Christian v. Polentz/transit-berlin

Prominente Unterstützung beim „Marsch der Solidarität" der Beschäftigten von Bosch-Siemens-Hausgeräte: DGB-Vorsitzender Michael Sommer und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

Eine Forderung, der die Beschäftigten der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH (BSH) in Berlin Nachdruck verleihen wollen. Ihr Werk soll bis Ende 2006 geschlossen, rund 600 Beschäftigte entlassen werden. Am 5. Oktober hat die Belegschaft deshalb einen „Marsch der Solidarität" durch ganz Deutschland zur Konzernzentrale von Siemens in München gestartet (Infos: *www.bsh-streik.de*). Dabei geht es den BSH-Beschäftigten nicht nur um die eigenen Interessen. „Die Zerschlagung von Siemens COM, die beabsichtigte Schließung der BSH und die aktuelle Sauerei bei BenQ" seien nur drei aktuelle Beispiele einer Politik der „sozialen Verantwortungslosigkeit", heißt es in einem Solidaritätsaufruf.

„Es ist gut, dass Ihr Euch auf den Weg macht", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gegenüber den Beschäftigten der BSH anlässlich der Auftaktveranstaltung des Solidaritätsmarsches. „Wir brauchen Bewegung. Bewegung für eine andere, eine soziale Gesellschaft. Das gilt jetzt für Euren Kampf um Arbeitsplätze, und am 21. Oktober stehen wir dann zusammen für eine bessere Politik ein."

Die abschließende Kundgebung des Marsches findet am 19. Oktober vor der Siemens-Zentrale in München statt. Am 21. Oktober ist die bayerische Hauptstadt dann einer von fünf Kundgebungsorten des Aktionstages der Gewerkschaften.

Es ist noch nicht zu spät, um gegenzusteuern, meint der DGB. Deshalb gelte es, beim Aktionstag Politik und Unternehmen daran zu erinnern, dass sie Leben und Arbeit der Menschen würdig gestalten können: mit sozialer Verantwortung und sozialen Reformen. •

plusminusBERLIN

+ ***Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) will Freier von Zwangsprostituierten strafrechtlich zur Rechenschaft ziehen. Das soll auch für deutsche Freier gelten, die im Ausland zu Zwangsprostituierten gehen.***

– ***Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) will den Aussteuerungsbetrag, den die Arbeitsagentur für nach einem Jahr nicht vermittelte Arbeitslose zahlen muss, erhöhen. Damit soll ein Haushaltsloch gestopft werden.***

inhalt

Seite 3

Versicherte sind die Verlierer

Trotz dreimonatigem Verhandlungsmarathon löst der Gesundheitskompromiss von Union und SPD keins der zentralen Probleme

Seite 7

Verhängnisvolle Kombination

Die große Koalition wiederholt bei der Unternehmenssteuerreform den Fehler von 2001, meint Lorenz Jarass. Niedrigere Steuersätze sollen durch das Vorziehen von Steuereinnahmen finanziert werden

„Das geht besser." Aber nicht von allein! DGB

Aktuelle Infos zum Aktionstag am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt/M. und die Reformalternativen des DGB im Überblick: www.das-geht-besser.dgb.de

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.oeko-fair.de
Einkaufsführer zu Geschäften mit fair gehandelten Produkten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
WSI-Tarifarchiv: Kündigungstermine für die Lohn- und Gehaltsrunden aller Tarifbereiche bis 2008

POLITIK AKTUELL

Institut Arbeit und Technik

Thinktank wird aufgespalten

Das international renommierte Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen wird zum Jahresende in zwei eigenständige Institute aufgespalten. Das hat die CDU/FDP-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beschlossen. Der kleinere, auf die Entwicklung des Ruhrgebietes und den Schwerpunkt „Gesundheit und Lebensqualität" ausgerichtete Forschungsbereich wird unter der Leitung von IAT-Präsident Professor Franz Lehner als Institut der Fachhochschule Gelsenkirchen zugeordnet. Dieser Bereich behält den Namen IAT. Der zentrale arbeitswissenschaftliche Forschungsbereich wird unter Leitung von IAT-Vizepräsident Professor Gerhard Bosch der Universität Duisburg-Essen zugeordnet. Zu dem neuen Institut gehören die Bereiche „Arbeitszeit und Arbeitsorganisation", „Flexibilität und Sicherheit" und „Entwicklungstrends des Erwerbssystems".
Bereits zuvor hatte das Land beschlossen, das ebenfalls zum Wissenschaftszentrum NRW gehörende Kulturwissenschaftliche Institut den Universitäten Duisberg-Essen, Dortmund und Bochum zuzuordnen. Beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie will sich das Land ganz aus der Finanzierung zurückziehen. •

Binnennachfrage

Deutsche sparen zu viel

In Deutschland ist die Sparquote höher als in den meisten anderen Industrieländern. Das belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). In den vergangenen Jahren ist die Sparquote sogar noch gestiegen, von 9,2 (2000) auf 10,7 Prozent (2005). Ursächlich dafür seien die wachsende Einkommensspreizung zu Gunsten besser verdienender Haushalte, die generell einen höheren Anteil ihres Einkommens sparen können, und die zunehmende Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten durch sinkende Realeinkommen und drohende Arbeitslosigkeit. Nach Meinung der DIW-Forscher trägt die wachsende Sparquote wesentlich zur fehlenden Binnennachfrage bei. Um den Negativtrend umzukehren müssten sich die Lohnabschlüsse wieder stärker an der wachsenden Arbeitsproduktivität orientieren. •

Studiengebühren

Bald in sieben Länder

Nur 20,6 Prozent aller jungen Menschen schließen in Deutschland ein Hochschulstudium ab. In den meisten OECD-Ländern liegt die Quote bei mindestens 30 Prozent, beim Spitzenreiter Island sogar bei 50 Prozent. Trotzdem wollen sieben der sechzehn Bundesländer im kommenden Jahr für das Erststudium Gebühren einführen. Betroffen sind von der neuen Zugangsbarriere StudentInnen in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Die Studiengebühren liegen je nach Bundesland zwischen 300 und 500 Euro je Semester. •

Alle Studiengebühren im Überblick: www.studentenwerk.de/main/default.asp?id=03203

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Folgen des Gesundheitskompromisses

Die Versicherten sind die Verlierer

Der Kompromiss von Union und SPD bei der Gesundheitsreform löst keins der zentralen Probleme des Gesundheitssystems. Statt die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung zu stärken, wird sie grundlegend in Frage gestellt, kritisiert der DGB.

Drei Monate haben Union und SPD gebraucht, um sich auf der Basis der bereits im Sommer präsentierten Eckpunkte auf die zentralen Inhalte der Gesundheitsreform zu verständigen. Besser geworden ist das Reformkonzept dadurch nicht. Im Gegenteil. „Der Kompromiss des Kompromisses macht alles nur noch schlimmer", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Weil die Koalition dem Gesundheitssystem über vier Milliarden Euro an Steuermitteln entzieht, werden die Beiträge der Versicherten nächstes Jahr erneut steigen. „Ab 2009 kommt mit dem Gesundheitsfonds der GAU: Kopfpauschalen, die allein die ArbeitnehmerInnen und besonders die Geringverdiener belasten", kritisiert Buntenbach. Das Koalitionskonzept sei „eine pure Umverteilung zu Gunsten der Arbeitgeber".

Im Detail kritisiert der DGB am Koalitionskompromiss von Union und SPD vor allem drei Fehlentscheidungen: Erstens werde die Ungleichbehandlung der Versicherten durch die Trennung der Gesetzlichen (GKV) und der Privaten Krankenversicherung (PKV) nicht aufgehoben. Die strukturelle Benachteiligung der Gesetzlichen Krankenversicherung werde im Gegenteil noch verstärkt. Denn beim geplanten Gesundheitsfonds bleiben die privat Versicherten außen vor. Das gilt auch für die Zusatzbeiträge, die die meisten GKV-Versicherten ab 2009 neben ihrem Versicherungsbeitrag aufbringen müssen, weil der Gesundheitsfonds von Beginn an unterfinanziert sein wird. Durch die Gesundheitsreform wird der Anreiz für besser Verdienende, in das PKV-System zu wechseln, sogar noch steigen: Weil der Wettbewerb unter den Krankenkassen in Zukunft ausschließlich über die Höhe der Zusatzprämie läuft, müssen die Krankenkassen ihre Leistungen massiv einschränken, um die Prämie niedrig zu halten. Die Folge: In Krankenkassen wie der AOK, die traditionell einen höheren Anteil von Mitgliedern mit niedrigerem Einkommen aber hohen Gesundheitsrisiken haben, wird der Anteil der schlechten Risiken zunehmen. Ihren Mitgliedern drohen deshalb schrumpfende Leistungen – bei gleichzeitig steigender Zusatzprämie.

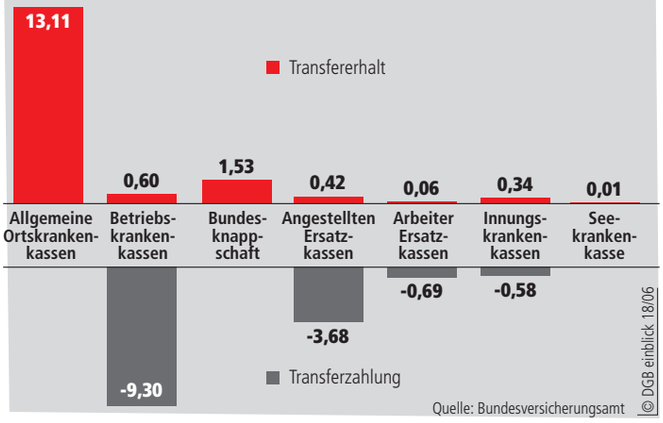
Zweitens fordern die Gewerkschaften, dass die Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem nicht auf die Versicherten abgewälzt werden dürfen, denn sowohl der Staat als auch die Untenehmen blieben bei deren Finanzierung außen vor. Statt des angekündigten Einstiegs in die Steuerfinanzierung des Gesundheitssystems, kürzt die Bundesregierung im kommenden Jahr den Steuerzuschuss von 4,2 auf 1,5 Milliarden Euro. Für die Versicherten werden die Beiträge deshalb 2007 erneut steigen, auf über 15 Prozent.

Weil mit der Einführung des Gesundheitsfonds in Zukunft der Gesetzgeber und nicht mehr die Krankenkasse über die Höhe des Versicherungsbeitrags entscheidet, bleiben zudem die Arbeitgeber bei künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitssystem außen vor. Denn in den Beitragssatz sollen nur „unvermeidbare" Kostensteigerungen einfließen. Die Zusatzprämie, an der die Arbeitgeber nicht beteiligt sind, dürfte deshalb schnell von einer kleinen zu einer großen Kopfprämie wachsen.

Und drittens bemängeln die Gewerkschaften, dass die Krankenkassen ihren Versicherten in Zukunft Wahltarife anbieten müssen. „Es ist zu befürchten", so DGB-Vorstand Buntenbach, „dass der bisherige Leistungskatalog künftig nur durch die Kombination von Billigtarif und privater Zusatzversicherung aufrechterhalten werden kann." ●

Ausgleich auch in Zukunft notwendig

Was die Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich einzahlen und von ihm erhalten (2004, in Milliarden Euro)



Die große Koalition will den Risikostrukturausgleich 2009 durch einen „morbiditätsorientierten Strukturausgleich" ablösen. Bei ihm sollen aber nur „50 bis 80 schwerwiegende Krankheiten" berücksichtigt werden. Auf die Mitglieder von Krankenkassen, die viele Menschen mit hohen Gesundheitsrisiken versichern, kommen deshalb zusätzliche Belastungen zu.

Ausstieg aus dem Solidarsystem

Wochenlang haben sich Union und SPD öffentlich über die Details der Gesundheitsreform gestritten. Doch am Ende waren sie sich in zwei Punkten einig:

Weil für die führenden Politiker der großen Koalition die Haushaltskonsolidierung wichtiger ist als die sonst von ihnen öffentlich beschworene Notwendigkeit sinkender Sozialabgaben, bleibt es bei der geplanten Reduzierung des Steueranteils bei der Finanzierung der Krankenversicherung um mehrere Milliarden Euro. Zudem sollen die Krankenkassen die Kosten der 2007 wirksam werdenden Mehrwertsteuererhöhung schultern. Auf deren Mitglieder kommen deshalb im nächsten Jahr erhebliche Beitragserhöhungen zu.

Weil Union und SPD zudem der Erhalt der Koalition wichtiger ist als der Erhalt des Solidarsystems in der Gesetzlichen Krankenversicherung, haben sie einen Großteil der Folgelasten der Gesundheitsreform auf die Mitglieder mit geringen Einkommen abgewälzt. Deren Krankenversicherungsbeiträge werden in den kommenden Jahren noch stärker steigen als die der besser Verdienenden. „Das geht besser", meinen nicht nur die Gewerkschaften.

www.das-geht-besser.dgb.de/darum_gehts/gesundheit
Die Alternativen des DGB zur Gesundheitsreform

PROJEKTE UND PARTNER

Bündnis

Für freien Sonntag

Seitdem die Bundesländer für die Ladenöffnungszeiten zuständig sind, zeichnet sich ab, dass Geschäfte schon bald werktags rund um die Uhr öffnen können. Weitgehend kommerzfrei, weil durch das Grundgesetz geschützt, ist nur noch der Sonntag. Aber auch der gerät durch Sonderregelungen – wie etwa während der Fußball-WM – immer mehr zum Einkaufstag wie jeder andere. Die Bundesfachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft ver.di hat gemeinsam mit katholischen und evangelischen Arbeitnehmerorganisationen Ende September eine „Allianz für den freien Sonntag" gegründet. Sie wendet sich ausdrücklich gegen eine „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft" und setzt sich für eine erneuerte Sonntagskultur ein. Neben Bündnissen auf Länder- und Regionalebene plant die Allianz für das kommende Jahr die Veröffentlichung von Statements für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags. Wer sich zum Thema äußern möchte, kann das auf der ver.di-Homepage tun. •

http://einzelhandel.verdi.de/ladenschluss/standpunkt_sonntag/formular_ls

Broschüre

Hartz-Reform

Die bundesdeutsche Arbeitsmarktpolitik hat spätestens seit Verabschiedung der „Hartz-Gesetze" eine gänzlich neue Richtung eingeschlagen. Für eine endgültige Bilanz ist es aus Sicht der Hans-Böckler-Stiftung zwar noch zu früh, doch gebe es klare Tendenzen, „dass das Reform-Werk weit von seinem Ziel entfernt ist, die Zahl der Arbeitslosen spürbar zu senken, hartnäckige Strukturprobleme aufzubrechen und Beschäftigung zu stimulieren". So lautet die Einschätzung in der gerade erschienenen Broschüre „Die Hartz-Reform und ihre Folgen". Darin sind die Ergebnisse verschiedener Forschungsförderprojekte und Studien der Stiftung zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik zusammengefasst. So werden in vier Themenbereichen die Folgen von Hartz IV untersucht, insbesondere in Ostdeutschland. Die Arbeitsvermittlung nach der Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur wird unter die Lupe genommen, die Chancen einer kommunalen Beschäftigungspolitik werden aufgezeigt. Die Broschüre kann unter der Bestellnummer 30299 kostenlos unter *mail@setzkasten.de* bestellt oder unter *www.boeckler.de* heruntergeladen werden. •



Neues Netzwerk

Verantwortung der Unternehmen

Mehr denn je gehen die Profite für Wenige zu Lasten der Mehrheit der Menschen. Das kürzlich gegründete Netzwerk „CorA" (Corporate Accountability), in dem sich deutsche Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbände, kirchliche und entwicklungspolitische Gruppen zusammengeschlossen haben, will transnationale Unternehmen, deren Tochterfirmen und Zulieferer an ihre Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt erinnern. Sie sollen in ihrem täglichen und weltweiten Handeln die Menschenrechte sowie international vereinbarte soziale und ökologische Normen einhalten, heißt es auf der CorA-Homepage. Das Netzwerk will Anstöße für eine Debatte über Unternehmensverantwortung geben und die Politik zum Handeln bewegen. •

www.cora-netz.de

Studie

Mobilität hilft nicht

ALG II-EmpfängerInnen wird immer mehr zugemutet: Sie sollen nicht nur schlecht bezahlte Jobs annehmen, sondern auch weite Wege zu einem solchen Job zurücklegen. Eine aktuelle Studie des Instituts für Soziologie der Universität Hamburg belegt jetzt allerdings, dass eine höhere regionale Mobilität von Arbeitslosen keineswegs das Beschäftigungsproblem löst. Dabei seien selbst gering qualifizierte Arbeitslose zum Umzug bereit, wenn ihnen Jobs mit einer Perspektive angeboten würden, ergab die Untersuchung. Allerdings könnten instabile Beschäftigungsangebote bei Arbeitslosen keine Mobilitätsbereitschaft auslösen. Die Soziologin Tanja Buch hat ihre Doktorarbeit zu diesem Thema unter dem Titel „Regionale Mobilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt" veröffentlicht. •

www.verlagdrkovac.de/3-8300-2643-9.htm

Kongress

Gute Arbeit

Das IG Metall-Projekt „Gute Arbeit" widmet sich der Arbeitswelt von morgen. Anlässlich eines Kongresses zum Thema geht es in sieben Foren am 6. und 7. Dezember darum, dass „eine bessere Arbeitswelt machbar" ist. Die Foren befassen sich mit Themen wie „Leistung regeln, aber wie?", „Arbeitszeit mit Maß" und „Neue Belastungen erfordern ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen."

Der zweite Kongresstag steht im Zeichen einer Podiumsdiskussion zur Frage, ob „gute Arbeit unter die Räder des Wettbewerbszwangs" gerät. TeilnehmerInnen sind unter anderem Eberhard Ulrich (Gesellschaft für Arbeitswissenschaft), und Wolfgang Rohde (IG Metall). •

Info und Anmeldung: 069/66 93 28 87

interregio

••• Die ***Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Hannover – Hildesheim*** lädt zum ***Science-D@y 2006*** ein. Unter dem Titel „Arbeiten ohne Netz" diskutieren die TeilnehmerInnen am 2. November in Hannover über prekäre Arbeit und ihre Auswirkung auf die Beschäftigten. Dabei soll geklärt werden, wer von prekärer Arbeit betroffen ist: gering Qualifizierte oder HochschulabsolventInnen, nur der Niedriglohnsektor oder die ganze Gesellschaft, Frauen und MigrantInnen in besonderem Maße? Und es geht um die Verantwortung der Gewerkschaften bei der Bekämpfung prekärer Arbeit. Anmeldung: *ines.plewe@zew.uni-hannover.de*

••• Der ***DGB Rheinland-Pfalz*** veranstaltet in Kooperation mit den Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz am 13. November in Mainz die ***Fachtagung*** „Gerechte Teilhabe statt Ausgrenzung – Strategien gegen Armut". Die zentralen Fragen lauten: Wie gelingt der Übergang zu einer erfolgreichen politischen Strategie zur Bekämpfung von Armut? Wie kann ein Weg zu einer echten Teilhabegerechtigkeit und zu mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen werden? Und welche Wege sind dazu bei der Gestaltung des Steuersystems, in der Bildungspolitik und bei der Lohngestaltung erforderlich? In Workshops sollen anschließend Strategien gegen Armut entwickelt werden.
Infos: *beatemaria.kirch@dgb.de*

RITTER SLAGDAN

27 MIO. MENSCHEN ERFAHREN TÄGLICH: WER MIT UNS FÄHRT, HAT MEHR GELD FÜR SCHÖNE DINGE.



Ein Besuch in der Oper oder ein Bummel über den Rummelplatz? Mit Bus und Bahn kommen Sie nicht nur gut an, Sie kommen auch günstig weg. Das merken Sie spätestens, wenn Sie an der Zapfsäule mehr bezahlen, als eine Monatskarte kostet. Machen Sie es wie 27 Mio. Fahrgäste in Deutschland. Steigen Sie um. Sparen Sie Ihr Geld für schöne Dinge.

Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

TRANSNET

TRANSNET und GDBA haben Anforderungen für eine Privatisierung der DB formuliert: Auch bei einer Privatisierung müsse der Bund Mehrheitsgesellschafter der Bahn bleiben. Zudem müsse er verpflichtet werden, jährlich 2,5 Milliarden Euro für die Sicherung des bestehenden Schienennetzes zu zahlen.

GEW

Die GEW hat erhebliche datenschutzrechtliche Einwände gegen die von der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) geplante Schaffung einer bundesweiten Schülerdatenbank. Die SchülerInnen hätten ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die sie vor einer verfrühten Leistungsauslese schützt. Sie bräuchten keine „Hundemarke".

ver.di

ver.di fordert eine grundlegende Neukonzeption der Entsorgung von Verpackungen. Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und Lohn- und Umweltdumping bei der Abfallentsorgung zu vermeiden, müssten den Kommunen und Landkreisen mehr Kompetenzen übertragen werden.

IG BCE

Die IG BCE will ihre Mitglieder und Funktionäre dazu gewinnen, in ihrem Umfeld verstärkt für die Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie zu werben. Dazu hat sie eine Übersicht aller Infomaterialien der IG BCE zum Thema auf ihrer Homepage eingestellt, von Broschüren bis zum Infostand.

Journalistenpreise

Gegen bestellte Wahrheiten

Fast zeitgleich haben Anfang Oktober die beiden größten DGB-Gewerkschaften, IG Metall und ver.di, die Preisträger ihrer Journalistenpreise bekannt gegeben. Der mit jeweils 7500 Euro dotierte Fernsehpreis der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geht in diesem Jahr an Holger Carsten Schmidt für das Drehbuch zum SWR-Film „In Sachen Kaminski" und an Damir Lukačević für die Regie im ZDF-Film „Heimkehr".

Den 1. Preis des Journalistenpreises der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall erhält die Redaktion des hr2-Hörfunk-Magazins „Der Tag". Mit der Preisverleihung werde eine bereits seit zehn Jahren laufende Sendung ausgezeichnet, die dem Hörer helfe, die Wirklichkeit in Politik, Wirtschaft und Kultur besser zu verstehen, so die Jury. Die beiden weiteren Preisträger des mit insgesamt 20 000 Euro dotierten Otto-Brenner-Preises für kritischen Journalismus sind Frank Jansen, der für seine im Berliner *Tagesspiegel* erschienenen Reportagen über die Opfer rechter Gewalttaten ausgezeichnet wird, und die Redaktion des NDR-Medienmagazins *Zapp*, die unter dem Titel „Verdeckt, versteckt, verboten" über Schleichwerbung in ARD-Sendungen berichtet hat. •



„Wähle deine starke Seite", unter diesem Motto werben IG Metall und ver.di zurzeit in vielen Betrieben für die Beteiligung an den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung. Gewählt werden kann die Interessensvertretung für Beschäftigte mit einem körperlichen Handikap in allen Betrieben und Verwaltungen, in denen mindestens fünf Schwerbehinderte beschäftigt sind. Analog zur Amtszeit der Betriebsräte wird auch die Schwerbehindertenvertretung alle vier Jahre neu gewählt. In diesem Jahr läuft die turnusgemäße Wahlkampagne noch bis zum 30. November. Schwerbehindertenvertretungen können aber auch zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden.
ver.di hat die wichtigsten Informationen zur SBV-Wahl in einem Infopaket auf ihrer Homepage zusammengestellt.
www.verdi.de

?...nachgefragt



Die IG Metall hat sich mit Volkswagen am 29. September auf einen Tarifvertrag zur Sanierung der Kernmarke VW verständigt. Die Tarifkommission hat dem Kompromiss am 6. Oktober zugestimmt. Wie ist er zu bewerten – und wie geht's jetzt weiter? Das fragte *einblick* Hartmut Meine, 54, den Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

„Wir haben nach monatelangem Tauziehen ein Paket geschnürt, das viele Beobachter überrascht hat: Die angedrohte 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ist vom Tisch, es gibt keine Werksschließungen und keine Massenentlassungen. Sondern einen Arbeitszeitkorridor von 25 bis 33 Stunden für das gleiche Entgelt wie bisher, sprich 28,8 Stunden. Als Teillohnausgleich konnten wir einen Rentenbaustein von rund 6300 Euro pro Beschäftigten und ein neues Bonussystem durchsetzen. Die Zahl der Auszubildenden ist mit 1250 pro Jahr erstmals tarifvertraglich festgeschrieben worden. Die Übernahme der Ausgebildeten bleibt in der jetzigen Form bestehen. Im November 2006 gibt's eine Einmalzahlung von 1000 Euro und zum 1. Januar 2008 gilt die Tariferhöhung der niedersächsischen Metallindustrie. Bis 2011 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und darüber hinaus alle sechs westdeutschen Standorte ausgelastet.

Der VW-Vorstand hat sich erst bewegt, nachdem wir mit dem Abbruch der Tarifgespräche gedroht haben. Ohne konkrete und verbindliche Produkt- und Investitionszusagen für alle sechs Standorte waren wir nicht bereit, über einen Arbeitnehmerbeitrag zu sprechen. Zielführend war dabei auch der Druck aus den Betrieben: Über 55 000 Beschäftigte haben in der Schlussphase der Verhandlungen ihre Wut über die kompromisslose Haltung seitens VW zum Ausdruck gebracht und uns damit den Rücken gestärkt.

Das Verhandlungsergebnis ist ein Kompromiss, hat also – wie immer – Stärken und Schwächen. Der Arbeitnehmerbeitrag ist schmerzlich, aber vertretbar. Dem Arbeitszeitkorridor von 25 bis 33 Stunden auf der Basis des bisherigen Monatsentgelts steht gegenüber, dass kein Werk ausblutet und alle Arbeitsplätze über 2011 hinaus sicher sind. Wir haben damit die Mitbestimmung bei Volkswagen um den zentralen Aspekt der Produktmitbestimmung erweitern können.

Jetzt erwarten wir vom Vorstand, dass er nicht nur alle Zusagen korrekt einhält, sondern sofort damit beginnt, sie umzusetzen."

MEINUNG

Unternehmenssteuerreform

Verhängnisvolle Kombination

Die Bundesregierung will die Senkung der Unternehmenssteuern zum Teil durch Einschränkungen bei den Abschreibungsmöglichkeiten gegenfinanzieren. Die Steuerausfälle sind später umso größer, warnt der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass.

Deutschland ist – anders als oft behauptet – kein Hochsteuerland für Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Im Gegenteil: Deren realer Steuersatz sank von 1985 bis 2005 von 35 auf 19 Prozent. Die Steuerlast der Kapitalgesellschaften liegt sogar noch niedriger, bei 16 Prozent – trotz der im internationalen Vergleich hohen nominalen Steuersätze. Verantwortlich dafür sind **Schlupflöcher im Steuersystem:** die Absetzbarkeit von Aufwendungen in Deutschland, obwohl die daraus entstehenden Erträge hierzulande steuerfrei sind, die völlige Steuerfreistellung von Veräußerungserträgen, die zeitlich unbeschränkte Verlustverrechnung aus früheren Jahren und der steuerliche Abzug von Schuldzinsen und Lizenzgebühren. Das deutsche Steuersystem benachteiligt Investitionen in Deutschland gegenüber Investitionen im Ausland, Realinvestitionen in Produktionsanlagen gegenüber Finanzinvestitionen, den Eigenkapitaleinsatz gegenüber der Aufnahme von Fremdkapital, mittelständische Investoren gegenüber dem globalen Finanzkapital. Die Folge: Der Export von Arbeitsplätzen wird steuerlich begünstigt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland diskriminiert.

Wenn die Koalition den **Ausverkauf von Arbeitsplätzen in Deutschland beenden** will, muss sie alle Kapitalerträge besteuern. Neben dem Gewinn – also dem Entgelt für die Nutzung von Eigenkapital, das die Anteilseigner zur Verfügung stellen – müssen auch Schuldzinsen und Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren – also das Entgelt für die Nutzung von Fremdkapital, das Banken und andere Kreditgeber dem Unternehmen zur Verfügung stellen – besteuert werden. Zudem müssen alle Wertsteigerungen besteuert werden, zum Beispiel auch die von Immobilien. Denn das deutsche Steuersystem begünstigt Passivität (Werte verwalten) gegenüber Aktivität (Werte erwirtschaften): Nur wer sich wirtschaftlich bewegt, zahlt Steuern. Durch die **Besteuerung auch der nicht realisierten Wertsteigerungen** würde diese wirtschaftliche Blockade beendet.

Dieser Grundgedanke findet sich auch im Reformkonzept der großen Koalition wieder: Die im internationalen Vergleich hohen nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften sollen auf unter 30 Prozent gesenkt werden. Die steuerliche Subventionierung des Arbeitsplatzexports und des Ausschlachtens profitabler deutscher Unternehmen soll durch die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen reduziert werden. Über die Details freilich streiten die Koalitionspartner. Ebenso über die Frage, bis zu welcher Höhe die zu erwartenden Steuerausfälle von den Unternehmen gegenfinanziert werden sollen.



Prof. Dr. Lorenz Jarass, 51, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Wiesbaden.

Kommt es zu der von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorgeschlagenen hälftigen Begrenzung des steuerlichen Abzugs der Fremdfinanzierungsaufwendungen, stehen den Steuerausfällen von rund 18 Milliarden Euro durch die niedrigeren Steuersätze Mehreinnahmen von rund 11,5 Milliarden Euro gegenüber. Die Steuerausfälle lägen also bei rund sechs Milliarden Euro pro Jahr. Würde der Abzug der Fremdfinanzierungsaufwendungen hingegen nur zu einem Viertel begrenzt, stiege der Steuerausfall auf neun Milliarden Euro. Würden, wie von Bayern vorgeschlagen, nur Mindestgrenzen bei der Gewinnbesteuerung eingeführt, **läge das Defizit sogar bei über elf Milliarden Euro.** Bedenklich ist zudem die geplante Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen. Die zu erwartenden Steuerlöcher würden lediglich durch geringere Steuerzahlungen in späteren Jahren gegenfinanziert. Die politisch einfach durchsetzbare, aber wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch **verhängnisvolle Kombination von Steuersatzsenkungen und Abschreibungsverschlechterungen** würde nur wiederholt.

Bereits 2001 senkte Rot-Grün den Körperschaftssteuersatz von 50 auf 40 Prozent und die degressive Abschreibung von 30 auf 20 Prozent. Die dauerhafte Entlastung der Unternehmen durch niedrigere Steuersätze wurde also durch ein Vorziehen von Steuereinnahmen gegenfinanziert. Die Folge: Die Steuerzahlung der Kapitalgesellschaften lag 2005 immer noch **unter dem Niveau von 2000,** obwohl ihre Gewinne seitdem um ein Drittel gestiegen sind.

Steueroase Deutschland

Zehn Milliarden Euro kostet nach Berechnungen des DGB die geplante Unternehmenssteuerreform. Nach Berechnungen des CDU-geführten Finanzministeriums von NRW könnten die Steuerausfälle sogar bei 16 Milliarden Euro jährlich liegen. Genaue Zahlen will die Koalition frühestens Ende Oktober präsentieren. Bis dahin wollen sich Union und SPD verständigen, ob die Kosten der Unternehmenssteuerreform, wie von der SPD gefordert, zumindest zum Teil durch die Einbeziehung von Zinsen, Pachten und Leasingraten bei der Gewinnermittlung gegenfinanziert werden.

Unabhängig von den Koalitionsquerelen hat der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass in einem Gutachten für die Linkspartei untersucht, wie die Unternehmenssteuern so reformiert werden können, dass die Unternehmen in Zukunft wieder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt werden. Seit Ende September liegen seine Empfehlungen als Buch vor:

Lorenz Jarass, Gustav M. Obermaier, ***Unternehmenssteuerreform 2008 – Kosten und Nutzen der Reformvorschläge,*** *Verlag Monsenstein und Vannerdat, Münster 2006, 153 Seiten, 11,50 Euro (www.mv-buchshop.de/catalog)*

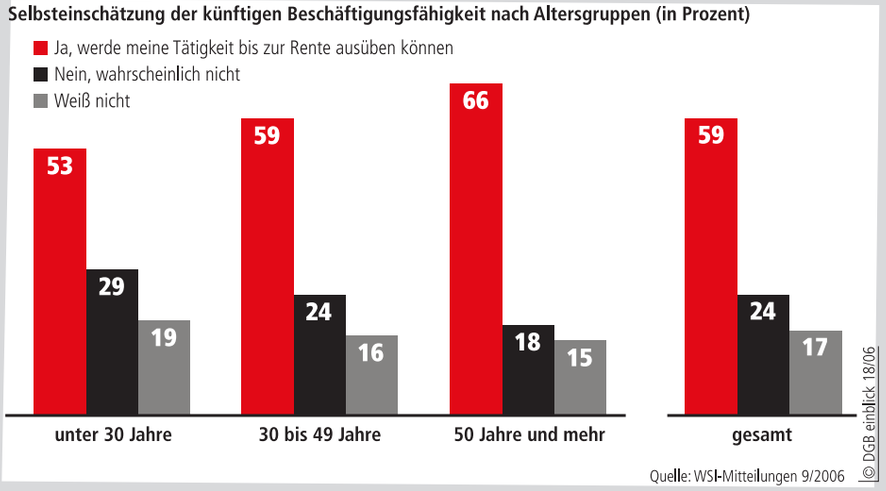
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITEN BIS ZUR RENTE: Viele schaffen's nicht

Nur 59 Prozent der Beschäftigten meinen, dass sie den Anforderungen ihrer jetzigen Tätigkeit bis zur Rente gewachsen sind. Das berichten die WSI-Mitteilungen. 41 Prozent der Befragten, so das Ergebnis mehrerer Studien, sind nicht dieser Meinung oder wissen es nicht. Dass diese Gruppe mit zunehmendem Alter kleiner wird, hat zwei Gründe: Die Zeitspanne bis zur Rente ist kürzer; zudem sind viele Beschäftigte mit besonders belastenden Arbeitsbedingungen bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.



14 TAGE

16.10. DGB Berlin-Brandenburg, Konferenz „Brandenburg: Alles wird besser?! Arbeit, Leben und Bildung in Brandenburg", Potsdam

18.10. ver.di und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Zukunft mit Dienstleistungen sichern", Berlin

18.10. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen „Gutes Leben – Gute Arbeit – stimmen die Gewichte? Work-Life-Balance als gewerkschaftliches Handlungsfeld", Berlin

20.10. DGB-Bildungswerk und Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz „Benachteiligungen abbauen – Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund", Berlin

21.10. DGB, Aktionstag „Das geht besser. Aber nicht von allein!", Berlin, Dortmund, München, Stuttgart, Frankfurt/M.

25.-27.10. TBS NRW und ver.di, Fachtagung „Zukunft der Call-Center mitbestimmen – Neue Herausforderung für Betriebsräte", Berlin

27./28.10. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „European Integration in Crisis", Berlin

27.-29.10. ver.di-Jugend, Antirassismuskonferenz „Gewerkschaften und Rassismus", Gladenbach

30.10. DGB-Bildungswerk, Lernendes Forum „Impulse für eine lernförderliche Arbeitsgestaltung", Düsseldorf

30.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Mehr Gleichstellung für ein sozialeres Europa!", Berlin

Tipp

***Buch:** Rolf Prigge, Thomas Schwarzer, **Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation,** VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 452 Seiten, 44,90 Euro*

Die fünfzehn größten deutschen Städte sind seit der Wiedervereinigung keinem einheitlichen Entwicklungspfad gefolgt, sondern vier verschiedenen Typologien, die vom prekärem Strukturwandel und Schrumpfung bis zu ausgewogener Prosperität reichen. Die Chancen der lokalen Akteure, darunter die Gewerkschaften, den Modernisierungsprozess der Kommune mitzubestimmen, hängen von ihren Machtressourcen ab. Sie wachsen, wenn sich einzelne Akteure vor Ort vernetzen. Denn Städte sind hoch komplexe, vielfältig vernetzte Organismen des Zusammenlebens, die sich nicht von oben steuern lassen. So lautet das Fazit der von der Hans-Böckler-Stiftung und der Gewerkschaft ver.di unterstützten Studie der Bremer Soziologen Rolf Prigge und Thomas Schwarzer über die politischen Gestaltungsspielräume der Städte.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„Ein nicht unerheblicher Teil der heutigen Entscheidungsträger in der Wirtschaft (hat sich) offenbar relativ weit vom Wertekanon entfernt, der sich über Jahrhunderte hinweg in unserem Land herausgebildet hat".

Porsche-Vorstandvorsitzender Wendelin Wiedeking am 4. Oktober auf einer Tagung der Akademie des Bistums Mainz über den Werteverfall führender Manager

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.10.2006 19/06

DGB

Aktionstag der Gewerkschaften

Erfolgreicher Auftakt

Mit Großkundgebungen in fünf Städten hat der DGB am 21. Oktober Bewegung in die Diskussion über die Reformpolitik in Deutschland gebracht. Ausgesprochen zufrieden zeigte sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mit dem Aktionstag. Es sei gelungen, „die verbreitete Politikverdrossenheit zu überwinden und Menschen für eine bessere Politik in Bewegung zu setzen". Jetzt gelte es, „den Schwung vom 21. Oktober zu nutzen und für einen Kurswechsel der großen Koalition zu werben".

Denn die Kundgebungen sind erst der „Auftakt zu weiteren politischen Aktionen der Gewerkschaften". In den nächsten Monaten werden DGB und Gewerkschaften die parlamentarischen Beratungen zu den Reformvorhaben mit zahlreichen Aktivitäten intensiv begleiten. So soll auf allen Ebenen, in den Wahlkreisen vor Ort wie auf Bundesebene, der Dialog mit den Bundestagsabgeordneten geführt werden. Ob Gesundheitsreform, Rente mit 67 oder die Durchsetzung eines Mindestlohns: Die Gewerkschaften stellen sich auf langwierige Auseinandersetzungen ein. „Wir haben einen langen Atem", verspricht Michael Sommer. Denn auch wenn sich das Bundeskabinett unbeeindruckt von den Protesten zum Beispiel auf einen Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform verständigt hat, ist noch nichts beschlossen. Neben medienwirksamen Aktionen in Berlin, etwa anlässlich der Bundestagsanhörungen zur Gesundheits- und zur Rentenreform, sollen bis zum Frühjahr 2007 insbesondere die Abgeordneten von SPD und Union mit den konkreten Auswirkungen der geplanten Reformen konfrontiert werden. Dazu ist zum Beispiel eine Art „Praxistest für MdBs" in den Wahlkreisen geplant, bei dem sich die Abgeordneten etwa damit auseinandersetzen können, was es heißt, auf dem Bau bis 67 zu arbeiten.



Foto: Werner Bachmeier

Mehr als 220 000 Menschen demonstrierten bundesweit für die Alternativen der Gewerkschaften zur Reformpolitik der großen Koalition.

Auf zahlreichen Veranstaltungen, wie einer alternativen Fach-Anhörung zur Gesundheitsreform am 22. November in Berlin oder einer internationalen Sozialstaatskonferenz am 13./14. März 2007 am gleichen Ort, wird der DGB weiterhin für seine Reformalternativen werben. Und davon hat der DGB eine Menge zu bieten. Inzwischen müsste das auch CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla wissen, der den Gewerkschaften vorgeworfen hatte, nur zu protestieren, ohne in den vergangenen zwölf Monaten eigene Vorschläge entwickelt zu haben. Dass das keinesfalls stimmt, stellte Michael Sommer in einem offenen Brief an Pofalla klar. „Unabhängig von der Tatsache, dass ich selbst öfters mit Ihnen unsere Vorschläge erörtert habe", heißt es dort, habe der DGB zu allen strittigen Reformvorhaben eigene Vorschläge entwickelt und diese sowohl der CDU-Spitze als auch der Öffentlichkeit vorgestellt – von der Bürgerversicherung über Ausbildungsplatzinitiativen bis zu einer aufkommensneutralen Unternehmenssteuerreform. Ein dickes Paket mit den Alternativkonzepten hat der DGB Pofalla eigens noch mal zugeschickt. •

plusminusBERLIN

+ ***Rolf Mützenich, Sprecher für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Fraktion, will Waffen im Weltall völkerrechtlich verbieten lassen. Eine neue Doktrin der US-Regierung sehe vor, das All strategisch in die US-Kriegsführung zu integrieren.***

– ***Trotz der Verfassungsbedenken von Bundespräsident Horst Köhler wollen Union und SPD an der Privatisierung der Flugsicherung festhalten. CDU-Berichterstatter Norbert Königshofen will dazu „gegebenenfalls auch das Grundgesetz ändern".***

inhalt

Seite 2

21. Oktober
Kommentare, Impressionen und Reaktionen zum gewerkschaftlichen Aktionstag

Seite 5

Preis der Arbeit
Sieben Unternehmen, die besondere gesellschaftliche Verantwortung zeigen, haben es in die letzte Runde geschafft. Jetzt stimmen die einblick-LeserInnen mit ab

Seite 7

Change or die
Mit ihrem Organising-Konzept haben die britischen Gewerkschaften den Mitgliederverlust gestoppt. Das geht nicht, ohne ein Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln, meint Carl Roper vom Trade Union Congress

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.rechtsweg-ausgeschlossen.de
Kampagne gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum neuen Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie











Aktionstag der Gewerkschaften

Signal aus der Mitte der Gesellschaft

Das Signal, das von den mehr als 220 000 Menschen ausgeht, die am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, Frankfurt/M., Stuttgart und München für eine andere Politik demonstriert haben, ist ein doppeltes: Erstens kommt die Forderung, dass die Reformen sozial ausgewogen sein müssen, aus der Mitte der Gesellschaft. Und zweitens gibt es Alternativen zum Reformkonzept der großen Koalition.

Bereits im Vorfeld des Aktionstages hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer immer wieder betont, dass das Ziel des Aktionstages „nicht eine andere Regierung, sondern eine andere Politik" ist, und hatte damit die zentrale Botschaft des Aktionstages vorweggenommen. Im Mittelpunkt der Redebeiträge von führenden GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Initiativen und sozialen Bewegungen in den fünf Demonstrationsorten standen die Alternativen zur Reformpolitik der Bundesregierung.

Der von der großen Koalition geplante Gesundheitsfonds sei in seiner jetzigen Form „der Anfang vom Ende der solidarischen Krankenversicherung" warnte Sommer in Stuttgart vor 45 000 Zuhörern. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske kritisierte auf der mit 80 000 TeilnehmerInnen größten Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin vor allem die geplante Unternehmenssteuerreform. Die Regierung setze „eine gigantische Umverteilungsmaschine" in Gang, wenn sie einerseits die geplante Mehrwertsteuererhöhung als haushaltspolitisch dringend notwendig verteidige, gleichzeitig aber eine massive Senkung der Unternehmenssteuern ankündige. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg ergänzte, dass die Politik der großen Koalition zu einer „zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft" führe. Soziale Konflikte würden an Bedeutung gewinnen, während sich immer mehr Menschen aus der politischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft zurückzögen.

Reden im Wortlaut: ***www.dgb.de/termine/aktionstag211006/reden/inhalt***

Hauptredner der Dortmunder Kundgebung war der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, der auf die Forderung der Gewerkschaften nach einem Mindestlohn einging. Die Menschen wollten „faire Arbeitsbedingungen" und „einen Lohn, der mindestens die Existenz sichert". Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel kritisierte in Frankfurt/M. die geplante Verlängerung des Renteneintrittalters auf 67. Das Rentensystem müsse reformiert werden, aber die Rente mit 67 löse keines der demografischen Probleme, sondern führe zu einer massiven Rentensenkung. Besser sei es, die Erwerbsbeteiligung Älterer zu fördern und die Arbeitsbedingungen gesundheits- und alternsgerecht zu gestalten.

Unter dem Stichwort Generationengerechtigkeit fordern die Gewerkschaften, dass auch die Jüngeren eine Chance bekommen, ins Arbeitsleben einzusteigen. „Die Regierung soll endlich zugeben, dass der Ausbildungspakt gescheitert ist und sich mit unserem Vorschlag einer Umlagefinanzierung auseinandersetzen", so der NGG-

Aktionstag 21.

Über 220 000 DemonstrantInnen sind dem Aufruf der Gewerkschaften zum Aktionstag gefolgt. Die kleinen Geschichten dahinter: ■■■ Im Rathaus von Dortmund verzögerte sich wegen der DGB-Kundgebung eine Trauung. Die 30 000 Demonstranten auf dem Friedensplatz unmittelbar vor dem Rathaus waren zu laut. Die Standesbeamtin verstand das Ja-Wort des jungen Paares nicht. ■■■ Auch in Frankfurt am Main fand die Kundgebung am Römer in direkter Nähe zum Standesamt statt. Der DGB nahm die Hochzeitsgesellschaften in Empfang: Für jedes Brautpaar gab es ein kleines Präsent und eine Glückwunschkarte. ■■■ Die Auszubildenden der Berliner Bundesvorstandsverwaltung des DGB konnten nicht zur



Fotos: Werner Bachmeier, Christian von Polentz/transit Berlin, Ulla Spiekermann, Uwe Klostermeier, Jürgen Seidel

Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg in München. Die große Koalition müsse trotz ihrer deutlichen Parlamentsmehrheit ernst nehmen, was die Menschen bewegt, ergänzte er gegenüber der *Berliner Zeitung*. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer anderen Politik hat ein großes Medienecho ausgelöst. Dass der Appell auch an der Koalition nicht ganz ungehört vorbeigegangen ist, zeigen die zum Teil heftigen Reaktionen führender Politiker, vor allem bei der Union (siehe Seite 1). •

Oktober: Von Berlin bis München

Kundgebung in der Hauptstadt kommen. Sie nahmen an einer Weiterbildungsmaßnahme in Hattingen teil. Den Aktionstag ließen sie sich trotzdem nicht entgehen – und fuhren zur Kundgebung nach Dortmund. ■■■ Im Vorfeld des Aktionstags in Stuttgart hatte der DGB Klage gegen die Auflagen der Stadt eingereicht. Sie seien „schikanös" und verteuerten die Kundgebung unverhältnismäßig, so der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener. Ein Beispiel: Der DGB sollte in den zur Demo ausgewiesenen Halteverbotszonen „die amtlichen Kennzeichen aller dort zu diesem Zeitpunkt ordnungsgemäß abgestellten Fahrzeuge festhalten" und diese Liste dem Polizeipräsidium vorab weiterleiten. Das Gericht gab dem DGB im Eilverfahren Recht. ■■■ In München nahmen etliche MitarbeiterInnen der ehemaligen Siemens-Handysparte von BenQ an der Demonstration teil. Kurz zuvor hatten Beschäftigte der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH aus Berlin ihren „Marsch der Solidarität" gegen die Schließung ihres Werks in München beendet. ■■■ Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und die DGB-Jugend Hessen haben vor dem 21. Oktober mit einer Postkartenaktion



Auszubildende und Jugendliche für die Kundgebungen in Berlin und Frankfurt/M. mobilisiert. Die Karten mit Slogans wie „Übernahme garantieren" oder „Umlagefinanzierung jetzt!" verteilte die Gewerkschaftsjugend auf ihren Berufsschultouren. ■■■ Auch in Berlin gab es einen Demozug zur DGB-Kundgebung. Doch anders als in Dortmund, Frankfurt/M., Stuttgart und München wurde die Demonstration nicht von den ebenfalls teilnehmenden Gewerkschaften angeführt, sondern von einer Vielzahl politischer Initiativen, von den Berliner SchülerInnen und StudentInnen bis zum Sozialverband Deutschland (SoVD). ■■■ Die fünfköpfige Band „Don't beat Bubu", die im Vorprogramm der Kundgebung in Berlin spielte, begeisterte nicht nur musikalisch, sondern auch mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 80 Prozent.

Pressestimmen

„Diese verbale Aufrüstung ist wohl auf den unerwarteten Erfolg des gewerkschaftlichen Aktionstages zurückzuführen." *(Die Berliner „tageszeitung" zur Kritik der Union an den Gewerkschaften)*

„Es waren die größten Proteste gegen eine Bundesregierung seit den Kundgebungen gegen Gerhard Schröders Arbeitsmarktreformen." *(Bild am Sonntag)*

„Erinnerungen werden an diesem Sonnabend wach an das Frühjahr 2004, als der DGB den Protest gegen die Reformpolitik des SPD-Kanzlers Schröder orchestrierte und eine halbe Million Menschen auf die Straße brachte. Heute weiß man, dass Schröder seinen Kampf um das Vertrauen der Bürger damals schon verloren hatte." *(Berliner Zeitung)*

„Am vergangenen Wochenende haben die Gewerkschaften der amtierenden Bundesregierung den Kampf angesagt. 220 000 Menschen gingen auf die Straße, in den Fußgängerzonen der Republik waren mindestens so viele rote Fahnen wie Einkaufstüten von Kaufhof und Karstadt zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften präsentieren sich als politische Großmacht." *(Frankfurter Rundschau)*

PROJEKTE UND PARTNER

Bildungswerk

Aktuelle Angebote

Anspruch auf Bildungsurlaub haben viele Beschäftigte, aber längst nicht alle nutzen ihn. Dass es mehr als berufliche Weiterbildung gibt, zeigen die Seminarangebote des DGB-Bildungswerks: Bis Jahresende finden im Tagungszentrum Hattingen noch mehrere Seminare zu politisch kontroversen Themen statt. Um „Wertewandel, soziale Milieus und Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts" geht es vom 19. bis zum 24. November. Ähnlich aktuell ist das Seminar „Globalisierung – Alterung der Gesellschaft – Staatsverschuldung: Wie reformiert die Große Koalition den Sozialstaat?", das vom 26. November bis zum 1. Dezember stattfindet. Die Kostenbeteiligung an den Seminaren beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 125 Euro, andere TeilnehmerInnen zahlen pro Tag 20 Euro mehr. •

www.dgb-bildungswerk.de

Filmfestival

„ueber arbeiten"

Elf Filme werden in achtzig Städten auf mehr als tausend Veranstaltungen gezeigt: Das sind die Rahmendaten des bundesweiten Filmfestivals „ueber arbeiten". Die Filme greifen die Themen Arbeit, Wirtschaft und Globalisierung auf, etwa mit dem Beitrag „Des Wahnsinns letzter Schrei" (Paritätischer Wohlfahrtsverband). Innerhalb eines halben Jahres werden die Filme bundesweit präsentiert und parallel dazu Veranstaltungen und Diskussionsrunden angeboten. Zu den Filmpartnern gehören attac Deutschland, die DGB-Jugend und *ver.di-Publik*. „ueber arbeiten" ist Teil des Gesellschafter-Projektes der Aktion Mensch „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?" Das Filmfestival startet am 2. November. •

www.ueber-arbeiten.de

interregio

••• ***DGB*** und ***ver.di Sachsen*** haben in einer gemeinsamen ***Stellungnahme*** das geplante Ladenöffnungsgesetz des sächsischen Wirtschaftsministeriums kritisiert. Besonders negativ sei, dass die „Weihnachtsmarktregelung" pauschal erteilt werden soll und nicht auf traditionelle Weihnachtsmärkte von regionaler Bedeutung beschränkt bleibt. Die Regelungen der Arbeit an Sonn- und Feiertagen seien missverständlich und Vorschriften zu Ordnungswidrigkeiten fehlten völlig. Durch die Verlängerung der Öffnungszeiten sei außerdem keine Zunahme der Beschäftigung zu erwarten.

••• Das Hochschulprojekt der ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** hat pünktlich zum Wintersemester das ***Internetangebot*** *www.dgbcampusoffice.de* online gestellt. Es soll den Austausch über gewerkschaftspolitische Themen zwischen Studierenden und Gewerkschaften erleichtern. Der im Januar gegründete gewerkschaftliche Hochschulbeirat mit VertreterInnen von ver.di, GEW und den Frankfurter Hochschulen organisiert im Wintersemester erneut eine Ringvorlesung zu aktuellen Themen wie Studiengebühren und Praktika als Form prekärer Arbeit. Infos: *www.dgbcampusoffice.de*

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Alexander H. Lottis
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: alottis@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Preis der Arbeit

LeserInnen beurteilen Unternehmen

Am 30. November zeichnet das Forum Zukunftsökonomie vorbildliche Unternehmen erstmals mit dem Preis der Arbeit aus. Neben einem Preis der Jury wird auch ein Publikumspreis verliehen. Dabei ist auch das Urteil der einblick-LeserInnen gefragt.

Gute Unternehmensführung brauche eine „gewisse Nachdenklichkeit", meint Gesine Schwan, Präsidentin der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder und Schirmherrin für den Preis der Arbeit. Viele Manager erlaubten sich aus Zeitgründen keine Zweifel, so Schwan. Deshalb sei es wichtig, ihr Handeln zu kontrollieren – durch Regeln, aber auch durch Öffentlichkeit.

Davon waren auch die VertreterInnen von sechs Printmedien – neben dem *einblick* unter anderem die *taz* und *ver.di publik* – überzeugt, als sie 2005 das Forum Zukunftsökonomie gründeten. Ihr Ziel: die Diskussion über Unternehmensverantwortung gemeinsam mit den LeserInnen neu zu beleben *(einblick 8/06)*.

Mehr als 70 Unternehmen haben die LeserInnen der beteiligten Medien in den letzten Monaten für den Preis der Arbeit vorgeschlagen. Neben den Redaktionen hat eine Fachjury (siehe Foto) diese Vorschläge begutachtet. Kriterien waren dabei die Qualität der Produkte und Dienstleistungen, ökologische Verantwortung, Arbeitnehmerinteressen und gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens.

Am 30. November wird in Berlin an je ein Unternehmen der Preis der Jury sowie der Publikumspreis verliehen. Davor sind die LeserInnen der beteiligten Medien gefordert, aus den sieben von der Jury ausgewählten Spitzenreitern ihren Favoriten in Sachen vorbildliche Unternehmensführung zu küren. *einblick* stellt hier die Kandidaten kurz vor. •

Die Möbelmacher GmbH (www.die-moebelmacher.de) ■ *Das kleine Handwerksunternehmen aus Kirchensittenbach bei Nürnberg ist seit vielen Jahren ein Vorreiter in Sachen „Nachhaltigkeit". Die GmbH mit 20 MitarbeiterInnen fertigt Küchen nach Kundenwünschen. Dank Rohstoffen aus der Region, einem vorbildlichen Qualitätsmanagement-System, Orientierung an Gleichberechtigung und kooperativem Umgang miteinander fand es die Anerkennung der Jury.*

EWS GmbH (www.ews-schoenau.de) ■ *Die Elektrizitätswerke Schönau – auch unter dem Namen die „Stromrebellen" bekannt – gehen auf die Schönauer Energieinitiative zurück, die nach der Katastrophe von Tschernobyl beschloss, die Versorgung der Gemeinde mit Ökostrom in Eigenregie zu organisieren. Mit bundesweit 650 GesellschafterInnen beliefert das südbadische Energieunternehmen heute über 22 000 Haushalte und Gewerbebetriebe in der gesamten Republik mit Ökostrom.*

Faber Castell AG (www.faber-castell.de) ■ *Das Familienunternehmen aus Stein bei Nürnberg stellt Schreib- und Zeichengeräte her. Der Global Player gehört zu den ersten Unternehmen der Branche, die ökologische und soziale Standards im globalen Maßstab nicht nur zusichern, sondern auch umsetzen. Die Arbeitsbedingungen der weltweit rund 5500 MitarbeiterInnen wurden im Jahr 2000 in einer mit der IG Metall abgestimmten Sozialcharta festgelegt.*

Hess Natur GmbH (www.hess-natur.de) ■ *Das vielfach ausgezeichnete Textilunternehmen aus Butzbach setzt nicht nur nachahmenswert ökologische Standards um. 2003 startete das Unternehmen gemeinsam mit der Clean Clothes Campaign ein Pilotprojekt zur Kontrolle von Sozialstandards bei den Zulieferern. Auch die Arbeitsbedingungen der 255 MitarbeiterInnen des zur Karstadt-Quelle-Gruppe gehörenden Unternehmens sind vorbildlich, so die ver.di-Bundesfachgruppe Einzelhandel.*

Ritter Sport GmbH (www.ritter-sport.de) ■ *Die Schokoladenfirma in Familienbesitz aus dem schwäbischen Waldenbuch betreibt ein Blockkraftwerk, lehnt gentechnisch manipulierte Rohstoffe ab und fördert einen ökologisch produzierenden Kakaobetrieb in Nicaragua. Und legt Wert auf ein gutes Betriebsklima und auf die Einhaltung der Mitbestimmungsrechte der rund 730 MitarbeiterInnen.*

Weleda AG (www.weleda.de) ■ *Im Arzneimittel- und Körperpflegemarkt hat sich das Schwäbisch-Gmündener Unternehmen mit der Verwendung natürlicher Rohstoffe und der Umsetzung ökologischer Grundsätze einen Namen gemacht. Auch der Umgang mit den hierzulande rund 750 MitarbeiterInnen ist preiswürdig – mit weit gehenden Mitbestimmungsrechten, einer guten Ausbildungsquote und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie der Einrichtung eines „Generationen-Netzwerks".*

Windwärts (www.windwaerts.de) ■ *Die Hannoveraner Windwärts Energie GmbH entwickelt und betreibt Wind- und Solarenergieanlagen zur ökologischen Stromerzeugung. Die 27 MitarbeiterInnen sind am Gewinn beteiligt und bestimmen bei Gehaltsstruktur oder Arbeitszeitmodellen mit.*



Foto: Kai Herschelmann

Aus mehr aus siebzig Vorschlägen hat die Fachjury sieben preiswürdige Unternehmen ausgewählt. Von links nach rechts: Heide Pfarr (Hans-Böckler-Stiftung), Olaf Stender (Betriebsratsvorsitzender der Firma Wilkhahn), Johannes Jakob (in Vertretung für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach), Hermann-Josef Tenhagen (Chefredakteur FinanzTEST), Wolf Christian Ramm (terre des hommes), Nadine Braun (BUND-Jugend) und Birgit Mahnkopf (Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin).

Abstimmen

Welchen Betrieb wollen Sie als vorbildlich auszeichnen? Alle LeserInnen der beteiligten Medien können an der Auswahl des Preisträgers teilnehmen.

Bitte senden Sie Ihre Stimme bis zum 22. November per Post an: **einblick Verlagsgesellschaft mbH Wallstr. 60, 10179 Berlin Stichwort: Preis der Arbeit**

Sie können aber auch im Internet auf der Homepage des Forum Zukunftsökonomie abstimmen: **www.preis-der-arbeit.de**

(Mit weiteren Infos zu den vorgeschlagenen Unternehmen)

Ihre Teilnahme wird belohnt: Unter allen Einsendungen verlosen wir über 50 Bücherpakete, Geschenk- und Büchergutscheine, unter anderem vom Online-Shop Buch & mehr direkt (www.buchundmehr.de), von der Büchergilde (www.buechergilde.de), vom taz Shop (www.taz.de) sowie vom Vorwärts Verlag (www.vorwaerts.de).

Forum Zukunftsökonomie: Zu den sechs Gründungsmitgliedern gehören neben dem „einblick" die Berliner „tageszeitung" (taz), die ver.di-Mitgliederzeitung „ver.di publik", das „BUND-magazin" des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, das Organ der Verbraucherinitiative „Verbraucher konkret" sowie die SPD-Mitgliederzeitung „vorwärts".

kurz&bündig

Die IG BAU bewertet den Rückgang der Quote osteuropäischer Erntehelfer in diesem Jahr als Erfolg: Der Anteil inländischer Saisonkräfte habe zugenommen. Das trotzdem zu beobachtende „Jammern der Landwirte über fehlende ausländische Saisonarbeitskräfte" habe den einfachen Grund, dass sich einheimische MitarbeiterInnen nicht mit Niedrigstlöhnen abspeisen ließen.

Mit einer Aktionswoche in allen Seehäfen der Ostsee hat die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) gegen Dumping-Arbeitsplätze auf Schiffen unter Billigflaggen protestiert. ver.di koordinierte als deutsches ITF-Mitglied die Aktionen in Wismar, Rostock, Lübeck und Kiel.

Die IG BCE will mit Regionalforen eine neue Form der Zusammenarbeit von Betriebsräten und Ortsgruppen schaffen. Themen von überregionaler Bedeutung sollen deutlicher formuliert und in Projekten umgesetzt werden. Bis Ende 2006 sollen die ersten Projekte starten, erste Ergebnisse werden 2007 präsentiert.

ver.di hat im Rahmen der Initiative „Ich bin mehr wert" den aktuellen Gehaltsindex für die IT-Branche veröffentlicht. Der Index bietet einen Überblick über Einkommen in rund 220 Berufen. Er soll die in der Branche üblichen individuellen Gehaltsverhandlungen für die ArbeitnehmerInnen erheblich erleichtern.
www.ich-bin-mehr-wert.com

Gewerkschaften und KMK

Gemeinsam für mehr Förderung

Der Anteil höherwertiger Schul- und Ausbildungsabschlüsse muss gesteigert, der Anteil der Menschen, die im Bildungssystem scheitern, deutlich gesenkt werden – das ist eine der Kernaussagen einer gemeinsamen Erklärung zur Zukunft des Bildungssystems, die die Bildungs- und Lehrergewerkschaften und die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) am 19. Oktober vorgelegt haben. In der Erklärung, die unter dem Titel „Fördern und Fordern – eine Herausforderung für Bildungspolitik, Eltern, Schüler und Lehrkräfte" steht, bekennen sich die Bildungsgewerkschaften und die Kultusminister ausdrücklich zum Ziel gleichwertiger Bildungs- und Lebenschancen. Zudem fordern sie, dass die Mittel, die durch den Rückgang der Schülerzahlen in den kommenden Jahren frei werden, in die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems fließen.

Die GEW bewertet die gemeinsame Erklärung positiv. Wichtig sei auch, dass erstmals alle Beteiligten festgestellt hätten, dass das Bildungssystem unterfinanziert sei, sagte ihr Vorsitzender Ulrich Thöne. Unterzeichner der Erklärung sind neben der KMK und der GEW unter anderen der Philologenverband und der Verband Bildung und Erziehung. •

www.einblick.dgb.de
Gemeinsame Erklärung der Bildungsgewerkschaften und der KMK

Schutz von Praktikanten

Gesetzgeber gefordert

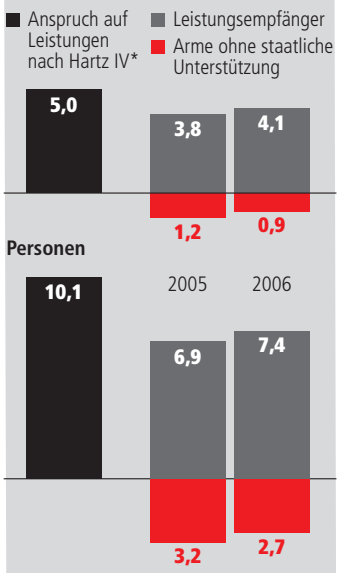
Statt eines regulären Beschäftigungsverhältnisses steht für BerufseinsteigerInnen immer öfter ein nicht oder nur schlecht bezahltes Praktikum am Beginn ihres Arbeitslebens. Oft sogar für lange Zeit. Um dem wachsenden Missbrauch von PraktikantInnen durch die Arbeitgeber einen Riegel vorzuschieben, sieht der DGB den Gesetzgeber gefordert. Er soll das Praktikum gesetzlich als Lernverhältnis definieren. Praktika sollten zudem generell auf maximal drei Monate beschränkt werden, die PraktikantInnen müssten eine Vergütung von mindestens 300 Euro im Monat erhalten.

Um der Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, hat die DGB-Jugend gemeinsam mit dem Verein fairwork am 13. Oktober beim Deutschen Bundestag eine Online-Petition eingereicht. •

www.dgb-jugend.de

Viele gehen leer aus

Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld im Vergleich zur Zahl der Hilfsbedürftigen (in Millionen)



*Ermittlung der Zahl der Anspruchberechtigten auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) 2004; Leistungsempfänger laut Bundesagentur für Arbeit (Juni 2005 bzw. Mai 2006)
Quelle: Irene Becker, Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze, Oktober 2006

© DGB einblick 19/06

Verdeckte Armut

Studie widerlegt SPD-Vorsitzenden

Das Medienecho, das der SPD-Vorsitzende Kurt Beck mit seiner These hervorgerufen hat, eine immer größer werdende Unterschicht habe jegliche Eigeninitiative verloren und verlasse sich ausschließlich auf staatliche Transferleistungen, war gewaltig. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) geförderte Studie der Frankfurter Sozialforscherin Irene Becker kommt zu einem ganz anderen Ergebnis: Von den 10,1 Millionen Menschen, die in Deutschland unterhalb der Armutsschwelle leben und deshalb Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, bekommen nur 7,4 Millionen Leistungen nach den Hartz-Gesetzen bzw. Sozialgeld. 2,7 Millionen Menschen verzichten hingegen auf die ihnen zustehenden Transferleistungen. Besonders groß ist die verdeckte Armut unter den Erwerbstätigen mit geringen Einkommen und bei Familien mit Kindern. Von den 2,8 Millionen Kindern bis 15 Jahre, die unterhalb der Armutsschwelle leben, erhalten nur 1,9 Millionen eine finanzielle Unterstützung des Staates. Von den 2,8 Millionen Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich, die seit den Hartz-Reformen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben, bekommen nur 900 000 Geld von den Arbeitsagenturen.

Nicht der Leistungsmissbrauch sei weit verbreitet, sondern Armut trotz Arbeit, lautet das Fazit der Studie. Zudem belegt die HBS-Studie, dass Armut in Deutschland weiter verbreitet ist, als von SPD und Union in der aktuellen Debatte unterstellt. •

Die Hartz-Reformen haben das Problem der verdeckten Armut reduziert, aber nicht beseitigt. 2,7 Millionen Menschen, die auf Grund ihres niedrigen Einkommens Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, nehmen sie nicht in Anspruch.

Mitgliedergewinnung

Change or die

Unter dem Begriff „Organising" haben britische und amerikanische Gewerkschaften neue Strategien der Ansprache von Nicht-Mitgliedern entwickelt. Mitgliedergewinnung heißt dabei mehr, als Beitrittsformulare unterschreiben zu lassen, meint Carl Roper vom britischen Trade Union Congress (TUC).

Wenn ich gefragt werde, warum es notwendig ist, dass Gewerkschaften ihre Strukturen und Einstellungen ändern und neue Strategien der Mitgliedergewinnung entwickeln, ist meine Antwort ganz einfach: „Change or die." Wer sich nicht ändert, bleibt über kurz oder lang auf der Strecke – das gilt für die meisten Gewerkschaften in den westlichen Ländern.

Mit dem Organising-Konzept konnte der TUC seine Mitgliederverluste zwar stoppen und verzeichnete in den Jahren 2003 und 2005 sogar steigende Mitgliedszahlen: Wieder auf den Stand von 1970 zu kommen, würde bei gleich bleibender Entwicklung aber 240 Jahre dauern. **So lange können wir als Gewerkschaften nicht warten.**

Unsere Organising-Akademie bildet deshalb auch weiterhin „Organiser" für die Mitgliedergewinnung aus. Alle erhalten einen Vertrag über zwölf Monate und werden in dieser Zeit von der Akademie bezahlt. Ein Großteil erhält danach eine Festanstellung – oft bei einer der TUC-Gewerkschaften. In ihrem Jahr an der Akademie erhalten die TeilnehmerInnen insgesamt eine 20-tägige Ausbildung, betätigen sich aber ab dem ersten Tag als Organiser. Sie nehmen Kontakt zu Belegschaften auf und versuchen in Betrieben zumindest einen, besser mehrere gewerkschaftliche AnsprechpartnerInnen zu etablieren. Dabei gilt das Prinzip: Ein guter Organiser gewinnt keine Mitglieder. Ein guter Organiser gewinnt Vertrauensleute in den Betrieben, die dann wiederum neue Mitglieder gewinnen. Wir versuchen, **nachhaltige Strukturen in den Betrieben zu etablieren,** die dann zwar weiterhin betreut werden, aber zu einem gewissen Grad selbstverantwortlich funktionieren. Das ganze Konzept ist langfristig angelegt und soll nachhaltig aktivierende gewerkschaftliche Strukturen in den Betrieben schaffen.

In den letzten Jahren haben wir verstärkt darauf geachtet: Wo ist eine Branche, die stark wächst, aber noch keinen hohen Organisationsgrad hat. In der sich verändernden Arbeitswelt gehen gerade viele Berufsanfänger und Hochschulabsolventen in Branchen, in denen es keine starke gewerkschaftliche Tradition gibt. Dort Unternehmen zu organisieren, ist ein Ziel von Organising. Die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften in Deutschland stehen,



Carl Roper, 37, ist Leiter der Organising-Akademie des Dachverbands der britischen Gewerkschaften, TUC.

sind nicht dieselben wie in Großbritannien. Deshalb kann man das britische Konzept sicher nicht eins zu eins übertragen. Es geht beim Organising außerdem nicht in erster Linie um übertragbare Einzelprojekte, sondern vielmehr um eine **grundsätzliche Änderung der Einstellung in den Gewerkschaften.**

Ein Beispiel: Ich bin Mitglied im britischen Automobilclub AA, ähnlich dem deutschen ADAC. Ich zahle jedes Jahr meinen Beitrag, und wenn ich mal eine Panne habe, kann ich mich abschleppen lassen. Das ist wie eine Versicherung. Aber ich habe keinen Bezug zu diesem Verband, obwohl ich Mitglied bin. Außer im Schadensfall komme ich mit dem Verband nicht in Kontakt. Wenn ich auf der Straße oder am Arbeitsplatz ein anderes AA-Mitglied treffe, fühle ich mich ihm in keiner Weise verbunden.

Organising heißt deshalb neben der Mitgliedergewinnung, dass die Gewerkschaften für ihre Mitglieder mehr sein sollen als der ADAC. Wir müssen die **Mitglieder integrieren und einbinden,** sodass sie sich als Teil des Verbandes fühlen und ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln.

Nur wenn sich Mitglieder in die Organisation integriert fühlen, können wir ihnen auch Struktur, Arbeit und Einstellungen der Gewerkschaften näher bringen und sie so an uns binden. Wenn die ArbeitnehmerInnen nicht mehr das unterstützen und umsetzen, was die Gewerkschaften sich vorstellen – woher nehmen wir dann noch unsere Durchsetzungskraft?

Diese grundsätzliche Einstellung kann man sicherlich auch auf andere Länder übertragen: Es geht darum, dass wir näher an den Mitgliedern sind und dass wir von ihnen **nicht nur als „Versicherungsagentur" oder Dienstleister** wahrgenommen werden. •

Gemeinschaftsgefühl vermitteln

Carl Roper stellte Mitte Oktober das britische Organising-Konzept auf einer Tagung des Bereichs Jugend des DGB-Bundesvorstands vor. Unter dem Titel „Mitgliederwerbung, Organising und mehr" suchten die jungen Gewerkschaftsmitglieder nach neuen Wegen bei der Mitgliedergewinnung.

„Wir müssen uns fragen, wie wir für unsere Mitglieder dauerhaft ein Gemeinschaftsgefühl hinbekommen", meinte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock zum Auftakt der Veranstaltung.

Auch in anderen Ländern sind in den letzten Jahren Strategien zur gewerkschaftlichen Erneuerung und Veränderung entwickelt worden. Einen Überblick bietet der in diesem Monat in der Edition der Hans-Böckler-Stiftung erschienene Band „Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung".

Juri Hälker, Claudius Vellay (Hg.), ***Union Renewal, Gewerkschaften in Veränderung,*** *Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2006, 275 Seiten, 15 Euro.*

www.boeckler.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

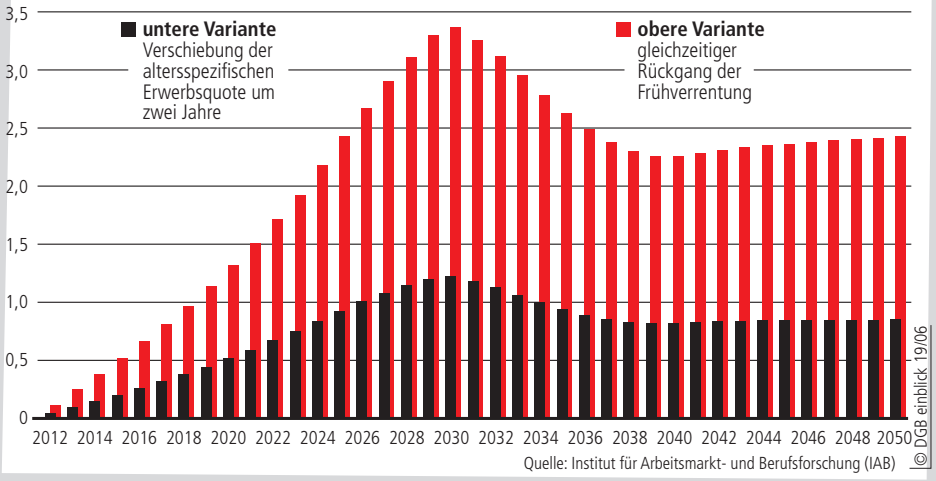
DIES & DAS

die DGB grafik

RENTE MIT 67: Massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit

Wegen der geplanten Rente mit 67 müssen die ArbeitnehmerInnen in Zukunft länger arbeiten, sonst drohen ihnen Abschläge. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden deshalb mindestens 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze gebraucht. Falls die Erwerbsquote der über 65-Jährigen gleichzeitig auf die der 60- bis 64-Jährigen steigt, sind sogar mehr als drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich. Sonst steigt die Arbeitslosigkeit massiv.

Zusätzlicher Arbeitsplatzbedarf durch Heraufsetzung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre (in Millionen)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

personalien

••• ***Konrad Klingenburg,*** 41, Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros des DGB-Bundesvorstands in Berlin, ist ab dem 1. November Bereichsleiter.

••• ***Antonia Kühn,*** 31, Jugendbildungsreferentin der DGB-Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein, ist seit dem 17. Oktober Bezirksjugendsekretärin des DGB Nordrhein-Westfalen. Sie folgt ***Ralf Woelk,*** 41, der die Leitung der Abteilung Arbeitsmarktpolitik/öffentlicher Dienst/Beamte übernommen hat.

••• ***Stefan Pfeifer,*** 44, Projektleiter der gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung ISA Consult, ist seit dem 1. September Leiter der Abteilung Struktur- und Industriepolitik, Verkehr/Technologiepolitik beim DGB-Bezirk NRW.

••• ***Manfred Warda,*** 59, Leiter der Abteilung Internationales/Europa der IG BCE, ist am 5. Oktober zum Generalsekretär der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) gewählt worden. Warda tritt seine neue Funktion am 1. Januar 2007 an. Die Leitung der Abteilung Internationales/Europa bei der IG BCE übernimmt ***Michael Mersmann,*** 45, bislang Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Washington/USA.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

14 TAGE

30.10.-3.11. IBFG und WVA, Gründungskongress des Internationalen Bundes der Gewerkschaften (IGB), Wien

2.11. Technologieberatungsstelle beim DGB Nordrhein-Westfalen, „25 Jahre TBS", Dortmund

2.11. DGB-Bezirk Sachsen, Konferenz „Das sächsische Personalvertretungsgesetz", Dresden

2.11. Diskussionsforum Rhein-Main-Runde, „Zur Lage der Gewerkschaften im globalen Zeitalter" mit IG BCE-Vorsitzendem Hubertus Schmoldt, Frankfurt/M.

2.11. Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Hannover – Hildesheim, Tagung „Science d@y 2006 – Arbeiten ohne Netz. Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten", Hannover

3./4.11. IG Metall, ver.di, GEW, IG BCE und DGB, Workshop „ Arbeitskreis Schule und Arbeitswelt", Hamburg

7.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Ausbildungsmisere – wie weiter?", Hannover

8./9.11. Otto-Brenner-Stiftung, Jahrestagung „Markt contra Staat – Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Europa", Berlin

9./10.11. Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Kongress „Reform der Pflegeversicherung", Berlin

13.11. DGB Rheinland-Pfalz und Evangelische Kirche, Fachtagung „Gerechte Teilhabe statt Ausgrenzung – Strategien gegen Armut", Mainz

13.-16.11. GdP-Bundeskongress „Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei", Berlin

Schlusspunkt

„Ich war noch vor fünf bis sieben Jahren ein Anhänger des Marktes und der Auffassung, die ökonomische Vernunft am Markt regelt alles. Heute denke ich anders."

Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) am 21. Oktober in der Tageszeitung DIE WELT

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.11.2006 20/06

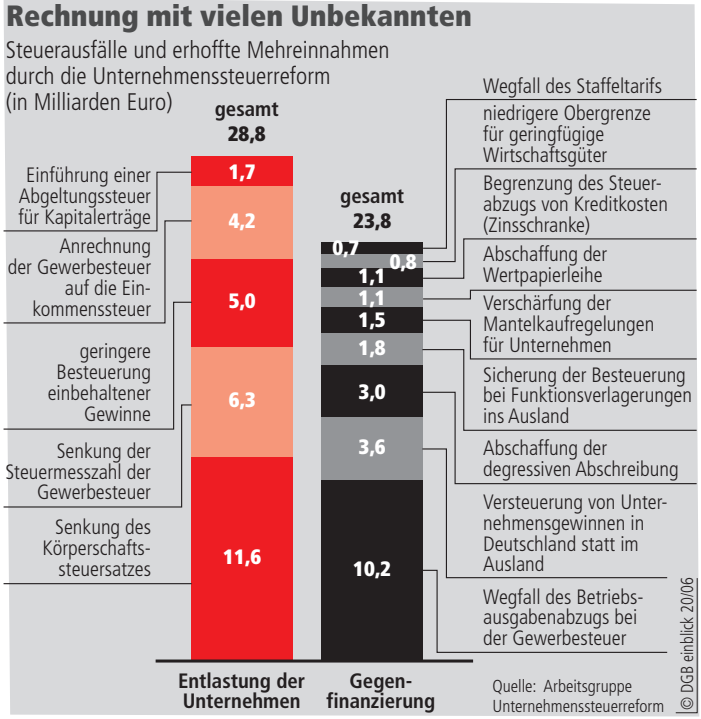
DGB

Unternehmenssteuerreform

Der Staat macht sich arm

2008 soll die Steuer auf Unternehmensgewinne von 38,6 auf 29,8 Prozent sinken. Deutschland werde im internationalen Wettbewerb wieder als Standort attraktiv, die Unternehmen würden mehr investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen – so lautete die zentrale Botschaft von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) bei der Vorstellung der Eckpunkte der Unternehmenssteuerreform am 2. November. 24 der wegfallenden 29 Milliarden Euro wollen Union und SPD durch die Streichung von Steuervergünstigungen und durch Selbstfinanzierungseffekte gegenfinanzieren.

Ob die Rechnung aufgeht, ist zweifelhaft. Statt des von der Koalition unterstellten Defizits von mindestens fünf Milliarden Euro könnten sich die Steuerausfälle auf über zehn Milliarden Euro summieren, wie eine Analyse der Eckpunkte durch den DGB belegt: Erstens dürfte sich ein erheblicher Teil der unterstellten Mehreinnahmen nicht schnell realisieren lassen, weil die entsprechenden Gesetzesänderungen nicht sofort greifen. Zweitens ist es vollkommen unsicher, ob die unterstellten Selbstfinanzierungseffekte von 3,5 Milliarden Euro eintreten, die der Staat dadurch erzielen will, dass bislang im Ausland versteuerte Gewinne im Inland versteuert werden. Drittens bedeutet der als Mehreinnahme verbuchte Wegfall von Abschreibungsmöglichkeiten von drei Milliarden Euro jährlich lediglich das einmalige Vorziehen von Steuermehreinnahmen.



Union und SPD wollen die Unternehmen um 29 Milliarden Euro entlasten. Ob die zur Gegenfinanzierung geplanten Mehreinnahmen greifen, ist dagegen ungewiss.

Der DGB kritisiert zudem die soziale Schieflage der Koalitionspolitik. „Während die Unternehmen massiv entlastet werden, werden die BürgerInnen 2007 durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Kürzungen bei der Pendlerpauschale und steigende Beiträge bei der Kranken- und Rentenversicherung mit 30 Milliarden Euro zur Kasse gebeten", sagte DGB-Vorstand Claus Matecki. Dass die Koalition versucht, Steuerumgehungspraktiken der Unternehmen einzuschränken und die Gewerbesteuer im Kern zu erhalten, wertet der DGB positiv. Das wiege aber „die unfairen Steuergeschenke an die Wirtschaft" nicht auf. •

plusminusBERLIN

+ ***Klimaschutz in den Entwicklungsländern liegt nach Meinung von CSU-MdB Christian Ruck auch im Interesse der Industrienationen. Klimaveränderungen verursachten dort kriegerische Auseinandersetzungen, „die auch uns betreffen".***

– ***BDA-Präsident Dieter Hundt ist gegen Ehrlichkeit bei der Ausbildungsstatistik. Jugendliche in außerbetrieblichen Maßnahmen dürften künftig nicht als „unversorgt" geführt werden. Das untergrabe die „engagierten Bemühungen" der Wirtschaft.***

inhalt

Seite 3
Wohltat mit Pferdefuß
CDU-Politiker Jürgen Rüttgers will, dass ältere Arbeitslose länger Arbeitslosengeld I bekommen – auf Kosten anderer Arbeitsloser

Seite 5
Der Staat entsolidarisiert sich
Interview mit dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg über die Folgen der Föderalismusreform und die Erwartungen an den GdP-Bundeskongress

Seite 7
Kurswechsel für Europa
DGB-Europaexperte Thorben Albrecht zu den Erwartungen der Gewerkschaften an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.preis-der-arbeit.de
Die Wahl des „guten" Unternehmens geht in die Endrunde. Bis zum 22. November können die einblick-LeserInnen mit abstimmen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Das Programm des neu gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB)

Ausbildungsreport

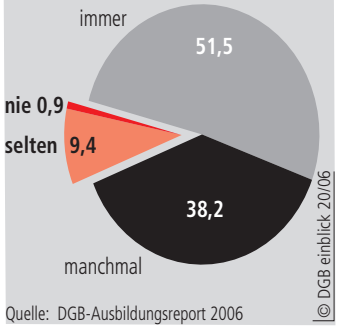
DGB bemängelt Qualität

In Deutschland gibt es nicht nur zu wenig Ausbildungsplätze, sondern auch Nachholbedarf bei der Qualität der Berufsausbildung. Das belegt eine Umfrage unter mehr als 3000 Auszubildenden, die der DGB Ende Oktober unter dem Titel „DGB-Ausbildungsreport 2006" vorgestellt hat. Zwar würden viele der rund 1,6 Millionen Auszubildenden „gut organisierte Ausbildungsbetriebe durchlaufen", so DGB-Vize Ingrid Sehrbrock, gleichzeitig gebe es aber „eine wachsende Zahl von Betrieben, in denen die jungen Menschen sachfremd eingesetzt und vereinbarte Ausbildungspläne nicht eingehalten werden".

20 Prozent der Azubis steht zudem selten oder nie ein Ausbilder zur Verfügung. Außerdem muss jeder dritte Auszubildende regelmäßig Überstunden machen, für die Hälfte von ihnen gilt das sogar drei- bis fünfmal die Woche. Viele Betriebe würden den dramatischen Lehrstellenmangel „als Druckmittel gegenüber den Auszubildenden missbrauchen, auch schlechte Ausbildungsbedingungen in Kauf zu nehmen". Der DGB-Ausbildungsreport soll in Zukunft alle zwei Jahre erscheinen. •

Jeder zehnte Betrieb umgeht Ausbildungsplan

Einhaltung des Ausbildungsplans bei der Berufsausbildung (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2006

Nur in der Hälfte aller Betriebe, die junge Menschen ausbilden, wird der vereinbarte Ausbildungsplan konsequent eingehalten. In zehn Prozent der Betriebe selten oder nie.

Herbstaktionen

Stimmung aufgreifen

Über 220 000 Menschen sind dem Aufruf des DGB für den Aktionstag am 21. Oktober gefolgt. Dem „Warnruf aus der Mitte der Gesellschaft" solle nun eine intensive Überzeugungsarbeit folgen, so der DGB-Bundesvorstand in einer Resolution vom 7. November. Es gelte zunächst, bei den aktuellen Themen Rente mit 67 und Gesundheitsreform den Druck während des parlamentarischen Verfahrens zu verstärken. Die Gewerkschaften wollen die kritische und teilweise ablehnende Stimmung in den Regierungsfraktionen aufgreifen und in Stimmen umwandeln, um Änderungen an den Gesetzentwürfen zu erreichen. Mit Umfragen und „umgekehrten Anhörungen" sollen die Abgeordneten zum Beispiel herausgefordert werden, öffentlich Stellung zu beziehen. Darüber hinaus sollen die Bundestagsabgeordneten zu „Praxistagen" eingeladen werden, um sie mit der Lebenswirklichkeit der KollegInnen in den Betrieben vertraut zu machen.

Der DGB will auch der Politikverdrossenheit in der Bevölkerung entgegenwirken und ruft zum Beispiel auf, an den öffentlichen Anhörungen im Bundestag teilzunehmen. Im Dezember soll bei einer Anhörungswoche erneuter Protest laut werden. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Frank Stodolka
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Arbeitsmarktreform

Wohltat mit Pferdefuß

Jürgen Rüttgers will, dass ältere Arbeitslose länger Arbeitslosengeld I beziehen. Der CDU-Ministerpräsident von NRW greift damit eine gewerkschaftliche Forderung auf und drängt die SPD in die Defensive. Noch ist der Beifall groß. Er dürfte verebben, sobald klar wird, wer Rüttgers' Wohltat bezahlen soll – die Arbeitslosen selbst.

Laut ARD-Deutschlandtrend sagen zwei Drittel der Befragten, dass es in Deutschland „eher ungerecht" zugeht. Da kommt es im Wahlvolk gut an, wenn „Robin Rüttgers" *(Frankfurter Rundschau)* den Rächer der Enterbten gibt. Der Vergleich mit Robin Hood hinkt jedoch. Rüttgers will nicht den Reichen nehmen und den Armen geben. Seine Generalrevision von Hartz IV bedeutet eine Umverteilung in der Klasse, denn die stärkere Koppelung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (Alg I) an die Dauer der Beitragszahlung soll „aufkommensneutral" erfolgen, wie CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla gerne betont.

Dass sich Rüttgers auf dem CDU-Parteitag vom 26. bis 28. November in Dresden durchsetzen wird, gilt als sicher. Nicht nur, weil die NRW-CDU ein Drittel der 1001 Delegierten stellt. Auch das CDU-Präsidium ist mehrheitlich für die Alg I-Korrektur. Und das ist nicht verwunderlich. Denn der Parteitag von 2004 in Düsseldorf hatte schon exakt die Alg I-Staffelung beschlossen, die Rüttgers jetzt fordert, und im Regierungsprogramm der CDU/CSU für den Bundestagswahlkampf 2005 steht zumindest die Kernidee: „Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll anders gestellt werden als jemand, der nur für kurze Zeit in die Solidarkasse eingezahlt hat."

Wie das „im System" (NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann) gegenfinanziert werden soll, ist unklar. Das könne auch bis zum Parteitag nicht exakt durchgerechnet werden, sagt der saarländische CDU-Ministerpräsident Peter Müller vorsorglich. Rüttgers selbst hat im *Spiegel*-Interview nur angedeutet, dass es Kürzungen für jüngere Arbeitslose geben soll und Kinder wieder für ihre arbeitslosen Eltern einstehen müssen.

Den einen zu nehmen und den anderen zu geben, sei „sozial ungerecht", schimpfte Bundesarbeitsminister und Vize-Kanzler Franz Müntefering (SPD). Die CDU wolle die Arbeitslosen „gegeneinander ausspielen", empörte sich SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

Der DGB begrüßt zwar die geplante Verlängerung der Bezugsdauer von Alg I für Ältere: „Dieser soziale Fortschritt darf allerdings nicht durch Kürzungen an anderer Stelle erkauft werden", warnte Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Das genau aber sei der Fall, erklärte die Grünen-Arbeitsmarktpolitikerin Brigitte Pothmer. Profiteure der Alg I-Reform wären vor allem Facharbeiter, Verlierer wären Frauen, Jüngere und Arbeitslose mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, die nicht lange in die Arbeitslosenversicherung einzahlen konnten. Kostenneutralität dürfe deshalb „nicht oberstes Gebot sein", sagte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

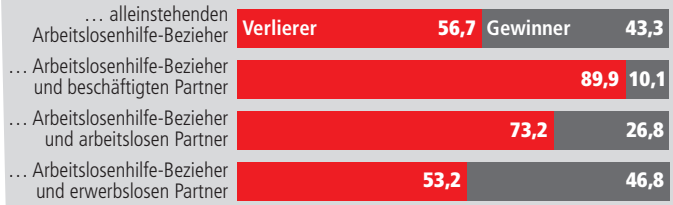
Nach Darstellung des Bundesarbeitsministeriums würde die Hartz IV-Reform à la Rüttgers 1,2 Milliarden Euro kosten. Davon entfielen 700 Millionen Euro auf die Idee, die Bezugsdauer von Alg I zu verlängern und 500 Millionen Euro auf die Forderung, das so genannte Schonvermögen für Langzeitarbeitslose zu erhöhen (die staatlicherseits unantastbare Altersvorsorge soll sich von 16 250 Euro auf maximal 45 500 Euro fast verdreifachen).

Während Rüttgers' CDU mit der Ankündigung von Wohltaten reüssiert, bastelt die SPD erfolglos an einem neuen Kombilohnmodell. Die Idee stammt vom Wirtschaftsweisen Peter Bofinger und lautet: Alleinstehende/Paare mit Einkommen bis 750 Euro/1300 Euro zahlen keine Sozialabgaben, sie werden aus dem Steuertopf finanziert („negative Einkommenssteuer"). Die Gewerkschaften lehnen diesen Kombilohn ab. Er führe „tendenziell zu sinkenden Löhnen", erklärte DGB-Vorstand Claus Matecki, weil Arbeitgeber einen Teil der Löhne auf den Steuerzahler abwälzen könnten.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer plädiert dafür, Kombilöhne nur in Ausnahmefällen zu zahlen. Er denke an Langzeitarbeitslose unter 25 und über 50 Jahre. •

Mehr Verlierer als Gewinner

Hartz IV: Verlierer und Gewinner in Haushalten mit einem…



Angaben in Prozent — Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

© DGB einblick 20/06

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu Arbeitslosengeld II hat mehr Menschen geschadet als genützt. 60 Prozent der früheren Arbeitslosenhilfebezieher erhalten weniger, 40 Prozent mehr als früher. Zu den Gewinnern zählen viele Alleinerziehende, die zuvor in verdeckter Armut gelebt haben; zu den Verlierern ältere Langzeitarbeitslose, weil Alg II – anders als die Arbeitslosenhilfe – vom früheren Erwerbseinkommen abgekoppelt ist.

Alter Wein

Was CDU-Vize Jürgen Rüttgers fordert, ist nicht neu. Bereits auf ihrem Parteitag 2004 hat die CDU beschlossen: Wer 15 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll 15 Monate lang Arbeitslosengeld I beziehen, nach 25 Beitragsjahren soll die Bezugsdauer 18 Monate und nach 40 Jahren 24 Monate betragen.

Seit Februar 2006 sieht die Rechtslage so aus: Wer in den zwei Jahren vor seiner Arbeitslosigkeit 360 Tage beitragspflichtig beschäftigt war, erhält sechs Monate lang Alg I, nach 16 Monaten Beschäftigung acht Monate Alg I, nach 20 Monaten zehn Monate Alg I und nach 24 Monaten zwölf Monate Alg I. Wer 55 Jahre alt ist und eine Beschäftigung von 30 Monaten nachweist, hat Anspruch auf 15 Monate Alg I, wer 36 Monate lang beschäftigt war, erhält für 18 Monate Alg I. Dann fällt auch der letzte Arbeitslose in den Alg II-Bezug. Zuvor hatte die Höchstdauer 32 Monate betragen.

Die Leistung nach Alg I beträgt für Arbeitslose mit Kindern 67 Prozent des letzten Nettoentgelts, für Kinderlose 60 Prozent. Alg II ist nicht an das frühere Erwerbseinkommen gekoppelt, sondern beträgt 345 Euro. Hinzu kommen feste Sätze für Lebenspartner und Kinder, die Übernahme von Miet- und Nebenkosten sowie Sonderausgaben.

Konferenz

Neue Förderperiode der EU-Strukturfonds

2007 beginnt eine neue Förderperiode der EU-Strukturfonds. Über die neuen Förderschwerpunkte der EU in der Beschäftigungs-, Sozial- und Berufsbildungspolitik informiert das Competence Center Europa des Berufsfortbildungswerks (bfw) in zwei ganztägigen Konferenzen. Die erste Konferenz findet am 16. November in Heidelberg, die zweite am 30. November in Hamburg statt. ReferentInnen der EU-Kommission und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stellen die neue strategische Ausrichtung der EU-Strukturfonds vor. In Workshops können die TeilnehmerInnen anhand gelungener Projekte die Umsetzung der neuen Richtlinien diskutieren. Die Teilnahmegebühr beträgt 95 Euro. •

www.bfw.EU.com

Diskussion

Sozialstaat sichern

Das Sozialstaatsgebot scheint an Bedeutung zu verlieren. Stattdessen nehmen Ungerechtigkeiten und Umverteilung von unten nach oben zu. Das Soziale Netz Bayern will mit der Diskussionsveranstaltung „Der Sozialstaat hat Zukunft" am 27. November in München (Agentur für Arbeit, Kapuzinerstr. 26) einen Kontrapunkt zu dieser Entwicklung setzen: Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel wird dabei über den Verfassungsgrundsatz der Sozialstaatlichkeit referieren. Christoph Butterwegge von der Universität Köln wird sich mit Krise und Zukunft des Sozialstaates auseinandersetzen. Anmeldungen bis 20. November. •

martha.buellesbach@dgb.de
Tel. 089 / 51 70 02 19

DGB-Bildungswerk

Projektbüro ausgeraubt

Das Institut für Gewerkschafterrechte (TURC) in Indonesien, ein Solidaritätsprojekt des DGB-Bildungswerks, ist ausgeraubt worden. Das TURC vertritt GewerkschafterInnen in Arbeitsgerichtsprozessen, unterstützt Streikende und Verfolgte. Diese Arbeit steht in Frage, nachdem die gesamte Büroausstattung gestohlen oder zerstört worden ist. Das DGB-Bildungswerk bittet deshalb um Spenden auf das Konto 101 600 9300 bei der SEB Düsseldorf, Bankleitzahl 300 101 11 (Kennwort: Rechtshilfe). •

Publikation

Privater Einfluss

Häufig sind Schulen darauf angewiesen, dass Privatunternehmen wie Microsoft ihnen Computer oder Materialien für den Unterricht spenden. Die GEW-Broschüre „Vom Durchmarsch der Stiftungen und Konzerne" nimmt dieses Engagement kritisch unter die Lupe. Die 58-seitige Publikation ist Teil der Reihe „Privatisierungsreport" der Bildungsgewerkschaft. Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden. •

www.gew.de/Privatisierungsreport/html

DGB-Jugend

Bands gesucht

Nachwuchsbands und junge MusikerInnen können sich noch bis zum 1. Dezember für den DGB-Jugend-Bandwettbewerb „Gib dir eine Stimme!" bewerben. Die Texte sollten politisch-kritisch sein, das Durchschnittsalter der Bandmitglieder darf maximal 27 Jahre betragen. Die besten Bands und MusikerInnen werden beim Festival „Musik und Politik" im Februar in Berlin vor einer Jury auftreten. Zu gewinnen sind Studioaufnahmen, einen Instrumenten-Gutschein und einen Festivalauftritt. •



www.dgb-jugend.de/stimme

Tagung

RFID – Das Internet der Dinge

Die allgegenwärtige EDV greift in alle Lebensbereiche ein. Neuentwicklungen wie RFID ermöglichen die umfassende Verfolgung von Waren und Personen und werden die Arbeitswelt nachhaltig verändern. Um dazu eine breite Debatte aus gewerkschaftlicher Sicht anzustoßen, werden Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen von RFID in einer ganztägigen Veranstaltung am 12. Dezember im DBB-Forum in Berlin diskutiert. Neben der Präsentation von Anwendungsbeispielen und Forschungsergebnissen diskutiert ein Podium über unterschiedliche Aspekte des Themas. Als PodiumsteilnehmerInnen haben zugesagt: Dr. Andrea Huber (RFID Informationszentrum), Patrick von Braunmühl (Verbraucherzentrale Bundesverband), Dirk Bungard (Referent beim Bundesdatenschutzbeauftragten) und Professor Dr. Peter Wedde (Fachhochschule Frankfurt/M.). Die Tagung richtet sich u.a. an Betriebs- und Personalräte, Datenschutzverantwortliche und interessierte GewerkschafterInnen. Anmeldungen bis 20. November. •

christian-baum@boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** fordert von der niedersächsischen Landesregierung einen jährlichen ***Bericht*** über die Entwicklung von Armut und Reichtum. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und Berechnungen des DGB belegen: Die Zahl der Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen, hat sich seit September 2005 um fast 4 Prozent erhöht. Gleichzeitig nahm das Vermögen der reichsten Niedersachsen erheblich zu. DGB-Landesvorsitzender Hartmut Tölle ist überzeugt: „Es wird genug über Armut geredet, es ist Zeit für Taten."

••• Die ***DGB-Jugend Hamburg*** hat eine ***Postkarten-Aktion*** gestartet, um gegen die geplanten Eingriffe in das Jugendarbeitsschutzgesetz zu protestieren. Minderjährige Azubis sollen künftig bereits ab 4 Uhr, bis 23 Uhr und an den Wochenenden arbeiten. Darüber hinaus wird das Züchtigungsverbot der Arbeitgeber gegenüber Jugendlichen gestrichen. Die DGB-Jugend fordert, Azubis nicht als billige Arbeitskräfte zu missbrauchen. Der Ruf nach „Deregulierung" bedeute auch hier eine Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte. Bisherige Lockerungen des Jugendarbeitsschutzes zu Lasten der Azubis, haben nicht zu mehr Ausbildungsplätzen geführt. Inzwischen betrifft jedoch bereits jeder fünfte Arbeitsunfall die 15- bis 24-Jährigen.



Info: www.haendeweg.net.ms

GdP-Bundeskongress

Der Staat entsolidarisiert sich

„Polizei für die Sicherheit. Sicherheit für die Polizei" lautet das Motto des Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 13. bis 16. November in Berlin. einblick hat den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg gefragt, welches Signal vom Kongress ausgehen soll.

■ Die GdP steht vor allem für die innere Sicherheit. Welche Rolle spielt das Thema auf dem Kongress?

■ *Eine zentrale Rolle, denn wir stehen vor massiven sicherheitspolitischen Herausforderungen – und das sage ich nicht, um jemandem Angst zu machen, sondern weil die Gefährdungslage so ist. Der islamische Terrorismus wird die Welt verändern, auch bei uns. Ein weiteres Thema ist die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft. Und wir werden über die Auswirkungen der Föderalismusreform diskutieren.*

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel wird vor den Delegierten sprechen. Was erwartest du von ihr?

■ *Man darf die Erwartungen an ein Grußwort nicht zu hoch hängen, aber ich erwarte schon, dass sich die Bundeskanzlerin ernsthaft mit dem Thema Armut auseinandersetzt. Mich stört die Aufgeregtheit von Politikern, die immer dann auftaucht, wenn in der Öffentlichkeit plötzlich das wirkliche Leben der Menschen beschrieben wird. Das ist doch alles nichts Neues. Wir wissen, dass sich die Probleme nicht von heute auf morgen lösen lassen, sondern nur indem wir uns ernsthaft mit den Ursachen auseinandersetzen.*

■ In deiner Rede auf dem Aktionstag des DGB hast du die Manager für die wachsende soziale Spaltung mitverantwortlich gemacht.

■ *Wir haben durch die Globalisierung, die demografische Entwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit große Probleme. Aber ich sehe nicht, dass wir diese Probleme gemeinsam lösen. Es gibt Leute, die sich aus der Verantwortung für die Gesellschaft stehlen. Das sind dieselben, die uns immer Opfer abverlangen und sich selbst die Taschen voll stecken. Ich gönne jedem, der viel leistet, dass er auch viel verdient. Aber wenn der Deutsche Bank-Chef Ackermann so viel verdient wie sechshundert Polizisten, trägt das zur Spaltung der Gesellschaft bei.*

■ Verstärkt die Politik die Endsolidarisierung der Gesellschaft?

■ *Das ist so. Wie tief unsere Gesellschaft bereits gespalten ist, kann jeder sehen, wenn er sein eigenes Wohnviertel verlässt. In Berlin-Neukölln sind von 150 000 Bewohnern*



Konrad Freiberg, 55, kandidiert in Berlin erneut für den Vorsitz der Gewerkschaft der Polizei.

60 000 Alg II-Empfänger. Es gibt überhaupt kein Konzept, wie wir dieses Problem lösen wollen, nicht einmal im Ansatz.

■ Müssen auch die Gewerkschaften mehr für den Zusammenhalt der Gesellschaft tun?

■ *Diejenigen, die sich nicht mehr in unserem Staat zu Hause fühlen, die sich abgehängt fühlen, erreichen wir als Demokraten nicht. Wir erreichen sie als Volksparteien nicht mehr, und wir erreichen sie auch als Gewerkschaft nicht mehr. Wir verlieren diese Menschen. Deshalb müssen die Gewerkschaften die Lebenssituation der sozial Ausgegrenzten wieder in das öffentliche Bewusstsein bringen.*

■ Was muss sich bei der inneren Sicherheit ändern?

■ *Wir müssen ihr mehr Aufmerksamkeit widmen. Die innere Sicherheit ist durch die hohe Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Krise etwas aus dem öffentlichen Fokus verschwunden, aber wir haben seit Jahren eine steigende Gewaltkriminalität. Gewalt ist immer ein Zeichen, dass in der Gesellschaft etwas nicht stimmt. Deshalb lässt sich steigende Gewalt nicht allein durch die Polizei bewältigen. Aber der Staat muss auf die zunehmende Bedrohung reagieren, sonst suchen sich die Probleme andere Lösungen, und wir haben irgendwann Bürgerwehren.*

■ Reicht das Personal bei der Polizei?

■ *Eindeutig nein. Wir haben in den vergangenen Jahren ständig neue Aufgaben hinzu bekommen, Internetkriminalität, islamischer Terrorismus, Bekämpfung der Kinderpornografie und so weiter. Trotzdem sind allein in den letzten fünf Jahren über 7000 Stellen im Vollzugsdienst und weitere 6000 Stellen bei den Arbeitern und Angestellten abgebaut worden. Gleichzeitig wurden die Gehälter der Polizisten um bis zu 20 Prozent reduziert.*

■ Dem Kongress liegen auch eine Reihe von organisationspolitischen Anträgen vor. Wie will die GdP auf die Föderalismusreform reagieren?

■ *Föderalismus – das hört sich immer so nett an. Aber viele wissen gar nicht, was sich dahinter verbirgt. Wir haben in vielen Bereichen eine Entsolidarisierung der Gesellschaft. Der Föderalismus, den wir jetzt erleben, ist sozusagen die Entsolidarisierung des Staates. Es wird zu einem Konkurrenzkampf zwischen den Ländern kommen, der viele in den Ruin treibt.*

■ Die GdP muss in Zukunft mit den Ländern über die Tarifpolitik verhandeln. Braucht sie andere Strukturen?

■ *Bei uns sind die notwendigen Veränderungen nicht so groß wie in anderen Gewerkschaften, weil wir föderal aufgebaut sind. Und weil wir uns schon früh personell auf die veränderte Situation eingestellt haben.* •

Nicht nur Sicherheitspolitik

Mit 174 000 Mitgliedern ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die größte Berufsorganisation für Polizeibeschäftigte in Deutschland. Auf ihrem viertägigen Bundeskongress in Berlin werden die Delegierten nicht nur über die innere Sicherheit in Deutschland, über Konzepte gegen die steigende Gewaltkriminalität, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die technische Ausstattung der Polizei und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren diskutieren, sondern auch über die soziale Situation der Polizeibeschäftigten. Zudem soll der Gewerkschaftskongress beraten, ob die Strukturen der GdP verändert werden müssen, weil im Zuge der Föderalismusreform die Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder übergegangen ist. Weitere Anträge betreffen das Verhältnis der GdP zum DGB und die Frage der Organisationsabgrenzung gegenüber der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Auf der Tagesordnung des GdP-Bundeskongresses, bei dessen Eröffnung auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer reden werden, steht zudem die Neuwahl des Vorstands.

www.gdp.de
Tagesaktuelle Informationen zum GdP-Bundeskongress vom 13. – 16. November in Berlin

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall fordert von der Industrie die Einführung eines Monitorings, um den drohenden Fachkräftemangel zu verhindern. Der Bedarf an qualifizierten ArbeitnehmerInnen müsste systematisch erfasst, absehbaren Mangelsituationen durch umfassende Weiterbildungsstrategien frühzeitig entgegengewirkt werden.

Die Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind oft keine „5 Sterne" wert. Die NGG-Aktion „5 Sterne für mich" zeigt, wie es besser geht. Neben Alltagsgeschichten und einem Arbeitgebertest gibt es ein monatliches Gewinnspiel.
www.5-sterne-fuer-mich.de

ver.di hat gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden aus dem Medienbereich ein „Aktionsbündnis Kopiervergütung" gegründet. Die von der Bundesregierung geplante Urheberrechtsreform führe zu einer Benachteiligung der Urheber zugunsten der Geräteindustrie. Argumente für eine faire Vergütung der Urheber hat das Bündnis in einem Weißbuch zusammengestellt.
www.faire-kopiervergütung.de

Der DGB hat das Motto für den Internationalen Frauentag 2007 vorgestellt: „Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück." Es schließt an das Motto des diesjährigen Frauentags „Gleich gestellt – doppelt stark" an.

Schöneberger Forum

Schlüsselthema Bildung

Im öffentlichen Dienst fehlt ein modernes Weiterbildungskonzept. Die Berufsausbildung ist noch immer stark durch Laufbahngruppen und Ämter geprägt. Formale Bildungsabschlüsse legen die Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten fest. Der Wechsel zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst wird erschwert.

Wie sich das ändern lässt, will der DGB am 21. und 22. November auf dem diesjährigen Schöneberger Forum unter dem Titel „Bildung für den öffentlichen Dienst: Kompetenzentwicklung, Qualitätssicherung, Berufsperspektive" in Berlin diskutieren. Die Teilnahme an der vom DGB-Bundesvorstand in Kooperation mit der Zeitschrift *Der Personalrat* organisierten Fachtagung kostet 235 Euro. Nichtmitglieder zahlen 250 Euro. •

Programm und Anmeldung: www.schoeneberger-forum.de

Fragen an ...



Foto: Daniel Rosenthal

Mit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) am 1. November in Wien haben die Gewerkschaften weltweit an Stärke gewonnen. Davon ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, 54, überzeugt, der in Wien zum stellvertretenden Präsidenten des IGB gewählt wurde.

■ Was macht die Stärke des neuen Internationalen Gewerkschaftsbundes aus?

■ *Wir werden international viel schlagkräftiger. Das gilt zum einen für die Verhandlungen mit den großen Weltorganisationen wie der Welthandelsorganisation WTO, dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Mit einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsbewegung jenseits trennender ideologischer Schranken steigen zum anderen insgesamt die Chancen, weltweit die Kernarbeitsnormen durchzusetzen – wie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit oder die Zulassung von Gewerkschaften und freien Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Daneben wollen wir im neuen Bund auch die Solidarität mit denen stärken, die unserer Hilfe bedürfen. Das sind insbesondere die Länder Afrikas.*

■ Was steht dabei ganz oben auf der Agenda?

■ *Neben der Durchsetzung der Kernarbeitsnormen müssen wir uns dort vor allem mit der Frage auseinandersetzen, wie AIDS energischer bekämpft werden kann. Im Übrigen geht es darum, weltweit das Recht auf freie Gewerkschaftsbetätigung durchzusetzen. In Ländern wie Kolumbien, Myanmar, Weißrussland oder Zimbabwe werden Gewerkschaften noch immer massiv behindert und verfolgt, aber auch in Australien werden Gewerkschaftsrechte missachtet.*

■ Du hast dich auch persönlich sehr für den neuen Bund engagiert. Wieso?

■ *Die Angst vor der Globalisierung geht um. Aber sie ist ökonomisch nicht rückgängig zu machen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Globalisierung zu zähmen und sozial zu gestalten. Dazu brauchen wir einen starken Internationalen Gewerkschaftsbund. Eine gewerkschaftliche Zersplitterung hilft uns nicht weiter.*

■ Mit dem IGB die Globalisierung sozialer zu gestalten – ist das die Chance der Neugründung aus deutscher Perspektive?

■ *Ja. Aber gleichzeitig müssen wir die Regierungen, auch die deutsche, dazu bringen, dass sie sehr viel stärker auf eine Regulierung zum Beispiel der internationalen Finanzmärkte drängen. Die Gründung des IGB ist dafür eine notwendige Voraussetzung.*

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB)

Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen rücken weltweit enger zusammen: Als Gegengewicht zur Globalisierung des Kapitals wurde am 1. November in Wien der neue Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) aus der Taufe gehoben. Entstanden ist er aus dem Zusammenschluss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), des christlich orientierten Weltverbandes der Arbeit (WVA) sowie acht nationalen Gewerkschaftsdachverbänden wie der französischen CGT, die bisher in keinem der Weltverbände organisiert waren (einblick 15/06). Der IGB soll modernere Strukturen erhalten und wirksamer arbeiten als seine beiden Vorgängerorganisationen. Der Bund mit Sitz in Brüssel vertritt die Interessen von 168 Millionen ArbeitnehmerInnen in 306 Mitgliedsorganisationen aus 154 Ländern.

www.ituc-csi.org

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Kurswechsel für Europa

Was DGB und Gewerkschaften von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 erwarten, beschreibt der DGB-Europaexperte Thorben Albrecht.



Foto: Frank Rzeppa

Thorben Albrecht, 36, ist als Referatsleiter im Bereich Europa der DGB-Bundesvorstandsverwaltung unter anderem für die Koordinierung der Europapolitik zuständig.

In anderthalb Monaten übernimmt die Bundesregierung für ein halbes Jahr die Präsidentschaft der EU. Das wird keine leichte Aufgabe. Denn die Menschen in Europa verweigern der europäischen Politik zunehmend ihre Unterstützung und betrachten die EU mehr und mehr als Agenten einer zügellosen Globalisierung. Auch wenn es so einfach sicher nicht ist, **bleibt der europäische Binnenmarkt ein zweischneidiges Schwert:** Er bietet der Wirtschaft – nicht zuletzt durch die EU-Erweiterung – neue Wachstumschancen und schafft neue Arbeitsplätze. Gerade Deutschland mit seiner starken Exportwirtschaft ist der große Gewinner des erweiterten Binnenmarkts.

Den explodierenden Gewinnen deutscher Unternehmen steht der Druck auf Lohneinkommen und Arbeitsbedingungen gegenüber. Gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen verlieren bei grenzüberschreitenden Unternehmensumstrukturierungen schnell ihren Arbeitsplatz. In Branchen wie Bau, Lebensmittelindustrie und Gastronomie, in denen andere europäische Staaten und ihre ArbeitnehmerInnen konkurrenzfähig sind, geraten deutsche Standards und Löhne ins Rutschen. Der europäische Arbeitsmarkt ist längst Realität: Migration, grenzüberschreitende Arbeitnehmer-Entsendung (auch über Leiharbeit) und die Mobilität von Kapital und Produktionsstandorten **setzen Löhne und Arbeitsbedingungen europaweit in Konkurrenz.**

Anders als auf globaler Ebene sind in Europa Institutionen und Strukturen vorhanden, den Markt einzuhegen und ihm Regeln zu geben. Allerdings muss der politische Wille dazu vorhanden sein.

Wenn die Bundesregierung die Präsidentschaft der EU innehat, muss sie sich der Tatsache stellen, dass die Märkte Gewinner und Verlierer produzieren. Es müssen konkrete Maßnahmen auf europäischer Ebene ergriffen werden, um den EU-Binnenmarkt zu gestalten. Ich nenne nur einige beispielhaft:

Bei der Besteuerung von Unternehmen muss die Arbeit an einer einheitlichen europäischen Bemessungsgrundlage forciert werden, und zumindest in der Währungsunion **müssen gemeinsame Mindestsätze festgelegt werden.** Bei Kapitalgesellschaften, die ohnehin europäisch agieren, ist mittelfristig nur eine Besteuerung durch die EU selbst sinnvoll. Damit würde eine Finanzierung europäischer Aufgaben dort erfolgen, wo europäische Unternehmen Gewinne machen. Die Bundesregierung sollte daher im Vorfeld der EU-Finanzierungsreform bei den anderen Regierungen die Spielräume für eine solche Steuer ausloten.

Die **Beteiligungsrechte der Europäischen Betriebsräte (EBR) müssen ausgebaut werden.** Durch eine Revision der EBR-Richtlinie müssen die praktischen Arbeitsbedingungen der EBR verbessert und die Mitbestimmungsrechte der EBR an die bestehenden europäischen Mindeststandards für Information und Konsultation sowie an die in der Europäischen Aktiengesellschaft gewährten Rechte angepasst werden.

Die **Entsendeproblematik muss endlich ernsthaft angepackt werden.** Das deutsche Entsendegesetz muss auf alle Branchen ausgedehnt werden, und die Bundesregierung muss Initiativen zur Revision und Stärkung der EU-Entsenderichtlinie auf den Weg bringen: Deren Anwendung muss für die Behörden erleichtert und deren Umgehung durch skrupellose Arbeitgeber erschwert werden.

Immer mehr begegnet uns grenzüberschreitende Leiharbeit: Was aber fehlt, ist eine europäische Regelung, die den Gleichbehandlungsgrundsatz für LeiharbeitnehmerInnen gegenüber Beschäftigten des Einsatzbetriebes festschreibt.

Noch schlimmer sieht es bei der Arbeitszeit aus. Zwar gibt es einen europäischen Mindeststandard, der eine maximale Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche vorsieht, aber EU-Kommission und einige Regierungen versuchen, Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, mit einzelnen ArbeitnehmerInnen eine Wochenarbeitszeit von 65 Stunden zu vereinbaren.

Mit einem derartigen **Abbau sozialer Standards zugunsten eines Unterbietungswettbewerbs** auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen wird man die Menschen nicht für die europäische Idee begeistern können.

Die Bundesregierung hat jetzt die Chance, zu einem Kurswechsel in Europa beizutragen. Wenn es ihr gelingt, Weichenstellungen hin zu einem sozialen Europa einzuleiten, wird auch die Zustimmung zur Europäischen Union wieder wachsen. Dann wäre die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ein Erfolg. •

„Gemeinsam gelingt Europa"

Auf einer Sondersitzung am 5. November hat sich das Bundeskabinett über die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verständigt. Unter dem Motto „Gemeinsam gelingt Europa" hat die Bundesregierung ihre Schwerpunkte gesetzt. Dazu gehören neben der Fortsetzung des EU-Verfassungsprozesses etwa die Energiepolitik und der Klimaschutz, die Förderung von Bildung und Forschung und eine verstärkte Kooperation gegen den Terror sowie ein Ausbau der Partnerschaft mit Afrika.

Keine konkrete Position bezieht die Bundesregierung in ihrer Erklärung zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Betont wird aber, dass sich die EU bei der Vollendung der Einigung Europas nicht übernehmen dürfe. An den Außengrenzen der Union solle aber auch kein neuer „Eiserner Vorhang" errichtet werden.

Außerdem will sich die Bundesregierung bemühen, überflüssige bürokratische Regeln abzuschaffen und das Europäische Sozialmodell weiterzuentwickeln. Ziel sei, „die für den Arbeitsmarkt notwendige Flexibilität mit sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zu verbinden".

www.einblick.dgb.de
Anforderungen des DGB an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. September 2006

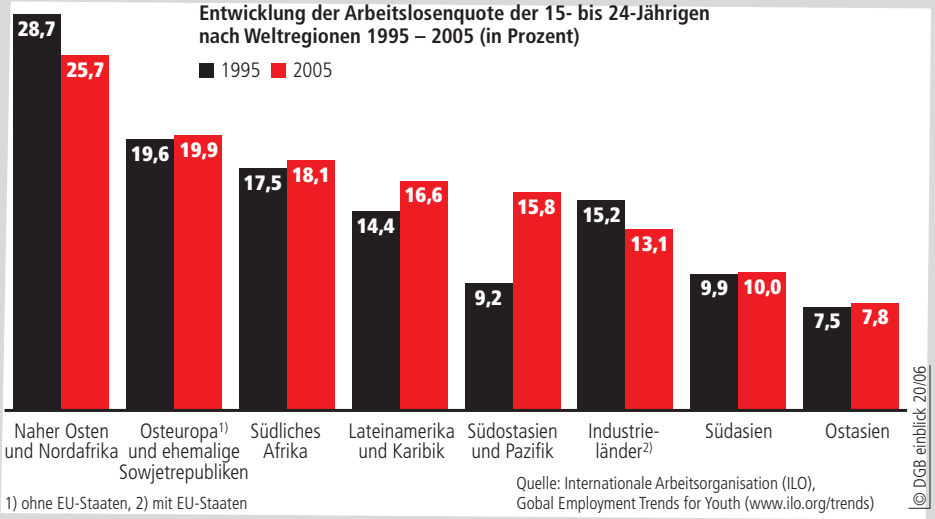
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

RISIKO ARBEITSLOSIGKEIT: Jüngere stärker betroffen als Ältere

Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher zwischen 15 und 24 Jahren ist in den vergangenen zehn Jahren weltweit um fast 15 Prozent gestiegen – von 74,3 auf 85,3 Millionen. Das hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ermittelt. In den Industrieländern einschließlich der EU ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar gesunken, das habe aber mit der rückläufigen Geburtenrate zu tun, so die ILO. Ingesamt sei die Gefahr, als junger Mensch arbeitslos zu werden, drei Mal größer als in späteren Jahren.



personalien

••• Der DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer,*** 54, ist am 3. November in Wien zum stellvertretenden Präsidenten des neu gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) gewählt worden (siehe Seite 6). Sommer wurde außerdem vom IGB-Gründungskongress zum Vorsitzenden des Exekutiv-Büros bestimmt, das die Entscheidungen im neuen Verband vorbereitet. Zur Präsidentin des IGB wurde ***Sharan Burrow,*** 52, Vorsitzende des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU, gewählt. Zweiter Stellvertreter ist ***Luc Cortebeeck,*** 56, Vorsitzender von ACV/CSC, dem Dachverband der christlichen Gewerkschaften in Belgien. Der britische Gewerkschafter ***Guy Ryder,*** 50, bisher Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), nimmt auch im neuen Bund diese Funktion wahr. Neben Sommer vertritt außerdem DGB-Vize ***Ingrid Sehrbrock,*** 58, die Interessen des DGB im 70-köpfigen IGB-Vorstand. Erste StellvertreterInnen der deutschen IGB-Vorstandsmitglieder sind ***Annelie Buntenbach,*** 51, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, sowie der GEW-Vorsitzende ***Ulrich Thöne,*** 55. Zweite Stellvertreter sind ***Jürgen Eckl,*** 63, Referatsleiter für internationale Organisationen sowie außereuropäische Gewerkschaften bei der DGB-Bundesvorstandsverwaltung, und ***Wolfgang Lutterbach,*** 53, DGB-Bereichsleiter für internationale Gewerkschaftspolitik.

••• ***Petra Schwalbe,*** 52, bisher stellvertretende Vorsitzende des Landesbezirks Ost der NGG, ist am 28. Oktober zur Landesbezirksvorsitzenden gewählt worden. Sie ist die erste Frau, die an der Spitze eines NGG-Landesbezirks steht.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

14 TAGE

13.-16.11. GdP, Bundeskongress „Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei", Berlin

14.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Ende der Mitbestimmung durch Fusionen in Europa?", Hannover

16.11. DGB, Workshop „Wir wollen, dass ihr bleibt! Ein starker Osten braucht die jungen Familien", Berlin

17.11. Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück, Jahrestagung „Arbeiten ohne Ende? Europa und die Arbeitszeitkonkurrenz", Osnabrück

17.11. DGB-Bildungswerk, Tagung „Europäische Migrationsgespräche: Grenzenlos arbeiten? Realität und Zukunftsperspektiven in der Europäischen Union", Berlin

21.11. DGB Hessen-Thüringen und DGB West, Tagung „Vom Wert öffentlicher Güter", Mainz

21./22.11. DGB, Schöneberger Forum „Bildung für den öffentlichen Dienst", Berlin

27.11. Soziales Netz Bayern, Tagung „Der Sozialstaat hat Zukunft. Chancen nutzen – Ressourcen schaffen", München

Schlusspunkt

„Wir müssen uns der wachsenden Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Unternehmensgewinne und der Kapitalerträge auf der einen und der Löhne und Gehälter auf der anderen Seite annehmen."

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in der Wochenzeitung Rheinischer Merkur vom 2. November

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.11.2006 21/06

DGB

inhalt

Seite 3
Auf die Agenda gesetzt
Mit zahlreichen Aktionen präsentiert der DGB seine Alternativen zur Rente mit 67

Seite 5
Entmündigung droht
Durch die Föderalismusreform II ist die Finanzsouveränität der Länder gefährdet

Seite 7
Signale setzen
Nach der weitgehend erfolglosen Klimakonferenz in Nairobi muss jetzt die Bundesregierung Zeichen setzen, meint Umweltexpertin Claudia Kemfert

Bleiberecht für geduldete Ausländer

Einen Schritt vor, zwei zurück

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) machte gute Miene zum bösen Spiel und sprach von einem „guten Ergebnis". Dabei hatte die Innenministerkonferenz der Länder (IMK) gerade so ziemlich das Gegenteil von dem beschlossen, worauf er und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) sich kurz zuvor geeinigt hatten.

Die schwarz-rote Koalition wollte geduldeten Ausländern mit Kind nach sechs Jahren und Alleinstehenden nach acht Jahren ein auf zwei Jahre befristetes Bleiberecht geben. Anschließend sollte die Aufenthaltserlaubnis nur verlängert werden, wenn sie ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit selbst bestreiten.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach begrüßte diese Einigung als „kleinen Schritt in die richtige Richtung". Notwendig bleibe eine Regelung, mit der allen langjährig Geduldeten ein dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werde.

Die IMK hat am 17. November in Nürnberg zwar einzelne Aspekte des Vorschlags der Bundesregierung aufgenommen, „verfolgt aber eine grundlegend andere Richtung", kritisiert Volker Roßocha, DGB-Fachmann für Migrationspolitik. Wollten Schäuble und Müntefering den Geduldeten eine echte Chance geben, so setzen die Innenminister auf Abschiebung.

Laut IMK „kann" geduldeten Ausländern nach sechs bzw. acht Jahren eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis stehen oder dieses bis zum 30. September 2007 nachweisen.

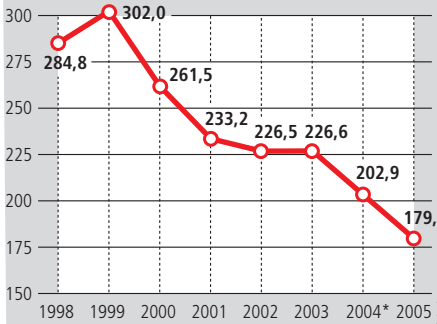
Beide Voraussetzungen sind schwerlich erfüllbar. Zum einen ist die Aufnahme von Beschäftigung durch das Zuwanderungsgesetz von 2005 bereits erheblich eingeschränkt worden. Zum anderen werden Ausländer, die nur für wenige Monate geduldet werden, kaum eine dauerhafte Beschäftigung finden. Der Vorschlag der Bundesregierung berücksichtigte diese Schwierigkeit: Erst bei Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sollte ein Job nachgewiesen werden.

Die Jobsuche wird zusätzlich erschwert, weil Geduldete der Residenzpflicht unterliegen; d.h. sie dürfen den Bezirk ihrer Ausländerbehörde nicht verlassen.

Geduldete müssen nicht nur Arbeit nachweisen, sondern auch „ausreichenden Wohnraum". Sie dürfen aber ohne Genehmigung der Ausländerbehörde keine Wohnung anmieten. Außerdem müssen sie deutsch sprechen, haben aber keinen Anspruch auf einen Sprachkurs. DGB-Experte Roßocha: „Ihnen werden Bedingungen diktiert, die sie meist nicht erfüllen können."

Das ist gewollt. Nach Einschätzung von Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) werden nur wenige langjährig Geduldete eine befristete Aufenthaltserlaubnis ergattern. Beckstein spricht von einer fünfstelligen Zahl. •

Verschwindend gering
Geduldete Ausländer am Jahresende (in Tausend)



* Wegen einer Bereinigung des Ausländerzentralregisters 2004 sind die Angaben mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Eine im doppelten Sinne verschwindend geringe Minderheit: Die Zahl der AusländerInnen, die hierzulande offiziell geduldet werden, ist seit Jahren rückläufig. Ihr Anteil an allen 6,8 Millionen AusländerInnen beträgt 2,7 Prozent.

plusminusBERLIN

+ ***Günter Verheugen (SPD), Vize-Präsident der EU-Kommission, befürwortet die Wahl der Kommission durch das EU-Parlament. Denn „eine so mächtige Exekutive" benötige eine höchstmögliche demokratische Legitimation.***

– ***Patrick Döring, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, ist für die versuchsweise Zulassung von 60-Tonnnen-LKW im Straßenverkehr. Nur durch ihren Einsatz könne man feststellen, ob von den Gigalinern eine „unnötige Gefährdung" ausgeht.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.erfahrung-ist-zukunft.de
Initiative von Bundesregierung, DGB, Arbeitgebern und Wohlfahrtsverbänden für Beschäftigungschancen älterer Menschen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Mehr Beschäftigung für Benachteiligte schaffen" Gemeinsame Erklärung von DGB und Wohlfahrtsverbänden

POLITIK AKTUELL

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Beachtlicher Erfolg

Der DGB bewertet die am 15. November vom Europäischen Parlament nach einer mehrjährigen kontroversen Debatte endgültig verabschiedete EU-Dienstleistungsrichtlinie positiv, mahnt aber Verbesserungen im Detail bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht an. Gegenüber der vom damaligen EU-Kommissar Bolkestein vorgelegten Fassung habe es „erhebliche Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeben", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Vor allem die Streichung des Herkunftsland-Prinzips, nach der die ArbeitnehmerInnen nicht nach dem vor Ort geltenden Tarifvertrag, sondern nach dem ihres Herkunftslandes bezahlt werden sollten, wertet der DGB als „beachtlichen Teilerfolg" der Gewerkschaften. Damit werde das Tor für Lohn- und Sozialdumping innerhalb der EU weitgehend versperrt.

Nach wie vor enthalte die Richtlinie aber „eine Reihe von problematischen Formulierungen und Unklarheiten". So fehlten zum Beispiel Ausnahmebestimmungen für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Bildungssektor. Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, diese Defizite bei der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht zu beseitigen – und zwar „zugunsten der in unserem Land Beschäftigten". •

Mitbestimmung

Reform auch ohne Arbeitgeber

Auch nach dem Mitte November erfolgten Rückzug der Arbeitgeber aus der Biedenkopf-Kommission hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, die Mitbestimmung europatauglich weiterzuentwickeln. Von einem Scheitern der Kommission könne „keine Rede sein", erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg, selbst wenn an dem Vorschlag zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung jetzt nur noch die drei Wissenschaftler in der Kommission beteiligt seien.

Unbeeindruckt vom Rückzug der Arbeitgeber zeigten sich auch der Kommissionsvorsitzende Kurt Biedenkopf (CDU) und die Gewerkschaften. Der DGB sei weiterhin zu einer „konstruktiven Zusammenarbeit" in der Kommission bereit, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Die drei Wissenschaftler können auf uns zählen." Biedenkopf selbst warf den Arbeitgebern vor, einen „Verweigerungskurs" zu steuern. Ihre Position, Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung nur dann mitzutragen, wenn diese auf eine Aufgabe der paritätischen Mitbestimmung in großen Unternehmen hinausläuft, sei „im Auftrag der Mitbestimmungs-Kommission nicht enthalten". Die drei Wissenschaftler wollen jetzt bis Mitte Dezember ein eigenes Reformkonzept vorlegen.

Zu den vordringlichen Problemen, die dabei gelöst werden müssen, gehört aus Sicht der Gewerkschaften das Wahlrecht für ausländische Belegschaften, eine Vereinfachung des Wahlverfahrens, die paritätische Besetzung von Ausschüssen und die Festschreibung klarer Rechte für die Aufsichtsräte. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Frank Stodolka
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Rente mit 67

Alternativen auf die Agenda gesetzt

Deutlich artikulierten DGB und Gewerkschaften beim Aktionstag am 21. Oktober ihre Kritik an der von der großen Koalition geplanten Rente mit 67 – und präsentierten ihre Alternativen. Jetzt geht der Protest in die nächste Runde, denn noch Ende November berät das Bundeskabinett den entsprechenden Gesetzentwurf.

Der Fahrplan der Bundesregierung für die Einführung der Rente mit 67 steht. Am 29. November wird der Gesetzentwurf erstmals im Kabinett beraten, bereits für Mitte Dezember ist die erste Lesung im Bundestag geplant. Im Januar und Februar kommenden Jahres findet parallel zur zweiten und dritten Lesung das Anhörungsverfahren mit Beteiligung der Verbände statt, im März soll die Rentenreform dann endgültig verabschiedet werden.

Auch der Fahrplan für den gewerkschaftlichen Protest gegen die Rentenpläne der Regierung steht. Mit verschiedenen Aktionen wird der DGB das parlamentarische Verfahren begleiten und für seine Alternativen werben. Noch vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfs stellen sich die rentenpolitischen Sprecher der Fraktion von Union und SPD am 11. Dezember bei einer „Anhörung verkehrt" den Fragen der Gewerkschaften und anderer Verbände. Neben dem DGB und dem Sozialverband Deutschland (SoVD) wollen auf der Veranstaltung mit dem Titel „Rente mit 67 – eine reine Rentenkürzung?" auch WissenschaftlerInnen, VertreterInnen aus der betrieblichen Praxis und RentnerInnen mit den Abgeordneten über Alternativen zur geplanten Reform diskutieren.

Der DGB lehnt die Rente mit 67 als „zynisches Rentenkürzungsprogramm" ab, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Gewerkschaften fürchten außerdem, dass das höhere Eintrittsalter den Niedriglohnsektor in Deutschland weiter anwachsen lässt: Schon heute beträgt die Lücke zwischen Austritt aus dem Erwerbsleben und Eintritt in die Rente durchschnittlich 2,7 Jahre – ein Wert, der sich durch die Rente mit 67 noch erhöhen würde. Um diese „Durststrecke" zu überbrücken, müssten noch mehr Ältere Minijobs annehmen.

DGB und Gewerkschaften wollen deshalb an der Rente mit 65 festhalten – und die Arbeitswelt nachhaltig so verändern, dass mehr Menschen als bisher bis zum regulären Renteneintrittsalter in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bleiben können.

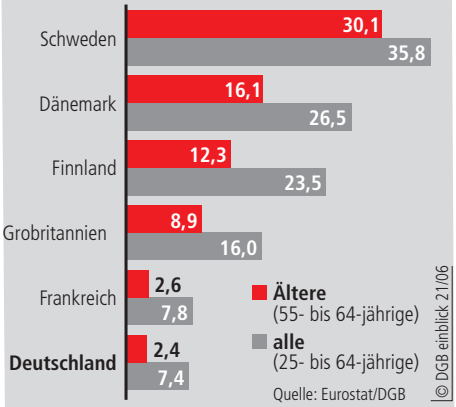
Zu den Reformvorstellungen der Gewerkschaften gehören Forderungen nach alternsgerechten Arbeitsbedingungen, verstärkter Gesundheitsprävention und Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für ältere Beschäftigte – etwa durch Lebensarbeitszeitkonten. Und nicht zuletzt steht für die Gewerkschaften auch eine bessere Qualifizierung und Fortbildung älterer Beschäftigter sowie Arbeitssuchender im Vordergrund – ein Bereich, in dem Deutschland im europäischen Vergleich erheblichen Nachholbedarf hat (siehe Grafik).

Um die alternativen Reformvorschläge während der Anhörungsphase im Bundestag verstärkt auf die politische Agenda zu setzen, plant der DGB für Februar 2007 eine Aktionswoche mit dem Schwerpunkt „Rente mit 67". In Regionen, Betrieben und Wahlkreisen sollen vor allem die Abgeordneten der Regierungsfraktionen mit den Auswirkungen der geplanten Reformen konfrontiert werden und „Farbe bekennen".

Ein Ansatz, der Erfolg verspricht, denn zu mehreren Reformvorhaben formiert sich auch in den Regierungsfraktionen bereits Widerstand. Erst am 20. November hatte sich der 110-köpfige SPD-Parteirat gegen „dauerhafte Mindereinnahmen" des Staates durch die geplante Unternehmenssteuerreform ausgesprochen und damit eine zentrale Forderung der Gewerkschaften unterstützt. Und auch die Rente mit 67 sorgt bereits jetzt für Unmut bei Abgeordneten. So hatte etwa Andreas Steppuhn, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der IG BAU, die Bundesregierung bei der Rente mit 67 zur „Kehrtwende" aufgefordert. Die geplante Reform bedeute gerade für körperlich schwer arbeitende Menschen, die krankheitsbedingt früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssten, „fast zwangsläufig eine Rentenkürzung". •

Erheblicher Nachholbedarf

Weiterbildungsbeteiligung von ArbeitnehmerInnen nach Altersgruppen im euopäischen Vergleich 2004 (in Prozent)



Bei der Teilnahme älterer Beschäftigter an Weiterbildungsmaßnahmen ist Deutschland im europäischen Vergleich Schlusslicht. Eine stärkere Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchender gehört zu den zentralen Forderungen der Gewerkschaften, um mehr Menschen bis zum Renteneintritt mit 65 Jahren in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu halten.

So geht's besser

Das bisherige Rentenalter von 65 Jahren kann mit nachhaltigen Reformen beibehalten werden. Wie diese Reformen aussehen können, hat der DGB auf über 80 Seiten im „Weißbuch Alterssicherung" zusammengefasst.

In einer Bestandsaufnahme zeigen Fallbeispiele aus der betrieblichen Praxis, dass es schon heute für viele Beschäftigte schwierig ist, das bisherige Eintrittsalter von 65 Jahren gesund und in Arbeit zu erreichen.

Deshalb bietet das Weißbuch Beispiele „guter Praxis" für eine faire Alterssicherung, etwa bei unseren europäischen Nachbarn, und zeigt Perspektiven für solidarische Reformen des Rentensystems und eine alternsgerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Deutschland: Von der Möglichkeit einer „Erwerbstätigenversicherung" über die Förderung von Frauenerwerbstätigkeit bis zu einer präventiven Gesundheitspolitik.

Einzelexemplare können beim Bereich Sozialpolitik des DGB-Bundesvorstands bestellt werden:
bianca.webler@dgb.de

Größere Stückzahlen sind erhältlich bei:
bestellservice@toennes-bestellservice.de

Die Broschüren sind kostenlos, es fallen nur die Versandkosten an.

60 Jahre WSI

Thinktank der Gewerkschaften

Politische Institutionen können sich nur weiter entwickeln, wenn sie bereit sind, ihre Politik und Programmatik permanent zu überprüfen und sich neuen Themen zu öffnen. Seit sechzig Jahren nimmt diese Aufgabe im DGB das 1946 gegründete Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) wahr. Am 7. und 8. Dezember zieht das WSI auf seinem Herbstforum in Berlin Bilanz von sechs Jahrzehnten Politikberatung. Gemeinsam werden GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und politisch Interessierte einen Blick auf die bewegte Geschichte des zunächst als Wirtschaftswissenschaftliches Institut (WWI) gegründeten ältesten Thinktank der Gewerkschaften werfen, der seit 1995 Teil der Hans-Böckler-Stiftung ist. Und sie werden über dessen künftige Aufgaben diskutieren.

Parallel zum Herbstforum ist im VSA-Verlag ein Buch zur Geschichte des WSI erschienen: Claus Schäfer, Hartmut Seifert (Hrsg.), Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI, 16,80 Euro. •

www.wsi.de

Ausbildung

Qualität sichern

Der Ausbildungsplatzmangel steht im Fokus der Kritik. Neben dem quantitativen gibt es allerdings auch ein qualitatives Problem: Längst nicht jede angebotene betriebliche Berufsausbildung erfüllt die vorgegebenen Standards. Um Überprüfung und Weiterentwicklung der Ausbildungsqualität sollen sich laut novelliertem Berufsbildungsgesetz die Berufsbildungsausschüsse kümmern. Die IG Metall hat eine Arbeitshilfe „Qualitätsrahmen für die Berufsausbildung" veröffentlicht, die den Ausschussmitgliedern unterstützendes Material an die Hand gibt. Der von IG Metall und DGB erarbeitete Qualitätsrahmen ist in der Broschüre ebenso abgedruckt wie ein Qualitätscheck für Ausbildungsbetriebe. •

www.wir-gestalten-berufsbildung.de/de/service/pdf/qualitaetsrahmen.pdf

Tagung

Niedriglöhne

Die Arbeitgeberseite behauptet zwar stereotyp, dass niedrigere Löhne für mehr Beschäftigung sorgen. Doch die Situation in Ostdeutschland belegt, dass dieser Zusammenhang nicht existiert. Trotz schlechter Bezahlung ist die Arbeitslosenquote dauerhaft hoch; die Niedriglöhne drücken zudem die Binnennachfrage. Die Hans-Böckler-Stiftung und das Forum Ostdeutschland der SPD laden am 1. Dezember zur Tagung „Durch Niedriglohn zu mehr Beschäftigung?" in den Meistersaal (Köthener Str. 38) nach Berlin. Dabei werden Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut über Lohn- und Tarifpolitik sowie Ronnie Schöb von der Uni Magdeburg über Kombilöhne referieren. •

Anmeldungen: info@forumost.de



Ratgeber

Teilhabe fördern

Behinderte Menschen sollen besonders bei der Teilhabe am Arbeitsleben unterstützt werden. So sieht es das 2001 verabschiedete Sozialgesetzbuch IX vor. Der DGB hat in einer Ratgeberbroschüre die wichtigsten Teilaspekte des Gesetzes zusammengefasst. Dabei geht es um Arbeitsschutz und die besondere Gestaltung des Arbeitsplatzes ebenso wie um die Ansprüche behinderter Jugendlicher auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Nicht zuletzt wird die wichtige Rolle der Schwerbehindertenvertretung unterstrichen. •

bestellservice@toennes-bestellservice.de

Broschüren

Gleiche Chancen

Wer qualifiziertes Personal braucht, kann auf Frauen nicht verzichten. Doch in der Praxis sind die Chancen für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer noch ungleich verteilt. Die 28-seitige Broschüre „Chancengleiches Personalmanagement" der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik zeigt, wie Unternehmen diesem Thema mehr Gewicht in der Alltagspraxis verleihen können. In der Reihe Positionen und Hintergründe befasst sich ein weiteres Heft mit der „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege". Rund 1,4 Millionen Menschen werden derzeit privat gepflegt, meist von weiblichen Familienangehörigen. Das Heft liefert u.a. Anregungen, bessere Teilzeitregelungen für pflegende Familienmitglieder einzuführen. •

DGB, Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Postfach 110372, 10833 Berlin

Programm

Für Profis

Erstmals legen das DGB-Bildungswerk und die Technologieberatungsstelle (TBS) NRW für 2007 ein gemeinsames Seminarangebot vor. Damit werden die Bereiche Beratung und Bildung verknüpft. Beide Institutionen wollen mit der Kooperation den wachsenden Qualifizierungsanforderungen von Betriebsräten Rechnung tragen. Das Programm unter dem Titel „Von Profis für Profis" enthält Seminare zu betrieblicher Arbeitsorganisation, IT-Systeme, Arbeits- und Gesundheitsschutz. •

sabineloerx@dgb-bildungswerk-nrw.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** fordert in seinem ***Umweltappell*** „Mehr Nachhaltigkeit für Niedersachsen" ein stärkeres Engagement der Landesregierung im Umweltschutz. Landesumweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) solle ein Sonderprogramm „Innovation und Beschäftigung durch Umweltschutz" starten. „Ökologie steht nicht im Widerspruch zur Ökonomie, sondern ist Motor für Innovation und Beschäftigung", so Eberhard Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen beim DGB-Landesbezirk. In Niedersachsen seien allerdings die Gelder zur Förderung regenerativer Energien im vergangenen Jahr um 3,2 Millionen Euro gekürzt worden. Weitere Forderungen betreffen die zeitnahe Umsetzung von EU-Richtlinien, die Einrichtung eines niedersächsischen Umweltamtes und ein Ende des Personalabbaus im Umweltschutzbereich. Infos: *www.niedersachsen.dgb.de*

••• Der ***DGB Bremen*** veranstaltet am 29. November im Bremer Gewerkschaftshaus einen ***Diskussionsabend*** zum Thema „Angekommen! – Aufgenommen?". Dabei steht das Leben von MigrantInnen in Bremen und Bremerhaven im Mittelpunkt. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr, der Eintritt ist frei. Infos: *www.dgb-bremen.de*

Föderalismusreform II

Notfalls droht die Entmündigung

Die Ministerpräsidenten der Länder wollen am 13. Dezember erstmals mit der Bundesregierung über die Ziele der Föderalismusreform II reden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das einen Anspruch Berlins auf zusätzliche Bundeshilfe verneint hat, geht es dabei auch um die Frage, wie hoch sich die Länder verschulden dürfen.

Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat nicht nur die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung erheblich eingeschränkt, sondern auch die der Länder. Denn bei der Drei-Prozent- Defizitgrenze des Maastrichtvertrags zählen ihre Schulden mit. In der Bundesregierung gibt es deshalb Überlegungen, die Länder stärker in die Pflicht zu nehmen und ihre Möglichkeit zu begrenzen, Einnahmedefizite durch zusätzliche Schulden auszugleichen. Für Länder, deren Ausgaben dauerhaft über den Einnahmen liegen, könnte das weitreichende Konsequenzen haben. Sie laufen Gefahr, ihre politische Eigenständigkeit zu verlieren, wenn sie nicht mehr autonom über ihren eigenen Haushalt entscheiden können.

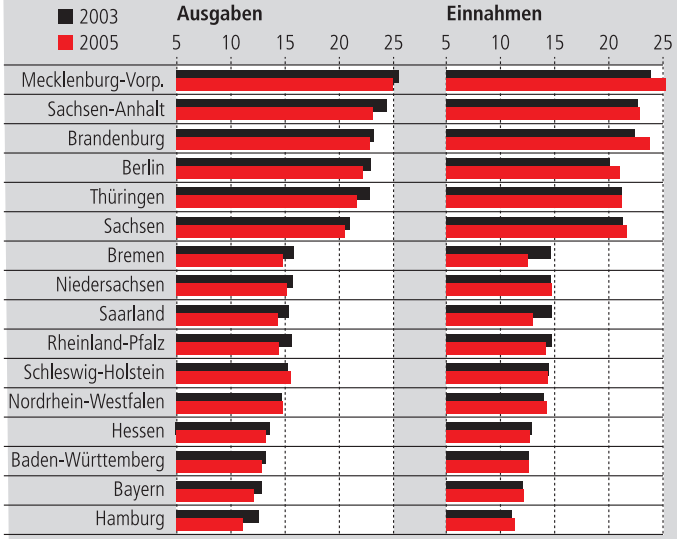
Wie eine verbindliche Obergrenze für die Verschuldung der Länder aussehen könnte, ist offen. Die Überlegungen befinden sich noch in einem frühen Stadium. Zudem gibt es Zweifel, ob ein derartiger Eingriff überhaupt zulässig ist. „Es geht den Bund schlichtweg nichts an, wie die Länder, die ja selbstständige Staaten sind, ihre Haushalte aufstellen", meint der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff (CDU) hält eine Schuldengrenze sogar für „verfassungswidrig". Allerdings sind sich die Länder in dieser Frage nicht einig. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) fordert sogar ausdrücklich ein Überschuldungsverbot. „Die Länder brauchen Obergrenzen", erklärte er nach dem Karlsruher Berlin-Urteil.

Unterstützung findet diese Forderung auch in der Wissenschaft. Die Bertelsmann-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sogar eigens einen so genannten Schuldenmonitor entwickelt. Ihr Fazit: Ohne weitere Einsparungen werde sich die Finanzsituation in den meisten Ländern weiter zuspitzen. Das gelte besonders für die ostdeutschen Länder, deren Einnahmen durch das Auslaufen des Solidarpaktes bis 2019 bereits in den kommenden Jahren erheblich zurückgehen werden.

Auch Gisela Färber, Professorin für Finanzwissenschaften in Speyer und Gutachterin des Berliner Senats bei seiner Verfassungsklage, sieht die Notwendigkeit von wirksamen Sanktionsmöglichkeiten bei einer zu hohen Staatsverschuldung. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Länder eine eigene Steuerautonomie erhalten, um ihre Einnahmeseite zu stärken. Zudem plädiert Färber für eine „verursacherorientierte Finanzierung" von Leistungsgesetzen. Auf Deutsch: Wer eine staatliche Dienstleistung beschließt, wie zum Bespiel der Bund mit der Verpflichtung der Kommunen, allen Kindern ab drei Jahren einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen, muss dafür auch die notwendigen Mittel bereitstellen, sonst würden die Länder und Kommunen entmündigt. Denn ohne entsprechende Einnahmen wäre die Einführung einer Verschuldungsgrenze nichts anderes als der Einstieg in den Rückzug des Staates aus der Daseinsfürsorge für seine BürgerInnen. •

Zusätzlicher Konsolidierungsbedarf

Entwicklung der Primäreinnahmen und -ausgaben der Bundesländer 2003 – 2005 (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)*



* einschließlich der Gemeinden; Ausgaben ohne Zins- und Tilgungskosten; Einnahmen ohne Veräußerungsgewinne und Schuldenaufnahme

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Schuldenmonitor 2006

© DGB einblick 21/06

Fast alle Bundesländer haben ihre Ausgaben in den vergangenen Jahren erheblich reduziert, gleichzeitig sind ihre Einnahmen gestiegen. Trotzdem liegen – mit Ausnahme von Bayern – die laufenden Ausgaben noch immer über den Einnahmen.

Weitreichende Folgen

Nach Meinung der Karlsruher Richter befindet sich Berlin nicht in einer extremen Haushaltsnotlage und hat deshalb keinen Anspruch auf Bundeshilfe. Die Verfassungsrichter begründen ihre Entscheidung damit, dass Berlin nicht alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft habe. Bevor der Bund einspringe, müsse die Stadt zum Beispiel erst ihren Wohnungsbestand verkaufen und die Steuern erhöhen.

Auch bei den Ausgaben für Hochschulen und Wissenschaft, Kultur, Umwelt und Gesundheit sehen die Richter noch Luft. Dass Berlin seine Ausgaben in den vergangenen Jahren bereits massiv reduziert und sich fast von der Hälfte seiner MitarbeiterInnen getrennt hat, finden sie unerheblich. Auch dass der Bund nach der Wiedervereinigung seine Berlin-Subventionen in nur fünf Jahren auf Null zurückgefahren und damit die Finanzkrise erst ausgelöst hat, zählt nicht.

Ein Urteil, das weitreichende Folgen für alle Länder haben wird. Denn eine „extreme Haushaltsnotlage" wird es nach Meinung nahezu aller Verfassungsjuristen in Zukunft nicht mehr geben. Länder, die in eine finanzielle Notlage geraten, werden – anders als in der Vergangenheit das Saarland und Bremen – in Zukunft auf sich allein gestellt sein.

kurz&bündig

Die GdP spricht sich für eine neue Initiative zum Verbot der NPD aus. Ein erster Schritt sei die Änderung des Versammlungsrechts. Bisher müssten die Demonstrationen der NPD von der Polizei geschützt werden. Dies bedeute für die PolizistInnen nicht nur eine dienstliche Belastung, sondern auch eine emotionale.

Die GEW fordert mehr direkte Investitionen in Kindertagesstätten (Kitas) und die Abschaffung der Gebühren, um eine umfangreiche Frühförderung von Kindern zu ermöglichen. Der Zugang aller Kinder zur Bildungseinrichtung Kita müsse ausgebaut werden.

TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA des Deutschen Beamtenbunds fordern von der Deutschen Bahn einen Tarifvertrag, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Zentrale Forderungen der beiden Gewerkschaften sind: familienfreundliche Arbeitszeit-, Gleichstellungs- und Elternzeitregelungen. Ziel seien „flexible Modelle", so die stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba.

Zum siebten Weltsozialforum vom 20. bis 25. Januar 2007 in Nairobi können sich GewerkschafterInnen noch bis zum 30. November nach Rücksprache mit ihrer Gewerkschaft für die deutsche Delegation anmelden.
www.wsf2007.org

Initiative Trendwende

Erste Ergebnisse vorgestellt

In der Initiative Trendwende arbeiten Gewerkschaften und DGB gemeinsam daran, ihre Attraktivität zu steigern, die Zukunft der Gewerkschaften zu sichern und den Negativtrend in der Mitgliederentwicklung umzukehren *(einblick 10/06)*. Erste Ergebnisse der sechs seit Anfang 2006 laufenden Projekte wurden der Steuerungsgruppe der Initiative, den Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften, jetzt vorgestellt.

Im Projekt „DGB-Index Gute Arbeit" wurde ein Befragungsinstrument bis zur Einsatzreife entwickelt, das vielfältige Aussagen zur Qualität der Arbeit und deren Einflussfaktoren möglich macht. Aus den Auswertungen lassen sich gute Argumente für die politische und tarifliche Arbeit gewinnen, wie sie in dieser Qualität zuvor nicht zur Verfügung standen. Künftig soll jährlich eine Repräsentativbefragung durchgeführt werden. Die Arbeitsqualität kann auch gezielt mit dem Fokus auf einzelne Branchen bzw. Regionen erfasst werden. Die Steuerungsgruppe hat entschieden, das Instrument flächendeckend einzusetzen, um im nächsten Jahr bundesweit Aussagen zu gewinnen und mit den Ergebnissen die Kompetenz der Gewerkschaften für die wesentlichen Themen der Arbeitswelt zu betonen.

Initiative Trendwende

Infos zum Stand der Initiative Trendwende gibt es für die Beschäftigten der Gewerkschaften unter www.initiative-trendwende.de. Aktuelle Entwicklungen fasst ein monatlicher Newsletter zusammen, der unter *trendwende@dgb.de* abonniert werden kann.

Im Projekt „Kommunikationsplattform" wurde in der ersten Phase untersucht, wie sich Qualität und Kosten der IT-Angebote der Gewerkschaften optimieren lassen. Eine detaillierte Analyse hat eine Reihe von Kooperationsmöglichkeiten ergeben, die zu jährlichen Einsparungen in Millionenhöhe und zu höheren gemeinsamen Leistungsstandards führen werden. Als erste Schritte haben die Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften beschlossen, ein gemeinsames DGB-Netz und dafür eine gewerkschaftsübergreifende IT-Organisation aufzubauen.

Die eingeleiteten Maßnahmen zeigten, dass die verbindliche Zusammenarbeit in der Initiative Trendwende erste Früchte trage, so DGB-Vorstand Dietmar Hexel, der für die Koordination der Trendwende-Projekte verantwortlich ist. „Sie beweisen: Gewerkschaften und DGB sind gemeinsam handlungs- und entscheidungsfähig bei der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft." •

trendwende@dgb.de

ISA CONSULT

Beratung von Betriebsräten im Fokus

Die ISA CONSULT Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH, Bochum, stellt künftig die betriebswirtschaftliche Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns. Damit wendet sich die Gesellschaft nach einer Phase der Umstrukturierung wieder verstärkt ihrem ursprünglichen Kerngeschäft zu und reagiert auf die aktuellen Anforderungen des Marktes. „Gerade für die Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften ist im Unternehmen jede Menge Know-how vorhanden, dieses möchten wir in künftigen Projekten gewinnbringend für unsere Mandanten einsetzen", sagt Siegfried Bloch, seit Anfang Oktober alleiniger Geschäftsführer von ISA CONSULT. Die Neuausrichtung sei das Ergebnis einer internen kritisch-konstruktiven Diskussion über die Geschäftspolitik.

Die Gesellschaft, zu hundert Prozent in Gewerkschaftsbesitz, sieht sich für die künftigen Anforderungen gut aufgestellt. „Die Mitarbeiter stehen voll und ganz hinter dem Konzept und möchten die sich bietenden Chancen für ISA CONSULT nutzen. Wir werden in den nächsten Wochen Betriebsräte in den verschiedenen Branchen gezielt ansprechen", kündigte Bloch an, der auch persönlich für die Neuausrichtung der Beratungsgesellschaft steht. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften BGAG bringt er viel Erfahrung in der Arbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften mit.

Seit 1991 hat die Gesellschaft in mehr als 5000 Projekten mitgewirkt, sei es bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle, bei der Ausgestaltung von Sanierungstarifverträgen oder bei Konzeptionen zur Beteiligung von MitarbeiterInnen am Unternehmenserfolg.

Nach der eigenen Umstrukturierung versteht sich das Unternehmen wieder als arbeitnehmerorientierte Beratungsgesellschaft, die bei Reorganisation, Umstrukturierung oder Sanierung ArbeitnehmervertreterInnen und deren Organisationen bei der Konzeption und Umsetzung innovativer Lösungen unterstützt. •

www.isa-consult.de

MEINUNG

Nach der 12. Weltklimakonferenz in Nairobi

Preissignale für die Energiewende

Von „Enttäuschung" bis „kleiner Erfolg" lauten die Beurteilungen nach dem Ende der zweiwöchigen Klimakonferenz in Nairobi. Für den einblick kommentiert Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung die Ergebnisse der mit viel Hoffnung erwarteten Klimakonferenz.

Die 12. Klimakonferenz ist zu Ende gegangen – **ohne konkrete weltweit verbindliche Vereinbarungen** zu mehr Emissionsminderung, sondern „nur" mit der Vereinbarung, dass ein Klimaschutzfonds eingerichtet wird, aus dem Projekte zur Energieversorgung in armen Ländern finanziert werden sollen. Zudem wird vielleicht der Flugverkehr künftig in mögliche Emissionsminderungen einbezogen. Die in Nairobi versammelten führenden PolitkerInnen der UN-Mitgliedsstaaten haben sich damit abgefunden, dass sie die notwendige Emissionsminderung – und damit eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration der Erde auf nahezu heutigem Niveau – kaum schaffen werden. Wie auch, wenn China und andere stark wachsende Volkswirtschaften immer mehr Treibhausgase in die Luft blasen und der Klimaverschmutzer Nummer eins, die USA, zu keinem Umdenken zu bewegen ist?

Nachdem selbst Welt-Spitzenökonomen wie Nicolas Stern oder der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz inzwischen deutlich gemacht haben, dass der Klimawandel nicht nur ungeahnte Naturkatastrophen mit sich bringt, sondern vor allem auch eine wirtschaftliche Bedrohung sein kann, müssen wir uns im Klaren darüber sein, dass wir künftig **mehr Geld für die Beseitigung von Klimaschäden aufwenden** müssen. Für Schäden an Immobilien und Infrastruktur – und für die Vorsorge zur Abwendung noch größerer wirtschaftlicher Schäden, wie zum Beispiel durch den Bau von Deichen in Küstengebieten.

Richtig ist die Forderung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken. Richtig ist auch, dass einzelne Länder die Vorreiterrolle übernehmen müssen, dass sie zeigen, dass die Minderung von Treibhausgasen **zu vertretbaren volkswirtschaftlichen Kosten erreichbar sein kann** und dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch möglich ist. So schön und wünschenswert diese Forderungen aber sind: Es wird kaum zu schaffen sein, bis 2020 die Treibhausgase um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Es wird kaum möglich sein, die Energieversorgungsstruktur, die in Deutschland immerhin 40 Prozent der Emissionen ausmacht, so schnell CO_2-frei zu machen. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie werden heute eher Anreize gegeben, in herkömmliche Kohletechnologie zu investieren, die zwar zugegebenermaßen effizienter ist als die alten Kraftwerke, aber nicht CO_2-arm. Der Emissionsrechtehandel kann hier zwar die richtigen Signale setzen, aber er müsste noch höhere Minderungsziele erwirken und die Emissionsrechte versteigern. Und der Flugverkehr wäre mit einzubeziehen.



Prof. Dr. Claudia Kemfert, 37, leitet die Abteilung Energie, Umwelt Verkehr des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Gerade im Verkehrssektor ist bisher zu wenig passiert: Selbst ein hoher Ölpreis führt nicht dazu, dass die Menschen weniger fahren. Und die Automobilhersteller sind kaum dazu zu bewegen, spritsparende Motoren oder alternative Kraftstoffe serienmäßig anzubieten. **Warum zwingt die Politik sie nicht dazu?** Wenn schon die deutschen Topmanager der großen Automobilhersteller nicht die Zeichen der Zeit erkennen und sich sehenden Auges in die mittelfristige Absatzkrise bewegen, sollte die Bundesregierung hier nachhelfen und – aus Klimaschutzgründen, aber auch aus volkwirtschaftlichem Überlebenswillen heraus – bindende Vorgaben machen. Zwar wird es die Politk mit der Effizienzinitiative schaffen, die Emissionen – gerade im Gebäudebereich – zu reduzieren, dennoch wird das Ziel von 30 Prozent Emissionsminderung nur schwer umzusetzen.

Deutschland kann jedoch eines tun: Das „Land der Ingenieure" sollte viel mehr Geld in die Erforschung innovativer und CO_2-freier Energietechnologie investieren. Diese Technologie wird weltweit zum Absatzschlager werden – und fördert damit auch Beschäftigung. Und **die Politik muss endlich Preissignale setzen,** damit auch bei den BürgerInnen ein Umdenken beginnt: Fliegen muss teurer werden, Bahnfahren billiger. Energieerzeugung und Sprit sollte CO_2-frei sein, Gebäude sollten so gedämmt und Geräte so energieeffizient sein, dass kaum noch Energie notwendig ist. Wenn wir diese Energiewende schaffen, wird es kaum Beeinträchtigungen der Lebensqualität geben – nur jeder muss auch mitmachen wollen. Wirklich wollen. •

Abmahnung

Während Umweltminister Sigmar Gabriel sich angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse der Klimakonferenz in Nairobi sehr enttäuscht zeigte, überrascht die EU-Kommission mit gänzlich anderen Signalen. Wegen des ungenügenden Klimaschutzes droht der Bundesregierung aus Brüssel nämlich eine Abmahnung. Presseberichten zufolge will der zuständige EU-Kommissar Stavros Dimas den nationalen Plan zur Senkung der Treibhausgase nicht genehmigen. Aus Brüssel heißt es dazu, „dass der Plan von Bundesumweltminister Gabriel der deutschen Industrie zu wenig abverlangt" (taz, 18.11.06).

Gabriel, so heißt es im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und im Berliner Tagesspiegel, teile der Industrie zu viele Verschmutzungsrechte zu. Außerdem soll laut MDR etwa das Braunkohle-Kraftwerk im sächsischen Boxberg noch nachträglich unerlaubte Verschmutzungsrechte erhalten haben. Spätestens Ende November soll die Abmahnung aus Brüssel auf dem Schreibtisch des Umweltministers landen.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

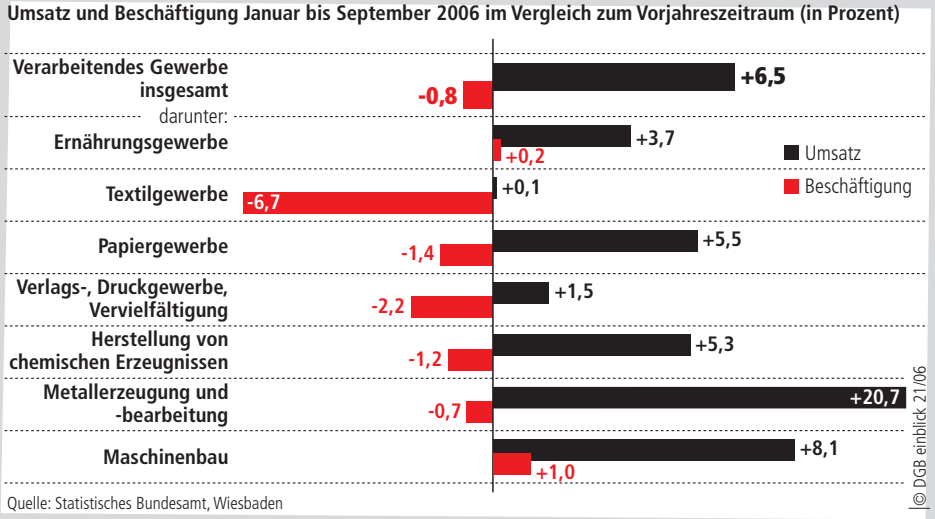
DIES & DAS

die DGB grafik

INDUSTRIE: Trotz Aufschwungs weniger Jobs

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs entstehen in der Industrie keine neuen Arbeitsplätze. Die Unternehmen im produzierenden Gewerbe beschäftigten im Zeitraum Januar bis September 2006 knapp 5,89 Millionen Menschen, d.h. 0,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stieg der Umsatz um 6,5 Prozent auf fast 1,17 Billionen Euro. Die einzelnen Branchen entwickelten sich jedoch unterschiedlich, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Die Statistik umfasst Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten.

Umsatz und Beschäftigung Januar bis September 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

personalien

••• ***Claudia Menne,*** 44, Leiterin des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB, ist am 11. November zur stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats gewählt worden. Sie folgt ***Maria Kathmann,*** 56, die bislang den DGB im Deutschen Frauenrat vertreten hat.

••• ***Konrad Freiberg,*** 55, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist am 14. November vom GdP-Bundeskongress in seiner Funktion bestätigt worden. Auch die vier stellvertretenden Vorsitzenden ***Bernhard Witthaut,*** 51, ***Hugo Müller,*** 47, ***Kerstin Philipp,*** 43, und ***Heinz Kiefer,*** 58, wurden wiedergewählt. Dem von zehn auf neun Mitglieder verkleinerten GdP-Bundesvorstand gehören zudem die bisherigen Vorstandsmitglieder ***Frank Richter,*** 47, ***Andreas Schuster,*** 47, und ***Jörg Radek,*** 46, an. Neu in den Vorstand wählten die Delegierten ***Elke Gündner-Ede,*** 50, Polizeiangestellte in Braunschweig. Sie setzte sich gegen das bisherige Vorstandsmitglied ***Detlef Rieffenstahl,*** 56, durch.

••• ***Dr. Andreas Keller,*** 40, Geschäftsführer des Aufsichtsrats der Charité Universitätsmedizin Berlin, davor wissenschaftlicher Referent der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, ist am 14. November vom Hauptvorstand der GEW als Vorstandsmitglied für den Bereich Hochschule und Forschung gewählt worden. Er folgt ***Gerd Köhler,*** 62, der im März aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war.

••• ***Ilko Vehlow,*** 36, Sekretär der Bezirksverwaltung Hamburg der IG BAU, ist seit dem 1. November Branchensekretär für Industrielle Dienstleistungen beim Bundesvorstand der IG BAU.

14 TAGE

28.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Hartz IV – Förderdschungel?", Magdeburg

28.-30.11. DGB Baden-Württemberg, Erwerbslosentagung „Realpolitik trifft Realität – 2 Jahre Hartz-Gesetze und wie weiter?", Bad Herrenalb

29.11.-1.12 NGG, Arbeitszeit-Kongress „Arbeitszeit gestalten – Beschäftigung sichern!", Erkner

30.11. GEW Rheinland-Pfalz, Tagung „Zukunft Bildung", Mainz

30.11. ver.di, Tagung „Public Private Partnership: Private Gewinne und gesellschaftliche Risiken?", Berlin

6./7.12. IG Metall, Kongress „Gute Arbeit – Eine bessere Arbeitswelt ist machbar", Berlin

7./8.12. WSI-Herbstforum „60 Jahre WSI – Wirtschaft- und Sozialforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Schlusspunkt

„In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Beck würde ich doch nicht davon ausgehen, dass sofort alles schlechter werden muss, wenn etwas vom Bund auf die Länder übergeht."

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 13. November auf dem GdP-Bundeskongress über die seit der Föderalismusreform bestehende Möglichkeit der Länder, für ihre Beschäftigten eigene Tarifverträge abzuschließen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.12.2006 22/06

DGB

inhalt

Seite 3
Flächendeckender Einsatz
RFID – eine neue Technik verändert nachhaltig die Arbeitswelt

Seite 5
Vorbildliche Unternehmen
Die Faber-Castell AG und die Elektrizitätswerke Schönau wurden mit dem „Preis der Arbeit" ausgezeichnet

Seite 7
Um Umverteilung geht's gar nicht
Union und SPD haben eine Schieflage bei der Verteilung des Volksvermögens entdeckt. Mit dem Investivlohn lässt sie sich nicht beseitigen

BUCH SPEZIAL
ab Seite 8

Fünf Jahre nach PISA

Von Aufbruchstimmung keine Spur

Fünf Jahre nach Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Dezember 2001 dümpelt Deutschland international noch immer im Mittelfeld. Zwar gibt es punktuelle Verbesserungen, etwa durch die Einführung von Fördermaßnahmen für Migrantenkinder, mit denen sichergestellt werden soll, dass alle SchülerInnen dem Unterricht von Anfang an in deutscher Sprache folgen können. Doch eine wirkliche Aufbruchstimmung ist nach wie vor nicht zu spüren. „Die zentralen Aussagen von PISA bleiben bestehen", kritisiert der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm. Noch immer entscheide die soziale Herkunft stärker als in jedem anderen Land über den Bildungsabschluss. Und nach wie vor sei die Unterfinanzierung des Bildungssystems tabuisiert.

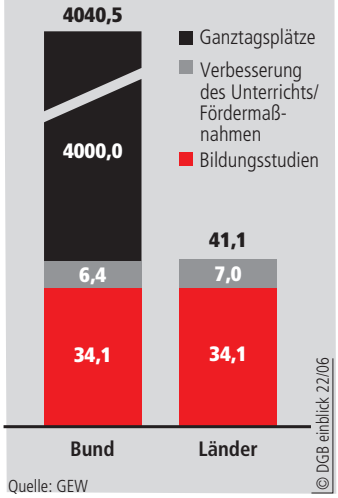
Auch die GEW kommt in ihrer PISA-Bilanz zu einem negativen Ergebnis. In den Bundesländern gebe es „viel unabgestimmtes Klein-Klein", die einzelnen Maßnahmen seien zum Teil sogar widersprüchlich, kritisiert der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Statt eine bessere Förderung aller Kinder zu ermöglichen, hätten viele Länder die Auslese sogar noch verschärft. Die GEW hält deshalb eine „nationale Bildungsstrategie" für notwendig, die das gesamte Bildungssystem in den Blick nimmt. Denn auch außerhalb der Schulen ist es nicht zum Besten bestellt. Das Lehrstellenproblem ist – allen anders lautenden Erklärungen von Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden zum Trotz – nach wie vor nicht gelöst. Die berufliche Weiterbildung ist auf dem Rückmarsch. Und auch an den Hochschulen sieht es nicht viel besser aus. Die meisten Bundesländer haben Studiengebühren eingeführt oder stehen kurz davor. Das spart Steuergelder, aber es verschärft die soziale Auslese. Zudem soll die Zahl der Studienplätze bis 2010 bundesweit nur um 90 000 erhöht werden. Der zu erwartende Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge hätte ein Mehrfaches erfordert.

Trotzdem bewerten viele Experten den PISA-Schock als heilsam. In der Bildungspolitik werde „nicht mehr über Ideologien gestritten, sondern über die Lösung konkreter Probleme", so Jürgen Baumert, PISA-Beauftragter der Kultusministerkonferenz. Bildung beginne wieder zu einem zentralen politischen Thema zu werden.

Das gilt auch für die Gewerkschaften. Als erste Industriegewerkschaft hat die IG BCE im Frühjahr 2006 eine eigene „Offensive für Bildung" gestartet *(www.offensive-bildung.igbce.de)*. Bildung ist für die IG BCE „die soziale Frage des 21. Jahrhunderts". „Der Vorsprung, den wir in Deutschland haben, begründet sich auf Qualifikation, Wissen und Handlungskompetenz der Menschen", so IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis. „Wir müssen uns diesen Vorsprung erhalten, um unser „Modell Deutschland" langfristig wettbewerbsfähig zu machen. Bildung ist der Schlüssel dazu." •

Länder tun zu wenig

Zusätzliche Mittel für das Bildungssystem aufgrund der PISA-Studie 1998 – 2008 (in Millionen Euro)



Quelle: GEW

Bei der Finanzierung des Bildungssystems gibt es eine massive Schieflage: 90 Prozent der in den vergangenen Jahren nach dem Pisa-Desaster zusätzlich bereitgestellten Gelder kommen vom Bund, nur zehn Prozent von den Ländern, die für die Bildung zuständig sind.

plusminusBERLIN

+ ***Grietje Bettin, medienpolitische Sprecherin der Grünen, fordert einen differenzierten Umgang mit dem Thema Gewaltvideos. Es müsse auch über die Förderung sinnvoller Spiele gesprochen werden, nicht nur über Verbote.***

– ***Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm will das Folterverbot in der Verfassung umgehen. Deutsche Behörden sollen im Ausland unter Folter erzwungene Aussagen nutzen dürfen, wenn sie durch weitere Quellen bestätigt werden.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.das-geht-besser.dgb.de
Alle Infos zur DGB-Aktionswoche zur Gesundheitsreform vom 11. bis 15. Dezember

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Eine andere Meinung" Minderheitenvotum von Peter Bofinger zum Kapitel Finanzpolitik im Jahresgutachten des Sachverständigenrates

POLITIK AKTUELL

Ermittlungsverfahren

Selbstanzeige aus Solidarität

Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart hat ein Ermittlungsverfahren gegen den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer eingeleitet. Der Grund: Sommer hatte bei seiner Rede auf dem gewerkschaftlichen Aktionstag am 21. Oktober einen Anstecker mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz getragen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt deshalb wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen".

„Absolutes Unverständnis", äußerte der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Rainer Bliesener darüber, dass die Verwendung eindeutig antifaschistischer Symbole kriminalisiert werde. Bliesener und die stellvertretende Landesvorsitzende Leni Breymaier wollten sich daraufhin selbst bei der Staatsanwaltschaft anzeigen – auch sie hatten am 21. Oktober entsprechende Anstecker getragen. Die Selbstanzeige wurde jedoch zunächst abgelehnt. Die kuriose Begründung: Selbstanzeigen würden nur dienstags und donnerstags zu bestimmten Bürozeiten angenommen. Bliesener und Breymaier wollen die Anzeige nun durch einen Anwalt übermitteln lassen.

Mit dem Verfahren gegen den DGB-Vorsitzenden Sommer folgt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft der Rechtsauffassung des örtlichen Landgerichts, das im September einen Versandhändler zu einer Geldstrafe von 3600 Euro verurteilt hatte, weil er antifaschistische Materialien vertrieben hatte, auf denen ein durchgestrichenes Hakenkreuz abgebildet war. Auch durchgestrichene Hakenkreuze trügen dazu bei, das Symbol wieder gesellschaftsfähig zu machen, so die Begründung. •

Pendlerpauschale

Kürzung verfassungswidrig

Die ab dem 1. Januar wirksame Kürzung der Pendlerpauschale, nach der ArbeitnehmerInnen ihre Fahrtkosten zwischen ihrer Wohnung und dem Arbeitsplatz nur noch ab dem 21. Kilometer geltend machen können, ist verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Frankfurter Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wieland im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Wieland sieht die Verfassungswidrigkeit darin begründet, dass der Gesetzgeber auch nach der Neuregelung der Fahrtkostenerstattung im Einkommenssteuergesetz weiterhin grundsätzlich von der Abzugsfähigkeit der Fahrtkosten zum Arbeitsplatz ausgeht. Für die Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf Entfernungen über 21 Kilometer fehle der verfassungsrechtlich gebotene besondere sachliche Grund.

„Das Gutachten bestätigt die Rechtsauffassung, die der DGB bereits im Juni bei der Bundestagsanhörung des Steuerrechtsänderungsgesetzes vertreten hat", so DGB-Vorstand Claus Matecki. Der DGB rät den ArbeitnehmerInnen, gegen die entsprechenden Steuerbescheide für 2007 Einspruch einzulegen. Details des Gutachtens will der DGB am 11. Dezember vorstellen. •

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  • Krisen- & Insolvenzberatung
  • Personalentwicklung
  • Arbeitszeitgestaltung
  • ERA-Einführung
  • Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Kontakt
ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Frank Stodolka
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

www.isa-consult.de

Schnüffelchips

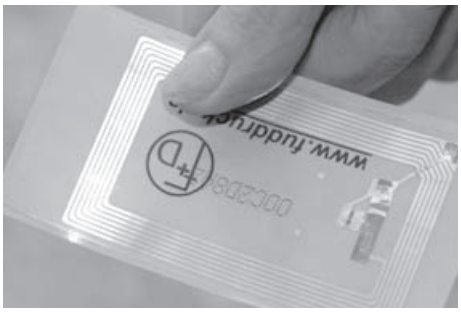
Flächendeckender Einsatz

RFID – unter diesem harmlos klingenden Kürzel hält eine nicht mehr ganz neue Technologie schleichend Einzug in unsere Alltagswelt. Die „Radio Frequency Identification", in den neunziger Jahren vor allem in US-Mautsystemen im Einsatz, soll uns als Segen verkauft werden. Hans-Böckler-Stiftung, ver.di und DGB widmen sich dem Thema auf einer Veranstaltung am 12. Dezember in Berlin.

Aktuellen Untersuchungen zufolge kennen etwa 85 Prozent der Bevölkerung das Kürzel RFID nicht, wissen demzufolge auch nicht, welche Konsequenzen ihr flächendeckender Einsatz hat. Dabei sind die Funketiketten schon vielfach anzutreffen: Zugangssysteme, Autoschlüssel, WM-Tickets und andere Eintrittskarten enthalten Speicherchips, die – mit einer winzigen Antenne bestückt – oft bis zu zehn Meter Entfernung berührungslos lesbar sind. Mit dem RFID-Code – als Nachfolger der (Streifen-)Barcodes – lässt sich jedes weltweit hergestellte Produkt eindeutig identifizieren. Dabei erfassen die Lesegeräte je nach Ausstattung auch große Mengen Funketiketten gleichzeitig. Vor allem in der Logistik versprechen sich RFID-Anwender beträchtliche Produktivitätssteigerungen. Handelskonzerne verpflichten ihre Lieferanten zunehmend, Kartons und Paletten mit RFID-Chips zu versehen. Aber auch in der Produktion wird RFID seit Jahren zur Steuerung und Kontrolle des Wertschöpfungsprozesses eingesetzt.

Einen Blick in die Zukunft ermöglicht der Metro-Future-Store in Rheinberg schon heute: Da erkennt das CD-Regal, welche Hülle entnommen wird, startet gezielte Werbung dazu und erledigt auch gleich die Nachbestellung. Oder die Kasse, an der der Kunde seinen vollen Einkaufswagen in Sekundenbruchteilen selbst scannt. Einzelne Funktionen des Future-Store sind auch in anderen Supermärkten schon im Praxistest.

Die zunehmende Allgegenwart von Sensoren und Prozessoren, die miteinander kommunizieren, die Aktionen auslösen und steuern können – der Kühlschrank, der selbsttätig Milch nachfordert, oder das Auto, das automatisch Ersatzteile in der Werkstatt ordert – sind Bestandteile einer solchen Vorstellungswelt. Erste Schritte auf dem Weg zum „Internet der Dinge", bei dem jeder Gegenstand eine eigene Internet-Adresse hat – so wie viele Menschen heute eine E-Mail-Adresse haben.



RFID-Chip und Antenne lassen sich problemlos auch auf jeder Karte unterbringen.

Mit verbraucherfreundlichen Beispielen wird um Akzeptanz geworben: Qualitätssicherung durch Warenrückverfolgung, bessere Kontrolle von Lebens- oder Arzneimitteln, Sicherung von Garantieansprüchen oder die „On-Demand"-Produktion von Gütern. Doch während sich Wirtschaft und Politik über täglich neue Einsatzmöglichkeiten der sogenannten Schnüffelchips freuen, steht die weitreichende und unkontrollierbare Möglichkeit, personenbezogene Daten sammeln zu können, im Mittelpunkt der kritischen Debatte. Datenschützer fordern gesetzlich verankerte Mindeststandards zum Schutz der Privatsphäre: Eine Kennzeichnungspflicht für Gegenstände, die RFID-Chips enthalten, und für die Lese- oder Schreibgeräte, eine dauerhafte Deaktivierung der RFID-Chips nach dem Kauf, die Kenntnis der Zweckbestimmung jeder personenbezogenen Datensammlung und ein Recht auf Einsichtnahme.

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen: Die Möglichkeit, zeit- und personenbezogene Daten zu speichern und diese über Hintergrunddatenbanken (Data Warehouse) zu vernetzen, dürfte die Begehrlichkeiten nach weiter gehenden Anwendungen wecken. Die Gewerkschaften fordern, den Datenschutz bereits in der Konzeptionsphase zu berücksichtigen – statt später Missbrauch zu ahnden. Und sie fordern eine Novellierung des Datenschutzes, wozu seit Jahren ein Entwurf vorliegt.

Während weltweit über RFID und die allgegenwärtige Informationstechnik geforscht wird, sind Auswirkungen von RFID-Anwendungen auf die Arbeitswelt, Veränderungen von Arbeitsorganisation und Rationalisierungseffekte bislang nur ein Randthema. Dabei bietet die Verknüpfung von Logistik- und Marketinginformationen mit Zeit- oder Personendaten umfassende Möglichkeiten der Leistungskontrolle und Überwachung des Personals. Das Risiko, die RFID-Chips als allgegenwärtige „Schnüffelchips" einzusetzen, macht kritisches Nachfragen und umfassende Regelungen dringlich. Die Beschäftigung damit gehört zunehmend zu den Aufgaben von betrieblichen Interessenvertretungen, zumal das Arbeitnehmerdatenschutzgesetz auf Eis liegt. Der Erfahrungsaustausch über Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretung soll im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von Hans-Böckler-Stiftung, ver.di und DGB am 12. Dezember intensiviert werden. •

Das Internet der Dinge, 12. Dezember 2006, DBB-Forum Berlin. Infos: www.dgb.de

RFID

Die Radio Frequency Identification (RFID) ermöglicht die automatische Funkerkennung und Positionsbestimmung von Objekten.

Ein RFID-System besteht aus:

- ***einem Sendesystem, auch RFID-Chip oder Funketikett genannt,***
- ***dem Empfänger mit dazugehöriger Antenne und***
- ***einer permanenten Verbindung mit Servern, Diensten und sonstigen Systemen wie Kassen- oder Warenwirtschaftssystemen.***

Die „Sender" werden an oder in Objekten angebracht. Sie enthalten Daten, die berührungslos und ohne Sichtkontakt gelesen werden können – je nach Ausführung, benutzter Frequenz, Sendeleistung und Umwelteinflüssen auf Entfernungen zwischen wenigen Zentimetern und mehr als einem Kilometer.

Die Datenübermittlung zwischen Sender und Empfänger findet mittels elektromagnetischer Wellen statt. Diese Wellen sind ähnlich wie beim Mobiltelefon auf der Frequenz 13,56 MHz als pulsierende Störung im Radio zu hören.

PROJEKTE UND PARTNER

Böckler-Stiftung

Network online

Ab sofort wird der Informationsdienst „Network" der Hans-Böckler-Stiftung ausschließlich online erscheinen. Die Publikation wendet sich an Arbeitnehmervertretungen und thematisiert insbesondere die Organisation der Betriebsrats- bzw. Personalratsarbeit. Network soll weiterhin – wie bisher die Druckausgabe – viermal jährlich erscheinen. Das erste Online-Heft wird Ende des Jahres zu haben sein. Um die Publikation regelmäßig zu erhalten reicht eine E-Mail mit dem Betreff „Network" an *network@boeckler.de* •

Info-Flyer

Zeugnissprache

Es ist kein Geheimnis, dass Arbeitszeugnisse oft nur mit Übersetzungshilfen zu verstehen sind. Bewertungen werden durch Standardformulierungen getarnt, und das Fehlen bestimmter Merkmale kann sich auf künftige Bewerbungen fatal auswirken. Der DGB-Rechtsschutz hat in seiner Flyer-Reihe das Faltblatt „Thema Arbeitszeugnis" herausgegeben. Kurz und knapp werden die geläufigsten Formulierungen erklärt und Fragen rund ums Thema beantwortet. •

www.dgbrechtsschutz.de/service/informationsmaterial.html

Arbeitspapier

Mehr Bildung

Es sind vor allem die jüngeren, männlichen und ohnehin gut qualifizierten Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die Weiterbildungsangebote am intensivsten nutzen (können). Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Zwischen Sparzwang und Innovation – Die Situation der Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen im öffentlichen Sektor" (Düsseldorf, November 2006). Erstmals seit 1998 wurden dafür unterschiedliche Bildungseinrichtungen eingehend befragt. Der GEW-Mitarbeiter Stefan Müller fasste die Ergebnisse in der knapp 100-seitigen Broschüre zusammen. Überdeutlich wird, dass insbesondere die über 40-jährigen Beschäftigten intensiver als bisher Weiterbildungsangebote nutzen sollten. Die Broschüre ist zum Preis von 12 Euro unter der Bestellnummer 11124 erhältlich. •

Ralf-Guthoff@boeckler.de
Tel. 0211 / 77 78 216.

Auslobung

Für Courage

Zum vierzehnten Mal verleiht das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" 2007 das „Band für Mut und Verständigung". Ausgezeichnet werden damit BürgerInnen in Berlin und Brandenburg, die sich couragiert gegen Ausländerfeindlichkeit einsetzen und für die Verständigung unterschiedlicher Kulturen engagieren. Zwischen dem 1. Januar und dem 1. März 2007 können Vorschläge für preiswürdige Aktionen bzw. Personen eingereicht werden. Das Bündnis wurde von unterschiedlichen, auch gewerkschaftlichen Organisationen 1991 als Reaktion auf ausländerfeindliche Übergriffe in Hoyerswerda gegründet. Der Preis wird seit 1993 verliehen. •

DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg
Tel. 030/21240146
ildiko.pallmann@dgb.de

ALG-II und Sozialgeld

Broschüre neu aufgelegt

In aktualisierter Auflage erschienen ist die Broschüre der Arbeiterkammer des Saarlandes „Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe". Auf 400 Seiten erläutern die Fachautoren die nicht einfache Rechtsmaterie. Die Broschüre behandelt Aufgaben und Ziele der Grundsicherung für Arbeitssuchende, den Grundsatz des Forderns und Förderns und anderes mehr. Für saarländische ArbeitnehmerInnen ist die Broschüre kostenlos, sonstige Bezieher zahlen 7 Euro zzgl. Porto. •

info@arbeitskammer.de

Lidl-Aktion

Neuer Schwarz-Markt

Auch zwei Jahre nach Erscheinen des „Schwarz-Buch Lidl" werden bei dem europaweit mit über 7 400 Filialen vertretenen Discounter regelmäßig Arbeitnehmerrechte missachtet. Aufklärung und Information tun also weiterhin not. Rechtzeitig zur Lidl-Aktionswoche der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist Anfang Dezember eine weitere Ausgabe der Zeitung „Schwarz-Markt" erschienen. Themen sind u.a. die Kündigungspraktiken bei Lidl, die ver.di-Offerte für faire Betriebsratswahlen sowie die Reaktionen auf das im Sommer erschienene „Schwarz-Buch Lidl Europa". Außerdem hat der Autor Wolfgang Schorlau wiederum einen Kurzkrimi für den Schwarz-Markt geschrieben. •

lidl-aktion@verdi.de

mobifair

Für fairen Wettbewerb

Der Wettbewerb im Verkehrssektor wird zunehmend über die Senkung von Umwelt- und Sozialstandards ausgetragen. Nahverkehrsbusse fahren ohne Rußfilter, qualifiziertes Fahrpersonal wird durch angelernte Kräfte ersetzt. Eine Strategie, die nicht nur zu sinkenden Einkommen der Beschäftigten führt, sondern auch zu Qualitätseinschränkungen der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen. Um dass zu verhindern, hat TRANSNET gemeinsam mit der Verkehrsgewerkschaft GDBA den Verein „mobifair" gegründet. mobifair versteht sich als Plattform zur Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen im Verkehrssektor. •

www.mobifair.eu

interregio

••• Das „Thüringer Netzwerk für Gesundheit" hat dem Thüringer Gesundheitsminister Klaus Zeh (CDU) bei einer ***symbolischen Aktion*** mit übergroßen Spritzen 6000 Unterschriften gegen Verschlechterungen im Gesundheitswesen übergeben. Der ***DGB Thüringen*** koordiniert das Netzwerk, in dem sich Selbsthilfeorganisationen, Vertreter der Selbstverwaltung der Krankenkassen sowie Fachpolitiker von SPD und Linkspartei für eine solidarische Gesundheitsreform einsetzen. Auch der ***DGB Baden-Württemberg*** hat Ende November in Kooperation mit Verbänden und Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen ein „Bündnis Gesundheit in Baden-Württemberg" gegründet. „Die Bündnispartner wollen gegenüber der Politik mit einer Stimme



sprechen und so die Interessen der gesetzlich Versicherten vertreten", so die stellvertretende Landesvorsitzende Leni Breymaier.

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** unterstützt die ***Verfassungsklage*** der hessischen Studierenden-Ausschüsse gegen die Einführung von Studiengebühren. Laut DGB Campus Office können die entsprechenden Formulare im Büro der DGB-Region abgegeben werden, nachdem sie kostenlos im Einwohnermeldeamt unterschrieben wurden. Berichten, wonach in den Einwohnermeldeämtern eine Gebühr für die Unterzeichnung fällig würde, widersprach der DGB.

Preis der Arbeit

Ausgezeichnete Unternehmen

Die Faber-Castell AG und die Elektrizitätswerke Schönau GmbH sind die ersten mit dem „Preis der Arbeit" ausgezeichneten Unternehmen. Gestiftet hat den Preis für Unternehmen, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung in besonderer Weise gerecht werden, das „Forum Zukunftsökonomie", eine Initiative von sechs Medien, darunter der einblick.

Der Publikumspreis, über den die über drei Millionen LeserInnen der sechs am Forum Zukunftsökonomie beteiligten Medien abstimmen konnten, ging an die Elektrizitätswerke Schönau. Den Preis der siebenköpfigen Fachjury, der auch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach angehört, erhielt der Schreibgerätehersteller Faber-Castell aus Stein bei Nürnberg.

Insgesamt hatte die Jury aus über 70 Vorschlägen sieben Unternehmen nominiert *(einblick 19/06)*. Alle Nominierten hätten gezeigt, dass es für soziale und nachhaltige Konzepte durchaus „Handlungsspielraum im unternehmerischen Bereich gibt", so Gesine Schwan, Schirmherrin des Preises und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O., bei der Preisverleihung am 30. November in Berlin.

Das Forum Zukunftsökonomie ist ein Zusammenschluss von sechs Zeitungen und Zeitschriften. Neben dem *einblick* beteiligen sich am Forum *ver.di Publik*, die SPD-Mitgliederzeitung *vorwärts*, die *tageszeitung*, das *BUNDmagazin* des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland sowie *Verbraucher konkret*. •



Foto: ARIS

Ursula Sladek, EWS-Geschäftsführerin, bei der Verleihung des vom taz-Karikaturisten „Tom" gestalteten „Preis der Arbeit" durch Vorwärts-Chefredakteur Uwe-Karsten Heye.

Fragenan ...



Die Faber-Castell AG erhielt den Jurypreis des Forum Zukunftsökonomie. *einblick* fragte den Vorstandsvorsitzenden Anton Wolfgang Graf von Faber-Castell, 65, nach der Bedeutung der Auszeichnung für sein Unternehmen.

■ Was bedeutet es für Ihre Belegschaft, dass auch deren Engagement durch den „Preis der Arbeit" gewürdigt wird?

■ *Es wird besonders an unserem Hauptsitz in Stein eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem im Bereich Qualitätskontrolle, geben, die sich über diesen Preis sehr freuen. Wir haben eine engagierte Gruppe von Beschäftigten, die sich die Themen Umweltschutz, soziale Verantwortung und Qualitätssicherung auf die Fahnen geschrieben hat und in diesen Bereichen sehr aktiv ist. Unser Konzept, das diese drei Themen umfasst, ist in Deutschland entwickelt worden. Es wird inzwischen aber immer mehr auch von unseren großen Tochtergesellschaften, etwa in Brasilien, Peru, Malaysia oder Indonesien, umgesetzt.*

■ Welchen Nutzen hat soziales und ökologisches Engagement für ein Unternehmen wie Faber-Castell?

■ *Unser Engagement hilft uns vor allem bei der Imagebildung unseres Unternehmens. Ein sozial denkendes und handelndes Unternehmen sind wir schon seit Generationen. Mit konkreten Projekten, wie unserem Aufforstungsprojekt in Brasilien, zeigen wir, dass Faber-Castell auch den Umweltschutz ernst nimmt. Das hilft uns, unsere Produkte besser bei bestimmten Zielgruppen zu verankern. Ich glaube, dass die Unternehmen in Zukunft die Nase vorne haben werden, die diese Thematik ernster nehmen als andere.*

■ Kann eine Auszeichnung wie der „Preis der Arbeit" auch für andere Unternehmen ein Antrieb sein, ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht zu werden?

■ *Ich glaube, dass der „Preis der Arbeit" sehr gut geeignet ist, Unternehmen zu sensibilisieren und zu motivieren, sich entsprechend auszurichten. Es gibt schon heute mehr Unternehmen als man gemeinhin glaubt, die soziale und ökologische Verantwortung durchaus ernst nehmen. Das ist wichtig. Und insofern freut mich auch der Preis, dass solche Unternehmen ausgezeichnet werden. Es sollte mehr Preise dieser Art geben, um die Vorbildfunktion dieser Unternehmen in die Breite zu tragen.*

Publikumspreis für EWS

Gegen sechs weitere Unternehmen setzten sich beim Publikumspreis, über den auch die LeserInnen des einblick mit abstimmten, die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) durch.

„Ich stimme für EWS, weil sie zukunftsorientiert arbeiten, hier viele Frauen vertreten sind, Gewinn nicht im Vordergrund steht und Transparenz im Strompreis garantiert ist." So begründete Leserin Anne K. aus Lüdge ihre Wahl. Die EWS aus dem südbadischen Schönau bieten seit 1999 ökologisch erzeugten Strom bundesweit an. Ihre Gesellschafter sind über 650 BürgerInnen vor allem aus Schönau.

Ziel der EWS ist nicht die bedingungslose Gewinnmaximierung, sondern die Umsetzung eines ökologisch wie ökonomisch zukunftsfähigen Versorgungskonzepts. Transparenz wird groß geschrieben: Das betrifft nicht nur den Strompreis. EWS macht öffentlich, welche Energieerzeuger warum unterstützt werden, und veranstaltet entsprechende Seminare. Die überwiegend weiblichen Beschäftigten verfügen bislang zwar nicht über einen Betriebsrat, werden jedoch übertariflich bezahlt und an Entscheidungen beteiligt.

Infos zu den Preisträgern und den weiteren Nominierten:
www.preis-der-arbeit.de

kurz&bündig

Der DGB hat in der Diskussion um das Arbeitslosengeld I (Alg I) ein eigenes Konzept vorgelegt. Das vom DGB-Bundesvorstand verabschiedete Papier sieht eine verlängerte Bezugsdauer für Ältere vor. Anders als im aktuellen Konzept der CDU orientiert sich der DGB bei der Festlegung der Bezugsdauer stärker am Lebensalter und nicht ausschließlich an der Dauer der Beitragszahlungen vor der Arbeitslosigkeit. Bereits über 45-Jährige sollen bis zu 15 Monate Alg I erhalten können, heute gilt das nur für über 55-Jährige. Über 50-Jährige sollen je nach Beschäftigungsdauer vor der Arbeitslosigkeit 18 bis 24 Monate Alg I bekommen. Finanzieren will der DGB die längere Bezugsdauer dadurch, dass die Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung weniger stark ausfällt als geplant.

Die GdP hat die Pläne von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) zur Erhöhung der Bußgelder für Drängler, Raser oder alkoholisierte Fahrer kritisiert. Höhere Bußgelder seien sinnlos, solange die polizeiliche Verkehrsüberwachung weiter abgebaut werde.

Der GenderReport 2006 der GEW beleuchtet die Bildungsbeteiligung und Beschäftigungssituation von Frauen und Männern im Bildungssektor. Er nennt außerdem Möglichkeiten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. *www.gew.de/GenderReport_2006.html*

Widerstand lohnt sich

Beschäftigte von Allianz und BenQ atmen auf

Monatelang haben Allianz und Siemens die Schlagzeilen beherrscht, weil beide Konzerne Gewinne in Milliardenhöhe machen, aber gleichzeitig Tausende von Arbeitsplätzen abbauen. Der von ver.di und IG Metall organisierte Widerstand der Beschäftigten und Betriebsräte hat jetzt zu ersten Teilerfolgen geführt.

So hat die Allianz zugesagt, mindestens bis Ende 2009 statt bis Ende 2007 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Zudem sollen die Standorte Köln und Dortmund unbefristet beziehungsweise bis 2012 erhalten bleiben, ebenfalls ein Drittel der 1600 Arbeitsplätze dort. Auch die Teilschließung des Standorts Frankfurt /M. hat das Versicherungsunternehmen zurückgenommen. „Ohne die vielen Aktionen und Streiks der Beschäftigten wäre uns das Aufbrechen der Blockade der Arbeitgeber nicht gelungen", sagte ver.di-Vorstand Uwe Foullong.

Erfolgreich war auch die IG Metall mit ihrer Forderung an Siemens, mehr Verantwortung für die Pleite ihrer an BenQ verkauften Handysparte zu übernehmen. Statt nur einen Nothilfefonds von 35 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, macht Siemens jetzt bis zu 180 Millionen Euro locker. Diese Summe wäre erforderlich, falls alle 3000 Beschäftigten von BenQ Mobile in München, Kamp-Lintfort und Bocholt Anfang 2007 für zwölf Monate in die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft wechseln müssten und eine Überbrückungshilfe in Anspruch nehmen, weil sie noch keinen neuen Job gefunden haben.

„Ohne die IG Metall und die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit hätten wir das nicht geschafft", sagte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Michael Leucker. Die ganz große Katastrophe sei abgewendet worden. Nach derzeitigem Stand müssen allerdings knapp 2000 der gut 3000 Beschäftigten gehen. •

Neues Personalvertretungsgesetz NRW

DGB attackiert Rüttgers

Auf der mit 1700 TeilnehmerInnen bundesweit größten Landespersonalrätekonferenz am 5. Dezember in Düsseldorf hat der DGB-Vorsitzende von NRW, Guntram Schneider, die geplante Novellierung des Personalvertretungsrechts als „Angriff auf die demokratischen Beteiligungsrechte im öffentlichen Dienst" verurteilt. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) versuche, sich „als Anwalt des kleinen Mannes aufzuspielen", sagte Schneider, „vor Ort erleben wir aber das Gegenteil".

Das sieht die Novelle u.a. vor: den Wegfall bzw. die Einschränkung der Mitbestimmung bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen, bei der Auslagerung von Arbeitsplätzen, bei Privatisierungen und ordentlichen Kündigungen, bei der Einführung technischer Einrichtungen zur Verhaltens- und Leistungskontrolle sowie neuer Arbeitsmethoden, bei der Besetzung von Planstellen und bei Umsetzungen. Die Zahl der Freigestellten soll halbiert werden.

Der DGB NRW bewertet die Novelle als Vorstufe zur Schaffung einer landeseigenen Personalüberhangbehörde, genannt PEM (PersonalEinsatzManagement). Dorthin sollen alle Beschäftigten abgeschoben werden, deren Stelle einen „kw-Vermerk" trägt. Das Land will nach eigenen Angaben „in den nächsten Jahren mindestens 12 000 Stellen abbauen". •

Private Equity

IG Metall knüpft Netzwerk

Internationale Finanzinvestoren übernehmen in Deutschland immer häufiger Firmen. Die meist anonymen Investoren werden zunehmend ein wirtschaftlicher Machtfaktor. Sie beschaffen privates Beteiligungskapital (private equity) und legen hierzulande inzwischen jährlich 30 Milliarden Euro an, ihre Unternehmen beschäftigten 800 000 Menschen. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen und Betriebsräte geraten nach einer Übernahme nicht selten unter Druck, weil die Investoren „mit deutlich überhöhten Kaufpreisen in Unternehmen einsteigen, Kapital rausziehen und sich die Zeche dann von den Belegschaften zahlen lassen", sagte IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode auf einer Fachtagung seiner Organisation in Frankfurt/M.

Die Folgen von Übernahmen will die IG Metall nicht schicksalhaft hinnehmen, sondern beeinflussen. Sie hat deshalb das Netzwerk Private Equity gegründet. Dort können sich Betroffene austauschen. Die IG Metall informiert über Gegenwehrstrategien und Möglichkeiten der Gestaltung von Firmenübernahmen. Das Netzwerk *www.pe.igmetall.de* ist nur IG Metall-Mitgliedern zugänglich.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat Arbeitspapiere zu Private Equity veröffentlicht: „Finanzinvestoren in Deutschland – Portraits und Investitionsbeispiele" (Arbeitspapier 123) und „Strukturen und Strategien von Finanzinvestoren" (Arbeitspapier 120). •

Bestellung: www.boeckler.de

Investivlohndebatte

Um Umverteilung geht's gar nicht

CDU und SPD haben den Investivlohn entdeckt. Doch die explodierenden Unternehmensgewinne lassen sich nicht dadurch umverteilen, dass die ArbeitnehmerInnen an den Gewinnen beteiligt werden, sondern nur durch gezielte Steuererhöhungen für Unternehmen und Vermögende, meint Ulrike Herrmann.

Es ist eine erschreckende Zahl für jeden Politiker, der wiedergewählt werden möchte: Inzwischen beklagen 75 Prozent der Bürger, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt. Und dieser Eindruck täuscht nicht. Während die Nettolöhne seit 1990 stagnieren, haben sich die Firmengewinne verdoppelt. Vom Wachstum profitieren nur noch die Unternehmer. Diese Ungerechtigkeit verstimmt die Wähler, wie CDU und SPD nicht entgangen ist. Plötzlich propagieren daher beide Regierungsparteien den Investivlohn, der die Arbeitnehmer an den Firmengewinnen beteiligen soll. So viel Einigkeit herrscht sonst selten in der großen Koalition.

Die Idee klingt ja auch bestechend: „Investivlohn" suggeriert, **dass jeder Arbeitnehmer zum Unternehmer aufsteigen kann.** Aus den Beschäftigten werden Aktionäre, Abhängige sind plötzlich Selbstständige. Der Klassenkampf entfällt, weil fortan nur noch die Klasse der Kapitaleigner existiert. Leider wird bei diesem Projekt die Rhetorik mit der Realität verwechselt. Die enormen Firmengewinne lassen sich nicht einfach umverteilen, indem man die Arbeitnehmer an den Gewinnen beteiligt. Das kann nur ein naiver Parteistratege glauben, der sich davon einlullen lässt, dass in beiden Satzteilen das Wort „Gewinn" vorkommt. Doch das ist nur Sprachkosmetik. Tatsächlich tobt ein knallharter Kampf ums Volkseinkommen, und wer profitiert, ist **eine Frage der Macht und nicht des Verfahrens.** Auch mit einer Gewinnbeteiligung werden die Arbeitnehmer verlieren, so paradox das ist.

In Zeiten der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer übermächtig. Sie diktieren in den Tarifverhandlungen, wie hoch die Gehälter ausfallen. Sollte nun ein Investivlohn eingeführt werden, können die Firmen die Bedingungen vorschreiben, zu denen ihre Arbeitnehmer Kompagnons werden. Der Deal ist abzusehen: Gewinnbeteiligung gegen Lohnverzicht. Für die Beschäftigten dürfte sich dies als ein überaus schlechtes Geschäft erweisen. Schon jetzt tragen sie das Risiko, dass sie ihre Stelle verlieren, falls die Firma rationalisieren muss oder gar insolvent wird. Nun würden sie neben dem Arbeitsplatzrisiko auch noch das unternehmerische Risiko übernehmen, dass die Gewinne doch nicht so hoch ausfallen wie prognostiziert.

Es hat Tradition in Deutschland, **schlechte Ideen durch Steuererleichterungen aufzupeppen.** Auch der Investivlohn soll staatlich gefördert werden, wie beide Regierungsparteien versprechen. Damit würden sie jedoch nur einen Kreisverkehr der Enteignung installieren: Es wären letztlich die Arbeitnehmer selbst, die ihre eigenen Steuergeschenke finanzieren, denn die Unternehmer zahlen kaum noch Steuern. Zwar würden die Subventionen von einer Tasche in die andere wandern, aber die Jacke würde beim Geben und Nehmen immer den Beschäftigten gehören. Nur die Finanzbehörden wären aufwändig damit beschäftigt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern.



Foto: Anja Weber

Ulrike Herrmann, 42, ist wirtschaftspolitische Korrespondentin der *tageszeitung* (taz).

Umverteilung ist nötig, das haben CDU und SPD richtig erkannt. Es kann nicht sein, dass nur die Unternehmer vom wachsenden Volkseinkommen profitieren. Aber **diesen unbequemen Kampf wird die Regierung selbst führen müssen,** denn die Arbeitnehmer sind längst zu schwach, um in den Tarifverhandlungen für Gerechtigkeit zu sorgen. Nur der Staat ist noch mächtig genug, um die exorbitanten Gewinne abzuschöpfen – durch gezielte Steuererhöhungen für Firmen und Vermögende.

Stattdessen passiert das Gegenteil: Die große Koalition will die Unternehmenssteuern erneut reformieren und den Kapitalgesellschaften weitere fünf Milliarden Euro schenken. Kritiker fürchten sogar, dass sich die Ausfälle auch auf dreizehn Milliarden belaufen könnten. Selbst der Internationale Währungsfonds, eigentlich eher neoliberal verortet, hat vor der Reform gewarnt. Die entlarvende Begründung: Die deutschen Unternehmen würden doch schon jetzt kaum noch Steuern zahlen.

Die Idee des Investivlohns und die geplante Steuerreform **ergeben gemeinsam eine geradezu irrsinnige Logik:** Die Unternehmen kassieren riesige Gewinne, deswegen sorgen Steuergeschenke für noch mehr Gewinne, weil ja eigentlich alle Arbeitnehmer auch Unternehmer sind. Schade, dass Rhetorik und Realität nicht das Gleiche sind. Die Welt könnte sonst so schön sein. •

Nur on top

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kommt dem Investivlohn „eine Schlüsselrolle" bei der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu. Die Beteiligung an der Wertsteigerung des Kapitals gebe den ArbeitnehmerInnen „eine neue Teilhabe am Wohlstand", erklärte sie Ende November während des CDU-Parteitags. Und auch die SPD will den Investivlohn ganz schnell einführen.

Die Gewerkschaften sehen ihn kritischer. „Wenn die Bundeskanzlerin zu Gesprächen über den Investivlohn einlädt, kommen wir gerne", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Aber die Gewerkschaften würden einen Investivlohn nur mittragen, „wenn es zu einer echten Gewinnbeteiligung der Beschäftigten kommt". Der Investivlohn dürfe nicht von den ArbeitnehmerInnen durch Lohnverzicht selbst finanziert werden, sondern müsse on top gezahlt werden.

Doch an der dazu notwendigen Klarheit hapert es bislang bei Union und SPD. Auch in den anderen entscheidenden Punkten seien die Überlegungen der Koalition „bemerkenswert unkonkret", kritisiert DGB-Vorstand Dietmar Hexel. So sei zum Beispiel unklar, ob es einen Insolvenzschutz für die Arbeitnehmerbeteiligung geben wird.

Lesen macht schön schlau

Vier Seiten ist dieser *einblick* umfangreicher. Platz, den die Redaktion für Bücher geschaffen hat. Vom anspruchsvollen Sachbuch über Sozialreportagen bis zum Politkrimi: *einblick* stellt jede Menge empfehlenswertes Futter für die grauen Zellen vor. Gehaltvoll und – anders als die Weihnachtsgans – garantiert kalorienfrei.



Wem gehört die Zeit?

Mehr Zeitwohlstand ist möglich. Das ist die Botschaft des Buches „Schöne Zeiten" von Jürgen P. Rinderspacher und Irmgard Herrmann-Stojanov. Anhand von 45 Stichworten des täglichen Lebens – von Pause über Rhythmus bis zu Work-Life-Balance und Zeitsouveränität – zeigen die beiden AutorInnen Möglichkeiten auf, wie die eigene Lebenszeit bewusster gestaltet werden kann und damit der Zeitwohlstand steigt. Auch in einer Zeit, in der unter dem Druck der Globalisierung die Arbeitszeit verlängert wird und die von den Gewerkschaften erreichten Standards Stück für Stück abgebaut werden, gebe es die Chance, mehr Zeitsouveränität für ArbeitnehmerInnen zu erzielen. Das Buch basiert auf den Ergebnissen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes.

Jürgen P. Rinderspacher, Irmgard Herrmann-Stojanov, Schöne Zeiten, 45 Betrachtungen über den Umgang mit der Zeit, Verlag J.W. Dietz Nachfolger, Bonn 2006, 440 Seiten, 16,80 Euro

Einfach abgehängt

Seitdem die SPD im Spätsommer die neue, alte Unterschicht wieder entdeckt hat, beherrscht das Phänomen des „abgehängten Prekariats" die öffentliche Debatte. Heftig diskutieren Medien und Politik auch die These, ob nicht die Armen an ihrer Situation selbst schuld seien, weil sie sich in den Transfersystemen eingerichtet hätten, statt sich nach Arbeit umzusehen und in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Was heißt Armut wirklich? Wie leben Menschen, die keine Arbeit haben und von der Gesellschaft ausgegrenzt werden? Diesen Fragen sind die Berliner JournalistInnen Nadja Klinger und Jens König in ihrem Buch „Einfach abgehängt" nachgegangen. Armut und soziale Ausgrenzung sind in Deutschland längst kein Randphänomen mehr, sondern haben die Mitte der Gesellschaft erreicht – das ist eine ihrer zentralen These. Mit verantwortlich sei dafür die Politik, lautet eine weitere.

„Wenn man später einmal Historiker fragt, wann die alte Bundesrepublik zu Ende gegangen ist, werden sie sagen: mit Hartz IV", schreiben Klinger und König. In zwölf Reportagen schildern die beiden AutorInnen mit viel Einfühlungsvermögen das Leben von Menschen, die dauerhaft ausgegrenzt sind. Sie erzählen von Patrick, 20, der in Köln seinen Schulabschluss nachholt, um doch noch Anschluss zu finden. Und von der Stenotypistin Angelika, 62, die seit 1990 arbeitslos ist. Schicksale, die zeigen, dass Armut viel differenzierter ist, als es die öffentliche Diskussion wahrnimmt, und sich Massenarbeitslosigkeit nicht mit symbolischen Handlungen der Politik beseitigen lässt. Weder durch die von der Union geforderte Einschränkung des Kündigungsschutzes, noch durch die von der SPD angepeilte Neuordnung des Niedriglohnsektors. Die Beispiele machen auch deutlich, dass sich die Gesellschaft damit auseinandersetzen muss, wie wir denjenigen, deren Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird, ein Leben in Würde ermöglichen.

Nadja Klinger, Jens König, Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland, Rowohlt Berlin, 256 Seiten, 14,90 Euro

Nüchterne Bilanz

Amerikas Gewerkschaften stecken in einer tiefen Krise. In der Wahrnehmung der herrschenden Elite sind sie zu einem zu vernachlässigenden politischen Faktor geworden. Ihr Organisationsgrad ist auf 13 Prozent gesunken, der Dachverband AFL-CIO in zwei eigenständige Verbände zerfallen. Eine „besorgniserregende Entwicklung", wie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe der „Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA" von Philip Yale Nicholson schreibt.

Nicholson zeichnet die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung aus der Perspektive der arbeitenden Menschen nach. Er berichtet von ihren Erfolgen und Niederlagen. Sein nüchternes Fazit: In den USA habe die Arbeiterschaft von Ausnahmen abgesehen „nur solche Siege erringen können, die auch im Interesse der Herrschenden waren". Zudem habe sich der Staat in den Konflikten „weit weniger neutral" verhalten, als das ein populärer Mythos glauben machen möchte.



Philip Yale Nicholson, Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA, Vorwärts Verlag, Berlin 2006, 415 Seiten, 38 Euro

Was will Schwarz-Rot?

Die „Politik der kleinen Schritte" ist das Schlagwort, mit dem Kanzlerin Angela Merkel ihr Verständnis von der Arbeit der großen Koalition beschrieben hat. Doch auch kleine Schritte können in der Summe zu grundlegenden Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung führen.

ANZEIGE

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Jürgen Hoffmann
Arbeitsbeziehungen im Rheinischen Kapitalismus

Zwischen Modernisierung und Globalisierung
2006 - 211 Seiten -19,90 €
ISBN: 3-89691-644-0

Kann der deutsche Kapitalismustyp, der korporatistisch-kooperativ organisierte „Rheinische Kapitalismus", unter dem Druck der „Globalisierung" überleben? Und bleibt den Gewerkschaften in Deutschland dann noch eine Zukunft? Jürgen Hoffmann vermisst diese Konfliktfelder neu.



Jürgen Prott
Vertrauensleute

Ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre zwischen Beruf und sozialer Rolle (Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)
2006 - 220 Seiten - € 24,90
ISBN: 3-89691-648-3

www.dampfboot-verlag.de

vorgelesen

Keine Termine, keine Sitzungen. Selbst die politische Auseinandersetzung kommt zwischen Weihnachten und Neujahr zur Ruhe. einblick hat prominente GewerkschafterInnen gefragt, was sie über die Feiertage lesen.



Regina Görner, Mitglied des IG Metall-Vorstands, liest zu Hause etwas zum Entspannen, keine Fachbücher. Im Moment liegt bei ihr ***Teacher Man* von Frank McCourt** auf dem Nachttisch. McCourt, Sohn irischer Einwanderer, schreibt in seinem neuen biographischen Roman über seine Jahre als Lehrer an New Yorker High Schools. „Das macht mir einfach Spaß, weil ich als wissenschaftliche Assistentin früher an der Uni selbst unterrichtet habe. McCourt schreibt über die Kunst des Unterrichtens. Das hat viel mit Politik zu tun. Bei uns wird viel zu viel über Schulstrukturen geredet, nicht über den Unterricht. Bei McCourt ist das anders." Den neuen biographischen Roman des Pulitzerpreis-Trägers gibt es auch auf Deutsch (*Tag und Nacht und auch im Sommer,* Luchterhand Literaturverlag, 19,95 Euro).



Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, empfiehlt als große Freundin von Kriminalliteratur ***Betriebsbedingt gekündigt* von Iain Levison** für einige Stunden Nervenkitzel: Nachdem in einer amerikanischen Provinzstadt die einzige Fabrik von Finanzinvestoren dicht gemacht wurde, hält sich einer der ehemaligen Mitarbeiter mit einer ganz besonderen Form der „Ich-AG" über Wasser: als Auftragskiller. „Nicht gerade die Reaktion, die Gewerkschaften als probates Mittel nach betriebsbedingten Kündigungen ansehen, aber in diesem Buch unglaublich spannend umgesetzt, mit einem sehr angelsächsischen Krimi-Stil." (Matthes & Seitz, 19,80 Euro)



Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne liest ***Melnitz* von Charles Lewinsky.** „Melnitz ist die überaus spannende, teilweise amüsante, aber auch beklemmend zu lesende Geschichte einer jüdischen Familie im schweizerisch-badisch-französischen Grenzgebiet zwischen 1871 und dem Zweiten Weltkrieg. Lewinskys Roman bietet nicht nur tiefe Einblicke in die Geschichte, sondern ist vor allem für Menschen interessant, die praktisch ohne Großeltern aufgewachsen sind und einen großen Nachholbedarf an liebevollen, witzig vorgetragenen Lebensweisheiten haben." Melnitz ist als Lizenzausgabe in der Büchergilde erschienen (für Mitglieder 21,95 Euro; Verlagsausgabe bei Nagel & Kimche, 24,90 Euro).



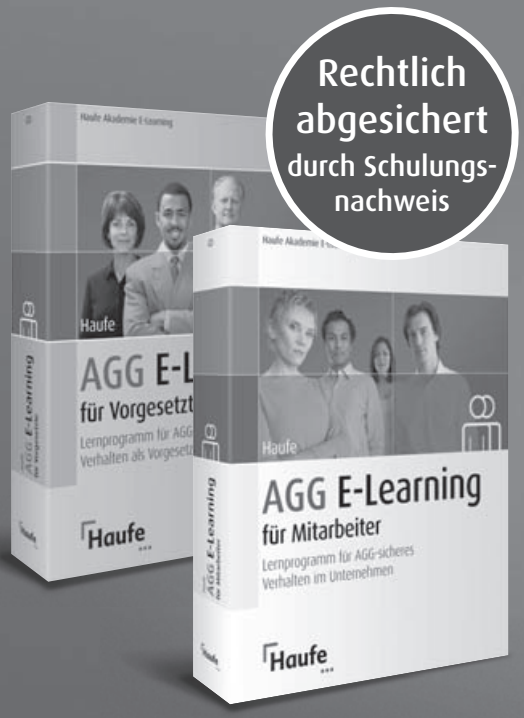
Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, wünscht sich mehr Zeit zum Lesen. Ganz oben auf ihrem privaten Bücherstapel liegt ***Auf dem Jakobsweg* des brasilianischen Schriftstellers Paulo Coelho.** „Das Erstlingswerk des Bestseller-Autors, dessen Bücher weltweit mehr als 31 Millionen Mal verkauft wurden, war kein Verkaufserfolg, aber es ist ein authentischer Roman. Er schildert Coelhos Eindrücke während einer in den achtziger Jahren unternommenen 55-tägigen Pilgerwanderung über den Jakobsweg. Heute ist der Jakobsweg in aller Munde. Coelho, der während der Militärdiktatur im Gefängnis gefoltert worden ist, hat ihn schon früh begangen – auf der Suche nach sich selbst." (*Auf dem Jakobsweg. Tagebuch einer Pilgerreise nach Santiago de Compostela,* Diogenes Verlag, 8,90 Euro).

„Investieren, sanieren, reformieren" ist nicht nur das Motto, unter das Schwarz-Rot sein wirtschaftspolitisches Konzept für diese Legislaturperiode gestellt hat. „Investieren, sanieren, reformieren?" ist – mit einem Fragezeichen versehen – auch der Titel eines Sammelbandes, der die Diskussionen einer Tagung des DGB Hessen-Thüringen aufgreift.

Auf den Prüfstand kommen in den Beiträgen nicht nur die bereits angekündigten oder beschlossenen Maßnahmen von Schwarz-Rot, wie die in der Gesundheits- oder Rentenpolitik: Zu verschiedenen Themen werden auch mögliche Alternativen diskutiert – vom Mindestlohn bis zu Elementen des skandinavischen Wohlfahrtsstaats.

Angelika Beier, Kai Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Achim Truger (Hrsg.), Investieren, sanieren, reformieren? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, Metropolis-Verlag, Marburg 2006, 284 Seiten, 22,80 Euro

Sicheres Schulen zum neuen AGG



Schritt für Schritt zu einer diskriminierungsfreien Arbeitsumgebung.

Nach § 12 Abs. 2 AGG sind alle Arbeitgeber verpflichtet, Vorgesetzte und Mitarbeiter zum neuen AGG zu schulen.

Mit den **„Haufe AGG E-Learning"**-Programmen erfüllen Arbeitgeber Ihre AGG-Schulungspflichten **schnell, sicher und kostengünstig!** Spezielle Versionen für Vorgesetzte und Mitarbeiter garantieren bedarfsgerechte Schulungen mit möglichst geringem Aufwand.

Jetzt informieren unter:
www.haufe.de/e-learning

Haufe

BUCH SPEZIAL

Politik mit der Angst vor den Alten

Knapp zwei Jahre ist es her, dass *FAZ*-Mitherausgeber Frank Schirrmacher mit seinem Buch „Das Methusalem-Komplott" und seinem düsteren Szenario von der demographischen Katastrophe wochenlang die Talk-Shows der Republik beherrschte. Schon im Titel seines Buches reagiert Ernst Kistler, Direktor des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES), auf Schirrmachers Horrorgemälde. Kistlers „Die Methusalem-Lüge" geht differenziert an die Themen „demographischer Wandel" und „alternde Gesellschaft" heran. Sein Ziel: Propaganda von Fakten zu trennen und zu analysieren, wem die gängigen Argumente nutzen – wer also mit den „demographischen Mythen" welche politischen Ziele verfolgt.

Sechs dieser Mythen nimmt „Die Methusalem-Lüge" genauer unter die Lupe und räumt Schritt für Schritt mit ihnen auf. So etwa mit dem Argument, das Altern der Gesellschaft habe die Sozialsysteme in finanzielle Bedrängnis gebracht. Kistler hält dagegen: In der Geschichte der Bundesrepublik habe es bereits wesentlich ungünstigere Quotienten zwischen Jungen und Alten gegeben. Schuld an den leeren Sozialkassen sei nicht der demographische Wandel, sondern eine verfehlte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.



Das Resümee des Buches fasst eine der Zwischenüberschriften passend zusammen: „Für Panik gibt es keinen Grund" – nur die Maßnahmen müssen stimmen.

Ernst Kistler, ***Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird,*** *Hanser Verlag, München 2006, 270 Seiten, 19,90 Euro*

Was ist gerecht?

Wenn Unternehmen Lohnverzicht und unbezahlte Mehrarbeit von ihren Beschäftigten einfordern oder gar Entlassungen anstehen, gibt es dafür in der Logik des Managements immer eine unausweichliche Notwendigkeit – ob die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit oder die Globalisierung der Märkte. Dass diese Maßnahmen in der Bevölkerung als ungerecht empfunden werden, liegt nahe. Ob dem tatsächlich so ist und unter welchen Bedingungen Einschnitte bei den Beschäftigten als notwendig akzeptiert oder als ungerechtfertigt abgelehnt werden, wurde bisher kaum empirisch untersucht. „Arbeit und Gerechtigkeit", eine gemeinsame Studie verschiedener WissenschaftlerInnen, schließt diese Lücke und untersucht das Werturteil der Bevölkerung zu verschiedenen Unternehmensmaßnahmen – von Lohnkürzungen bis zur Ungleichbehandlung von Mann und Frau.

Olaf Struck, Gesine Stephan, Christoph Köhler, u.a., ***Arbeit und Gerechtigkeit. Entlassungen und Lohnkürzungen im Urteil der Bevölkerung,*** *VS Verlag, Wiesbaden 2006, 163 Seiten, 24,90 Euro*

Kaum besser als ein Schurkenstaat?

Dass die Außenpolitik der USA hegemonial geprägt ist, gehört nicht erst seit dem Irakkrieg zu den Grundüberzeugungen der Linken. In seinem neuen Buch „Der gescheiterte Staat" geht Noam Chomsky, für die *New York Times* der „wohl bedeutendste lebende Intellektuelle", in der grundsätzlichen Kritik der US-Außenpolitik noch einen Schritt weiter. Die Supermacht Amerika, die angetreten sei, andere Staaten, auf den Weg von Freiheit, Recht und Demokratie zu bringen, sei selbst „ein gescheiterter Staat". Für Chomsky gilt ein Staat als gescheitert, der sich nicht um Völkerrecht und internationale Abkommen schert, seine BürgerInnen und ihre Rechte nicht mehr schützt und die Institutionen der Demokratie unterminiert. Im Kampf gegen den Terror nehme die US-Regierung selbst die Einschränkung demokratischer Rechte im eigenen Land in Kauf. Die USA seien damit kaum besser als jene „Schurkenstaaten", gegen die sie zu Felde ziehen. „Die weltweit dominierende Macht verfolgt gezielt eine Politik, die für gesetzlose Staaten typisch ist: Sie setzt die eigene Bevölkerung schwerwiegenden Gefahren aus und unterhöhlt die Demokratie."



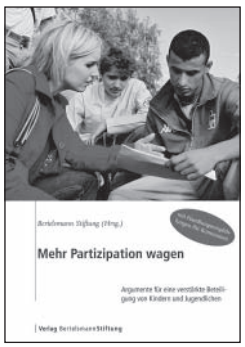
Chomskys „Gescheiterter Staat" ist ein mit Verve geschriebenes Buch, eine mit Fakten gespickte, spannende Kritik der amerikanischen Politik seit 1945, aber auch ein Aufruf zum demokratischen Widerstand. Es soll, so Chomsky im Vorwort, „alle Bürger tief beunruhigen, denen etwas an diesem Land und dem Schicksal künftiger Generationen gelegen ist".

Noam Chomsky, ***Der gescheiterte Staat,*** *Verlag Antje Kunstmann, München 2006, 400 Seiten, 24,90 Euro*

Mehr Partizipation wagen

Unsere Gesellschaft steht vor Reformaufgaben in allen Politikbereichen. Diese zu meistern, erfordert mehr bürgerschaftliches Engagement denn je. Eine neue Partizipationskultur ist gefragt, und die junge Generation spielt dabei eine wichtige Rolle.

Bürgerschaftliches Engagement als gesellschaftlicher Wert kann nachhaltig nur verankert werden, wenn Kinder und Jugendliche früh erfahren, wie bereichernd solidarisches Handeln für alle Beteiligten ist. Sie benötigen dafür Vorbilder, insbesondere im Elternhaus und in den Bildungseinrichtungen. Sie benötigen dafür aber auch Freiräume für eigenes Tun. Denn Verantwortungsübernahme für sich und andere setzt voraus, dass es Gestaltungsspielräume gibt. Leider sind in Deutschland die Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche noch stark eingeschränkt und stecken nicht selten in Ideologiedebatten fest.



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Mehr Partizipation wagen
Argumente für eine verstärkte Beteiligungvon Kindern und Jugendlichen

erscheint im Dezember 2006
132 Seiten, Broschur
€ 15,– / sFr. 26,90
ISBN-10: 3-89204-922-X
ISBN-13: 978-3-89204-922-7

Verlag BertelsmannStiftung

Postfach 103, 33311 Gütersloh | 05241/80-40282 | 05241/46970
www.bertelsmann-stiftung.de/verlag | sabine.reimann@bertelsmann.de

BUCH & MEHR direkt **Weihnac**

Draußen ist es noch recht frühlingshaft, doch Weihnachten nähert sich mit Riesenschritten. ***Buch & Mehr direkt,*** *die Internet-Buchhandlung der Gewerkschaften, hilft gegen Geschenke-Stress. Ein gutes Buch*

auf dem Büchertisch

Kurz und gut: Von Geschichte bis Ökonomie, von Sozialreformen bis zur betrieblichen Gleichstellungspolitik – weitere Entdeckungen auf dem aktuellen Büchertisch.

■■■ Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) ist der älteste Thinktank der Gewerkschaften. Der von **Claus Schäfer und Hartmut Seifert** zum Jubiläum Anfang Dezember herausgegebene Band **Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI** (VSA Verlag, 16,80 Euro) ist dennoch kein Blick zurück, sondern eine Visitenkarte des WSI. Mehr als zwei Dutzend ehemalige und heutige WSI-ForscherInnen bieten Beiträge zu aktuellen politischen und ökonomischen Debatten. Herausgekommen ist ein vierhundert Seiten starker Sammelband, der Einsichten zu einem breit gestreuten Themenfeld vermittelt, von der Zivilisierung der Arbeitswelt bis zur Einkommensverteilung. ■■■ Deutschland ist erst spät im Westen angekommen. Erst nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entwickelte es eine demokratische Verfassung, deren Autorität bis heute akzeptiert wird, schreibt der Soziologe und diesjährige Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels **Wolf Lepenies** in seinem Buch **Kultur und Politik. Deutsche Geschichten** (Carl Hanser Verlag, 29,90 Euro). Lepenies lässt die Rolle führender Intellektueller in den letzten zweihundert Jahren Revue passieren – mit einem nicht immer schmeichelhaftem Ergebnis: Auch viele Intellektuelle hätten lange „an die Überlegenheit der Kultur gegenüber der Politik und an die eigene gegenüber dem Nachbarn geglaubt". ■■■ Der deutsche Kapitalismustyp, der korporatistisch-kooperativ organisierte „Rheinische Kapitalismus", hat auch in Zeiten der Globalisierung und unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte eine Überlebenschance. Doch die gegenwärtigen Reformen, die sich vor allem auf die Deregulierung der Märkte und den Abbau von Arbeitnehmerrechten beschränken, sind kaum geeignet, das „Modell Deutschland", das Modell eines sozial „zivilisierten Kapitalismus", zu erhalten, geschweige denn weiterzuentwickeln. In seinem neuen Buch **Arbeitsbeziehungen im Rheinischen Kapitalismus. Zwischen Modernisierung und Globalisierung** (Verlag Westfälisches Dampfboot, 19,90 Euro) analysiert der Soziologe **Jürgen Hoffmann** umfassend die Veränderungen der Arbeitsbeziehungen in Deutschland und die sozialen Folgen der derzeitigen Reformpolitik. Aber nicht nur: Er beschreibt auch, wie sich die Gewerkschaften neu aufstellen müssen, um die Modernisierung des Rheinischen Kapitalismus mitgestalten und Alternativen zur gegenwärtigen Situation entwickeln zu können. Dabei gilt es für die Gewerkschaften vor allem, eigene Stärke wiederzugewinnen. ■■■ Chancengleichheit in der Arbeitswelt ist machbar. Doch der Prozess, um endlich gleiche Chancen für Frauen und Männer durchzusetzen, ist lang und mühsam. Und bedarf des hartnäckigen Engagements vieler unermüdlicher Betriebsrätinnen und Akteurinnen in den Betrieben. Das zeigt der Band **Gleich gestellt: Doppelt stark! Chancengleichheit in Unternehmen – die Praxis,** herausgegeben von **Kirsten Rölke, Christiane Wilke und Mechthild Kopel** (VSA, 12.80 Euro). Beispiele guter Praxis machen Mut und zeigen: Betriebliche Chancengleichheitspolitik nutzt allen – Frauen wie Männern, Unternehmen wie Gewerkschaften. ■■■

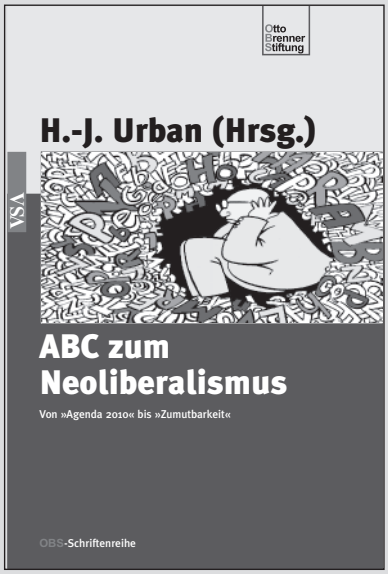
htsmarkt online

passt immer – gerade auch zu Weihnachten. Deshalb hat Buch & Mehr direkt, der Spezialversand insbesondere für Betriebs- und Personalräte, zu Weihnachten sein Angebot erweitert. Auf seiner Homepage ***www.buchundmehr.de/shop*** *präsentiert der Online-Shop unter der Rubrik „Besonderes zum Fest" (ganz oben in der linken Navigationsleiste) jede Menge literarischer Geschenktipps. Dort werden auch alle im Buch-Spezial von „einblick" besprochenen Bücher vorgestellt und können natürlich schnell und unkompliziert bestellt werden.*

OBS-Schriftenreihe

Otto Brenner Stiftung

»Die Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung stellt wichtige Instrumente für Aufklärungsarbeit bereit. Das gilt auch für das ›ABC zum Neoliberalismus‹. Für alle, die in der täglichen Praxis gegen den neoliberalen Mainstream ankämpfen und Aufklärungsarbeit betreiben, dürfte es eine wertvolle Grundlage liefern.« (Jürgen Peters)



Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)
ABC zum Neoliberalismus
Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«
248 Seiten
€ 14.80
ISBN 3-89965-195-2

Was ist eigentlich Neoliberalismus? Dieser Frage wird in 103 Stichworten von 67 fachkundigen und ausgewiesenen Autorinnen und Autoren nachgegangen. Es geht ihnen um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus in der Perspektive seiner Überwindung. »Das vorliegende Buch wendet sich nicht in erster Linie an Experten. Es ist vor allem für die Verwendung in der politischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gedacht – innerhalb wie außerhalb von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen.« (Hans-Jürgen Urban)

Bereits erschienen:

»Eine qualifizierte Gegenöffentlichkeit zu schaffen – das ist heute eine der größten Herausforderungen für die Stabilisierung einer funktionierenden Demokratie.«
(Jürgen Peters über das Ziel der OBS-Schriftenreihe im VSA-Verlag)



Hans Mundorf
Nur noch Markt, das ist zu wenig
216 Seiten; € 14.80
3-89965-174-X



Joachim Jahnke
Falsch globalisiert
216 Seiten; € 14.80
3-89965-193-6

OBS-Jahrestagungen



Jürgen Peters u.a.
Zukunft für Ostdeutschland
160 Seiten; € 12.40
3-89965-173-1

Dokumentation der Jahrestagung 2005 der Otto-Brenner-Stiftung.

Im Frühjahr 2007 erscheint die Dokumentation der Jahrestagung 2006 der Otto-Brenner-Stiftung:

Jürgen Peters u.a.
Markt contra Staat
160 Seiten; € 12.40
3-89965-223-1



Das Thema der Jahrestagung 2006: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Europa?

www.otto-brenner-stiftung.de

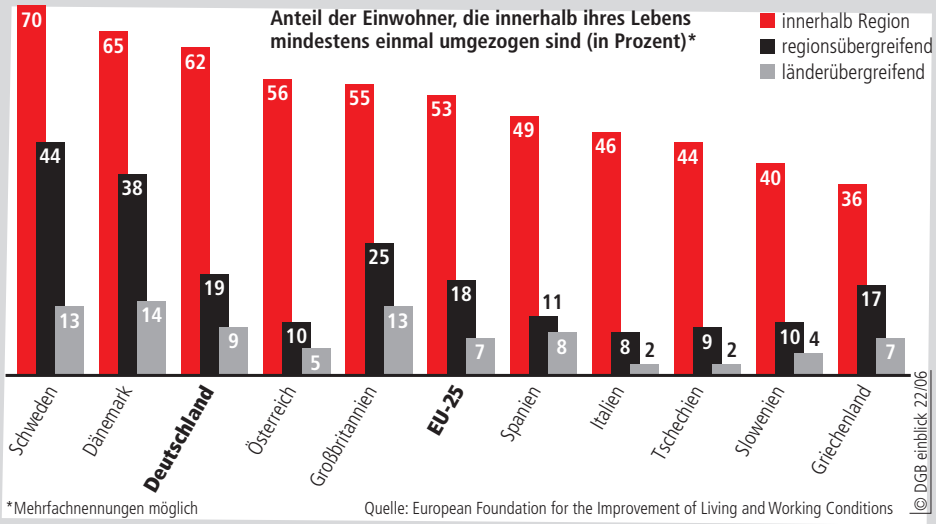
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

MOBILITÄT: Im Norden Europas höher

Die Deutschen sind im europäischen Vergleich überdurchschnittlich mobil – sowohl innerhalb ihrer Region, als auch regions- und länderübergreifend. Nach einer Studie der Dublin Foundation ist die Bereitschaft zur Mobilität in Nordeuropa grundsätzlich höher als in den südlichen EU-Staaten. Der häufigste Grund für Umzüge innerhalb des eigenen Landes ist der Wunsch nach einer besseren Wohnsituation. In ein anderes Land ziehen die EU-BürgerInnen vor allem aufgrund eines beruflichen Wechsels.



*Mehrfachnennungen möglich

Quelle: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions

personalien

••• ***Hilmar Höhn,*** 38, seit Januar 2003 Bereichsleiter Öffentlichkeitsarbeit des DGB, ist ab dem 1. Januar 2007 Leiter der Verbindungsstelle der IG BCE in Berlin.

••• ***Christian Kühbauch,*** 37, Bundesjugendsekretär des DGB, ist ab dem 1. Januar Mitarbeiter im Stab von Michael Sommer. Er ist dort zuständig für die strategische Planung und Beratung des DGB-Vorsitzenden für die Initiative Trendwende. Neuer Bundesjugendsekretär ist ab 1. Januar ***René Rudolf,*** 31, bislang politischer Sekretär im Bereich Jugend beim ver.di-Vorstand.

••• ***Ralf Halbauer,*** 31, politischer Referent für Europa und Internationales beim DGB-Bezirk West, ist ab dem 1. Januar politischer Referent im Verbindungsbüro des DGB in Brüssel.

••• ***Annelie Buntenbach,*** 51, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Vorstands, ist seit dem 1. Dezember alternierende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund. Sie folgt der früheren stellvertretenden DGB-Vorsitzenden ***Ursula Engelen-Kefer,*** 63, die seit November 2004 alternierende Vorstandsvorsitzende war.

••• ***Ingrid Sehrbrock,*** 58, stellvertretende Vorsitzende des DGB, und ***Dr. Regina Görner,*** 56, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, sind am 27. November in den 40-köpfigen Vorstand der CDU gewählt worden.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.
Der nächste *einblick* erscheint am 15. Januar 2007.

35 TAGE

11.-15.12. DGB, Aktionswoche zur Gesundheitsreform, Berlin

11.12. DGB, „Anhörung verkehrt: Rente mit 67 – eine reine Rentenkürzung?", Berlin

12.12. Hans-Böckler-Stiftung, ver.di und DGB, Tagung „Das Internet der Dinge – RFID und die allgegenwärtige Informationsverarbeitung", Berlin

13.12. ver.di, Diskussionsreihe sicht.weisen „Prekär und abgehängt – Gewerkschaften als sozialer Anker?", Berlin

14.12. Gemeinschaftsinitiative Equal, Tagung „Schöne neue Arbeitswelt", Bielefeld

15.12. DGB Nordrhein-Westfalen, Fachforum „Lebenswerte Städte – Stadtentwicklung vor neuen Herausforderungen", Bochum

Tipp

Buch: ***Liza Featherstone, WAL-MART: Frauen im Ausverkauf. Meilensteine im Kampf um Arbeitsrechte, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 241 Seiten, 17,80 Euro***

Als sich WAL-MART aus Deutschland zurückzog, weinte kaum einer dem größten Einzelhändler der Welt eine Träne nach. Das Unternehmen ist offen gewerkschaftsfeindlich, die Diskriminierung von Frauen hat Methode. Eine Sammelklage entlarvt die amerikanische Ikone des familienfreundlichen Unternehmertums. Liza Featherstone erzählt die Geschichte der Klägerinnen, deren Leben durch Sexismus und Niedriglöhne geprägt ist.

Schlusspunkt

„Wir sind zwar ein bisschen chaotisch, aber dafür sind wir der einzige Stromversorger mit angeschlossener Kabarettbühne."

Ursula Sladek, Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS), während der Entgegennahme des Publikumspreises des Forums Zukunftsökonomie am 30. November in Berlin.